JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1972 · TEIL I

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen), H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), J. Purš (ČSSR), E. Ragionieri (Italien), S. I. Tjulpanow (Sowjetunion)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Hans Czihak, Renate Günther, Horst Heininger, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Karl Reißig, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Irene Strube

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Parviz Khalatbari, Hermann Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Hildegard Hoffmann, Jörg Roesler, Heinzpeter Thümmler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmler

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

1972 · TEIL I

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1972

Redaktionsschluß: 15. 6. 1971

Anschrift der Redaktion:
108 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 26

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3—4
Copyright 1972 by Akademie-Verlag GmbH
Lizenznummer: 202 · 100/52/72
Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer", 582 Bad Langensalza
Bestellnummer: 2103/72/1 · ES 5 B 2 · 14 D
EDV 752 127 6
Einzelpreis des Bandes 20,– M
Abonnementpreis des Jahrganges 72,– M (4 Bände), Einzelband 18,– M

INHALT

Zu diesem Band 7

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

J. Kuczynski — Charakter, Struktur und Anzahl der Industriearbeiter im 20. Jahrhundert. Eine problemgeschichtliche Studie 11

P. Thal — Zum 200. Geburtstag von David Ricardo. Ricardos Theorie der komparativen Außenhandelsvorteile 21

S. Dillwitz — Die Entwicklung des Arbeitsrechts für jugendliche Landarbeiter im Gebiet der heutigen DDR 1945 bis 1949 41

J. Tihanyi — Deutsch-ungarische Außenhandelsbeziehungen im Dienste der faschistischen Aggressionspolitik 1933 bis 1944 65

H. Radandt — Der Wirtschaftsberater der deutschen Gesandtschaft in Bratislava - ein Vertreter der Interessen deutscher Konzerne im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus 75

J. Ballhaus — Wesen und Charakter der kolonialen Landgesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts 95

D. Graf — Einige Probleme der Veränderung des geographischen Milieus, besonders der Bodenfruchtbarkeit, unter Bedingungen einer gewaltsam deformierten traditionellen Produktionsweise, dargestellt am Beispiel Ostafrikas 117

K. Obermann — Die Arbeitermigrationen in Deutschland im Prozeß der Industrialisierung und der Entstehung der Arbeiterklasse in der Zeit von der Gründung bis zur Auflösung des Deutschen Bundes (1815 bis 1867) 135

H.-H. Müller — Wirtschaftshistorische und agrarökonomische Preisaufgaben der deutschen Akademien der Wissenschaften im 18. Jahrhundert. Überblick und Tendenzen 183

E. Behm/J. Kuczynski — Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Böhmen und Mähren) 215

Die Entwicklung der Landwirtschaft unter den Bedingungen der Industriellen Revolution und der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus und Sozialismus

II. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der VR Ungarn vom 7. bis 10. September 1971 in Quedlinburg (W. Jonas/H.-H. Müller/M. Nussbaum) 225

J. Puskás — Die Entwicklungstendenzen der landwirtschaftlichen Produktion in Ungarn von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg. Einige Bemerkungen zu der allgemeinen und regionalen Aspekten der Entwicklung der Landwirtschaft in der ersten Etappe der Industrialisierung 229

R. Berthold — Bemerkungen zu den Wechselbeziehungen zwischen der Industriellen Revolution und der kapitalistischen Intensivierung der Feldwirtschaft in Deutschland im 19. Jahrhundert 261

G. Moll — Kapitalistische Bauernbefreiung und Industrielle Revolution. Zur Rolle des "Loskaufs" 269

G. Müller — Die Entwicklung der Landwirtschaft in Westeuropa unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution 277

DISKUSSIONEN

S. P. Pach — Über die Rolle des "Loskaufs". Zum Beitrag von G. Moll 293

LITERATURKRITIK

J. Kuczynski — Drei wirtschaftshistorische Studien über Indien. Trends of Socio-Economic Change in India 1871 - 1961; V. B. Singh, Indian Economy, yesterday and today; P. Saha, Emigration of Indian Labour (1834 - 1900) 297

W. Jacobeit/H. Plaul — Die Bauern im Kapitalismus. Bemerkungen zu der Studie von Jan Šolta, Die Bauern der Lausitz. Eine Untersuchung des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft im Kapitalismus 301

E. Barth — Industriegeschichtliche Themen der Reihe "Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt" 307

B. Krüger — Die Landwirtschaft in der Frühzeit. Bemerkungen zu Herbert Jankuhn, Vor- und Frühgeschichte vom Neolithikum bis zur Völkerwanderungszeit. Mit Beiträgen von Harald Jankuhn, Eberhard May und Ulrich Willerding 317

BETRIEBSGESCHICHTE

H. Radandt — Der VIII. Parteitag der SED gibt auch der Betriebsgeschichtsschreibung neue Impulse 323

QUELLEN UND MATERIALIEN

S. Kuntsche — Quellennachweise des Staatsarchivs Schwerin zur Geschichte der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern 333

Autorenverzeichnis 339

BB 73

Zu diesem Band

Wir haben als Wirtschaftshistoriker in letzter Zeit besonders oft Gelegenheit gehabt, Vergnügen und Freude an wissenschaftlichen Problemen zu empfinden, freilich nicht an Fragen, die um ihrer selbst willen gestellt werden, sondern eben an echten Problemen, an Erfordernissen also, die zugleich als gesellschaftlich notwendige Erfordernisse erkennbar sind. Der vorliegende Band spiegelt in diesem Sinne die Debatte über einen Teil derjenigen Fragen, die uns als Wirtschaftshistoriker aus der gemeinsamen Erarbeitung der mehrbändigen "Geschichte des deutschen Volkes" zuwachsen. Auch sind hier einige Probleme aufgeworfen, die das schöpferische Klima auf dem II. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der Volksrepublik Ungarn prägten. Die Lücken, die für eine fundierte größere Geschichte des deutschen Volkes zu schließen waren und noch zu schließen sind, gelten nicht zum wenigsten den wirtschaftlich-historischen Bezügen und Zusammenhängen. Ihr Schließenwollen brachte uns Fragen und Anregungen, die zum Weiterforschen Anlaß geben. Einiges davon - etwa das Studium der sozialen Entwicklung und Struktur der Arbeiterklasse - spiegelt auch der vorliegende Band.

Unter einer besonderen Rubrik sind ein zusammenfassender Bericht und einige Vorträge und Diskussionen wiedergegeben, die das II. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der VR Ungarn in Quedlinburg vom 7. bis 10. September 1971 betreffen. Die dort debattierte agrargeschichtliche Thematik unter dem Aspekt der industriellen und der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus und im Sozialismus erwies sich derartig fruchtbar und interessant, daß uns eine umfassende Wiedergabe auch im Jahr auch nützlich erscheint. So wird auch in den folgenden Bänden hinreichend Gelegenheit sein, den wissenschaftlichen Meinungsstreit vor unseren Lesern zu spiegeln und ihm damit auch wiederum neue Nahrung zu geben.

Oktober 1971

Abhandlungen, Studien, Miszellen

CHARAKTER, STRUKTUR UND ANZAHL DER INDUSTRIEARBEITER IM 20. JAHRHUNDERT

Eine problemgeschichtliche Studie

von Jürgen Kuczynski

Freie Landarbeiter, die für Lohn arbeiteten, hat es auch im Feudalismus gegeben, ebenso wie Manufakturarbeiter. Beide finden wir in noch weit größerer Zahl im Kapitalismus vor der Industriellen Revolution, das heißt im England vor 1760.

Von einer Arbeiterklasse aber sprechen wir erst seit der Industriellen Revolution. Es ist die Werkzeugmaschine, die die Arbeiterklasse schafft, die Werkzeugmaschine (Pk) in den Händen von Kapitalisten als privates Eigentum (Pv).

Von der Arbeiterklasse, vom Proletariat, heißt es schon im "Kommunistischen Manifest", daß nur sie "eine wirklich revolutionäre Klasse" wäre.[1]

Für Marx und Engels sind Arbeiterklasse in diesem Sinne und Fabrikarbeiter praktisch identisch.

Genauso für Lenin. In "Die Aufgaben der revolutionären Jugend" (1903) formuliert er ganz klar: "Die fortgeschrittenste Klasse jedes kapitalistischen Landes, das Industrieproletariat".[2]

Und 1921 und 1922 ebenso klar und eindeutig, aber die Arbeiterklasse noch schärfer präzisierend: "Proletariat heißt die Klasse, die mit der Produktion materieller Güter in Betrieben der kapitalistischen Großindustrie beschäftigt ist."[3]

"Was ist das Proletariat? Das ist die Klasse, die in der Großindustrie arbeitet."[4]

Das heißt nicht, daß nicht Arbeiter, die unter ganz ähnlichen Bedingungen wie die Fabrikarbeiter der Großindustrie arbeiten, nicht ebenfalls zum Proletariat, zur Arbeiterklasse gehören - wie etwa die Bergarbeiter.

Das heißt aber, daß keineswegs alle Lohnarbeiter zur Arbeiterklasse, zum Proletariat im Sinne der "einzigen wirklich revolutionären Klasse" der kapitalistischen Gesellschaft gehören. Gegen eine solche Auffassung wendet sich Lenin noch 1922 ganz scharf, indem er formuliert: "Ohne Zweifel werden bei uns ständig Personen als Arbeiter bezeichnet, die nicht die geringste ernsthafte Schule im Sinne der Großindustrie durchgemacht haben."[5]

1 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 472.
2 Lenin, W. I., Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 34.
3 Ebenda, Bd. 33, Berlin 1962, S. 46.
4 Ebenda, S. 158.
5 Ebenda, S. 240; vgl. dazu auch Lenin im "Programmentwurf" (1895/96). (Ebenda, Bd. 2, Berlin 1961, S. 97 ff.)

Die Definition von Engels, Marx und Lenin ist ganz eindeutig. Was sich im Laufe der Jahre von 1848 bis 1922 geändert hat, ist die Struktur der Industriearbeiterschaft, aber nicht ihr Charakter. Sie besteht aus den Arbeitern, die in der Großindustrie (Großindustrie jeweils im Unterschied zur in Kleinbetrieben stattfindenden Produktion), an Maschinen, die dem Kapital und nicht den Arbeitern gehören, arbeiten und auf Grund dieser Produktions- und Arbeitsverhältnisse die einzige wirklich revolutionäre Klasse sind.

Arbeit an der Maschine allein schafft noch nicht die Arbeiterklasse - die Jenny-Spinnmaschine, die noch im Eigentum des Produzenten war, schuf noch keine Arbeiterklasse.

Lohnarbeit allein schafft noch keine Arbeiterklasse, wenn sie zum Beispiel auf dem Lande oder im Kleinbetrieb stattfindet.

Der Charakter der Arbeiterklasse wird durch Arbeit im Großbetrieb an vom Kapital privat in Eigentum besessenen Maschinen bestimmt.

Die sich ständig verändernde Struktur der Arbeiterklasse wurde von Engels, Marx und Lenin laufend beobachtet, analysiert und dargestellt: ihre Zusammensetzung zunächst vornehmlich aus Frauen und Kindern, das heißt zugleich vornehmlich aus Ungelernten, die im Laufe der Zeit wachsende Rolle der Gelernten, die Bedeutung der Strukturveränderungen für die gewerkschaftliche Organisation, das Entstehen einer Arbeiteraristokratie und einer Arbeiterbürokratie. Und heute haben wir im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Revolution neue Strukturveränderungen.

Schließlich ist für die Zeit von 1848 bis 1922, aus der ja die hier zitierten Äußerungen von Engels, Marx und Lenin stammen, noch festzustellen, daß das Proletariat, daß die Arbeiterklasse, daß die Industriearbeiterschaft ständig wuchs. Die Begründung dafür leitet Marx im "Kapital" aus der ständigen Akkumulation von Kapital ab: "Akkumulation des Kapitals ist also Vermehrung des Proletariats."[6]

Wir stellen abschließend für die Zeit der Klassiker des Marxismus-Leninismus zwei Konstanten fest: den Charakter der Arbeiterklasse, die sich stets aus den an Maschinen arbeitenden in kapitalistischen Großbetrieben beschäftigten Arbeitern zusammensetzt, und die Größenentwicklung des Proletariats, die ständig zunimmt. Und neben diesen beiden Konstanten gibt es eine qualitative Variable: die Struktur der Arbeiterklasse.

Und jetzt beginnt die moderne Problemgeschichte.

Eugen Varga, der nach dem Tode Lenins mehr Probleme der Politischen Ökonomie des Kapitalismus aufgeworfen hat als irgendein anderer Marxist, machte 1928 auf dem 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale auf folgende Erscheinung aufmerksam:

"Entscheidend ist aber folgendes: In den Vereinigten Staaten, also in jenem Lande, das heute die stärkste kapitalistische Kraft zeigt, in einem Gebiet, das sich noch immer auf einer aufsteigenden Linie bewegt, hat sich ebenfalls eine Massenarbeitslosigkeit herausgebildet, deren neuer Charakter ganz klar hervortritt. Der neue Charakter besteht darin, daß die Zahl der vom industriellen Kapital beschäftigten Arbeiter in den Vereinigten Staaten absolut gefallen ist!

Das industrielle Kapital, das in seinem Kreislauf die Produktionssphäre durchläuft, die Form von produktivem Kapital annimmt - also jenes Kapital, dessen Arbeiter unmittelbar den Mehrwert schaffen, während alle anderen Kapitalarten nur einen Teil des vom industriellen Kapital angeeigneten Mehrwertes erhalten, dieses Kapital hat in den Vereinigten Staaten im Jahre 1919 25 Millionen Arbeiter beschäftigt, im Jahre 1925 23 Millionen. Es

6 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 642.

ergibt sich also eine Abnahme von zwei Millionen Arbeitern; die Industrie selbst hat die Zahl ihrer Arbeiter von 10 700 000 auf 9 700 000 reduziert. Dabei, Genossen, war 1925 ein Jahr mit sehr guter Konjunktur, und trotz der verminderten Arbeiterzahl ist die Menge der produzierten Waren sehr stark gestiegen."[7]

Gegen einen völlig verfehlten Angriff von Lominadse verteidigte Bucharin Varga so: "Bei Marx sind einzelne Fälle einzelner Fabriken angeführt, wo die Zahl der Arbeiter sich verringert hat. Ist es nun möglich, daß jetzt (zum ersten Male) für ein ganzes Land, und sei es auch nur für eine gewisse Zeitspanne, das gleiche stattfindet. Ich glaube, daß das möglich ist. Es ist möglich, daß irgendein Land eine Ausnahmestellung in der Weltwirtschaft inne hat, sich durch gewisse spezifische Züge seiner Entwicklung auszeichnet, genau so wie in der englischen Industrie der Epoche Marx' einzelne Fabriken oder einzelne Gebiete sich auszeichneten. Es wäre unvorsichtig und falsch, wollten wir jetzt ein neues 'natürliches' Gesetz der Entwicklung aufstellen. Erstens haben wir zu wenig empirisches Material, als daß wir solche Verallgemeinerungen vornehmen könnten; es ist aber durchaus möglich, von vorhandenen Tatsachen zu sprechen. Ein Land hat eine Ausnahmestellung in der gesamten Weltwirtschaft inne. Das sind die Vereinigten Staaten. Es ist durchaus begreiflich, daß ein Land mit so gewaltigen Wirtschaftskräften, ein Land, wo der technische Fortschritt in so schnellem Tempo vor sich geht, nicht dem allgemeinen Durchschnitt folgt, daß wir zeitweilig einen starken Sprung beobachten können. Das ist es, was in Amerika vor sich geht."[8]

Hier wird noch auf einen Einzelfall - USA - hingewiesen, der jedoch auf eine Ursache von allgemeiner Bedeutung zurückgeführt wird: nämlich auf den technischen Fortschritt, der in diesem Einzelfall so groß ist, daß sein Wachstumstempo das der Produktion überschreitet.

Und nun geschieht etwas Merkwürdiges, was in der Geschichte der Wissenschaft nicht ganz so selten vorkommt. Die Diskussion Varga - Lominadse - Bucharin wird vergessen. Berührte sie ja auch nur einen historischen Einzelfall.

Doch nur zwei Jahre später, in der "Finanzpolitischen Korrespondenz" vom 15. November 1930, nimmt J. Kuczynski ohne Kenntnis der vorangehenden Diskussion diese Problematik wieder auf.[9] Unter dem Titel "Rückgang der Industriearbeiterschaft?" schreibt er:

"Die Anzahl der Fabrikarbeiter, überhaupt der Industriearbeiter hat sich im 19. Jahrhundert außerordentlich vergrößert. Das Land, die Landwirtschaft, die Landarbeiter traten immer mehr an Bedeutung zurück, während die Industrie, die Fabrik, das industrielle Proletariat immer mehr an Bedeutung gewannen. Das war so in England, in Amerika, in Frankreich, in Deutschland und anderswo.

Diese Entwicklung setzte sich im zwanzigsten Jahrhundert bis zum Ende des zweiten, Anfang des dritten Jahrzehnts fort. In den Vereinigten Staaten brach sie im Jahre 1920, in Deutschland wohl mit dem Ende des Krieges ab. Die verhältnismäßig starke Zunahme der Industriearbeiter hat ziemlich plötzlich aufgehört; ja, die Zahl der Fabrikarbeiter hat in Amerika bereits nicht unbeträchtlich abgenommen, und auch in Deutschland findet heute eine rückläufige Bewegung statt.

Wie ist das zu erklären? ...

In den letzten Jahren ist die Rationalisierung, und zwar ganz besonders in den Vereinigten Staaten und in Deutschland, außerordentlich fortgeschritten. Gleichzeitig ist die Produktion gestiegen, aber lange nicht so stark wie die Arbeitsintensität. Da die Unternehmer nun die

7 Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Moskau 17. Juli - 1. September 1928. Protokoll, Bd. 1, Hamburg/Berlin 1928, S. 202 f.
8 Ebenda, S. 541.
9 Finanzpolitische Korrespondenz, Nr. 42, 15. 11. 1930.

tägliche Arbeitszeit nicht herabsetzten, wurden immer weniger Arbeitnehmer dazu gebraucht, um das Sozialprodukt herzustellen. Immer weniger Arbeiter stellen bei außerordentlich steigender Arbeitsintensität ein Sozialprodukt her, das sich nur langsam vergrößert.

Wir haben es hier also mit einem Phänomen zu tun, das der Periode des Hochkapitalismus eigentümlich ist, in dem sich die Proportionen zwischen Produktion, Arbeitsintensität und Arbeitszeit immer mehr verzerren, in dem der Wirtschaftsablauf immer unorganisierter wird. Infolge dieser völlig unproportionalen Arbeitsumstände wird die Anzahl benötigter Industriearbeiter von Jahr zu Jahr geringer und gleichzeitig die Lebenslage der Industriearbeiter von Jahr zu Jahr ungünstiger. Denn diese Verhältnisse führen zu dauernder und dauernd steigender Arbeitslosigkeit und damit, da die industrielle Reservearmee infolgedessen wächst, zur Schwächung der Arbeiter in Lohntarifverhandlungen.

Die Planlosigkeit der heutigen Wirtschaftsführung hat also eine immer stärkere Verelendung der Arbeitnehmer, bei einer dauernd wachsenden Reservearmee von Hand- und Kopfarbeitern, zur Folge."

Kuczynski geht weiter als Varga und beginnt zumindest eine Verallgemeinerung der von diesem für die USA festgestellten Tendenz überhaupt für die imperialistischen Länder. Jedoch liegt sein ganzes Interesse nicht bei dem Phänomen an sich, sondern bei seiner Auswirkung auf den Verelendungsprozeß des Proletariats. Sein Gedankengang ist im Grunde genau der umgekehrte von Varga. Varga kommt auf das Phänomen von der Verelendung der Arbeiterklasse (steigende Arbeitslosigkeit), Kuczynski geht von dem Phänomen aus, um auf die steigende Verelendung der Arbeiterklasse zu kommen.

In der Woche vor dem Erscheinen des Artikels (der "auf Vorrat" geschrieben war) hatte Kuczynski zahlreiche Unterhaltungen mit Varga in Moskau, ohne daß er das Gespräch gerade auf diesen Punkt brachte - war dieses Phänomen doch nur eines unter den vielen, die sie laufend beobachteten oder gar entdeckten. So kam es, daß er immer noch nicht auf die Diskussion auf dem 6. Weltkongreß aufmerksam wurde.

Aus der Sowjetunion zurückgekehrt, hatte er jedoch ausführliche Diskussionen über diese Problematik mit Erich Kunik und Christel Wurm, die die Informationsabteilung des ZK leiteten. Sie fanden die Frage "interessant und wichtig", aber auch sie stellten keine Verbindung zur Diskussion auf dem 6. Weltkongreß her.

Im übrigen paßte die These ausgezeichnet in die allgemeine Auffassung in der Komintern, daß Fäulnis des Kapitalismus gleich Stagnation sei, eine These, die im Laufe der folgenden Jahre immer größere Bedeutung gewann und die die Realität zu bestätigen schien.[10]

Später - das sei erwähnt, um die ganze Merkwürdigkeit des Ganges, den wissenschaftliche Probleme haben können, aufzuzeigen - als Kuczynski 1967 auf diese Problematik wieder einging, war er zwar marxistisch gebildet genug, um von der Diskussion des 6. Weltkongresses zu handeln, hatte aber seinen Artikel in der "Finanzpolitischen Korrespondenz" ganz vergessen.[11]

In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg war es ganz offenbar, daß die Industriearbeiterschaft in allen imperialistischen Ländern die Tendenz hatte, relativ zur Zahl der Erwerbstätigen insgesamt zu stagnieren oder gar zurückzugehen.

Daraus zogen Monopolideologen die "Schlußfolgerung", daß die Arbeiterklasse allmählich ganz verschwinden werde. Sie würde sich mit den Angestellten zu einer Mittelklasse verschmelzen.

10 Vgl. zu dieser Problematik Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 37: Eine Weltübersicht über die Geschichte der Lage der Arbeiter, Berlin 1967, S. 24 ff.

11 Vgl. dazu ebenda, Bd. 36: Die Theorie der Lage der Arbeiter, Berlin 1968, S. 126 f.

Darauf antworteten viele Marxisten: Umgekehrt wird ein Schuh daraus, die Angestellten werden jetzt zum Teil der Arbeiterklasse und diese verschwindet nicht nur, sondern wächst im Gegenteil dadurch ganz gewaltig an.

Ich möchte mir keinen der beiden Schuhe anziehen, sondern bleibe bei den Schuhen der Klassiker des Marxismus-Leninismus, in deren Spuren man besser geht als mit irgendwelchen neuen Theorien, wie der, daß die Angestellten jetzt Proletarier sind und zur einzig wirklich konsequent revolutionären Klasse gehören - statt, wie es die Klassiker des Marxismus-Leninismus taten und auch noch Ernst Thälmann tat, sie im allgemeinen zum Kleinbürgertum zu rechnen.

Doch wollen wir auf dieses Problem hier nicht näher eingehen. Zur Frage wollen wir vielmehr stellen, was es bedeutet, daß die Zahl der Industriearbeiter zumindest relativ stagniert oder gar zurückgeht.

Dazu ist zunächst folgendes zu sagen:

Erstens: Während die Zahl der Industriearbeiter in den imperialistischen Ländern wirklich seit Jahrzehnten die Tendenz hat, zu stagnieren oder zumindest relativ zurückzugehen, steigt sie natürlich beachtlich in den Entwicklungsländern absolut und relativ. Betrachten wir die nichtsozialistische Welt als Ganze, dann zeigt die Zahl der Industriearbeiter zweifellos eine starke Steigerung.

Man kann die Entwicklung der Zahl der Industriearbeiter etwa so schätzen:

Vom Beginn des Jahrhunderts bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges: Steigerung um rund ein Drittel (mehr als die Zahl der Werktätigen überhaupt!)

Vom Beginn des ersten Weltkrieges bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges: Steigerung um rund ein Siebentel (weniger als die Zahl der Werktätigen überhaupt!)

Vom Beginn des zweiten Weltkrieges bis zum Jahre 1950: Steigerung um rund zwei Fünftel (mehr als die Zahl der Werktätigen überhaupt!)

Vom Jahre 1950 bis zum Jahre 1970: Steigerung um mehr als zwei Fünftel (mehr als die Zahl der Werktätigen überhaupt!)

Zweitens: Während die Zahl der Lohnempfänger in der Industrie der imperialistischen Länder die Tendenz hat, relativ zu stagnieren oder zurückzugehen, bedeutet das keineswegs, daß die Arbeiterklasse sich dort zahlenmäßig vermindert.

Sehen wir uns die entsprechenden Zahlen für das imperialistische Deutschland und die Bundesrepublik nach den amtlichen Statistiken (Jahre der Volks-, Berufs- und Betriebszählungen) an.

Zahl der Lohnarbeiter im Deutschen Reich
(Gebietsstand vom 31. 12. 1937)

Jahr	Millionen	Jahr	Millionen
1882	9,8	1925	16,2
1895	11,3	1933	16,4
1907	13,5	1939	17,5

In den Jahren vom Ende des ersten Weltkrieges bis zum Beginn des Faschismus stagnierte die Zahl der Lohnarbeiter sogar absolut. Die relative Zahl der Lohnarbeiter (Prozent aller Erwerbstätigen) betrug:

1882	57,4 %	1925	50,2 %
1895	56,9 %	1933	50,1 %
1907	53,1 %	1939	49,1 %

Prozentmäßig ist die Lohnarbeiterschaft ständig zurückgegangen.

Anders sehen die Zahlen für die Bundesrepublik aus:

Zahl der Lohnarbeiter und ihr Prozentsatz unter allen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik

Jahr	Millionen	Prozent
1939	9,5	46,8
1950	11,2	50,9
1969+	12,4	47,4

+ Nicht genau vergleichbar; basierend auf einem Mikrozensus.

Während die Zahl der Lohnarbeiter mit der Steigerung der Bevölkerung absolut bedeutend heraufgegangen ist, ist der Prozentsatz nach einer beachtlichen Steigerung in der letzten Zeit wieder abgesunken.

Wie steht es mit der Zahl der Lohnarbeiter in der Industrie?

Zahl der industriellen Lohnarbeiter im Deutschen Reich
(Gebietsstand vom 31. 12. 1937)

Jahr	Millionen	Jahr	Millionen
1882	4,4	1925	10,3
1895	6,4	1933	9,9
1907	7,9	1939	11,1

Wiederum beobachten wir eine Stagnation vom Ende des ersten Weltkrieges bis in die Zeit des Faschismus hinein.

In der Bundesrepublik sah die Entwicklung so aus:

1939	6,2
1950	7,1
1969+	9,1

+ Nicht genau vergleichbar; basierend auf einem Mikrozensus.

Wiederum eine ständige Steigerung in einer ständig wachsenden Bevölkerung.

Und nun untersuchen wir den Anteil der Lohnarbeiter in der Industrie an der Gesamtzahl der Lohnarbeiter (in Prozent)

Deutsches Reich		Bundesrepublik	
1882	45	1939	65
1895	57	1950	63
1907	59	1969+	73
1925	64		
1933	60		
1939	63		

+ Nicht genau vergleichbar; basierend auf einem Mikrozensus.

Der Prozentsatz hat von unmittelbar vor dem ersten bis unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg praktisch stagniert. Erst nach dem zweiten Weltkrieg ist der Prozentsatz der Industriearbeiter unter allen Lohnarbeitern rapide gestiegen.

Aber was war zwischen 1910 und 1950 los? Und wie steht es mit dem Anteil der Industriearbeiter an allen Erwerbstätigen?

Anteil der Industriearbeiter an der Zahl aller Erwerbstätigen (in Prozent)

Deutsches Reich		Bundesrepublik	
1882	26	1939	31
1895	32	1950	32
1907	31	1969+	35
1925	32		
1933	30		
1939	31		

+ Nicht genau vergleichbar; basierend auf einem Mikrozensus.

Der Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht gestiegen, hat stagniert – nur in der letzten Zeit ist er ein wenig heraufgegangen!

Also ist der Umfang der Arbeiterklasse mit der erwerbstätigen Bevölkerung gestiegen – hat aber im Vergleich zu ihr nicht zugenommen?

Eine solche Schlußfolgerung wäre grundfalsch!

Nicht nur ist die Arbeiterklasse mit der Zahl der Erwerbstätigen gestiegen, sie hat innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung an Bedeutung gewonnen! und zwar nicht dadurch, daß man plötzlich die Angestellten zu ihr zählt.

Erinnern wir uns an die Präzisierung der Definition der Arbeiterklasse durch Lenin in späterer Zeit. Es sind ja weder einfach die Lohnarbeiter noch die Lohnarbeiter in der Industrie (in der hier benutzten amtlichen Statistik noch das Handwerk mit einschließend), die die Arbeiterklasse konstituieren. Lenin sagt viel genauer: "Was ist das Proletariat? Das ist die Klasse, die in der Großindustrie arbeitet." Nur die Arbeiter der Großindustrie sind Arbei-

terklasse im Sinne der einzig wirklich revolutionären Klasse! Und der Prozentsatz der Industriearbeiter, die in der Großindustrie arbeiten, hat gewaltig zugenommen! und zwar überall in der Welt, nicht zum wenigsten in den imperialistischen Ländern!

Ich möchte schätzen, daß von allen Industriearbeitern im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik in der Großindustrie arbeiteten, also die Arbeiterklasse im Sinne der Leninistischen Definition konstituierten:

1882	ca. 55 %	1933	ca. 68 %
1895	ca. 60 %	1939	ca. 70 %
1907	ca. 63 %	1950	ca. 68 %
1925	ca. 68 %	1970	ca. 75 %

Wenden wir diesen Prozentsatz auf den Anteil der Industriearbeiter an der Zahl aller Erwerbstätigen an, dann erhalten wir folgenden Index des Anteils der Arbeiterklasse:

Index des Anteils an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen+

Jahre	Industriearbeiter einschließl. in Klein- und Kleinstbetrieben	Arbeiterklasse im Sinne der einzigen wirklich revolutionären Klasse
	Deutsches Reich	
1882	100	100
1895	120	135
1907	120	135
1925	120	150
1933	115	145
1939	120	150
	Bundesrepublik	
1939	115	150
1950	120	150
1970	ca. 130	ca. 180

+ Abgerundete Zahlen, berechnet auf Grund von nichtabgerundeten Zahlen des Anteils der Industriearbeiter an der Zahl aller Erwerbstätigen, die in unserer obigen Tabelle zum Beispiel für 1882 mit 26 % gegeben wurden; für unsere Berechnungen hier aber wurden 26,4 % eingesetzt.

Wenn auch die Zahl für 1970 nicht so gesichert ist wie die vorangehenden, so wird deutlich, wie stark sich die Arbeiterklasse nicht nur absolut mit dem Wachstum der Bevölkerung und der Erwerbstätigen, sondern auch anteilmäßig entwickelt hat.

Ihren ersten Höhepunkt erreichte die Entwicklung in der Weimarer Republik. Daß der Anteil der Arbeiterklasse in den Jahren der Wirtschaftskrise und des Faschismus nicht wesentlich zunahm, ja stagnierte und teilweise statistisch zurückging, ist nur natürlich.

In der Wirtschaftskrise (zyklischen Überproduktionskrise) wird die Industrie schwerer getroffen als etwa die Landwirtschaft, das Beamtentum oder der Handel. Auch wandern Industriearbeiter, die ihre Beschäftigung verlieren, wenn möglich in andere Wirtschaftszweige

ab. Und weiter: In der Industrie besteht eine Tendenz für die Großbetriebe, rücksichtsloser zu entlassen als kleine Betriebe.

Unter dem Faschismus stieg besonders stark die parasitäre Bürokratie im Staat und in der NSDAP, stieg besonders stark auch die Zahl der Angestellten allgemein. Wiederum erstaunt es nicht, daß der Anteil der Arbeiterklasse nicht heraufging.

1950 ähnelte in vieler Beziehung einem Krisenjahr. In der Folgezeit erhöhte sich dann der Anteil der Arbeiterklasse wieder stark.

Zum Abschluß sei noch die Frage gestellt: Muß nicht die Arbeiterklasse die Mehrheit der Bevölkerung bzw. der Erwerbstätigen stellen, um die Macht zu erobern? Natürlich nicht! Die Arbeiterklasse muß jedoch die Mehrheit der Werktätigen für den Kampf gegen das Monopolkapital gewinnen, um zu siegen, um die Macht zu erobern.

Die Mehrheit der Bevölkerung bzw. ihre größte Schicht stellt der "Mittelstand", das Kleinbürgertum, eine außerordentlich differenzierte Gruppierung. Auch das haben die Klassiker des Marxismus-Leninismus stets erkannt und uns dargelegt. Gerade vor der Revolution, im August 1917, betonte zum Beispiel Lenin das noch einmal in aller Schärfe, und zwar nicht nur für Rußland, sondern allgemein für den Kapitalismus, in seiner Arbeit "Über Verfassungsillusionen":

"In letzter Instanz werden bekanntlich die Fragen des gesellschaftlichen Lebens durch den Klassenkampf in seiner heftigsten, schärfsten Form, nämlich in der Form des Bürgerkriegs entschieden. In diesem Kriege aber, wie in jedem anderen Kriege, entscheidet - auch das ist eine bekannte und prinzipiell von niemand bestrittene Tatsache - die Ökonomik. Es ist äußerst charakteristisch und bezeichnend, daß weder die Sozialrevolutionäre noch die Menschewiki, die dies 'im Prinzip' nicht leugnen und sich über den kapitalistischen Charakter des heutigen Rußlands sehr wohl im klaren sind, den Mut haben, der Wahrheit nüchtern ins Auge zu sehen. Sie haben Angst, die Wahrheit anzuerkennen, daß jedes kapitalistische Land, Rußland einbegriffen, drei grundlegende, drei Hauptkräfte aufweist: Bourgeoisie, Kleinbürgertum und Proletariat. Von der ersten und dritten Kraft sprechen alle, alle erkennen sie an. Die zweite - das heißt zahlenmäßig gerade die Mehrheit! - will man weder vom ökonomischen noch vom politischen noch vom militärischen Standpunkt aus nüchtern einschätzen."[12]

Den "Mittelstand", das Kleinbürgertum, aber hat Lenin oft und sehr genau definiert, etwa so in den "Thesen des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale" als: die "Klasse der Kleinbesitzer in Landwirtschaft, Industrie und Handel sowie" ... die "dieser Klasse entsprechende Schicht der Intelligenz, der Angestellten usw."[13]

12 Lenin, W. I., Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 201.
13 Ebenda, Bd. 31, Berlin 1959, S. 174.

ZUM 200. GEBURTSTAG VON DAVID RICARDO

Ricardos Theorie der komparativen Außenhandelsvorteile

von Peter Thal

Am 19. April 1972 jährt sich zum 200. Mal der Geburtstag von David Ricardo, einem der genialsten Theoretiker in der Geschichte der politischen Ökonomie, dessen Werk im Marxismus-Leninismus seine dialektische Aufhebung und Fortsetzung gefunden hat. Die Wissenschaft der Arbeiterklasse bekennt sich zu diesem großen bürgerlichen Denker, sie hat sein Erbe angetreten und bewahrt seine tiefen Einsichten in die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ordnung vor dem Vergessen, vor Mißdeutungen oder Verfälschungen.

Unsere Würdigung der historischen Leistung von David Ricardo schließt die Kritik zeit- oder klassenbedingter Unzulänglichkeiten mit Notwendigkeit in sich ein. Gerade die aus der kritischen Auseinandersetzung mit Ricardo geborenen Anregungen waren für Karl Marx von wesentlicher Bedeutung bei der Entwicklung seiner eigenen ökonomischen Lehre. Vor allem in dieser aktiven ideengeschichtlichen Beziehung beweist sich die Wertschätzung, die die proletarische Ökonomie für die klassische bürgerliche Wirtschaftstheorie empfindet.

Aus diesem Grund ist es nur zu natürlich, wenn sich die marxistisch-leninistische politische Ökonomie dem 200. Geburtstag David Ricardos besonders verpflichtet fühlt. Ricardo ist keine altehrwürdige Reliquie, sondern nach wie vor ein wichtiger Ansatzpunkt für das tiefere Eindringen in die Marxsche Lehre und zum besseren Verständnis historisch-theoretischer Probleme des Kapitalismus der freien Konkurrenz. In der Einleitung zu seiner neu übersetzten Ausgabe des Ricardoschen Hauptwerkes schrieb Gerhard Bondi: "Die Erkenntnis, daß das Studium der Geschichte der politischen Ökonomie im allgemeinen, besonders aber das der Werke der herausragenden bürgerlichen Klassiker, das Verständnis gegenwärtiger theoretischer Probleme nicht nur erleichtert, sondern in manchen Fällen geradezu erst ermöglicht, setzt sich zusehends durch."[1]

Von dieser Position ausgehend, soll im folgenden versucht werden, erneut zu einem der meistdiskutierten und umstrittensten Teile des Ricardoschen Systems Stellung zu nehmen, zur sogenannten Theorie der komparativen Kosten. Die Wahl dieses Themas erklärt sich in erster Linie daraus, daß durch die bürgerliche Ökonomie von J. St. Mill über Taussig bis zu Harrod, die sich in ihrer theoretischen Interpretation des Außenhandels gern auf Ricardo beruft, in die Beziehung zwischen der Arbeitswertlehre und der Theorie der komparativen Produktionsvorteile als Basis der internationalen Arbeitsteilung sehr viel Verwirrung hineingetragen worden ist, um den im Wesen als internationales Ausbeutungsverhältnis zu charakterisierenden kapitalistischen Außenhandel zu verschleiern. Zum anderen weisen sehr viele aktuelle Diskussionen unter marxistischen Ökonomen über Probleme der planmäßig zu entwickelnden internationalen sozialistischen Arbeitsteilung auf das Bedürfnis hin, den Quellen der

1 Ricardo, David, Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, übers. u. eingel. v. G. Bondi, Berlin 1959, S. VII.

Theorie bei Marx in seiner wissenschaftlichen Kritik Ricardos verstärkte Beachtung zu schenken, zumal in dieser Hinsicht mitunter sogar im Elementaren gravierende Ungenauigkeiten auftreten.[2]

Zum wirtschaftshistorischen Hintergrund der Ricardoschen Außenhandelstheorie

Beginnend mit Petty und einen ersten Höhepunkt mit Adam Smith erreichend, hatten in Großbritannien in Abhängigkeit vom Erstarken der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die außenhandelstheoretischen Vorstellungen der Bourgeoisie in zunehmendem Maße eine Abkehr vom Merkantilismus zum Inhalt. Als theoretisches Hauptargument zur Begründung der nunmehr erhobenen Freihandelsforderung trat dabei die produktivitätssteigernde Wirkung der internationalen Arbeitsteilung, die angeblich vorteilhaft für alle am Außenhandel beteiligten Nationen sein sollte, immer stärker in den Vordergrund.

Tatsächlich zieht sich anstelle der behaupteten Harmonie die Ausbeutung anderer Völker wie ein roter Faden durch alle Formen der kapitalistischen internationalen Wirtschaftsbeziehungen, was durch die bürgerliche Ökonomie auch in ihrer klassischen Phase theoretisch nicht verarbeitet wurde. Die relative Unausgereiftheit des Entwicklungsstandes der kapitalistischen Gesellschaft und ihr bürgerlicher Denkhorizont hinderten die Theoretiker der damaligen Zeit an der Erkenntnis, daß die objektiven Folgen der internationalen Arbeitsteilung, die wirtschaftliche Verbindung zwischen den Nationen und die Steigerung der Arbeitsproduktivität, nur eine Seite des historischen Prozesses der Herausbildung des Kapitalismus auf internationalem Gebiet darstellen. Der historisch-konkrete Inhalt und die Methoden, mit deren Hilfe dieses Ergebnis erreicht wird, entsprechen hingegen dem ausbeuterischen Charakter dieser Gesellschaftsordnung. Was von bürgerlichen Ökonomen als das Typische herausgearbeitet wurde, die gesellschaftliche Vorteilhaftigkeit der internationalen Arbeitsteilung, ist für das Kapital nur insofern relevant, als es der Maximierung des Profits dient.

Vom Freihandel internationale Humanität zu erwarten oder zu behaupten, war von Anfang an eine bürgerliche Fiktion, von der Karl Marx sagte: "Die Brüderlichkeit, welche der Freihandel zwischen den verschiedenen Nationen der Erde stiften würde, wäre schwerlich brüderlicher (als zwischen Kapital und Arbeit im nationalen Maßstab - P. T.); die Ausbeutung in ihrer kosmopolitischen Gestaltung mit dem Namen der allgemeinen Brüderlichkeit zu bezeichnen, ist eine Idee, die nur dem Schoß der Bourgeoisie entspringen konnte. Alle destruktiven Erscheinungen, welche die freie Konkurrenz im Innern eines Landes zeitigt, wiederholen sich in noch riesigerem Umfange auf dem Weltmarkt."[3]

Ungeachtet dessen war die Forderung nach Freihandel einschließlich ihrer theoretischen Begründung kein Hirngespinst bezahlter Agenten des Kapitals. Sie entsprach dem Interesse der Industriebourgeoisie Großbritanniens und dem historischen Fortschritt, was Engels wie folgt ausdrückt: "Es war notwendig, daß das Merkantilsystem mit seinen Monopolen und Verkehrshemmungen gestürzt wurde, damit die wahren Folgen des Privateigentums ans Licht treten konnten; ... es war notwendig, daß die Theorie des Privateigentums den rein empirischen, bloß objektiv untersuchenden Pfad verließ und einen wissenschaftlichen Charakter annahm ..."[4]

2 Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die unbefriedigende Darstellung des Stichwortes "Kosten, komparative" in Ökonomisches Lexikon, Teil A - K, 2. Aufl. Berlin 1970, S. 1144.

3 Marx, Karl, Rede über die Frage des Freihandels, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 456.

4 Engels, Friedrich, Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1957, S. 501.

Die industrielle Revolution verstärkte den materiellen Druck auf die britische Industriebourgeoisie, mit allen nur erdenklichen Mitteln eine raschere, breitere und tiefergehende Ausdehnung des Außenhandels in die Wege zu leiten. England hatte gegenüber allen anderen Ländern einen Vorsprung in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erreicht. Auch Produktivkräfte und Produktionsausstoß befanden sich in fast allen Industriezweigen auf einem höheren Niveau als in irgendeinem anderen Teil der Erde. Aufschluß darüber geben folgende Schätzungen Mulhalls:

Wert der Manufakturwarenproduktion+
(in Millionen £)

Jahr	Vereinigtes Königreich	Deutschland	Frankreich	USA
1780	177	50	147	15
1800	230	60	190	25
1820	290	85	220	55
1840	387	150	264	96

+ Mulhall, M. G., The Dictionary of Statistics, 4. Ausg. London 1899, S. 365.

Obwohl das Wachstumstempo in den USA und ab 1800 auch in Deutschland schneller war, besaß England in der absoluten Höhe seiner Industrieproduktion ein derartiges Übergewicht, daß es, mit gewissen Einschränkungen im Hinblick auf Frankreich, nahezu konkurrenzlos in der Welt dastand.

Dem durch das starke Industriepotential bedingten Drang Großbritanniens nach den Außenmärkten stellte sich ein Hindernis in den Weg, nämlich die Landaristokratie. Daß die "landlords" ihre ökonomische Stellung überhaupt hatten halten können, läßt sich durch folgende Ursachen erklären. Die gesamte Periode der englischen industriellen Revolution wurde bis 1815 durch Kriege gegen Nordamerika und Frankreich maßgeblich beeinflußt. Diese Kriege behinderten den Export, aber auch den Import. Da die Einfuhr von Getreide wesentlich erschwert, zum Teil sogar durch die Blockade Napoleons verhindert wurde, unterlag die englische Landwirtschaft kaum der ausländischen Konkurrenz. Die Grundbesitzer nutzten ihre Chance, und mit Hilfe der gegen den Widerstand vieler Industriekapitalisten beibehaltenen Kornzölle trugen sie ein übriges zur Abschirmung vom Ausland bei. Die Industriebourgeoisie mußte jetzt feststellen, daß sich der Landadel ähnlicher Argumente zur Rechtfertigung seiner Forderungen bediente, wie sie selbst lange Zeit benutzt hatte, um die merkantilistische Politik zu begründen. So wehrten sich die Landaristokraten, begünstigt durch objektive historische Faktoren, erfolgreich gegen die Opferung ihrer Rentenquelle zugunsten industrieller Interessen. Es gelang ihnen sogar, diese Quelle stärker zum Fließen zu bringen als je zuvor, stieg doch der durchschnittliche Getreidepreis von 1760/1769 bis 1810/1819 um rund 130 Prozent.[5] Die hohen Preise für ihre Ausgangsprodukte und für die den Arbeitslohn beeinflussenden Lebensmittel waren der Industrie selbstverständlich ein Dorn im Auge; sie verschlechterten ihre Kostensituation und verminderten den Profit. Dieser Umstand trieb die englischen Industriekapitalisten zu massiven Angriffen gegen die Grundeigentümer.

5 Siehe Preistabellen bei Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, T. 2, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26/2, Berlin 1967, S. 128.

Hinzu traten als weitere Erschwernisse für den englischen Außenhandel die Reste des Merkantilsystems im eigenen Land und die sich zu Barrikaden gegen englische Waren auftürmenden Reglementierungen der anderen Staaten. Obwohl absolute Höhe und absoluter Zuwachs von Produktion und Außenhandel so beträchtlich waren, daß sie von keinem anderen Land erreicht wurden, führten diese Bedingungen, insbesondere im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, dazu, daß die Außenhandelsentwicklung mit der Steigerung der Industrieproduktion nicht Schritt hielt. Folgende Berechnungen Kuczynskis geben darüber Auskunft:

Index des Außenhandelsumsatzes und der industriellen Erzeugung Großbritanniens (1913 = 100)+

	Außenhandels-umsatz	Industrielle Erzeugung	Relations-index
1760/69	1,3	2,0	65,0
1770/79	1,4	2,4	58,3
1780/89	1,5	3,1	48,4
1790/99	2,4	4,3	55,8
1800/09	3,4	5,9	57,6
1810/19	4,3	7,2	59,7
1820/29	5,3	10,0	53,0

+ Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 23: Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760 - 1832, Berlin 1964, S. 53.

Das unterschiedliche Entwicklungstempo von Produktion und Außenhandel ist zweifellos durch die Intensität der Schaffung des inneren kapitalistischen Marktes in Großbritannien stark beeinflußt worden. Doch insgesamt wollten und konnten die englischen Kapitalisten mit dieser Entwicklung nicht zufrieden sein. Im Interesse der Erweiterung der kapitalistischen Reproduktion mußten Industrie- und Außenhandelswachstum - eines im Interesse des anderen - unbedingt forciert werden. Dazu war offensichtlich die Beseitigung jener Hürden erforderlich, die beiden im Wege standen. Und das hieß nicht zuletzt weltweiter Freihandel. Engels schrieb deshalb: "Für sie (die englischen Kapitalisten - P. T.) ist die Frage über die Handelsfreiheit eine Lebensfrage."[6]

Infolge ihres allgemeinen Vorsprungs brauchte die englische Industrie keine Angst vor der ausländischen Konkurrenz zu haben, und zwar in doppeltem Sinne, sowohl auf dem inländischen als auch auf dem ausländischen Markt. Der überholte Industrieprotektionismus konnte deshalb gefahrlos und relativ reibungslos, soweit er nicht schon gefallen war, aufgehoben werden. Diesen Gedanken hatten die aufgeklärten Vertreter der fortgeschrittensten Teile der Bourgeoisie bereits aufgegriffen und theoretisch zu untermauern versucht. Nun betrat Ricardo die Bühne der politischen Ökonomie.

Als konsequenter Repräsentant der englischen Industriebourgeoisie interpretiert er selbstverständlich deren Forderungen auf allen Gebieten und setzt sich wie kein anderer bürgerlicher Ökonom zur zweiten englischen Ausbeuterschicht, den "landlords", in Gegensatz. Das Prinzip der freien Konkurrenz - die Überzeugung von der Selbstregulierung der Wirtschaft - findet bei Ricardo seinen ausgeprägten Niederschlag, und der Zusammenhang zwischen internationaler Arbeitsteilung und Außenhandel erscheint innerhalb seines Systems unter einem

6 Engels, Friedrich, Der Ökonomische Kongreß, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 292.

neuartigen Aspekt. Seine Außenhandelstheorie ist im besten Sinne des Wortes Beweis dafür, daß sich die Wissenschaft stets, wenn sie zu echten Resultaten gelangen will, mit der gesellschaftlichen Praxis verbindet und das Interesse der fortschrittlichen Klasse formuliert. Dabei ist klar, daß es sich hier um die spezifisch bürgerliche Form des allgemeinen Fortschritts handelt, die von Ricardo vertreten wird.

Den Klasseninhalt der aus seiner Außenhandelstheorie abgeleiteten Freihandelsforderung charakterisiert Engels deshalb so: "England sollte die 'Werkstatt der Welt' werden; alle Länder sollten für England werden, was Irland schon war - Märkte für seine Industrieprodukte, Bezugsquellen für seine Rohstoffe und Nahrungsmittel. England, der große industrielle Mittelpunkt einer ackerbauenden Welt ... Welch herrliche Aussicht!"[7] Ricardo ist und bleibt in all seinen Anschauungen ein Ökonom der Bourgeoisie. Er konnte weder die bürgerlichen Klassenschranken noch die ihm historisch gezogenen Erkenntnisgrenzen überspringen und deshalb zu keiner erschöpfenden theoretischen Klärung der kapitalistischen Weltwirtschaftsbeziehungen gelangen. Trotzdem erweist er sich stets als der große Wissenschaftler, der, historisch betrachtet, auch mit seiner in die Tiefe gehenden Untersuchung der Grundlagen und Vorteile des Außenhandels einen hervorragenden Beitrag zum wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß innerhalb der Geschichte der politischen Ökonomie geleistet hat.

Wenn die folgenden Darlegungen in der Auseinandersetzung mit Ricardo und unter Zugrundelegen der prinzipiellen theoretischen Bemerkungen von Marx zu den Problemen des kapitalistischen Außenhandels bestimmte Grenzen der Erkenntnisfähigkeit des bürgerlichen Klassikers berühren, so ist dies keineswegs mit der Elle kleinlicher Besserwisserei zu messen. Die marxistisch-leninistische Theorienkritik ist sich der historischen Abhängigkeit gesellschaftswissenschaftlicher Ideen voll bewußt. Es geht also nicht etwa um eine Polemik mit der intellektuellen Leistung David Ricardos. Vielmehr soll gerade gezeigt werden, daß seine genialen theoretischen Überlegungen wesentliche Grundlagen für die unter weiterentwickelten gesellschaftlichen Verhältnissen möglich gewordene Vertiefung der politökonomischen Erkenntnis geschaffen haben.

Die Anwendung der Arbeitswerttheorie auf den Außenhandel durch Ricardo

Ricardo ist bemüht, in seinem System der politischen Ökonomie keine logischen Widersprüche zuzulassen. Marx würdigt immer wieder das Streben Ricardos, auf eine strenge Übereinstimmung all seiner theoretischen Anschauungen mit der Arbeitswerttheorie zu achten. Auch in seiner Lehre vom auswärtigen Handel erreicht er in dieser Beziehung die Grenzen bürgerlicher Erkenntnisfähigkeit überhaupt.

"Alles, was ich behaupte", schreibt Ricardo, "ist, daß es der natürliche Preis der Waren (das heißt ihr Wert - P. T.) in dem exportierenden Lande ist, der letztlich die Preise bestimmt, zu denen sie verkauft werden sollen, sofern sie nicht einem Monopol im Einfuhrland unterliegen."[8] Auf der Grundlage seiner Arbeitswerttheorie vertritt Ricardo an dieser Stelle eindeutig die Meinung, daß die Preise der Waren im Außenhandel eine objektiv bestimmte Basis in der von den Erzeugungsländern aufgewendeten Arbeitszeit besitzen. Auf diese allgemeine Formel gebracht, ist sein Gedanke unbestreitbar richtig. Das Wertgesetz gilt auch im Außenhandel. Allerdings ergeben sich hier wesentliche Modifikationen.

Ricardo gebührt unstreitig das Verdienst, als erster in der Geschichte der politischen Ökonomie dieses Problem erkannt und Wesentliches zu seiner Lösung beigetragen zu haben. Daß

7 Derselbe, Vorwort zur deutschen Ausgabe der "Lage der arbeitenden Klasse in England" von 1892, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1957, S. 643.

8 Ricardo, David, a. a. O., S. 369.

er dabei keine endgültige Lösung bietet, schmälert angesichts der historischen Situation, in der er lebte, und der mangelnden theoriegeschichtlichen Vorarbeiten, auf die er sich hätte stützen können, nicht im geringsten seine bewunderungswürdige Leistung. Ihn bewegt die Frage: Wie ist die offenkundige, doch vor ihm von niemandem bemerkte Tatsache zu erklären, daß im Außenhandel die nationalen Arbeitsquantitäten, die zwei miteinander ausgetauschte Waren enthalten, nicht identisch sind? Wie ist in diesem Falle trotzdem ein äquivalenter Tausch im Sinne des Arbeitswertgesetzes möglich?

Seiner Arbeitswerttheorie entsprechend ist es für Ricardo undenkbar, auf dem Binnenmarkt zwei Waren auszutauschen, bei denen eine weniger Arbeitszeit enthält als die andere; denn dadurch würde derjenige einen Extraprofit erzielen, der mehr Arbeit empfängt, als er gibt. Die Konkurrenz unter den Kapitalisten würde den Preis in kurzer Zeit auf den Stand herabdrücken, auf dem er wieder mit dem Wert zusammenfällt. Im Außenhandel ist der Austausch unterschiedlicher nationaler Arbeitsmengen jedoch sehr wohl möglich.

Als Ursache macht Ricardo hierfür die Einschränkungen und Hemmnisse der internationalen Kapitalwanderung verantwortlich.[9] Während sich im Binnenmaßstab infolge der ständigen Suche des Kapitals nach den besten Verwertungsbedingungen eine Durchschnittsprofitrate herausbildet, sind zwischen zwei Ländern Unterschiede in der nationalen Profitrate die Regel. Mit dieser Feststellung hat Ricardo vollkommen recht. Seine verdienstvolle theoretische Analyse dieses Problems ist nicht nur für die von ihm repräsentierte Zeit von Bedeutung, sondern berührt eine prinzipielle Fragestellung des gesamten Kapitalismus.

Doch gleichzeitig wird an dieser Stelle die durch Ricardo ungelöste Frage zum erkenntnishemmenden Faktor, wie nämlich die Entwicklung des Wertes zum Produktionspreis bzw. des Mehrwertes zum Durchschnittsprofit theoretisch zu begreifen ist. Ricardo sieht nicht, daß auch im Inland bei Existenz entwickelter kapitalistischer Verhältnisse, das heißt also bei Produktionspreisen, durchaus n i c h t die gleichen Arbeitsmengen im einzelnen Tauschakt miteinander ausgetauscht werden, sondern gleich große Profitquantitäten.

Nehmen wir zur besseren Veranschaulichung dieses Zusammenhangs folgendes an: Zwei Produkte sollen jeweils 10 Stunden gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit enthalten. Bei W e r t äquivalententausch ergibt sich also die Relation: 1 Stück Produkt X = 1 Stück Produkt Y.

Untersuchen wir nun die Zusammensetzung des Wertes, wobei wir der Einfachheit halber eine Stunde mit einer Werteinheit gleichsetzen und eine Mehrwertrate von 100 Prozent unterstellen:

Produkt X: 8 c + 1 v + 1 m = 10 Wert
Produkt Y: 4 c + 3 v + 3 m = 10 Wert

Der kapitalistische Produzent von X müßte also 9 Stunden Arbeit bezahlen (8 Stunden vergegenständlichte + 1 Stunde lebendige Arbeit) und könnte sich nur 1 Stunde als Mehrwert aneignen, während der andere Kapitalist bei einem Kostpreis von nur 7 Stunden 3 an Mehrwert einstecken würde. Ein Austausch zu Werten ist deshalb im Kapitalismus unmöglich. Die Konkurrenz zwischen den Industriezweigen bringt die Profitrate auf ein gleiches Niveau. Das bedeutet:

Produkt X: 9 k + 2,25 øp = 11,25 Produktionspreis
Produkt Y: 7 k + 1,75 øp = 8,75 Produktionspreis

Diese Konstellation wirkt nun unmittelbar zurück auf das materielle Austauschverhältnis zwischen beiden Waren, das heißt:

1 Stück X = 1,28 Stück Y, das heißt 2,25 øp = 2,25 øp
oder 1 Stück Y = 0,79 Stück X, das heißt 1,75 øp = 1,75 øp.

9 Vgl. ebenda, S. 122 f.

Auf die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit bezogen, bildet sich demnach folgende Tauschproportion heraus:

10 Stunden der X-Produktion = 12,80 Stunden der Y-Produktion
oder 10 Stunden der Y-Produktion = 7,90 Stunden der X-Produktion.

Theoretisch bedeutet dieser Prozeß der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate die Nivellierung der effektiv unterschiedlichen Arbeitsproduktivität der einzelnen Industriezweige zu einem nationalen Durchschnitt im Preis der Produkte. Ziehen wir zur Verdeutlichung noch einmal das Beispiel heran: Wertmäßig betrachtet, erzeugt die lebendige Arbeit von 2 Stunden bei Produkt X einen Neuwert von ebenfalls 2 Stunden; bei Produkt Y sind es jeweils 6 Stunden. Trotzdem besitzt die lebendige Arbeit in der X-Produktion eine höhere Produktivkraft als in der Y-Produktion, denn es genügen 2 Stunden, um einen Gesamtwert von 10 Einheiten hervorzubringen, während im anderen Falle 6 Stunden notwendig sind. Die Durchschnittsprofitrate läßt nun, selbstverständlich zum alleinigen Nutzen der Kapitalisten, der absolut produktiveren Arbeit auch am Gesamtneuwert einen - entsprechend ihrer zum Durchschnittsgrad höheren Produktivität - größeren Anteil zukommen, so daß die 2 Stunden lebendige Arbeit in der X-Produktion den gleichen Neuwert in Höhe von 4,25 realisieren wie die 6 Stunden in der Y-Produktion, deren Produktivität unter dem Durchschnittsgrad liegt.

Da Ricardo weder logisch noch historisch die Entwicklung von Wert zum Produktionspreis analysiert, kommt er auch nie auf den Gedanken, daß sich verschiedene gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeiten auf der Basis von Produktionspreisen austauschen können.

Die mangelnde Kapitalwanderung zwischen nationalen Volkswirtschaften hat also, genau betrachtet, mit der von Ricardo entwickelten These nichts zu tun, daß im Außenhandel die aufgewendete Arbeitsmenge "nicht den relativen Wert der zwischen zwei oder mehreren Ländern ausgetauschten Waren" bestimmt.[10] Es blieb Marx vorbehalten, die Dialektik von Wert und Produktionspreis auf der Basis entwickelterer kapitalistischer Verhältnisse und in der Auseinandersetzung mit Ricardo aufzudecken und damit auch eine gültige Erklärung für die Wirkung des Gesetzes des Arbeitswertes im internationalen Rahmen zu geben. Erst bei genauer Analyse der historisch-logischen Genesis des Produktionspreises löst sich das Ricardo mit Recht so beschäftigende Problem des Austausches unterschiedlicher nationaler Arbeitsmengen im auswärtigen Handel.

Hinzu kommt, daß die unterschiedliche Intensität und Qualität der Arbeit in zwei Ländern, mit anderen Worten ihr verschiedenartiges nationales Produktivitätsniveau, die unterschiedliche Wertigkeit eines formell quantitativ gleich großen Arbeitsaufwandes bedingen. "Verglichen mit der weniger intensiven, produziert also die intensivere nationale Arbeit in gleicher Zeit mehr Wert ..."[11], schreibt Marx. Die internationale Wertäquivalenz ist also auch vom Standpunkt des Wertes (im reinen Sinne des Wortes) theoretisch denkbar, wenn die nominell unterschiedlichen Arbeitszeiten zweier im Außenhandel miteinander auszutauschender Waren auf die Differenzierung der nationalen Wertigkeit, zum Beispiel einer Arbeitsstunde, zurückgeführt werden. Marx sagt in diesem Zusammenhang: "Und selbst die Theorie Ricardos betrachtet ..., können sich drei Arbeitstage eines Landes gegen einen eines andren austauschen. Das Gesetz des Werts erhält hier wesentliche Modifikation. Oder wie sich innerhalb eines Landes skilled, composed labour zur unskilled, simple verhält, so können sich die Arbeitstage verschiedner Länder verhalten. In diesem Fall exploitiert das reichere Land das ärmere, selbst wenn letzteres durch den Austausch gewinnt ..."[12]

10 Ebenda, S. 120.
11 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962.
12 Derselbe, Theorien über den Mehrwert, T. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26/3, Berlin 1968, S. 101.

In seinem Ringen um das Problem der Wertäquivalenz im Außenhandel entwickelt Ricardo nun einen sehr bemerkenswerten Gedanken. Er schreibt: "Der Wert aller ausländischen Waren (wird) durch die im Austausch für sie hingegebene Menge von Produkten unseres Bodens und unserer Arbeit bemessen ..."[13] Durch die Bewertung einer Importware mit dem nationalen Arbeitsaufwand des für ihre Bezahlung aufgewendeten Produktes und durch den Vergleich dieser Größe mit der für die Produktion der Importware im Inland notwendigen Arbeitszeit ergibt sich die völlig mit der Realität übereinstimmende Feststellung Ricardos, daß eine Nation ihre konsumierbare Gebrauchswertmasse ohne Veränderung des Umfangs des zur Verfügung stehenden Arbeitszeit- und Kapitalfonds erhöhen kann. Mit einer bestimmten, in Produkten verkörperten Menge Arbeitszeit läßt sich unter Umständen im Ausland eine größere Warenquantität einer anderen Art beziehen, als wenn diese Arbeit in der einheimischen Wirtschaft für das nun eingeführte Erzeugnis verausgabt worden wäre.

Diese Idee, den Außenhandel auf die absoluten Produktionsvorteile eines Landes auszurichten, hatte schon Adam Smith entwickelt, als er schrieb: "Für jeden klugen Hausvater ist es eine Maxime, niemals etwas im Hause machen zu lassen, was ihm weniger kosten würde, wenn er es kaufte ... Was also im Haushalt einer einzelnen Familie klug ist, kann schwerlich in dem eines großen Königreiches töricht sein. Wenn uns ein fremdes Land mit einer Ware wohlfeiler versehen kann, als wir sie selbst zu machen imstande sind, so ist es besser, daß wir sie ihm mit einem Teil vom Erzeugnis unserer eigenen Gewerbetätigkeit, in der wir vor dem Ausland etwas voraus haben, abkaufen."[14]

Ricardo geht in seinen Darlegungen über die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung noch bedeutend weiter. Er stellt die Frage: Was geschieht, wenn eine Nation in allen Produkten der anderen überlegen ist? Die Antwort hat er in seinem berühmten Beispiel über den Außenhandel zwischen England und Portugal entwickelt, das auf folgendes hinausläuft[15]:

	England	Portugal
1 Ballen Tuch	100 Arbeitsstunden	90 Arbeitsstunden
1 Faß Wein	120 Arbeitsstunden	80 Arbeitsstunden

Der Austausch auf dem jeweiligen Binnenmarkt ohne Außenhandel würde entsprechend dem Gesetz des Arbeitswertes in folgenden Proportionen vor sich gehen:

England	1 Ballen Tuch:	0,83 Faß Wein
oder	1 Faß Wein :	1,20 Ballen Tuch
Portugal	1 Ballen Tuch:	1,12 Faß Wein
oder	1 Faß Wein :	0,89 Ballen Tuch.

Schickt jetzt England einen Ballen Tuch nach Portugal, so kann es dort offensichtlich bis zu 1,12 Faß Wein einkaufen; auf dem eigenen Markt erhielte es nur 0,83 Faß Wein. Andererseits tauscht Portugal seinen Wein in England auch vorteilhafter als zu Hause. Es kann dort einen Preis bis zu 1,20 Ballen Tuch erzielen; im Binnenhandel läge er nicht über 0,89 Ballen Tuch.

Wie ist dieses Phänomen zu erklären, da Portugal beide Produkte absolut mit einem geringeren Arbeitsaufwand als England erzeugt? Ricardo gibt hierauf eine gut durchdachte Antwort:

13 Ricardo, David, a. a. O., S. 114.
14 Smith, Adam, Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, Bd. 2, Jena 1923, S. 237.
15 Vgl. Ricardo, David, a. a. O., S. 121 ff.

"Wenngleich es das Tuch vermittels der Arbeit von nur 90 Leuten erzeugen kann, wird Portugal dieses doch aus einem Land einführen, wo man zu seiner Herstellung die Arbeit von 100 Leuten benötigt, da es für Portugal von größerem Vorteil ist, sein Kapital in der Produktion von Wein anzulegen, wofür es von England mehr Tuch bekommt, als es durch Übertragung eines Teils seines Kapitals vom Weinbau zur Tuchfabrikation produzieren könnte."[16] Portugal ist zwar England in beiden Produkten überlegen, aber in unterschiedlichem Grad, die Überlegenheit bei Wein ist bedeutend höher (40 Stunden) als bei Tuch (10 Stunden). Umgekehrt ist die Unterlegenheit Englands vergleichsweise - komparativ - bei Tuch geringer als bei Wein. Die internationale Spezialisierung der Produktion, nicht der Außenhandel selbst, ist nun die Basis für die Möglichkeit eines für beide Seiten vorteilhaften Tausches. Wurden vor der Arbeitsteilung innerhalb der verfügbaren Zeitspanne insgesamt 2 Faß Wein und 2 Ballen Tuch produziert, so sind es danach 2,12 Faß Wein und 2,2 Ballen Tuch. Das Produktionsvolumen beider Länder zusammengenommen hat sich also erhöht.

Die theoretische Schärfe, mit der Ricardo diesen Gedanken entwickelt hat, ist uneingeschränkt bewunderungswürdig. Auf dem Wege streng logischer Beweisführung gelangt er zu einer Erkenntnis von bleibendem wissenschaftlichem Wert. Seine Theorie ist in dieser Frage absolut stichhaltig. Der Außenhandel zwischen zwei Ländern zum gegenseitigen Vorteil ist möglich, obwohl das eine, in Ricardos Beispiel England, beim Tausch mehr nationale Arbeitszeit gibt, als es vom anderen, Portugal, empfängt. Wie groß der Unterschied in der effektiven Arbeitszeit tatsächlich ist, hängt hauptsächlich vom Ausmaß der höheren Produktivität, Intensität und Qualität der portugiesischen Arbeit im Vergleich zur englischen ab.

Insgesamt geht Ricardo in seiner Außenhandelstheorie einen wesentlichen Schritt über Smith hinaus. Die Vorteilhaftigkeit des internationalen Handels ist nicht nur bei Existenz absoluter Produktionsvorteile, das heißt unter Bedingungen gegeben, bei denen die beteiligten Länder jeweils bestimmte Waren mit einem geringeren Arbeitszeitaufwand erzeugen, sondern auch dann, wenn ein Land den anderen bei allen Waren absolut überlegen ist; nur muß diese absolute Überlegenheit bei einzelnen Warenarten in unterschiedlichem Grad vorhanden sein.

Diese bedeutsame Erkenntnis Ricardos wird im allgemeinen als "Theorie der komparativen Kosten" bezeichnet. Er selbst hat diesen Terminus im Zusammenhang mit der Entwicklung seiner außenhandelstheoretischen Auffassungen nie verwendet. Genau genommen, steckt in diesem Ausdruck schon eine gewisse Verfälschung seiner Ansicht, denn er vergleicht praktisch nationale Werte bzw. geht von diesen in seiner Analyse aus. Kostenuntersuchungen in dem Sinne, in dem sie später von der bürgerlichen Vulgärökonomie angestellt werden, liegen seinem klassischen System völlig fern.

Aus seiner Theorie der relativen Produktionsvorteile, wie wir die "komparativen Kosten" bei Ricardo richtigerweise nennen müssen, leitet er seine Theorie der internationalen Arbeitsteilung ab. Weil alle Länder mit unterschiedlichen Produktionsbedingungen ausgestattet sind, ergibt sich die Möglichkeit zu einer die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität steigernden Teilung der Arbeit im internationalen Rahmen. Er schreibt: "Die Vermehrung unserer Annehmlichkeiten durch eine bessere Verteilung der Arbeit, indem jedes Land jene Waren produziert, für die es durch seine Lage, sein Klima sowie seine anderen natürlichen oder künstlichen Vorteile geeignet ist, und sie gegen Waren anderer Länder eintauscht, ist für das Wohl der Menschheit genauso wichtig wie ihre Verwendung."[17] Ricardo hat unbestreitbar recht, wenn er die Vorteile der Arbeitsteilung betont. Genauso richtig ist es jedoch auch, daß er damit gerade den Wünschen der englischen Industriebourgeoisie entspricht.

Nicht zu übersehen ist die letztlich klassenbedingte ahistorische Betrachtungsweise, mit der Ricardo sein Postulat von der Vorteilhaftigkeit der internationalen Arbeitsteilung vertritt. Nur unter der Bedingung, daß die historisch gewachsene internationale Produktionsstruktur

16 Ebenda, S. 121.
17 Ebenda, S. 118.

statisch betrachtet wird, ist der gegenwärtige Vorteil auch für die Zukunft in der unterstellten Form gegeben. Ricardo sieht zwar, daß sich zwei Länder auf einem unterschiedlichen Entwicklungsniveau befinden können - hier liegt gewissermaßen der theoretische Ausgangspunkt seiner ganzen Theorie der relativen Produktionsvorteile im Außenhandel -, aber der Entwicklungsaspekt steht bei ihm am Rande. Die internationale Arbeitsteilung hängt unter anderem tatsächlich von naturwüchsigen Grundlagen, wie Klima, Bodenschätzen usw., ab, doch diese sind im entwickelten Kapitalismus, den Ricardo zur damaligen Zeit allerdings nur in England vorfand, bei weitem nicht mehr ihre Hauptbasis.

Auf die Schaffung von "künstlichen Vorteilen" geht Ricardo nicht weiter ein. Aber durch die Entwicklung der Produktivkräfte ist es sehr wohl möglich, das Fehlen bestimmter natürlicher Bedingungen auszugleichen und den nationalen Wohlstand intensiver zu fördern als durch die Orientierung des Außenhandels an momentanen relativen Produktionsvorteilen. Wie andererseits die internationalen kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen "Mutterländern" und Kolonien, Industrie- und Agrarstaaten, rohstoffverarbeitenden und rohstoffliefernden, Gläubiger- und Schuldnerländern beweisen, verhindern die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetzmäßigkeiten, daß die Arbeitsteilung in allen Ländern in gleicher Weise zum Fortschritt der Produktivkräfte beiträgt. Insofern ist die bürgerliche Theorie von der allgemeinen Vorteilhaftigkeit der internationalen Arbeitsteilung nicht in der Lage, die objektiven antagonistischen ökonomischen Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern richtig widerzuspiegeln.

Ricardo erfaßt mit seiner Lehre einen wichtigen, aber nur einen Aspekt. Die dem auswärtigen Handel zugrunde liegenden historischen Wurzeln und die ihn zur inneren Notwendigkeit für den Kapitalismus machenden ökonomischen Entwicklungsgesetze erkennt er nur unvollständig. Seine wissenschaftliche Ehrlichkeit gebietet ihm und das progressive Stadium kapitalistischer Entwicklung erlaubt ihm, keinerlei Versuch zu unternehmen, die Widersprüche des Außenhandels in apologetischer Absicht zu verbrämen. Doch die bürgerlichen Klassenschranken stellen andererseits zwingende Barrieren für das umfassende Verständnis des Wesens dieser wichtigen ökonomischen Erscheinung des Kapitalismus dar.

Die Erhöhung des Profits durch den Außenhandel und Ricardos Theorie

In völliger Übereinstimmung mit seiner Wert- und Profittheorie erweist sich Ricardo bei der Untersuchung des Einflusses des Außenhandels auf den Profit als typischer Interpret der Interessen der Bourgeoisie als Klasse. Die positive Entwicklung der Produktivität infolge der internationalen Arbeitsteilung, die er wissenschaftlich exakt herausgearbeitet hat, bringt die historische Mission des Kapitals zu seiner Zeit zum Ausdruck. Zugleich ist er ein aktiver Verfechter der Profitwünsche seiner Klasse.

"Nichts trägt so sehr zum Wohlstand und Glück eines Landes bei als hoher Kapitalgewinn"[18], schreibt er. Und in seinem Hauptwerk heißt es: "Es war mein Bestreben, durch dieses ganze Werk zu zeigen, daß die Profitrate niemals anders als durch eine Senkung der Löhne erhöht werden kann und daß eine dauernde Senkung der Löhne nur durch ein Sinken der lebenswichtigen Güter, für welche Löhne verausgabt werden, eintritt ... Wenn wir, anstatt unser eigenes Getreide anzubauen oder die Kleider und die anderen lebenswichtigen Güter der Arbeiter selbst zu erzeugen, einen neuen Markt entdecken, durch den wir uns mit diesen Waren wohlfeiler versorgen können, so werden die Löhne fallen und der Profit wird steigen."[19] Ricardo

18 Derselbe, Zollschutz zugunsten der Landwirtschaft (1822), in: Ricardos Kleinere Schriften, Jena 1922, S. 79.

19 Derselbe, Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, a. a. O., S. 119.

erfaßt auf diese Weise einen tatsächlichen Zusammenhang, den Marx, wenn auch nicht in seiner einseitigen und absoluten Form, durchaus anerkennt.[20] Mit dieser Gedankenführung erhärtet Ricardo seinen Grundsatz, daß der Profit unentgeltlich angeeignete Arbeit ist. Allerdings bereichern sich die Industriekapitalisten in diesem speziellen Fall auf Kosten der Grundeigentümer. Die Einfuhr billigen Getreides führt zu einer Senkung der Rente; die infolgedessen mögliche Senkung der Löhne steigert den relativen Mehrwert des Kapitals. Die reale Lebenslage des Proletariats ändert sich hingegen überhaupt nicht.

Von diesem Zusammenhang zwischen Profit und Außenhandel, der zu Lebzeiten Ricardos von essentieller Bedeutung für die britische Volkswirtschaft war, wird sein theoretisches Interesse völlig absorbiert. So entgeht ihm andererseits die Möglichkeit, die der Außenhandel für die Verbilligung des konstanten Kapitalteils bietet, wozu Marx sagt: "Es ergibt sich ferner, daß der auswärtige Handel die Profitrate beeinflußt, auch abgesehen von aller Einwirkung desselben auf den Arbeitslohn durch Verwohlfeilerung der notwendigen Lebensmittel. Er affiziert nämlich die Preise der in die Industrie oder Agrikultur eingehenden Roh- und Hilfsstoffe."[21]

Das Problem, wie der Außenhandel auf den Profit eines Landes einwirkt, ist damit keineswegs erschöpft. Die Praxis des kapitalistischen Außenhandels bietet mannigfache Voraussetzungen, daß sich die Kapitalisten eines Landes auf Kosten des von der Arbeiterklasse des Auslands produzierten Mehrwertes bereichern. Ricardo kommt mit seiner Theorie dicht bis an die Erklärung dieses Phänomens, wenn er das unterschiedliche Produktivitätsniveau zweier Länder seinen Untersuchungen über den Austausch ungleicher nationaler Arbeitsquantitäten zugrunde legt, wie wir weiter oben gesehen haben. Doch infolge der Identifikation von Wert und Produktionspreis ist ihm die theoretische Durchdringung dieses Sachverhalts nicht gelungen.

Abgesehen von der geschilderten Steigerung des industriellen Profits durch die Verbilligung der Lebensmittel, die für Ricardo natürlich theoretisch und praktisch sehr wesentlich ist, konzentriert er sich in seiner Beweisführung auf die durch den Außenhandel erzielbare Vermehrung des gebrauchswertmäßigen Reichtums eines Landes. Er schreibt: "Obwohl also der auswärtige Handel sehr vorteilhaft für ein Land ist, da er die Menge und die Vielfalt der Dinge vermehrt ... besitzt er keine Tendenz zur Erhöhung des Kapitalprofits ..."[22] Wie begründet Ricardo diese Feststellung? Der Wert der gesamten Warenmasse eines Landes ist durch die zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitszeit gegeben. Wird von diesem Volumen ein bestimmter Wert für den auswärtigen Handel abgezweigt, so wird die nationale Profitrate überhaupt nicht beeinflußt, unabhängig von der Menge an Gebrauchswerten, die man einführt. Ricardo bestimmt den Wert der importierten durch den Wert der dafür exportierten Waren. Ein Land kann somit nicht mehr Wert ein- als ausführen und durch den Außenhandel "bürgerlich reich" werden. "Dieses Paradoxon stellt Ricardo auf", bemerkt Marx hierzu.[23]

Ein rationeller Kern steckt allerdings in Ricardos Überlegung insofern, als er sich damit nochmals gegen überkommene merkantilistische Vorstellungen wendet und außerdem auf diese Weise den zweifellos richtigen Grundgedanken ausgesprochen hat, daß dem Außenhandel kein neuer Wert entspringen kann. Daraus läßt sich aber nicht der Schluß ziehen, "daß wir im Austausch nicht mehr Werte zurückerhalten können."[24]

20 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 247.
21 Ebenda, S. 117.
22 Ricardo, David, Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, a. a. O., S. 119.
23 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1963, S. 810.
24 Ebenda, S. 809.

Marx hat sich sehr tiefgründig mit Ricardo in diesem Punkt auseinandergesetzt und bewiesen, daß man im Außenhandel mehr Werte an sich ziehen kann, als man in ihn hineingesteckt hat. Gerade das stellt Ricardo in Abrede, vom Standpunkt seiner theoretischen Prämissen - wie nicht übersehen werden darf - konsequent. Auf einer höheren Stufe theoretischer und praktischer Entwicklung war es jedoch möglich und erforderlich, den von Ricardo erreichten Erkenntnisstand zu vertiefen.

Wie setzt sich nun aber die für ihn nicht erkennbare Möglichkeit, die Werte über den Außenhandel zu vermehren und den Profit zu erhöhen, in die Wirklichkeit um? Bei diesem komplizierten theoretischen Problem der politischen Ökonomie sind mehrere Aspekte zu unterscheiden, die jedoch in ihrer Konsequenz alle auf das gleiche hinauslaufen, nämlich auf die Vergrößerung der nationalen Profitrate eines Landes. Dabei setzen wir prinzipiell voraus, daß im auswärtigen Handel Äquivalente getauscht werden und trotzdem eine Nation über den Außenhandel ihren Profit erhöht, also faktisch ein internationales Ausbeutungsverhältnis begründet. Damit wird natürlich nicht bestritten, daß ein nichtäquivalenter Tausch im Außenhandel möglich ist und zu einer Vertiefung der internationalen Ausbeutung führt. Doch zunächst gilt es, diesen Prozeß in seiner Gesetzmäßigkeit zu erfassen, wie ihn Marx an verschiedenen Stellen seines Werkes, nicht zuletzt angeregt durch Ricardo, entwickelt hat.

Die erste Variante, die eine Erhöhung des Profits eines Landes über den Außenhandel erklärt, leitet sich aus den von Land zu Land differierenden Entwicklungstendenzen der Arbeitsproduktivität ab. Steigt in einem Land die Arbeitsproduktivität, so sinkt der nationale Wert der zu exportierenden Ware. Das bedeutet nicht automatisch ein Fallen des internationalen Wertes; denn "das Wertgesetz (wird) in seiner internationalen Anwendung dadurch modifiziert", sagt Marx, "daß auf dem Weltmarkt die produktivere nationale Arbeit als intensivere zählt, so oft die produktivere Nation nicht durch die Konkurrenz gezwungen wird, den Verkaufspreis ihrer Ware auf ihren Wert zu senken."[25] Auf diese Weise werden im Außenhandel also höhere Preise als im Binnenhandel realisiert, "so daß das fortgeschrittene Land seine Waren über ihrem (nationalen - P. T.) Wert verkauft"[26]. Dadurch steigt die nationale Profitrate des Kapitals ebenso wie die eines einzelnen Kapitalisten, der aus der Anwendung einer noch nicht allgemein eingeführten Erfindung Extraprofite zieht. Doch ebenso wie hier wird auch im Außenhandel die Erhöhung der nationalen Profitrate nur vorübergehender Natur sein. Dafür sorgt die Konkurrenz, worauf Marx sehr deutlich aufmerksam gemacht hat.

Die Betrachtung der verschiedenartigen nationalen Arbeitsproduktivitäten führt an das von Ricardo nicht gelöste Problem heran, wie der internationale Wert einer Ware objektiv bestimmt wird. Theoretisch ergibt sich der Weltwert einer Ware aus dem gewichteten Durchschnitt des Arbeitsaufwandes aller Produktionsländer, die ähnlich aufgefaßt werden können wie die einzelnen Produzenten innerhalb eines bestimmten Industriezweiges einer Volkswirtschaft. De facto nähert sich der internationale Wert dem nationalen Wert des Hauptproduktionslandes. Der Marxschen Theorie des Marktwertes[27] entsprechend ist es jedoch möglich, daß bei einer Zunahme der internationalen zahlungsfähigen Nachfrage nach einem Produkt der internationale Marktwert vom nationalen Wert des unter weniger günstigen Bedingungen produzierenden Landes bestimmt wird, umgekehrt umgekehrt.

Damit ist im Prinzip der zweite Aspekt geklärt, der eine Erhöhung des nationalen Profits über den Außenhandel beinhaltet. Die Kapitalisten des unter günstigeren Bedingungen produzierenden Landes, dessen nationaler Wert also unter dem internationalen Marktwert liegt, können ihre volkswirtschaftliche Durchschnittsprofitrate durch den Verkauf ihrer Waren auf dem Weltmarkt steigern, ohne das Wertgesetz zu verletzen.

25 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 584.
26 Ebenda, Bd. 3, S. 247.
27 Vgl. hierzu ebenda, S. 192 ff.

Zur Vergrößerung der nationalen Profitrate bietet der auswärtige Handel eine weitere, dritte Möglichkeit, die in engem Zusammenhang mit der weiter oben erörterten Tatsache steht, daß die Waren unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen zu Produktionspreisen ausgetauscht werden. Die Aufdeckung des Ausbeutungsverhältnisses zwischen zwei Ländern im Außenhandel hängt maßgeblich von einer exakten Analyse dieser Tatsache ab. Marx liefert uns den Schlüssel zum Verständnis des Problems, indem er sagt: "Zwei Nationen können nach dem Gesetz des Profits austauschen, so daß beide gewinnen, eine aber stets übervorteilt wird."[28] Inwiefern auch das übervorteilte Land über den Außenhandel gewinnen kann, hat Ricardo überzeugend entwickelt. Doch wie läßt sich hiermit die These vereinbaren, daß trotzdem das eine Land das andere ausbeutet?

Knüpfen wir zur Beantwortung dieser Frage wieder bei Ricardo an. Auch er unterstellt innerhalb eines Landes eine durchschnittliche Profitrate, hervorgerufen durch die fortgesetzte Wanderung des Kapitals in die Wirtschaftszweige mit den besten Verwertungsmöglichkeiten. Zwischen den einzelnen Ländern existieren nun nach Ricardo unterschiedliche Profitraten. Er begründet das so: "Der diesbezügliche Unterschied zwischen einem einzelnen und mehreren Ländern ist leicht zu begreifen, wenn man die Schwierigkeit in Rechnung stellt, mit der ein Kapital von einem in das andere Land wandert, um eine profitable Anlage zu suchen, und die Beweglichkeit berücksichtigt, mit der es sich fortwährend innerhalb eines Landes von einer Provinz zur anderen bewegt."[29]

Worauf Ricardo an dieser Stelle aufmerksam macht, ist die Tatsache, daß die Konkurrenz im internationalen Maßstab nicht in derselben Weise wirkt wie im Inland. Für die betrachtete Zeit am Anfang des 19. Jahrhunderts war tatsächlich die internationale Kapitalwanderung nicht imstande, die Differenzen in den nationalen Durchschnittsprofitraten auszugleichen. Überhaupt existiert im Kapitalismus auch in seiner späteren Entwicklung im Gefolge internationaler Wirtschaftsbeziehungen lediglich eine Tendenz, die nationalen Profitraten anzugleichen. Die ungleichmäßige Entwicklung verändert die organische Zusammensetzung des Kapitals in den einzelnen Ländern nicht in gleicher Weise. Außerdem gehen die aus der Ausbeutung anderer Völker erzielten Profite in unterschiedlichem Grade in den nationalen Durchschnitt ein. Ricardo ist also durchaus zuzustimmen, daß im Kapitalismus eine einheitliche Weltdurchschnittsprofitrate nicht zur tatsächlichen Realität wird.[30]

Aus diesen Überlegungen leitet sich folgender Schluß ab: Das Wertgesetz wird wie auf dem Binnenmarkt zum Gesetz der Produktionspreise abgewandelt, verliert aber nicht seine Gültigkeit. Zwei in den internationalen Austausch gebrachte Waren stehen sich demnach genauso gegenüber wie im Inland, mit einem wesentlichen Unterschied: Sie enthalten nicht den gleichen Profitanteil, sofern sich die beiden Lieferländer auf einem unterschiedlichen Entwicklungsniveau befinden. Trotzdem tauschen sich nach wie vor Äquivalente.

Bekanntlich drücken alle Waren, die in den Außenhandel eingehen, ihren Produktionspreis als Weltmarktpreis letztlich im Gold aus. Das Gold ist im Binnen- wie im Weltmaßstab zugleich Naturalform und Verwirklichungsform der abstrakten Arbeit. Auch als Weltgeld steht es den in verschiedenen Ländern produzierten Waren als allgemeines Äquivalent gegenüber. Diese befinden sich in der allgemeingesellschaftlichen, relativen Wertform, drücken also ihre Werte (Produktionspreise) in Gold aus. Andererseits befindet sich das Gold, um seinen Wert (Produktionspreis) auszudrücken, in der entfalteten relativen Wertform und jede auf den internationalen Markt gebrachte Ware in der besonderen Äquivalentform. Dabei

28 Derselbe, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 755.
29 Ricardo, David, Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, a. a. O., S. 122.
30 Vgl. hierzu Bondi, Gerhard, Kritische Bemerkung zum Aufsatz J. Kuczynskis "Über das Problem der nationalen Verschiedenheit ...", in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 1/1957, S. 72.

mißt das Gold alle anderen Waren mit seinem eigenen Maß; es betrachtet sie gewissermaßen so, als ob sie unter den gleichen Bedingungen produziert worden wären, wie es selbst tatsächlich produziert worden ist. Auf dem Weltmarkt entstehen auf diese Weise absolut und relativ gleiche Goldpreise. Der Produktionspreis des Goldes repräsentiert einen internationalen Arbeitsproduktivitätsdurchschnitt und in Abhängigkeit davon - als Bestandteil - eine fiktive internationale Profitrate. Die Darstellung des Produktionspreises einer Ware auf dem Weltmarkt in einem bestimmten Goldquantum bewirkt ein ähnliches Ergebnis wie die Herausbildung nationaler Produktionspreise für den Binnenhandel; denn auch hier realisiert sich der Produktivitäts- und Profitdurchschnitt beim Austausch, erfährt der Markt eine relative Verselbständigung, während vom Standpunkt der Produktion Produktivitäts- sowie Profitunterschiede existieren.

Kommen wir auf den Ausgangspunkt dieses Problems zurück. Zwei Länder, die sich auf einem unterschiedlichen Produktivitätsniveau befinden, bringen zwei gegeneinander auszutauschende Waren auf den Weltmarkt, die - eben infolge der allgemeinen Produktivitätsunterschiede - nicht die gleichen Profitanteile enthalten. Indem nun aber die nationalen Produktionspreise über das Gold vergleichbar gemacht werden, entsteht die Situation, daß jedes Land, das mit seiner Produktivität über dem Niveau liegt, das das Gold verkörpert, im Außenhandel eine höhere Profitrate realisiert als im Inland. Umgekehrt ist es für die Kapitalisten des Landes, deren Produktivität sich unter dem in der Goldproduktion existierenden Produktivitätsniveau befindet.

Das Land, das eine generell höhere Produktivität hat als andere Länder, alle übrigen Bedingungen gleichgesetzt (Ausbeutungsrate usw.), muß sich bei einer rein binnenwirtschaftlichen Betrachtung mit geringeren Profiten zufriedengeben, da es im Verhältnis zum Kapitalvorschuß nur eine geringere Menge lebendiger Arbeit in Bewegung setzt. Auf dem Binnenmarkt ist das nicht zu umgehen. Auch über die Umverteilung des nationalen Profits durch die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate kann nicht mehr verteilt werden, als an Mehrwert produziert wurde. Aber durch den Außenhandel entsteht die Möglichkeit, sich auf Kosten anderer Nationen zu bereichern. Im Weltmaßstab gleichen sich Gewinn und Verlust aus, die Kapitalisten des Landes mit der im Vergleich zu einem anderen Land geringeren Produktivität müssen diesen Verlust jedoch unwiederbringlich tragen. Marx sagt hierzu: "Daraus, daß der Profit unter dem Mehrwert stehen kann, also das Kapital sich profitlich austauschen (kann), ohne sich zu verwerten im strikten Sinn, folgt, daß nicht nur individuelle Kapitalisten, sondern Nationen fortwährend miteinander austauschen können, auch fortwährend den Austausch auf stets wachsender Stufenleiter wiederholen, ohne daß sie deswegen gleichmäßig zu gewinnen brauchen. Die eine kann sich fortwährend einen Teil der Surplusarbeit der andren aneignen, für den sie nichts im Austausch zurückgibt, bloß daß hier das Maß nicht wie im Austausch zwischen Kapitalist und Arbeiter."[31]

In den Waren des fortgeschritteneren Landes, das über eine höhere organische Zusammensetzung verfügt als die sozusagen den Weltdurchschnitt repräsentierende Goldproduktion, steckt eine geringere nationale Profitrate als in den Waren, die aus dem weniger entwickelten Land kommen, dessen organische Zusammensetzung im Vergleich zur Goldproduktion nach unten abweicht. Nachdem sich nun aber die Verwertung des Kapitals des reicheren Landes beim internationalen Austausch zu Goldpreisen auf die höhere Stufe des internationalen Durchschnitts heraufschraubt und für das ärmere Land beim Außenhandelstauschakt im gleichen Moment dasselbe Ergebnis mit umgekehrtem Vorzeichen erzwungen wird, schlägt die eigentlich fiktive Weltdurchschnittsprofitrate in harte, und zwar bare Realität beim Vollziehen der Austauschoperation um. An der Oberfläche der Erscheinung ist dieser Prozeß nicht mehr feststellbar. Die im Vergleich zum Binnenmarkt höheren Profite aus dem Außenhandel im Land mit der höheren organischen Zusammensetzung gehen infolge der Konkurrenz

31 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 812.

zwischen allen Wirtschaftszweigen mit ein in den Durchschnitt der nationalen Profitrate und heben diesen. Analog verhält es sich in dem ärmeren Land, nur daß dort der nationale Profitdurchschnitt nach unten verschoben wird. Spontan, anarchisch, hinter dem Rücken der Kapitalisten vollzieht sich die Herausbildung einer nationalen Durchschnittsprofitrate, die sich gewissermaßen aus der "Produktionsprofitrate" und der "Außenhandelsprofitrate" zusammensetzt.

Das Resultat der hier angestellten Überlegungen läuft auf die zitierte Marxsche These hinaus, daß zwei Nationen nach dem Gesetz des Profits, mit anderen Worten nach dem Gesetz des Produktionspreises, austauschen können und trotzdem eine stets übervorteilt wird. Die Bourgeoisie der entwickelteren Länder beutet faktisch die Werktätigen in den armen Ländern mit aus, indem sie ihren dortigen "Klassenbrüdern" einen größeren Teil der aus der Arbeiterklasse herausgepreßten Mehrarbeit wegnimmt, als sie selbst gibt, ohne im Grundsätzlichen das Wertgesetz zu verletzen.

Daß sich die Verwertung des nationalen Gesamtkapitals über den Außenhandel erhöhen läßt, hat Ricardo in seiner Polemik mit Adam Smith bestritten. Richtig an seiner Beweisführung ist die Betonung der Existenz unterschiedlicher Profitraten zwischen Ländern, die sich auf einem unterschiedlichen Entwicklungsniveau befinden. Aber die daraus abgeleitete theoretische Schlußfolgerung stimmt mit der Realität des kapitalistischen Außenhandels auch zu seiner Zeit nicht überein. Im Grunde fällt es ihm schwer, seine unbedingt richtige Auffassung von der der internationalen Arbeitsteilung geschuldeten Produktivitätssteigerung aller beteiligten Länder in die Phase des internationalen Warenaustausches schlüssig zu überführen, das heißt in ihrer direkten praktischen Auswirkung zu zeigen.

Ihm war völlig klar, daß es im Kapitalismus kein anderes Mittel gibt, um die relativen Produktionsvorteile im Außenhandel wirksam zu machen, als ihre materielle Realisierung über den Preis und den Profit. Deshalb schreibt er auch in Fortführung seines berühmten Beispiels: "Angenommen also, der Preis des Weins beträgt ... in England 50 Ł pro Schlauch und der Preis einer bestimmten Menge Tuch 45 Ł, während in Portugal der Preis der gleichen Menge Weins 45 Ł und derselben Menge Tuchs 50 Ł beträgt, so wird Wein aus Portugal mit einem Profit von 5 Ł und Tuch von England mit einem Profit in gleicher Höhe ausgeführt."[32] Marx sagt deshalb in einem ähnlichen Zusammenhang zu Ricardo: "Nach dieser Exposition erhöht der Tauschhandel also auch die Preise, nicht nur die Produkte."[33]

Dem Widerspruch, der sich hier bei Ricardo zu seiner sonst vertretenen Auffassung ergibt, versucht er dadurch zu entgehen, daß er ein schnelles Sinken der so gesteigerten Profitrate auf die vorherige generelle Stufe als Folge der allseitigen Konkurrenz behauptet. Marx gibt hier ausdrücklich Smith gegen Ricardo recht und sagt: "Ausgleichung (der Profitrate - P. T.) findet statt, aber nicht Ausgleichung zum alten Niveau, wie Ricardo meint."[34] Der Außenhandel wird damit zu einer dem tendenziellen Fall der nationalen Durchschnittsprofitrate entgegenwirkenden Ursache.

Obwohl, insgesamt betrachtet, die Beziehungen zwischen nationaler Profitrate und Außenhandel von Ricardo theoretisch nicht in ihrer vollen Tragweite aufgedeckt werden, was, wie schon mehrfach betont, in erster Linie am Grundmangel seiner Werttheorie, das heißt der unzureichenden Beherrschung des dialektischen Zusammenhangs zwischen Wert und Produktionspreis, liegt, ist seine intensive Beschäftigung mit dieser Problematik überaus verdienstvoll. Bekanntlich verläuft der Erkenntnisprozeß in seiner historischen Entwicklung

32 Ricardo, David, Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, a. a. O., S. 125.
33 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 812.
34 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 248.

in keiner Wissenschaft gradlinig. Die Konsequenz, mit der Ricardo an der einmal eingeschlagenen Linie festhält, offenbart mit Deutlichkeit die theoriegeschichtlich bedingten Lücken seiner Prämissen. Damit hat er für die Wissenschaft der politischen Ökonomie auch auf außenhandelstheoretischem Gebiet beispielgebend und ungemein anregend gewirkt.

Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen der Außenhandelstheorie Ricardos

Eine sehr markante Stelle aus Ricardos Hauptwerk lautet: "Falls Portugal keine Handelsbeziehungen mit anderen Ländern hätte, würde es genötigt sein, anstatt einen beträchtlichen Teil seines Kapitals und seines Fleißes für die Erzeugung von Wein aufzuwenden, mit dem es für seinen eigenen Verbrauch Tuch und Metallwaren aus anderen Ländern kauft, einen Teil dieses Kapitals für die Erzeugung jener Waren anzulegen, die es dann wahrscheinlich in minderer Qualität und geringerer Quantität erhalten würde."[35] Der auswärtige Handel ist gewissermaßen nur ein Ersatz für die gehemmte internationale Kapital- und Arbeitskräftewanderung. Käme diese zustande, könnte die Produktivität noch entschieden größer sein. Unter Bezugnahme auf sein Beispiel schreibt Ricardo deshalb: "Es ist für die englischen Kapitalisten und die Konsumenten beider Länder zweifellos vorteilhaft, daß unter diesen Bedingungen beides, Wein und Tuch, in Portugal hergestellt wird, und daß daher Kapital und Arbeit, die für die Erzeugung von Tuch in England verwendet wurden, zu diesem Zweck nach Portugal überführt werden."[36] Da diese maximale Steigerung der Produktivität aus bereits erwähnten objektiven Gründen nicht möglich ist, fordert Ricardo wenigstens eine Annäherung an die "absolut" freie Konkurrenz, das heißt den Freihandel zwischen allen Ländern, die ihre Produktion nach absoluten oder komparativen Vorteilen ausrichten. Er wendet sich, wie schon Smith vor ihm, gegen jede Bevormundung des Kapitals, gegen Zölle, Kolonialmonopole usw., immer unter dem Aspekt, daß sonst die bestmögliche Verteilung der Produktivkräfte beeinträchtigt wird. Die Vorteile aus einer ungehemmten Kapitalanlage sieht er nicht nur für das Einzelindividuum oder die Nation, sondern als Positivum für die ganze Welt. Es sei nochmals gestattet, seine eigenen Worte wiederzugeben, und zwar Worte, die nächst seinem Beispiel über die komparativen Produktionsvorteile wohl die berühmtesten aus dem Kapitel VII seiner "Grundsätze" sind. Dort heißt es: "Bei einem System des vollkommen freien Handels wendet natürlich jedes Land sein Kapital und seine Arbeit solchen Zweigen zu, die jedem am vorteilhaftesten sind. Dieses Verfolgen des individuellen Vorteils ist bewundernswert mit dem allgemeinen Wohle des Ganzen verbunden. Durch Ansporn des Fleißes und Belohnung der Erfindungsgabe sowie durch die bestmögliche Ausnutzung der von der Natur verliehenen besonderen Fähigkeiten wird die Arbeit äußerst wirksam und sparsam verteilt, während allgemeiner Nutzen durch die Vermehrung der allgemeinen Produktenmasse verbreitet und durch ein gemeinsames Band des Interesses und des Verkehrs die weltweite Gesellschaft der Nationen der zivilisierten Welt verbunden wird. Dieses Prinzip führt dazu, daß Wein in Frankreich und Portugal gewonnen, Getreide in Amerika und Polen angebaut wird und daß Metall- und andere Waren in England fabriziert werden."[37]

Ricardo ist unbefangener Wissenschaftler, das hat er nicht nur einmal bewiesen. Er ist von der absoluten Richtigkeit seiner Meinung vollkommen überzeugt. Sicher hat er nicht ohne Grund England Metallwaren produzieren lassen und die anderen Länder samt und sonders landwirtschaftliche Produkte - er war ein Kind der industriellen Revolution Englands. Aber andererseits konnte er durch die metaphysische Gegenüberstellung von Konkurrenz und Mo-

35 Ricardo, David, Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, a. a. O., S. 121 ff.
36 Ebenda, S. 123.
37 Ebenda, S. 120 f.

nopol auch von der Theorie her nicht erkennen, daß die freie Konkurrenz bereits der Anfang vom unfreien Monopol ist, weil ihr wesensnotwendig die Tendenz innewohnt, die Starken zu stärken und die Schwachen zu schwächen, wodurch sie sich im Gegensatz zu ihren eigenen Voraussetzungen befindet. Als Bourgeois, als ideologischer Repräsentant einer fortschrittlichen Klasse mußte Ricardo alle Bedenken überwinden, daß sich aus einer derartigen Konstellation zwangsläufig die wirtschaftliche und politische Unterdrückung anderer Völker ableitet. Ihm geht es um die Entwicklung der Produktivkräfte, und in dieser Beziehung hat er mit seiner Theorie durchaus recht. Marx und Engels haben sich eindeutig dahingehend geäußert, wenn sie schreiben: "Wir akzeptieren alles, was über die Vorteile des Freihandels gesagt wurde. Die Produktivkräfte werden anwachsen, die Steuern, die dem Land durch die Schutzzölle auferlegt worden sind, werden verschwinden, und alle Waren werden zu einem niedrigeren Preis verkauft werden."[38] Trotzdem oder gerade deshalb dienten Ricardos theoretische Ableitungen in erster Linie den englischen Industriekapitalisten.

Zum Nutzen der besten Kapitalverteilung und der damit verbundenen höchstmöglichen Arbeitsproduktivität ist Ricardo bereit, die englische Landwirtschaft zu opfern. Hinter diesem Gedanken steht natürlich das Interesse des Industriekapitals an der Rentensenkung, die über die Lohnminderung zur Profitsteigerung wird. Ricardo scheut sich nicht, diese Zweckbestimmung seiner Theorie offen auszusprechen. Den Gegensatz zwischen Kapitalisten und Grundbesitzern hat er auf eine theoretische Stufe gehoben und seine Unüberbrückbarkeit einwandfrei bewiesen. Allerdings gibt er zur Beschwichtigung der Landaristokratie vor, daß nur die unproduktivsten Teile der englischen Landwirtschaft infolge der billigen Getreideeinfuhr untergehen würden. Solche Verluste schrecken ihn überhaupt nicht. Sie sind Tribute an den Fortschritt und entstehen für die Industrie auch bei technischen Erfindungen oder industriellen Umstellungen infolge des Freihandels. Die Vernichtung und Unbrauchbarmachung von Kapital muß in Kauf genommen werden, um das Ziel, die Vervollkommnung und Vermehrung der Produktion, zu erreichen.

An dieser Stelle offenbaren sich zum wiederholten Male Ricardos wissenschaftliche Ehrlichkeit und der bürgerliche Charakter seiner Theorie. Die Landlords werden dem Untergang preisgegeben. Die Kapitalisten als Klasse sollen zu Reichtum und Macht gelangen, denn darauf läuft seine Forderung nach Erweiterung der Produktion praktisch hinaus. Wenn einzelne Unternehmer durch Entwertung ihres Kapitals ruiniert werden, so hilft das nur den "Überlebenden", es stärkt ihre ökonomische Kraft. Ricardo bringt mit der Befürwortung dieses Prozesses das Gesamtklasseninteresse der Bourgeoisie und eine innere Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Ordnung zum Ausdruck.

Die Freihandelsforderung selbst ergibt sich logisch aus seiner Theorie der komparativen Produktionsüberlegenheit und war gleichzeitig die Formulierung der Wünsche der englischen Industriebourgeoisie. Diese hatte sehr gut begriffen, daß sich seine wissenschaftlichen Erkenntnisse für die praktische Propaganda ausnutzen ließen. Im Jahre 1820 richteten zum Beispiel die Kaufleute Londons eine Petition an das Unterhaus, in der es heißt, "daß Außenhandel dem Reichtum und dem Wohlstand eines Landes außerordentlich förderlich ist, indem er dem Land die Möglichkeit gibt, solche Waren zu importieren, für die der Boden, das Klima, das Kapital und die Industrie anderer Länder am besten geeignet sind, und als Zahlung dafür solche Artikel zu exportieren, die seinen eigenen Bedingungen am besten entsprechen."[39] Man bediente sich also fast der gleichen Worte wie Ricardo. Er hat durch seine

38 Zitat aus "Rede des Herrn Dr. Marx über Schutzzoll, Freihandel und die Arbeiterklasse", bei Engels, Friedrich, Der Freihandelskongreß in Brüssel, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1955, S. 308.

39 Journals of the House of Commons, Bd. LXXV, 1819/20, 8. 5.1820, zit. bei Hubermann, Des Menschen irdische Güter, Berlin 1958, S. 178.

Theorie den englischen Kapitalisten zweifellos zum besseren Selbstverständnis verholfen, um ihren langwierigen Kampf für den Freihandel zu gewinnen.

So enthält Ricardos ökonomische Lehre über den Außenhandel alle bürgerlichen Forderungen der damaligen Zeit. Sogar mit seinem Beispiel Portugal - England wird die Praxis berührt, die für England so vorteilhafte Praxis der Arbeitsteilung zwischen ihm als Industrieland und allen anderen Ländern als agrikolem Produktionsfeld. 1703 hatte der englische Gesandte in Lissabon, Methuen, den nach ihm benannten Handelsvertrag abgeschlossen, demzufolge sich Portugal verpflichtete, die Einfuhrverbote für englische Wollwaren durch Zölle zu ersetzen, und nach dem England die Einfuhr von portugiesischem Wein mit einem um ein Drittel geringeren Zollsatz als den französischen belegen sollte. Dieser Vertrag war umstritten, weil er der portugiesischen Wollmanufaktur verständlicherweise keine Chance mehr ließ, sich zu entwickeln.

Ricardo konnte nicht vorausahnen, daß England die durch seine eigenen Lieferungen angestachelten und durch die kapitalistische Entwicklung zum objektiven Erfordernis werdenden Wünsche nach Industriewaren der gesamten Welt über kurz oder lang nicht mehr allein befriedigen konnte. Dazu war die Industrialisierung anderer Länder unbedingt erforderlich. Daneben übersah Ricardo, dem theoretisch die Weltproduktivität am Herzen lag, die Möglichkeit für andere Völker, ihre eigenen Produktivkräfte ebenso wie England zu steigern, indem sie ihre Industrie auf Kosten der Landwirtschaft förderten. Bei planmäßiger Abstimmung - ein Weg, der dem Kapital von vornherein verschlossen ist - bringt dieses Vorgehen schnellere Produktivitätsfortschritte als der Freihandel.

Im Kapitalismus beherrscht die Stadt das Land, weil sich in ihr der Reichtum konzentriert; im internationalen Maßstab verhält es sich ebenso. Die Agrarländer werden in ihrer Entwicklung gehemmt, unterdrückt und ausgebeutet. In der Regel stagniert ihre Produktivität, während die kapitalistischen Industrieländer ein stetig steigendes Übergewicht gewinnen. Aus derartigen Verhältnissen kann niemals eine echte Interessenharmonie entspringen. Die von Anfang an vorhandenen realen Gegensätze kommen immer stärker zum Durchbruch, sobald die anderen Völker begreifen - was sie sehr bald taten -, "daß keine Nation" - so sagt Engels - "mit den anderen kulturell (im englischen Originaltext: in civilization - P. T.) Schritt halten kann, wenn sie ihrer Industrie beraubt und damit auf das Niveau eines Haufens von Bauerntölpeln herabgedrückt wird".[40]

Im Verlauf der Geschichte machten sich die ausländischen Kapitalisten vom Einfluß Englands frei - teilweise, um neue Abhängigkeiten einzugehen - und beschleunigten diesen Prozeß mit verschiedenen Hilfsmitteln, Zöllen und dergleichen. Hier zeigt sich die Bedeutung des kapitalistischen Staates als Organ und Instrument der herrschenden Klasse ganz offensichtlich. England konnte auf die Dauer nicht der einzige Industriestaat der Erde bleiben, wie das Ricardo seiner Außenhandelstheorie zugrunde legt.

Es ist eigentlich niemals richtig industrielle Werkstatt der Welt gewesen, sondern war von Beginn seiner Entwicklung Werkstatt der Weltindustrie. Anstelle des "gemeinsamen Bandes des Interesses" rissen deshalb unvermeidbare Gegensätze zwischen den "Nationen der zivilisierten Welt" auf. Ricardo konnte diese Entwicklung weder praktisch studieren, da die Geschichte noch nicht so weit vorangeschritten war, noch konnte er sie theoretisch vorausbestimmen, da seine dem bürgerlichen Klassenstandpunkt geschuldete unhistorische Denkweise ihm dazu den Weg versperrte.

Trotzdem ist die Ricardosche Theorie des internationalen Handels eine wissenschaftliche Theorie - ein Paradebeispiel für den historischen Charakter einer wissenschaftlichen Theo-

40 Engels, Friedrich, Der Handelsvertrag mit Frankreich, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 263.

rie. Die mit ihrer Hilfe bewiesene Vorteilhaftigkeit des Außenhandels gilt in der von Ricardo dargestellten Form für kapitalistische Verhältnisse. Ihre Befolgung ermöglicht die ungehinderte Wirkung des Wertgesetzes als Regulator der Produktion, die sich nach den besten Profitrealisierungsbedingungen richtet. Daß er die Ausbeutung anderer Völker nicht sah, ist seiner objektiv bedingten Klassenposition geschuldet. Als klassischer Vertreter der bürgerlichen Ökonomie reflektiert er die Phänomene seiner Zeit in wissenschaftlicher Weise, sowohl im volkswirtschaftlichen wie im weltwirtschaftlichen Maßstab, und er konnte es, weil dort der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat und hier der Gegensatz zwischen dem Industriestaat England und den Agrarländern noch nicht voll entwickelt war. Er erhebt die allgemeinen, mit der Arbeitsteilung verbundenen Vorteile zum Prinzip, ohne ihr historisch-kapitalistisches Wesen zu erkennen, und sieht den von ihm betrachteten Zustand als ewig an. Seine Theorie ist jedoch auch in diesem Punkt eine überaus geniale Leistung in der Geschichte der politischen Ökonomie, die unsere volle Hochachtung verdient.

DIE ENTWICKLUNG DES ARBEITSRECHTS FÜR JUGENDLICHE LANDARBEITER IM GEBIET DER HEUTIGEN DDR 1945 BIS 1949

von Sigrid Dillwitz

In der marxistischen geschichtswissenschaftlichen Literatur, die sich mit der revolutionären Umwälzung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik nach 1945 beschäftigt, nimmt der Kampf der Landarbeiter und werktätigen Bauern um die demokratische Bodenreform einen hervorragenden Platz ein.[1] Die Vernichtung der Macht des reaktionären Junkertums war nicht nur für die Schaffung demokratischer Verhältnisse auf dem Lande von Bedeutung, - sie war ein entscheidender Schritt zur endgültigen Überwindung des deutschen Imperialismus und damit eine wesentliche Voraussetzung für den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Gleichzeitig war der gemeinsam mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Hegemonie geführte Kampf zur Befreiung der werktätigen Bauern entscheidend für die Entwicklung eines dauerhaften Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern. Das Interesse der Forschung galt bisher vor allem der ersten Etappe der demokratischen Bodenreform, der politischen Führung und Organisierung des Kampfes der Landarbeiter und Bauern bis zur vollendeten Aufteilung des Bodens sowie der Festigung der demokratischen Verhältnisse unter dem vornehmlichen Aspekt der Bündnisbeziehungen.[2] Die Untersuchung einer Reihe anderer Probleme aus dem Zeitraum nach der Durchführung der Bodenreform stand hinter diesen Hauptfragen zurück.[3] Die wichtigste Aufgabe nach der Entmachtung des Großgrundbesitzes und der Aufteilung des Bodens bestand auf dem Lande darin, die werktätigen Bauern als wirtschaftliche Hauptkraft im Dorfe zu stärken, das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft zu vertiefen sowie die landwirtschaftliche Produktion rasch und umfassend zu entwickeln, sie bestand schließlich darin, im weiteren Demokratisierungsprozeß die Voraussetzungen für den Übergang zur sozialistischen Umwälzung in der Landwirtschaft zu schaffen. Zur Realisierung dieser Aufgaben entwickelte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ein ganzes System agrarpolitischer Maßnahmen, zu denen unter anderem auch die Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter gehörte. Es ging im wesentlichen darum, die Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter aus den Resten feudaler Abhängigkeit zu befreien und sie auf ein Niveau zu heben, das von den Industriearbeitern im jahrzehntelangen Klassenkampf bereits erreicht worden war. Es ging zugleich darum, die kapitalistische Ausbeutung

1 Vgl. besonders Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, von einem Kollektiv u. d. Leitung v. Walter Ulbricht, Bd. 6, Berlin 1967; auch Doernberg, Stefan, Die Geburt eines neuen Deutschland, Berlin 1959.

2 Vgl. Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970, Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970, S. 139 ff. = Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderbd. 1970.

3 Vgl. ebenda.

in der Landwirtschaft einzuschränken[4] und in dem Kampf um das demokratische Arbeitsrecht das Klassenbewußtsein und die politische Aktivität der Landarbeiter zu fördern.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Neugestaltung des Arbeitsrechts für die jugendlichen Landarbeiter, nicht nur weil der Schutz der Arbeiterjugend stets ein besonderes Anliegen der Arbeiterklasse war, sondern auch weil der Kampf um das neue demokratische Arbeitsrecht in der Landwirtschaft entscheidende Impulse von den politischen Auseinandersetzungen um das Jugendarbeitsrecht erhielt.

In den Jahren 1946 und 1949 wurden von den Länderministerien für Landwirtschaft sowie Arbeit und Sozialfürsorge in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. der neugegründeten Deutschen Demokratischen Republik zeitweilige Kommissionen gebildet, die die Aufgabe hatten, in einem relativ kurzen Zeitraum eine große Zahl von Arbeitsverhältnissen landwirtschaftlicher Lohnarbeiter zu überprüfen.[5] Im Oktober/November 1946 und im Winter 1949/1950 wurden jeweils Zehntausende Landwirtschaftsbetriebe, die ständig Landarbeiter beschäftigten, überprüft, wobei sowohl die Landarbeiter als auch die Betriebsinhaber befragt wurden. Anlaß für diese Kontrollen waren Klagen von Landarbeitern über Verletzung der 1946 bzw. 1949 vereinbarten Tarifverträge für die Landwirtschaft und zahlreiche von verschiedenen Seiten an die demokratischen Organe herangetragene Berichte über besonders schlechte Arbeits- und Lebensverhältnisse der Landarbeiterjungend. Die Mitglieder der Kommissionen, zu denen neben den Vertretern der staatlichen Organe Funktionäre der Gewerkschaft Land und Forst, der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und zum Teil der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) sowie Angehörige der sowjetischen Militäradministration (SMA) gehörten, richteten ihre besondere Aufmerksamkeit daher auf die sozialen Verhältnisse der Landarbeiterjugend. Ihre Arbeitsprotokolle, die ergänzt wurden durch Berichte über Hofkontrollen der Gewerkschaft Land und Forst und der FDJ in der Zeit zwischen diesen beiden großen Überprüfungen[6], vermitteln folgendes allgemeines Bild über die Arbeitsverhältnisse der Landarbeiterjugend 1946 und 1949.

4 Mit diesem Aspekt des Kampfes um neue Arbeitsverhältnisse für die Landarbeiter beschäftigte sich Groschoff, Kurt, Zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse auf dem Lande bei der Herausbildung und Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: Zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse), wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1960. - Auszüge aus dieser Arbeit wurden gedruckt unter dem Titel Zu einigen Fragen des Weges der Landarbeiter zu neuen Arbeits- und Lebensverhältnissen (im folgenden: Zu einigen Fragen des Weges der Landarbeiter), in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. 5, Berlin (1962), S. 155 f.

5 Vgl. Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung I (im folgenden: DZA), Potsdam, Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (im folgenden: DVLuF), 1406, Bl. 47 - 302; 1407, Bl. 226 - 230; 1423, Bl. 3 - 17; 264, Bl. 38, Berichte über Kontrollen zum Tarifvertrag im November 1946; Archiv des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (im folgenden: BV/FDGB), 19/173/5385, Mappe 41, Berichte vom November 1946 über Kontrollen zum Landarbeitertarif in den Kreisen Osterburg, Flöha, Ölsnitz, Plauen, Bautzen, Kamenz; Archiv des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend (im folgenden: ZR/FDJ), 22/1, Bl. 3, Bl. 27, Berichte der Landesregierung Mecklenburg über die Hofbegehungen in Mecklenburg im Oktober/November 1949 und Bericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen in Potsdam über Hofkontrollen im I. Quartal 1950; Bezirksparteiarchiv der SED (im folgenden: BPA/SED) Schwerin, X/1, Bericht über die Durchführung des Sekretariatsbeschlusses vom 22. 9. 1949 zur Überprüfung der heranwachsenden Landjugend.

6 Vgl. Archiv ZR/FDJ, 12/1, Bl. 7; Bericht der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (im folgenden: Bericht der VdgB), Landesverband Thüringen, 1945 - 1947, o. O. o. J., S. 25.

Die Arbeitszeit für jugendliche Landarbeiter betrug in den Sommermonaten im Durchschnitt zehn bis 12 Stunden täglich. In vielen Einzelberichten wurden Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden am Tag angegeben. In Mecklenburg stellte die Kommission noch 1949 nach einer Überprüfung von 218 Arbeitsverhältnissen jugendlicher Landarbeiter eine durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 11 bis 13 Stunden fest. In den Wintermonaten verringerte sich die Arbeitszeit, doch wurde auch in diesen in der Landwirtschaft arbeitsärmeren Monaten eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden überschritten. Die Kontrollen ergaben zum Beispiel bei 14 580 überprüften Arbeitsverhältnissen in Mecklenburg rund 3 000 Verstöße gegen die tariflichen Arbeitszeitvereinbarungen, das heißt, 21 Prozent dieser Landarbeiter arbeiteten auch im Winter mehr als 8 Stunden täglich. In den übrigen Gebieten hatte die Überprüfung ein ähnliches Ergebnis, wobei besonders in den kleinen und mittleren Betrieben die Arbeitszeiten überschritten wurden.

Sonn- und Feiertage unterschieden sich während der Sommermonate hinsichtlich der Arbeitszeit nicht von den Werktagen; in den Wintermonaten waren die Nachmittage an Sonn- und Feiertagen (jedoch nicht die Abende) meist arbeitsfrei. Bauern und Landarbeiter betrachteten diese langen Arbeitszeiten den Berichten zufolge als normal; Überstundenzuschläge wurden daher nicht gezahlt. In den bäuerlichen Betrieben erhielten die jugendlichen Landarbeiter in der Regel keinen Urlaub.

Für die genannten Arbeitszeiten erhielt ein Teil der Jugendlichen einen durchschnittlichen Monatslohn von 20 bis 30 Mark bei freier Verpflegung und Unterkunft, ein anderer, beträchtlicher Teil weniger: 5 bis 10 Mark Taschengeld und eine große Zahl jugendlicher Landarbeiter erhielt überhaupt keinen Barlohn. Bei den letzteren handelte es sich sehr oft um jugendliche Umsiedler und elternlose Heimkehrer, die - wie es in einem Bericht des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Land und Forst hieß - für ein Dach über dem Kopf und die tägliche Mahlzeit bereitwillig auf den Barlohn verzichteten. Jugendliche Landarbeiter, die außerhalb der Bauernwirtschaft wohnten, bekamen häufig einen Monatslohn, der sich nach frei vereinbarten Stunden- oder Tagessätzen errechnete und der meistens unter dem Tariflohn lag. 1946 erhielt von rund 3 000 jugendlichen Landarbeitern in Thüringen, deren Arbeitsverhältnisse überprüft wurden, nicht ein einziger den im Tarifvertrag vereinbarten Lohn. Im Jahre 1949 ergab die Kontrolle von 8 560 Betrieben mit 14 580 Landarbeitern in Mecklenburg, daß rund 40 Prozent der Landarbeiter unter Tarif bezahlt wurden. Dabei galt es als Selbstverständlichkeit (und war auch in den Tarifverträgen des Jahres 1946 fixiert), daß jugendliche Landarbeiter unabhängig von der Art ihrer Arbeit und ihrer Leistung 50 bis im Höchstfalle 80 Prozent des Lohnes eines erwachsenen Landarbeiters erhielten. Ein Teil des Lohnes, sehr oft auch der ganze Lohn, wurde in Naturalien gezahlt, wobei als Verrechnungsgrundlage keineswegs der Erzeugerpreis der landwirtschaftlichen Produkte galt, sondern die auf dem sogenannten "Schwarzen Markt" gezahlten Preise den Maßstab für die Vereinbarungen zwischen Landarbeitern und Bauern setzten. Die Kontrollkommissionen stellten fest, daß Tausende Landarbeiterfamilien unzureichend mit Lebensmitteln versorgt waren. Sehr umfangreich war die Zahl der Berichte über schlechte Unterkünfte für Jugendliche in bäuerlichen Betrieben. Von unheizbaren, unbeleuchteten Räumen mit völlig unzureichendem Mobiliar, zum Teil mit Strohschütten statt Betten, bis zu Schlafstellen in Futterkammern, Waschküchen und Pferdeställen reichte hier die Skala. Auch über Entlassungen aufgrund der Forderung, die tariflichen Bestimmungen einzuhalten, oder wegen politischer Betätigung in den gesellschaftlichen Organisationen (zum Beispiel in der FDJ) lagen Berichte vor.[7] Dieses Bild der Arbeitsverhältnisse jugendlicher Landarbeiter wird durch Berichte in der Presse[8],

7 Vgl. Archiv ZR/FDJ, 330/4, Bl. 31, Auszüge aus den Monatsberichten der Kreise, Landesverband Sachsen-Anhalt der FDJ, 1948.

8 Vgl. Junge Welt. Zentralorgan der FDJ (im folgenden: JW), 1. Jg. 1947, Nr. 19, 24, 26, 28, 36, 37, 41, 46; 2. Jg. 1948, Nr. 1, 3, 23, 28, 48; 3. Jg. 1949, Nr. 28, 34,

durch Briefe und Resolutionen von Landarbeitern, gerichtet an die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen[9], sowie durch Schilderungen auf Landarbeiterkonferenzen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und der FDJ[10] ergänzt und bestätigt.

Die Arbeitsverhältnisse der Landarbeiterjugend lassen sich nur zum Teil aus der besonderen Nachkriegssituation in der Landwirtschaft, den Kriegszerstörungen und dem niedrigen Niveau der landwirtschaftlichen Produktion infolge jahrelangen Raubbaus an Boden und Vieh erklären. Ihre eigentlichen Wurzeln liegen im kapitalistischen Ausbeutungssystem auf dem Lande, das bis zum Jahre 1945 mit halbfeudalen Abhängigkeitsverhältnissen gekoppelt war und nach der Durchführung der demokratischen Bodenreform von einem Teil der Bauern in gleicher Weise fortzuführen versucht wurde.

Eine Veränderung der Arbeits- und Abhängigkeitsverhältnisse bedurfte des organisierten Kampfes der Arbeiterklasse, der in den Jahren 1946 bis 1949 von der SED geführt wurde. Besondere Aufmerksamkeit widmete die SED dabei den Arbeitsverhältnissen der Jugendlichen. Der heranwachsenden Arbeitergeneration eine gesunde körperliche Entwicklung zu sichern, war ebenso wie die Sorge um die antifaschistisch-demokratische Erziehung der deutschen Jugend ein Bestandteil ihrer politischen Konzeption beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands. So enthielten die "Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" als damalige Gegenwartsaufgaben unter anderem die Forderung nach dem Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes besonders für Frauen und Jugendliche".[11] In welche Richtung der Jugendarbeitsschutz zu entwickeln sei, erläuterte die SED erstmals in ihrem "Programm zu den Gemeindewahlen" vom 20. Juni 1946.[12] Die dort erhobenen Forderungen zum Schutz der Jugend fanden in den Ende 1946 verabschiedeten "Sozialpolitischen Richtlinien", in denen die SED zur Funktion des neuen Arbeitsrechts in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung Stellung nahm, ihren Niederschlag.[13] Die SED ging von dem Grundsatz aus, daß das Jugendarbeitsrecht in der demokratischen Ordnung die junge Generation vor einer Beeinträchtigung ihrer Arbeitskraft schützen, ihr genügend Freizeit für die Aneignung einer umfassenden Bildung und zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gewähren und sie somit befähigen müsse, aktiv an der Lösung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben der Gesellschaft teilzunehmen.

In der 1946 auf Initiative der SED begonnenen Diskussion zur Neugestaltung des Jugendarbeitsrechts spiegelten sich in allen Phasen nicht nur das Verhalten der politischen Kräfte zu den speziellen Problemen des Arbeitsschutzes, sondern immer auch die unterschiedlichen Vorstellungen über das Maß der den einzelnen Volksschichten zuzubilligenden demokratischen Rechte wider. Selbst auf einem so begrenzten Teilgebiet der Gesetzgebung wie

44, 47; Start. Illustriertes Blatt der jungen Generation, 2. Jg. 1947, Nr. 37; 4. Jg. 1949, Nr. 6, 7, 10, 12, 14, 16, 22, 33, 37, 39, 41; Junge Generation, H. 2/1949, Land und Forst, 1. Jg. 1949, Nr. 1, 3, 5, 6 (Auswahl).

9 Vgl. Archiv BV/FDGB, 17/168/4883; DZA Potsdam, DVLuF, 1422, Bl. 91 - 96; 1424, Bl. 124, 180 - 184, 207 f.; 1423, Bl. 037, 140 - 142, 103 - 105; BPA/SED Potsdam, LL 1043.

10 Vgl. DZA Potsdam, DVLuF 1403, Bl. 53 - 75; 1400, Bl. 311 f.; 1412, Bl. 2 - 29, 41 f., 57 - 70; 1413, Bl. 1 f., 4 - 6, 10 ff.; Archiv ZR/FDJ, 20/1; 43; 02/2 - 02/13; BPA/SED Schwerin, VII/28.

11 Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Beschluß des Vereinigungsparteitages vom 21. April 1946, in: Dokumente der SED, Bd. 1, Berlin 1951, S. 6 ff.

12 Vgl. Programm zu den Gemeindewahlen, Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 20. 6. 1946; Kommunalpolitische Richtlinien vom 17. 7. 1946, in: ebenda, S. 59 f., S. 67 f.

13 Vgl. Sozialpolitische Richtlinien der SED vom 30. 12. 1946, in: ebenda, S. 139 ff.

dem arbeitsrechtlichen Schutz der Landarbeiterjugend prallten die Auffassungen der politischen Kräftegruppierungen über Umfang und Ausmaß der Demokratie im künftigen deutschen Staat heftig aufeinander und machten deutlich, wie kompliziert und weitverzweigt der Kampf um die Schaffung demokratischer Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone war. Dabei gingen die Forderungen der Arbeiterklasse zum Schutze der Landarbeiterjugend in der Etappe des Aufbaus und der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung nicht über die allgemeine Zielsetzung der demokratischen Revolution hinaus. Sie richteten sich nicht gegen die Ausbeutung überhaupt, sondern gegen Extreme, die sich als Folge der Verflechtung halbfeudaler und kapitalistischer Ausbeutungsformen in der Landwirtschaft erhalten hatten. Die von der SED angestrebten Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft gehörten damit zu den Aufgaben, die im Rahmen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu lösen waren und für die die fortschrittlichen Kräfte der anderen Volksschichten zu gewinnen waren.

Im Ergebnis der demokratischen Bodenreform, deren erste Etappe im Herbst 1946 abgeschlossen war, hatten die reaktionären Großagrarier die Grundlagen ihrer ökonomischen und politischen Macht eingebüßt; der private Großgrundbesitz über 100 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (ha LN) war beseitigt.[14] Die Aufteilung des enteigneten Bodens hatte zu einer beträchtlichen zahlenmäßigen Verstärkung der mittelbäuerlichen Betriebe geführt, so daß über 90 Prozent aller bäuerlichen Wirtschaften 1946 von werktätigen Bauern bis zu 20 ha LN bewirtschaftet wurden.[15] Zehntausende der neuen Bauern waren ehemalige Landarbeiter.[16] Neben dem neu gebildeten bäuerlichen Eigentum war im Zuge der demokratischen Bodenreform aus einem relativ geringen Teil des enteigneten Großgrundeigentums Volkseigentum in Form von Versorgungsgütern, Saat- und Tierzuchtgütern, Lehr- und Versuchsstationen usw. entstanden. Die in diesen Betrieben beschäftigten Landarbeiter waren Mitbesitzer der Produktionsmittel und nicht mehr der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen.

Die Zerschlagung des kapitalistischen Großgrundeigentums und die neue sozialökonomische Struktur lassen zunächst eine Verringerung der Zahl der Landarbeiter vermuten. Die Statistiken weisen jedoch für die Zeit unmittelbar nach der Durchführung der Bodenreform eine steigende Tendenz der Anwendung von Lohnarbeit in der Landwirtschaft aus. Die Zahl der ständig beschäftigten Landarbeiter hatte sich 1946 im Vergleich zum Jahre 1939 wesentlich erhöht und erreichte erst 1950 wieder den ungefähr gleichen Stand wie im letzten Vorkriegsjahr.

Wenn die steigende Tendenz der Anwendung von Lohnarbeit in der Landwirtschaft auch nicht durch die Bodenreform verursacht, sondern durch vielfältige andere Faktoren (mangelnde technische Ausrüstung, geringer Zugkräftebesatz und Ausfall von familieneigenen Arbeitskräften infolge des Krieges, Zustrom von Umsiedlern, verminderte Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme in der Industrie usw.) hervorgerufen wurde, so war die Bodenreform doch

14 Zu Charakter, Verlauf und Ergebnissen der demokratischen Bodenreform im Gebiet der heutigen DDR vgl. die beiden 1965 in Berlin erschienenen Gesamtdarstellungen Die marxistisch-leninistische Agrarpolitik von der gegenseitigen Bauernhilfe und demokratischen Bodenreform zur Ausarbeitung und Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der Landwirtschaft der DDR (im folgenden: Die marxistisch-leninistische Agrarpolitik), von einem Kollektiv u. d. Leitung v. Gerhard Grüneberg, Berlin 1965; Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, von einem Kollektiv u. d. Leitung v. Willi Herferth, Berlin 1965.

15 Errechnet nach Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1, 1. Halbbd., Berlin 1955, Statistische Angaben über die Bodenreform S. 416, Tab. VIII.

16 Vgl. ebenda, S. 415, Tab. VI.

auch kein Faktor, der der wachsenden Anwendung von Lohnarbeit entgegengewirkt hätte. Ebenso sind die Ursachen für die vornehmlich seit 1948 einsetzende Verringerung der Zahl der Landarbeiter nur zum Teil in der Landwirtschaft selbst zu suchen.

Tabelle 1

Die Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter (ohne Saisonarbeiter) im Gebiet der DDR 1939, 1945, 1946, 1947 und 1950

Jahr	Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter	Index
1939 (Mai)	528 187	100
1945 (Dezember)	916 000	173
1946 (März)	953 000	180
1946 (Dezember)	993 878	188
1947 (September)	973 952	184
1950 (August)	548 324	104

Quellen:

Für 1939: Statistik der Hauptabteilung Planung der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (im folgenden: DVLuF) vom 13. 2. 1948 auf der Grundlage der Volks- und Berufszählung vom 19. 5. 1939 (Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung I [im folgenden: DZA], Potsdam, DVLuF, 1405, Bl. 97 - 103); für das Jahr 1945 und für März 1946: Arbeit und Sozialfürsorge, H. 5/1946; für Dezember 1946: Statistik der Hauptabteilung Planung der DVLuF vom 20. 1. 1947 (DZA Potsdam, DVLuF, 1405, Bl. 277); für die Jahre 1948 und 1949 konnten keine Angaben ermittelt werden; für 1950: errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, Berlin 1956, S. 26 f.

Nur ein geringer Prozentsatz der Landarbeiter war in den volkseigenen Gütern beschäftigt: 1946 waren es 4,6 Prozent[17] und 1949 betrug er 7,8 Prozent[18] aller Landarbeiter. Gering war auch der Anteil der in Neubauernbetrieben beschäftigten Landarbeiter. Er belief sich nach Kotow 1949 auf 8,1 Prozent.[19] Die Verteilung der Landarbeiter auf die einzelnen Betriebsgrößengruppen ließ sich aus dem vorhandenen statistischen Material der Jahre 1945 bis 1950 nicht ermitteln. Nach den bei Kotow für das Jahr 1949 angegebenen Zahlen läßt sich errechnen, daß etwas über ein Drittel aller Landarbeiter (34,6 Prozent) in mittelbäuerlichen Betrieben (5 bis 20 ha LN) und etwas unter einem Drittel aller Landarbeiter (30,9 Prozent) in großbäuerlichen Betrieben (20 bis 100 ha LN) beschäftigt waren.[20] Die Zahl der in kleinbäuerlichen Betrieben beschäftigten Landarbeiter ist nicht genau festzustellen, sie war aber relativ klein und wahrscheinlich vorwiegend auf Betriebe beschränkt, die wohl von ihrer Fläche, nicht aber vom Umfang der Produktion her zu dieser Gruppe gehörten.

Der mit dem Kapitalismus entstandene Grundwiderspruch in der Landwirtschaft war durch die Bodenreform nicht beseitigt worden; die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft und damit des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft

17 Vgl. DZA Potsdam, DVLuF, 1418, Bl. 44.
18 Vgl. Kotow, G. G., Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland, Bd. 2, Berlin 1959, S. 39.
19 Vgl. ebenda.
20 Vgl. ebenda, errechnet nach den Tab. auf S. 39, 40.

war objektiv vorhanden. Dieser Prozeß wurde jedoch unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung sowohl durch administrativ-ökonomische Maßnahmen (Steuer- und Kreditpolitik, Differenzierung der Pflichtablieferung, Verbot des Verkaufs und der Verpachtung von Bodenreformländereien usw.) als auch durch die organisierte Hilfe der Industriearbeiter insbesondere für die Neubauern, durch die Entwicklung der gegenseitigen Bauernhilfe im Rahmen der demokratischen Bauernorganisation (VdgB) und schließlich auch durch den Kampf um eine Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter im Sinne einer Einschränkung ihrer Ausbeutung gehemmt. Die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der in bäuerlichen Betrieben beschäftigten Landarbeiter wurde durch die Bodenreform zunächst nicht unmittelbar berührt. In dieser Hinsicht bestand das wichtigste Ergebnis der Bodenreform in der Veränderung der Machtverhältnisse auf dem Lande, die den Landarbeitern und werktätigen Bauern ein größeres gesellschaftliches Gewicht verlieh und damit nicht nur günstigere Voraussetzungen für die Verbesserung der Lage der Landarbeiter schuf, sondern sie auch notwendig machte.

In der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, zu deren Grundaufgaben die Schaffung und Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft gehörte, gewann die Landarbeiterfrage einen völlig neuen Inhalt, der im folgenden unter drei Aspekten erläutert werden soll.

Erstens: Die Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter waren in Deutschland hinter den in der Industrie von der Arbeiterklasse erkämpften Arbeitsverhältnissen zurückgeblieben. Der 1918/1919 unternommene Versuch, ein der Industrie angeglichenes Arbeitsrecht für die Landwirtschaft zu schaffen, war - selbst wenn man die praktische Durchsetzung der Rechtsbestimmungen außer acht läßt - in den Anfängen steckengeblieben.[21] Die Gründe dafür können nicht nur in den spezifischen Bedingungen der Landwirtschaft gesehen, sondern müssen darüber hinaus in dem besonders heftigen Widerstand der Großagrarier und in der relativen Schwäche der Arbeiterbewegung auf dem Lande gesucht werden. Es gehörte zu den Aufgaben in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, diesen Rückstand zu beseitigen und - wie es in dem im Auftrag des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands 1944 erarbeiteten "Aktionsprogramm der kämpferischen Demokratie" heißt - den Landarbeitern volle gesetzliche Gleichstellung mit den Industriearbeitern auf allen Gebieten des Arbeitsschutzes, des Arbeitsrechts, der sozialen Versicherung und Fürsorge zu garantieren.[22] Diese Forderung bedeutete im einzelnen: die noch vorhandenen patriarchalischen Bindungen und andere Reste feudaler Verhältnisse - zum Beispiel die Naturalentlohnung - zu beseitigen, den Achtstundentag für landwirtschaftliche Lohnarbeiter einzuführen sowie die über den Normalarbeitstag hinausgehenden Arbeitsstunden während der Aussaat und Ernte zu beschränken und als Überstunden zu entlohnen, das Lohnniveau in der Landwirtschaft den in anderen Zweigen der Volkswirtschaft gezahlten Löhnen anzugleichen, das Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung" für die in der Landwirtschaft in Lohnarbeit stehenden Frauen und Jugendlichen durchzusetzen, die Kinderlohnarbeit in der Landwirtschaft endgültig zu beseitigen - das bedeutete, die Sicherheit des Arbeitsplatzes der Landarbeiter für das ganze Jahr zu garantieren, die uneingeschränkte Wahrnehmung ihrer politischen Rechte zu sichern, Möglichkeiten für die berufliche Ausbildung in der Landwirtschaft zu schaffen, um nur die wichtigsten Einzelaufgaben zu nennen. Für die in den volkseigenen Gütern beschäftigten Landarbeiter ergaben sich darüber hinaus Verpflichtun-

21 Vgl. zur Einschätzung der Landarbeitsordnung von 1919 Landarbeiter im Kampf für Freiheit und Sozialismus, hg. v. d. Kommission zur Erforschung der Geschichte der Landarbeiterbewegung, Berlin (1961), S. 82 ff.

22 Vgl. Edwin Hoernle. Ein Leben für die Bauernbefreiung, von einem Kollektiv u. d. Leit. v. Nathan Steinberger, hg. v. Institut für Agrargeschichte der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Berlin 1965, S. 140.

gen, das Mitbestimmungsrecht im Betrieb und die Mitverantwortung für den Produktionsablauf, für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und schließlich auch für die Einhaltung der zu fixierenden Arbeitsverhältnisse voll wahrzunehmen. Die Realisierung dieses Programms war aus verschiedenartigen Gründen relevant: Neben der Aufhebung von Unterschieden in der sozialen Lage der einzelnen Teile der Arbeiterklasse, die unter anderem für die Festigung der Einheit der Arbeiterklasse Bedeutung hatte, war die Sicherung der sozialen Lage und der politischen Rechte der Arbeiter, eingeschlossen die Landarbeiter, ein Kriterium für die Stärke der Arbeiterklasse und insofern geeignet, ihre Bündnispolitik gegenüber den Bauern positiv zu beeinflussen. Schließlich war die Veränderung der Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter im oben genannten Sinne ein Weg zur Einschränkung der Ausbeutung in der Landwirtschaft und damit eine der Maßnahmen, den kapitalistischen Differenzierungsprozeß der Bauernschaft zu hemmen; sie gehörte auch in dieser Beziehung zu den Aufgaben, die in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu lösen waren.[23]

Zweitens: Die gesellschaftliche Stellung der Landarbeiter hatte sich objektiv gewandelt, sie waren Angehörige der beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung führenden Arbeiterklasse. Die sozialpolitische Lage und das Bewußtsein der Masse der Landarbeiter entsprach jedoch unmittelbar nach der Bodenreform nicht ihrer gesellschaftlichen Rolle und den politischen Erfordernissen, die sich aus der Hegemonie der Arbeiterklasse in der demokratischen Revolution ergaben. Zu dem "alten" Landarbeiterstamm waren nach Kriegsende Industriearbeiter und ehemalige Bauern, Handwerker, Angestellte, Kaufleute, Berufssoldaten - Menschen aus allen Bevölkerungsschichten gestoßen, von denen ein großer Teil bis dahin keine Bindungen zur Landwirtschaft bzw. zur Arbeiterklasse gehabt hatte. Unter den Bedingungen des Überangebots an Arbeitskräften auf dem Lande und vor allem angesichts der Ernährungslage war die Mehrzahl von ihnen zunächst bereit, sich den herrschenden Arbeits- und Abhängigkeitsverhältnissen in der Landwirtschaft unterzuordnen und die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens im Dorf anderen politischen Kräften zu überlassen. Für die Sicherung und Festigung der mit der Bodenreform eingeleiteten demokratischen Verhältnisse auf dem Lande war neben der Stärkung der werktätigen Bauern als wichtigem Moment die politische Mobilisierung der Landarbeiter, die Festigung bzw. die Herausbildung ihres Klassen- und Machtbewußtseins und damit die Stärkung der Positionen der Arbeiterklasse im Dorfe unbedingt erforderlich. Es kam darauf an, die Masse der Landarbeiter zur Erkenntnis ihrer sozialen Stellung und politischen Funktion als Teil der Arbeiterklasse zu führen, sie zu aktiven Kämpfern für die Demokratie im Dorf zu erziehen und sie zur Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu befähigen. In diesem Zusammenhang spielten der Kampf um die Lösung der Landarbeiter aus den bestehenden Abhängigkeitsverhältnissen ebenso eine Rolle wie ihre politische Organisierung und Erziehung in den Organisationen der Arbeiterklasse und die Neugestaltung des bis dahin besonders rückständigen ländlichen Bildungssystems im Rahmen der demokratischen Schulreform.

Drittens: Die landwirtschaftliche Produktion lag nach Kriegsende infolge der faschistischen Agrarpolitik, der direkten Kriegseinwirkungen und der unzureichenden Möglichkeiten, die Landwirtschaft mit industriellen Mitteln (chemische Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Treibstoff und Energie) zu versorgen, schwer darnieder. Die Sicherung der Volksernährung war eines der dringendsten Probleme des Tages, die Stabilisierung der neuen Bauernwirtschaften und die Steigerung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft eine Aufgabe für die nächsten Jahre. Die Lösung dieser Aufgaben erforderte unter anderem eine Politik, die den landwirtschaftlichen Produzenten Stimuli boten, ihre ganze Kraft für die Steigerung der Produktion einzusetzen. War das Schwergewicht der Agrarpolitik der SED in dieser Hinsicht auch auf die ökonomische Stärkung der Klein- und Mittelbauern als der

23 Vgl. ausführlich dazu Groschoff, Kurt, Zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, a. a. O., S. 155 - 166.

Hauptproduzenten in der Landwirtschaft nach der Bodenreform gerichtet, so galt es dabei zu berücksichtigen, daß 1946 über die Hälfte und 1950 immer noch mehr als ein Viertel der Beschäftigten in der Landwirtschaft Landarbeiter waren.[24] Die Landwirtschaft brauchte sie, von ihrer Arbeitsleistung hing die Produktionssteigerung mit ab. Stimuli für die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter konnten im wesentlichen (neben der Sicherung der Ernährung für sie und ihre Familien unmittelbar nach Kriegsende) vor allem in der Gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse liegen, wobei letztlich eine Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft nicht nur von materiellen Voraussetzungen, sondern auch von einer Erhöhung der Qualifikation, des allgemeinen Bildungsniveaus und des politischen Bewußtseins (insbesondere der Herausbildung eines neuen Verhältnisses zur Arbeit) der Landarbeiter abhing. Eine Konservierung rückständiger sozialer Verhältnisse der Landarbeiter hätte sich früher oder später auch ökonomisch als Hemmnis auswirken müssen und etwa zu einer massenweisen Abwanderung vom Lande führen können.

Der Kampf um die Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter entwickelte sich im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung schrittweise, im Einklang mit der Überwindung der Kriegsschäden in Industrie und Landwirtschaft, mit der Festigung der Demokratie in den Dörfern und nicht zuletzt mit dem wachsenden Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Er verlief in drei Etappen, die im wesentlichen den Entwicklungsetappen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung entsprachen. In der ersten Etappe, die (nach einer Vorbereitungsphase unmittelbar nach dem Sturz der faschistischen Diktatur) Ende 1945 begann, wurde mit den Verhandlungen zu einem Tarifvertrag für die Landwirtschaft die Diskussion über die Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter zentral und auf der Ebene der Länder in der sowjetischen Besatzungszone eingeleitet. Die Diskussion gelangte mit dem Abschluß der Tarifverträge in den Ländern vom Frühjahr bis zum Spätsommer 1946 zu ersten Ergebnissen im Sinne der von der SED gemeinsam mit allen demokratischen Kräften erhobenen Forderungen, ohne daß sich dabei bereits alle Veränderungsvorschläge durchsetzen ließen.

Im Mittelpunkt der zweiten Etappe, vom Spätsommer 1946 bis zum Herbst 1948, stand der Kampf um die Verwirklichung der in den Tarifverträgen vereinbarten Arbeitsverhältnisse. Dabei legten die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen besonderes Gewicht auf die Veränderung der Arbeitsverhältnisse der jugendlichen Landarbeiter. Parallel dazu begannen Anfang des Jahres 1947 Beratungen über ein Jugendarbeitsschutzgesetz für die Landwirtschaft mit dem Ziel, der Landarbeiterjugend den gleichen Rechtsschutz zu sichern wie den in der Industrie beschäftigten Jugendlichen. Die Beratungen endeten im Herbst 1948 zunächst ohne Ergebnis.

In der dritten Etappe, vom Herbst 1948 bis zum Ende 1949, gelang es auf der Grundlage der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, die nicht zuletzt in der Gründung der DDR ihren Ausdruck fand, die Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter durch Tarifverträge und durch Gesetz neu zu fixieren. Damit fand die Neugestaltung des Arbeitsrechts in der Landwirtschaft einen vorläufigen Abschluß, dessen Ergebnis in vollem Einklang mit den in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu lösenden Aufgaben stand - wobei seine Realisierung in der Praxis über die Etappe hinaus bis in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft hineinreichte.

In allen drei Etappen haben Probleme des Jugendarbeitsschutzes eine wesentliche Rolle gespielt. Zeitweise (besonders von 1947 bis 1949) wurden die Auseinandersetzungen sowohl um die rechtliche Neugestaltung der Landarbeiterverhältnisse als auch um die Einhaltung beste-

24 Errechnet nach Die Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bd. 4, Berlin 1949, Tab. 6, 17 C, sowie Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, Berlin 1956, S. 26, Tab. 17.

hender gesetzlicher oder tariflicher Festlegungen entscheidend durch den Kampf um die Veränderung der Lage der Landarbeiterjugend bestimmt und von den jungen Landarbeitern zum Teil an erster Stelle mit getragen.

Im folgenden sollen Probleme des Kampfes um die Veränderung der Arbeitsverhältnisse der Landarbeiterjugend im Zusammenhang mit der Schaffung des neuen Arbeitsrechts in der Landwirtschaft Gegenstand einer detaillierten Betrachtung sein.

Im Dezember 1946 gab es in der sowjetischen Besatzungszone 164 989 jugendliche Landarbeiter im Alter von 14 bis 18 Jahren.[25] Das waren rund 15 Prozent aller im Gebiet der DDR lebenden Jugendlichen dieser Altersgruppe[26] und 16,6 Prozent aller ständig beschäftigten Lohnarbeiter in der Landwirtschaft[27]. Dieser letzte Prozentsatz blieb etwas unter dem allgemeinen Beschäftigungsumfang der Jugendlichen in anderen Wirtschaftszweigen, der im Durchschnitt 18,0 Prozent betrug.[28] Groschoffs Feststellung, daß der "Anteil der Frauen und Jugendlichen an den Lohnarbeitskräften in der Landwirtschaft weit höher lag als in anderen Teilen der Volkswirtschaft"[29], geht somit auf den sehr hohen Prozentsatz der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen zurück. Allerdings war der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtzahl der Landarbeiter in den einzelnen Ländern - wie die folgende Tabelle ausweist - unterschiedlich hoch, und zwar am höchsten mit 20,7 Prozent in Thüringen und 19,0 Prozent in Sachsen. Einer der Gründe dafür war der relativ größere Anteil von bäuerlichen Betrieben in diesen Ländern, die wiederum einer höheren Zahl ständiger Landarbeiter Unterkunft und Kost boten. (Tabelle 2 siehe nächste Seite)

Die unterschiedliche Verteilung der jugendlichen Landarbeiter auf private und volkseigene Betriebe in den einzelnen Ländern entspricht dabei der Verteilung der gesamten landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und ist somit keine Eigenart der Beschäftigung Jugendlicher. Sie ist gleichzeitig eine Widerspiegelung des unterschiedlichen Anteils des volkseigenen Sektors in der Landwirtschaft der einzelnen Länder der sowjetischen Besatzungszone 1946.

Als arbeitsrechtliche Grundlagen für die Beschäftigung von jugendlichen Landarbeitern dienten Anfang 1945 die von faschistischen Treuhändern diktierten Tarifordnungen und Kriegslohntarifordnungen sowie eine Fülle von Ausnahmebestimmungen faschistischen und kriegswirtschaftlichen Inhalts zum allgemeinen Arbeitsrecht. Erste Korrekturen an diesem "Arbeitsrecht" wurden vom Alliierten Kontrollrat für Deutschland sowie von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland bereits im Sommer 1945 vorgenommen: Es wurden alle arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen mit faschistischem, militaristischem oder kriegswirtschaftlichem Inhalt außer Kraft gesetzt.[30]

25 Vgl. Archiv BV/FDGB, 17/168/4883, Statistik der DVLuF, Hauptabteilung Planung, vom Dezember 1946.

26 Errechnet nach ebenda und Die Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946, a. a. O., Tab. 6.

27 Errechnet nach Statistik der DVLuF vom Dezember 1946, a. a. O.

28 Vgl. Groschoff, Kurt, Zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, a. a. O., S. 149.

29 Vgl. ebenda.

30 Eine Übersicht über die Aufhebung bzw. Neufassung arbeitsrechtlicher Bestimmungen durch die Besatzungsmächte 1945 bis Ende 1947 wurde von der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge zusammengestellt. Vgl. Die neue Arbeitsgerichtsbarkeit, Berlin 1947 = Sozialpolitik. Schriftenreihe der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge, H. 2.

Tabelle 2

Die Anzahl der jugendlichen Landarbeiter (14 bis 18 Jahre) in den Ländern der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone und ihre Verteilung auf die bäuerlichen und die volkseigenen Landwirtschaftsbetriebe 1946

	Zahl der Landarbeiter im Alter von 14 bis 18 Jahren	in % zur Gesamtzahl der Landarbeiter	Jugendliche in bäuerlichen Betrieben (in % zur Gesamtzahl der jugendlichen Landarbeiter	Landarbeiter in volkseigenen Betrieben (in % zur Gesamtzahl der Landarbeiter)
Sowjetische Besatzungszone	164 989	16,60	95,9	4,5
davon in:				
Brandenburg	33 787	14,96	92,4	7,6
Mecklenburg	34 226	18,01	94,2	5,8
Sachsen-Anhalt	39 097	13,71	96,2	3,8
Sachsen	32 556	19,05	97,7	2,3
Thüringen	25 323	20,71	97,6	2,4

Quelle:
Archiv des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, 17/168/4883 (Statistik der Hauptabteilung Planung der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft vom Dezember 1946). - Die Prozentwerte wurden auf der Grundlage dieser Statistik errechnet.

Durch die Aufhebung der faschistischen Sonderbestimmungen traten Gesetze aus den Jahren der Weimarer Republik bzw. aus den Jahren vor Kriegsausbruch 1939 zum Teil wieder in Kraft, so die "Vorläufige Landarbeitsordnung" vom 24. Januar 1919 und das "Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen" vom 30. April 1938.[31] Das gleiche galt für Tarifverträge für die Landwirtschaft, soweit sie nicht bereits 1945 durch neue örtlich begrenzte Tarife ersetzt wurden.[32] Insgesamt trat als besonderes Charakteristikum des Arbeitsrechts in der Landwirtschaft eine besonders große Vielfalt von rechtlichen Bestimmungen, Gesetzen, Direktiven und Verträgen hervor, die nach Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone, zum Teil auch nach über die Grenzen der Länder hinausgehenden Gebieten divergierten und einander teilweise widersprachen. Diese Verschiedenartigkeit des Arbeitsrechts hatte ihren Ursprung vornehmlich in dem gebietsweise unterschiedlichen historischen Prozeß der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, wobei eine Vielfalt patriarchalischer Abhängigkeitsverhältnisse in die Lohnarbeitsverhältnisse übernommen worden waren, sowie in dem geringen Interesse in der kapitalistischen Gesellschaft, die Unterschiede zu beseitigen, da sie die Manipulation des Bewußtseins der Landarbeiter erleichterten und dazu beitrugen, sie vom Klassenkampf fernzuhalten. Bei aller Vielfalt des Arbeitsrechts in der Landwirtschaft gab es in Grundzügen jedoch auch Gemeinsamkeiten. Eine solche grundsätzliche Übereinstimmung bestand zum Beispiel in den

31 Vgl. ebenda, Anhang: Geltende Gesetze, S. 56, 59.
32 Vgl. Groschoff, Kurt, Zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, a. a. O., S. 168 f.; Hertwig, Käte, Die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Landarbeiter in Mecklenburg nach dem Tarifvertrag vom 27. 4. 1946 im Rahmen der Wirtschaftsordnung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, rechts- und wirtschaftswiss. Diss. Rostock 1948, S. 107 f.

Ausnahmebestimmungen für jugendliche Landarbeiter. Mit dem Argument der Besonderheit der landwirtschaftlichen Produktion waren sie ausgenommen aus den allgemeinen Festlegungen über die tägliche Arbeitszeit für Jugendliche in dem "Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen" aus dem Jahre 1938[33]; Fragen des Urlaubs, der Arbeit an Sonn- und Feiertagen, der täglichen Arbeitszeit zu landwirtschaftlichen Arbeitsspitzen blieben besonderen Regelungen überlassen. Gleichzeitig aber galten die in Tarifordnungen und -verträgen fixierten Tarife für Landarbeiter nicht auch für jugendliche Landarbeiter; diese mußten sich örtlich unterschiedlich mit 50 bis 60 Prozent des Lohnes eines erwachsenen Landarbeiters bescheiden.[34] Die neuen Tarifverträge aus dem Jahre 1945 änderten daran nichts. Während das "Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen" festlegte, "Jugendlicher ist, wer über vierzehn, aber noch nicht über achtzehn Jahre alt ist"[35], war die Altersgrenze für Jugendliche in den Tarifverträgen und -ordnungen für die Landwirtschaft wiederum örtlich unterschiedlich fixiert und bewegte sich zwischen dem 19. und 24. Lebensjahr, was für die 18- bis 24jährigen Landarbeiter nachteilige Folgen hatte, da von der Festlegung der Altersgrenze die Gewährung des Vollohnes eines erwachsenen Landarbeiters abhing.

Insgesamt knüpfte die rechtliche Fixierung der Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft 1945 an das in der Weimarer Republik angewandte Arbeitsrecht für landwirtschaftliche Lohnarbeiter an, beseitigte Gesetze und Verordnungen mit faschistischem, militärischem und kriegswirtschaftlichem Inhalt, ohne zunächst eine grundsätzliche Änderung im Sinne der von der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) 1944 erarbeiteten Vorstellungen anzustreben.

Bereits Ende 1945 begannen jedoch auf Initiative leitender Mitglieder der KPD in der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft die Vorarbeiten für einen neuen landwirtschaftlichen Tarifvertrag mit folgender Aufgabenstellung: 1. Schaffung einheitlicher Verträge für die Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone; 2. Beseitigung der Naturalentlohnung und Sicherung der Lebensmittelversorgung der Landarbeiter auf andere Weise; 3. Angleichung der Löhne der Landarbeiter an den Reallohn in der Industrie; 4. Aufhebung der Ausnahmebestimmungen für Jugendliche und Frauen; 5. Erarbeitung gestaffelter Lohngruppen nach der Leistung, Berufsausbildung und -erfahrung; 6. Neugestaltung der Arbeitszeit auf der Grundlage des Achtstundenarbeitstages und eines jährlichen Urlaubs und 7. schließlich Sicherung der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Landarbeiter.[36] Ein entsprechender Vertragsentwurf wurde von der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft ausgearbeitet und in den Ländern zur Diskussion vorgelegt.[37] An dieser Diskussion beteiligten sich neben den Vertretern der Landes- und Provinzialverwaltungen Mitglieder der Landestarifkommissionen sowie Funktionäre der Gewerkschaft Land und Forst und zum Teil der VdgB. In den Monaten von März bis Juli 1946 wurden diese Tarifverträge in den einzelnen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone in Kraft gesetzt.[38] Eine letzte gemeinsame Diskussionsrunde hatte es nicht gegeben, obwohl in den Ländern unterschiedliche Veränderungen an dem Entwurf vorgenommen worden waren. Die Tarifverträge des Jahres 1946 entsprachen daher dem ersten vereinbarten Grundsatz nur insoweit, als innerhalb der

33 Vgl. Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen vom 30. 4. 1938 (im folgenden: Gesetz über Kinderarbeit), in: Reichsgesetzblatt I, S. 437.

34 Vgl. Hertwig, Käte, a. a. O., S. 90 ff.; Groschoff, Kurt, Zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, a. a. O., S. 172; DZA Potsdam, DVLuF, 1413, Bl. 137 - 144; 224, Bl. 212; 1520, Bl. 70 - 72, 112 - 118.

35 Gesetz über Kinderarbeit, a. a. O.

36 Vgl. DZA Potsdam, DVLuF, 1520, Bl. 70 - 72, 112 - 118; 224, Bl. 212; 1402, Bl. 238.

37 Vgl. ebenda, 1520, Bl. 35 - 57.

38 Vgl. Tarifverträge für die Landwirtschaft 1946. (DZA Potsdam, DVLuF, 1423, Bl. 048, 316, 335; 1424, Bl. 180 - 184; 82, Bl. 91; Archiv BV/FDGB, 19/173/5358, Mappe 41.)

einzelnen Länder nunmehr Einheitlichkeit erreicht war, darüber hinaus für das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone jedoch nur in den Grundsätzen Übereinstimmung erzielt wurde.[39]

Zu diesen Grundsätzen gehörte die Festlegung, daß die Jugendarbeitsschutzbestimmungen nach dem Gesetz von 1938 auch für die Landarbeiterjugend volle Gültigkeit erhalten sollten. Diese Schutzbestimmungen erstreckten sich im wesentlichen auf Vorschriften über die Dauer der Arbeitszeit der Jugendlichen, über Ruhepausen, die Arbeit an Sonn- und Feiertagen, die Vergütung von Überstunden, die Teilnahme an der Berufsausbildung und auf das Verbot der Ausführung gesundheitsgefährdender Arbeiten. Die Anwendung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen in ihrem vollen Umfang auf die in der Landwirtschaft beschäftigten Lohnarbeiter beseitigte - wenn auch zunächst nur im Rahmen eines Vertrages innerhalb einer begrenzten Geltungsdauer - die langen, unregelmäßigen Arbeitszeiten der Landarbeiterjugend. Für jugendliche Lohnarbeiter in der Landwirtschaft und in der Industrie waren Arbeitszeit und Urlaub tariflich nunmehr einheitlich geregelt. Grundsätzlich galt für jugendliche Landarbeiter der Achtstundenarbeitstag, wenn auch Ausnahmebestimmungen und Lücken in den Tarifverträgen Überschreitungen rechtlich ermöglichten. Die Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen wurde erheblich eingeschränkt bzw. durch Freizeit an Wochentagen ausgeglichen. Gleichzeitig legten die Tarifverträge eine längere, nach dem Alter gestaffelte Urlaubszeit von 15 bis zu 18 Tagen im Jahr fest. In den Tarifverträgen wurde vereinbart, daß der Lohn generell nur in Geld auszuzahlen war. Anstelle des Naturallohnes waren ein Kaufrecht an landwirtschaftlichen Produkten und für ehemalige Deputanten außerdem bestimmte Sachbezugsrechte getreten. Damit fiel die bisherige Unterteilung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nach der Art der Entlohnung in Deputanten, Gesinde und Freiarbeiter fort, in den Vordergrund trat eine Einteilung in Lohngruppen im wesentlichen nach der Berufsausbildung und -erfahrung. Dieses Prinzip, das bei konsequenter Anwendung geeignet war, die Tätigkeit in der Landwirtschaft als Facharbeit anderen qualifizierten Berufen gleichzusetzen und den Weg für eine Entlohnung nach der Leistung zu ebnen, fand jedoch für Jugendliche nur begrenzt Anwendung. Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren waren in der Regel in den untersten Lohngruppen (Hilfsarbeiter, Bauernhelfer bzw. Lehrlinge) einzustufen. Sie erhielten nach wie vor unabhängig von der Art der Arbeit und ihrer Leistung einen geringeren Lohn als erwachsene nicht ausgebildete und ohne Berufserfahrung tätige Landarbeiter. Die Forderung "gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung" fand in den Tarifverträgen für Jugendliche (wie auch für Frauen) keine Berücksichtigung. Die in den Tarifverträgen vereinbarte Erhöhung des Nominallohnes auf das Doppelte bzw. (örtlich unterschiedlich) auf das Dreifache der vorherigen Lohnsätze für jugendliche Landarbeiter sollte nicht nur einen durch die verkürzte Arbeitszeit entstehenden finanziellen Verlust ausgleichen, sie entsprach auch in ihrer Tendenz der Forderung, die Löhne in Industrie und Landwirtschaft anzugleichen.

Neben den Arbeitszeit- und Lohnfragen war in den Tarifverträgen eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen fixiert, die für alle Landarbeiter gleichermaßen galten. Es handelte sich vor allem um die Verpflichtung des landwirtschaftlichen Betriebsinhabers, einen schriftlichen Arbeitsvertrag mit seinen Lohnarbeitern abzuschließen, den Landarbeitern menschenwürdige Wohnräume zur Verfügung zu stellen, Urlaubsgeld vor Antritt des Urlaubs zu zahlen und anderes mehr. Für jugendliche Landarbeiter waren diese Vereinbarungen insofern besonders bedeutsam, als ein großer Teil von ihnen als Knechte und Mägde (in den neuen Tarifverträgen: Bauernhelfer) in der Hausgemeinschaft der Bauern lebte und ihr Arbeitsverhältnis stärker noch als bei den außerhalb der Wirtschaft wohnenden Landarbeitern durch Reste patriarchalischer Abhängigkeit geprägt war.

Die Tarifverträge entsprachen der Ausgangsposition, gleiche Arbeitsverhältnisse zwischen Industrie- und Landarbeitern herzustellen, in wesentlichen Bereichen, jedoch nicht in allen.

39 Vgl. die Angaben in den Tarifverträgen. (Ebenda.)

Sie waren ein Ergebnis des Klassenkräfteverhältnisses in der sowjetischen Besatzungszone im Jahre 1946, das durch die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wesentlich bestimmt wurde. Mit einer raschen Durchsetzung ihrer Festlegungen konnte jedoch nicht gerechnet werden. Es waren keine mühelos zu schaffenden Verhältnisse fixiert, sondern die Aufgaben umrissen; insofern waren die Tarifverträge eher als ein Kampfprogramm für die Landarbeiter anzusehen, und sie wurden auch so verstanden, allerdings erst zu einem Zeitpunkt, als sie von den Vertragspartnern bereits aufgekündigt waren. Bei der praktischen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse spielten die Tarifverträge jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Man kann aus den Quellen schließen, daß sie im allgemeinen nicht die Grundlage für die Regelung der Arbeitsverhältnisse der in bäuerlichen Betrieben beschäftigten Landarbeiter wurden und daß in den volkseigenen Landwirtschaftsbetrieben zwar der Anfang für ihre Durchsetzung gemacht wurde, aber von einer vollen Realisierung auch hier nicht gesprochen werden kann.[40] Im Frühjahr 1947 - zum ersten möglichen Termin - wurden die Tarifverträge auf Empfehlung des Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, Edwin Hoernle, gekündigt.[41] Für die Nichteinhaltung und schließlich kurzfristige Zurückziehung der Verträge gab es verschiedenartige Gründe. Bei der geringen Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion mußte es einem Teil der Bauern außerordentlich schwerfallen, die Festlegungen des Tarifvertrages zu erfüllen und gleichzeitig die Rentabilität des Betriebes zu sichern bzw. wieder herzustellen. Das galt auch für die Güter, die in den ersten Nachkriegsjahren zum Teil auf staatliche Zuschüsse zur Deckung der Selbstkosten bzw. als Mittel für die erweiterte Reproduktion angewiesen waren.[42] Gleichzeitig zwangen jedoch der Mangel an einsatzfähigen Maschinen, an Treibstoff und Energie, der geringe Zugkräftebesatz usw. in großem Umfange zur Handarbeit und damit zugleich dazu, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen, als der Betrieb bei Einhaltung der Tarifverträge tragen konnte. Selbst bei einer Bereitschaft, die Tarifverträge zu erfüllen, waren 1946 und 1947 in der Mehrzahl der bäuerlichen Betriebe die ökonomischen Voraussetzungen dazu ungenügend und teilweise gar nicht gegeben.[43] Dennoch läßt sich aus den ökonomischen Faktoren allein die Front gegen die Tarifverträge nicht erklären. Abgesehen davon, daß eine Reihe von Festlegungen - über die politischen Rechte, die Wohnverhältnisse und anderes mehr - die Wirtschaftlichkeit der Betriebe nicht unmittelbar berührten, waren bei den Kontrollen die längsten Arbeitszeiten und die krassesten Lohnverstöße in großbäuerlichen Betrieben festgestellt worden, die von der ökonomischen Seite her noch am ehesten in der Lage hätten sein müssen, die Tarifvereinbarungen einzuhalten.

Bei einem Teil der Bauernschaft konnte die Bereitschaft, die Tarifverträge zu erfüllen, nicht vorausgesetzt werden. Die Skala der Motive für diese Haltung reichte von der Ablehnung jeglicher Eingriffe in Gewohnheitsrechte der Bauern überhaupt über wirtschaftliche Überlegungen und die politisch motivierte Weigerung, den Landarbeitern Rechte einzuräumen, bis zur Mißachtung der in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung für die Landwirtschaft verantwortlichen Stellen und ihrer örtlichen Vertreter.[44] Aber auch ein großer Teil der Land-

40 Vgl. die Berichte über Kontrollen zu den Tarifverträgen 1946 (Anm. 5 zum vorliegenden Beitrag).

41 Vgl. DZA Potsdam, DVLuF, 1423, Bl. 1; 1424, Bl. 180 - 184; Bericht der VdgB, a. a. O., S. 25.

42 Vgl. dazu auch Kusch, Gerhard, Die Entwicklung der Landesgüter Mecklenburgs in der Etappe der antifaschistisch-demokratischen Revolution, landwirtschaftswiss. Diss. Berlin 1962, S. 85 ff., 149.

43 Zur allgemeinen Lage in der Landwirtschaft bei Kriegsende vgl. Kotow, G. G., a. a. O., S. 66 ff., und Lange, Ursula, Die Produktivität der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Eine statistische Analyse ihrer Entwicklung im ersten Planjahrfünft, Berlin 1957, S. 25 ff. = Schriftenreihe Agrarökonomik, H. 3.

44 Vgl. Archiv BV/FDGB, 19/173/5385, Mappe 41; vgl. auch Groschoff, Kurt, Zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, a. a. O., S. 255

arbeiter war 1946/1947 nicht bereit, für die Einhaltung der Tarifverträge einzutreten. Dabei spielten solche Momente wie die Gewohnheit, sich unterzuordnen (besonders bei dem alten Landarbeiterstamm), die Zurückhaltung, sich zu organisieren - kaum 20 Prozent der Landarbeiter waren bis zum März 1947 in der Gewerkschaft organisiert[45], eine ebenso große Rolle wie die Ernährungs- und Wohnraumlage, die besonders die Landarbeiter aus Umsiedlerkreisen unter jeder Bedingung an den Bauernbetrieb band. Insbesondere erschwerten die heterogene Zusammensetzung und die nach der Bodenreform noch verstärkte Zersplitterung der Landarbeiterschaft auf viele einzelne Betriebe sowie die örtlichen oder gar betrieblichen Unterschiede in den faktischen Arbeitsverhältnissen den Prozeß der Herausbildung einer einheitlich handelnden Arbeiterklasse auf dem Lande. Und schließlich sei noch erwähnt, daß aufgrund der 1946 auf dem Lande schwach organisierten Gewerkschaft Land und Forst und politischer Mängel in ihrer Leitung der Kontakt zu den Landarbeitern gering war.[46] Sehr vielen Landarbeitern blieb der Tarifvertrag des Jahres 1946 überhaupt unbekannt.[47] Das im Vordergrund stehende Motiv, das zur Kündigung der Verträge führte, war die Beseitigung der Naturalentlohnung und die den Landwirtschaftsbetrieben sowohl im Tarifvertrag als auch durch Befehle der Sowjetischen Militäradministration auferlegte Verpflichtung, die Landarbeiter und ihre Familien aus den Überschüssen der Bauernwirtschaften mit Lebensmitteln zu Erzeugerpreisen zu versorgen. Mit dieser Festlegung war beabsichtigt, die mit der Naturalentlohnung verbundenen Abhängigkeitsverhältnisse der Landarbeiter zu lösen und unter Berücksichtigung der Ernährungslage das Interesse der Landarbeiter an Überschüssen der bäuerlichen Wirtschaften bzw. der Güter und an der Steigerung der Produktion zu stimulieren. Da die Landarbeiter und ihre Familien jedoch im Zusammenhang mit dieser Regelung keine bzw. stark gekürzte Lebensmittelkarten erhielten, waren die Abhängigkeitsverhältnisse unter den Bedingungen der Lebensmittelrationierung keineswegs gelöst, sondern lediglich in eine neue Form gebracht worden. Die Ernährung der Landarbeiterfamilien war weitgehend in die Hände der Bauern gelegt, von denen ein Teil keine Überschüsse erzielen konnte und von denen ein anderer wirtschaftlich stärkerer Teil sich unter Berufung auf die allgemeine Lage der Landwirtschaft und auf das ihrer Meinung nach zu hohe Ablieferungssoll weigerte, außer den bei ihnen beschäftigten Landarbeitern auch noch deren Familien mit Lebensmitteln zu versorgen.[48] Tatsächlich waren im Winter 1946/1947 Tausende Landarbeiterfamilien ohne bzw. ohne ausreichende Lebensmittelversorgung.[49] Sie waren der am schlechtesten versorgte Teil der Bevölkerung, und die Bemühungen von Großbauern, Landarbeiter und wirtschaftlich schwächere Bauern zum Kampf gegen die Pflichtablieferung zu aktivieren, hatten örtlich teilweise Erfolg.[50] Die Lebensmittelversorgung der Landarbeiterfamilien war zu einem zentralen Problem der Tarifverträge geworden, hinter dem alle anderen Festlegungen zurücktraten. Nach der Kündigung der Tarifverträge gab es außer den für die gesamte Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone geltenden

45 Vgl. Zentrales Parteiarchiv beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (im folgenden: ZPA/IML), Z/5, Bericht der Abteilung Landwirtschaft beim ZS der SED zum 2. Parteitag (1947).

46 Vgl. Groschoff, Kurt, Zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, a. a. O., S. 214 f.

47 Vgl. Berichte über Kontrollen zu den Tarifverträgen 1946. (Anm. 5 zum vorliegenden Beitrag.)

48 Vgl. ZPA/IML, Z/5; DZA Potsdam, DVLuF, 1418, Bl. 44 - 56; 1400, Bl. 366 - 370; 1424, Bl. 1, 124; 1398, Bl. 135; 1423, Bl. 41 - 45; 1559, Bl. 107 - 121.

49 Vgl. ebenda, 1424, Bl. 187, 207 f.; 1422, Bl. 25.

50 Vgl. Bericht der Abteilung Landwirtschaft des ZS der SED zum 2. Parteitag (1947), a. a. O.

Grundsatzbestimmungen zum Arbeitsrecht wiederum nur die Vorläufige Landarbeitsordnung aus dem Jahre 1919 als Grundlage für die Regelung der Arbeitsverhältnisse. Tatsächlich regelten sich die Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter jedoch nicht einmal nach dieser Landarbeitsordnung, sondern bestenfalls nach früheren Tarifverträgen, viel häufiger jedoch nach persönlichen Absprachen, wobei ihr Ergebnis sehr oft im negativen Sinne von der jeweiligen Notlage des Landarbeiters und weniger von den Möglichkeiten des bäuerlichen Betriebes beeinflußt wurde. Die Schutzbestimmungen für die Jugend waren zusammen mit den Tarifverträgen ebenfalls wieder außer Kraft gesetzt.

Die noch im Frühjahr 1947 neu aufgenommenen Tarifverhandlungen konnten unter dem Eindruck der durch eine Hochwasserkatastrophe im Oderbruch und eine wochenlang anhaltende Dürreperiode im Frühsommer 1947 hervorgerufenen großen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft zu keinem Erfolg führen und wurden im Sommer 1947 abgebrochen.[51] Der Kampf um die Sicherung der Volksernährung, die Stabilisierung der Neubauernwirtschaften und die Stärkung der übrigen klein- und mittelbäuerlichen Betriebe waren wiederum ganz in den Vordergrund gerückt. Dennoch war die Neuregelung der Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter nicht völlig aus dem Gesichtsfeld der demokratischen Organisationen und staatlichen Organe geschwunden. Die Bemühungen auf arbeitsrechtlichem Gebiet konzentrierten sich vorerst jedoch ausschließlich auf die Fixierung von Schutzbestimmungen für die jugendlichen Landarbeiter. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes für den Bereich der volkseigenen Industrie[52] begann die Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge auf Initiative der Gewerkschaft Land und Forst und gefördert vom Jugendsekretariat sowie von der Abteilung Landwirtschaft der SED mit Vorarbeiten und Beratungen zu einem Jugendarbeitsschutzgesetz für die Landwirtschaft.[53] Wenn es unter den gegebenen Bedingungen in der Landwirtschaft nicht möglich war, die Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter insgesamt sehr schnell und grundlegend umzugestalten, so wurde eine Neuregelung der Verhältnisse der jugendlichen Landarbeiter von verschiedenen staatlichen Organen - insbesondere vom Gesundheitsamt und vom Zentraljugendamt in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung - doch für dringend erforderlich und sowohl von der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft als auch vom Bauernsekretariat der VdgB für möglich gehalten. Hauptgegenstand der Gesetzesdebatten, die sich über mehrere Jahre erstreckten und zeitweilig zu scharfen politischen Kontroversen über die Entwicklung der Landwirtschaft führten, waren: die Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft, die Dauer und Verteilung der Arbeitszeit für die Jugendlichen, die Auswahl der für Kinder und Jugendliche als zu schwer zu verbietenden Arbeiten, die Sicherung der landwirtschaftlichen Berufsausbildung und die Bildung von Organen, die in der Lage waren, die Einhaltung des Gesetzes zu überwachen. Es standen sich in den Diskussionen im wesentlichen zwei Gruppen gegenüber, deren Standpunkte zwar nicht durchgängig und nicht in allen Details klar voneinander abzugrenzen waren, die sich jedoch in der Beurteilung der Frage, in welchem Maße das zu verabschiedende Gesetz von den Besonderheiten der Landwirtschaft geprägt sein sollte, das heißt, wie weit es sich von der im Oktober 1947 verabschiedeten Jugendarbeits-

51 Vgl. DZA Potsdam, DVLuF, 1423, Bl. 1.

52 Die "Verordnung über Jugendarbeitsschutz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands" wurde am 13. 10. 1947 im Zusammenhang mit dem Befehl Nr. 234 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) erlassen. Sie setzte das Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen von 1938 außer Kraft und legte eine Reihe wesentlicher Verbesserungen für die Arbeitsverhältnisse der Industriearbeiterjugend fest. (Vgl. Zentralverordnungsblatt [im folgenden: ZVOBl.], 2. Jg. 1948, Nr. 1, S. 10.)

53 Zu den Auseinandersetzungen um dieses Gesetz vgl. Dillwitz, Sigrid, Jugendverband und Jugendarbeitsschutz auf dem Lande, phil. Diss. Rostock 1969, S. 181 ff.

schutzverordnung für die Industrie entfernen durfte, grundsätzlich unterschieden. Die Auffassung, das neue Gesetz müsse den Bedürfnissen der Landwirtschaft sehr stark Rechnung tragen und dürfe demzufolge keine entscheidenden Beschränkungen der Kinderarbeit, der Arbeitszeiten für Jugendliche usw. zum Inhalt haben, vertraten die an den Beratungen teilnehmenden Funktionäre der VdgB und einzelne Mitarbeiter der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft. Dagegen verteidigten die Vertreter der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge, der Gewerkschaft Land und Forst, der FDJ sowie zahlreiche Mitarbeiter der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft den ursprünglichen Ausgangspunkt, daß das Gesetz in seinen Grundzügen mit den Bestimmungen für die Industrie übereinstimmen sollte. Eine Angleichung der Standpunkte konnte bis 1949 nicht erreicht werden.

Der Schwerpunkt der Bemühungen um die Veränderung der Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter lag 1948/1949 auf dem Lande selbst: in der politischen Aktivierung und Organisierung der Landarbeiter. Neben den Organisationseinheiten der SED und neben der Gewerkschaft Land und Forst arbeitete die FDJ besonders aktiv unter der Landjugend. Der FDJ war es bis zum Frühjahr 1947 gelungen, in rund 65 Prozent aller Landgemeinden Gruppen aufzubauen; in ihnen waren 27 Prozent aller jungen Landarbeiter im Alter von 14 bis 25 Jahren organisiert.[54] Die Landjugendarbeit der FDJ war, vom Jahre 1947 an, in dem sie ihre erste zentrale Landjugendkonferenz durchführte, außerordentlich vielseitig; sie erstreckte sich auf alle Schichten der Landjugend und nahm auf sehr verschiedene Weise Einfluß auf den Kampf um die Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse der Landarbeiterjugend.[55] Ihre Hauptaufgabe sah die FDJ in dieser Hinsicht in der Aufklärung und Schulung ihrer Mitglieder, in ihrer Aktivierung, für die während der ersten Landjugendkonferenz ausgearbeiteten sozialen Forderungen der Landarbeiterjugend einzutreten, und vor allem darin, die Landarbeiterjugend selbst zum Bewußtsein ihrer sozialen Stellung und gesellschaftlichen Aufgabe zu führen. Die Formen dieser Tätigkeit erstreckten sich von Mitgliederversammlungen in den FDJ-Dorfgruppen, in denen die Aufgaben in der Landwirtschaft und das Landjugendprogramm der FDJ einen breiten Raum der Diskussion einnahmen, über die Durchführung von Landjugendkonferenzen in den Ländern und Kreisen, die Aufnahme von Lektionen zur Agrarpolitik der SED in den Jugendschulen der FDJ bis zur Gewinnung von Neulehrern aus den Reihen des Jugendverbandes für die Arbeit in den Dorfschulen, die Hilfe beim Aufbau der Dorfschulen und anderes mehr. Obwohl ein Teil der jungen Landarbeiter sich noch passiv zur eigenen sozialen Lage verhielt, viele Dorfgruppen der FDJ sich nicht um die sozialen Belange der Landarbeiterjugend kümmerten bzw. Auseinandersetzungen scheuten und außerdem in Tausenden Dörfern keine FDJ-Gruppen bestanden, nahm die 1947 in Vorbereitung der Landjugendkonferenz entstandene Bewegung zum Kampf um bessere Arbeitsverhältnisse für die Landarbeiterjugend 1948 und 1949 insgesamt doch einen Aufschwung. Davon zeugten die während der Landjugendkonferenzen immer häufiger erhobenen Forderungen nach der Verabschiedung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und neuer Tarifverträge, die Protestschreiben und Schilderungen über die Lage junger Landarbeiter an die Presse, die in immer größerem Umfang von jungen Landarbeitern selbst kamen, die stärkere Mitarbeit jugendlicher Landarbeiter in Jugendkommissionen des Dorfes, die große Beteiligung an den jährlich von der Gewerkschaft Land und Forst durchgeführten Landarbeitertagen usw. Mit ihrer umfangreichen Agitation und Propaganda gelang es der FDJ, in der Öffentlichkeit das Interesse für die sozialen Verhältnisse der Landarbeiterjugend zu wecken und die Diskussion um den gesetzlichen Jugendarbeitsschutz auf dem Lande positiv zu beeinflussen.

54 Vgl. Archiv ZR/FDJ, 62/8.

55 Die folgende Darstellung zur Tätigkeit der FDJ unter der Landjugend folgt der in Anm. 53 genannten Arbeit, S. 104 ff.

Die FDJ arbeitete aktiv in der Kommission für Jugendfragen bei der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) mit, der die Ausarbeitung des Jugendarbeitsschutzgesetzes übertragen war und die im Auftrage der DWK von einem Mitglied des Zentralrates der FDJ geleitet wurde. Sie entsandte ihre Vertreter in die Arbeitsschutzkommissionen der Dörfer, und auf ihre Initiative wurden regelmäßig gemeinsam mit der Gewerkschaft Land und Forst Hofbegehungen zur Überprüfung der Landarbeitsverhältnisse durchgeführt. Gleichzeitig unterstützte die FDJ in organisierten Aktionen die Politik der SED zur Stärkung der werktätigen Bauern. Sie mobilisierte die Jugendlichen aus der nahegelegenen Industrie zur Hilfe für die werktätigen Bauern bei der Einbringung der Ernte, zur Bildung von Jugendbrigaden, die die Reparatur landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen übernahmen, zur Gewinnung von Brachland usw. Im Jahre 1948 beteiligten sich Jugendliche aus Stadt und Land mit einer vorbildlichen Initiative an dem Aufbau Tausender Neubauernhäuser, die für die Stabilisierung der Neubauernwirtschaften dringend notwendig und in einem umfassenden Aufbauprogramm von den demokratischen staatlichen Organen geplant waren. Die Ergebnisse der Jugendarbeit der FDJ und das gewachsene Bewußtsein der Landarbeiterjugend zeichneten sich besonders in der Entwicklung der Jungaktivisten- und Wettbewerbsbewegung ab, die Anfang 1949 in den Maschinenausleihstationen (MAS), vereinzelt auch schon in den volkseigenen Gütern (VEG), entstand. In dieser Zeit war der Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung bereits beendet, und die SED entwickelte eine Politik, die den inneren Gesetzmäßigkeiten der revolutionären Umwälzung entsprechend über die Festigung und Weiterentwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und die Stärkung der sozialistischen Elemente in die sozialistische Revolution einmündete.[56]

Ihren Ausdruck fand diese Politik im Laufe des Jahres 1949 unter anderem in der planmäßigen Entwicklung der Hauptzweige der Produktion und der Stärkung des volkseigenen Sektors in Industrie und Landwirtschaft, in der Festigung der Positionen der Arbeiterklasse in der Wirtschafts- und Staatsführung und der gleichzeitigen Erweiterung und Vertiefung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, den Handwerkern und anderen Angehörigen der Mittelschichten sowie in der Einbeziehung immer größerer Teile der Bevölkerung in die Lösung der politischen und ökonomischen Aufgaben.[57] Aus der Fülle der Maßnahmen seien einige genannt, die den Entwicklungsprozeß auf dem Lande am deutlichsten charakterisieren. Der im November 1948 beschrittene Weg, die Maschinenausleihstationen der VdgB durch eine zentrale Leitung und eine straffe Organisation besser zu befähigen, die werktätigen Bauern mit maschineller Zugkraft zu versehen und dadurch ihre Abhängigkeit von den großbäuerlichen Betrieben weiter zu verringern, wurde durch eine Reihe von Beschlüssen der SED zum Ausbau und zur schrittweisen Überführung der MAS in Volkseigentum gefördert. Die MAS begannen sich zu Stützpunkten der Arbeiterklasse im Kampf um die Festigung der demokratischen Verhältnisse im Dorf zu entwickeln.[58] Tausende - vor allem jugendliche - Industriearbeiter nahmen 1949 ihre Tätigkeit in den MAS und ihren Reparaturwerkstätten auf und wirkten durch ihre Arbeit und politische Aktivität unter anderem auch auf die Entwicklung des Bewußtseins der Landarbeiter und Bauern ein. Der Zweijahrplan stellte mit seinen Planauflagen für die Landwirtschaft auch die volkseigenen Güter vor neue Aufgaben. Im Juni 1949 schloß die DWK den bereits 1949 eingeleiteten Prozeß der Koordinierung und Zentralisierung der Güter mit der Gründung der Vereinigung Volkseigener Güter (VVG) ab und erweiterte damit die Möglichkeiten einer einheitlichen Produktionsplanung und Versorgung der Landwirtschaftsbetriebe mit hochwertigem Saatgut und Zuchtvieh. Die Schaffung Volkseigener Erfassungs- und Aufkauf-Betriebe (VEAB) im März 1949 schränkte die Spekulation und die Ausbeutung werktätiger Bauern durch den kapitalistischen Landhandel ein und stärkte die ökono-

56 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 252 ff.
57 Vgl. ebenda.
58 Vgl. Die marxistisch-leninistische Agrarpolitik, a. a. O., S. 49 f.

mischen Beziehungen des volkseigenen Sektors zu den Bauern.[59] Darüber hinaus wurden die politischen Veränderungen auf dem Lande 1949 besonders durch die Festigung der Mitte 1948 gegründeten Demokratischen Bauernpartei, die von Anfang an eine Position an der Seite der Arbeiterklasse einnahm, durch die Auseinandersetzungen um die Stärkung der demokratischen Kräfte in der VdgB[60] und durch eine erhöhte Aktivität der Gewerkschaft Land und Forst gekennzeichnet.[61]

Auf ökonomischem Gebiet zeichnete sich 1949 in der gesamten Landwirtschaft ein Aufschwung ab. Die 1948 über dem Durchschnitt der letzten Jahre liegenden Ernteerträge[62], die bessere Versorgung mit Saatgut, mit Düngemitteln und Maschinen führten zu einer Leistungssteigerung und zu einer Erhöhung der Rentabilität der Landwirtschaftsbetriebe.[63]

Auf der Grundlage dieser Entwicklung kam es im April 1949 zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages für die privaten Landwirtschaftsbetriebe und sechs Monate später, im Oktober 1949, zum Abschluß eines Tarifvertrages für die volkseigenen Güter.[64] Im Vergleich zu den Tarifverträgen des Jahres 1946 fällt als erstes ins Auge, daß die unterschiedliche tarifliche Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter nach Territorien einer Verschiedenartigkeit nach der Stellung der Landarbeiter zu den Produktionsmitteln gewichen war. Aus der Stellung der Landarbeiter zu den Produktionsmitteln in der privaten und volkseigenen Landwirtschaft resultierten verschiedenartige Rechte und Pflichten im Produktionsprozeß, bei der Planung und Leitung der Produktion, die sich in den Tarifverträgen niederschlugen. Darüber hinaus gab es in den beiden Verträgen zum Teil voneinander abweichende Festlegungen in Einzelfragen (zum Beispiel Arbeitszeiten, Urlaub und ähnliches), die den Möglichkeiten eines rationelleren Einsatzes der Arbeitskräfte im volkseigenen Großbetrieb Rechnung trugen. Beide Tarifverträge verbesserten die Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter gegenüber 1946 auf bestimmten Teilgebieten - wie der Entlohnung, der Arbeitszeit der Jugendlichen und der sozialen Sicherheiten. In den Tarifverträgen des Jahres 1949 gab es keine Lohnabstufungen nach dem Alter mehr. Der Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung" hatte sich durchgesetzt. Diese Tatsache wurde durch die Festlegung, in den VEG grundsätzlich alle Arbeiten, für die Arbeitsnormen ermittelt werden konnten, im Leistungslohn auszuführen, unterstrichen. Während sich die Festlegungen über die Arbeitszeiten für erwachsene Landarbeiter in der privaten Landwirtschaft gegenüber 1946 nicht veränderten, gab es für jugendliche Landarbeiter eine Staffelung der Arbeitszeit nach dem Alter von 7 über 7 1/2 bis zu 8 Arbeitsstunden am Tag, wobei allerdings in den Tarifverträgen für die private Landwirtschaft offenblieb, ob die Zeiten für die Fütterung und Pflege des Viehs hier einbegriffen waren. Die Vereinbarungen über den Kündigungsschutz, die Auszahlung des Urlaubsgeldes vor Antritt des Urlaubs, die Zahlung von Krankengeld, die Beschaffenheit der Wohnräume, die Versorgung mit Lebensmitteln zu festgesetzten Preisen usw. erweiterten die demokratischen Rechte der Landarbeiter und verringerten ihre Abhängigkeit von persönlicher Willkür. Neu aufgenommen war im Tarifvertrag für die privaten Landwirtschaftsbetriebe die Beteiligung der Landarbeiter an den Prämien für die Übererfüllung der Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Produkte, mit der die Landarbeiter unter anderem auch materiell an einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion interessiert werden sollten.

Die Stellung der Landarbeiter im Produktionsprozeß in den VEG spiegelt sich besonders in den Abschnitten über das "Verhältnis zwischen Belegschaft und Betriebsleitung" und "Lei-

59 Vgl. ebenda, S. 56.
60 Vgl. ebenda, S. 47; vgl. auch Doernberg, Stefan, a. a. O., S. 225.
61 Vgl. Groschoff, Kurt, Zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, a. a. O., S. 225 ff.
62 Vgl. Kotow, G. G., a. a. O., S. 88.
63 Vgl. Lange, Ursula, a. a. O.
64 Vgl. Tarifvertrag für die privaten landwirtschaftlichen Betriebe vom 8. 4. 1949, Berlin 1949; Tarifvertrag für die volkseigenen Güter, Berlin 1949.

stungslohn" des Tarifvertrages für die VEG wider, in denen die Verantwortlichkeit der Landarbeiter für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, für die Einhaltung der zu ihrem Schutz getroffenen Vereinbarungen und insgesamt für die Gestaltung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in den VEG umrissen wurden.

Insgesamt waren beide Tarifverträge ein Ausdruck der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone. Sie fixierten die im Kampf der Arbeiterklasse erreichten Positionen auf dem Gebiet der Lohnarbeit in der Landwirtschaft und förderten die politisch-ideologische Entwicklung der Landarbeiter. Indem die Tarifverträge die Rechte und Verpflichtungen der Betriebsgewerkschaftsleitungen und der örtlichen Organe der Gewerkschaft Land und Forst erweiterten, beeinflußten sie das Verhältnis der Landarbeiter zu ihrer Klassenorganisation positiv und stärkten die Positionen der Arbeiterklasse auf dem Lande. Dennoch war auch 1949 der Kampf um die Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft nicht abgeschlossen. Einmal war die volle Gleichstellung mit den Industriearbeitern noch nicht für alle Landarbeiter hergestellt, und die Verwirklichung der Tarifverträge erforderte besonders in den privaten Landwirtschaftsbetrieben in der täglichen praktischen Arbeit noch große Anstrengungen. Zum anderen stand nach wie vor der gesetzliche Schutz der Landarbeiter noch aus.

Anregung und Initiative, ein Gesetz zum Schutz der Landarbeiter zu schaffen, gingen - wie auch bei den Verhandlungen um das Jugendarbeitsschutzgesetz im Jahre 1947/1948 - von der SED aus. Gestützt auf die Ergebnisse von Untersuchungen, die eine Reihe von Kommissionen der Partei im Auftrag des Zentralsekretariats Ende 1948/Anfang 1949 zur Lage in der Landwirtschaft und zum Stand der Entwicklung der Demokratie im Dorf geführt hatte[65], wurde von der 1. Parteikonferenz der SED (25. bis 29. Januar 1949) festgestellt, daß die Demokratisierung des Dorfes in ihrem Entwicklungstempo hinter den Möglichkeiten zurückgeblieben war, die demokratischen Rechte der Landarbeiter nach wie vor nicht gesichert waren und die Parteiorganisationen auf dem Lande der Lage und der Arbeit unter den Landarbeitern bisher noch zu wenig Beachtung geschenkt hatten.[66] Die Konferenz beauftragte den Parteivorstand, "Maßnahmen zu treffen, um in nächster Zeit die Herausgabe eines Gesetzes zum Schutz der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter zu erwirken, ... das den Arbeitslohn, die Länge des Arbeitstages, die Wohnbedingungen, die Rechte und andere Lebensfragen der Landarbeiter regeln (solle), wobei besonders der Schutz der jugendlichen Beschäftigten zu berücksichtigen" sei.[67] Erste Entwürfe des Gesetzes waren bereits in Vorbereitung der Parteikonferenz von der Abteilung Landwirtschaft im Zentralsekretariat der SED gemeinsam mit der Gewerkschaft Land und Forst und der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der DWK ausgearbeitet worden.[68] Die Verhandlungen um diese und die später in der Diskussion vervollkommneten Entwürfe währten dann jedoch noch fast ein Jahr. An ihnen waren auf zentraler Ebene Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien, Vertreter der Organisationen (FDGB, VdgB, FDJ) und leitende Mitarbeiter in den staatlichen Organen (Hauptverwaltungen der DWK) beteiligt.[69] Die Grundkonzeption der SED, den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern den gleichen arbeitsrechtlichen Schutz zu gewähren wie den Beschäftigten in der Industrie und die gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern in vollem Umfang zu vollziehen, wurde keineswegs von Anfang an von allen an der Diskussion Beteiligten akzeptiert. Es gab Bedenken von den Vertretern der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und der Liberal-Demokratischen Partei (LDP), die bis zur Ablehnung eines sol-

65 Vgl. Protokoll der 1. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1949, S. 206.
66 Vgl. ebenda, S. 212, 219, 264 ff., 351, 521.
67 Ebenda, S. 521.
68 Vgl. DZA Potsdam, DVLuF, 495, Bl. 399.
69 Vgl. ebenda 267, Bl. 230 f.; 495, Bl. 376.

chen Gesetzes überhaupt reichten, und viele Vorbehalte von verschiedenen Vertretern der VdgB.[70] So verschiedenartig die Einwände gegen das Gesetz auch waren, ihre Motive entsprangen sowohl bei den Vertretern der CDU und LDP als auch der VdgB den Bestrebungen, einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse auf dem Lande entgegenzuwirken und die Belange der großbäuerlichen Betriebe zu verteidigen. Damit setzten sich diese Mitglieder von Führungsgremien der CDU, LDP[71] und VdgB in Widerspruch zu den demokratischen Kräften in diesen Organisationen, die bereits 1948/1949 unter deren Mitgliedern in der Überzahl waren.

Wesentlichen Anteil daran, daß die Verhandlungen nicht an diesen Stimmen gegen das Gesetz scheiterten, hatten unter anderem der Leiter der Kommission zur Ausarbeitung des Landarbeiterschutzgesetzes beim Zentralsekretariat der SED, Paul Merker, sowie die Leiter der Hauptverwaltungen Land- und Forstwirtschaft und Arbeit und Sozialfürsorge, Edwin Hoernle und Gustav Brack, die in vielen geduldigen Auseinandersetzungen und mit Hilfe des in Hofbegehungen und durch anderweitige Überprüfungen gewonnenen Materials zur Lage in der Landwirtschaft und der Landarbeiter nachwiesen, daß das Gesetz im allgemeinen Interesse der Festigung und Weiterentwicklung der Demokratie, im speziellen Interesse der Landarbeiter sowie als Stimulus für die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft auch im Interesse der Bauern erforderlich sei.[72] In diesen Diskussionen konnten sich die demokratischen Kräfte sowohl auf die zunehmende Bereitschaft der Landarbeiter, ihre Rechte zu erkämpfen, als auch auf die wachsende Aufmerksamkeit, die die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen in den Ländern den Problemen der Landarbeiter widmeten, stützen. Die politische Aktivität der Landarbeiter hatte im Laufe des Jahres 1949 im Zusammenhang mit der größeren Beachtung, die die Parteigruppen der SED und die örtlichen Gruppen der Gewerkschaft Land und Forst den Landarbeiterfragen schenkten, und mit der Wirksamkeit Tausender Industriearbeiter, die 1949 ihre Tätigkeit in den MAS aufnahmen, zugenommen. Das spiegelte sich unter anderem in der stärkeren Organisiertheit der Landarbeiter[73], in ihrer größeren Anteilnahme an den Landarbeitertagen[74], in dem wachsenden Nachdruck, mit dem sie ihre Forderungen gegenüber den Bauern und in der Öffentlichkeit vertraten[75] und nicht zuletzt auch in den ersten Ansätzen, geeignete Formen und Methoden für die Aktivistenbewegung auf dem Lande zu finden, wider. Für die erste Hälfte des Jahres 1949 läßt sich feststellen, daß auch nach Aufnahme der Arbeiten am Landarbeiterschutzgesetz wesentliche Impulse zur Veränderung der Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter auf dem Lande selbst von dem Kampf um die Veränderung der Lage der jugendlichen Landarbeiter ausgingen. Auch die Presse und die für den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft verantwortlichen staatlichen Organe in den Ländern beschäftigten sich hauptsächlich mit dem Schutz der Landarbeiterjugend. Neuen Auftrieb und eine Verschiebung der Akzente erfuhr die Bewegung im Herbst 1949 mit den Wahlen zu den örtlichen Leitungen der Gewerkschaft Land und Forst, in deren Mittelpunkt der Kampf um die Einhaltung der Tarifverträge und die Forderung nach dem Landarbeiterschutzgesetz standen.[76]

Auf die Ausarbeitung des Landarbeiterschutzgesetzes wirkte sich darüber hinaus eine Reihe verschiedenartiger Faktoren aus. So verstand es die Arbeiterklasse immer besser, ihre

70 Vgl. ebenda u. 1442, Bl. 24 - 30; 1446, Bl. 107 - 142.
71 Der Vertreter der CDU in diesen Beratungen war Dr. Herwegen, die LDP wurde durch Dr. Hamann vertreten.
72 Vgl. wie Anm. 70 der vorliegenden Arbeit.
73 Vgl. Groschoff, Kurt, Zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, a. a. O., S. 279.
74 Vgl. DZA Potsdam, DVLuF, 1413, Bl. 4 - 6, 12 - 15, 25 - 28 49 - 54; 1405, Bl. 65.
75 Vgl. ebenda; Zentralarchiv der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, 32.
76 Vgl. Land und Forst, 1. Jg. 1949, Nr. 5, 6.

führende Rolle in allen Bereichen des politischen und wirtschaftlichen Lebens wahrzunehmen. Auch die Existenz eines volkseigenen Sektors in der Landwirtschaft und seine Auswirkungen auf die bäuerlichen Betriebe, das Vorbild, das die mit den Tarifverträgen für die MAS und VEG geschaffenen Arbeitsverhältnisse in diesen Betrieben für die gesamte Landwirtschaft entweder bereits boten oder doch in absehbarer Zeit abzugeben versprachen, und die umfangreichen staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft gehörten zu diesen Faktoren. Nicht unwesentlich war außerdem - auf einer anderen Ebene - der Einfluß, den die Diskussion um den Entwurf einer "Verfassung der deutschen demokratischen Republik" auf die Debatte ausübte. Der Zusammenhang mit dem Landarbeiterschutzgesetz ergab sich ebenso aus den allgemeinen Prinzipien des Verfassungsentwurfes wie aus den Abschnitten, die sich speziell mit den sozialen Grundrechten der Werktätigen befaßten. In den Artikeln 15 bis 18 der Verfassung, die mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 in Kraft trat, heißt es unter anderem: "... Die Republik schafft unter maßgeblicher Mitbestimmung der Werktätigen ein einheitliches Arbeitsrecht, eine einheitliche Arbeitsgerichtsbarkeit und einen einheitlichen Arbeitsschutz. Die Arbeitsbedingungen müssen so beschaffen sein, daß die Gesundheit, die kulturellen Ansprüche und das Familienleben der Werktätigen gesichert sind ..."[77] Der Entwurf des Landarbeiterschutzgesetzes, den der damalige Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, wenige Wochen nach der Gründung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-staates der Provisorischen Volkskammer zur Beschlußfassung vorlegte, entsprach den in der Verfassung garantierten Grundrechten insgesamt und in allen seinen Teilen.[78] In den ersten Dezembertagen 1949 stand dieser Entwurf auf der Tagesordnung der Sitzungen der Provisorischen Volkskammer der DDR, er wurde vom Minister für Arbeit und Gesundheitswesen Luitpold Steidle (CDU), der zuvor in der Deutschen Wirtschaftskommission für die Bereiche Landwirtschaft und Arbeit zuständig gewesen war, begründet und kommentiert, von den Sprechern der einzelnen Fraktionen übereinstimmend gebilligt und nach der zweiten Lesung während der 6. Plenartagung der Volkskammer am 8. Dezember 1949 einstimmig angenommen.[79] Am 1. Januar 1950 trat das Gesetz in Kraft.[80]

Das "Gesetz zum Schutz der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten" galt für alle Lohnarbeitskräfte in den volkseigenen und privaten Landwirtschaftsbetrieben. Arbeitsrechtliche Bestimmungen, die nicht mit ihm übereinstimmten, wurden außer Kraft gesetzt. Das Gesetz gliedert sich in zwölf Paragraphen, in denen der Abschluß und die Auflösung von Arbeitsverträgen, die Arbeitszeit und der Urlaub, Grundfragen der Entlohnung, die Verpflichtung, Wohnraum und Naturalien zur Verfügung zu stellen, Fragen des Gesundheitsschutzes und der sozialen Sicherung bei Krankheit geregelt und der Weg zur Schlichtung bei Arbeitsstreitigkeiten sowie das Strafmaß bei Verletzungen des Gesetzes vorgeschrieben waren. Die Arbeitsverhältnisse für jugendliche Landarbeiter waren nicht, wie zunächst geplant, gesondert ausgewiesen, sondern in dem jeweiligen Gesetzesparagraphen berücksichtigt worden. Eine Gesamteinschätzung dazu liegt in der Literatur bereits vor.[81] Auf einige wichtige Festlegungen soll jedoch noch eingegangen werden. Erstens: Die Verpflichtung, schriftliche Arbeitsverträge abzuschließen, enthielten bereits die landwirtschaftlichen Tarifverträge aus

77 Vgl. Verfassung der DDR, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: GBl. der DDR) 1949, Nr. 1, S. 5.

78 Vgl. Archiv der Volkskammer der DDR, Provisorische Volkskammer der DDR, Drucksache Nr. 20.

79 Vgl. Land und Forst, 1. Jg. 1949, Nr. 8, S. 1, 5; vgl. auch Volle Gleichberechtigung der Landarbeiter, Berlin o. J.

80 Vgl. den Gesetzestext in GBl. der DDR 1949, Nr. 16, S. 113.

81 Vgl. Groschoff, Kurt, Zu einigen Fragen des Weges der Landarbeiter, a. a. O., S. 162 f.

den Jahren 1946 und 1949. Auch die - bis zur Verabschiedung des Landarbeiterschutzgesetzes noch gültige - Landarbeitsordnung hatte einen ähnlichen Passus vorgesehen, ließ allerdings die Möglichkeit mündlicher Vereinbarungen offen. In den seltensten Fällen jedoch waren bis 1949 schriftliche Arbeitsverträge in der privaten Landwirtschaft abgeschlossen worden. Nunmehr zum Gesetz erhoben und mit der Verpflichtung verbunden, den Arbeitsvertrag bei der Gewerkschaft Land und Forst registrieren zu lassen, wurde dem Abschluß schriftlicher Arbeitsverträge - der in anderen Wirtschaftszweigen längst gültige Rechtsnorm war - der nötige Nachdruck verliehen und jedes einzelne Arbeitsverhältnis in den Rechtszustand erhoben. Wesentlich für die Einschätzung dieser Bestimmung ist nicht nur, daß den Landarbeitern damit ein ungleich größerer Rechtsschutz gesichert wurde, sondern auch, daß sich die damit klar abgegrenzten Beziehungen - vor allem in der privaten Landwirtschaft zwischen den Bauern und den bei ihnen beschäftigten Arbeitskräften - und die schriftlich fixierten gegenseitigen Verpflichtungen und Ansprüche fördernd auf das Bewußtsein und auf die Sicherheit der Landarbeiter, ihre Ansprüche geltend zu machen, auszuwirken vermochten. Daß die Arbeitsverträge bei der Gewerkschaft Land und Forst registriert werden mußten, rückte überdies die Rolle der Gewerkschaft im Arbeiter-und-Bauern-Staat ins Licht und festigte das Vertrauen der Landarbeiter zu ihrer Klassenorganisation.

Zweitens: Die tägliche Arbeitszeit für jugendliche Landarbeiter war im Landarbeiterschutzgesetz mit 7 Stunden (für 14- bis 16jährige) und 7 1/2 Stunden für 16- bis 18jährige Jugendliche festgelegt. Für Landarbeiter über 18 Jahre betrug die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden. Eingeschlossen in diese Arbeitsstunden war die Zeit zur Pflege und Fütterung des Viehs. Berufsschulstunden galten als Arbeitszeit, sechs Unterrichtsstunden als voller Arbeitstag. Während der Arbeitsspitzen - der Frühjahrsbestellung und der Ernte - konnten auch von Jugendlichen Überstunden verlangt werden, doch - wie auch bei Landarbeitern über 18 Jahre - nicht mehr als 300 Stunden im Jahr. Neu war auch die Bestimmung, eine achtstündige Arbeit an Sonn- und Feiertagen, die sich während der Arbeitsspitzen nicht vermeiden ließ, nicht nur durch tariflich festgelegte Sonderzuschläge, sondern auch durch einen freien Wochentag auszugleichen. Der Jahresurlaub betrug für Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren 21, für 16- bis 18jährige 18 Tage. Im gleichen Sinne waren die Arbeitszeiten bereits in den Tarifverträgen für die VEG festgelegt, gegenüber den Tarifverträgen für die private Landwirtschaft ergaben sich jedoch einige Verbesserungen. Der Acht- (für Jugendliche Sieben- bzw. Siebeneinhalb-)Stundentag war eine der größten Errungenschaften, die für die Landarbeiter auf arbeitsrechtlichem Gebiet erreicht wurde. Bei einer strikten Einhaltung mußte sich diese Regelung nicht nur auf die Arbeitsplanung und -organisation in den Landwirtschaftsbetrieben, sondern in Verbindung mit der Aktivierung des politischen Lebens und der Schaffung von Bildungs- und anderen kulturellen Einrichtungen auf dem Lande, die die Landarbeiter erstmalig voll nutzen konnten, auch auf die Bewußtseinsbildung, auf die Weckung kultureller Bedürfnisse usw. und insgesamt auf die Formung der Persönlichkeit des Landarbeiters auswirken.

Drittens: Die im Paragraphen 4 des Gesetzes zusammengefaßten Grundsätze für die Entlohnung gingen über die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen (gleicher Lohn für gleiche Arbeit) nur insofern hinaus, als sie Festlegungen über einen bei Krankheit zu zahlenden Lohnausgleich enthielten. Hinsichtlich der Lohnhöhe und -formen verweist das Gesetz auf die Tarifverträge. Die Bedeutung dieses Abschnittes liegt - wie auch Groschoff schon hervorhebt[82] - vor allem darin, daß die Tarifverträge damit unter den Schutz des Gesetzes gestellt wurden und ihre Verletzung den Strafbestimmungen des Landarbeiterschutzes unterlag.

Viertens: Mit der Bestimmung, alleinstehenden ständig Beschäftigten müsse ein mit Möbeln ausgestattetes, heizbares Zimmer zur Verfügung gestellt werden, sollten insbeson-

82 Vgl. Groschoff, Kurt, Zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, a. a. O., S. 266f.

dere die zum Teil immer noch menschenunwürdigen Wohnverhältnisse beseitigt werden, von denen viele und vor allem jugendliche Landarbeiter betroffen waren.

Fünftens: Die Strafen bei Verletzung des Gesetzes reichten von einer öffentlichen Verwarnung durch den Bürgermeister bei einem erstmaligen Verstoß bis zu sechsmonatiger Gefängnishaft, einer Geldstrafe bis zu 5 000, -- DM oder beidem zusammen bei mehrmaligen Verstößen.

Das "Gesetz zum Schutz der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten" war eines der ersten Gesetze des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates. Zugleich war es das letzte Gesetz, das spezifische Arbeitsrechtsverhältnisse der Landarbeiter in der DDR regelte. Noch bevor alle seine Bestimmungen allgemeine Rechtspraxis waren, wurde es durch den Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen auf dem Lande überholt. Ein Teil der ehemaligen Landarbeiter fand seinen Platz in der sich formierenden Klasse der Genossenschaftsbauern; die auf den volkseigenen Gütern beschäftigten Landarbeiter nehmen heute gleichberechtigt an der Ausübung der politischen Macht der Arbeiterklasse und an der Leitung der sozialistischen Produktion teil. Sie haben den gleichen Anspruch auf die materiellen und kulturellen Ergebnisse der Produktion und des gesellschaftlichen Fortschritts wie alle Werktätigen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR. Es besteht somit keine Notwendigkeit, ihnen spezifische arbeitsrechtliche Sicherungen zu geben. In der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus jedoch war der Kampf um eine demokratische Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter Bestandteil des Kampfes um die Sicherung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und somit ein Glied in der Kette der Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus.

DEUTSCH-UNGARISCHE AUSSENHANDELSBEZIEHUNGEN IM DIENSTE DER FASCHISTISCHEN AGGRESSIONSPOLITIK 1933 BIS 1944

von János Tihanyi

Die Ideologie der ungarischen Reaktion, die im Anschluß an die Konterrevolution von 1919 das Land überschwemmte, war durch die Ankündigung der ungarischen Suprematie und kulturellen Überlegenheit im Donauraum gekennzeichnet. Im Sinne des sogenannten Sankt-Stephan-Gedankens wurde diese Ideologie historisch verbrämt, mit dem Ziel, revanchistische Emotionen gegen den Vertrag von Trianon zu schüren. Es ist zwar eine Tatsache, daß der Vertrag von Trianon in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutende Veränderungen für Ungarn brachte, Veränderungen, deren Auswirkungen jedoch auch durch eine weitsichtige Wirtschaftspolitik hätten ausgeglichen werden können. Am Ausbau des Systems der Konterrevolution hatten die katholische Kirche und die verschiedenen legalen und illegalen faschistischen Vereinigungen großen Anteil. Ihr Netz umspannte das gesamte ungarische öffentliche Leben. Eine besonders wichtige Rolle aber spielten die rechtsextremistischen Kräfte in den militärischen Organisationen, die jederzeit bereit waren, gestützt auf den internationalen Faschismus, eine totalitäre, faschistische Diktatur zu errichten. Gestützt auf diese Kräfte, brachten die Klassen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten Ungarns eine der damals reaktionärsten Gesellschaftsordnungen in Europa zustande.[1]

Die Stabilisierung der Wirtschaft

Als wichtigsten Bestandteil der politischen Konsolidierung betrachteten die herrschenden Klassen Ungarns die Restauration der kapitalistischen Wirtschaft. Die Niederlage im Kriege hatte einen wirtschaftlichen Zusammenbruch nach sich gezogen. Die Inflation nahm katastrophale Ausmaße an. Aus Klassenrücksichten war die Regierung nicht bereit, innere Mittel (zum Beispiel Besteuerung der großen Vermögen) als Abhilfe einzusetzen. Sie beschränkte sich vielmehr auf die Aufnahme ausländischer Kredite. Durch Intervention Großbritanniens bekam Ungarn 1924 einen größeren Völkerbund-Kredit zu einem jährlichen Zinssatz von 7,5 Prozent. Der die Anwendung des Kredites kontrollierende amerikanische Generalkommissar besaß uneingeschränktes Kontrollrecht über die Finanz- und Wirtschaftspolitik des ungarischen Staates. Von dem Kredit von rund 307,5 Millionen Pengő wurden nur 77,6 Millionen für die Sanierung des Haushaltes ausgegeben. Mit dem Rest wurden die sonstigen Ausgaben des korrupten Bethlen-Regimes gedeckt. Aus diesen Summen stammten verschiedene Luxusbauten, zum Beispiel das Grand Hotel in Lillafüred.[2]

1 Vgl. Magyarország története (Geschichte von Ungarn), u. d. Red. v. Erik Molnár, Ervin Pamlényi, György Székely, Bd. 2, Budapest 1964, S. 361 - 463.

2 Die ungarische Regierung beschloß im Jahre 1929, von einem Teil des Völkerbund-Darlehens einen Luftkurort in Lillafüred (Nordungarn) einzurichten. (Vgl. Parlamenti Könyvtár, A képviselőház ülésének jegyzőkönyvei, a parlament 1929. majus 17. -, 295. ülé-

Die vorübergehende Stabilisierung der kapitalistischen Welt in der Mitte der zwanziger Jahre blieb natürlich auch für Ungarn nicht ohne gewisse Auswirkungen. Die Entwicklung der Industrie beschleunigte sich, obwohl in einigen Industriezweigen kein Fortschritt, verglichen mit der Vorkriegsperiode, zu beobachten war. Die zuvor auf den Markt der österreich-ungarischen Monarchie eingestellte ungarische Lebensmittelindustrie konnte ihre Kapazitäten nicht völlig auslasten, da die Aufnahmefähigkeit des neuen ungarischen Binnenmarktes beschränkt war. Die Lage der Schwerindustrie war durch den Mangel an größeren Investitionen ungünstig. Die Steigerung der Gesamtproduktion der Industrie war allein auf die rasche Entwicklung der Leichtindustrie zurückzuführen. Aber auch hier gab es Disproportionen; denn als Folge der Wirtschaftspolitik der österreich-ungarischen Monarchie fehlte in Ungarn die Textil-, Papier- und Lederindustrie. In der Landwirtschaft zeigten sich nur sehr geringe Anzeichen der Konjunktur. Der ungarische Großbesitz, der früher einen durch die Monarchie geschützten Markt hatte, sah sich nun einer scharfen internationalen Konkurrenz auf dem Weltmarkt gegenüber. In vollem Ausmaß zeigten sich hier die Schattenseiten des "preußischen Weges" der Agrarentwicklung. Die Agrarstruktur des konterrevolutionären Ungarns verlagerte sich gegenüber dem Vorkriegsstaat infolge der Gebietsveränderungen noch mehr zugunsten des Großgrundbesitzes. Das Bauerntum und das Agrarproletariat, die zusammen 95,6 Prozent der Landesbevölkerung ausmachten, verfügten nur über 37 Prozent der Bodenfläche! Die finanzielle Lage des Landes war durch eine Flut von Krediten gekennzeichnet. So geriet Ungarn allmählich immer stärker in die Abhängigkeit ausländischer Gläubiger.

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre traten außenpolitische Probleme in den Vordergrund. Eine Grundlinie der ungarischen Außenpolitik war die antisowjetische Haltung des Horthy-Regimes. Eine andere außenpolitische Zielsetzung des konterrevolutionären Systems war die Wiederherstellung von "Groß-Ungarn", die Schaffung der Möglichkeit für eine Gebietsrevision. Deshalb sah die Regierung Bethlen in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre in der außenpolitischen Begründung der Revisionspläne, die die Substanz des Systems der Konterrevolution bildeten, eine wichtige Aufgabe.

Im April 1927 kam der italienisch-ungarische "ewige Freundschaftspakt" zustande. In einer Rede vom März 1928 deklarierte der damalige Ministerpräsident, der konservative, eng mit dem Großgrundeigentum liierte Stephan Bethlen, schon ganz offen sein revisionistisches Regierungsprogramm: "Was wir brauchen, sind andere Grenzen."[3] Zugleich betrieb Bethlen mit großer Energie die Herstellung enger Beziehungen zu Deutschland.

In den Jahren zwischen 1924 und 1926, die in vielen europäischen Ländern durch bürgerlich-demokratische Herrschaftsmethoden gekennzeichnet waren, versuchte die ungarische bourgeois-liberale Gruppe, die zur Regierung Bethlen in Opposition stand, die Regierung zu stürzen. Dabei diente ihr die sogenannte Francfälscheraffäre als Vorwand.[4] Dieser Versuch blieb jedoch ohne Erfolg. Nach 1927 konnten die rechtsgesinnten Kreise jedoch ihren Einfluß weiter verstärken.

se, Reisinger képviselő [SDP] beszéde és Gr. Bethlen miniszterelnök válasza [Parlamentsbibliothek Budapest, Sitzungsprotokolle des Abgeordnetenhauses, 295. Sitzung des Parlaments am 17. Mai 1929, Rede des Abgeordneten Reisinger [SDP] und Antwort des Ministerpräsidenten Graf Bethlen].)

3 Magyarország története, a. a. O., S. 366.

4 1926 wurde in Amsterdam entdeckt, daß gefälschte französische Francs in Umlauf gebracht worden waren. Während der Untersuchungen stellte sich heraus, daß man die gefälschten Gelder in Ungarn und dort mit Wissen der Regierung hergestellt hatte. Obwohl dadurch die Position Bethlens ins Schwanken geriet, konnte er schließlich dennoch, von außen durch Großbritannien und Italien und von innen durch die herrschenden Klassen gestützt, in seinem Amt verbleiben.

Die im Oktober 1929 ausbrechende Weltwirtschaftskrise wirkte sich bald auch auf die ungarische Wirtschaftslage aus. Die Industriekrise stand in enger Verflechtung mit einer Agrarkrise sowie mit der 1931 ausbrechenden Finanz- und Kreditkrise. Die Industrieproduktion erreichte 1932 ihren Tiefpunkt, der um 24 Prozent unter dem Höhepunkt von 1929 lag. Der Verbrauch der Bevölkerung sank rapid, die Lage der Landwirtschaft war geradezu katastrophal. Da die Exportmöglichkeiten gering waren, häuften sich unabsehbar Landwirtschaftsprodukte. Ungarn war mit einem Schlag ein "billiges" Land geworden. Ausländische Touristen konnten zu niedrigsten Preisen bei Inanspruchnahme ganz geringer Valutabeträge nach Ungarn reisen. Unmittelbare Ursache der 1931 ausgebrochenen Finanz- und Kreditkrise war, daß die ausländischen Gläubiger die überwiegend kurzfristigen Kredite im Werte von etwa 4,3 Milliarden Pengő gekündigt hatten. Als Folge der Rückzahlungen erschöpften sich bald die Valutareserven des Landes. Die Finanzbasis der Ungarischen Nationalbank war stark erschüttert, und die Ungarische Allgemeine Kreditbank geriet an den Rand eines Bankrotts. Unter solchen Umständen wurde im Sommer 1931 die Devisenzwangsbewirtschaftung eingeführt. Während Großgrundeigentümern und Großkapitalisten staatliche Unterstützung gegeben wurde, mußten die werktätigen Massen die Hauptlast der Krise tragen.

Die Lage der Arbeiterklasse war besonders durch Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Am 1. September 1930 organisierte die Kommunistische Partei Ungarns (KMP) eine Massendemonstration, die die bedeutendste revolutionäre Aktion in der Periode der Konterrevolution war. Die herrschenden Klassen antworteten mit verstärktem Terror. Im September 1931 wurde das Standrecht über das ganze Land verhängt, und im Sommer 1932 wurden nach standrechtlichen Verfahren zwei Leiter der Kommunistischen Partei, Emmerich Sallai und Alexander Fürst, hingerichtet. Wie in Deutschland scheiterte die Aktionseinheit der ungarischen Arbeiterbewegung an der revisionistischen Grundhaltung der Führung der ungarischen sozialdemokratischen Partei.

Aber auch innerhalb der herrschenden Klassen bestanden starke Gegensätze, wobei besonders die sogenannte Agrargruppe der Regierungspartei oppositionell hervortrat. Schließlich trat die Regierung am 18. August 1931 zurück. Neuer Ministerpräsident wurde Graf Julius Károlyi, der über ein Landgut von 25 000 Katastraljoch[5] verfügte. Doch auch die neue Regierung war trotz verschärften innenpolitischen Terrors nicht in der Lage, die sozialen Spannungen zu mindern und die Gegensätze innerhalb der herrschenden Klassen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise zu überbrücken.

Weitere Verschiebung nach rechts und verstärkte Orientierung auf Deutschland

Am 1. Oktober 1932 wurde Julius Gömbös von Horthy Ministerpräsident. Mit der Wirtschaftspolitik der Regierung Károlyi unzufriedene Großgrundbesitzer und militärische Kreise brachten ihn an die Macht. Er genoß das Vertrauen besonders der Militärs. Gömbös war eine der charakteristischen Figuren des politischen Lebens der konterrevolutionären Periode. Nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten leitete er durch Rundfunk und Presse eine umfangreiche Propagandakampagne für einen "Nationalen Arbeitsplan" ein, der eine Vielzahl von Versprechungen enthielt, die geeignet erschienen, seine totalitären, faschistischen Ziele zu verschleiern. Im Interesse der Herstellung eines faschistischen Regimes sollte nach italienischem und deutschem Muster die alte Regierungspartei zu einer faschistischen Massenpartei umgewandelt werden. Daher wurden die verschiedenen geheimen und legalen fa-

5 Ein Katastraljoch = 0,5755 Hektar.

schistischen und nationalistischen Organisationen in einem sogenannten Verband der Gesellschaftlichen Vereinigungen (Társadalmi Egyesületek Szövetsége = TESZ) zusammengefaßt. Die Führer der Regierungspartei bemächtigten sich auch der einzelnen Bereiche des Staatsapparates. Das faschistisch eingestellte Offizierskorps der Armee, die konterrevolutionären Kreise um Gömbös, spielten eine immer wichtigere Rolle.

Gömbös nahm die Beziehungen zu Hitler schon am 1. Februar 1933 auf. Am 18. Juni 1933 stattete er als erster ausländischer Staatsmann Hitler einen Besuch ab. Die hierbei geführten Verhandlungen spielten eine außerordentlich große Rolle in der Verstärkung des Bündnisses zwischen dem deutschen Faschismus und Ungarn. Auf dieser Basis wurden auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern enger, was im Jahre 1934 auch in einer entsprechenden vertraglichen Fixierung zum Ausdruck kam.

Die Intensivierung der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen war stark mit den reaktionären und aggressiven Zielsetzungen der herrschenden Klassen Ungarns verflochten. Reichsverweser Horthy und Hitler standen seit Anfang Januar 1935 in geheimem persönlichem Kontakt.[6]

Deutschland spielte zwar schon früher eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben Ungarns. Die Politik der ungarischen herrschenden Klassen nach der faschistischen Machtergreifung in Deutschland führte Ungarn jedoch in eine gleichermaßen politische wie wirtschaftliche Abhängigkeit von Nazi-Deutschland und forcierte eine verschärfte Ausplünderung der ungarischen Wirtschaft für die Aggressionspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus.

Tabelle 1

Deutschlands Anteil am ungarischen Außenhandel+

Jahr	Einfuhr aus Deutschland in %	Ausfuhr nach Deutschland in %
1934	18,3	11,2
1935	22,7	22,2
1936	26,0	23,9
1937	25,9	24,1
1938	30,1	27,4
1939	48,4	50,4
1940	52,9	48,7
1941	58,1	59,9
1942	51,1	54,9
1943	53,4	60,3
1944	70,3	73,6

+ Angaben nach: Buzás, József/Nagy, András, Magyarország külkereskedelme 1919 - 1945 (Ungarns Außenhandel 1919 - 1945), Budapest 1961, S. 120 Anm.

Aufgrund besonderer Vereinbarungen verdoppelte sich zwischen 1933 und 1934, also innerhalb eines Jahres, der Anteil Deutschlands am Import der ungarischen Ausfuhr. Auch wenn man berücksichtigt, daß im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise Deutschlands Po-

6 Vgl. Magyarország története, a. a. O., S. 361 ff.

sition im ungarischen Außenhandel 1933 einen Tiefpunkt erreicht hatte, ist die steil ansteigende Tendenz unverkennbar. Im Jahre 1935 nahm Deutschland sowohl in der Ausfuhr als auch in der Einfuhr die erste Stelle ein und behauptete diesen Platz bis zum Ende des Krieges mit immer größerem Vorsprung.

Die herrschenden Kreise Ungarns, die schon seit 1919 in Deutschland einen potentiellen Verbündeten bei der Durchsetzung ihrer Gebietsforderungen gesehen hatten, forcierten nach der faschistischen Eskalation des deutschen Imperialismus ihre revanchistischen Pläne. Mit wirtschaftlichen Zugeständnissen an Deutschland suchten sie sich das Wohlwollen der faschistischen Machthaber zu erkaufen. Am Ende gerieten sie dadurch immer stärker in ein Vasallenverhältnis: Der wirtschaftlichen folgte die politische Auslieferung des eigenen Landes und Volkes an Nazi-Deutschland.

Die Struktur der ungarischen Ausfuhr war sehr einseitig: Der Anteil der landwirtschaftlichen Produkte an der Gesamtausfuhr belief sich schon im Jahre 1933 auf 80,3 Prozent, und 1934 betrug er 85,8 Prozent.[7] Laut eines vertraulichen Protokolls vom 6. Juli 1937 verpflichtete sich Ungarn, der nazistischen deutschen Regierung jährlich bis zum 30. November die endgültigen Zahlen des Getreideüberschusses mitzuteilen, aufgrund derer Deutschland Getreidelieferungen anfordern konnte.[8]

Die Autoren Buzás und Nagy stellten in dem umfassenden Werk "Ungarns Außenhandel 1919 bis 1945" fest: "Das einseitig, nur für Deutschland günstige Kompensationssystem und die ebenfalls nicht gleichberechtigten Vereinbarungen spielten eine wichtige Rolle derart, daß Ungarn ein wirtschaftliches Anhängsel Hitler-Deutschlands geworden war.[9] Aufgrund der Vereinbarungen wurden die wertvollsten ungarischen Rohmaterialien nach Deutschland geliefert. Im Interesse der Vorbereitungen der faschistischen Kriegspläne wurde die ungarische Wirtschaft preisgegeben. Unter solchen Umständen verschuldete sich Deutschland allmählich gegenüber Ungarn. Der Aktivsaldo der Handelsbilanz Ungarns betrug in den Jahren 1936/37 mehr als 37,5 Millionen Pengő, und damit wurde das ständig wachsende Markguthaben zum wichtigsten Problem des deutsch-ungarischen Warenaustausches."[10]

Es ist wichtig zu bemerken, daß das am 2. Juni 1933 unterzeichnete Protokoll ein kompliziertes Verrechnungssystem festlegte. Am 27. März 1934 traten eine neue deutsch-ungarische Clearing-Vereinbarung und ein neues Verrechnungssystem in Kraft. Unter einem "Sonderexport-Konto" wurden diejenigen Artikel verbucht, für die Ungarn keine Exportunterstützung zahlte; das "Kompensations-Konto" umfaßte diejenigen Artikel, für die ein solcher Zuschlag gewährt wurde. 10 Prozent der auf die beiden Konten eingezahlten Beträge wurden

7 Angaben nach: Buzás, József/Nagy, András, Magyarország külkereskedelme 1919 - 1945 (Ungarns Außenhandel 1919 - 1945), Budapest 1961, S. 119.

8 Vgl. ebenda, S. 120.

9 Der Devisenbewirtschaftung entsprechend, führte die Ungarische Nationalbank (MNB) im Nov./Dez. 1935 ein einheitliches Zuschlagssystem ein. Für die Reichsmark (und Lira) legte die Bank keinen offiziellen Zuschlag fest. Die Höhe des Zuschlages unterlag der freien Vereinbarung der Exporteure und Importeure (dem sogenannten "Privatkompensationssystem"). Diese Tatsache begünstigte die Expansion des deutschen Monopolkapitals. Es war günstiger, Fertigwaren aus Deutschland zu beschaffen als aus westeuropäischen Ländern, auf deren Valuta ein hoher Zuschlag lag. Der Exporteur, der Waren nach Deutschland lieferte, konnte seine Valuta gegen den üblichen Zuschlag über eine Bank jedem verkaufen, der eine Bewilligung der Nationalbank bekam. Dazu ist zu bemerken, daß das deutsche Industriekapital den deutschen landwirtschaftlichen Import materiell unterstützte und diese Unterstützung selbstverständlich in seine Ausfuhrpreise einkalkulierte. Alles in allem: Das Zuschlagssystem war ein Teil der Wirtschaftspolitik, die die ungarische Regierung im Interesse der Beziehungen mit Nazi-Deutschland betrieb.

10 Buzás, József/Nagy, András, a. a. O., S. 121.

auf ein bei der Deutschen Reichsbank geführtes Extrakonto - "Reichsbank-Konto Ordinario" - umgebucht. Es bestand aus zwei Teilen: a) "beschränkt freie Quote" für Ungarn, um Transitwaren über Deutschland kaufen zu können; b) "unbeschränkt freie Quote" für Käufe in freien Devisen. Die letztgenannte Quote für Ungarn wurde jedoch nach einem Jahr gestrichen. Dieses Clearing-Verrechnungssystem zeigt deutlich, daß Deutschland systematisch ein nur von deutschen Interessen diktiertes handelspolitisches System gegenüber Ungarn aufrechterhalten hat. Auf dieser Basis konnte Deutschland den deutsch-ungarischen Warenaustausch beträchtlich und einseitig zum eigenen Vorteil erhöhen.

Im Jahre 1936 betonte Göring gegenüber Ministerpräsident Darányi während seiner Budapester Verhandlungen, daß er mit dem Volumen der landwirtschaftlichen Lieferungen aus Ungarn nicht zufrieden sei.[11] Nach Görings Besuch wurde am 27. November 1936 vereinbart, gegen deutsche Kriegsmaterialien ungarische Landwirtschaftsprodukte im Werte von 8 Millionen Reichsmark zu liefern. Der ungarische Gesandte in Berlin, Sztójay, berichtete schon am 26. November 1936 an Außenminister Kánya, daß Göring enttäuscht sei. Dieser, als Beauftragter des Vierjahresplanes, habe mit Lieferungen im Werte von 20 bis 25 Millionen Reichsmark, darunter besonders Weizen und Mehl, gerechnet.[12]

Im Juni 1937 traf Finanzminister Schacht und im Oktober 1938 Wirtschaftsminister Funk in Budapest ein. Damit begann die direkte Einbeziehung Ungarns in die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus.

Für die Wirtschaftspolitik Deutschlands gegenüber Ungarn ist ein geheimes deutsches diplomatisches Dokument vom 18. November 1937, das nach der Eroberung Berlins in die Hände sowjetischer Truppen gelangte, recht aufschlußreich. Darin heißt es: "Über unsere Handelspolitik gegenüber Ungarn ist im allgemeinen folgendes festzustellen: Die deutsche Handelspolitik strebte seit 1933 planmäßig nach Festigung und Erweiterung der vorhandenen Wirtschaftsbeziehungen mit Ungarn und den anderen Donau-Ländern, um einerseits auf diese Weise den wegen Devisenschwierigkeiten eingetretenen Verlust an seinen überseeischen Rohstoffquellen ersetzen zu können, andererseits durch die wirtschaftliche Annäherung die Donau-Länder stärker an sich zu binden und möglicherweise die vorhandene politische Spannung zu beseitigen. In Deutschland und in Ungarn sind besonders günstige Voraussetzungen für eine derartige Wirtschaftspolitik gegeben, da die beiden Länder hinsichtlich der Produktion und des Absatzes einander wirtschaftlich ergänzen. Die ungarische Landwirtschaft ist in der Lage, einen bedeutenden Teil des deutschen Lebensmittelbedarfes gegen die Lieferung von Industriegütern zu befriedigen. Wir können also unsere Wirtschaftspolitik gegenüber Ungarn als erfolgreich betrachten ... Die deutsche Regierung hielt für das geeignetste Mittel der obengenannten Wirtschaftspolitik die mit den einzelnen Donau-Ländern geschlossenen zweiseitigen geheimen und begünstigenden Verträge."[13]

Ein anderes Beispiel für diese Politik aus den Kriegsjahren: Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, Berlin (MWT), organisierte in der Zeit vom 6. Juli bis zum 21. Juli 1942 für seine Mitglieder eine Reise nach Ungarn, Bulgarien und Rumänien zur "Besichtigung landwirtschaftlicher Güter und Prüfung der Ernteverhältnisse bei gleichzeitiger Fühlungnahme mit dem Landwirtschaftlichen Beirat der Ungarischen Gruppe des MWT."[14]

11 Vgl. ebenda, S. 123.

12 Országos Levéltár, küm. gazd. pol., német dosszié, bb. sz. (Ungarisches Landesarchiv, Außenministerium, Wirtschaftspol. 1937, Deutscher Dossier, Nr. 66); vgl. dazu auch Buzás, József/Nagy, András, a. a. O., S. 123.

13 A németek magyarországi politikája titkos német diplomáciai okmányokban 1937 - 1942 (Die deutsche Ungarn-Politik in geheimen deutschen diplomatischen Akten 1937 - 1942), Budapest 1950, S. 15 - 17, zit. nach Buzás, József/Nagy, András, a. a. O., S. 124 f.

14 Reisebericht Ungarn, Bulgarien und Rumänien in der Zeit vom 6. Juli bis Dienstag, den

Ungarische Fachleute hatten die Gruppe bereits über eine inzwischen in Ungarn eingetretene ernste Versorgungslage informiert. Die täglichen Brotrationen hatten auf 150 Gramm herabgesetzt werden müssen, um den Anschluß an die neue Ernte zu erreichen. Auch die Fleischversorgung der Zivilbevölkerung war erheblich schlechter geworden. Aber die von der MWT-Gruppe geäußerte Meinung lautete: "Es hapert hierbei wohl stärker an der Verteilung als an den tatsächlich vorhandenen Mengen. In den Hotels und Restaurants in Budapest, aber auch auf dem Lande, ist die Verpflegung, nach deutschem Maßstab gerechnet, noch sehr reichhaltig und abwechslungsreich."[15] Über die Ernährungslage und Ernteaussichten bemerkte die Delegation, daß Ungarn früher über einen Überschuß an Getreide verfügt habe. Mit dem Gebietszuwachs von 47 Prozent sei die Zahl der Bevölkerung auf 13,7 Millionen, aber die Ackerbaufläche nur um etwa 40 Prozent gestiegen. Nach der Aufzählung verschiedener weiterer Gründe mußte die Gruppe die ungarischen Angaben bestätigen, "... daß für Neu-Ungarn (ohne Batschka) bei schwächeren Ernten kein Ausfuhrüberschuß an Getreide vorhanden ist."[16] Die Delegation besuchte vor allem Bellye, das Gut von Erzherzog Albrecht (35 000 Hektar).[17] Der Erzherzog beteiligte sich an dieser Besichtigungsfahrt persönlich und zeigte einen Teil seines Grundbesitzes und seiner Pflanzenzuchtstation. Die Delegation berichtete nach der Rückkehr, daß die Versuchsstation "zweifellos im Laufe der Jahre mit ihren Arbeiten auch für Deutschland sehr interessant werden" könne.[18]

Die Delegation beendete ihren Bericht über Ungarn wie folgt: "Die diesjährige Ernte auf der Herrschaft Bellye wird gleichfalls wie in den übrigen Teilen Ungarns durch die starken Niederschläge, Überschwemmungen und verspäteten Bestellungsarbeiten nennenswert hinter den Erträgen früherer Jahre zurückbleiben. Aber auch diesmal ist der Stand von Mais, Sonnenblumen, Soja und Wein erfolgversprechend."[19]

Horthy selbst bemerkte in einem am 7. Mai 1943 an Hitler gerichteten Brief: "... in Ungarn mußte die Brotration auf 160 Gramm herabgesetzt werden gegenüber der deutschen von 250 Gramm."[20] Und am 6. Juni 1944 schrieb Horthy an Hitler: "... dieses arme Rumpfungarn, dieses ausgeraubte Land, gab alles, was es geben konnte, mit Freude, nicht einmal gegen Gold und Schweizer Franken wie die anderen, sondern auf Kredit für deutsche Mark, ohne dafür Waren zu bekommen. Unsere Kriegsindustrie arbeitet überwiegend für Deutschland."[21]

Für die Ausplünderung Ungarns durch das faschistische Deutschland sind die einzelnen Etappen der Aufwertung der Mark kennzeichnend. Das ursprüngliche Clearing-Verrechnungsverhältnis betrug 1934: 100,- Pengő = 73,42 Reichsmark bzw. 100,- Reichsmark = 136,20 Pengő. Im Jahre 1935 erfolgte ein Zuschlag zur Reichsmark von 18 bis 19 Prozent. Im Juni 1940 wurde der Zuschlag auf 21 bis 21,5 Prozent erhöht. Zugleich wurden die Zuschläge der konvertiblen Valuta heruntergesetzt. Im September 1941 wurden die Zuschläge der freien Devisen (und der Lira) auf das Niveau der Mark herabgesetzt. Das bedeutete praktisch einen Markzuschlag von 20,25 bis 23,25 Prozent. Die freien Devisenländer verloren ihre B deu-

21. 7. 1942, an die Mitglieder des MWT, hg. v. Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Berlin W 5, Hildebrandstraße 17, 1942 (vorhanden in der Deutschen Bücherei, Leipzig).

15 Ebenda.

16 Ebenda.

17 Ebenda.

18 Ebenda.

19 Ebenda.

20 Zit. nach Horthy Miklós titkos iratai (Die geheimen Schriften von Nikolaus Horthy), zum Druck vorber., mit Erläuter. u. Notizen versehen v. Miklós Szinai u. László Szücz, Budapest 1962, S. 395; vgl. auch Horthy, Miklós, Emlékeim (Meine Memoiren), Buenos Aires 1953.

21 Zit. nach Horthy Miklós titkos iratai, a. a. O., S. 395.

tung im ungarischen Außenhandel. Diese Maßnahmen bildeten einen wichtigen Teil der deutschen Devisenpolitik vor und während der Kriegszeit.

Der Clearing-Saldo zeigte mit 49,1 Millionen Reichsmark schon zum Zeitpunkt des Kriegsausbruches eine beträchtliche deutsche Verschuldung gegenüber Ungarn. Zum Vergleich: Deutschlands Clearing-Schulden betrugen gegenüber

Jugoslawien und Italien	je 13,1 Millionen Reichsmark
Holland und Griechenland	je 23,0 Millionen Reichsmark
Schweiz	28,3 Millionen Reichsmark.

Ungarn war also der Hauptgläubiger Deutschlands.[22]

Diese Feststellung wird durch die folgende Übersicht noch erhärtet:

Tabelle 2

Der Wert und der Saldo des deutsch-ungarischen Außenhandelsumsatzes+
(in 1 000 Pengő)

Jahr	Einfuhr nach Ungarn	Ausfuhr nach Deutschland	Saldo
1938	170 816	238 755	+ 67 939
1939	236 932	304 251	+ 67 319
1940	316 254	248 960	- 67 294
1941	429 453	474 949	+ 45 496
1942	478 087	627 817	+ 149 730
1943	612 372	776 569	+ 164 197
1944	568 300	697 167	+ 128 867

+ Angaben nach: Buzás, József/Nagy, András, Magyarország külkereskedelme 1919 - 1945 (Ungarns Außenhandel 1919 - 1945), Budapest 1961, S. 231.

Bei Verhandlungen über einen Saldenausgleich und über die inländische Finanzierung des Handelsverkehrs betonte der deutsche Verhandlungspartner Clodius, daß die Devisenkompensation für die Jahre 1942/43 vermutlich 700 Millionen Reichsmark (zusammen mit dem Zuschlag mehr als 1 100 Millionen Pengő) ungarisches Aktivum betragen werde. Er forderte eine weitere Inanspruchnahme des ungarischen Staatshaushaltes und der ungarischen Kreditanstalten. Das aber hieß, ungedeckte Banknoten in Umlauf zu bringen.[23]

Die Jahresbilanzen der Ungarischen Nationalbank zeigen deutlich die Entwicklung und die Ursachen der Inflation (vgl. Tabelle 3).

22 Angaben nach: Országos Levéltár, küm. gazd. pol. D. 68, cs. 9/213, Miniszterelnökség Gazdaságtanulmányi osztálya, Nemetország hadigazdasaga, 2. 4. 1940 (Ungarisches Landesarchiv, Außenministerium, Wirtschaftspol. Dossier 68, Faszikel 9/213, Wirtschaftsforschungsabteilung der Ministerpräsidialkanzlei, Deutschlands Kriegswirtschaft, 2. 4. 1940), zit. in Buzás, József/Nagy, András, a. a. O., S. 228.

23 Der Gesandte Clodius war einer der erfahrensten Spezialisten für südosteuropäische Fragen im Auswärtigen Amt und ständiger Verhandlungspartner Ungarns in Wirtschafts- bzw. Außenhandelsfragen.

Tabelle 3

Der Anteil der deutschen Schulden am Zuwachs der Banknoten+

Jahr	Zuwachs an Banknoten	Steigerung der Deutschland gewährten Kredite	Anteil der deutschen Schulden am Zuwachs der Banknoten
	jährl. in Mill. Pengő		in %
1941	598	140	23
1942	974	366	37
1943	1 433	529	37
1944	7 789	2 729	35

+ Országos Levéltár, küm. gazd. pol. D. 68, cs. 9/147, 9/136, zit. bei Buzás, József/ Nagy, András, Magyarország külkereskedelme 1919 - 1945 (Ungarns Außenhandel 1919 - 1945), Budapest 1961, S. 316.

Im Sommer 1944 machte die gesamte Clearing-Schuld Deutschlands 28 Milliarden Reichsmark aus. Von diesem Betrag entfielen allein auf Ungarn 3,7 Milliarden (umgerechnet auf Pengő vom Jahre 1938 = 1,2 Milliarden Pengő). Das waren etwa 30 Prozent des jährlichen Nationaleinkommens von Ungarn.

Laut Bericht der Generalversammlung der Ungarischen Nationalbank von 1947 betrug Ungarns Guthaben Ende des Krieges 1 057 Millionen Reichsmark = 1 764 Millionen Pengő. Dazu kam noch eine ohne Gegenleistung gebliebene Ausgabe von 2 Milliarden Pengő (Kosten der deutschen Besatzungstruppen in Ungarn). Die deutsche Schuld von insgesamt 3 764 Millionen Pengő machte ein Drittel des Zuwachses an Banknoten von 1938 bis Ende 1944 aus. Der Banknotenumsatz stieg 1944 im Vergleich zu 1938 auf das Vierzehnfache (in der gleichen Zeit stieg er auf das Sechsfache in Deutschland und auf das Sechseinhalbfache in Japan).

Die Statistiken von 1946 schätzten die Kriegsschäden Ungarns auf etwa 22 Milliarden Pengő. Etwa 22 Prozent der Schäden (2 Milliarden Pengő), die die Industrie erlitten hatte, waren durch die Nazis und die Pfeilkreuzler verursacht worden, teils durch Zerstörungen, teils durch Auslieferungen. Die Schäden der Landwirtschaft wurden auf 3,7 Milliarden Pengő geschätzt. Die größten Verluste hatte der Viehbestand mit etwa 1,5 Milliarden Pengő erlitten. Die Schäden des Transportwesens betrugen 3,7 Milliarden Pengő; von 68 000 Fahrzeugen der Ungarischen Staatsbahn waren 48 000 nach Deutschland verschleppt worden.

Diese wirtschaftlichen Verluste waren das Ergebnis der Bündnispolitik der ungarischen Reaktion mit dem aggressiven faschistischen deutschen Imperialismus und dessen Unterstützung durch Horthy-Ungarn.

DER WIRTSCHAFTSBERATER DER DEUTSCHEN GESANDTSCHAFT IN BRATISLAVA - EIN VERTRETER DER INTERESSEN DEUTSCHER KONZERNE IM SYSTEM DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS

von Hans Radandt

Die Zerschlagung der Tschechoslowakei in den Jahren 1938 und 1939 bildete einen der wichtigsten Ausgangspunkte zur faschistischen "Neuordnung Europas". Der deutsche Imperialismus und seine faschistische Staatsführung schufen sich so eine "Grundlage für die Eroberung Polens"[1], Voraussetzungen für die Aggression im Westen, Durchfahrtstraßen für die Okkupationen in Südosteuropa und eine der Aufmarschbasen gegen die Sowjetunion.[2] Von großer Bedeutung für die faschistische Kriegführung waren auch die Arbeitskraft- und Rohstoffreserven der Tschechoslowakei und vor allem die tschechoslowakische Großindustrie, deren sich die deutschen Konzerne zu einem großen Teil bemächtigten.

Um sich den Anschein zu geben, der deutsche Faschismus würde in Europa für die nationale Selbständigkeit kleiner Völker eintreten, begünstigte die Hitler-Regierung das Entstehen des slowakischen Staates, der am 14. März 1939 konstituiert wurde. Des jahrhundertelang unterdrückten slowakischen Volkes Streben nach Befreiung von nationaler Unterdrückung und Diskriminierung wurde vom Faschismus ausgenutzt, um sich einen kleinen verbündeten Vasallen zu schaffen, der nur auf den Gebieten und zu jenen Zeiten "Selbständigkeit" haben und zeigen durfte, wo und wann es dem deutschen Imperialismus gefiel.

In der erst anderthalb Jahre nach der slowakischen Staatsgründung erfolgten Einsetzung eines "Beraters für Wirtschafts- und Finanzfragen"[3] seitens des Deutschen Reiches für das slowakische Wirtschaftsministerium kommt zum Ausdruck, daß die bis dahin geübte Praxis der Unterordnung des slowakischen Staates unter die Oberherrschaft des Deutschen Reiches auf Grund des deutsch-slowakischen "Schutzvertrages" für die faschistischen Machthaber nur der Beginn eines Prozesses war, dessen Vervollkommnung bereits frühzeitig vorbereitet wurde. Auf die Hintergründe hierfür weist Dress hin: "Am 1. Dezember 1939 erließ Ribbentrop auf Anregung Karmasins, des damaligen faschistischen Führers der sogen. deutschen Volksgruppe und Staatssekretärs in der Slowakischen Regierung, der sich über das Anwachsen 'kommunistischer, tschechischer und anderer antideutscher Einflüsse' in der Slowakei beschwert hatte, weitere Richtlinien, die eine vollkommenere Kontrolle über die slowakische Wirtschaft und Verwaltung als bisher gewährleisten sollten. Kern dieser Richtlinien war die Forderung, 'in weitere slowakische Verwaltungszweige und Wirtschaftsstellen deutsche Berater hereinzubringen'. Bei der Verwirklichung dieser Forderung sollte der

1 Hitler in einer Besprechung der Oberbefehlshaber am 23. November 1939. Abgedruckt bei Jacobsen, Hans-Adolf, 1939 - 1945. Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, 5. Aufl. Darmstadt 1961, S. 134.

2 Dress, Hans, Die Stellung des sogen. Slowakischen Staates im Rahmen der faschistischen Neuordnung Europas 1939 - 1945, Phil. Diss. Berlin 1967, S. 24, 330 ff.

3 Zur Einrichtung der Berater vgl. ebenda, S. 144 ff.

deutsche Gesandte in Bratislava, Bernard, zunächst 'behutsam unter Schonung slowakischer Empfindlichkeiten' vorgehen und am besten die Sache so arrangieren, 'daß die Anforderungen von slowakischer Seite erfolgen'."[4]

Die von Karmasin Ribbentrop gegenüber genannten politischen Fragen mögen eine gewisse Rolle gespielt haben als Anlaß zur Verwirklichung des Wunsches, die slowakische Wirtschaft stärker für die faschistische Kriegswirtschaft nutzbar zu machen. Das war zwar in der Tendenz durch die deutsch-slowakischen Regierungsverhandlungen bereits gesichert, sollte aber durch das Beratersystem, das vielfältige Einflußnahme auf die Einzelentscheidungen ermöglichte, beschleunigt werden.

Die Wirtschaft der Slowakei war innerhalb des früheren Österreich-Ungarn und der ehemaligen Tschechoslowakei wenig entwickelt worden. Nicht nur die Wirtschaft im allgemeinen mit ihren Produktionsmitteln und Produktionserfahrungen, sondern mit ihr auch die in ihr leitend tätigen Kräfte bis hinauf zu den im neugeschaffenen Wirtschaftsministerium Beschäftigten befanden sich, insgesamt gesehen, auf einem Niveau, das unter dem damaligen "reichsdeutschen" lag. Den Reichsbehörden kam es darauf an, mit Hilfe des Beratersystems auf bestimmten Gebieten eine gewisse Angleichung des slowakischen Niveaus an das deutsche zu erreichen, um mit dem geringsten Aufwand das Höchstmögliche aus diesem Land für die faschistische Kriegführung herauszupressen. Zu einem Teil wird bei den Überlegungen zur Errichtung des Beratersystems auch mitgesprochen haben, Bereicherungstendenzen der slowakischen Bourgeoisie bzw. Kleinbourgeoisie, soweit sie nicht in Einklang mit der faschistischen Rüstungswirtschaft standen, zu unterbinden. Darüber hinaus oblag es dem Berater, das Entstehen slowakischer Konkurrenzfirmen zu verhindern, die deutschen Firmen die Exportmöglichkeiten hätten schmälern können, sowie einen Export slowakischer Waren nach anderen Ländern nur zuzulassen, wenn sich in Deutschland keine Abnehmer dafür fanden.

Dr. Erich Gebert, der bis 1939 Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Salzburg war, wurde im Dezember 1939 Handelsattaché der Deutschen Gesandtschaft in Bratislava und daneben ab September 1940 Berater für Wirtschafts- und Finanzfragen bei der slowakischen Regierung. Gebert hatte neben diesen staatlichen Positionen eine Anzahl von Funktionen in halbstaatlichen Organisationen, in der NSDAP und in der privaten Wirtschaft inne, die ihn insgesamt als Vertreter des staatsmonopolistischen Kapitalismus kennzeichnen. Bis 1940 war Gebert Aufsichtsratsmitglied der "Ostmark" Versicherungs-AG, Wien, daneben stellvertretender Vorsitzender und ab 1941 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Salzkammergutlokalbahn-AG, Salzburg. Ebenfalls ab 1941 war er Geschäftsführer der Stubnerkogel Bergbahngesellschaft mbH, Badgastein, und später auch Aufsichtsratsmitglied der Salzburger Wohnsiedlungsgesellschaft mbH, Salzburg. Gebert war Handelskammerrat, Gaurat, Gauwirtschaftsberater und wurde 1940 Präsident der Industrie- und Handelskammer Salzburg sowie Gaukommissar für den Wirtschaftsausbau. In dieser letztgenannten Funktion war Gebert übrigens dem Leiter des Reichsamts für Wirtschaftsausbau und Vorsitzenden des Aufsichtsrats der IG Farbenindustrie AG, Carl Krauch, unterstellt, dessen Dienststelle vornehmlich mit Angestellten seines Konzerns besetzt war und in erster Linie der Produktions- und Machterweiterung der IG Farbenindustrie AG diente.

Im folgenden sollen nach kurzem Eingehen auf Geberts Methoden im Schriftverkehr mit dem slowakischen Wirtschaftsministerium seine Einflußnahme auf die Gesetzgebung bzw. die Anwendung bereits erlassener Gesetze, sein Eintreten für die Vorrangigkeit der kriegswirtschaftlichen Belange des deutschen Imperialismus in der slowakischen Wirtschaftspolitik und schließlich die Vertretung der Interessen einzelner deutscher Firmen durch ihn charakterisiert werden.

4 Ebenda, S. 144 f., dort zitiert nach Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 - 1945. Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes. Serie D (1937 - 1945), Baden-Baden 1950 - 1963, Bd. VIII, Nr. 409, S. 374.

Als Quellengrundlage dient eine möglicherweise nicht vollständige Sammlung von Schreiben Geberts im Bestand des Wirtschaftsministeriums des Slowakischen Staatsarchivs Bratislava.

Eine kleine Auswahl der in den Schreiben von Gebert an den slowakischen Wirtschaftsminister Dr. Gejza Medrický und das Wirtschaftsministerium benutzten Floskeln zeigt bereits, daß Gebert keineswegs nur Ratschläge gab, wie sie von einem Wirtschaftsberater zu erwarten sind, sondern daß er in bestimmten Fällen dem Minister bzw. dem Ministerium die zu erlassenden Verfügungen vorschrieb:

"Ich bitte Namens des Wirtschaftsministeriums sofort zu verfügen ..."[5]

Gestützt auf handelsrechtliche Bestimmungen, die vorsahen, daß der Alleininhaber einer Firma nur seinen Zunamen als "Firma" führen darf, verlangte Gebert am 3. Dezember 1940, Ladeslaw Nemček zu untersagen, seine Firma "Sloma, slowakisch-ungarische Handelskanzlei" zu nennen, weil dies auch den Anschein einer amtlichen oder halboffiziellen Stelle erwecke, "wie dies etwa bei der slowakisch-deutschen Handelskanzlei zutrifft, die unter offizieller Beteiligung der beiden Staaten gegründet ist, und nicht so sehr private Geschäfte zu tätigen, als vielmehr die amtliche handelspolitische Ausrichtung zu unterstützen hat."[6]

"Ich bitte deshalb, an alle maßgebenden Dienststellen die strengsten Anweisungen ergehen zu lassen und die neugeschaffene Getreidestelle für das Nichtfunktionieren (der restlosen Erfassung der Ernte und der Bekämpfung heimlicher Vermahlung - H. R.) entsprechend verantwortlich zu machen."[7] (2. Juli 1941)

"Ich bitte, alle in Frage kommenden Stellen, vor allem die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft anzuweisen, in allerschärfster Form gegen jedwede stimmungsmäßige Unterstützung preistreibender Tendenzen anzukämpfen ..."[8] (12. Februar 1941)

Abgesehen davon, daß diese anweisenden Formeln in den hunderten Schreiben, die Gebert an das slowakische Wirtschaftsministerium zwischen 1940 und 1944 richtete, relativ selten, durchweg nur im ersten Jahr seiner Tätigkeit zu finden sind, bezogen sie sich ausnahmslos darauf, die Einhaltung slowakischer Gesetze zu verlangen. Gelegentliche Hinweise auf Entscheidungen, die das Reichsernährungsministerium erwarte[9], oder auf die Einschaltung des OKW[10] sollten offensichtlich Geberts Forderungen einen gewissen Nachdruck verleihen.

Im wesentlichen beschränkte er sich - das mag zum Teil durch seine später gefestigte Stellung und den gewonnenen Einfluß sowie durch seine inzwischen geschlossene Duzfreundschaft mit Medrický zu erklären sein - auf sehr bestimmt ausgesprochene Empfehlungen, wie zum Beispiel in einem Brief an Medrický vom 18. Dezember 1941 zur ungenügenden Getreideaufbringung: "Ich hielte es für zweckmäßig, wenn Du in Deiner doppelten Eigenschaft als Parteichef und Minister die Leute zu Dir laden und ihnen eindringlichst die Anwendung der ganzen, nur irgendwie möglichen Sorgfältigkeit auf dem Gebiete der Getreideaufbringung persönlich nahe legen würdest".[11]

Die Möglichkeit, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen, hing im wesentlichen davon ab, wie weit es ihm gelang, auf die Entscheidungen des Wirtschaftsministeriums Einfluß zu neh-

5 Štátny slovenský ústredný archiv, Bratislava, Fond Ministerstvo hospodárstva, I, Prez - PB - (im folgenden: MH) 19/1/40.
6 Ebenda.
7 MH, 33/3/41.
8 MH, 45/1/41.
9 MH, 181/1/42.
10 MH, 76/4/42.
11 MH, 33/4/41.

men. Das aber war weder von vornherein gesichert, noch ohne Überwindung von Widerständen zu erreichen. Kurz nach seinem Amtsantritt schrieb Gebert an den Präsidialchef des slowakischen Wirtschaftsministeriums, Klinda, am 13. September 1940: "Im Interesse der durch die beiden Regierungen gesicherten Zusammenarbeit bitte ich Sie, innerhalb Ihres Wirkungsbereiches eine Verfügung des Inhaltes herauszugeben, daß die einzelnen Abteilungen des Wirtschaftsministeriums Verfügungen grundsätzlicher Art, die vom Wirtschaftsministerium hinausgegeben werden sollen, vor ihrer Erlassung mit mir kurz besprechen."[12]

Dress, der im ganzen gesehen die Tätigkeit Geberts - gestützt auf treffende Beispiele - richtig einschätzt, kommt hier wie an einer anderen Stelle zu Vereinfachungen, welche die Kompliziertheit der tatsächlichen Entwicklung nicht berücksichtigen. Er schreibt zu dem zitierten Gebert-Brief: "Dieser Forderung entsprach der slowakische Wirtschaftsminister, Dr. Medrický, indem er für sein Ministerium anordnete, den Beratern[13] bereitwillig die verlangten Auskünfte zu erteilen und nicht durch überflüssige Kleinigkeitskrämerei die Tätigkeit der Berater zu erschweren."[14]

Dress übersah dabei nicht nur, daß Gebert auf seinen ersten Brief bezugnehmend, sieben Wochen später, am 30. Oktober 1940, diesmal auf dem Kopfbogen der Deutschen Gesandtschaft, an Klinda unter anderem schrieb:

"Ich stelle fest, daß mir bisher keine einzige diesbezügliche Mitteilung zuging, daß ich vielmehr eine Reihe von interessanten Vorlagen (s. z. B. über den neuen Entwurf einer Verordnung über Steuererleichterungen und Investitionsbegünstigungen) von anderer Seite erhalten habe."[15]

Am 5. November 1940 schrieb Gebert an Medrický zum Entwurf einer Verordnung über die Neugestaltung des Genossenschaftswesens: "Den Entwurf habe ich, obwohl ich zweimal offiziell darum bat, von derartigen Vorlagen in Kenntnis gesetzt zu werden, bis nun nicht erhalten."[16] Bis die von Dress erwähnte Anordnung durch Medrický im Januar 1941[17] erlassen wurde, bat Gebert in weiteren vier Schreiben um die Übersendung von Gesetzentwürfen, von denen er nur gelesen bzw. durch andere Stellen Kenntnis erhalten hatte: am 14. November 1940 an Medrický betreffs Gesetzentwurf zur Ordnung bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten[18], am 27. November 1940 an den Sektionschef des slowakischen Wirtschaftsministeriums, Riedler, betreffs Gesetzentwurf über die Schaffung von Zwangs-Bauorganisationen[19], am 20. Dezember 1940 an Medrický betreffs Gesetzentwurf zur Beschränkung der Verwaltungsräte fremder Staatszugehörigkeit[20] und am 11. Januar 1941 an Riedler betreffs Gesetzentwurf zur Abänderung der Firmenregister[21]. Ein weiteres Schreiben von Gebert an Medrický vom 13. Januar 1941, das seinen Protest gegen die "Ausschaltung des Beraters" im Zusammenhang mit einer ohne sein Wissen bereits ergangenen Verordnung enthielt, macht deutlich, daß die Forderung Geberts, eine Einwirkungsmöglichkeit auf die inhaltliche Gestaltung von Gesetzentwürfen zu erhalten, keineswegs sofort erfüllt wurde:

12 MH, 2/1/40 (auch Prez - P - dov 585/1/40).
13 Berater für Wirtschafts- und Finanzfragen: Handelsattaché Dr. Erich Gebert; Berater für Forst- und Holzwirtschaft und Jagdwesen: Forstattaché Dr. Franz Wechselberger; Berater für Landwirtschaftsfragen: Dr. Hans Hamscha. - H. R.
14 Dress, Hans, a. a. O., S. 147 f.
15 MH, 2/2/40.
16 MH, 8/2/40.
17 MH, 6/1/40.
18 MH, 3/2/40.
19 MH, 16/1/40.
20 MH, 70/46, III, Jahr 1940, Bl. 16.
21 MH, 28/1/41.

"Die im Gesetzblatt verlautbarte Regierungsverordnung 359 beinhaltet meiner Ansicht nach wirtschaftspolitisch geradezu katastrophale Rückwirkungen und nimmt jede Entwicklungsmöglichkeit für Unternehmerpersönlichkeiten. Über diese Vorlage wurde nach keiner Richtung hin das erwünschte Einvernehmen gepflogen, wie ja schon in einer Reihe vorhergehender Fälle festgestellt werden mußte, daß grundsätzlich Gesetzgebungsfragen, die sowohl für die slowakische Wirtschaft selbst, wie für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Reich und der Slowakei wichtig gewesen wären, mit dem Berater nicht erörtert wurden.

An der Tatsache der Ausschaltung des Beraters änderts nichts die andere Tatsache, daß auch maßgebendste slowakische Persönlichkeiten der verantwortlichen Wirtschaftsführung keine Kenntnis von der Vorlage hatten und erst durch die Verlautbarung der Verordnung darauf aufmerksam wurden, daß offenkundig bedenkliche wirtschaftspolitische Fehler gemacht werden, die sich selbst bei loser Fühlungnahme hätten vermeiden lassen.

Ich bitte Sie, Exzellenz, alle zur Hintanhaltung weiterer gleicher Vorkommnisse erforderlichen Maßnahmen vorzukehren, um zu einer Auswertung des Beratersystems zu kommen, wie sie im Sinne der Einrichtung liegt und von deutscher wie slowakischer Seite gedacht war."[22]

In der Folgezeit scheinen Gebert die Gesetzentwürfe zur Stellungnahme zugeleitet worden zu sein, wenn das auch nicht immer reibungslos geschah, wie aus einem Brief von Gebert an Riedler vom 18. November 1941 hervorgeht:

"Aus Zeitungsnachrichten ersehe ich, daß im Wirtschaftsministerium der Entwurf für ein Gesetz über die Organisation des Gewerbes bezw. der Organisation der gewerblichen Wirtschaft überhaupt ausgearbeitet worden ist und den zuständigen Körperschaften zur Begutachtung vorgelegt wurde.

Ich stelle fest, daß mir im Wirtschaftsministerium von einem derartigen Entwurf niemals etwas mitgeteilt wurde und daß ich den Entwurf selbst nie erhalten habe ..."[23]

Ein entscheidendes Kriterium, nach dem Gebert Gesetzentwürfe und andere an ihn herantretende Fragen beurteilte, war die Nützlichkeit der zu lösenden Aufgaben für die faschistische Kriegswirtschaft, der sich nach der für ihn maßgebenden Meinung der faschistischen deutschen Regierung als Vertreterin des expansionistischen deutschen Finanzkapitals die slowakische Regierung bedingungslos unterzuordnen hatte. Diese Konzeption, die in seinen Briefen immer wieder sichtbar wird, legte er am deutlichsten und ausführlichsten in einer Stellungnahme vom 5. November 1943 zu einer Gesetzesvorlage dar, die Steuererleichterungen für Investitionen zum Übergang zur Friedenswirtschaft vorsah, aber auf Grund der Intervention Geberts nie über dieses Anfangsstadium hinauskam:

"Die Vorlage zeigt die unverkennbare Tendenz, unter dem Titel der Notwendigkeit der Schaffung irgendwelcher zusätzlicher Reserven dem Staate wesentliche Teile dessen, was ihm namentlich in Kriegszeiten als Anteil an dem Sozialprodukt - d. h. also an dem Gesamt-Arbeitserfolg der Nation - zukommen muß, vorzuenthalten; im gegenständlichen Falle muß als Vorwand für diese Tendenz der 'Übergang zur Friedenswirtschaft' herhalten.

Die Slowakei steht in unentrinnbarer schicksalsmäßiger Verbundenheit mit dem Reich im Existenzkampf um Staat und Volk gegen die Kräfte des Bolschewismus; die Staatsführung hat nur e i n Ziel, nämlich alle Kräfte der Nation zusammenzufassen zu wesentlich verstärktem und leistungsmäßig verbessertem Einsatz der Wirtschaft, die Steigerung der Produktion, aber auch die Zuführung erheblicher neuer Mittel an die Staatskassa zur finanziellen

22 MH, 29/1/41.
23 MH, 50/4/41.

Sicherstellung der Mehr-Produktion ist die große Gegenwartssorge der Regierung; alle Kräfte müssen auf diese Leistungssteigerung auch der Staatskassa ausgerichtet sein.

Wer in dieser Situation Friedenspläne entwickelt und diese Friedenspläne dazu auszunützen versucht, dem Staate Mittel für die gesteigerten kriegswirtschaftlichen Aufgaben vorzuenthalten, handelt meiner tiefsten Überzeugung nach gegen die Lebensinteressen von Staat und Volk.

Es ist richtig, daß die Kriegswirtschaft zu einer erhöhten Inanspruchnahme der Betriebseinrichtungen, zu verstärktem Verschleiß von Arbeitskräften, Maschinen und Material führt, aber das ist doch der Sinn dieses Kampfes, daß wir willens, bereit und fähig sind, diese größeren Opfer jetzt zu tragen und noch größere auf uns zu nehmen; kämen wir einmal dazu, nicht jetzt das letzte einzusetzen und wollten wir jetzt an Reserven für die friedensmäßige Zukunft Pläne schaffen, dann würden wir einer Feuerwehr gleich kommen, die das vorhandene Löschwasser, das jetzt zur Bekämpfung eines verheerenden Brandes entscheidend eingesetzt werden kann, als Trinkwasser für die nächsten Monate aufsparen und dabei Haus und Hof abbrennen lassen würde.

Wenn die Slowakei zusammen mit dem Deutschen Reich eines Tages Glied eines siegreichen Europa sein wird, dann wird ein vernünftigerer Übergang zur Friedenswirtschaft nicht von Steuererleichterungen abhängig sein, die der Staat in höchsten Notzeiten gewähren soll, dann läuft diese Friedenswirtschaft sicher und umfassend auch ohne diese Erleichterungen an, wohl aber müßte es zur Vernachlässigung der kriegswirtschaftlichen Aufgaben dieser Kampfjahre kommen, wenn

1. materielle Mittel auf dem Umwege über Steuererleichterungen dem Fiskus entzogen würden und wenn
2. die sittliche Kampfbereitschaft durch vorläufig restlos abwegige Friedensvorbereitschaften und durch unangebrachte Propagierung einer Friedensstimmung untergraben würde.

Ich halte daher jede Behandlung dieser Frage oder ihrer Einzelheiten für Verrat an den Lebensnotwendigkeiten dieser Monate und Jahre und glaube daher, daß es zwecklos wäre, sich mit Einzelheiten des Entwurfes zu befassen, da ja sämtliche Vorschläge unter den vorerwähnten Gesichtspunkten restlos abzulehnen sind.

Es kann in Wirklichkeit nur ein finanzpolitisches Ziel geben: dem Staate alle nur erdenklichen Einnahmemöglichkeiten neu zu erschließen und sämtliche bisher bestehenden Investitions-Begünstigungen mit 31. Dezember 1943 aufzuheben, da sie erfahrungsgemäß weitaus mehr der Reservierung von Sachwerten bei den Firmen als kriegswirtschaftlichen Ausrüstungsaufgaben dienen.

Dort, wo zur Sicherstellung eines umfassenden Kampfeinsatzes der slowakischen Wirtschaft kriegswirtschaftlich unerläßliche Investitionen neu gemacht werden müssen, die ohne irgend welche staatliche Begünstigung nicht aufgebaut werden können, können durch Sondermaßnahmen für den Einzelfall die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden."[24]

Gewiß waren "Friedensplanungen", wie sie Gebert zu untersagen verlangte, keine slowakische Besonderheit. Die tiefere Ursache lag im kapitalistischen Profitstreben, das die Unternehmer zwang, gleichgültig, wann und auf welche Weise der Frieden hergestellt werden würde, auf den dann entstehenden Konkurrenzkampf mit Produkten des Friedensbedarfs bestens vorbereitet zu sein. Diejenige Firma, die konstruktionsmäßig und technologisch am besten vorbereitet war, konnte bei dem großen während des Krieges entstandenen Nachholebedarf die höchsten Surplusprofite machen. Für das Deutsche Reich hatte Göring auf Veran-

24 MH, 243/1/43.

lassung von Speer als Generalbevollmächtigter für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan bereits am 13. April 1942 eine Verordnung erlassen, welche "den Betriebsführern aller für die Kriegswirtschaft tätigen Betriebe die Weiterführung von Friedensplanungen und -Entwicklungen" verbot.[25] Zur Begründung enthält diese Verordnung im Gegensatz zu dem wortreichen Schreiben Geberts nur einen Satz: "Die gegenwärtige Kriegsführung verlangt eine Konzentration aller Kräfte und eine totale Ausrichtung unseres ganzen Schaffens auf den Endsieg."[26]

Zu einem Teil der Gesetzentwürfe, die Gebert erhielt, wird er bei seinen regelmäßigen Besuchen im Wirtschaftsministerium mündlich Stellung genommen haben. Schriftlich legte er seine Meinung vor allem sehr ausführlich zu den Gesetzentwürfen über die Technischen Kammern[27], über die Organisation der Bodenwirtschaft (Bauernkammern)[28] und zur Neuordnung des Gewerbewesens[29] nieder. Dabei stellte er in seiner Kritik des Gesetzentwurfes für die Technischen Kammern die faschistischen Organisationsformen der Gauämter für Technik der NSDAP, NS-Technikerschaft, Fachamt für Technik in der DAF in Deutschland mit ihrer Zwangsmitgliedschaft und ihrer Trennung von Organisationen der Betriebe und personellen Vereinen, der Organisierung nach Wirtschaftszweigen und in Fachverbänden als Beispiel hin.[30] Er kritisierte beim Bauernkammern-Gesetzentwurf, daß ungeklärt sei, "wie es mit der Zugehörigkeit von Familienmitgliedern, Tagelöhnern, Gelegenheitsarbeitern, Jugendlichen, aber auch von Juden und Zigeunern, die in der Landwirtschaft arbeiten, steht; nach dem Entwurf würde jeder Mitglied der Kammer sein, der irgendwo und irgendwann einmal ein Stück Boden vorübergehend bearbeitete oder jeder Grundsteuer zahlende Jude."[31] Für die Organisation der gewerblichen Wirtschaft liefen seine Vorschläge auf ähnliche halbstaatliche Zwangsorganisationen hinaus, wie es die staatsmonopolistischen Organisationen in Deutschland waren. Bezeichnend dafür waren unter anderem die Kriterien, mit denen er davor warnte, Handelsgenossenschaften und gewerbliche Genossenschaften innerhalb eines Verbandes zusammenzuschließen:

"Ganz abgesehen von den ganz verschiedenartigen beruflichen Interessen vom Standpunkt der Betroffenen selbst bringt diese Zusammenführung zweier ganz verschiedenartiger Lebensbereiche 1. für die vom Staat selbst noch weiter auszubauenden marktwirtschaftlichen Anordnungen und 2. für die zweckmäßige Eingliederung verschiedener handwerklicher Betriebszweige in die kriegswirtschaftliche Produktionsapparatur ganz außerordentliche Schwierigkeiten."[32]

Durch seine wiederholten Einwände erreichte Gebert, daß der Gesetzentwurf zur Neuordnung des Gewerbewesens nie Gesetzeskraft erlangte.

Im April 1942 wurde ein Gesetzentwurf über eine Devisenamnestie vorbereitet auf Antrag aus Wirtschaftskreisen, die nach Gebert "offenkundig von umfassenden Devisen-Verfehlungen wissen und daher ein Interesse daran haben, daß solche Vergehen nicht zum Anlaß eines Strafverfahrens genommen werden, weil diese Vergehen im Zusammenhang mit der staatlichen Neuordnung stehen."[33] Es war vorgesehen, eine Amnestie bei Zahlung von 1/2 bis

25 Nachrichten des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, Nr. 2, 25. 4. 1942, S. 6 f.
26 Ebenda, S. 6.
27 MH, 47/2/41.
28 MH, 50/3/41.
29 MH, 50/6/41, 50/8/42, 50/9/44, 50/11/44.
30 MH, 47/2/41.
31 MH, 50/3/41.
32 MH, 50/9/44.
33 MH, 148/1/42.

2 1/2 Prozent der hinterzogenen Summen zu erlassen. Gebert forderte, 50 Prozent zu verlangen, und protestierte gegen den niedrigen Bußgeldsatz: "Wenn die antragstellenden Wirtschaftskreise

a) der Meinung sind, daß die Verfehlungen sehr umfassend sind, so daß ihrer Meinung nach schon 1/2 % und 2 1/2 % 10 bis 20 Mill. Ks einbringt, dann darf der Staat bei der ungeheuerlichen Größe der Verfehlungen (die ja in die Milliarden gehen müßten) nicht auf eine restlose Klarstellung der weitreichenden strafrechtlichen Zusammenhänge und auf die Aufdeckung und Klarstellung der Verbrecher-Netze verzichten;

b) sind die Verfehlungen aber nicht bedeutsam, dann würden dem Staat aus einer solchen Devisenamnestie bei 1/2 % bezw. bei 2 1/2 % nur verschwindend kleine Beträge zufließen, die für den Staatssäckel überhaupt nichts bedeuten würden.

Hier handelt es sich aber gar nicht mehr um Geld, sondern um die Ehre und das Ansehen eines autonomen Staates."[34]

Ausgerechnet Gebert, selbst führend an der Unterdrückung und Ausplünderung des slowakischen Volkes beteiligt, hängte sich das Mäntelchen des Verteidigers des "autonomen" slowakischen Staates um! Er hatte wohl kalkuliert mit seiner hohen Abgabeforderung[35], die nach eifrigem Eintreten für Recht und Gesetz aussah, aber selbstverständlich den Gesetzentwurf schon zu Anfang zu Fall bringen mußte. Daran war Gebert schon deshalb interessiert, weil es undenkbar gewesen wäre, daß die Devisenvergehen nur die slowakische Bourgeoisie begangen haben sollte in einem Lande, in dem sich die deutschen Monopole die entscheidenden Betriebe gesichert hatten und für dessen Außenhandel sich Deutschland zum wichtigsten Partner gemacht hatte. Hornova wies bereits nach, daß und wie zum Beispiel die IG Farbenindustrie AG, die über bedeutende Monopolunterhehmungen in der Slowakei verfügte, über ihre Konzernunternehmungen in anderen Ländern firmeninterne internationale Wertverschiebungen vornahm.[36] Bei ähnlichen Transaktionen begangene Devisenvergehen wurden unter anderem 1936 in Ungarn aufgedeckt[37], wobei es dem Konzern gelang, die Durchführung einer Hauptverhandlung zu verhindern, die, wie die Zentrale notierte, den "Interessen unserer Firma und damit den deutschen Interessen in Ungarn zweifellos abträglich" gewesen wäre.[38]

Aufschlußreich ist auch der Begleitbrief Geberts an Medrický zu dem Protest vom 30. April 1942: "Ich beschwöre Dich, Dir meine Gedankengänge zu eigen zu machen ... ich habe hier nie eine Gesetzvorlage erlaubt, die auch nur annähernd leichtfertig die Opferung staatlicher Interessen vorgesehen hätte".[39]

Es ist kennzeichnend für Geberts Machtstellung, wenn er selbst in einem Brief an den zuständigen Minister davon spricht, daß er Gesetze zu "erlauben" hätte. Wenn auch die Praxis diesem von Gebert sehr zugespitzt formulierten "Recht" sehr nahe kam, so gelang es ihm nicht in allen Fällen, eine Änderung des Gesetzestextes in der von ihm gewünschten Form zu erreichen, wohl aber nachträgliche Ausnahmegenehmigungen für die deutschen Monopole bzw. für die Vertreter der faschistischen Partei durchzusetzen.

34 Ebenda.
35 Ebenda.
36 Nemecká otázka a Československo (Die deutsche Frage und die Tschechoslowakei) 1938 - 1961, Bratislava 1962, S. 106 f.
37 Vgl. Radandt, Hans, Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa bis 1938, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 3, S. 183.
38 Derselbe, Die IG Farbenindustrie und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 1, S. 123.
39 MH, 148/1/42.

Energisch protestierte er in einem Schreiben vom 20. Dezember 1940 gegen einen Gesetzesantrag, "wonach die Anzahl der in einem Unternehmen zuzulassenden Verwaltungsräte fremder Staatsangehörigkeit, also auch die Zahl deutscher Verwaltungsräte, einseitig beschränkt werden soll; ich brauche nicht zu erwähnen, daß wir diese Bestimmung als ausgesprochen gegen die deutschen Positionen aus dem Reiche gerichtet erachten.

Bei der Bedeutung dieser Vorlage bedaure ich die Nichtverständigung ganz besonders und werde ich noch heute nachmittag Gelegenheit nehmen, mich dieser Vorlage wegen mit dem Auswärtigen Amt in Berlin in Verbindung zu setzen, ebenso aber auch mit dem Reichswirtschaftsministerium, da eine solche Vorlage im besonderen Maße geeignet sein müßte, die geplante wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beeinträchtigen."[40]

Das Verwaltungsratsgesetz trat am 1. Januar 1942 in Kraft. Der "Compass" erwähnt unter anderem zwei seiner Bestimmungen: "Höchstens die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrates dürfen Ausländer sein ... Ausnahmen von diesen Bestimmungen kann das zuständige Ministerium bewilligen."[41]

Dem gleichen Handbuch ist zu entnehmen, daß dem Verwaltungsrat der AG Dynamit Nobel, Bratislava, deren Aktienmajorität die IG Farbenindustrie AG besaß, zehn Ausländer (davon neun Deutsche) und drei Inländer angehörten.[42] Im Verwaltungsrat der Chemischen Industrie AG, Bratislava, an der die AG Dynamit Nobel mit sechzig Prozent beteiligt war, nahmen Deutsche sechs von zehn Posten ein.[43]

Offenbar waren hier den vom deutschen Konzern beherrschten Unternehmen Ausnahmebewilligungen erteilt worden, ebenso wie in dem Fall der Funktionäre der "Deutschen Partei" der Slowakei, für die Gebert am 15. September 1942 an Medrický den Antrag stellte, daß sie mehr als fünf nach dem Gesetz erlaubte Mandate ausüben dürfen.[44] Diese Genehmigung wurde vom Minister binnen Wochenfrist für die Dauer eines Jahres erteilt.[45]

Auch in einem anderen Falle intervenierte Gebert im Interesse der zum Konzern der IG Farbenindustrie AG gehörenden AG Dynamit Nobel, Bratislava, mit Erfolg für eine Ausnahmegenehmigung zu einem bereits in Kraft getretenen Gesetz. Am 19. Mai 1942 war ein Gesetz erlassen worden, das allen slowakischen Gesellschaften, die der Körperschaftssteuer unterlagen, vorschrieb, eine Sonderreserve von 15 Prozent ihres Grundkapitals in slowakischen Staatsanleihen anzulegen.[46] In einem Schreiben an Medrický vom 24. Juni 1942 erinnert Gebert daran, daß er "auf Grund der Vorstellungen verschiedener Firmen" bereits vor Erlaß des Gesetzes Änderungsvorschläge gemacht habe. Die vor 1920 gegründeten Firmen waren vor Erlaß dieses Gesetzes nicht verpflichtet, einen gesetzlichen Reservefonds zu bilden, während dieser den nach 1920 gegründeten Unternehmungen bereits mit 10 Prozent vorgeschrieben war. Geberts Vorschlag ging dahin, den vor 1920 gegründeten Firmen nur eine Anlageverpflichtung von 5 Prozent aufzuerlegen.[47] Offensichtlich war dieser Wunsch Geberts im Gesetz nicht berücksichtigt worden, und Medrický änderte seine Haltung auch nicht auf Grund von Geberts erneuten Vorstellungen. Daraufhin übersandte Gebert Medrický am 10. Juli 1942 eine in klar erpresserischer Absicht verfaßte Aktennotiz der AG Dynamit Nobel mit folgendem Anschreiben, das ihn eindeutig als Vertreter der Konzerninteressen kennzeichnet:

40 MH, 70/46, III, Jahr 1940, Bl. 16.
41 Compass. Finanzielles Jahrbuch. Böhmen - Mähren - Slowakei. 76. Jg. 1943, S. 1003.
42 Ebenda, S. 1129.
43 Ebenda, S. 1133.
44 MH, 190/2/42.
45 MH, 190/4/42.
46 Compass, a. a. O., S. 1001 f.
47 MH, 165/1/42.

"Im Nachhang zu den Ausführungen vom 24. Juni 1942 beehre ich mich, eine Darstellung der Dynamit Nobel zur Kenntnis zu bringen, welche immense Bedeutung die Firma Dynamit Nobel gerade im Hinblick auf ihre Zweiggesellschaften am Balkan für die Slowakei hat.

Bei dieser Situation halte ich eine Berücksichtigung der Wünsche, wie ich sie unter dem 24. 6. 42 schriftlich übermittelte, als im Interesse der Slowakei liegend."[48]

Die in der Anlage abschriftlich übersandte Aktennotiz der AG Dynamit Nobel vom 9. Juli 1942 hatte folgenden Wortlaut:

"Umlegung der Beratungsverträge

Zur Zeit erhält die A. G. Dynamit Nobel, Preßburg, als Gegenleistung für 'technische Beratung'
von der Bosnischen Elektricitäts A. G., Jaice Ks 581.400. -
von der Prima Societate Romana de Explozivi u. 'Nitramonia' S. A. Bukarest Ks 446.500. - jährlich.

Geplant sind darüber hinaus Beratungsverträge mit der 'Explochemia', Zagreb, mit der Aktiengesellschaft für industrielle Sprengstoffe, Budapest, und mit einer bulgarischen Gruppe. Die Verträge werden sich in einer Größenordnung von je 1 Million Ks bewegen, so daß sich insgesamt ein Betrag von ca. 4 Millionen Ks ergibt.

Die Verträge könnten ebenso gut auf die Dynamit Nobel, Wien, umgelegt werden, die die Beratung naturgemäß ebenfalls durchführen kann.

Bei Neugründungen der Dynamit Nobel, die zurzeit in Bulgarien und in Rumänien in einer Größenordnung von vorläufig je ca. Ks 10 Millionen bevorstehen, soll die Führung der Gesellschaft gleichfalls nach Preßburg verlegt werden. Damit würden selbstverständlich auch die Dividenden aus dem Ertrag der Gesellschaften nach Preßburg fließen.

Ferner wäre zu überlegen, ob denn wirklich künftige Neuplanungen auf dem chemischen Gebiet in Südosteuropa weiterhin über Preßburg geleitet werden müssen, oder ob die I. G. lieber nicht eine ihrer Wiener Tochtergesellschaften wie Donau Chemie oder Dynamit Nobel, Wien, von vornherein in die ganze Entwicklung einschalten sollte."[49]

Diese Aktennotiz nahm überhaupt nicht bezug auf das Gesetz über den Staatsanleihen-Pflichtvorrat im gesetzlichen Reservefonds, und doch wird die Absicht, durch diese Ausführungen eine Ausnahme von diesem Gesetz zu erzwingen, im Zusammenhang mit dem Anschreiben von Gebert mehr als deutlich. Der Extrakt beider Schreiben stellt eine unverhohlene Drohung dar, die meisten Südosteuropa-Geschäfte der Gesellschaft künftig über eine andere Konzernfirma der IG Farbenindustrie AG in Wien zu leiten (was einen bedeutenden Verlust an Steuereinnahmen für den slowakischen Staat nach sich gezogen hätte), wenn das Ministerium keine Ausnahme von dem Reservefonds-Gesetz gestatten würde. Abgesehen davon, daß die verschiedenen Reservefonds der Gesellschaft in den Jahren 1940 bis 1943 insgesamt stets mehr als 15 Prozent des Grundkapitals betrugen, geht aus den Bilanzen hervor, daß sie niemals einen solchen Prozentsatz vom Grundkapital in slowakischen Staatsanleihen anlegte, was darauf schließen läßt, daß ihre Drohung mit Geberts Hilfe Erfolg hatte.

Außerhalb seiner Beschäftigung mit Gesetzen und deren Entwürfen gab Gebert viele Hinweise auf zahlreiche Einzelfragen der Wirtschaftspolitik, deren Lösung er oft selbst als im Kriegsinteresse bzw. als politisch wichtig bezeichnete. So kritisierte er zum Beispiel am 13. November 1940, daß bei den "Straßen- und Bahnbauten Methoden angewendet (werden), die vor zwei Jahrtausenden bei Erdarbeiten praktiziert wurden", und empfahl, "wenigstens

48 Ebenda.
49 Ebenda.

den Anfang zu modernen Arbeitsmethoden zu machen".[50] Er bemängelte am 25. November 1940 die rückständige Milchwirtschaft, die unzureichende Molkereiwirtschaft und gab Ratschläge zu deren Verbesserung.[51] Empfehlungen wurden von ihm auf vielen Gebieten unter anderem zur Preispolitik[52], zu Steuerfragen[53], zur Belebung der Bank- und Kreditwirtschaft[54] bis hin zu Fragen von Saatgutzuweisungen[55] gemacht. Er empfahl aus kriegswirtschaftlichem Interesse die Einführung der Kleiderkarte[56] sowie die Kartoffelbeimischung für Brot und warnte vor den politischen Gefahren, welche in der Stimmung der Bevölkerung bei schlecht ausgebackenem Brot mit Kartoffelbeimischung[57], bei ungenügender Kartoffelversorgung[58], bei mangelhaftem Fleischangebot[59], bei nicht genügender Zurverfügungstellung von Hausbrandkohle[60] und bei Nichteinhaltung der Ladenöffnungszeiten entstehen könnten.[61]

Besonderes Interesse wandte Gebert - wie auch die anderen Berater, von denen in der Folge ebenfalls einzelne Schreiben erwähnt werden - den Einsparungsmaßnahmen und der Beschaffung von Rohstoffen für die faschistische Kriegführung zu. In einem Schreiben vom 16. Juli 1941 an Medrický wies er auf die Kriegswichtigkeit der Erfassung von Alt- und Abfallstoffen hin. Dabei betonte er ausdrücklich, daß diese vor allem in jenen Ländern, welche durch den faschistischen Raub ihrer Rohstoffe verlustig gingen, verarbeitet werden sollten:

"Die möglichst restlose Mobilisierung der Alt- und Abfallstoffe durch die im europäischen Großwirtschaftsraum lebenden Völker muß in erster Linie der Stärkung der eigenen Wirtschaftskraft dieser Länder dienen. Für etwa sich ergebende Überschußmengen, die in der eigenen Industrie dieser Länder nicht mehr aufgenommen werden können, wird das Deutsche Reich jederzeit gern als Abnehmer auftreten."[62]

In einem Schreiben an Medrický vom 4. Juli 1941 machte er die Erhöhung des Ölsaatenanbaus dringlich, "da Ölsaaten in ganz Europa Abnahme finden".[63] Die Deutsche Gesandtschaft (von Schulmann) schrieb am 4. Dezember 1941 an Riedler, indem sie gegen Leinöl- und Leinsaatangebote slowakischer Firmen an Firmen anderer Länder, zum Beispiel der Schweiz, von denen sie durch die Reichsstelle für industrielle Fettversorgung erfahren hatte, protestierte:

"Sollte in der Slowakei ein Überschuß bestehen, müßte Wert darauf gelegt werden, daß Angebote nach dritten Ländern erst dann abgegeben werden, wenn vorher festgestellt worden ist, daß deutsche Firmen als Abnehmer nicht in Betracht kommen."[64]

Gebert mahnte in einem Schreiben vom 14. April 1942 Medrický, er möchte umgehend die Ausfuhrbewilligung für Heu und Stroh für die Ostfront erteilen, "ehe diese militärisch wichtige Angelegenheit weitere Kreise zieht!"[65]

Forstmeister Ludwig Schäfer schrieb am 27. Juni 1941 im Auftrage des Beraters für Forst- und Holzwirtschaft, Wechselberger, an Medrický wegen der hohen Preisforderungen für Faserholzlieferungen aus der Slowakei nach Deutschland:

"Ich darf darauf hinweisen, daß deutscherseits bei der Preisbildung, Gütebestimmung, usw. bis zum alleräußersten gegangen wurde und daß bei einem weiteren Bestehen slowakischer-

50 MH, 5/1/40.
51 MH, 11/1/40.
52 MH, 91/1/41, 206/1/43.
53 MH, 195/1/42.
54 MH, 70/1/41, 122/1/41.
55 MH, 113/1/41.
56 MH, 109/2/41.
57 MH, 93/1/41.
58 MH, 115/1/41.
59 MH, 116/1/41.
60 MH, 103/1/41.
61 MH, 112/1/41, 173/2/42.
62 MH, 4/4/41.
63 MH, 52/2/41.
64 MH, 128/1/41.
65 MH, 144/1/42.

seits auf den alten Forderungen die schwersten wirtschaftlichen Störungen auf deutscher, aber noch mehr auf slowakischer Seite befürchtet werden müssen ..."[66]

Am 31. August 1942 protestierte der Landwirtschaftsberater in einem Schreiben an Medrický gegen die durch die staatlichen Güter in Bratislava beabsichtigte Herstellung von Hagebuttenpulpe für die Marmeladenherstellung:

"Es wird darauf hingewiesen, daß das Oberste Versorgungsamt (Dr. Galan) dem Reichsernährungsministerium zugesichert hat, die slowakische Hagebuttenernte für die Deutsche Wehrmacht freizustellen.

Dem Obersten Versorgungsamt wurde mitgeteilt, daß die Hagebutten zur Herstellung von Vitaminen für die deutsche Unterseebootsbesatzung und für die deutschen Truppen in Norwegen dringend benötigt werden und daß dieser Export daher äußerst kriegswichtig ist. Dr. Galan hat aus diesem Grunde es als eine selbstverständliche Pflicht der Slowakei erachtet, den gesamten Hagebuttenanfall der Slowakei an das Reich zu liefern. Die Absicht der staatlichen Güter, aus Hagebutten Pulpe für die Marmeladenerzeugung herzustellen, muß daher als fahrlässige Nichtbeachtung gemeinsamer deutsch-slowakischer Kriegsmaßnahmen bezeichnet werden.

Das Reichsernährungsministerium erwartet, daß sämtliche slowakischen Dienststellen auf Grund der erkannten Wichtigkeit der Vitaminaktion dem deutschen Importeur beim Ankauf von Hagebutten behilflich sein und jede gewerbliche Verarbeitung in der Slowakei untersagen werden."[67]

Medrický antwortete am 26. September 1942, die Hagebutten wären in diesem Jahre noch nicht gesammelt, die staatlichen Güter hätten nur einige Kilogramm Marmelade aus getrockneten Vorjahreshagebutten gewonnen.[68]

Gebert schrieb am 24. Mai 1941 an Medrický:

"Nach einer Mitteilung der Reichsstelle Chemie ist die Erfassung der in der Slowakei anfallenden Rinderunterbeine für die Herstellung von Klauenöl und die nachfolgende Raffination auf Torpedo-Schmieröl von allerhöchster wehrwirtschaftlicher Bedeutung. Es ist daher wehrwirtschaftlich absolut wichtig, den gesamten Anfall an solchen Rinderunterbeinen für die angedeutete Aufgabe sicherzustellen und bitte ich Sie dringendst, die zwangsweise Sammlung des gesamten Anfalles dieser Unterbeine anzuordnen. Die Behauptung, daß die Rinderunterbeine zur Ernährung der ärmeren Bevölkerung erfaßt werden müßten, hat sich meinen Erhebungen zufolge als unrichtig herausgestellt. Die Ausfuhr müßte an die mit diesen Aufgaben speziell betraute Firma Buehl & Co in Prag erfolgen."[69]

Medrický teilte am 23. Juni 1941 mit, welche Genossenschaft vom Wirtschaftsministerium für die Sammlung der Rinderunterbeine verantwortlich gemacht worden ist, und bat, einen Fachmann für die Mitarbeit zu bestellen[70], was Gebert zusagte.[71] Am 13. Januar 1942 sandte Gebert Medrický die Abschrift eines Briefes an den Präsidenten des Preisamtes, Dr. Fischer, in dem er, gestützt auf die Preisbindungsvorschriften, gegen einen von der slowakischen Genossenschaft verlangten höheren Preis protestierte, indem er die Sache so darstellte, als ob vom Preis der Rinderunterbeine der ganze Krieg abhinge:

"Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber darüber hinaus zu bedenken geben, daß es sich hier um einen außerordentlich wichtigen kriegswirtschaftlichen Artikel handelt, dessen Preisgestaltung man aus primitivsten Erwägungen heraus nicht anders als unter dem Gesichtswinkel des ganzen Einsatzes zu Gunsten der gemeinsamen europäischen Schicksalsge-

66 MH, 85/1/41.
67 MH, 181/1/42.
68 Ebenda.
69 MH, 76/1/41.
70 MH, 76/2/41.
71 MH, 76/3/41.

staltung um diesen Krieg betrachten darf; es wäre nicht nur gegen die deutschen wehrwirtschaftlichen Interessen, sondern gleicherweise auch gegen die lebenswichtigen Verteidigungsinteressen der Slowakei gerichtet, wenn man plötzlich darauf ausginge, irgendwelche kriegswirtschaftliche Konjunktur in Rinder-Unterbeinen auszunutzen und die Preise ungerechtfertigt und ungemessen hinaufzutreiben ..."[72]

Gebert schloß diesen Brief mit dem Hinweis, daß dessen Inhalt auch an das OKW und die slowakischen militärischen Dienststellen herangetragen werden würde, worauf sich Medrický entschuldigend darauf zurückzog, es wäre nur der Fleischpreis verlangt worden, was Gebert wiederum energisch zurückwies.[73]

In echt faschistischer Manier forderte Gebert die "Arisierung" jüdischen Besitzes, empfahl Maßnahmen zur Erfassung[74] und Verwertung der Vermögensbestände[75], forderte die Liquidierung von vierunddreißig jüdischen Handelsfirmen[76], schlug Sondersteuermaßnahmen gegen Juden vor[77] und protestierte gegen die Wiedereinstellung von Juden im Wirtschaftsministerium.[78]

In einem Falle hatte Gebert durch wiederholte Vorstöße bei Medrický dem Konzern der IG Farbenindustrie dazu verholfen, ein wichtiges Industrieunternehmen der Slowakei arisieren zu können.

Das slowakische Wirtschaftsministerium hatte bereits im Sommer 1940 einen Zwangsverwalter für die Kunstdünger- und Schwefelsäurefabrik Eduard Weiser, Kostolany, eingesetzt mit der Weisung, diese Firma an die IG Dynamit Nobel zu verpachten, was im August 1940 mit einer Pachtdauer bis zum 31. Dezember 1941 geschah.[79] Nach Ablauf dieser Pachtzeit sollte die Firma verkauft werden. Drei Bewerber waren vorhanden, unter ihnen der Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag, der in seiner slowakischen Fabrik in Žilina bereits Superphosphat erzeugte, und die AG Dynamit Nobel, die in Bratislava Superphosphat herstellte. Beide Konzerne standen in der Slowakei und in ganz Südosteuropa in schärfstem Konkurrenzkampf. Beide hatten alte Geschäftsbeziehungen in der Slowakei. Dritter einflußreicher Konkurrent war der slowakische Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften.

Karmasin, der "Führer der Deutschen Volksgruppe in der Slowakei", schrieb am 26. März 1941 an Medrický:

"In Ergänzung meiner kürzlichen Vorsprache in Angelegenheit Dynamit-Nobel, gestatte ich mir noch folgendes mitzuteilen:

1. Kostolany. Ich bitte nochmals, dahingehend zu wirken, daß die Entscheidung bezüglich der Übernahme von Kostolany beschleunigt wird, damit die Schwierigkeiten, die dauernd bei den Kartellverhandlungen in Prag aus dem Grunde der angeblich nicht geklärten Besitzverhältnisse in Kostolany auftreten, beseitigt werden;

2. Kartellverhandlungen für Kostolany. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie der Dynamit-Nobel eine Bestätigung ausfolgen würden, daß sie berechtigt ist, für Kostolany, das ja

72 MH, 76/4/41.
73 MH, 76/5/42.
74 MH, 160/2/43, 160/5/44.
75 MH, 160/1/42, 163/1/42, 175/1/42.
76 MH, 17/1/40.
77 MH, 66/1/41.
78 MH, 157/1/42.
79 Betriebsarchiv der Chemischen Fabrik Georgi Dimitroff, Bratislava (im folgenden: BCHF), Nr. DN 36, Schreiben an die Mitglieder des Verwaltungsrats vom 14. 8. 1940.

nach dem vom Wirtschaftsministerium genehmigten Pachtvertrag gepachtet wurde, Kartellverhandlungen zu führen.

Diese Verhandlungen werden erforderlich im Zusammenhang mit der bevorstehenden Neuregelung des Superphosphat-Kartells, das sich heute noch unter dem Namen 'Fosfa' auf die Slowakei und das Protektorat erstreckt. Diese Bestrebungen der deutschen Superphosphatfabriken gehen aber dahin, die Fabriken im Protektorat an das deutsche Kartell anzuschließen, so daß es dann auf alle Fälle erforderlich ist, eine Neuorganisation der slowakischen Fabriken zu schaffen. Für diese Neuorganisation wird von der Dynamit-Nobel vorgeschlagen, daß von vornherein für die Quotenbemessung die Kapazitäten zugrundegelegt werden.

Das slowakische Kartell würde dann zweckmäßigerweise eine Kartellvereinbarung mit dem deutschen Kartell treffen. Damit wird die Sicherung der slowakischen Superphosphat-Versorgung und die Sicherung der Erzeugung der slowakischen Fabriken erreicht."[80]

Einige Wochen später war Gebert, wie er Riedler am 11. April 1941 mitteilte, von Gattineau, dem Direktor der AG Dynamit Nobel angesprochen und auf die Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums verwiesen worden.[81] Gebert wandte sich am 15. April 1941 an Medrický mit folgendem Schreiben:

"Mir ist bekannt, daß um den jüdischen Betrieb Weiser-Kostolany ein erheblicher Streit geführt wird zwischen der Gruppe Dynamit-Nobel und einer slowakischen genossenschaftlichen Gruppe. So sehr ich verstehe, daß die Genossenschaften glauben, jeden Produktionszweig in landwirtschaftlich einschlägigen Branchen an sich reißen zu müssen, muß hier meiner Ansicht nach doch daran festgehalten werden, daß ein solcher Betrieb nur dann seine volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllen kann, wenn er von fachkundiger Hand geführt und dadurch der Gemeinschaft am besten dienstbar gemacht wird; nun würde die Übernahme durch Dynamit-Nobel bedeuten, daß eine in der einschlägigen Produktion erfahrene Gruppe auch den Betrieb in Kostolany erhielte; diese Erwägungen waren ja schließlich für das Wirtschaftsministerium schon seinerzeit maßgebend, als es sich um die kommissarische Führung dieses Betriebes handelte. Die genossenschaftliche Apparatur hat für diesen Produktionszweig weder Fachleute noch Erfahrungen und könnte daher zweifellos seine Verpflichtungen gegenüber der slowakischen Landwirtschaft bei weitem nicht in gleichem Maße erfüllen.

Natürlich wird man einer die landwirtschaftlichen Bedürfnisse berücksichtigenden Preispolitik des Werkes in Hinkunft in besonders hohem Maße Augenmerk zuwenden müssen."[82]

Diesem Brief ließ Gebert am 21. April 1941 einen zweiten folgen, der weniger ablehnend gegenüber der Genossenschaft war, aber dafür auch deutlich auf den Konzern verwies:

"Im Zuge der Arisierung werden zweifellos sehr häufig die Entscheidungen aus rein persönlichen Erwägungen für den einen oder anderen Teil getroffen. Für die Mehrzahl der Fälle dürfte wohl die Entscheidung auf dieser Basis richtig sein, für die wichtigeren Fälle dürfte es aber doch zweckmäßig sein, den Zuspruch allein von volkswirtschaftlichen Erwägungen allgemeiner Natur abhängig zu machen. Man müßte - wie z. B. bei Weiser in Kostolany - durchaus untersuchen, welcher der Arisierungsbewerber willens und bereit ist, der heimischen Wirtschaft größere Dienste zu erweisen, d. h. die Belieferung der Landwirtschaft mit heimischen Erzeugnissen (Düngemitteln) unter günstigeren Voraussetzungen als bisher zu gewährleisten."[83]

Die Absicht auch dieses letzten Briefes liegt klar auf der Hand. Das Wirtschaftsministerium sollte veranlaßt werden, als Bewerber die AG Dynamit Nobel zu bevorzugen, die in der La-

80 MH, 62/1/41.
81 MH, 62/2/41.
82 MH, 62/3/41.
83 MH, 69/1/41.

ge war, mehr Düngemittel als bisher zu erzeugen, und der die nötigen Fachleute zur Verfügung standen. Sie einigte sich schließlich mit dem slowakischen Genossenschaftsverband auf eine je 50prozentige Beteiligung an der am 23. Dezember 1941 gegründeten Firma Ostslowakische Chemische Fabrik AG[84], welche die Firma Eduard Weiser, Kostolany, übernahm. Einige Wochen vorher hatte sie mit ihrem Konkurrenten, dem Verein für chemische und metallurgische Produktion, Prag, neue Quoten für ein slowakisches Superphosphat-Kartell vereinbart[85], die ihr eine wesentlich günstigere Position als in dem früheren Fosfa-Kartell[86], das früher die ganze Tschechoslowakei umfaßte, sicherten.

	alte Fosfa-Quoten	neue Quoten
Bratislava	14	40
Kostolany	4,7	20
Žilina	22	40

Damit hatte die AG Dynamit Nobel ihren Quotenanteil von früher etwa 46 auf 60 Prozent erhöht (unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sie während der Pachtzeit von Kostolany auch die Quote dieser Firma mit übernommen hatte).

Dress gibt in dieser Frage eine irreführende Darstellung. Nach ihm achtete die Deutsche Gesandtschaft darauf, daß vom Kunstdünger-Geschäft in der Slowakei "alle Konkurrenzfirmen der IG-Farben ausgeschlossen wurden, indem sie über ihren Berater auf das slowakische Wirtschaftsministerium einwirkte, sich an den Reichswirtschaftsminister mit dem Antrag zu wenden, 'das Stickstoffsyndikat anzuweisen, die Slowakei zur Belieferung der Firma Dynamit Nobel zuzuweisen'."[87] Das Zitat wird nicht mit einer Quelle belegt; es ist auch nicht einmal sinngemäß in den oben zitierten Schreiben von Gebert enthalten. Kein Konkurrent konnte "ausgeschaltet" werden, sondern es fand nur ein für die AG Dynamit Nobel günstiges Arrangement mit den beiden anderen Konkurrenten statt. Zudem hätte der Reichswirtschaftsminister das Stickstoff-Syndikat nicht in dem von Dress gemeinten Sinne anweisen können. Schließlich hatte das Stickstoff-Syndikat, dem die IG Farbenindustrie AG führend angehörte, nicht die Machtvollkommenheit, eine solche Anweisung administrativ durchzusetzen.

Ein weiteres Mal trat Gebert in einem Schreiben vom 28. März 1941 an Medrický für die Interessen der IG Farbenindustrie AG ein mit der Mitteilung, das Reichswirtschaftsministerium nehme Stellung gegen eine Ausweitung der Zellwollproduktion des tschechischen Bat'a-Konzerns[88], da das Projekt der von der AG Dynamit Nobel zu bauenden Vistra-Fabrik (am 1. Oktober 1942 eingeweiht als Betrieb der Chemischen Industrie AG[89]) bereits seit längerer Zeit seitens der zuständigen Stellen gebilligt worden sei.[90]

Die deutschen Monopolherren waren am Aufbau und an der Erweiterung der Industrie der Slowakei nur auf den Gebieten der Rohstoffherstellung, der Erzeugung chemischer Grundstoffe und der Produktion von Halbfertigwaren interessiert - soweit die Werke unter ihrer eigenen Regie standen bzw. keine Konkurrenzfirmen ihre Produktion erweiterten oder gar neue auftraten. Diese Produkte, die meist in Deutschland weiterverarbeitet wurden, dienten in erster Linie den deutschen Rüstungsproduzenten zum Profiterwerb und im Endeffekt

84 BCHF, Nr. DN 32, Bericht über die Konzerngesellschaften für das Geschäftsjahr 1942.
85 BCHF, Nr. DN 18, Verwaltungsratssitzung vom 18. 12. 1941.
86 BCHF, Nr. DN 12, Bericht für den Verwaltungsrat vom 3. 7. 1940.
87 Dress, Hans, a. a. O., S. 157 f.
88 MH, 56/1/41.
89 BCHF, Nr. DN 32, Bericht über die Konzerngesellschaften für das Geschäftsjahr 1942.
90 Vgl. ausführlich dazu Dress, Hans, a. a. O., S. 154 ff.

der Kriegführung. Nur dazu baute zum Beispiel der Konzern der IG Farbenindustrie AG in der Slowakei "die modernsten Anlagen auf dem Gebiet der Zellwollfabrikation, der Sprengstofferzeugung und der Schwefelkohlenstoffabrikation". [91]

"So waren die deutschen Monopole vor allem an der Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft interessiert, um die volle Ausnutzung der Kapazitäten der von ihnen beherrschten Industriebetriebe in der Slowakei sicherzustellen. Desgleichen förderten sie den Bergbau, die Bauwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie, deren Gedeihen die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in der Slowakei voraussetzte."[92]

An der Entwicklung anderer Wirtschaftszweige der Verarbeitungs- und Verfeinerungsindustrie waren die deutschen Monopolherren, soweit es keine ihrer Konzernbetriebe betraf, nicht interessiert. Auf allen Gebieten versuchten sie, den Aufbau oder die Erweiterung von Konkurrenzindustrien, welche die deutsche Ausfuhr von Fertigwaren in die Slowakei hätte schmälern können, über das Reichswirtschaftsministerium und die Deutsche Gesandtschaft in Bratislava zu verhindern bzw. zu verzögern. Hierfür war Gebert ein wichtiger Mittelsmann und die Verordnung der slowakischen Regierung Nr. 359/1940, wonach die Neugründung oder Erweiterung eines Betriebes von der Genehmigung des Wirtschaftsministeriums abhängig war - wie es der deutsch-slowakische Regierungsausschuß vereinbart hatte -, eine wichtige Grundlage.

Bereits wenige Wochen nach seinem Amtsantritt, am 21. Oktober 1940, schrieb Gebert an Riedler: "Ich bitte im Hinblick auf die Festlegungen der beiderseitigen Regierungsausschüsse über industrielle Neugründungen in der Slowakei um Mitteilung, ob irgendwelche Ansuchen wegen Genehmigung dieser Neugründungen bereits vorliegen. Sollten solche Ansuchen eingehen, bitte ich um rascheste Verständigung, um im Sinne der zwischenstaatlichen Vereinbarungen die weiteren Schritte zur Klarstellung der Voraussetzungen irgendwelcher Neugründungen treffen zu können."[93]

Unter den "weiteren Schritten", die Gebert unternehmen wollte, war, wie aus seinen späteren Briefen hervorgeht, eine Mitteilung an das Reichswirtschaftsministerium zu verstehen, das nach Anhören der staatsmonopolistischen deutschen Unternehmerorganisationen oder auch nur nach Einsichtnahme in die Aufstellungen der deutschen Ausfuhr in die Slowakei ihre Meinung dazu abgab.

Wohl weniger das Reichswirtschaftsministerium, aber um so mehr die deutschen Unternehmerverbände und die in ihnen führenden Konzerne waren an einer recht genauen Kenntnis derer interessiert, die sich anheischig machten, in der Slowakei ihre potenziellen Konkurrenten zu werden. Deshalb sandte Gebert an Riedler am 10. Dezember 1940 "Vorschläge für die Einhaltung von Richtlinien zur Beurteilung der Zulässigkeit von industriellen Neugründungen in der Slowakei bzw. wesentliche Erweiterungen."[94] Diese enthielten folgende fünfzehn Fragen:

"1. Gesellschaftverhältnisse der Firma.

2. Ariereigenschaft der Inhaber bzw. der Aktienmehrheitsbesitzer (Besitzer der Mehrheit von Geschäftsanteilen).

3. Genaue Beschreibung des beabsichtigten Betriebsgegenstandes.

4. Beabsichtigter Betriebsumfang - technische Betriebsausmaße und Betriebsausgestaltung.

91 BCHF, Nr. DN 6, Aktennotiz, Berlin, vom 15. 12. 1939.
92 Dress, Hans, a. a. O., S. 157.
93 MH, 29/4/41.
94 MH, 20/1/40.

5. Einsatz der Arbeitskräfte (männlich - weiblich); wieviel davon werden gelernte Arbeiter sein?
6. Woher glauben Sie, diese Arbeitskräfte erhalten zu können - ist die erforderliche Unterbringung gesichert - soziale Einrichtungen?
7. Wie soll das Kapital aufgebracht werden - wieviel Eigenkapital, wieviel fremdes Kapital?
8. Geplante Absatzrichtung - Inland - Ausland.
9. Auf Grund welcher Voraussetzungen halten Sie Exportfähigkeiten für gegeben?
10. Ergibt sich Ihrer Berechnung nach eine rentable Produktionsgestaltung auf dem Inlandsmarkt?
11. Welche Rohstoffe werden Sie aus dem Inland und welche aus dem Ausland beziehen?
12. Halten Sie Ihre Rohstoffgrundlagen gesichert?
13. Welchen wirtschaftlichen Lebenslauf hat die für die verantwortliche Führung des Betriebes in Aussicht genommene Persönlichkeit hinter sich?
14. Welche Gewähr ist für eine ausreichende fachliche Eignung dieser Betriebsführung gegeben?
15. Woher wurden die Artikel bisher bezogen, deren Erzeugung Sie aufzunehmen gedenken - auf welche Tatsachen gründen Sie Ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den bisherigen inländischen und ausländischen Produzenten gleicher Artikel?"[95]

In seinem Anschreiben bezeichnete Gebert diese fünfzehn Fragen ausdrücklich als "Vorschläge", die er Riedler "als Unterlage für unsere nächsten Besprechungen" übersandte.[96] Es ist unrichtig, wenn Dress dazu schreibt, es wären Richtlinien, "die für das slowakische Wirtschaftsministerium bindend waren."[97] Es ist durchaus möglich, daß diese Fragen in den folgenden Gesprächen zwischen Gebert und Riedler geändert, gekürzt oder erweitert wurden. Einen quellenmäßigen Beweis für die Behauptung von Dress, diese fünfzehn Fragen hätten in einem Fragebogen ihren Niederschlag gefunden, der von den Antragstellern auszufüllen war und der dem Reichswirtschaftsministerium übersandt wurde[98], geben weder er noch Lipták.[99]

Richtig dagegen ist, daß entscheidende Fragen aus diesen von Gebert vorgeschlagenen von den Antragstellern zu beantworten waren und diese Auskünfte Gebert übergeben wurden. Aufschluß darüber gibt ein Konzept von Riedler - das einzige dieser Art in dem untersuchten Bestand - für eine Aktennotiz, die er am 19. Juli 1941 mit dem Anschreiben: "In der Beilage übermittle ich den Erzeugungsplan von Václav Mirko Nýče zur Stellungnahme"[100] an Gebert schickte:

"Václav Mirko Nýče, geb. am 8. Oktober 1905 in Lipchyne, Bez. Nové Mesto n./M., r. k., Fabriksdirektor, hat beim Wirtschaftsministerium um die grundsätzliche Genehmigung der Erzeugung von Kinderwagen und Wirtschaftswagen mit dem Sitz in Šaštin angesucht.

95 Ebenda.
96 Ebenda
97 Dress, Hans, a. a. O., S. 149.
98 Ebenda.
99 Lipták, L'ubomier, Ovládnutie slovenského priemyslu nemeckým kapitalom (Die Unterwerfung der slowakischen Industrie durch das deutsche Kapital) (1939 - 1945), Bratislava 1960, S. 115.
100 MH, 96/1/41.

Nýče hat ein Kapital in der Höhe 2 610 000 Ks zur Verfügung, das teilweise im Protektorat B. u. M., teilweise in der Slowakei ist.

Er hat angegeben, daß er 460 000 Ks in Maschinen, teilweise in der Slowakei, teilweise im Protektorat B. u. M., hat, 800 000 Ks stehen ihm in der Slowakei zur Verfügung. 600 000 Ks hat er in der Slowakei, 750 000 Ks hat er im Protektorat B. u. M. in Gummirädern angelegt.

Die Tageskapazität der Erzeugung von Kinderwagen verschiedener Typen aus Holz oder Metall wäre:

300 - 500 Kinderwagen verschiedener Typen aus Holz und Metall

100 - 300 Puppenwagen

300 - 500 Kinderradeln (2 Rad) für Kinder, verschiedener Art

100 Kinderautos

100 Trizyklen für Kinder, verschiedener Art

200 - 300 Kinderbetten mit Gummirädern aus Holz und Metall

100 Stück Wiegen aus Metall oder Holz laut seines Patentes

10 - 20 Wagen für die Landwirtschaft aus Holz oder Metall, konstruiert auf Gummirädern

50 - 100 Zweiräder aus Holz oder Metall auf Gummirädern

Metallmöbel in größerem Umfang.

Nýče hat ausdrücklich erklärt, daß er keine landwirtschaftlichen Maschinen erzeugen wird, sondern nur Wager usw. aus Holz und Metall auf Gummirädern für Landwirte usw. zum Transport von landwirtschaftlichen Produkten, Getreide, Heu, Gras usw."[101]

Hier werden von den fünfzehn von Gebert vorgeschlagenen Fragen nur drei beantwortet, nämlich die in den Punkten 3, 4 und 7 gestellten. Offensichtlich genügten diese Auskünfte aber dem Reichswirtschaftsministerium für eine Stellungnahme, welche die Deutsche Gesandtschaft, Bratislava (von Schulmann), vier Monate nach Eingang des Schreibens Riedlers - ein Ausdruck der absichtlichen Verzögerung - am 20. November 1941 dem slowakischen Wirtschaftsministerium mitteilte:

"Der Reichswirtschaftsminister ist bereit, Bedenken gegen die Erzeugung landwirtschaftlich nutzbarer Wagen zurückzustellen. Demgegenüber bittet er sicherzustellen, daß eine Erzeugung von Kinderwagen nicht aufgenommen wird, da die Slowakei bisher reibungslos vom Protektorat aus und durch Firmen des Sudetenlandes beliefert wurde. Im Hinblick auf die nicht unbeträchtliche Höhe dieses deutschen Exportes nach der Slowakei müßte es im gegenwärtigen Zeitpunkt als besonders unerwünscht bezeichnet werden, wenn eine eigene slowakische Erzeugung eröffnet würde."[102]

In ähnlicher Weise bezeichnete das Reichswirtschaftsministerium oder eine Wirtschaftsgruppe die Aufnahme von Produktionen anderer Art auf die ihr durch Gebert mitgeteilten Anträge hin als unerwünscht, äußerte ernste Bedenken oder gab den Hinweis, sie aus kriegswirtschaftlichen Gründen zu vermeiden.

101 Ebenda.
102 MH, 96/2/41.

Für folgende Produkte wurden Anträge auf Herstellungsgenehmigung mit negativen Stellungnahmen des Reichswirtschaftsministeriums bzw. der Deutschen Unternehmerverbände zu den genannten Terminen durch Gebert oder die Deutsche Gesandtschaft, Bratislava, beantwortet:

Daten der Schreiben	Produkte	Quellen
15. 11. 40	Schuhbänder, Bandwaren	MH, 9/1/40
27. 11. 40	Elektroden	MH, 14/1/40
3. 1. 41	Trikotagen	MH, 27/1/41
15. 1. 41	Klaviere	MH, 32/1/41
15. 1. 41	Textildruck	MH, 32/1/41
21. 3. 41	Gummiwaren	MH, 20/2/41
26. 3. 41	Schirme	MH, 55/1/41
28. 3. 41	Zellwolle (Erweiterung der Produktion)	MH, 56/1/41
1. 4. 41	Veredelte Zickel- und Lammfelle	MH, 64/1/41
7. 5. 41, 24. 5. 41, 4. 6. 41, 15. 7. 41, 5. 9. 41	Pappen	MH, 56/2/41 MH, 74/1-5/41
13. 5. 41, 25. 7. 41, 11. 8. 41	Sicheln und Sensen	MH, 73/1-3/41
26. 5. 41	Bügeleisen und Gußwaren	MH, 75/1/41
26. 6. 41	Verband- und Schneiderwatte	MH, 88/1/41
5. 9. 41	Rohdachpappe	MH, 111/2/41
20. 11. 41	Kinderwagen	MH, 96/2/41

Dress[103] und Lipták[104] sind zum Teil sehr ausführlich auf Einzelfragen der ablehnenden Bescheide eingegangen. Begründet wurde die ablehnende Haltung des Reichswirtschaftsministeriums damit,

1. daß die zu produzierenden Waren bereits in genügendem Umfange von deutschen Herstellern in die Slowakei exportiert werden würden,

2. daß sich schädigende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt des "Protektorates" und des "Sudentengaues" ergeben würden,

3. daß die Slowakei für die neue Produktion Rohstoffe benötigt, die dann nicht nach Deutschland exportiert werden könnten (zum Beispiel Lumpen für Rohdachpappe).

Der entscheidende und einzig wichtige Grund war jedoch die unverkennbare Absicht, jede neu aufkommende Konkurrenz in der Verarbeitungs- und Verfeinerungsindustrie der Slowakei bereits im Keime zu unterdrücken durch ein Verfahren, das, wie Dress es ausdrückt, "die faktische Entscheidung über Genehmigungen in das Reichswirtschaftsministerium verlagerte."[105]

Der deutsche Wirtschaftsberater in der Slowakei war, wie wir zusammenfassend feststellen können, nicht nur Beobachter wie die deutschen Konsuln, deren Tätigkeit als "volkswirtschaftliche Kundschafter" Weinberger analysierte[106], seine Funktion ging auch über die landläufige Vorstellung der Wirtschaftsberatung als Mittel zur Rationalisierung bzw. Pro-

103 Dress, Hans, a. a. O., S. 150 ff.
104 Lipták, L'ubomier, a. a. O., S. 116 ff.
105 Dress, Hans, a. a. O., S. 148.
106 Weinberger, Gerda, Die deutschen Konsuln. Ihre Rolle in der ökonomischen Expansion des deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 2, S. 203 - 223.

fitvermehrung hinaus: Er war staatsmonopolistischer Manager, tätig in der Unterordnung der slowakischen Wirtschaft unter die Interessen des deutschen Monopolkapitals.

Es wäre lohnend, eine so eingehende Kenntnis des heutigen Beratersystems imperialistischer Länder in den Entwicklungsländern auf Grund von Akten zu haben, um sie mit der Tätigkeit der Berater im slowakischen Staat vergleichen zu können. Vermutlich würden viele gleichartige Züge festzustellen sein.

WESEN UND CHARAKTER DER KOLONIALEN LANDGESELLSCHAFTEN ENDE DES 19. JAHRHUNDERTS

von Jolanda Ballhaus

1. Die Chartergesellschaften der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts

2. Die Landkonzessionsgesellschaften

2.1. Das Konzessionssystem im Kongostromgebiet

2.2. Die deutschen Landgesellschaften in Afrika in den neunziger Jahren

1. Die Chartergesellschaften der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts

In den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden im Zusammenhang mit der verstärkten Kolonialexpansion der kapitalistischen Staaten in Afrika und in Südostasien koloniale Landgesellschaften, die in großen, kapitalistisch noch unerschlossenen Gebieten monopolistische Land- und Minenrechte erhielten.

Zunächst handelte es sich um privilegierte oder Chartergesellschaften, die in der juristischen Form den Handelskompagnien des 16. bis 18. Jahrhunderts ähnlich waren.

England machte mit der Verleihung einer Charter an die British Northborneo Company im Jahre 1881 den Anfang. Sie war das Vorbild für die privilegierten Gesellschaften, die in Deutschland zu Beginn der Kolonialexpansion unter Bismarck geschaffen wurden. Durch sogenannte Schutzbriefverleihungen an Kolonialgesellschaften annektierte Deutschland einen Teil Ostafrikas sowie Nordost-Neuguinea.[1]

Während der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden dann wiederum von englischer Seite drei Chartergesellschaften[2] in Afrika gegründet. Im Zusammenhang mit den englisch-portugiesischen Verhandlungen im Jahre 1891 entstanden auch in den von Portugal beanspruchten Gebieten Ostafrikas zwei Chartergesellschaften[3], offensichtlich, um durch effektive Besitz-

1 Auch Südwestafrika sollte ursprünglich durch eine privilegierte Gesellschaft verwaltet werden. Die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, die 1885 unter Führung der Disconto-Gesellschaft gegründet wurde und die Landrechte über ein großes Gebiet in Südwestafrika beanspruchte, war aber nicht bereit, die Kosten für die Verwaltung zu übernehmen. Sie war eine koloniale Landgesellschaft ohne Hoheitsrechte. (Vgl. Jäckel, Herbert, Die Landgesellschaften in den deutschen Schutzgebieten, in: Mitteilungen der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung, Neue Folge, Nr. 5/1909, S. 130 f.)

2 Im Jahre 1886 die Royal Niger Company, 1888 die Imperial British East Africa Company und 1889 die British South Africa Company unter Cecil Rhodes.

3 Die Companhia de Moçambique und die Companhia do Nyasa.

nahme die alten, teilweise jedoch nur noch fiktiven portugiesischen Besitzrechte gegenüber den britischen Interessen, insbesondere der Rhodes-Gruppe, zu sichern.[4]

Analog zu den Chartergesellschaften entstanden in den neunziger Jahren auch innerhalb der staatlich verwalteten Kolonien - so in den deutschen, belgischen und französischen Besitzungen - aufgrund von Konzessionen große Landgesellschaften, die im Unterschied zu den ersteren jedoch keine Hoheitsrechte besaßen, weil hier der Vorstoß in den "freien Raum" entfiel.[5] In ihrer tatsächlichen Stellung glichen sich beide Formen jedoch weitgehend.

In der bürgerlichen Literatur ist das Problem der Chartergesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts verschiedentlich behandelt worden. Hier wird immer wieder auf das merkantilistische Vorbild hingewiesen, und die Chartergesellschaften des 19. Jahrhunderts werden häufig lediglich als eine Renaissance der früheren Handelskompagnien angesehen.[6] Dabei stehen zumeist rein juristische Vergleiche im Vordergrund, was jedoch nicht zu einer Erklärung der ökonomischen und politischen Ursachen dieses Aufgreifens einer früheren Kolonisationsform führen kann.[7]

Aber auch in der neueren Arbeit über "Die Anfänge der deutschen Kolonialpolitik in Ostafrika" von Kurt Büttner werden die Chartergesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts als Renaissance verstanden.[8] Manfred Nussbaum faßt in seiner Untersuchung "Vom 'Kolonialenthusiasmus' zur Kolonialpolitik der Monopole" die deutsche Kolonialpolitik vor der Jahrhundertwende als Nachahmung der "bekannten und 'bewährten' Methoden" auf, "wie sie ... bei den berüchtigten kolonialen Gesellschaften Englands oder Hollands angewandt worden waren"[9].

Die modernen Chartergesellschaften entstanden jedoch aus grundlegend andersartigen gesellschaftlichen Verhältnissen als die Handelskompagnien des 16. bis 18. Jahrhunderts und haben dementsprechend auch einen anderen ökonomischen und sozialen Inhalt.

Die merkantilistischen Chartergesellschaften entstanden in der Periode, als das Handelskapital und der feudalabsolutistische oder frühkapitalistische Staat Träger der Kolonisation waren.[10] Das Kolonialsystem war hier ein Moment der ursprünglichen Akkumulation des

4 Vgl. Warhurst, Philip R., Anglo-Portuguese Relations in South-Central Africa, 1890 - 1900, London 1962, S. 24, 38.

5 Zu Beginn der neunziger Jahre entstand im Kongostaat ein besonderes System von Konzessionsgesellschaften, das 1899 von Frankreich im Französich-Kongo nachgeahmt wurde. Die deutsche Regierung vergab in den Jahren 1892 - 1895 in Deutsch-Südwestafrika und in Kamerun in den Jahren 1898 - 1899 ebenfalls Landkonzessionen.

6 Vgl. Jäckel, Herbert, a. a. O., S. 12 - 14, sowie Zimmermann, Alfred, Weltpolitisches, Berlin 1901, S. 1 - 3.

7 Der englische Autor Henderson beschränkt sich in seinem Artikel auf eine knappe Darstellung der wichtigsten Fakten zu diesem Thema, ohne die sozialökonomischen Bedingungen zu berühren. (Henderson, W. O., Chartered Companies in the German Colonies, in: Henderson, W. O., Studies in German Colonial History, London 1962.)

8 Vgl. Büttner, Kurt, Die Anfänge der deutschen Kolonialpolitik in Ostafrika. Eine kritische Untersuchung an Hand unveröffentlichter Quellen, Berlin 1959, S. 78 = Studien zur Kolonialgeschichte und Geschichte der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung, Bd. 1.

9 Nussbaum, Manfred, Vom "Kolonialenthusiasmus" zur Kolonialpolitik der Monopole. Zur deutschen Kolonialpolitik unter Bismarck, Caprivi, Hohenlohe, Berlin 1962, S. 152 = Studien zur Kolonialgeschichte und Geschichte der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung, Bd. 8.

10 Markov, Walter, Fragen der Genesis und Bedeutung der vorimperialistischen Kolonialsysteme, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, H. 1/2/1954/55, S. 57.

Kapitals. Monopolhandel mit Kolonialprodukten (Edelmetallen, sonstigen Kostbarkeiten und Genußmitteln) sowie die Erhebung von Tributen, Brandschatzung und Versklavung waren die wichtigsten Methoden.[11]

Die Institution der Charter beruhte ihrem Ursprung nach auf dem mittelalterlichen Lehnsrecht. Meist erhielten die Gesellschaften außer Privilegien auch staatliche Hoheitsrechte verliehen. Sie stellten halbsouveräne Gebilde dar. Die wichtigsten Privilegien waren das Bodenerwerbsmonopol und das Handelsmonopol. Die Chartergesellschaft hatte also einen monopolistischen, das heißt den Handel aller Konkurrenten ausschließenden Zweck, wobei sie sich auf das von ihrem Staat verliehene Privileg stützte. Das war vor allem in dem nicht selten mit Waffen ausgetragenen Kampf der Gesellschaften verschiedener europäischer Nationen, beispielsweise um Gebiete Indiens, von Bedeutung. Ihre Blütezeit hatten die alten Chartergesellschaften in der Merkantilperiode im 17. und 18. Jahrhundert.

Mit der Entstehung der maschinellen Großindustrie wandelten sich die Ursachen, Formen und Methoden der Aneignung und Ausbeutung der Kolonien.[12] Zu Trägern der Kolonisation wurden die Industriekapitalisten. Die industrielle Produktion verlangte Absatzmärkte für Massenartikel sowie billige Rohstoffe. Der Handelsgewinn blieb zwar vorerst immer noch das wichtigste Element des Kolonialprofits, entsprang jedoch jetzt vor allem dem Verkauf von Industriegütern und der Einfuhr billiger Rohstoffe.

Diesen neuen Bedürfnissen entsprachen die alten merkantilistischen Handelskompagnien nicht mehr, da deren Monopolrechte den Export von Massenartikeln behinderten. Der Staat löste sie ab und übernahm ihren Kolonialbesitz. Die Britisch-Ostindische Gesellschaft beispielsweise verlor im Jahre 1813 ihre Monopolrechte, und im Jahre 1858 wurde Indien britische Kronkolonie.[13]

In der Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz herrschte das Prinzip des Freihandels vor, das namentlich in England ein gewisses Desinteresse an weiterer kolonialer Expansion in Form der Besitzergreifung von Territorien hervorbrachte. Die finanziellen Ausgaben und außenpolitischen Risiken, die der Kolonialbesitz mit sich brachte, wurden als unnötige Belastungen angesehen. Der Handel mit überseeischen Gebieten war zumeist nicht abhängig von der eigenen politischen Herrschaft über sie. Die Erzeugnisse der führenden Industrie- und Handelsmacht England waren so konkurrenzfähig, daß sie sich überall durchsetzten, wo ein offener Markt vorhanden war. Die ungehinderte Bewegungsfreiheit des Handels wurde lediglich durch die Seeherrschaft und den diplomatischen Einfluß gesichert. So entstand neben dem eigentlichen Kolonialreich ein "informal Empire", eine Form der kapitalistischen Expansion, die weniger finanzielle Mittel und weniger außenpolitisches Engagement erforderte. Wenn diese Tendenzen sich in England auch tatsächlich nie voll durchsetzten, so war doch im zweiten Jahrhundertdrittel ein gewisses Auf-der-Stelle-Treten nicht zu verkennen.[14] Insbesondere gab es eine Abneigung gegen die Annexion von tropischen Gebieten, die für die Ansiedlung europäischer Auswanderer nicht in Betracht kamen. Selbst die Befürworter der Kolonialpolitik sahen die Zukunft des Empire vor allem in einer festeren Bindung der Siedlungskolonien an das "Mutterland", aber nicht im Erwerb eines "neuen Indien" in Afrika.[15]

11 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 779 - 782.

12 Markov, Walter, a. a. O., S. 57 f.

13 Mukherjee, Ramkrishna, The Rise and Fall of the East-India Company, Berlin 1955, S. 246 ff.

14 Markov, Walter, a. a. O., S. 57 Anm. 112; vgl. hierzu auch Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 260.

15 Vgl. The Cambridge History of the British Empire, Bd. 3: The British Empire-Com-

Zu Beginn der achtziger Jahre wandelte sich die Situation. Der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus hatte begonnen. Wirtschaftliche Depression und der durch das Auftreten der neuen Industriemächte verschärfte Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt hatten in einer Reihe von Ländern den Übergang zur Schutzzollpolitik veranlaßt, der den Monopolisierungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft vorantrieb. Auf den zollpolitischen Schutz der Binnenmärkte mußte der Schutz der Überseemärkte folgen, und so erwies sich die Kolonialexpansion als die notwendige Ergänzung der Schutzzollpolitik. Es begann ein Wettlauf der kapitalistischen Staaten um die Aufteilung der noch "freien Gebiete" in Afrika, Ostasien und im Pazifik, das heißt um die endgültige Aufteilung der Welt. Lenin stellte fest, daß der Übergang des Kapitalismus zum Stadium des Monopolkapitalismus "mit einer Verschärfung des Kampfes um die Aufteilung der Welt verknüpft"[16] war. "Einzig und allein der Kolonialbesitz", sagte Lenin, "bietet volle Gewähr für den Erfolg der Monopole gegenüber allen Zufälligkeiten im Kampfe mit dem Konkurrenten ..."[17]

Im Zusammenhang damit sind auch die Chartergesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts zu betrachten. In dieser Phase des Übergangs existierten jedoch noch beachtenswerte freihändlerische und nichtmonopolistische bourgeoise Interessengruppen, und im liberalen Bürgertum war die Abneigung gegen eine Übernahme von Kosten für die Verwaltung und militärische Sicherung von neuen Kolonien durch den Staat zugunsten einzelner Gruppen von Kolonialinteressenten weit verbreitet. Die Form der Chartergesellschaft bot so der betreffenden Regierung die Möglichkeit, zur Kolonialexpansion überzugehen, ohne sich innenpolitisch allzu stark zu engagieren.

Die englische Regierung blieb auch zu Beginn der achtziger Jahre zunächst noch zurückhaltend gegenüber der Kolonialexpansion, insbesondere was Afrika anbetrifft. Erst die Annexionen Frankreichs und Deutschlands und die Furcht vor einem möglichen Ausschluß des englischen Handels aus den annektierten Gebieten nötigten zu einer Änderung der Politik.[18] Parlament und Schatzamt waren jedoch nach wie vor nicht geneigt, finanzielle Mittel für die Übernahme von Kolonien zu bewilligen. Liberale, aber auch Konservative waren im Parlament insbesondere von breiten Schichten des Klein- und Mittelbürgertums abhängig, das am Freihandel interessiert war. Die Methode der Charterverleihung bot der Regierung einen Ausweg, indem die Kosten für die Verwaltung privaten Unternehmen übertragen wurden.

Als im Jahre 1881 - noch unter der liberalen Regierung Gladstone - die Charter für Nordborneo vergeben wurde, um Besitzansprüchen beziehungsweise Annexionsabsichten von seiten Spaniens, Hollands und eventuell auch Deutschlands zuvorzukommen[19], konnte Außenminister Earl Granville diesen Schritt im Oberhaus verteidigen, indem er erklärte, es handele sich um einen Fall, "der für unsere politischen und wirtschaftlichen Interessen große Vorteile verspricht, ohne daß Anlaß zu Befürchtungen für militärische und finanzielle Belastungen besteht."[20] Und Gladstone versicherte: "Die Regierung ihrer Majestät ... ist durch die Charter nicht verpflichtet, der Gesellschaft in größerem Umfang Schutz zu gewähren ...

monwealth 1870 - 1919, Cambridge 1959, S. 127; Robinson, Ronald/Gallagher, John, Africa and the Victorians. The Official Mind of Imperialism, London/Melbourne/Toronto 1967, S. 11

16 Lenin, W. I., a. a. O., S. 260.

17 Ebenda, S. 264.

18 Vgl. Dilke, Charles, Problems of Greater Britain, London 1890, S. 447.

19 Vgl. Tregonning, K. G., Under Chartered Company rule (North-Borneo 1881 - 1946), Singapore 1958, S. 210.

20 "Which promises great advantages to our political and commercial interests, with an absence of reasonable ground for apprehending military and financial burdens". (Hansard's Parliamentary Debates, Lords, 13th March 1882, Serie CCCXII, S. 715.)

oder sie zu unterstützen, als es der Fall wäre, wenn diese einfach nach dem Handelsrecht eingetragen wäre."[21]

Auch Salisbury, der als konservativer Regierungschef für die Charterverleihungen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verantwortlich war, wollte nicht weitergehen. "Das Unterhaus würde es gewiß ablehnen, die Kosten zu tragen"[22], erklärte Salisbury der Königin im Dezember 1888. Wo britische Unternehmen oder Regierungen von Kolonien oder abhängigen Staaten nicht bereit waren, die zusätzlichen Belastungen zu übernehmen, blieben die führenden Politiker einer Expansion gegenüber vorsichtig.[23]

Eine ähnliche politische Situation bestand Mitte der achtziger Jahre in Deutschland, so daß eine direkte Übernahme von Kolonien durch das Reich zunächst ebenfalls nicht angebracht schien. Die von Bismarck vertretene Konzeption der Kolonialexpansion sah keine staatliche Kolonialverwaltung, kein Beamtenregime, vor, sondern nur den "Schutz kaufmännischer Unternehmen". Nach dem Vorbild der Charter für die British Northborneo Company sollten lediglich Schutzbriefe an kapitalistische Interessentengruppen verliehen werden.[24] Der hauptsächliche Grund hierfür war offensichtlich die bürgerliche Opposition im deutschen Reichstag[25], die - vertreten durch die Linksliberalen und das Zentrum - koloniale Pläne überall rügte, "wo man größere Staatsmittel zu unmittelbaren Gunsten von Unternehmungen anforderte, die doch nur ganz wenigen Interessenten nützten"[26]. Bezeichnend ist Bismarcks Bemerkung im Jahre 1882: "... mit diesem Reichstag ist es schon schwer genug dem Reiche zu erhalten, was es hat, sogar das Heer im Inlande. Solange das Reich finanziell nicht konsolidiert ist, dürfen wir an so teure Unternehmen nicht denken ... Kolonial-Verwaltung wäre nur Vergrößerung des parlamentarischen Exerzierplatzes"[27], sowie seine Erklärung 1883: "Direkte Kolonien können wir nicht verwalten, nur Kompagnien unterstützen, dazu wäre aber auch ein nationaler Reichstag nötig, mit andern, höhern Zwecken, als der Regierung Schwierigkeiten zu machen und Reden zu halten."[28] Gegenüber den Angriffen von seiten des linksliberalen Politikers Eugen Richter, der vor allem auf die Kostspieligkeit von Kolonialunternehmungen hinwies, konnte Bismarck am 26. Juni 1884 im Reichstag darauf verweisen, daß es nicht die Absicht der Regierung wäre, "eine Anzahl von oberen und unteren Beamten dorthin zu schicken und zunächst eine Garnison dort hinzulegen, Kasernen, Hä-

21 "Her Majesty's Government ... are not pledged by the Charter to afford any greater amount of protection ... or support the Company than it would be extended to it, if it were simply incorporated under Companies Act." (Ebenda, S. 716.)

22 "The House of Commons would certainly decline to bear the cost." (Zit. nach: The Cambridge History of British Empire, a. a. O., S. 168.)

23 Vgl. ebenda.

24 Nicht nur in Ostafrika und Neuguinea sollten privilegierte Gesellschaften die Verwaltung übernehmen, sondern auch in Südwestafrika, Kamerun und Togo. Die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika lehnte es jedoch - wie erwähnt - ab, die Hoheitsrechte zu übernehmen, und für Kamerun und Togo blieben Bismarcks Bemühungen, eine Gesellschaft zustande zu bringen, die zumindest die Kosten für die Verwaltung übernahm, erfolglos. (Vgl. Jaeck, Hans-Peter, Die deutschen Annexionen, in: Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft, hg. v. Helmuth Stoecker, Bd. 1, Berlin 1960, S. 62, 81 ff.)

25 Zur bürgerlichen Kolonialgegnerschaft in Deutschland, vgl. auch Nussbaum, Manfred, a. a. O., S. 60 - 62.

26 Hallgarten, George W. F., Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem ersten Weltkrieg, Bd. 1, 2. Aufl. München 1963, S. 211.

27 Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskolonialamt, Nr. 7159, Notiz Bismarcks vom 20. November 1882, Bl. 152.

28 Ebenda, Notiz Bismarcks vom 16. Februar 1883, Bl. 155.

fen und Forts zu bauen". Die "Verantwortlichkeit für die materielle Entwicklung der Kolonie" solle "ebenso wie ihr Entstehen der Tätigkeit und dem Unternehmungsgeist unserer seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger" überlassen "und weniger in der Form der Annektierung von überseeischen Provinzen an das deutsche Reich ... als in der Form von Gewährung von Freibriefen nach Gestalt der englischen Royal charters"[29] vorgegangen werden.

Die Verleihung von Chartern bot also die Möglichkeit, sozusagen halbstaatliche koloniale Gebilde zu schaffen, die den Staat innenpolitisch nicht allzu stark engagierten. Indem die Kosten für die Okkupation und die Verwaltung der Kolonien den Gesellschaften übertragen wurden, konnte man der Opposition den Wind aus den Segeln nehmen bzw. das Parlament überhaupt übergehen.

Die Kolonialexpansion in Form von Charterverleihungen stellte somit von seiten des Staates einen Kompromiß zwischen freihändlerischen und protektionistischen Methoden dar[30], das aus der besonderen Entwicklungsetappe des erst allmählichen Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu verstehen ist.

Neben innenpolitischen Gesichtspunkten schien die Form der Chartergesellschaft auch in außenpolitischer Hinsicht Vorteile zu bieten. Im Konkurrenzkampf um die noch wenigen "freien" Gebiete konnte man den Gesellschaften den Vorstoß zunächst überlassen, ohne daß sich die Regierung gleich festlegte. Die Okkupation der Gebiete wurde von den Gesellschaften vorgenommen. So konnte man erst diplomatisch vortasten, und bei eventuellen Interessenkonflikten mit anderen Staaten blieben noch gewisse Rückzugsmöglichkeiten offen. Der britische Kolonialminister Knutsford befürwortete die Verleihung der Charter für Cecil Rhodes zum Beispiel, indem er dem Auswärtigen Amt mitteilte: "Eine solche Einrichtung dürfte die Regierung Ihrer Majestät in beträchtlichem Maße von diplomatischen Schwierigkeiten und drükkenden Ausgaben befreien."[31] Die englischen Chartergesellschaften erhielten ausdrücklich das Recht, ihr Gebiet durch weitere "Erwerbungen" zu vergrößern.[32] So erweiterte und sicherte zum Beispiel die Royal Niger Company den englischen Einfluß im Hinterland von Nigeria gegen das Vordringen der französischen und der deutschen Kolonialmacht. Die British East Africa Company drang auf Wunsch der Regierung nach Uganda vor, wo auch französische und deutsche Expeditionen "Rechte" geltend machten.[33] In der Charter der British

29 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, V. Lp., IV. Sess. 1884, S. 1062.

30 Im Rahmen ihrer bürgerlichen Geschichtsbetrachtung kommt die englische Wirtschaftshistorikerin Knowles zu einer ähnlichen Auffassung: "Die Chartergesellschaften waren, historisch gesehen, eine Zwischenphase von der Ära des 'laisser faire', als die Regierung alles den Privatunternehmen überließ, zur Ära des konstruktiven Imperialismus, als sie sich bereitfand, die Verantwortung für neue Kolonien zu übernehmen, und begierig war, die Entwicklung der alten Kolonien zu fördern." (Knowles, L. C. A., The Economic Development of the British Overseas Empire, London 1924, S. 486.) Vgl. zu dieser Frage auch Wehler, Hans-Ulrich, Bismarck und der Imperialismus, Köln/Berlin 1969, S. 442.

31 "Such a body may to some considerable extent relieve Her Majesty's Government from diplomatic difficulties and beary expenditure." (Zit. nach: Raphael, Lois A. C., The Cape to Cairo Dream. A Study in British Imperialism, New York 1936, S. 139.)

32 Gegen ausländischen Einfluß wurden die zu übernehmenden Gebiete durch die Verpflichtung gesichert, den englischen Charakter der Gesellschaften zu wahren.

33 Vgl. Gardiner, A., The Life of Sir William Harcourt, Bd. 2, London/Bombay/Sidney 1923, S. 189 ff.

South Africa Company war die nördliche Grenze des verliehenen Gebietes offengelassen, und so blieben das Vordringen ins Innere und die Auseinandersetzung mit Ansprüchen Portugals und Transvaals zunächst der Gesellschaft überlassen. Der englische Politiker Charles Dilke erklärte beispielsweise: "Ohne Zweifel glaubten sie (die Regierung - d. Verf.), daß sich die Grenzfrage ... von selbst lösen würde und daß ... britische Gräber nach Mashonaland strömen und eine tatsächliche Grenze errichten würden, die von keiner portugiesischen Regierung streitig gemacht werden könnte."[34]

Auch bei der Charterpolitik in Deutschland spielten außenpolitische Gesichtspunkte eine gewisse Rolle. So ließ der Schutzbrief der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft die Möglichkeit offen, weitere Gebiete zu "erwerben". Die Regierung konnte in den späteren Verhandlungen mit England entsprechend der jeweiligen Situation die Ansprüche der Gesellschaft anerkennen oder sie desavouieren.[35]

Die Chartergesellschaften stellten somit auch ein Mittel der Aneignung von Kolonialgebieten unter den besonderen Bedingungen des Konkurrenzkampfes um die Aufteilung der Welt am Ende des 19. Jahrhunderts dar.

Das Aufgreifen der Form der Chartergesellschaft ist jedoch nicht allein aus der politischen Situation zu erklären. Zweifelsohne war die Charter- bzw. Schutzbriefverleihung unter den gegebenen innen- aber auch außenpolitischen Bedingungen ein opportunes Mittel der Kolonialannexion. Solche Aspekte entfielen jedoch bei der Verleihung der kolonialen Landkonzessionen, die nach dem Vorbild der Chartergesellschaften in den neunziger Jahren in bereits staatlich verwalteten Gebieten vergeben wurden. Daraus wird sichtbar, daß das Aufgreifen dieser Kolonisationsform nicht allein durch politische Rücksichten bedingt gewesen sein kann.

Die treibende Kraft, die die Regierung sowohl in England wie in Deutschland zur Verleihung von Chartern bzw. Schutzbriefen drängte, waren bestimmte koloniale Interessengruppen. Für sie kam es darauf an, ihre bereits in der einen oder anderen Form "begründeten" Landbesitzansprüche in Übersee gegenüber ihren Rivalen durch staatlichen Schutz sanktionieren zu lassen.[36]

Sowohl Politiker als auch kapitalistische Wirtschaftskreise hegten große Erwartungen im Hinblick auf eine rasche kapitalistische Verwertung der wirtschaftlichen Ressourcen Afrikas. Man glaubte, daß insbesondere Zentralafrika erhebliche Möglichkeiten für den Handel bot und in verschiedenen Gebieten Afrikas bedeutende Mineralreichtümer zu finden waren, die man sich auch im Hinblick auf zukünftige Entdeckungen sichern wollte. An den Besitz von Land- und Minenrechten knüpfte man große Profiterwartungen, die es durch kapitalistische Unternehmen zu realisieren galt.

Die Form für diese Unternehmen wurde durch das Bestreben bestimmt, jede, vor allem aber die fremdländische Konkurrenz auszuschalten. Diese Monopolisierungstendenz wurde seit dem Beginn des Übergangs des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Stadium des Monopolkapitalismus auch in anderen Wirtschaftsbereichen sichtbar. In den Kolonien handelte es sich vor allem um das Bodenmonopol und das Monopol an den Naturreichtümern. Das entsprach dem Charakter der Kolonialexpansion Ende des 19. Jahrhunderts, die ja in

34 Dilke, Charles, a. a. O., S. 336.

35 Vgl. Müller, Fritz Ferdinand, Deutschland - Zanzibar - Ostafrika. Geschichte einer deutschen Kolonialerwerbung 1884 - 1890, Berlin 1959, S. 140 ff.

36 Für das Vorgehen Adolf von Hansemanns hinsichtlich Neuguineas beispielsweise vgl. Jerussalimski, A. S., Bismarck, Diplomatie und Militarismus, Berlin 1970, S. 242 f.; Wehler, Hans-Ulrich, a. a. O., S. 223 - 225, 391 - 397; für die Ansprüche Cecil Rhodes' vgl. Robinson, Ronald/Gallagher, John, a. a. O., S. 235.

gewisser Weise überhaupt monopolistisch war. Sie stand in Zusammenhang mit den Hochschutzzöllen in einigen Ländern und sollte dem betreffenden Land Märkte sichern, auf denen seine Waren eine Vorzugsstellung, wenn nicht gar ein Monopol genießen würden, sowie Gebiete für den direkten und ungestörten Bezug tropischer Rohstoffe.[37]

Die Chartergesellschaft - und auch die nach ihrem Vorbild gebildete Konzessionsgesellschaft - ist nun, wie schon in der Merkantilperiode, in erster Linie eine Monopolgesellschaft. So entsprach diese "antiquierte" Form des kolonialen Unternehmens den neuen ökonomischen Tendenzen. Bezeichnend ist, daß an den Chartergesellschaften bereits Kreise des Bank- und Großkapitals maßgeblich beteiligt waren, die den aufkommenden Monopolkapitalismus repräsentierten.

Es ist bekannt, daß in den privilegierten Gesellschaften[38] in Deutschland von Anfang an oder doch nach wenigen Jahren die Groß- und Kolonialbanken, die das aufkommende Finanzkapital vertraten - in erster Linie die Disconto-Gesellschaft -, eine vorherrschende Stellung einnahmen.[39]

Bei der Mehrzahl der englischen Chartergesellschaften spielte das große mit dem Überseegeschäft verbundene Handels- und Reedereikapital eine führende Rolle. Daneben waren auch einige profilierte Banken beteiligt bzw. interessiert. Da zwei der wichtigsten Merkmale des Imperialismus - großer Kolonialbesitz und Vormachtstellung auf dem Weltmarkt -, wie Lenin feststellte, in England schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hervortraten[40], nahm das englische Handelskapital - auch in der weiteren Entwicklung - eine viel bedeutendere Position innerhalb der nationalen Wirtschaft ein als beispielsweise das Handels- und Schiffahrtskapital Hamburgs und Bremens. Es brachte monopolistische Tendenzen hervor und gehörte zu den Kräften, die die neue Phase des Kapitalismus repräsentierten. Das gleiche trifft für die an den Chartergesellschaften beteiligten Banken zu, die seit Jahrzehnten mit Kapitalexport und Überseegeschäften verbunden waren. Wenn die Banken in England sich auch im allgemeinen noch lange Zeit hinsichtlich der Aktienemission und der direkten personellen Beteiligung bei der Gründung von Unternehmen zurückhaltend zeigten bzw. die Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industrie- und Handelskapital insgesamt langsamer verlief als beispielsweise in Deutschland[41], so nennt Lenin England doch das "an Finanzkapital und imperialistischer Erfahrung reichste Land".[42]

> Die British Northborneo Company wurde von Alfred Dent, dem Inhaber eines englischen Handelshauses in China gegründet. Unterstützt wurde er von einer Gruppe Londoner Kaufleute und Bankiers, die ihre Namen sowie ihr Kapital für das Zustandekommen der Chartergesellschaft einsetzten.[43] Zu den Gründern gehörte Richard Biddulph

37 Nach Stoecker, Helmuth, ungedruckter Vortrag über Triebkräfte und Motive der Bismarck'schen Kolonialannexionen, gehalten auf der Tagung der Forschungsgemeinschaft zur Kolonial- und Übersee-Expansionspolitik des deutschen Imperialismus am 30. April 1963.

38 Hierzu ist auch die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika zu rechnen, die ja ursprünglich zur Übernahme der Verwaltung gegründet worden war.

39 Vgl. hierzu die Namen der Gründer der Neuguinea-Compagnie, der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika und der Beteiligten an der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft nach der Umbildung im Jahre 1887 bei Müller, Fritz Ferdinand, a. a. O., S. 56 f., 168 ff.; die Rolle Adolf Woermanns für Kamerun vgl. ebenda, S. 38 f., und Jaeck, Hans Peter, a. a. O., S. 48 ff.

40 Vgl. Lenin, W. I., a. a. O., S. 288.

41 Vgl. Hilferding, Rudolf, Das Finanzkapital, 2. Aufl. Berlin 1955, S. 335.

42 Lenin, W. I., a. a. O., S. 283.

43 Galbraith, J. S., The Chartering of the British North Borneo Company, in: Journal of British Studies, IV/2, S. 118 f.

Martin von der Bank Martin and Co.[44], einer der größten Londoner Banken, der auch zeitweise Vorsitzender des Aufsichtsrates der British Northborneo Company war.[45]

Die Royal Niger Company ging aus der National African Company hervor, die unter der Leitung von George Taubman Goldie im Verlaufe einer Reihe von Jahren den gesamten Handel an der Niger-Küste monopolisiert hatte. An dieser Gründung war das Bankhaus Glyn, Mills and Currie beteiligt[46], das seit Jahrzehnten im internationalen Anleihengeschäft und bei der Finanzierung des Eisenbahnbaues in Übersee tätig war.[47]

Die Gründung der Imperial British East Africa Company erfolgte durch Sir William Mackinnon, den Inhaber der India Steam Navigation Company, die den gesamten Verkehr an der Küste nördlich von Moçambique unterhielt.[48] Mackinnon war mit den Finanzgeschäften Leopolds II. verbunden und wurde 1889 Direktor der Kongo-Eisenbahngesellschaft.[49] Zu den ursprünglichen Interessenten, die sich für die Verleihung der Charter in Ostafrika einsetzten, gehörte auch das Londoner Bankhaus Rothschild.[50] Sowohl an der British East Africa Company als auch an der Royal Niger Company war der Präsident der Handelskammer von Manchester, J. Hutton, beteiligt.[51]

Bei der Gründung der British South Africa Company unter Cecil Rhodes ist bereits koloniales Monopolkapital neben führenden Londoner Banken beteiligt. Außerdem spielte hier das Bankkapital eine größere Rolle.

Bereits 1888 hatte Cecil Rhodes mittels des Auskaufs seiner Konkurrenten durch die von ihm beherrschte De Beer's Consolidated Mines Ltd. ein Monopol in der südafrikanischen Diamantenindustrie erworben. Damit hatte er sich den Ausgangspunkt für seine weiteren wirtschaftlichen Unternehmungen in Südafrika geschaffen. An dem Auskauf seiner Konkurrenten und der Gewinnung des Diamantenmonopols war das Londoner Bankhaus Rothschild wesentlich beteiligt.[52] "Doch es war dieses große Bankhaus, das die Mittel gab, welche Cecil Rhodes den ersten Vorstoß nordwärts ermöglichte."[53] Rothschild machte auch nicht nur seinen politischen Einfluß für die Verleihung der Charter geltend[54], sondern er war selbst an der Central Search Company beteiligt, der die Minenkonzessionen in Afrika gehörten, auf denen die Charter basierte[55], und die somit hinter der British South Africa Company stand. Auch die großen Eisenbahnbauten, die dann unter der Regie der British South Africa Company erfolgten, waren

44 Irwin, Graham, Nineteenth-century Borneo. A study in diplomatic rivalry, Den Haag 1955, S. 204 = Verhandelingen van het Koninklijk Instituut voor Taal-, Land- en Volkenkunde, Deel XV.

45 Tregonning, K. G., a. a. O., S. 71.

46 Flint, John E., Sir George Goldie and the making of Nigeria, London 1960, S. 46 = West African History Series.

47 Fulford, Roger, Glyn's 1753 - 1953. Six Generations in Lombard Street, London 1953, S. 161, 258 f.

48 Dilke, Charles, a. a. O., S. 450.

49 Biographie colonial belge, T. 1, Bruxelles 1948, S. 630.

50 Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskolonialamt, Nr. 8864, Bl. 3 f., Memorandum vom 30. 5. 1885, in dem einige englische Kapitalisten dem Reichskanzler ihr Interesse an dem ostafrikanischen Gebiet zwischen der Küste und den Seen mitteilten. Zu den Unterzeichnern gehört unter anderen M. Rothschild.

51 Kiewiet, Marie J., History of the Imperial British East Africa Company 1876 - 1899, Ph. D. Thesis London 1955, S. 99; Flint, John E., a. a. O., S. 46.

52 Encyclopaedia Britannica, Bd. 19, London/Chicago/Genf/Sydney/Toronto 1963, S. 259.

53 Raphael, Loïs A. C., a. a. O., S. 79.

54 Lockhart, J. G./Woodhouse, C. M., Rhodes, London 1963, S. 161.

55 Vgl. Wilson, A. J., An Empire in Pawn, London 1909, S. 226 f., 239 f.

vor allem durch die Finanzierung von seiten finanzkapitalistischer Kreise möglich, insbesondere durch Emile Baron Beaumont d'Erlanger, dem Senior-Partner des Bankhauses Erlanger. Baron d'Erlanger war Direktor der British South Africa Company und der Rhodesia Railways Trust Ltd.[56]

Mit ihren zahlreichen Tochter- und Nebengesellschaften entwickelte sich die British South Africa Company rasch zu einem monopolistischen Wirtschaftsverband von Bergwerks- und Eisenbahnunternehmen, in dem das Finanzkapital führende Positionen innehatte. Man kann hier schon bald von einem voll ausgeprägt finanzkapitalistischen Wirtschaftskonzern sprechen.

Die Chartergesellschaft stellte also nicht nur eine aufgrund der politischen Situation opportune Form der Kolonialexpansion dar, sondern war vor allem für bestimmte Gruppen des Bank- und Großkapitals, die den aufkommenden Monopolkapitalismus repräsentierten, ein Mittel, sich bestimmte Gebiete als - eventuell auch erst in der Zukunft verwertbare - Rohstoffquellen und Kapitalanlagemöglichkeiten monopolistisch zu sichern, das heißt, jede Konkurrenz dort auszuschalten.[57] Nicht zufällig entstanden kurze Zeit später, von finanzkapitalistischen Kreisen inspiriert, auch in den staatlich verwalteten Kolonien Landgesellschaften, die den gleichen ökonomischen Charakter wie die Chartergesellschaften trugen und dem gleichen Zweck dienten.

Der monopolkapitalistische Charakter beider Formen von Landgesellschaften wird aus deren weiteren Entwicklung deutlich sichtbar. Auch nach der Ablösung der Privilegien bzw. dem Erlöschen der Konzessionen bestanden die großen Gesellschaften als monopolistische Landgesellschaften weiter. Es sei hier auf die British South Africa Company hingewiesen, die auch nach der Ablösung ihrer Charter in den Jahren 1923/24 ihren Landbesitz behielt und in Südrhodesien bis 1933[58] bzw. in Nordrhodesien bis zur Gründung des unabhängigen Staates Sambia im Jahre 1964[59] im Besitz der Minenrechte blieb, sowie auf das im Jahre 1900 von der Compagnie du Katanga in Verbindung mit dem "Kongostaat" gegründete Comité Special du Katanga, dem noch im Jahre 1960 45 Millionen Hektar Land gehörten[60].

Die Verleihung von Chartern bzw. Schutzbriefen als Form der kolonialen Expansion bedeutete allerdings ein noch nicht vollständiges Engagement von seiten des Staates, was aus der besonderen Entwicklungsetappe des erst allmählichen Übergangs zum Monopolkapitalismus zu verstehen ist. Einerseits zeigte sich der Staat gerade hier auf kolonialpolitischem Gebiet bereits als Interessenvertreter des aufkommenden Finanzkapitals[61], andererseits war der Staat aber noch nicht zum Herrschaftsinstrument des Monopolkapitals geworden. So war die Politik der Charterverleihung ein Ausdruck dieses Verhältnisses zwischen kapitalistischem Staat und den Kräften, die den sich herausbildenden Imperialismus repräsentierten.

Es zeigt sich also, daß die Chartergesellschaften des späten 19. Jahrhunderts mit den alten Handelskompagnien nicht viel mehr als den Namen gemeinsam hatten. Ihr Inhalt und Charakter waren durch die jeweiligen sozialökonomischen Verhältnisse bestimmt, die sich ganz

56 The Story of the Cape to Cairo Railways and River Route from 1887 to 1922, hg. v. Leo Weinthal, Bd. 1, London 1922, S. 638 f.
57 Stroecker, Helmuth, a. a. O.
58 Encyclopaedia Britannica, Bd. 4, a. a. O., S. 240.
59 Area handbook for Zambia, Washington 1969, S. 320.
60 Merlier, Michel, Le Congo de la colonisation belge à l'indépendence, Paris 1962, S. 60 = Cahiers libres 32 f.
61 Die staatliche Unterstützung und Forcierung der Kolonialpolitik ist als ein Element des sich herausbildenden staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland anzusehen. (Vgl. Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, 4. Aufl. Berlin 1967, S. 25.)

wesentlich voneinander unterschieden. Daraus ergibt sich, daß es sich am Ende des 19. Jahrhunderts nicht einfach um eine Wiederbelebung der alten Chartergesellschaften gehandelt hat.

Die Situation, in der die modernen Chartergesellschaften entstanden, hat allerdings äußerlich in mancher Hinsicht gewisse Ähnlichkeiten mit Bedingungen der vergangenen Jahrhunderte gehabt, woraus sich auch die Ähnlichkeit der Form erklärt. Wie Ende des 19. Jahrhunderts herrschte vom 16. bis zum 18. Jahrhundert ein scharfer Konkurrenzkampf der kolonisierenden Mächte um die günstigsten Ausbeutungsobjekte. Der Staat unterstützte das Vorgehen des privaten Kapitals im Rahmen der merkantilistischen Wirtschaftspolitik, eine Erscheinung, die - wie geschildert - beim Übergang zum Monopolkapitalismus Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Protektionismus wieder auftrat. Vor allem aber handelte es sich bereits bei den merkantilistischen Chartergesellschaften um die Errichtung eines wirtschaftlichen Monopols.[62] Monopole und Privilegien spielten in der Merkantilperiode eine große Rolle. Daher wird das Aufgreifen dieser Kolonisationsform in einer Zeit, als sich monopolistische Tendenzen in der Entwicklung des Kapitalismus abzeichneten, verständlich.

Der bürgerliche Sachkenner Carton de Wiart kommt in seiner Untersuchung der englischen Chartergesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts ebenfalls zu dem Ergebnis, daß es sich nicht um eine "Restauration des Systems der privilegierten Gesellschaften"[63] handelte. Er betrachtet die Wiederkehr dieser Form jedoch als einen "zufälligen Vorgang" und begründet das damit, daß England diese Form aus reinen Opportunitätsgründen in außen- und innenpolitischer Hinsicht gewählt habe. Zweifellos haben solche Gesichtspunkte - wie bereits dargelegt - bei der Verleihung der Chartern eine Rolle gespielt. Als "zufälligen Vorgang" kann man diese Erscheinung jedoch nur auffassen, wenn man die politischen Umstände losgelöst von den ökonomischen Bedingungen betrachtet. Die modernen Chartergesellschaften und auch die ihnen folgenden Landkonzessionsgesellschaften waren ökonomisch eine Form der Kolonisation durch Kreise des Bank- und Großkapitals, die den aufkommenden Monopolkapitalismus repräsentierten, und entsprachen deren monopolistischem und expansionistischem Charakter. "Es ist das gewöhnliche Schicksal neuer geschichtlicher Schöpfungen", stellte bereits Karl Marx fest, "für das Seitenstück älterer und selbst verlebter Formen des gesellschaftlichen Lebens versehn zu werden, denen sie einigermaßen ähnlich sehn."[64]

So muß eine ältere Form in einer Zeit mit neuen Erfordernissen auch nicht unbedingt einen Anachronismus bedeuten, wie Kurt Büttner das Problem darstellt.[65] Er geht dabei offensichtlich von den Vorstellungen und Ausbeutungsplänen des Conquistadors Karl Peters aus[66], der - nach dem Vorbild der Ostindischen Kompagnie - gewaltige Profite aus der Ausübung der Hoheitsrechte und der Ausplünderung der in Ostafrika vermuteten Reichtümer zu ziehen

62 Pièrre Bonnassieux kommt in seiner Untersuchung der merkantilistischen Chartergesellschaften zu dem Ergebnis: "... das Monopol und das ausschließliche Privileg bilden den grundsätzlichen Charakter des Regimes der Gesellschaften." (Bonnassieux, Pièrre, Les Grandes Compagnies de Commerce, Paris 1892, S. 484.)

63 Carton de Wiart, Edmond, Les Grandes Compagnies Coloniales Anglaises du XIX^e siècle, Paris 1899, S. 265.

64 Marx, Karl, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 340. - Marx stellte fest, daß dieselben Kategorien in verschiedenen Gesellschaftsstufen eine verschiedene Stellung einnehmen und nannte als Beispiel: "Eine der letzten Formen der bürgerlichen Gesellschaft: joint-stock-compagnies. Erscheinen aber auch im Beginn derselben in den großen privilegierten und mit Monopol versehenen Handelskompanien." (Marx, Karl, Einleitung [zur Kritik der politischen Ökonomie], in: ebenda, Bd. 13, Berlin 1961, S. 638 f.

65 Vgl. Büttner, Kurt, a. a. O., S. 56.

66 Vgl. ebenda, S. 78.

hoffte. Hier muß man jedoch zwischen der äußeren Form der Schutzbriefgesellschaft und den Methoden unterscheiden, die in diesem besonderen Falle angewandt wurden. Das Vorgehen Peters' entsprach tatsächlich nicht den historischen Bedingungen. Hinzu kam, daß Ostafrika keine solchen Reichtümer besaß wie Indien. Von einem Anachronismus kann man jedoch nur im Hinblick auf seine Absicht sprechen, bei der Ausbeutung Methoden des Zeitalters der Entdeckungen und des kolonialen Handelskapitals zu übernehmen.[67] So stellten Peters' Kolonisationsversuche auch nur eine kurze Episode dar.

2. Die Landkonzessionsgesellschaften

2.1. Das Konzessionssystem im Kongostromgebiet

Die Landkonzessionsgesellschaften, die in den neunziger Jahren in den belgischen, französischen und deutschen Kolonien gegründet wurden, entstanden unter ganz verschiedenen politischen Umständen und in Gebieten mit unterschiedlichen natürlichen und ökonomischen Gegebenheiten. Wie bei den Chartergesellschaften war aber auch hier überall der Ausschluß der Konkurrenz und die Sicherung der Gebiete zur alleinigen Ausbeutung für einige kapitalistische Interessengruppen bestimmend, die den entstehenden Monopolkapitalismus repräsentierten bzw. bereits als eindeutig dem Finanzkapital zugehörig betrachtet werden müssen.

Ein besonderes Konzessionssystem bildete sich im sogenannten Unabhängigen Kongostaat heraus. Dieser Staat ging aus den Erwerbungen hervor, die die Association Internationale Africaine unter Leitung des belgischen Königs Leopold II. gemacht hatte. Im Jahre 1885 wurde auf der Berliner Kongokonferenz ein Abkommen getroffen, das die Besitzverhältnisse im Kongobecken regelte und zum Ausgleich der Interessen der verschiedenen dort engagierten Mächte Freiheit des Handels für das gesamte Kongostromgebiet festlegte.[68] Diese Bestimmung sollte sich jedoch in der Folgezeit für die Ausbeutungspläne Leopolds II., in dessen Privatbesitz sich der Kongostaat faktisch befand, als ein Hemmnis erweisen.

Es fanden sich aber Mittel und Wege, diese Bestimmung unwirksam zu machen.

Das Kongobecken - insbesondere die Urwälder des Kongostaates, die sich bis weit ins Innere Zentralafrikas erstrecken - war reich an wildwachsenden Kautschukbäumen; ja die Kongowälder erwiesen sich als das reichste Kautschukreservoir Afrikas und enthielten nach den brasilianischen Urwäldern den größten Kautschukbestand der Welt.

Kautschuk entwickelte sich in den neunziger Jahren zu einem wichtigen Importartikel Europas und Nordamerikas. Mit dem Fortschritt der Technik, insbesondere mit der Entstehung der Elektrotechnik und dem Beginn der Automobilindustrie Ende der neunziger Jahre, wurde Kautschuk zu einem unentbehrlichen industriellen Rohstoff, der auf dem Weltmarkt rege Nachfrage fand. Der Export des Kautschuks brachte bedeutende Gewinne, nicht nur, weil der Preis infolge der Nachfrage relativ hoch war, sondern vor allem, weil die Afrikaner, die den Kautschuk gewannen, dafür nur eine minimale Vergütung erhielten.

Der Kongostaat brachte Leopold II. in den ersten Jahren nach seiner Gründung große Defizite.[69] Deshalb wurde nun auf ein großangelegtes Ausbeutungssystem hingearbeitet, das den Kautschukreichtum des Kongogebietes für Leopold II. und die ihm nahestehende finanzkapitalistische Gruppe von Kolonialinteressenten, deren Exponent Albert Thys war, möglichst rasch in klingende Münze verwandeln sollte. Im Jahre 1885 wurde alles Land, das sich nicht

67 Vgl. Müller, Fritz Ferdinand, a. a. O., S. 141, 220 f.
68 Vgl. Handbuch der Verträge, hg. v. Helmuth Stoecker, Berlin 1968, S. 60 ff.
69 Vgl. Ascherson, Neal, The King incorporated. Leopold II. in the age of Trusts, London 1963, S. 147 ff.

unmittelbar in Besitz der Afrikaner befand, zu Eigentum des Staates erklärt, und im Jahre 1889 untersagte man auf der Grundlage dieses Eigentumsanspruchs die Ausbeutung der Wälder, die jetzt dem Staat gehörten, bzw. machte die Ausbeutung konzessions- und abgabepflichtig.[70] Den Afrikanern wurde also sämtlicher Grund und Boden, auf dem nicht ihre Hütten standen oder gerade Felder angelegt waren, einfach durch ein Zirkular entzogen, was einer Enteignung gleichkam. Man deklarierte den nicht von den Afrikanern bebauten oder bestellten Boden sozusagen als herrenloses Land. Tatsächlich gab es herrenloses Land aber nur in abgelegenen, unwegsamen und unbewohnten Gebieten. Im allgemeinen waren die Wälder im Besitz der einheimischen Stämme, die sie in vielfältiger Weise für ihren Lebensunterhalt nutzten. Nach Erschöpfung des Bodens pflegten die Stämme die Parzellen, die sie bestellten, zu wechseln und neue Urwaldgebiete in Bebauung zu nehmen.

Mit der Okkupation des sogenannten herrenlosen Landes durch den Kongostaat wurde den Einwohnern zugleich die Verfügung über die Produkte darauf entzogen. Das Sammeln der Produkte war ihnen zwar weiterhin gestattet, aber nur unter der Bedingung, daß sie dem Staat zu einem vorgeschriebenen Preis abgeliefert wurden. Auf diese Weise schloß man jeden Handel mit Dritten einfach aus. Sämtliche Produkte der Urwälder galten als Eigentum des Kongostaates, da ihm ja der gesamte Grund und Boden gehörte. Der Verkauf von Produkten an andere galt als Diebstahl und der Weiterverkauf als Hehlerei. Beides wurde dementsprechend strafrechtlich verfolgt.

Teilweise übernahm der "Kongostaat" die Ausbeutung der Naturreichtümer nun selbst, zum größten Teil wurde der Boden aber durch Konzessionen an kapitalistische Landgesellschaften vergeben[71], an denen sich der "Staat" gewöhnlich beteiligte.[72] Dieses System stellte eine Umgehung der in der Kongo-Akte garantierten Freiheit des Handels dar, ohne daß sie dem Worte nach verletzt wurde. Es sicherte Leopold II. und der ihm nahestehenden Gruppe von Kolonialinteressenten die riesigen Kautschukreichtümer der Kongowälder zur alleinigen Ausbeutung.

Eine Besteuerung der afrikanischen Bevölkerung in Form von Zwangslieferungen bestimmter Mengen Kautschuk und Elfenbein sowie die Eintreibung der Steuern und die Bestrafung der säumigen Dörfer durch Kolonialtruppen vervollständigten das System. Der Kongostaat unterhielt eine Kolonialarmee von zeitweise nahezu 20 000 Mann. Außerdem besaßen die Konzessionsgesellschaften ihre eigenen Truppen.[73] Diese Methoden führten allmählich zur Ausrottung der Bevölkerung ganzer Dörfer und Landstriche. Sie sind als die "Kongo-Greuel" in die Geschichte eingegangen.

Den Konzessionsgesellschaften brachte das System fabelhafte Gewinne, und die Spekulation in Kolonialwerten nahm einen mächtigen Aufschwung. An der Brüsseler Börse setzte Mitte der neunziger Jahre ein regelrechter Kolonialboom ein. Es ist verständlich, daß "das von

70 Waltz, Heinrich, Das Konzessionswesen im Belgischen Kongo, Jena 1917, S. 13 f. = Veröffentlichungen des Reichskolonialamts Nr. 9, Bd. 1.

71 Albert Thys regte die Gründung der Compagnie du Congo pour le Commerce et l'Industrie (CCCI) an, die sich an der Gründung der Banque d'Outre-Mer und der Union Minière du Haut-Katanga beteiligte und Hauptaktionär der Kongo-Eisenbahngesellschaft wurde, bei der Thys wiederum den Direktorposten erhielt. Außerdem wurde Thys Mitbegründer der Societé Belge pour le Commerce du Haut-Congo (SAB), der Compagnie du Katanga und anderer Kongogesellschaften. (Bibliographie coloniale belge, Bd. 4, Brüssel 1955, S. 875 ff.) An der Gründung der Kompagnie du Katanga 1891 waren nicht nur die CCCI, die SAB und die Kongo-Eisenbahngesellschaft, sondern auch eine der größten Banken Frankreichs, die Societé Générale, beteiligt. (Comité Special du Katanga 1900 - 1950, Brüssel o. J., S. 16.)

72 Ascherson, Neal, a. a. O., S. 198 ff.

73 Vgl. Morel, E. D., King Leopolds rule in Africa, London 1904, S. 102 f.

den im 'Unabhängigen Kongostaat' gemachten phantastischen Gewinnen angelockte Pariser und internationale Finanzkapital den dringenden Wunsch" verspürte, "einem so günstigen Beispiel zu folgen".[74]

In den französischen Kongobesitzungen erschwerten ungünstige geographische und wirtschaftliche Verhältnisse - ungesundes Klima, unentwickeltes Straßennetz, Mangel an Arbeitskräften und niedriger Stand der Produktivkräfte - eine rasche kapitalistische Erschließung und Ausbeutung.[75] Es gab jedoch dort teilweise ebenso kautschukreiche Urwälder wie im Kongostaat. So wurden seit Anfang der neunziger Jahre in Frankreich Forderungen laut, für die französische Kongokolonie in ähnlicher Weise wie im Kongostaat Konzessionen zu erteilen, was zunächst auf Widerstand im französischen Parlament stieß. Im Jahre 1899 kam schließlich ein grundlegendes Dekret zustande, durch das alle herrenlosen Ländereien in Französisch-Kongo zur Staatsdomäne erklärt und die Bedingungen für die Erteilung von Konzessionen festgelegt wurden. Daraufhin entstanden noch im gleichen Jahr nach dem Vorbild der Gesellschaften im Kongostaat vierzig Konzessionsgesellschaften in Französisch-Kongo, wodurch fast die gesamte Kolonie vergeben wurde.

Hinsichtlich der Landübertragung war hier jedoch festgelegt, daß für die afrikanische Bevölkerung Reservate ausgeschieden und abgegrenzt werden sollten. Diese Maßregel wurde aber niemals durchgeführt und die Durchführung auch für praktisch unmöglich erachtet. Die Ausscheidung und Vermessung wäre unter afrikanischen Bedingungen überaus kostspielig gewesen und hätte die Konzessionsgesellschaften unrentabel gemacht. Ebenso war es mit der Freiheit des Handels, die die Konzessionsgesellschaften laut Dekret zu wahren hatte. Da die Produkte auf ihrem Grund und Boden den Konzessionären gehörten und die vorgesehenen Reservate für die afrikanischen Stämme tatsächlich nicht geschaffen wurden, waren die alteingesessenen, vorwiegend englischen Handelsfirmen in der gleichen Weise wie zuvor im Kongostaat mit einem Federstrich von der Ausbeutung der Kolonie ausgeschlossen.

Wie im Kongostaat so war auch in Französisch-Kongo die schlimmste Terrorherrschaft die notwendige Konsequenz des Konzessionssystems.[76] Nach Ausschluß der Konkurrenz zahlten die Konzessionsgesellschaften niedrigste Preise, die für die Afrikaner keinen ökonomischen Anreiz zur Gewinnung von Produkten darstellten. Außerökonomischer Zwang, bei dem die Kolonialverwaltung wirksame Unterstützung gewährte, war die notwendige Konsequenz. Die Folge war auch hier die Ausrottung der einheimischen Bevölkerung sowie die Vernichtung des Bestandes von Kautschukpflanzen und der Elefantenherden.

Wenn die Konzessionsgesellschaften im Kongobecken - gestützt auf ihr Bodenmonopol - die Methode des Handelsmonopols anwandten, so ergab sich das aus den besonderen Gegebenheiten dieses Gebiets. Zur Rohstofferzeugung brauchten hier zunächst keine Kapitalinvestitionen vorgenommen zu werden. Es handelte sich lediglich darum, sich in den Besitz der Produkte zu setzen. Ein Handelsmonopol, verbunden mit rücksichtslos durchgesetzter Zwangsarbeit der afrikanischen Bevölkerung, versprach dabei die höchsten Gewinne. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß auch die British Royal Niger Company, obwohl ihr in der Charter unter Berufung auf die Kongo-Akte ausdrücklich die Wahrung der Handelsfreiheit auferlegt worden war, ein Handelsmonopol im Inneren Nigerias errichtete, wo sie ebenfalls Kautschuk und Elfenbein aufkaufte.

74 Suret-Canale, Jean, Schwarzafrika. Geschichte West- und Zentralafrikas 1900 - 1945, Bd. 2, Berlin 1969, S. 31.

75 Vgl. Roberts, Stephen H., History of French Colonial Policy (1870 - 1925), Bd. 1, London 1929, S. 346 f.

76 Vgl. Challay, Felicien, Le Congo Français. La question internationale du Congo, Paris 1909, S. 224, 228; Suret-Canale, Jean, a. a. O., S. 46 ff.

Für die Anwendung dieser Methode waren auch die relativ unentwickelten sozialökonomischen Verhältnisse maßgebend. Während an der Guineaküste die Warenproduktion und der Handelsverkehr zum Teil schon eine bedeutende Entwicklung erfahren hatten[77], waren die Stämme im Kongostromgebiet im Rahmen ihrer überlieferten Naturalwirtschaft nicht in der Lage, in größerem Umfang Rohstoffe zu liefern und Waren aufzunehmen. Außerökonomischer Zwang stellte daher das Mittel dar, um diese Schranke rasch zu durchbrechen. Im Westsudan dagegen konnte man sich auf die einfache Warenwirtschaft stützen. Die Bauernwirtschaft wurde - ohne daß dazu große Kapitalinvestitionen nötig waren - zum Anbau von Exportkulturen veranlaßt und ökonomisch dem Finanzkapital untergeordnet.[78] So produzierte Senegal bald große Mengen von Erdnüssen für den Export, während die Goldküste sich zu einem Kakaoausfuhrland entwickelte.

Das Ausbeutungssystem im Kongostaat und in Französisch-Kongo führte schließlich zur Ruinierung und Ausrottung der Bevölkerung und zur Erschöpfung des Kautschukbestandes. Bereits im Jahre 1904 ging der Kautschukexport des Kongostaates zurück.[79] Etwa seit 1903 begann man in den englischen und holländischen Kolonien Südostasiens Kautschukplantagen anzulegen. Der Plantagenkautschuk war qualitativ besser als der wildwachsende und nahm schon nach wenigen Jahren einen bedeutenden Platz auf dem Weltmarkt ein.[80] Im Jahre 1907 setzte eine Krise auf dem Kautschukmarkt ein, die einen Rückgang der Preise mitsichbrachte. Diese Umstände führten dazu, daß sich das Finanzkapital in Afrika nach anderen Profitmöglichkeiten umsah. Hinzu kamen die ständigen Unruhen und Aufstände der afrikanischen Bevölkerung, die sich der brutalen Ausbeutung widersetzte. Der Widerstand der Afrikaner trug wesentlich dazu bei, daß schließlich eine Veränderung der kolonialen Ausbeutungsmethoden im Kongobecken Platz griff.[81]

Unter dem außenpolitischen Druck, insbesondere durch England, das mit der Einberufung einer internationalen Konferenz drohte, übergab Leopold II. im Jahre 1908 den Kongostaat dem belgischen Staat. Danach wurden einige Reformen im Kongogebiet durchgeführt, mit der Tendenz, die Konzessionen einzuschränken und abzulösen und die schlimmsten Auswüchse dieser Kolonialausbeutung zu unterbinden. Im Jahre 1910 leitete dann auch Frankreich eine Beschneidung der Konzessionen in Französisch-Kongo ein.

Mit diesen Reformen zeichnete sich eine Wendung in den Ausbeutungsmethoden im Kongogebiet ab. Es handelte sich um den Übergang von dem System der Ausplünderung der Naturreichtümer und der Ausrottung der Bevölkerung zu intensiveren Formen der Ausbeutung, durch die die Produktivität gesteigert und die Bevölkerung als das eigentliche Ausbeutungsobjekt erhalten werden sollte, mit dem Ziel, dem Rohstoffbedarf der "Mutterländer" nachzukommen. Die intensivere Form der Kolonialausbeutung, die sich nach dem ersten Weltkrieg voll durchsetzte, bestand in der Ausbeutung der Erzvorkommen, die 1906 in Katanga entdeckt worden waren, und in der Einrichtung von Großplantagen. Man kann also von zwei Phasen der monopolistischen Kolonialausbeutung des Kongostromgebietes sprechen.[82] Die Landgesellschaften blieben auch in der zweiten Phase im wesentlichen bestehen.

77 Vgl. Die Völker Afrikas, u. d. Red. v. D. A. Olderogge u. I. I. Potechin, Bd. 2, Berlin 1961, S. 394.
78 Vgl. ebenda, S. 394; Suret-Canale, Jean, a. a. O., S. 17 f.
79 Whitford, H. N./Anthony, A., Rubber Production in Africa, Washington 1926, S. 93.
80 Im Jahre 1913 kamen bereits 50 Prozent des Kautschuks auf dem Weltmarkt von den Plantagen. (Suret-Canale, Jean, a. a. O., S. 69.)
81 Vgl. Loth, Heinrich, Kolonialismus und "Humanitätsintervention". Kritische Untersuchung der Politik Deutschlands gegenüber dem Kongostaat (1884 - 1908), Berlin 1966, S. 107 f. = Studien zur Geschichte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, Bd. 18.
82 Vgl. Die Völker Afrikas, a. a. O., S. 599 f.; Loth, Heinrich, a. a. O., S. 108 f.

In Belgisch-Kongo entwickelten sich auf der Grundlage der Landkonzessionen große monopolistische Wirtschaftsverbände, deren einflußreichster unter der Führung der Societé Générale - eine der größten Banken Frankreichs - im Jahre 1932 mehr als 50 Prozent des gesamten investierten Kapitals kontrollierte. Durch ihre 41 Tochtergesellschaften beherrschte die Societé Générale praktisch die gesamte Produktion von Kupfer, Diamanten, Radium, Zement und einen erheblichen Anteil der Goldgewinnung in Belgisch-Kongo. Außerdem gehörten ihr die bedeutendsten Elektrizitätswerke.[83]

2.2. Die deutschen Landgesellschaften in Afrika in den neunziger Jahren

Deutschland war bei der Aufteilung der Welt relativ spät in Erscheinung getreten, zu einer Zeit, als große Teile der Erde sich bereits in kolonialer Abhängigkeit befanden. Die Gebiete, die Deutschland in dem Wettlauf um die endgültige Aufteilung der Welt in Besitz nehmen konnte, waren sowohl hinsichtlich der Naturreichtümer als auch der sonstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen und der Lage nach nicht die günstigsten Ausbeutungsobjekte.

Dessenungeachtet hatten die deutschen Kolonialgründer Mitte der achtziger Jahre entsprechend dem damals in Europa allgemein übertriebenen Glauben an die natürlichen Reichtümer Afrikas ihre Hoffnungen auf eine rasche Erschließung der neuerworbenen Kolonialgebiete und auf eine schnelle Bereicherung gerichtet.

Schon nach wenigen Jahren zeigte sich aber, daß sich diese Erwartungen nicht erfüllten. Reiche Mineralvorkommen wurden zunächst nicht entdeckt, und andere Naturschätze fanden sich auch nicht in solchem Ausmaß wie beispielsweise in den Kongourwäldern. Die Möglichkeiten für die Siedlung von Europäern waren sehr begrenzt, und die ersten Versuche zeitigten auch keine besonders günstigen Ergebnisse. Im übrigen handelte es sich um Gebiete mit naturalwirtschaftlichen Wirtschaftsformen, die nicht sofort in größerem Umfang Waren aufnehmen und Rohstoffe liefern konnten. Die Aufnahmefähigkeit für Waren war beschränkt durch die nur geringen Überschüsse aus der "naturalwirtschaftlichen oder sonst unentwickelten Produktion, deren Produktivität nicht rasch gesteigert und die noch weniger in kurzer Zeit in Produktion für den Markt umgewandelt werden konnte"[84].

Die deutschen Kolonien mußten nicht nur erobert, sondern für eine kapitalistische Ausbeutung in größerem Maßstab überhaupt erst "erschlossen" werden. Das bedeutete vor allem die Zerstörung der naturalwirtschaftlichen Wirtschaftsformen durch Enteignung des Grund und Bodens der einheimischen Bevölkerung und deren Verwandlung in Lohnarbeiter bzw. Unterordnung der einheimischen Landwirtschaft sowie die verkehrsmäßige Erschließung durch den Bau von Straßen und Eisenbahnen, wobei der Eisenbahnbau wiederum ein wesentliches Mittel zur Beschleunigung des ersteren Vorganges darstellte. Das Eindringen in die Wirtschaftsstruktur der einheimischen Stämme rief aber den Widerstand der Afrikaner hervor. Es erforderte erhebliche, vor allem militärische Mittel, um diesen Widerstand zu unterdrücken und die Kolonien für eine rentable "Verwertung" vorzubereiten. Die langwierige, zunächst keine größeren Gewinne verheißende "Erschließungs"arbeit erwies sich verständlicherweise nicht als Anziehungspunkt für Kapitalanlagen. Bezeichnend dafür ist, daß deutsches Kapital zwar in erheblichem Umfang ins Ausland, aber nicht in die eigenen Kolonien floß. "Die Nutzanwendung ist einfach; wenn keine wertvollen Erzvorkommen ausgebeutet werden können, sind die Möglichkeiten für private Investitionen in solchen Gebieten

83 Frankel, S. Herbert, Capital investment in Africa, its course and effects, Oxford/London/New York/Toronto 1938, S. 294.

84 Hilferding, Rudolf, a. a. O., S. 470.

begrenzt. Entwicklung hängt ab von der allmählichen Erschließung einer Region durch Eisenbahnen und Straßen und der Förderung von marktfähigen Erzeugnissen"[85], schrieb der bürgerliche Wirtschaftshistoriker Frankel.

Die privilegierten Gesellschaften in Deutschland gerieten unter den geschilderten Umständen bald in finanzielle Schwierigkeiten. Nachdem sich ihre Erwartungen nicht erfüllt hatten, entledigten sie sich zunächst einmal der Verwaltungskosten, indem sie die Hoheitsrechte, die eigentlich Pflichten waren, an den Staat abtraten. Auch danach behielten die Gesellschaften bedeutenden Landbesitz. Die "Erschließung" bzw. deren Finanzierung überließen sie jedoch dem deutschen Steuerzahler. Das gleiche Problem zeigte sich auch in anderen Teilen Afrikas. "Bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts konnte Kapital leichter und sicherer in Amerika, Kanada, Australien oder Neuseeland investiert werden als in Afrika."[86]

Im Jahre 1890 wurden die Hoheitsrechte der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und im Jahre 1899 die der Neu-Guinea Compagnie gegen bedeutende "Entschädigungen" abgelöst. Aber auch die englischen Chartergesellschaften in Afrika konnten - abgesehen von der British South Africa Company - nicht die Kapitalien aufbringen, die für eine langfristige kapitalistische Erschließung benötigt wurden.[87] Die Imperial East Africa Company erhielt im Jahre 1894 eine "Abfindung" vom Staat für die Aufgabe ihrer Rechte aus der Charter, und sie löste sich danach wegen großer Verluste und Kapitalmangels auf. Aber selbst die geschäftlich erfolgreiche Royal Niger Company, die in ihrem Gebiet ein Handelsmonopol ausübte, verfügte nicht über das erforderliche Kapital, um das Hinterland Nigerias kapitalistisch zu erschließen. Ihre Charter wurde im Jahre 1899 abgelöst. "Das System der Chartergesellschaften konnte das Problem der langfristigen Kapitalbeschaffung für Gebiete, in denen die Möglichkeiten für eine sofortige gewinnbringende Produktion fehlten, nicht endgültig lösen"[88], stellte Frankel in diesem Zusammenhang fest.

Aufgrund der Rückschläge in den deutschen Kolonien griff Ende der achtziger Jahre sowohl unter den Kolonialinteressenten als auch in Regierungskreisen ein gewisser "Kolonialpessimismus" Platz. Caprivi schätzte den Wert der deutschen Kolonien sehr gering ein, was den Beifall der Freisinnigen Partei im deutschen Reichstag fand. Caprivis außenpolitisches Interesse war auf gute Beziehungen zu England gerichtet, da er von der Konzeption eines kontinentalen Zweifrontenkrieges ausging. Daraus ergab sich seine Zurückhaltung hinsichtlich einer weiteren Expansion in Afrika, was in dem Abschluß des Helgolandvertrages 1890 zum Ausdruck kam.

Während sich das deutsche Kapital unter den gegebenen Bedingungen den deutschen Kolonien gegenüber sehr zurückhaltend zeigte, war andererseits der Reichstag zu dieser Zeit noch keineswegs bereit, größere Mittel für die "Erschließung" der Gebiete zu bewilligen. So trat ein gewisser Stillstand in den Kolonien ein.

In dieser Situation bewarb sich ein Syndikat, an dem englische und deutsche Kapitalisten beteiligt waren, um eine Landkonzession in Südwestafrika. Die Regierung - einer deutsch-englischen Zusammenarbeit nicht abgeneigt - verlieh dem Syndikat 1892 eine Konzession

85 Frankel, S. Herbert, a. a. O., S. 36.
86 Ebenda, S. 38.
87 Die Verhältnisse in Nordborneo dagegen waren ganz andersartig. Die Northborneo Company konnte an entwickelte Handelsbeziehungen insbesondere mit China anknüpfen und war so in der Lage, die Verwaltungskosten durch Steuern und Zölle zu decken. (Vgl. Kraft, Heinrich Helmut, Chartergesellschaften als Mittel der Erschließung tropischer Gebiete, Hamburg 1943, S. 28 - 30 = Schriften des Kolonialinstituts der Hansischen Universität, Bd. 7, Kolonialwirtschaftliche Reihe, Nr. 4.)
88 Frankel, S. Herbert, a. a. O., S. 23.

für Damaraland. Aufgrund dieser Konzession wurde die South West Africa Company gegründet, die in Verbindung zur Rhodes-Gruppe stand.[89]

Die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes unter Direktor Kayser versprach sich von der Vergabe von Landkonzessionen außerdem einen Anreiz, um Kapital in die unerschlossenen und zum Teil noch unbekannten Gebiete zu ziehen. Und so wurde in den neunziger Jahren neben der Damaraland-Konzession noch eine Reihe weiterer Konzessionen zunächst in Südwestafrika, später auch in Kamerun vergeben.

Im Jahre 1893 entstand durch Abtretung von Landbesitz der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika und unter finanzieller Beteiligung der South West Africa Company die Kaoko-Land- und Minen-Gesellschaft. Schließlich wurde 1895 noch eine Konzession an ein englisches Syndikat vergeben, das die South African Territories Co. Limited begründete, die ebenfalls unter den Einfluß der South West Africa Company geriet.[90]

Die South West Africa Company machte ihren Einfluß auch noch auf verschiedene andere Gesellschaften geltend, so daß ein ganzes System miteinander verflochtener Gesellschaften entstand, das sich nicht auf die deutsche Kolonie Südwestafrika beschränkte, sondern sich auch über die Nachbargebiete erstreckte.[91] Hier beteiligte sich auch bald die Disconto-Gesellschaft. Im Jahre 1900 ging ein Teil der Aktien der South West Africa Company an sie über. Bei der Gründung der Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft, einer Tochtergesellschaft der South West Africa Company, im Jahre 1901 übernahm die Disconto-Gesellschaft einen großen Teil der Aktien.[92]

Durch die kapitalmäßige Durchdringung Südwestafrikas beabsichtigte die Rhodes-Gruppe offensichtlich, die Kolonie schließlich dem deutschen Machtbereich zu entreißen[93], ähnlich wie sie das in der portugiesischen Kolonie Moçambique versuchte, wo sich mit der British South Africa Company in Verbindung stehende Kapitalistenkreise bemühten, die Companhia de Moçambique, die fast von Anfang ihrer Tätigkeit an mit englischem und französischem Kapital arbeitete, vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen.[94]

Die mit englischer Kapitalbeteiligung entstandenen Landgesellschaften in Südwestafrika erfüllten jedoch nicht die Erwartungen der Kolonialabteilung, die auf eine rasche kapitalistische Erschließung der betreffenden Gebiete gerichtet waren, vor allem, weil die Voraussetzungen für eine profitable wirtschaftliche Tätigkeit immer noch fehlten.

Die Tätigkeit der South West Africa Company richtete sich zunächst lediglich darauf, riesige Gebiete in ihren Besitz zu bringen. Ihre sonstige wirtschaftliche Tätigkeit war in den ersten zehn Jahren gleich Null, und ihre Aufwendungen waren auch später äußerst gering. Die Gründer steckten den Börsengewinn ein und warteten ab. Es handelte sich hier um die Sicherung von Terrain, das sich eventuell später verwerten ließ, wenn ausbeutungswürdige Bodenschätze gefunden werden sollten. Im übrigen, stellte Georg Ledebour fest, machten es die Konzessionäre "wie die Bodenspekulanten in der Nachbarschaft europäischer Großstädte[95]: Sie legten die Hände in den Schoß und warteten ab, bis durch die Geldopfer der deut-

89 Drechsler, Horst, Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft. Der Kampf der Herero und Nama gegen den deutschen Imperialismus (1884 - 1915), Berlin 1966, S. 73.
90 Ebenda, S. 118.
91 Jäckel, S. Herbert, a. a. O., S. 197.
92 Münch, Hermann, Adolf Hansemann, München/Berlin 1932, S. 248.
93 Drechsler, Horst, Deutsche Versuche, das deutsch-englische Abkommen von 1898 über die deutschen Kolonien zu realisieren, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 7/1961, S. 1621.
94 Vgl. Hammond, R. J., Portugal and Africa 1815 - 1910, Stanford 1966, S. 149, 264 f.
95 Lenin bezeichnete "die Spekulation mit Grundstücken in der Umgebung schnell wachsen-

schen Steuerzahler der Bodenpreis so gestiegen sein würde, daß sie ihre Ländereien" an Ansiedler "im einzelnen mit gutem Profit losschlagen können"[96]. Ähnlich verhielten sich die anderen Landgesellschaften in Südwestafrika.

Inspiriert durch die großen Profite der Kongogesellschaften, entstanden Ende der neunziger Jahre noch zwei weitere deutsche Landkonzessionsgesellschaften, die Gesellschaft Südkamerun und die Gesellschaft Nordwest-Kamerun. An der ersten waren belgisches Kapital der Thys-Gruppe sowie die Disconto-Gesellschaft beteiligt, in der letztgenannten spielte Kapital des schlesischen Magnaten Fürst Hohenlohe-Oehringen eine hervorragende Rolle.[97] Sie versuchten, das Konzessionssystem im Kongogebiet nachzuahmen, was jedoch nur der Gesellschaft Südkamerun teilweise gelang.

Die von den deutschen kolonialen Landgesellschaften praktizierten Methoden veranlaßten Manfred Nussbaum zu der Schlußfolgerung, daß es sich in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts "trotz der sehr bald eindeutigen Vorherrschaft der Vorläufer des Finanzkapitals"[98] noch nicht um "typische Methoden der monopolkapitalistischen Epoche"[99] handelte. Damit meint er offensichtlich Kapitalexport und Ausnutzung der Kolonien als eigene Rohstoffquelle - entsprechend den Ausführungen Lenins dazu[100] -, wobei offenbleibt, welche Art und Weise der Rohstoffgewinnung er für typisch für die monopolkapitalistische Epoche hält. Die Landgesellschaften - schreibt Nussbaum - beschränkten sich "auf solche Methoden der Ausplünderung, wie Inbesitznahme großer Landstrecken, Plantagenbau in begrenztem Umfange, verbunden mit brutaler Zwangsarbeit der afrikanischen Bevölkerung und Bestrebungen der Monopolisierung des Handels in den von den Gesellschaften beherrschten Gebieten. Außerdem hatte man es auch auf nicht unerhebliche Gründergewinne abgesehen"[101].

Diese Methoden resultieren daraus, sagt Nussbaum, daß vor dem Umschlag des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium "die deutsche imperialistische Großbourgeoisie ihre spezielle ökonomische Politik in den Kolonien bzw. die ihr gemäßen Ausbeutungsmethoden noch nicht gefunden haben konnte"[102]. Jürgen Kuczynski spricht sogar von einer vormonopolistischen Kolonialpolitik Ende des 19. Jahrhunderts.[103] Er meint, saß sich zwar "monopolartige Organisationen, Konzern- und Trustherren (also das entstehende Finanzkapital - d. Verf.) an der Kolonialpolitik beteiligten - aber aus vormonopolistischen Interessen"[104].

Das Finanzkapital erzeugte jedoch nicht nur die Epoche der Monopole, sondern die Monopole waren auch überall Träger monopolistischer Prinzipien.[105] Die Kolonialpolitik ist da-

der Großstädte" als "eine besonders gewinnbringende Transaktion des Finanzkapitals". (Lenin, W. I., a. a. O., S. 239.)

96 Ledebour, Georg, Die Interessenkämpfe in Südwestafrika, in: Die Neue Zeit, 24. 6. 1910.

97 Vgl. Ballhaus, Jolanda, Die Landkonzessionsgesellschaften, in: Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft, a. a. O., Bd. 2, Berlin 1967, S. 105 ff.

98 Nussbaum, Manfred, a. a. O., S. 151.

99 Ebenda, S. 144.

100 Vgl. Lenin, W. I., a. a. O., S. 264 - 266.

101 Nussbaum, Manfred, a. a. O., S. 144.

102 Ebenda, S. 152.

103 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 3: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900, Berlin 1962, S. 116.

104 Ebenda, S. 118.

105 Lenin, W. I., a. a. O., S. 248.

von nicht ausgenommen. Lenin erklärte unter anderem: "Das Monopol ist aus der Kolonialpolitik erwachsen".[106] Er charakterisierte die vom Finanzkapital getragene Kolonialpolitik folgendermaßen: "Den zahlreichen 'alten' Motiven der Kolonialpolitik fügte das Finanzkapital noch den Kampf um Rohstoffquellen hinzu, um Kapitalexport, um 'Einflußsphären' - d. h. um Sphären für gewinnbringende Geschäfte, Konzessionen, Monopolprofite usw. - und schließlich um das Wirtschaftsgebiet überhaupt".[107]

Betrachtet man die Methoden der Landgesellschaften unter diesen Gesichtspunkten, so ist auf die geschilderten Verhältnisse in den deutschen Kolonien zu verweisen, die lange Zeit keine besonders günstigen Möglichkeiten für Kapitalanlagen, insbesondere keine bedeutenden Erzvorkommen oder Naturreichtümer, boten. Demgemäß waren die Methoden, die die deutschen kolonialen Landgesellschaften anwandten, Versuche, andere gewinnbringende Geschäfte zu tätigen, nicht zuletzt durch Spekulationen mit den Konzessionen bzw. Land- und Minenrechten, wie sie übrigens auch von der British South Africa Company[108] und den Kongogesellschaften[109] betrieben wurden, beziehungsweise das "Wirtschaftsgebiet überhaupt" für eine zukünftige Verwertung zu sichern, was durchaus finanzkapitalistischen Interessen entsprach.

"Nicht allein die bereits entdeckten Rohstoffquellen", sagte Lenin, "sind für das Finanzkapital von Bedeutung, sondern auch die eventuell noch zu erschließenden, denn die Technik entwickelt sich in unseren Tagen mit unglaublicher Geschwindigkeit, und Ländereien, die heute unbrauchbar sind, können morgen brauchbar gemacht werden, sobald neue Verfahren gefunden ... und größere Kapitalien aufgewandt werden."[110]

Daher lassen sich die von den Landgesellschaften in den deutschen Kolonien angewandten Methoden nicht aus einer spezifischen Unreife des entstehenden deutschen Finanzkapitals erklären, zumal es - wie erwähnt - ähnliche Erscheinungen in anderen Teilen Afrikas gab und diese zeitlich auch nicht auf die Phase des Übergangs zum monopolistischen Kapitalismus begrenzt waren. Als im und nach dem ersten Weltkrieg im Kongostromgebiet die Kautschukausbeutung zurückging, setzte zum Beispiel auch hier - zunächst vor allem in Französisch-Kongo - eine Stagnation ein.[111] Bereits Hilferding machte darauf aufmerksam, daß die Fähigkeit, als Kapitalanlagen zu dienen, davon abhängt, wie reich eine "Kolonie an solchen Produkten ist, deren Produktion kapitalistisch zu betreiben, deren Absatz auf dem Weltmarkt gesichert und für die einheimische Industrie von Wichtigkeit ist."[112]

So ist es erklärlich, daß dort, wo es reiche Mineralvorkommen gab - wie das in den Gebieten der British South Africa Company der Fall war -, schon in den neunziger Jahren in großem Maße Kapital investiert wurde und bereits "moderne" Ausbeutungsmethoden Anwendung fanden.

Die Methoden der deutschen Landgesellschaften waren ebenso abhängig von den vorhandenen Bedingungen. Sie standen keinesfalls im Gegensatz zu ihren Trägern, Vertretern des entstehenden Finanzkapitals. In erster Linie dienten die Landgesellschaften der monopolistischen Sicherung von Gebieten zur alleinigen Ausbeutung auch im Hinblick auf eine eventuelle Verwertung in der Zukunft. Schon insofern sind die Methoden der deutschen Landgesellschaften nicht als vormonopolistisch zu bezeichnen. Auch lassen sie sich, abgesehen von den kurz-

106 Ebenda, S. 305.
107 Ebenda.
108 Vgl. Wilson, A. J., a. a. O., S. 236 ff.
109 Vgl. Zimmermann, Alfred, a. a. O., S. 149; Frankel, S. Herbert, a. a. O., S. 368.
110 Lenin, W. I., a. a. O., S. 265 f.
111 Vgl. Roberts, Stephen H., a. a. O., S. 361 f.; Frankel, S. Herbert, a. a. O., S. 295.
112 Hilferding, Rudolf, a. a. O., S. 473 f.

lebigen Kolonisationsversuchen Carl Peters', nicht - wie Nussbaum meint[113] - mit den Methoden der alten Handelskompagnien gleichsetzen. Die Methoden der Kameruner Konzessionsgesellschaften, die nach dem Vorbild der Konzessionsgesellschaften im Kongostromgebiet bzw. der Royal Niger Company versuchten, auf der Grundlage eines Bodenmonopols ein Handelsmonopol zu errichten, kann man ebenfalls nicht als Nachahmung von Methoden der alten Handelskompagnien auffassen. Diese Methoden resultierten aus den besonderen Bedingungen in diesem Teil Westafrikas, wo es große Bestände an wildwachsenden Kautschukbäumen gab, und dienten der Ausfuhr von Rohstoffen. Sie ergaben sich durchaus aus den Profitinteressen des Finanzkapitals, das, wie bereits gezeigt, in Afrika unterschiedliche Ausbeutungsmethoden anwandte.

Die genannten Ausbeutungsmethoden der deutschen Landgesellschaften wurden auch nicht unmittelbar mit dem Übergang zum Imperialismus überwunden, sondern erst in dem Maße, wie die Gebiete mit Reichsmitteln "erschlossen" wurden, namentlich nachdem der Reichstag sich bereit fand, Zinsgarantien für den kolonialen Eisenbahnbau zu bewilligen. Diese Wandlung trat ab 1906, also unter dem Kolonialdirektor Dernburg ein. Erst jetzt begann mit dem forcierten kolonialen Eisenbahnbau in den deutschen Kolonien ein nennenswerter Kapitalexport. Im Zusammenhang mit dem kolonialen Eisenbahnbau strebte Dernburg auch nach Einführung rationellerer Methoden der Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung. In den Landgesellschaften bahnte sich unter diesen neuen Bedingungen ein Übergang zu intensiveren, "modernen" Methoden an.[114]

Nachdem im Jahre 1908 Diamantenfunde in Südwestafrika gemacht worden waren, entwickelten sich die südwestafrikanischen Landgesellschaften zu Bergwerksgesellschaften. Hier zeichnete sich eine Entwicklung ab, die - wie erwähnt - auch bei den großen Landgesellschaften im Kongostaat zu beobachten war.

Die privilegierten und konzessionierten kolonialen Landgesellschaften, die Ende des 19. Jahrhunderts entstanden, brachten - ihrem monopolistischen Charakter entsprechend - Tendenzen des sich herausbildenden Monopolkapitalismus zum Ausdruck. Begann die Entwicklung von extensiven zu intensiven, "modernen" Methoden auch erst vor dem ersten Weltkrieg, so sind sie ihrem Charakter nach doch der monopolkapitalistischen Periode zuzurechnen. Der Übergang von der ersten zur zweiten Phase kolonialer Ausbeutungsmethoden lief parallel mit einer Beschränkung bzw. Ablösung der Rechte der Gesellschaften. Die kapitalkräftigsten von ihnen blieben jedoch auch danach als Monopolgesellschaften mit großem Land- bzw. Minenbesitz weiter bestehen.

113 Nussbaum, Manfred, a. a. O., S. 152.

114 Vgl. Ballhaus, Jolanda, Die Gesellschaft Nordwest-Kamerun. Ein Beitrag zur Geschichte der kolonialen Konzessionspolitik des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg, phil. Diss. Berlin 1966, S. 267 f., 273 f.

EINIGE PROBLEME DER VERÄNDERUNG DES GEOGRAPHISCHEN MILIEUS, BESONDERS DER BODENFRUCHTBARKEIT, UNTER BEDINGUNGEN EINER GEWALTSAM DEFORMIERTEN TRADITIONELLEN PRODUKTIONSWEISE, DARGESTELLT AM BEISPIEL OSTAFRIKAS[1]

von Dieter Graf

0. Vorbemerkung

1. Traditionelle Produktionsweise und geographisches Milieu in der vorkolonialen Periode

2. Traditionelle Produktionsweise und geographisches Milieu in der Kolonialzeit

2.1. Die Einführung von Kolonialsteuern und Lohnarbeit

2.2. Die Einführung von "cash crops"

2.3. Die Reservatspolitik

2.4. Die "indirect rule"

2.5. Die Zunahme der Viehbestände

2.6. Demographische Probleme

3. Die Auswirkungen auf die Bodenfruchtbarkeit

3.1. Die Verkürzung der natürlichen Regenerationsperiode des Bodens und die Folgen für die Bodenfruchtbarkeit

3.2. Die Degradation der Vegetation

3.3. Das Absinken des Grundwasserspiegels

3.4. Die Bodenerosion

4. Schlußbemerkungen

1 Dem Beitrag ist die Dissertation (A) des Verfassers zum Thema "Einige aktuelle Probleme der Veränderung der Bodenfruchtbarkeit in Ostafrika unter dem Einfluß gesellschaftlicher Verhältnisse und unter besonderer Berücksichtigung ihrer Genese" zugrunde gelegt worden. Sie wurde am 11. Juni 1971 an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin verteidigt. Behandelt wurden die Länder Kenia, Tansania (mit Ausnahme der Inseln Pemba und Sansibar) und Uganda.

0. Vorbemerkung

Eines der gegenwärtig aktuellsten Probleme für die ökonomische Forschung bildet die Untersuchung der konkreten Beziehungen des Menschen zu seiner Umwelt. Besonders interessiert dabei die Frage, wie diese Beziehungen optimal zu gestalten und planmäßig zu reproduzieren sind.

Vielfach entsteht dabei der Eindruck, als sei dieses Problem erst mit einem bestimmten Stand der Produktivkräfte und mit der wissenschaftlich-technischen Revolution akut geworden. Das ist durchaus nicht so. Jede Gesellschaft steht in einem mehr oder weniger ausgeprägten Maße vor der Notwendigkeit, sich mit bestimmten natürlichen Umweltbedingungen auseinandersetzen zu müssen und dabei auf die natürliche Umwelt und das geographische Milieu in einer bestimmten Weise einzuwirken. Oftmals führte dies in der Vergangenheit zu Ergebnissen, die die Menschen ursprünglich überhaupt nicht beabsichtigten. In ganz besonderem Maße trifft dies auf Gesellschaften zu, die vorwiegend auf die Nutzung bestimmter natürlicher Ressourcen gegründet sind, wie zum Beispiel ackerbautreibende Gesellschaften, nomadisierende Viehzüchter und andere. Die sich aus der jeweiligen Produktionsweise herleitende Notwendigkeit, regelmäßig und in einer charakteristischen Art und Weise auf das geographische Milieu[2] einzuwirken, veränderte dabei oft ganz oder teilweise dieses geographische Milieu und zeitigt schließlich wieder Rückwirkungen auf die Produktionsweise selbst.

Am Beispiel des kolonialen Ostafrikas soll gezeigt werden, wie komplex eine solche Untersuchung der Zusammenhänge ausfallen muß und in welchem Maße gesellschafts- und naturwissenschaftliche Erkenntnisse Berücksichtigung finden müssen - bei Priorität der ökonomischen Gesichtspunkte -, um das Gesamtsystem dynamischer Wechselwirkungen Mensch - Umwelt durchschaubar zu machen.

Einige erläuternde Bemerkungen zur Rolle der Bodenfruchtbarkeit seien vorab gemacht. Es ist davon auszugehen, daß die Bodenfruchtbarkeit eine wichtige Kategorie im Gesamtsystem des geographischen Milieus darstellt. So leiten sich aus den sehr differenzierten Klima- und Bodenbedingungen Ostafrikas jeweils ganz spezifische Probleme für die landwirtschaftliche Nutzung und das Verhältnis des Menschen zum geographischen Milieu ab. Beispielsweise werfen die sehr fruchtbaren Böden vulkanischen Ursprungs im Gebiet des Kilimanjaro (Tansania), die infolge ihrer Höhenlage zumeist auch gut mit Niederschlägen versorgt sind, bei der landwirtschaftlichen Nutzung gänzlich andere Probleme auf als etwa die chemisch verarmten Böden im Bereich des subhumiden tropischen Klimas mit ausgeprägten Trockenzeiten, wie sie für viele Gebiete Kenias und Tansanias typisch sind. Auch nur annähernd einen Überblick über diese Klima- und Bodenbedingungen zu geben, ist im Rahmen des vorliegenden Beitrags nicht möglich. Prinzipiell kann man jedoch davon ausgehen, daß sich in den verschiedenen Vegetationsgebieten Ostafrikas unter dem Einfluß bestimmter vorherrschender klimatischer Bedingungen sowie des Reliefs und des Ausgangsgesteins ein relativ stabiles ökologisches Gleichgewicht von Klima - Boden - Vegetation herausbildet. Die so entstandenen Bodentypen mit einer ganz bestimmten natürlichen Fruchtbarkeit sind Ergebnis dieses ökologischen Gleichgewichtes. Sie bilden zugleich ein wichtiges Element in diesem System, denn sie bieten der jeweiligen Vegetation die notwendigen Lebensbedingungen. Dieses ökologische Gleichgewicht ist gleichzeitig ein bedeutsamer Faktor für die in

2 Der Begriff "geographisches Milieu" wird hier im Sinne von Gerhard Narweleit, Wolfgang Neef und Wilfried Strenz verwendet. Vgl. hierzu dieselben, Bemerkungen zum Wesen und Inhalt des geographischen Milieus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 1, S. 209 - 221. - Insbesondere handelt es sich im vorliegenden Beitrag um folgende Elemente des geographischen Milieus: Boden und Bodenfruchtbarkeit, Vegetation, Grundwasserspiegel und das hierdurch beeinflußte Makro- und Mikroklima.

Ostafrika sehr zahlreichen Mikroklimate, es beeinflußt über Grundwasserspiegel und eine bestimmte ausgeprägte Vegetationszone darüber hinaus auch das Makroklima.

Jede nachhaltige Veränderung innerhalb dieses (dynamischen) ökologischen Systems, wie die Veränderung des Bodens, seiner Struktur und Fruchtbarkeit im Rahmen einer bestimmten ackerbaulichen Nutzung, verändert somit das geographische Milieu. Die im gesamten subsaharischen Raum - so auch in Ostafrika - zu beobachtenden Veränderungen des geographischen Milieus haben in der Tat hier ihre wesentliche Ursache. Daher ist der Art und Weise der Bodennutzung, ihrer sozialökonomischen Bedingtheit, größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Eines der am schwierigsten zu lösenden Probleme im Rahmen der ackerbaulichen Nutzung tropischer Böden stellt der möglichst ununterbrochene Schutz des Bodens vor der intensiven Sonneneinstrahlung und der Gewalt tropischer Regen dar. Im Naturzustand übt in der Regel die Vegetation diese Schutzfunktion aus. Bei der ackerbaulichen Nutzung geht dieser Schutz (durch Beseitigung der ursprünglichen Vegetation) jedoch zeitweise verloren, was besonders beim Anbau einjähriger Kulturen nachhaltige Folgen zeitigt. Hier verstreicht jeweils eine bestimmte Zeit, bis sich aus dem Samen (oder bei generativer Vermehrung aus den Stecklingen) die Vegetation voll entwickelt und wirksam die Bodenbedeckung übernehmen kann. Diese relativ kurze Zeit genügt aber bereits unter tropischen Bedingungen, um einen rasanten Humusabbau (Mineralisierung) und eine rapide Verschlechterung der Bodenstruktur, eine Abnahme der Sorptions- und Wasserhaltefähigkeit des Bodens herbeizuführen. Es entstehen im Endergebnis oft die so gefürchteten Bodenerosionen.

Ein Kernproblem jeder tropischen Bodennutzung besteht daher darin, ackerbauliche Nutzungssysteme zum Einsatz zu bringen, die den Schutz des Bodens möglichst ununterbrochen mit Hilfe der angebauten Kulturpflanzen garantieren. Solche ackerbaulichen Nutzungssysteme stellen besonders unter tropischen und subtropischen Bedingungen zugleich das bisher wirksamste und unter ökonomischen Gesichtspunkten effektivste (und oft ökonomisch überhaupt mögliche) Verfahren zum Schutz des Bodens und damit des geographischen Milieus dar. Daher gewinnt die Art und Weise der ackerbaulichen Nutzung erstrangige Bedeutung im Hinblick auf die Veränderung (bzw. Erhaltung oder optimale Gestaltung) des geographischen Milieus, und sie ist daher im vorliegenden Zusammenhang vorrangig zu behandeln. Der traditionelle Wanderfeldbau begegnet den genannten Gefahren auf verschiedene Weise. Es wurde Mischanbau ein- und mehrjähriger Kulturen bevorzugt, das Feld wurde selbst bei der Rodung nie völlig von Vegetation entblößt (der nach europäischen Begriffen "nachlässige" Anbau auf stark verunkrauteten Feldern entsprach gerade diesem Schutzbedürfnis des Bodens nach weitgehender Bedeckung), und es dominierten insgesamt Brachen, die de facto einer Dauerbedeckung mit natürlicher Vegetation entsprachen.[3]

1. Traditionelle Produktionsweise und geographisches Milieu in der vorkolonialen Periode

Zum besseren Verständnis der Problematik erscheint es angebracht, die Wirkung der traditionellen Produktionsweise ackerbautreibender Stämme Ostafrikas auf das geographische Milieu (unter besonderer Berücksichtigung der Bodenfruchtbarkeit) bereits für jenen Zeitraum kurz zu charakterisieren, der den kolonialen Eroberungen des 19. Jahrhunderts unmittelbar vorgelagert ist. Historisch gesehen handelt es sich um das Auflösungsstadium der

3 Die katastrophalen Folgen für die Bodenfruchtbarkeit in der Kolonialzeit sind insbesondere auch darauf zurückzuführen, daß man diese Erfahrungen des traditionellen Wanderfeldbaues mißachtete und nach europäischem Vorbild Ackerbau zu treiben versuchte. Gerade aber das "clearing" und der Monoanbau hatten verheerende Folgen für den Boden und lösten Erosionsvorgänge großen Umfanges aus.

Urgemeinschaft mit verschiedentlichen Ansätzen bereits zur Staatsbildung. Ökonomische Basis bildete zumeist der traditionelle Ackerbau auf der Grundlage der Urwechselwirtschaft (shiftung cultivation). Das wichtigste ökonomische Kennzeichen dieser Produktionsweise ist die unmittelbar auf das Stammes- (Gemeinde-) Grundeigentum gegründete bestimmte Form der ackerbaulichen Nutzung.

Dieses System der "shiftung cultivation" beruht darauf, daß die natürliche Fruchtbarkeit eines Bodenstückes so lange genutzt wird, bis der Grad der Bodenerschöpfung zur Inbetriebnahme eines neuen noch mit ursprünglich natürlicher Fruchtbarkeit ausgestatteten Bodenstückes zwingt. Es gibt in diesem Stadium so gut wie keine boden- und bodenfruchtsbarkeitserhaltenden Maßnahmen, die Anwendung von Dünger ist nahezu unbekannt, die Bewässerung bildet eine Ausnahme. Die Bodennutzung erfolgt also in Form einer Ver-Nutzung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, ohne daß Ansätze zu ihrer ökonomischen Reproduktion vorliegen. Der ständige und weitläufige Bodenwechsel ist daher eine mit der Produktionsweise untrennbar verknüpfte Notwendigkeit (man spricht deshalb auch von Wanderfeldbau, nomadisierendem Feldbau usw.), und er setzt Gemeineigentum an Boden - in reichlichen Mengen - voraus. Nur dadurch ist es möglich, dem vernutzten Boden die langen Brachzeiten zur Regeneration seiner natürlichen Fruchtbarkeit zu garantieren, nur so funktioniert dieser ganze ökonomische Mechanismus der Urwechselwirtschaft überhaupt. Das System der "shiftung cultivation" stellt somit eine typische Anpassung der urgemeinschaftlichen Ordnung an ganz bestimmte natürliche Erfordernisse des Produktionsprozesses - nämlich die periodische natürliche Regeneration der Bodenfruchtbarkeit ausschließlich durch Naturkräfte - dar.

Die Wirkung dieser Produktionsweise auf das geographische Milieu ist vergleichsweise gering. In der Regel kann man davon ausgehen, daß während der Brachezeiten die für die Klimazone typische Vegetation wieder voll regeneriert (sie bildet eine wesentliche Bedingung für die volle Regeneration der Bodenfruchtbarkeit), so zum Beispiel im tropischen Regenwaldgürtel die Baumvegetation usw. Da die für bestimmte Klimazonen typische Bodenbildung in direkter Wechselwirkung mit der jeweiligen typischen Vegetation einhergeht, bleiben somit trotz vorübergehender Vernutzung der natürlichen Fruchtbarkeit auch die charakteristischen Bodentypen im wesentlichen erhalten, das heißt, das ökologische Gleichgewicht von Klima - Boden - Vegetation wird durch das System der "shiftung cultivation" nicht nachhaltig gestört. Da es sich bei der Bodenbildung und der Vegetation um dynamische selbstregulierende (natürliche) Systeme handelt, können vorübergehende geringfügige Störungen (wie sie ja auch in der Natur ständig vorkommen) ohne weiteres wieder ausgeglichen werden.

Einen Sonderfall jedoch bilden die sogenannten Übergangs- oder Kontaktzonen der jeweiligen Klima- und Vegetationszonen. Hier ist eine ökologische Instabilität bereits im Naturzustand charakteristisch, so daß durch die "shiftung cultivation" verschiedentlich nachhaltige Änderungen des geographischen Milieus möglich sind.[4] Da Ostafrika durch sein eigentümliches

4 "Unter dem Einfluß solch langfristig wirkender antropogener Faktoren (wie z. B. eidegang und Waldbrandrodung) läßt sich in den Übergangs- und Kontaktzonen zwischen den Vegetationsformationen, für die eine ökologische Instabilität typisch ist, ein langsames Zurückweichen der Waldgrenzen beobachten." (Manshard, Walther, Agrargeographie der Tropen. Eine Einführung, Mannheim 1968, S. 261.) - Daß es hier um Problem e geht, die nicht allein für Ostafrika typisch sind, zeigt das folgende Beispiel: "Auf diese Weise ist z. B. die Vegetation in weiten Flächen Süd-Ost-Asiens grundlegend umgewandelt worden. An Stelle großer Wälder findet man heute Grasland und einen veränderten Restwald. Auf den Philippinen hat man Grund zu der Annahme, daß 18 % der Fläche als Folge der shiftung cultivation heute Grasland sind. Dieses Grasland ist ackerbaulich von viel geringerem Wert als Waldland, da der Boden in den Tropen unter Gras ... schlechter regene-

und sehr vielgestaltiges Relief über zahlreiche solcher Übergangszonen verfügt, sind also ausgeprägtere Veränderungen des geographischen Milieus bereits in der vorkolonialen Periode anzunehmen. Untersuchungen dazu liegen jedoch bisher nur vereinzelt vor.[5] Insgesamt kann man jedoch davon ausgehen, daß die außerordentlich geringen Bevölkerungsdichten und die sehr langen potentiellen Regenerationsperioden der vorkolonialen Periode in Ostafrika wohl nur örtlich nachweisliche Veränderungen des geographischen Milieus bzw. einzelner seiner Elemente bewirkten.[6]

2. Traditionelle Produktionsweise und geographisches Milieu in der Kolonialzeit

Die geschilderte Situation ändert sich jedoch außerordentlich rasch mit dem Eindringen der europäischen Kolonialmächte Ende des 19. Jahrhunderts. Als Ergebnis der Kolonialherrschaft entstand eine gewaltsam deformierte traditionelle Produktionsweise, die eine erheblich veränderte Wirkung im Hinblick auf die Bodenfruchtbarkeit und damit das geographische Milieu zur Folge hatte. (Die folgenden Untersuchungen betreffen nur Gebietsteile, die weiterhin traditionell bewirtschaftet werden. Ausgenommen sind also europäische Siedlungen und Plantagen.) Es ist daher notwendig, sich zunächst ein Bild dieser gewaltsam deformierten traditionellen Produktionsweise zu verschaffen, um ihren veränderten ökonomischen Mechanismus und die gänzlich andersartige Wirkung auf Bodenfruchtbarkeit und damit das geographische Milieu zu verstehen.

2.1. Die Einführung von Kolonialsteuern und Lohnarbeit

Bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt haben die einzelnen Kolonialverwaltungen zunächst pro Hütte (Hüttensteuer), späterhin pro Kopf der Bevölkerung (Kopfsteuer) Abgaben von der Stammesbevölkerung erpreßt. Die damit verbundene Absicht war erst in zweiter Linie fiskalischer Natur. Vor allem sollte der so erzeugte ökonomische Zwang zur Geldbeschaffung dazu beitragen, aus den fast ausschließlich unter Bedingungen der Naturalwirtschaft lebenden Stammesgemeinschaften die erforderlichen Arbeitskräfte den Plantagen, dem Eisenbahnbau usw. zuzuführen. "Dem Afrikaner war mit Ausnahme einiger begrenzter Küstengebiete bis zur europäischen Zeit Lohnarbeit völlig fremd ... Als der europäische Kapitalismus Afrika zu erschließen begann, war es anfangs fast völlig unmöglich, Arbeitskräfte zu bekommen ..."[7]

Für das Gebiet des ehemals britischen Kolonialbesitzes in Ostafrika wurde die Hütten- und Kopfsteuer 1902 eingeführt, für das damalige Deutsch-Ostafrika wurde bereits 1898 die erste Hüttensteuer verfügt.

riert als unter Wald." (Finck, Arnold, Tropische Böden. Einführung in die bodenkundlichen Grundlagen tropischer und subtropischer Landwirtschaft, Hamburg/(West-)Berlin 1963, S. 116.)

5 So berichtet Ludwig, daß Botaniker aufgrund von fossilen Funden annehmen, auf der Insel Ukara im Victoria-See sei einstmals tropischer Regenwald vorhanden gewesen, von dem heute keine Spur mehr in der Flora existiert. (Vgl. dazu Ludwig, Heinz Dieter, Ukara. Ein Sonderfall tropischer Bodennutzung im Raum des Victoria-Sees, München 1967, S. 97.)

6 Vgl. hierzu auch Schlippe, Pierre de, Shifting Cultivation in Africa. The Zande system of agriculture, London 1965, der die umfangreichste Übersicht und Beschreibung verschiedener Systeme des "shifting cultivation" in Ostafrika liefert.

7 Karstedt, Otto/Werder, Peter v., Die afrikanische Arbeiterfrage, Berlin 1941, S. 13 = Afrika. Handbuch der praktischen Kolonialwissenschaften, hg. v. E. Obst, Bd. 18.

Wo der fiskalische Druck nicht genügte, um die nötige Anzahl von Arbeitskräften zu beschaffen, griffen die Kolonialverwaltungen zu gewaltsamen Methoden der Aushebung.

Wie außerordentlich rasch sich die Anzahl der auf diese Weise geschaffenen "freien" Lohnarbeitskräfte erhöhte und welches Ausmaß die Lohnarbeit in Ostafrika im Jahre 1936 erreicht hatte, zeigen die folgenden Tabellen für die Gebiete des ehemaligen Deutsch-Ostafrikas und Kenias:

Tabelle 1

Entwicklung der Lohnarbeit in Kenia und Tanganjika von 1909/1912 bis 1936

Jahr	Kenia	Tanganjika
1909	140 000	-
1912	-	12 000
1936+	182 858	252 106

+ ohne Buranda-Urundi.
Quelle: Karstedt, Otto/Werder, Peter v., Die afrikanische Arbeiterfrage, Berlin 1941, S. 15 = Afrika. Handbuch der praktischen Kolonialwissenschaften, hg. v. E. Obst, Bd. 18.

Tabelle 2

Eingeborene Bevölkerung und Umfang der Lohnarbeit in Kenia und Tanganjika 1936

Land	Eingeborene Bevölkerung	Geschätzte Zahl der erwachsenen Männer	Zahl der Lohnarbeiter	Lohnarbeit in % erwachsener Männer
Kenia	3 186 976	637 395	182 858	29
Tanganjika (ohne Buranda-Urundi)	5 147 000	1 029 400	252 106	24

Quelle: Karstedt, Otto/Werder, Peter v., Die afrikanische Arbeiterfrage, Berlin 1941, S. 15 f. = Afrika. Handbuch der praktischen Kolonialwissenschaften, hg. v. E. Obst, Bd. 18.

Welches waren nun die Folgen einerseits des fiskalischen Drucks auf die traditionellen Stammesproduzenten, andererseits des beträchtlichen Anteils an Lohnarbeit?

In die traditionelle Produktionsweise wird ein für sie fremdes Element hineingetragen, nämlich die Notwendigkeit zur ständigen Beschaffung eines ihre Möglichkeiten weit überschreitenden Mehrprodukts, und zwar bereits in der Form des allgemeinen Äquivalents Geld. Als direkte Folge des Kolonialsystems entsteht so für die ackerbautreibenden Stämme der ökonomische Zwang, erheblich mehr an Bodenprodukten - als der hauptsächlichen Form dieses Mehrprodukts - zu erzeugen, als dies jemals innerhalb der traditionellen Produktionsweise erforderlich war. Damit wird zugleich die ideale Anpassung dieser Produktionsweise an ihre natürlichen Umweltbedingungen, an die Erfordernisse der natürlichen Bodenfruchtbarkeit zunichte gemacht. Die Selbstgenügsamkeit dieser Produktionsweise, ihre Beschränkung des agraren Produktionsumfangs auf die Substistenzbedürfnisse des Stammes, wird durch äußere Einflüsse teilweise überwunden. Es entstehen jedoch, wie weiter unten gezeigt wird, nicht

in gleichem Maße die erforderlichen Bedingungen für eine Intensivierung der Agrikultur, insbesondere für eine ökonomische Reproduktion der Bodenfruchtbarkeit.

2.2. Die Einführung von "cash crops"

Die Errichtung der Kolonialherrschaft der kapitalistischen Großmächte Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte wesentlich zur Sicherung ihres Rohstoffbedarfs. Eine bedeutsame Rolle spielten hierbei die agrarischen Rohstoffe, die im tropischen und subtropischen Klimagürtel erzeugt werden. So war es zum Beispiel für das kaiserliche Deutschland und dabei besonders für die deutschen Monopole von großem Interesse, sich von dem nordamerikanischen Baumwoll-Monopol weitgehend unabhängig zu machen.[8] Ausgehend von solchen imperialistischen Interessen der kolonialen Mutterländer begann denn auch sehr früh der Anbau solcher Kulturen wie Baumwolle, Kaffee, Tee usw. in Ostafrika, die unter der Bezeichnung "cash crops" bekannt sind. Erfolgte in der Anfangsperiode der Kolonialherrschaft der Anbau dieser "cash crops" in den von Europäern errichteten Plantagen und Siedlungen, so wurde in der Folgezeit der Anbau in raschem Tempo in den traditionell bewirtschafteten Gebieten eingeführt und ständig erweitert. Eine bedeutsame Rolle hierbei spielten der wachsende Zwang durch koloniale Besteuerung wie auch das zunehmende ökonomische Bedürfnis der traditionellen Bevölkerung nach Bargeld. Zu einem wesentlichen Teil diente der Verkauf der traditionell erzeugten "cash crops" an die kolonialen Aufkaufgesellschaften zur Befriedigung dieses Bargeldbedarfs.

Das große Problem bestand jedoch darin, daß diese rasch wachsenden Mengen traditionell erzeugter "cash crops" nur durch gewaltige Ausdehnung der Anbauflächen erzielt werden konnten, denn die traditionelle Bewirtschaftung schloß wesentliche Flächenertragssteigerungen im Prinzip aus, da sich die Bodenfruchtbarkeit (als die wichtigste Voraussetzung hierzu) kaum steigern ließ.[9]

Die Folgen dieser enormen Ausdehnung der Anbauflächen unter traditionellen Bedingungen auf die Bodenfruchtbarkeit und darüber hinaus auf das geographische Milieu werden weiter unten dargestellt; hier soll besonders auf den Umstand verwiesen werden, daß diese Wirkungen auf die durch die Kolonialherrschaft gewaltsam deformierte traditionelle Produktionsweise zurückzuführen sind.

2.3. Die Reservatspolitik

Die Kolonialmächte gingen aus verschiedenen Gründen dazu über, den einzelnen Stämmen Reservate zuzuweisen. So wurde zum Beispiel das Stammesland der Kikuyu (Kenia) 1901 durch Erlaß zum "Kronland" Großbritanniens erklärt und großenteils an britische Siedler verkauft.[10]

Den Kikuyu wurde 1926 ein Gebiet zugeteilt, das nur noch einen Bruchteil des ursprünglichen Stammeslandes umfaßte. Die Bevölkerungsdichte stieg hierdurch sprunghaft auf 105 Ein-

8 Vgl. hierzu Čarnyj, I. S., Načalo kolonialnoj ėkspansii Germanii v Afrike (Der Beginn der kolonialen Expansion Deutschlands in Afrika), Moskau 1970, S. 149 - 153.

9 "Die bemerkenswerte Produktionssteigerung an Verkaufsfrüchten beruht nicht auf der Ertragssteigerung je Hektar. Es wurde vielmehr die genutzte Fläche und damit der Umfang des Raubbaus an Bodenfruchtbarkeit ausgedehnt ..." (Ruthenberg, Hans, Ansatzpunkte zur landwirtschaftlichen Entwicklung Tanganyikas, Berlin/München 1962, S. 11 = Sonderschrift des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 28.) - Ähnlich äußern sich alle Autoren zu den agraren Produktionssteigerungen in Ostafrika seit Beginn der Kolonialzeit.

10 Fliedner, Hanfried, Die Bodenrechtsreform in Kenya, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 15 f.

wohner pro Quadratkilometer an, bei durchschnittlichen Bevölkerungsdichten in den übrigen Reservaten von 65 Einwohnern pro Quadratkilometer. Rund 60 Prozent der eingeborenen Bevölkerung Kenias war hier (zusammen mit den Kavirondo-Reservaten) auf einer Fläche zusammengepfercht, die nur mehr etwa 4 Prozent (!) der Gesamtfläche Kenias ausmachte.[11] Verschärft wurden die Folgen dieser Reservatspolitik noch dadurch, daß trotz der raschen natürlichen Bevölkerungsvermehrung von diesen Reservatsgebieten ständig weitere Teile durch die Kolonialmächte geraubt wurden. Die Folge der Reservatspolitik war in erster Linie eine erhebliche Einschränkung des den Stämmen zur Verfügung stehenden ackerbaulich nutzbaren Landes. Die traditionelle Produktionsweise und ihr ackerbauliches Nutzungssystem wurden somit ihrer wohl wichtigsten Voraussetzung, nämlich der möglichen langdauernden Brachlegung großer Teile des Stammesgebietes zur natürlichen Regeneration der Fruchtbarkeit (oder, was nur ein anderer ökonomischer Ausdruck für diese Eigenart der Produktionsweise ist, einer niedrigen Bevölkerungsdichte), in vielen Fällen gänzlich beraubt.

2.4. Die "indirect rule"

Die "indirect rule" als eine gerade von der britischen Kolonialverwaltung häufig angewandte Methode versuchte zum Teil bewußt die traditionelle Gesellschaftsstruktur der einheimischen Stämme Ostafrikas zu konservieren, mit dem Ziel, sie im Interesse der kolonialen Herrschaftssicherung und der Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung auszunutzen.

Die "indirect rule" stellt somit eine nicht zu unterschätzende Maßnahme der Kolonialmächte zur Aufrechterhaltung des institutionellen und ideologischen Systems der traditionellen Produktionsweise dar, deren ökonomische Grundlage - das Stammesgrundeigentum - ebenfalls bestehen blieb. Dies hat insoweit für das vorliegende Thema große Bedeutung, als damit zugleich auch die traditionellen ackerbaulichen Nutzungssysteme als inhärente Bestandteile dieser traditionellen Produktionsweise weitgehend beibehalten und konserviert wurden, auch dann, als sie in einen immer offeneren Widerspruch zu den beträchtlich ansteigenden Bevölkerungsdichten gerieten.

2.5. Die Zunahme der Viehbestände

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Bodenfruchtbarkeit in Ostafrika sind die in der Kolonialzeit rasch ansteigenden Viehbestände. Dabei verdient nicht nur das beängstigende zahlenmäßige Wachstum Aufmerksamkeit.

Es ist vor allem die Tatsache, daß diese anwachsenden Tierbestände in das ackerbauliche System nicht integriert sind, das heißt, daß sie nicht zur Reproduktion der Bodenfruchtbarkeit (zum Beispiel über die Verwendung des Düngers) produktiv genutzt werden, die zu verheerenden Folgen führt.

Die ökonomischen Gründe für das rasche Ansteigen der Viehbestände seit Beginn der Kolonialherrschaft sind einmal im Anwachsen der Bevölkerung selbst zu sehen. Jede neu gegründete Familie, die sich notwendigerweise unter traditionellen Bedingungen neu etablierte, folgte der Tradition und legte ihre entstehenden Überschüsse gleichfalls hauptsächlich wieder in Vieh an.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß die Cash-crop-Produktion als Marktproduktion doch relativ höhere Überschüsse bei den Stammesproduzenten entstehen ließ als die reine

11 Karstedt, Otto/Werder, Peter v., a. a. O., S. 185.

Substistenzwirtschaft. Diese Überschüsse aber wurden, der Tradition folgend, vorwiegend wiederum in Vieh angelegt.[12]

Warum aber kommt es trotz Eindringens der kapitalistischen Geldwirtschaft im Gefolge der Kolonialherrschaft, trotz Einbeziehung vieler Stammesmitglieder in eine relativ ständige Marktproduktion - für den kapitalistischen Weltmarkt - zu keiner nachhaltigen Änderung dieser Situation? Offenbar kann dies nicht allein mit dem Traditionalismus erklärt werden. Eine Reihe Gründe liegen vielmehr in der Kolonialherrschaft selbst. Sie können hier nur angedeutet werden.

Die Entwicklung des einheimischen Kapitalismus vollzog sich vollständig im Schatten der kolonialen kapitalistischen Unternehmen und Handelsgesellschaften, die die Masse des Mehrprodukts und der erzielten Profite außerhalb Ostafrikas investierten. Die Entwicklung des einheimischen Kapitalismus und damit notwendigerweise der nichtlandwirtschaftlichen Produktivkräfte vollzog sich daher zwerghaft, einseitig und auf wenige Zentren und Zweige der Wirtschaft beschränkt (daher rührt auch vorwiegend die Beschränkung der afrikanischen Bourgeoisie auf Handel und Spekulation). Die Entwicklung der Infrastruktur, der Märkte und solcher Industriezweige, die insgesamt wichtige Voraussetzungen für die Verwandlung der Viehwirtschaft in einen produktiven Zweig darstellen, erfolgte so gut wie nicht, ebensowenig wie die notwendigen Vorleistungen zum Beispiel im Bereich des Veterinärwesens und der Züchtung. Das Kolonialsystem entwickelte, ja begünstigte nicht einmal die elementarsten ökonomischen Voraussetzungen zur Verwandlung der Viehwirtschaft in einen produktiven Zweig. Somit kann man sagen, daß das Kolonialsystem indirekt das gefährliche Anwachsen der Viehbestände mit verursachte und begünstigte, indem es einerseits eine produktive Konsumtion der in den Stammesgesellschaften entstehenden Überschüsse be- und verhinderte und andererseits der Überführung der Viehwirtschaft in einen Zweig der Warenwirtschaft nahezu jede Grundlage entzog.

2.6. Demographische Probleme

Für Ostafrika (wie für viele afrikanische Entwicklungsländer) ist eine außerordentlich rasche Bevölkerungszunahme seit der Kolonialperiode charakteristisch. Etwa ab Ende der

12 Die folgende Tabelle der Entwicklung der Viehbestände gibt darüber deutlich Aufschluß:

Entwicklung der Viehbestände in Ostafrika von 1950/51 bis 1964/65 (in Mill.)

		Kenia	Tansania	Uganda
Rinder:	1950/51	5,612	6,470[+]	2,417
	1954/55	6,906	.	3,094
	1956/57	7,003	7,490[++]	3,310
	1964/65	7,206	11,000[+++]	3,497
Schafe:	1950/51	3,680	2,510[+]	1,072
	1954/55	.	.	.
	1956/57	.	2,871[++]	.
	1964/65	6,561	.	0,755

+ 1952. ++ 1960. +++ 1967.

Quellen: Economic Survey of Afrika since 1950, hg. v. United Nations, New York 1959, S. 112; Statistical Yearbook 1966, hg. v. United Nations, New York 1967, S. 124; Statistical Yearbook 1967, hg. v. United Nation, New York 1968, S 127; Ruthenberg, Hans, Agricultural Development in Tanganyika, München/Heidelberg/New York 1964, S. 35 = Afrika-Studien, Nr. 2.

dreißiger Jahre setzt beträchtliches Wachstum der Bevölkerung ein und hält nach wie vor unvermindert an. So stieg die Bevölkerung der drei ostafrikanischen Länder wie folgt:

Tabelle 3

Entwicklung der Bevölkerung Kenias, Tanganjikas (Tansanias) und Ugandas von 1878 bis 1965 (in 1 000)

Jahr	Kenia	Tanganjika (Tansania)	Uganda
1878	-	-	750
1897	2 500	-	-
1911	3 000	-	-
1913	-	4 145	2 890
1920	2 484	-	3 057
1921	-	4 107	-
1925	2 549	4 319	3 138
1930	2 951	-	3 498
1931	-	5 022	-
1940	3 454	5 255	3 809
1946	5 151	7 242	4 697
1965	9 365	10 179	7 551

Quellen: Kuczynski, Robert René, Demographic survey of the British Colonial Empire, Bd. 2, London/New York/Toronto 1949, S. 144, 235 ff., 327, 343; Demographic Yearbook 1965, hg. v. United Nations, New York 1966, S. 128 - 132.

Wir haben bereits gesehen, daß die traditionelle Produktionsweise ackerbautreibender Stämme nur mit niedrigen Bevölkerungsdichten vereinbar ist, weil dem Boden die erforderliche lange Zeit zur Regeneration seiner Fruchtbarkeit gesichert werden muß. Die Bevölkerungsdichten sowohl in den verbliebenen Stammesgebieten wie vor allem in den von den Kolonialmächten geschaffenen Reservaten stiegen jedoch innerhalb weniger Jahrzehnte (also im wesentlichen in ein- und derselben Generation von Ackerbauern!) sprunghaft zum Teil auf über 100 Einwohner pro Quadratkilometer an. Es liegt auf der Hand, daß sich hieraus enorme Komplikationen und Widersprüche, vor allem aber Auswirkungen auf die Bodenfruchtbarkeit und das ackerbauliche Nutzungssystem, ergeben mußten.

Die hauptsächlichen Ursachen lagen dabei nicht in einer natürlichen Bevölkerungszunahme. Ein ganz entscheidender Anteil hieran entfiel auf solche Maßnahmen wie die Reservatspolitik und solche Erscheinungen wie die Einführung der "cash crops", die neben der absoluten vor allem die relative Zunahme der Bevölkerungsdichten zur Folge hatten.

Dabei ist davon auszugehen, daß auch die traditionelle Produktionsweise bis zu einem gewissen Grade "Überschußbevölkerung" erzeugen kann, die aber zu keiner nennenswerten wirtschaftlichen Gleichgewichtsstörung führte, sondern bis zu einem gewissen Grad sogar eine wesentliche Bedingung ihrer Entwicklung bildete.[13] Hier spielte der Zeitfaktor eine große

13 "Die Bedingungen des Gemeinwesens nur vereinbar mit bestimmtem Populationsquantum. Andrerseits, wenn die Schranken der Bevölkerung, die durch die Dehnbarkeit der bestimmten Form der Produktionsbedingungen gesetzt, nach der letztren sich ändern, zusammenziehn oder ausdehnen - ..., so aber auch die absolute Rate, worin sich die Population vermehrt, und daher die Rate der Überpopulation und

Rolle. Er sicherte, daß sich diese Veränderungen (bis zu einem gewissen Grade) kontinuierlich über viele Generationen hinweg vollzogen. Anders verlief die Entwicklung während der Kolonialperiode. Hier wurde die von außen gewaltsam erfolgende Veränderung auf wenige Jahrzehnte (auf eine, im Höchstfalle aber auf zwei Generationen) zusammengedrängt. Die Auswirkungen waren von solcher Wucht, daß die traditionelle Produktionsweise sie einfach nicht bewältigen konnte, zumal das Kolonialsystem die Ursache bildete und gleichzeitig versuchte (indirect rule, Reservate), die Stammesinstitution und für einen längeren Zeitraum auch das Stammesgrundeigentum als wesentliche Bestandteile der traditionellen Produktionsweise zu konservieren. Damit wurde zwangsläufig aber auch die Veränderung der ackerbaulichen Nutzungssysteme be- und verhindert.

Diese innerhalb eines kurzen Zeitraumes entstandene "Bevölkerungsexplosion" erlaubte es den traditionellen Gesellschaften nicht, etwa auf dem Wege von Versuch und Irrtum verbesserte ackerbauliche Nutzungsformen und Produktionsmethoden ausfindig zu machen. Solche Veränderungen hätten sich erst im Laufe mehrerer Generationen erfolgreich durchsetzen lassen. Ihre allgemeine gesellschaftliche Anerkennung und Anwendung wäre erst nach langjährigen Experimenten an Ort und Stelle möglich gewesen. Daher wurden die Versuche der Kolonialmächte, mit brachialer Gewalt solche andernorts durchaus bereits bekannten Verfahren zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, wie Terrassierung, organische Düngung usw., bei den einzelnen Stämmen einzuführen, von diesen boykottiert. Die bitteren Erfahrungen, die man bisher mit dem Kolonialsystem gemacht hatte, diskreditierten von vornherein alle empfohlenen ackerbaulichen Verbesserungen, zumal sie in der Regel auf dem Wege polizeilicher Verfügung und unter Strafandrohung eingeführt werden sollten. Es ist schließlich von Bedeutung, daß das durch äußeren Zwang unerheblich angestiegene Mehrprodukt gegenüber der vorkolonialen Periode meist nicht die Gestalt von Nahrungsmitteln, sondern von "cash crops" hatte. Diese mußten infolge ihrer spezifischen gebrauchswertmäßigen Gestalt exportiert werden (als Kaffee, Tee, Baumwolle, Sisal usw.), wodurch sich von vornherein eine fast vollständige Abhängigkeit dieser Produktionszweige und ihrer Produzenten von den kolonialen Mutterländern ergab.[14] Das Mehrprodukt konnte dadurch auch leicht größtenteils von den Kolonialmächten und ihren Aufkauf- und Handelsgesellschaften angeeignet werden, das heißt, selbst die relativ vorhandenen ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten der traditionellen Produktionsweise wurden auf diese Weise durch das Kolonialsystem paralysiert und die Produktionsbedingungen der anwachsenden Bevölkerung relativ und absolut verschlechtert.

3. Die Auswirkungen auf die Bodenfruchtbarkeit

Die im vorhergehenden Abschnitt behandelte gewaltsam deformierte traditionelle Produktionsweise hatte auf die Bodenfruchtbarkeit und darüber hinaus auf das geographische Milieu schlechthin Auswirkungen, die sich in vier Hauptpunkten zusammenfassen lassen.

Population. Die Überpopulation, die auf einer bestimmten Produktionsbasis gesetzt, ist daher ebenso bestimmt, wie die adäquate Population. Überpopulation und Population zusammengenommen sind die Population, die eine bestimmte Produktionsbasis erzeugen kann. Wie weit sie über ihre Schranke hinaussetzt, ist durch die Schranke selbst gegeben - oder vielmehr durch denselben Grund, der die Schranke setzt." (Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 499. - Hervorhebung im Original).

14 Hieraus erklärt sich teilweise die auch heute noch bestehende Abhängigkeit der ostafrikanischen Länder von den kapitalistischen Weltmärkten und die noch immer starke Einflußmöglichkeit des Neokolonialismus.

3.1. Die Verkürzung der natürlichen Regenerationsperiode des Bodens und die Folgen für die Bodenfruchtbarkeit

In Ostafrika ist es mit Beginn der Kolonialperiode zu einer Verkürzung der natürlichen Regenerationsperiode gekommen, die dem Boden bei traditioneller Bewirtschaftung zur Verfügung stehen muß, damit er die ursprünglich vorhandene natürliche Fruchtbarkeit annähernd wieder erreicht. Diese natürlichen Regenerationszeiten sind unterschiedlich lang, sie betragen im tropischen Regenwaldgürtel, wo das Wachstum der Vegetation sehr rasch vonstatten geht, 10 bis 15 Jahre und können sich in den wechselfeuchten Savannen und Trockensavannen auf 30 Jahre und mehr belaufen (einige Autoren bezweifeln allerdings, daß die natürliche Fruchtbarkeit je wieder voll regeneriert wird. Vergleiche hierzu Anmerkung 4). Die gesellschaftlichen Ursachen einer durch das Kolonialsystem bedingten künstlichen Regenerationszeit und ihrer ständigen Verkürzung sind bereits genannt worden. Die Folge davon war, daß der Boden zu einem Zeitpunkt bereits wieder in Bebauung genommen werden mußte, an dem er die ursprünglich vorhandene natürliche Fruchtbarkeit noch nicht wieder erreicht hatte.[15]

Weitzenberg schreibt dazu über seine Untersuchungen in Uganda und Tanganjika: "Es wird der Boden ohne Rücksicht auf seine Zukunft raubbaumäßig ausgenutzt, und solange noch Reserven vorhanden sind, wird Naturland weiter gerodet oder es wird noch nicht voll regeneriertes Land (der Regenerierungsprozeß dauert oft Jahrzehnte) wiederholt unter Kultur genommen."[16] Das hatte zur Folge, daß die landwirtschaftlichen Erträge auf dem jeweiligen Bodenstück gegenüber den durchschnittlich erreichbaren (ohnehin niedrigen) Erträgen erheblich absanken, so daß sich bereits im ersten Anbaujahr Mindererträge einstellten. Schon nach dem zweiten, spätestens aber nach dem dritten Anbaujahr mußte das entsprechende Bodenstück wieder aufgegeben werden. Der Gesamtbedarf an durchschnittlich genutztem Boden, den ein Stamm (oder eine Familie) benötigt, stieg somit sprunghaft an. Da nicht mehr genügend Land zur Verfügung stand, verengte sich so der Kreislauf immer mehr, es entstand der Teufelskreis einer ständig kürzeren Regenerationsperiode, verbunden mit einem kontinuierlichen Absinken der Bodenfruchtbarkeit.

Auf diese Weise verringerte sich weiterhin absolut und relativ die Anbaufläche der einzelnen Stämme (es stieg relativ die Bevölkerungsdichte), es entstand ein zusätzlicher Druck auf die Restflächen mit erneuten und noch weitaus stärkeren Verkürzungen der Regenerationszeit.

Man kann daher allgemein sagen, daß in den Stammesgebieten, in denen diese Entwicklung charakteristisch ist, der Verlauf der ökonomischen Fruchtbarkeit unter dem Einfluß des veränderten Nutzungssystems in einer rasch sinkenden Kurve seinen Niederschlag findet, und zwar sowohl auf den einzelnen Bodenstücken wie zunehmend auf dem gesamten Stammesland. Dieser Entwicklung entspricht der Übergang von der reinen Urwechselwirtschaft (shiftung cultivation) zur ungeregelten oder wilden Feld - Gras - Wirtschaft, das heißt, es entsteht durch eine Verkürzung der Brache nicht mehr die ursprüngliche charakteristische Vegetation der jeweiligen Klimazone (zum Beispiel tropischer Urwald, Miombo- oder Savan-

15 "Unter vorkolonialen Bedingungen sicherte die langfristige Brache ... den erforderlichen Bodenreichtum ... Der Zwang, mehr zu produzieren, obwohl keine Ackerflächen zur Ergänzung zur Verfügung standen ... zog eine Beschleunigung der Bodenumverteilung, ein Sinken der Erträge und manchmal die Verschlechterung der Böden sowie die Einengung der Möglichkeiten der Viehzucht nach sich. Kurz gesagt, nicht einmal mehr die einfache Reproduktion war durch den erzwungenen Anbauzyklus gesichert". (Suret-Canale, Jean, Schwarzafrika, Bd. 2, Berlin 1969, S. 384.)

16 Weitzenberg, Horst, Wasser- und Bodenerhaltung in Afrika, Baden-Baden 1962, S. 18 = Schriftenreihe zum Handbuch der Entwicklungshilfe, H. 6.

nenwald usw.), sondern eine degradierte Vegetation mit dem Übergewicht besonders einjähriger Gräser in den Savannengebieten. Bäume und Büsche können sich bis zur nächsten Inbetriebnahme der Flächen überhaupt nicht oder nur kümmerlich ausbilden, so daß insbesondere die Nährstoff- und Humusanreicherung des Bodens (einer vollen Brache gegenüber) erheblich geringer ausfällt. Dieser Wechsel Feld - natürliche Übergrasung ist zeitlich großen Schwankungen unterworfen (daher auch die Bezeichnung als ungeregelte Feld - Gras - Wirtschaft). Der Fruchtbarkeitsverfall ist bei dieser ackerbaulichen Nutzungsform unter allen traditionellen Formen am größten, da sich in der Regel noch keine Besitzformen herausgebildet haben, die ein Interesse an der Erhaltung oder Steigerung der Bodenfruchtbarkeit zur Folge gehabt hätten. Diesem ackerbaulichen Nutzungssystem liegt ausschließlich eine gesteigerte Bodenausbeutung zugrunde.

3.2. Die Degradation der Vegetation

Der mehr oder weniger rasche allgemeine Fruchtbarkeitsabfall sowie die im wesentlichen nicht mehr voll oder teilweise überhaupt nicht erfolgende Regeneration der ursprünglichen Vegetation in den Anbaugebieten führen so zu einem Kreislauf, der als fortschreitende Degradation ganzer Vegetationsgebiete qualifiziert werden kann.

Das bedeutet, daß sich unter dem Einfluß der veränderten traditionellen ackerbaulichen Nutzungssysteme nicht nur örtlich, sondern über ganze Landstriche hinweg der Charakter der Vegetation, das heißt die Vegetationszone selbst, wandelt. Aus Baumsavannen werden zum Beispiel Strauch- und Buschsavannen, aus denen wiederum reine Grassavannen entstehen können. Unter der so degradierten Vegetation ist das Wasserhaltevermögen des Bodens beträchtlich gemindert, und das Gesamtniveau der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, das zu einem beträchtlichen Teil durch die Art der Vegetation beeinflußt ist, sinkt ab. Eine derart geminderte Bodenfruchtbarkeit schließt ihrerseits die Existenz einer anspruchsvolleren Vegetation wiederum aus. Ähnliche Probleme ergeben sich auch für die in Ostafrika zu Weidezwecken genutzten Flächen. Andrae schreibt hierzu: "Die Bodenfruchtbarkeit in extensiver Weidewirtschaft ist in erster Linie eine Frage des Viehbesatzes und der Weidetechnik. Überweidung verursacht Verschwinden der ausdauernden Gräser, Überwiegen der einjährigen Gräser und zunehmende Verunkrautung und Verbuschung. Das Dominieren der einjährigen Gräser bedeutet, daß der Boden in der Trockenzeit zum großen Teil von jeglicher Pflanzendecke entblößt ist, weil sich die einjährigen Gräser nach Einsetzen der Regenzeit erst neu aus Samen entwickeln müssen".[17]

Die hohen Stückzahlen an Weidevieh behindern oder zerstören dabei in starkem Maße die Vegetation, die unter tropischen Bedingungen eine entscheidende Bedingung zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit darstellt. Die Herden beweiden dabei nicht, wie im Naturzustand, Großflächen, sondern relativ begrenzte Flächen. Es tritt dort eine Überweidung ein, das heißt eine Dauerschädigung der Gräser und der übrigen Vegetation bis zu einem Punkt, an dem sich die Pflanzen nicht mehr erholen können (begünstigt vor allem durch die periodischen Trockenzeiten). Es kommt daher - vor allem durch Schafe und Ziegen - letztlich oft zur völligen Vernichtung der Vegetation. "Die afrikanische Ziege ist nur Zahlungsmittel, ansonsten ein völlig unnützes und durch seine Genügsamkeit gefährliches Tier. Wenn der Grasvorrat erschöpft ist, frißt sie die Rinde von den Bäumen und vernichtet die Vegetation mit Stumpf und Stiel."[18]

Wie Zoologen und Botaniker dabei in jüngster Zeit festgestellt haben, erfolgt im Unterschied zu den in Ostafrika in natürlicher Wildbahn vorkommenden Arten (Zebra, Gnu, Antilope usw.)

17 Andrae, Bernd, Weidenwirtschaft im südlichen Afrika, Wiesbaden 1966, S. 31.
18 Weitzenberg, Horst, a. a. O., S. 30.

das Abweiden durch die domestizierten Tierarten in einer für die Vegetation einseitigen und schädlichen Form. Auf Wegen, die nicht genau bekannt sind, kamen Rinder aus dem südlichen und westlichen Asien, Schafe und Ziegen aus Südwestasien nach Ostafrika und wurden dort domestiziert. Während die einheimischen Arten zu verschiedenen Jahreszeiten unterschiedliche Arten an Gräsern und anderen Pflanzen abweiden und so der Vegetation insgesamt im Jahresablauf genügend Zeit zur Erholung und zum Wachstum geben, fressen die domestizierten Tierarten jeweils alles, was sie vorfinden, so daß die Vegetation sich nicht mehr erholen kann.[19]

Dabei zeigt sich besonders drastisch die katastrophale Auswirkung der beträchtlich angestiegenen Viehbestände. Da diese Tiere auch nahezu die gesamten Flächen beweiden, die als Brachen zur Regeneration der Fruchtbarkeit verbleiben sollen, wird hier nicht nur kein Brache-Effekt erzielt, sondern die große Zahl an Tieren zerstört zusätzlich einen Teil der Fruchtbarkeit und löst unmittelbar Erosionsvorgänge aus.

Weitzenberg weist daher mit allem Nachdruck darauf hin, daß als Folge dieser Erscheinungen eine fortschreitende Versteppung Ostafrikas eintritt[20], deren äußeres Kennzeichen die Veränderung der Vegetation, vor allem die Zunahme einjähriger Pflanzen (Gräser), bildet.

3.3. Das Absinken des Grundwasserspiegels

Viele Agrarwissenschaftler sprechen von einem kontinuierlichen Absinken des Grundwasserspiegels in Afrika südlich der Sahara als Folge einer verstärkten einseitigen Bodennutzung. "Die Zerstörung der Vegetation hat aber außer der Abschwemmung weitere schlimme Folgen für den Wasserhaushalt des Landes. Auf dem kahlen Boden kann das Wasser sehr rasch abfließen ... Es hat keine Gelegenheit tiefer einzusinken ... Aus diesem Grunde werden die Grundwasservorräte immer geringer ... Oft bleibt nur nackter Fels übrig, in dem weder die natürliche Vegetation noch die Kulturpflanzen gedeihen können ... Die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens wird so vernichtet. Diese Vernichtung schreitet auch in Afrika in beängstigendem Maße fort. Es kann nicht nachdrücklich genug auf diese Gefahr hingewiesen werden ... Es ist also keine Klimaveränderung, sondern die Zerstörung der Vegetation, welche die Veränderung der Wasservorräte, die in den letzten Jahrzehnten beobachtete Austrocknung verursacht hat".[21]

Weitzenberg spricht ebenfalls von einem Absinken des Grundwasserspiegels als Folge der Kultivierungsmaßnahmen des Menschen.[22]

Auch Manshard hebt nachdrücklich die Verschlechterung des Wasserhaushaltes als Folge von Kultivierungsmaßnahmen hervor: "In Afrika ... hat sich der Grundwasserstand in weiten Gebieten gesenkt. Größere Areale des Regenwaldes wurden zu Feuchtsavannen, Feuchtsavannen zu Trockensavannen und Trockensavannen und Strauchsavannen zu Halbwüsten degradiert und umgewandelt. Der Mangel an Kenntnissen der natürlichen Zusammenhänge ... hat über Jahrhunderte ... Bodenerschöpfung ... zur Folge gehabt. Gefördert wurde ihre Ausbreitung durch Überweiden und Kahlschlag oder wahlloses Niederbrennen des Pflanzenkleides. Der Raubbau ist in der Tropenzone sehr alt. Das starke Bevölkerungswachstum im 19. und 20. Jahrhundert sowie die verstärkte wirtschaftliche Produktion ... während der Kolonialzeit haben diese Vorgänge wesentlich beschleunigt".[23] Diese einschneidende Ver-

19 Prof. Wolfgang Ullrich in der Sendung "Die Tierwelt Afrikas im Umbruch, DFF v. 6. 9. 1969 (Ms.).
20 Weitzenberg, Horst, a. a. O., S. 11.
21 Jaeger, Fritz, Afrika. Ein geographischer Überblick, (West-)Berlin 1954, S. 103 ff.
22 Weitzenberg, Horst, a. a. O., S. 11.
23 Manshard, Walther, a. a. O., S. 260.

schlechterung des Wasserhaushaltes hat im Gesamtprozeß der Regenerierung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit in den Tropen, wo der Faktor Wasser dominiert, die wohl nachhaltigste Wirkung, da sich hierdurch auch das Makroklima in den Großlandschaften verschlechtert und somit ein Absinken der Bodenfruchtbarkeit auch auf Flächen eintritt, die nicht unmittelbar bewirtschaftet werden.[24] In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß die Kolonialmächte selbst auf erheblichen Flächen die Urvegetation bei der Anlage von Plantagen vernichtet haben und damit zur Verschlechterung des Wasserhaushaltes in Ostafrika unmittelbar beitrugen. Beispielsweise hat die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft zu Beginn unseres Jahrhunderts fast den gesamten Waldbestand des Usambaragebirges im heutigen Tansania abgeholzt und dort Kaffeeplantagen errichtet.[25]

3.4. Die Bodenerosion

Als letztes Glied dieser Kette tritt eine fast vollständige Vernichtung der Bodenfruchtbarkeit ein, das heißt die Rückführung des Bodens auf die nackte Materie Gestein, die sich in den feuchten Tropen vor allem derart vollzieht, daß die fruchtbare Bodenkrume durch die tropischen Platzregen abgeschwemmt wird. "Der Boden ... ist in Afrika wie in anderen Ländern europäischer Kolonisation ... einer furchtbaren Zerstörung ausgesetzt ... Erst in den letzten zwei Jahrzehnten ist man auf die hier drohende Gefahr ernsthaft aufmerksam geworden"[26], schreibt Jaeger. "Die steigenden Bodenverluste nehmen in den Anbau- und Weidegebieten Afrikas bereits derart katastrophale Ausmaße an, daß unbedingt Schutzmaßnahmen für die noch verfügbaren Bodenflächen notwendig werden".[27]

Auch Finck weist nachdrücklich auf die wachsende Erosionsgefahr in Afrika hin: "Die Bodenerosion ... ist nur ein Teilprozeß des umfassenden Vorganges der Verwüstung arider und semi-arider Gebiete. In Afrika dringt die Wüste heute Jahr für Jahr nach Süden vor, was zum Teil einer großklimatischen Tendenz entsprechen mag, aber auch durch menschliche Eingriffe bedingt ist. Die Wüste ist auf einer Strecke von 3 000 km im Vormarsch. Alte Literaturangaben besagen, daß viele heutige Wüstenplätze einst fruchtbares Land mit genügend Wasser waren ... Der menschliche Einfluß beschleunigt das Vordringen der Wüste auf zweierlei Weise, einmal durch Vernichtung des Savannenwaldes ..., zum anderen durch Übergräsen der (Kurzgras-) Savanne. Es ist sogar die Frage aufzuwerfen, ob die reine Grassavanne überhaupt eine natürliche Vegetationsform am Südrand der Wüste darstelle oder lediglich anthropogenes Produkt sei."[28]

Die Bodenerosion schließt letztlich nicht nur eine landwirtschaftliche Nutzung der Böden für lange Zeit aus, sondern sie bringt für alle übrigen Bereiche der Wirtschaft und damit der Gesellschaft große Gefahren mit sich. In diesem Zusammenhang sei auf die Gefährdung der Trink- und Brauchwasserversorgung ganzer Gebiete, die Verödung von Landstrichen, die Gefährdung der großen Wildbestände Ostafrikas usw. hingewiesen. Die Bodenerosion, so zeigt sich am Entwicklungsverlauf der Bodenfruchtbarkeit in Ostafrika während der Kolonialperiode sehr deutlich, ist nicht als natürliche Erscheinung bestimmter Böden, sondern als eine ausgesprochen soziale und ökonomische Erscheinung zu werten, gebunden an ganz

24 "Die weitgehende Überführung der primären Urwaldvegetation in eine Ackerbau-Landschaft verminderte die Wasserspeicherung im Einzugsgebiet der Gewässer (im Nordwesten der Usambara-Berge [Tansania] - D. G.) so stark, daß sie neuerdings in der Trockenzeit versiegen." (Attems, Manfred, Bauernbetriebe in tropischen Höhenlagen Ostafrikas, München 1967, S. 23.)

25 Vgl. hierzu Wohltmann, Friedrich, 120 Kultur- und Vegetationsbilder aus unseren deutschen Kolonien, Berlin 1904, S. 79 - 87.

26 Jaeger, Fritz, a. a. O., S. 99.

27 Weitzenberg, Horst, a. a. O., S. 11.

28 Finck, Arnold, a. a. O., S. 165.

bestimmte Produktionsweisen. Wohl begünstigen und verstärken manche Böden mehr oder weniger die ablaufenden Erosionsprozesse (der Erosionsvorgang verläuft auf der Basis des Wirkens von Naturgesetzen), ihr Auftreten selbst ist jedoch an bestimmte ackerbauliche Nutzungsformen gebunden, die einen inhärenten Bestandteil vor allem der gewaltsam deformierten traditionellen Produktionsweise (und ihrer bestimmten Entwicklungsetappen) bilden.

Es geht also nicht um das Eingreifen des Menschen in die Naturvorgänge schlechthin, sondern um ein ganz spezifisch historisch-ökonomisch bedingtes Verhalten zum Boden und zu seiner Fruchtbarkeit, das nur aus den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen, der jeweiligen Produktionsweise, erklärt werden kann. Dieser Mechanismus ergibt sich in Ostafrika ganz eindeutig aus der gewaltsamen Deformierung der traditionellen Produktionsweise durch das kapitalistische Kolonialsystem, das die dargestellte Wirkungskette, angefangen von der Verkürzung der natürlichen Regenerationsperiode bis hin zur Bodenerosion, hervorruft.

Die Bodenerosion ist dabei mit den einzelnen dargestellten Etappen der Verschlechterung der Bodenfruchtbarkeit unmittelbar verbunden; denn auf voll regenerierenden Böden mit gut entwickelter Vegetation, ausreichender Humusbildung und ausgeprägter Krümelstruktur treten im Prinzip keine Erosionsvorgänge auf. Erst bei absinkender ökonomischer Fruchtbarkeit, die unter anderem mit degradierter Vegetation, verringertem Humusanteil, verschlechterter Krümelstruktur einhergeht, gewinnen die Erosionsfaktoren an Bedeutung, und zwar um so mehr, je stärker die Zerstörung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit bereits fortgeschritten ist.

Hierin zeigt sich besonders deutlich der soziale (ökonomische) Charakter der Bodenerosion[29], die an bestimmte ackerbauliche Nutzungssysteme im Rahmen einer bestimmten Produktionsweise gebunden ist.

4. Schlußbemerkungen

Die ostafrikanischen Länder konnten bisher trotz Erringung ihrer politischen Unabhängigkeit die geschilderten Wirkungen der gewaltsam deformierten traditionellen Produktionsweise auf Bodenfruchtbarkeit und darüber hinaus auf das geographische Milieu schlechthin zu einem großen Teil noch nicht beseitigen. Mitunter verstärkten sich diese Wirkungen sogar noch, da die jungen Nationalstaaten nicht zuletzt auf steigende Exporte traditionell erzeugter "cash crops" als der oft alleinigen Devisenquelle zur Stärkung ihrer Wirtschaft angewiesen sind.

Eines der Kernprobleme im Agrarbereich besteht für diese Länder darin, auf dem raschest möglichen Wege neue ackerbauliche Nutzungssysteme zu entwickeln und einzuführen, die

29 Die Bodenerosion darf nicht mit der geologischen Erosion verwechselt werden. Letztere ist als eine ausgesprochen natürliche Erscheinung ständig und überall wirksam (Abschwemmen von Bodenteilen und Transport in Flüssen und unterirdischen Strömen usw.). Die Bodenerosion dagegen kann im Prinzip nur auftreten, wenn der Mensch in ein bestehendes ökologisches Gleichgewicht von Klima - Boden - Vegetation eingreift und z. B. die den Boden schützende Vegetation beseitigt (Boden im agrarwirtschaftlichen Sinne entsteht nur unter Mitwirkung einer Vegetation). Im Naturzustand verlaufen zwar auch unter einer Pflanzendecke erosive Prozesse, aber die bodenbildenden Prozesse sind - außer bei sehr seltenen Naturkatastrophen - stärker und wirksamer, so daß im Naturzustand dort, wo Pflanzenwuchs möglich ist, auch ständig mächtigere Böden entstehen. Sie erodieren im Naturzustand nicht, denn die Vegetation schützt sie vor Erosionen. (Vgl. hierzu Mutscher, Horst, Tropische und subtropische Landwirtschaft, Berlin 1967, S. 12 ff. = Lehrmaterial zum Hochschulstudium der Landwirtschaftswissenschaft, hg. v. Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulstudium der DDR.)

einerseits eine Intensivierung des Ackerbaues und damit der gesamten Landwirtschaft ermöglichen und die andererseits nicht zu nachhaltigen Schädigungen des geographischen Milieus führen.

Eine solche Aufgabenstellung ist von vornherein nur durch planmäßige gesellschaftliche Leitung aller ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesse (nichtkapitalistische Staatsmacht) und nur komplex und im Zusammenwirken verschiedener gesellschaftswissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Disziplinen lösbar. Sie erfordert zunächst den Einsatz eines relativ hohen naturwissenschaftlichen Potentials zur Erforschung sowie agrobiologischen und agrotechnischen Erprobung solcher neuen Nutzungssysteme (einschließlich der Züchtung neuer Kulturpflanzen usw.). Die wissenschaftlich-technische Hilfsleistung der sozialistischen Länder bildet hierbei eine wesentliche Voraussetzung des Erfolgs.

Zum anderen sind eine ganze Reihe ökonomischer und darüber hinaus gesellschaftlicher Voraussetzungen erforderlich, um diese neuen Nutzungssysteme mit Erfolg einzuführen. Hierzu gehören die Herstellung fester und geregelter ökonomischer Austauschbeziehungen mit den meist noch unter traditionellen Bedingungen lebenden Agrarproduzenten. Eine derartige Entwicklung kann jedoch nur im Rahmen einer umfassenden gesamtgesellschaftlichen Planung erfolgen. Sie ist auf das engste mit Maßnahmen zur Industrialisierung, Entwicklung des Handels und der materiellen Infrastruktur, des Bildungswesens usw. verbunden. Auch zeigen die bisherigen Erfahrungen, daß der nichtkapitalistische genossenschaftliche Weg in der Landwirtschaft, zum Beispiel Tansanias, eine weitere wichtige Bedingung zur Einführung neuer und wirksamer ackerbaulicher Nutzungssysteme darstellt.

Eine letzte Bemerkung zur praktischen Orientierung in den jungen Nationalstaaten Ostafrikas sei noch angefügt. Der Urwechselwirtschaft sind Methoden zur Flächenertragssteigerung und damit zur Erhaltung oder gar Steigerung der Bodenfruchtbarkeit fremd. Erst in einem relativ fortgeschrittenen Stadium der Auflösung der Gentilgesellschaften entstehen aus der Urwechselwirtschaft ackerbauliche Nutzungsformen (vorwiegend unter dem Einfluß steigender Bevölkerungsdichten und veränderter Bodeneigentumsformen), die zunehmend eine Erhaltung der natürlich vorhandenen Bodenfruchtbarkeit zum Ziele haben. Ihre ökonomische Reproduktion ist diesem Ziel untergeordnet. Es entstehen so zunächst aus einer ungeregelten Feld-Gras-Wirtschaft über Formen einer geregelten Feld-Gras-Wirtschaft schließlich ackerbauliche Nutzungsformen, die den Charakter von Fruchtfolge-Wirtschaften tragen und zum Teil schon von recht wirksamen Verfahren zum Schutz der Bodenfruchtbarkeit und zur Abwehr von Bodenerosionen begleitet sind (zum Beispiel Hangterrassierung, Dammkultur, versetzte Dammkultur).[30]

Es wäre ein durchaus nützliches und erfolgversprechendes Unternehmen für diese jungen Staaten, unter einer einheitlichen staatlich-wissenschaftlichen Leitung die wirksamsten und ökonomisch zweckmäßigsten dieser Verfahren zusammenzustellen und sie - unter Beachtung der jeweiligen natürlichen, ökonomischen und auch ethnographischen Besonderheiten der verschiedenen Gebiete - für eine bestimmte Übergangszeit auf den traditionellen Anbauflächen zu praktizieren. Damit wäre in gewissem Umfange eine Intensivierung der ackerbaulichen Nutzung möglich, bei gleichzeitiger Minimierung jener Schädigungen, wie sie der gestei-

30 Als Novum entstanden auf der Insel Ukara im Victoria-See ackerbauliche Nutzungsformen, die zu einer vollen Integration der Viehwirtschaft in den Ackerbau führten. Das Vieh wird ausschließlich zur Düngerproduktion in Ställen gehalten und mit den verschiedensten nicht zur menschlichen Ernährung geeigneten Vegetabilien - einschließlich Baumblättern - ernährt. Die Bevölkerungsdichte liegt dort außerordentlich hoch (im Durchschnitt 290 Einwohner pro km^2), das Stammesgrundeigentum ist fast vollständig zugunsten privater Eigentumsformen beseitigt. (Vgl. hierzu Ludwig, Heinz Dieter, a. a. O., S. 180 ff.)

gerte traditionelle Anbau der Bodenfruchtbarkeit und darüber hinaus dem geographischen Milieu schlechthin zufügte.

Insgesamt kann aus den vorliegenden Untersuchungen über Ostafrika folgende allgemeine Folgerung im Hinblick auf die Mensch - Umwelt - Beziehung gewonnen werden: Es ist notwendig, bei der Erforschung der entsprechenden Zusammenhänge von der Eigenart der jeweiligen Produktionsweise (als Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen) und ihren einzelnen Entwicklungsetappen auszugehen und von dort her die charakteristischen Wirkungen auf das geographische Milieu zu bestimmen. Eine zentrale Aufgabe der ökonomischen Forschung besteht gerade darin, die Art der Verflechtung des sozialen (ökonomischen) Reproduktionsprozesses mit dem natürlichen Reproduktionsprozeß von Elementen des geographischen Milieus (so zum Beispiel dem Boden und seiner Fruchtbarkeit, der Vegetation, dem Grundwasser usw.) zu erschließen und so die entscheidenden, durch die Gesellschaft beeinflußbaren Glieder dieser miteinander verflochtenen dynamischen Systeme Produktionsweise - geographisches Milieu zu bestimmen. Eine nachhaltig positive Wirkung auf das geographische Milieu ist dabei jeweils nur dann zu erzielen, wenn die Produktionsweise zunächst selbst den dazu notwendigen Veränderungen unterworfen wird (vor allem auch im Bereich der Produktionsverhältnisse). Es ist insgesamt davon auszugehen, daß die spezifische Beziehung einer gegebenen Gesellschaft zum geographischen Milieu selbst einen untrennbaren Bestandteil eben dieser Produktionsweise darstellt und nur von dort her schlüssig zu erklären und auch zu beeinflussen ist.

DIE ARBEITERMIGRATIONEN IN DEUTSCHLAND IM PROZESS DER INDUSTRIALISIERUNG UND DER ENTSTEHUNG DER ARBEITERKLASSE IN DER ZEIT VON DER GRÜNDUNG BIS ZUR AUFLÖSUNG DES DEUTSCHEN BUNDES (1815 BIS 1867)

von Karl Obermann

Zum Charakter der Migrationen in der Phase von 1816 bis 1834

Die Migrationen im Zeichen wachsender Not und der ersten Eisenbahnbauten in der Zeit von 1834 bis 1852

Die Migrationen im Zeichen der Herausbildung des rheinisch-westfälischen Ballungszentrums in der Zeit von 1852 bis 1867

Anhang

Die demographische und sozialgeschichtliche Forschung hat seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Fragen der Mobilität der Bevölkerung und den Problemen der Migration erhöhte Beachtung geschenkt. Vielfach wird bereits die Überzeugung geäußert, daß Wanderungsvorgänge maßgebenden Einfluß auf Veränderungen in der sozialen Struktur der Bevölkerung haben. Die Bemühungen, Einblick in den Charakter der Wanderungsvorgänge zu erlangen, Ursache und Art der Binnenwanderung zu ermitteln, ihre Ergebnisse und Auswirkungen klarzustellen, stießen jedoch auf erhebliche Materialschwierigkeiten, die die Forschung auf dem Gebiet der Mobilität der Bevölkerung bis heute sehr behindert haben. In einer Sammlung demographisch-methodischer Beiträge der Deutschen Akademie für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Hamburg wird festgestellt: "Während die biologischen Vorgänge im Bevölkerungsgeschehen seit über 100 Jahren statistisch exakt und nahezu lückenlos beobachtet und unter Anwendung theoretischer Grundsätze zu erklären versucht wurden, sind die räumlichen Bewegungen, die Wanderungen, in weit geringerem Maße Gegenstand der demographischen Forschung gewesen. Dies hängt z. T. damit zusammen, daß es bis nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland keine auch nur annähernd vollständige Statistik der Wanderungsvorgänge gab. Aus den Veränderungen, die als Differenz zwischen zwei Bevölkerungszählungen ermittelt werden konnten, war nur der Wanderungseffekt, nicht aber der Wanderungsvorgang selbst zu erkennen." In Anbetracht dessen, daß "die Wanderungsvorgänge Bestand und Gefüge der Bevölkerungen entscheidend beeinflussen" und die "Bildung industrieller Ballungszentren" nicht nur "quantitative, sondern auch qualitative Veränderungen der Bevölkerung zur Folge haben", ist es dringend erforderlich, die Wanderungsvorgänge zu untersuchen.[1]

1 Deutsche Akademie für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Hamburg, Statistische Methoden und Materialien für Demographen, Bd. 1: Grundlegende allgemein demographische, demographisch-methodische und bevölkerungsstatistische Beiträge, Hamburg 1966, S. 10 = Akademie-Veröffentlichung, Reihe A, Nr. 9.

Vor allem die qualitativen Veränderungen wirken sich in entscheidender Weise auf die gesellschaftlichen Prozesse aus und haben einen wichtigen Einfluß auf den Formierungsprozeß der Klassen, namentlich auf die Ausbildung der Arbeiterklasse. Doch die Wanderungsforschung hat sich bisher im wesentlichen mit den quantitativen Wanderungsergebnissen bzw. mit dem von der Statistik erfaßten Wanderungseffekt beschäftigt. Die Volkszählung von 1871, die erstmalig die Frage nach der Gebürtigkeit stellte, lieferte statistische Unterlagen, die zu Untersuchungen über die durch die Binnenwanderungen verursachten Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland anregten. Sie beschränkten sich darauf, die Zahl der nicht am Wohnort Geborenen, also der Zugewanderten, zu ermitteln.[2]

In seiner Studie "Das Wachstum und die Konzentration der Bevölkerung des preußischen Staates" beschäftigte sich Jannasch eingehend mit Symptomen der Bevölkerungsbewegung, wobei er vor allem auf die unterschiedliche Entwicklung der Städte einging. Doch er beschränkte sich ebenfalls auf quantitative Feststellungen und Einschätzungen. Seiner Meinung nach erfolgte "die schnellere oder langsamere Volkszunahme ... mit großer Regellosigkeit", so daß sie "in ihren letzten Gründen mindestens nicht so leicht zu erklären sein" würde.[3]

Die erste umfassende Untersuchung über "Das Wachstum der Bevölkerung und die Entwicklung der Aus- und Einwanderungen, Ab- und Zuzüge in Preußen und Preußens einzelnen Provinzen, Bezirken und Kreisgruppen von 1824 bis 1885" von Markow erschien 1889 als Band III der von dem Tübinger Professor der Volkswirtschaftslehre Friedrich Julius Neumann herausgegebenen "Beiträge zur Geschichte der Bevölkerung in Deutschland seit dem Anfange dieses Jahrhunderts." Bereits in der Einleitung verweist der Verfasser auf die Notwendigkeit, die Wanderungen zu studieren, da sie "mit besonders wichtigen wirtschaftlichen Interessen in engster Beziehung stehen" und "in gewissem Sinne geradezu als ein Spiegel größeren oder geringeren Wohlbefindens der Bevölkerung erscheinen."[4]

Die Untersuchung geht davon aus, daß die Binnenwanderungen bzw. die "Mehrzu- resp. Mehrwegzugsverhältnisse in den einzelnen Provinzen einen mächtigen Faktor der Bevölkerungsbewegung bilden" und die ungleichmäßige Bevölkerungsverteilung innerhalb eines Staates hauptsächlich das Ergebnis der Binnenwanderungen ist. Keineswegs bleibt unberücksichtigt, daß sich je nach den vorhandenen Bedingungen das Verhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen verändert, das heißt, daß der Geburtenüberschuß nicht überall gleich ist, größer oder geringer sein kann und sich auch daraus regionale Unterschiede im natürlichen Wachstum der Bevölkerung ergeben. Die regionalen Unterschiede und Veränderungen werden jedoch vor allem als Ergebnis von Mehrein- oder -auswanderungen aufgrund bestimmter landwirtschaftlicher bzw. industrieller Existenzbedingungen betrachtet. Der Verfasser beklagt sich ebenfalls über die "offizielle Statistik", die nicht nur ein unzureichendes Bild, sondern auch insofern ein ungenügendes bietet, als sie g a r k e i n e n A n h a l t s p u n k t dafür liefert,

2 Vgl. Brämer, K., Heimatsinn und Wandertrieb der Bevölkerung des preußischen Staats, in: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, 13. Jg. 1873, S. 337 f.; vgl. Mayr, Georg, Die Bayerische Bevölkerung nach der Gebürtigkeit, München 1876, 438 S. = Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, hg. v. k. statistischen Bureau, Nr. 32.

3 Jannasch, R., Das Wachstum und die Konzentration der Bevölkerung des preußischen Staates, in: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, 18. Jg. 1878, S. 263 f.

4 Markow, Alexis, Das Wachstum der Bevölkerung und die Entwicklung der Aus- und Einwanderungen, Ab- und Zuzüge in Preußen und Preußens einzelnen Provinzen, Bezirken und Kreisgruppen von 1824 bis 1885, Tübingen 1889, S. XI = Beiträge zur Geschichte der Bevölkerung in Deutschland seit dem Anfange dieses Jahrhunderts, Bd. 3.

wie sich die Wanderungen innerhalb der preußischen Monarchie, d. h. wie sich der Mehrzu- resp. Mehrwegzug in den einzelnen Provinzen Preußens gestaltete.[5]

Das Fehlen ausreichender statistischer Unterlagen über die Binnenwanderungen machte sich vor allem bei den Untersuchungen über das schnelle Wachstum der Städte bemerkbar.[6]

Der Nationalökonom Wirminghaus lenkte 1895 in seiner umfassenden Studie "Stadt und Land unter dem Einfluß der Binnenwanderungen. Ein Überblick über den gegenwärtigen Stand der Forschung" die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung dieser Forschung für die Lösung sozialer Probleme. Er wies darauf hin, daß das außerordentlich schnelle Wachstum der Städte dazu nötige, die Einzelheiten der Wanderbewegungen zu untersuchen, "welche bei den statistischen Erhebungen gegenüber den Wanderungen über die Landesgrenzen, der Auswanderung, bisher augenscheinlich zu kurz gekommen sind." Wirminghaus warf folgende Fragen auf: "In welcher Weise vollzieht sich jene Bevölkerungsverschiebung (vom Land zur Stadt - K. O.)? Nach welchen Richtungen und mit welcher Stärke machen sich die Binnenwanderungen überhaupt geltend? Welche Volksklassen nehmen vorzugsweise an ihnen teil? Auf was für Ursachen sind sie zurückzuführen? Welches sind ihre Wirkungen in demographischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung?"[7]

Da aber die vorhandenen Materialien noch keine befriedigende Beantwortung der aufgeworfenen Fragen gestatteten, mußte sich Wirminghaus damit begnügen, "einige derjenigen allgemeinen Gesichtspunkte hervorzuheben, von denen die bisherigen Untersuchungen ausgegangen sind." Er kam dabei zu der Schlußfolgerung, "daß wir es bei den Binnenwanderungen keineswegs mit einheitlichen Vorgängen, sondern mit einem Komplex von Massenerscheinungen zu tun haben, innerhalb deren charakteristische Gruppen hervortreten, welche sowohl quantitativ wie qualitativ von sehr verschiedener Bedeutung sind. Die beiden Schlagworte 'der Zug nach dem Westen' und der 'Zug nach der Stadt' erschöpfen die Binnenwanderungsvorgänge bei weitem nicht, wenn sie auch die beiden praktisch besonders bedeutsamen Einzelerscheinungen, sowie die beiden wesentlichen Gesichtspunkte bezeichnen, unter denen die Binnenwanderungen zu betrachten sind: Nah- und Fernwanderungen auf der einen, rein ländliche Wanderungen sowie Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land auf der anderen Seite."[8]

5 Ebenda, S. 131.

6 Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor R. Böckh, machte bereits 1861 darauf aufmerksam: "Der Umfang der Ab- und Zuzüge liegt großenteils noch außerhalb der statistischen Ermittelungen, in Berlin werden dieselben zusammengestellt, es ist jedoch eine erwiesene Tatsache, daß die polizeilich bekannten Abzüge (die Abmeldungen) nur einen mäßigen Teil der abgehenden Personen ausmachen, so daß diese Ermittelungen das gewünschte Resultat der Kenntnis der im Bevölkerungsstande eingetretenen Veränderungen noch nicht gewährt haben." (Böckh, Richard, Ortschafts-Statistik des Regierungs-Bezirks Potsdam mit der Stadt Berlin, bearb. im Auftrage der Königlichen Regierung zu Potsdam, unter Beifügung einer Historisch-Geographisch-Statistischen Übersicht desselben Landesteils, Berlin 1861, S. 34.) In seiner 1890 veröffentlichten Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung der 44 deutschen Städte mit 50 000 und mehr Einwohnern mußte Böckh wiederum feststellen: "Die Statistik der Ab- und Zuzüge ist bis jetzt in den deutschen Städten wenig entwickelt. Nur die statistischen Ämter der Städte Berlin, Breslau, Dresden, Köln und Magdeburg publizieren Daten hierüber, und im Übrigen liegt entweder gar nichts vor oder nur allgemeine Mitteilungen der Lokalpresse." (Böckh, Richard, Bevölkerung, in: Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte, hg. v. M. Neefe, 1. Jg. 1890, S. 20.)

7 Wirminghaus, A., Stadt und Land unter dem Einfluß der Binnenwanderungen. Ein Überblick über den gegenwärtigen Stand der Forschung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Dritte Folge, Bd. 9, Jena 1895, S. 2.

8 Ebenda, S. 165 f.

Es ist jedoch vor allem notwendig, die Wanderungsvorgänge nicht nur nach der Zahl und dem Beruf der Beteiligten und nach dem Wanderweg zu beurteilen, sondern auch die Auswirkungen der Wanderungen auf die soziale Haltung und die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Beteiligten in Betracht zu ziehen. Die Wanderungsvorgänge haben eine quantitative und eine qualitative Seite; sie sind wichtige Bestandteile des Formierungsprozesses der Gesellschaftsklassen und der Veränderungen in den gesellschaftlichen Beziehungen.

In den Forschungen der letzten Jahrzehnte über die Wanderungsvorgänge steht das Problem des schnellen Wachstums der Städte im Vordergrund. Übereinstimmend wird festgestellt, daß der Binnenwanderung eine weit größere soziale Bedeutung zukommt als der Auswanderung. Im wesentlichen konzentrieren sich diese Forschungen darauf, einen Überblick über die Wanderungsergebnisse, über die ermittelten Wachstumsunterschiede zu verschaffen. Heberle und Meyer sehen das Problem der Binnenwanderungsforschung in der "statistischen Erforschung der Vorgänge, die zunächst das vielgestaltige Bild des Ablaufs der Wanderungsbewegungen in der Wirklichkeit ordnen und gruppieren muß, bevor die zweite Frage nach den Wirkungen und Ursachen dieser Erscheinungen gestellt werden kann ..."[9] Im übrigen wird aber der Ursachenforschung, das heißt den Untersuchungen über die Ursachen und wirtschaftlichen Bedingungen der Wanderungsvorgänge, ein wichtiger Platz eingeräumt.

In ihrer Studie "Die Großstadt als Wanderungsziel" geht Ohrt von folgenden vier Fragen aus: "1. In welchem Ausmaß hat sich das Wachstum der Großstadtbevölkerung seit etwa 1800 vollzogen? - 2. Welches sind die Herkunftgebiete der Großstadtbevölkerung? - 3. Welche Beweggründe haben die Wanderung in die Großstädte ausgelöst? - 4. Welche Folgen haben sich aus der Zuwanderung für die Großstadtgesellschaft ergeben?" Die Beantwortung der Fragen erfolgt vornehmlich von quantitativen statistischen Gesichtspunkten aus.[10]

In der neueren Forschung wird aber nicht mehr übersehen, daß ein enger Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und demographischer Entwicklung besteht und mithin Migrationsvorgängen soziale Ursachen zugrunde liegen. So ist Keyser in seiner "Bevölkerungsgeschichte Deutschlands" davon ausgegangen, daß der "erhebliche Umschwung in der Bevölkerungsgeschichte Deutschlands" 1830 bis 1840 auf Vorgänge in der industriellen Entwicklung, auf den Übergang von der Manufaktur zur Fabrik zurückgeführt werden muß.[11] Die Wanderung großer Arbeitermassen zu den Zentren, die neue Erwerbsmöglichkeiten bieten, muß unbedingt als ein überaus wichtiges und hervorstechendes Merkmal der industriellen Revolution in Deutschland angesehen werden. Die Arbeiterwanderungen führten zu erheblichen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, und diese Veränderungen verdienen sowohl in der politischen wie in der Wirtschaftsgeschichte größere Beachtung.[12]

Eversley behandelt den Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsmobilität, der ökonomischen Entwicklung und den sozialen Problemen. Er spricht von einer ständigen "interaction"

9 Heberle, Rudolf/Meyer, Fritz, Die Großstädte im Strome der Binnenwanderung. Wirtschafts- und bevölkerungswissenschaftliche Untersuchungen über Wanderung und Mobilität in deutschen Städten, Leipzig 1937, S. 68 f.; vgl. ferner Brückner, N., Die Entwicklung der großstädtischen Bevölkerung im Gebiete des Deutschen Reiches, in: Allgemeines Statistisches Archiv, hg. v. Georg v. Mayr, Jg. 1890, S. 135 f.; Keyser, Erich, Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, 3. Aufl. Leipzig 1943, S. 519 f. - Hier heißt es auf S. 525: "Die Vorgänge der Verstädterung erfordern noch eingehende Untersuchungen."

10 Ohrt, Lore, Die Großstadt als Wanderungsziel, in: Struktur und Wandel der Gesellschaft, Opladen 1964, S. 1 - 8 = Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialkunde, Reihe B, Bd. 3 a/b.

11 Keyser, Erich, a. a. O., S. 503.

12 Vgl. Rassow, Peter, Die Bevölkerungsvermehrung Europas und Deutschlands im 19. Jahrhundert, in: Festschrift für Gerhard Ritter zu seinem 60. Geburtstag, Tübingen 1950, S. 298.

zwischen Bevölkerung und Wirtschaft, die Kausalzusammenhänge andeutet.[13] Er kommt zu dem Ergebnis, daß das "system of interaction" noch nicht genau definiert werden kann, weil es noch an präzisen Fakten mangelt, die weitere Forschungen erbringen müssen.[14]

Armengaud stellte in seinem Beitrag zum Londoner Kongreß der "Union Internationale pour l'Etude Scientifique de la Population" 1969 fest, daß die Umwälzungen in der Bevölkerungsentwicklung im 19. Jahrhundert im Zusammenhang mit der industriellen Entwicklung als "phénomènes complexes" angesehen werden müssen "und deren Komplexität noch größer ist, wenn man sie im Rahmen eines Kontinents betrachtet."[15]

Das gilt vor allem für die qualitativen Veränderungen in der Haltung und Einstellung von Menschen, die mit den Migrationen verbunden sind. Die Quantität, die massenhaften Ortsveränderungen, führen schließlich zu einer neuen gesellschaftlichen Qualität.

Die Wanderungsvorgänge müssen vor allem im zersplitterten Deutschland des 19. Jahrhunderts als eine außerordentlich komplexe Erscheinung betrachtet werden. Der Untersuchung der Wanderungsimpulse kommt dabei entscheidende Bedeutung für die Beurteilung des Charakters und der Auswirkungen der Migrationsvorgänge zu. Sie schließt zugleich die Frage nach dem Personenkreis und den Berufen ein, die an den Wanderungen vornehmlich beteiligt sind.

Die Migrationen erweisen sich eindeutig als ein wesentlicher Bestandteil eines Prozesses der gesellschaftlichen Umschichtung, dessen Ausmaße von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung abhängen. In Deutschland muß die Gründung des Deutschen Bundes im Jahre 1815 nach Beendigung der Napoleonischen Kriege als wichtiger Ausgangspunkt für neue Ansätze in Wirtschaft und Politik angesehen werden. Da die ersten Bevölkerungserhebungen in den Staaten des Deutschen Bundes vom Jahre 1816 datieren, spielt dieses Datum in der demographischen Forschung eine große Rolle. Nach Beendigung der Napoleonischen Kriege war in den Staaten des Deutschen Bundes eine ständig zunehmende Mobilität der Bevölkerung zu verzeichnen. Diese Mobilität wirkte sich auf die Veränderungsprozesse in der Struktur der Bevölkerung und der Gesellschaft aus. Für die Einschätzung der gesamten Migrationsvorgänge und -prozesse im 19. Jahrhundert ist es daher wichtig, bereits die ersten Wanderungsimpulse zu untersuchen. Bei den Migrationsvorgängen sind zudem deutlich bestimmte Entwicklungsphasen zu erkennen, die sich voneinander durch besondere, den wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen entsprechende Merkmale unterscheiden. Die erste Phase von 1816 bis 1834, also vom ersten Jahr des Bestehens des Deutschen Bundes bis zur Gründung des Deutschen Zollvereins, dem Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland, steht im Zeichen der zunehmenden Verarmung und Arbeitslosigkeit breiter Schichten der arbeitenden Bevölkerung. Sie kennzeichnen die Krise der alten, noch von der feudalabsolutistischen Herrschaft bestimmten Gesellschaftsordnung.

In der zweiten Phase von 1834 bis 1852, dem Beginn einer neuen Konjunkturperiode nach der Krise von 1846/1847 und nach der Revolution von 1848/1849, bildet der zunehmende Arbeitskräftebedarf der im Bau befindlichen Eisenbahnen das hervorstechende Merkmal. Der Eisenbahnbau leitete die quantitativen und qualitativen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur ein, die ausschlaggebende Bedeutung für die industrielle Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten. Mit der Gründung schwerindustrieller Aktiengesellschaften

13 Vgl. Eversley, D. E. C., Population, Economy and Society, in: Population in History. Essays in Historical Demography, hg. v. D. V. Glass u. D. E. C. Eversley, London 1965, S. 23.

14 Vgl. ebenda, S. 23, 68 f.

15 Armengaud, A., L'Evolution Démographiques de l'Europe aux XIXe et XXe siècles. Materialien zum Internationalen Kongreß der Union Internationale pour l'Etude Scientifique de la Population London 1969.

um 1852 beginnt die dritte Phase der Migrationen in Deutschland, die durch die Herausbildung industrieller Ballungszentren bzw. großer Industriestädte gekennzeichnet wird. Die Schwerindustrie, die nach der Auflösung des Deutschen Bundes und der Gründung des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867, der die Gründung des Deutschen Reiches folgte, zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung in Deutschland wurde, bestimmte bereits in dieser Phase der Migrationen vollständig den Prozeß der demographischen und gesellschaftlichen Umstruktuierung.

Die Migrationsvorgänge in den genannten drei Phasen, die im nachfolgenden untersucht werden, geben zugleich Aufschluß über Besonderheiten im Formierungsprozeß der Arbeiterklasse in Deutschland. Sie sind charakteristisch für den Prozeß der gesellschaftlichen Umschichtung.

Zum Charakter der Migrationen in der Phase von 1816 bis 1834

Die sozial- und bevölkerungspolitischen Probleme der Zeit von 1816 bis 1834 stehen in enger Beziehung zu der nach 1816 einsetzenden starken natürlichen Vermehrung, die überhaupt die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert kennzeichnet. Dieser erheblichen, allerdings regional unterschiedlichen und Schwankungen unterworfenen Bevölkerungsvermehrung stand keine entsprechende Steigerung des Arbeitskräftebedarfs gegenüber, so daß eine weitgehende Verschlechterung der Lage der Bevölkerung eintrat. Die Suche nach einem Ausweg aus der Not führte mehr und mehr zum Verlassen des Heimatortes.

Die durchschnittliche jährliche Zunahme der Bevölkerung von 1816 bis 1855 betrug in Promille[16]:

in den preußischen Provinzen

Ostpreußen	14,3	Brandenburg	12,9
Westpreußen	16,8	Stadt Berlin	22,0
Pommern	16,4	Sachsen	11,4
Posen	13,7	Westfalen	9,3
Schlesien	12,7	Rheinland	11,7
im Königreich Sachsen	13,8		
im Königreich Bayern			
rechts des Rheins	5,4		
links des Rheins (Pfalz)	8,0		

in den übrigen deutschen Mittel- und Kleinstaaten

Württemberg	4,3	Reuß ältere Linie	13,9
Baden	7,0	Reuß jüngere Linie	7,6
Hessen	9,0	Schaumburg-Lippe	3,2
Sachsen-Meiningen	8,2	Lippe	6,9
Sachsen-Altenburg	8,4	Mecklenburg-Schwerin	14,5
Sachsen-Weimar	8,0	Mecklenburg-Strelitz	8,4
Sachsen-Coburg-Gotha	7,7	Oldenburg	6,3
Anhalt	8,6	Braunschweig	4,6
Schwarzburg-Sondershausen	7,9		
Schwarzburg-Rudolstadt	6,2		
Waldeck	2,6		

16 Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 11. Jg. 1902, S. 163.

in den Stadtstaaten

Lübeck	4,3
Bremen	14,8
Hamburg	11,9

In seinem Vortrag auf dem 4. Kongreß der "International Economic History Association" (Sektion V, Historische Demographie) unterscheidet Köllmann in der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im wesentlichen drei Gruppen: 1. das nordöstliche Deutschland, das heißt die preußischen, nicht zum Deutschen Bund gehörenden Agrarprovinzen Ost- und Westpreußens und Posen, 2. die preußischen Provinzen Rheinland, Westfalen und Sachsen mit fortschreitender industrieller Entwicklung, 3. das Königreich Württemberg und das Großherzogtum Baden mit stagnierender Agrar- und verzögerter industrieller Entwicklung. Er errechnete in diesen Gebieten für die Periode von 1816 bis 1837 folgende durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme in Promille[17]:

Nordöstliches Deutschland	13,2
Königreich Sachsen	15,4
Provinz Sachsen	12,8
Rheinland	13,3
Westfalen	10,5
Baden	10,2
Württemberg	6,5

Die Auswirkungen der vorangegangenen Not- und Kriegsjahre, die große Mißernte von 1816/1817, das Fallen der Getreide- und Wollpreise und die Agrarexportkrise erhöhten die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten. Zwar hatte die Verordnung über die Gewerbefreiheit neue Bedingungen für die gewerbliche Entwicklung geschaffen, aber noch hemmten Geldmangel, ausländische Konkurrenz, die deutsche Kleinstaaterei und feudalbürokratische Willkürherrschaft die wirtschaftliche Entwicklung, so daß der Arbeitskräftebedarf noch erheblich unter dem gestiegenen Arbeitskräfteangebot lag.[18]

"Verarmung der arbeitenden Klassen" lautet das Thema zahlreicher Schriften der damaligen Zeit. Sie beschäftigen sich vor allem mit den Ursachen der Verarmung. In seinen Untersuchungen stellte der Ökonom Friedrich Schmidt fest: "Zu den allgemeinen objektiven Ursachen der größeren Verarmung und der überhandnehmenden Nahrungslosigkeit in Deutschland gehören:

a) die Nachwehen der in Deutschland geführten Kriege selbst,

b) die nach dem Kriege regelmäßig eintretende Stagnation in den Gewerben,

c) die Zunahme der Bevölkerung in den arbeitenden Klassen, während der zu ihrer Unterhaltung bestimmte Fonds abgenommen hat,

d) das Steigen des Preises der edlen Metalle, und das dem zu Folge eingetretene Sinken des Preises aller übrigen Produkte,

17 Köllmann, Wolfgang, Population and Labour Force Potential in Germany 1815 - 1865, in: Population and Economics, hg. v. Paul Deprez, University of Manitoba Press 1970, S. 14 - 16.

18 Vgl. Oelßner, Fred, Die Wirtschaftskrisen, Bd. 1, Berlin 1949, S. 201 f.; vgl. Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur, bearb. u. hg. v. Carl Jantke u. Dietrich Hilger, Freiburg/München 1965, S. 16.

e) die große Verschiedenheit des Münzfußes in Deutschland,

f) das fortwährende Steigen der öffentlichen Abgaben und Lasten,

g) die vielen Mautlinien, welche nach und nach entstanden sind."

Als Beispiel dafür führt er an, daß die städtischen Abgaben in Berlin von 164 000 Taler im Jahre 1805 auf 682 460 Taler im Jahre 1828 und auf 1 003 653 Taler im Jahre 1832 stiegen, so daß die Zahl der Familien, die nicht mehr in der Lage waren, die Abgaben zu entrichten, sich von 2 122 im Jahre 1815 auf 10 103 Familien im Jahre 1833 erhöhte.[19]

"In keiner Zeit waren aber die Erwerbsquellen spärlicher als seit 1815", schrieb der Advokat König aus Osterode.[20]

In dieser Situation wurde in Verbindung mit Veränderungen in der Landwirtschaft und in der gewerblichen Produktion die Mobilität der unteren Schichten der Land- und Stadtbevölkerung zu einem wichtigen Merkmal der sozialen Entwicklung. Die mehr und mehr auftretenden Migrationstendenzen lassen erkennen, daß sich sowohl auf dem Lande wie in der Stadt die alten ständischen Bindungen und Gliederungen auflösten und Veränderungen in der sozialen Struktur bzw. der Formierungsprozeß der Klassen einsetzte.

In zahlreichen Land- und Stadtgemeinden, die den Einwohnern keine ausreichenden Arbeits- und Existenzmöglichkeiten mehr bieten konnten, erblickten viele den einzigen Ausweg in der Migration. Wie viele Familien ihren Wohnort verließen, läßt sich kaum ermitteln. Was an Quellenmaterial zur Verfügung steht, gibt jedoch hinreichend Aufschluß über die Ursachen und den Charakter der Mobilität, die mehr und mehr zu einer allgemeinen Erscheinung wurde und die ärmeren Bevölkerungsklassen erfaßte. Im Bericht der Regierung des Bezirks Trier (Rheinland) für den Monat Dezember 1827 wird festgestellt, daß "die Sucht der Auswanderung" im Laufe des Jahres "bedeutende Fortschritte gemacht und sich nach und nach fast in alle Gegenden des hiesigen Regierungsbezirks ausgedehnt" habe. Als Ursache der sich "so auffallend" schnell ausbreitenden "Auswanderungs-Lust" wird "der auf dem platten Lande herrschende drückende Geldmangel und die daraus notwendig entstehende Verlegenheit bei Berichtigung der Steuern" bezeichnet. Der Bericht nennt die Zahl von "68 Familien mit ungefähr 280 Köpfen", die beabsichtigten, nach Übersee zu emigrieren, doch wird gleichzeitig darauf hingewiesen, daß viele Auswanderungswillige "ohne hinlängliche Mittel zur Überfahrt in die Seehäfen gelangen und von dort zurückgewiesen als Bettler und Vagabunden ihre Heimat wieder aufsuchen werden."[21]

Aber auch aus dem östlichen Regierungsbezirk Cöslin in der Provinz Pommern wurde im Dezember 1828 gemeldet, daß seit April 1827 32 Familien, insbesondere Tagelöhner, "wegen Mangel an Gelegenheit zum ausreichenden Arbeitsverdienst nach Polen ausgewandert sind."[22] Die Regierung des Bezirks Erfurt klagte in ihrem Bericht vom März 1830 über den Andrang "unvermögender und erwerbsunfähiger Personen aus dem Auslande". Das

19 Schmidt, Friedrich, Über die Zustände der Verarmung in Deutschland, ihre Ursachen und die Mittel ihnen abzuhelfen, Zittau/Leipzig 1837, S. 63 f., 103; derselbe, Untersuchungen über Bevölkerung, Arbeitslohn und Pauperism in ihrem gegenseitigen Zusammenhange, Leipzig 1836, 501 S.

20 König, G. F., Die Besitzlosen in Niedersachsen und Westphalen, in: Konstitutionelle Jahrbücher, hg. v. Karl Weil, Bd. 1, 1844, S. 183.

21 Deutsches Zentralarchiv, Historische Abt. II (im folgenden: DZA), Merseburg, 2.2.1. Nr. 15 692 (früher Rep. 89 C LVI b Nr. 3) betr. die Bestimmungen wegen der Auswanderungen diesseitiger und der Einwanderungen ausländischer Untertanen, Vol. 1, fol. 3.

22 Ebenda, fol. 10.

bezog sich auf die Zuwanderung armer Tagelöhner aus den benachbarten sächsischen und thüringischen Staaten und aus dem Herzogtum Braunschweig.[23]

Die Regierung des Bezirkes Magdeburg beschwerte sich ständig über die Zuwanderung armer Tagelöhner aus dem Herzogtum Braunschweig und forderte schließlich im Bericht vom 6. Dezember 1836 von der preußischen Regierung strengere Niederlassungsbestimmungen, "da wir an armer Bevölkerung reich genug sind und daher das neue Ansiedeln solcher Ausländer nicht wünschenswert ist."[24]

Die Arbeitsuchenden aus den kleineren deutschen Staaten wandten sich in den zwanziger und dreißiger Jahren aber nicht nur den mittleren Bezirken Erfurt und Magdeburg des preußischen Staates zu, sondern zeigten besonderes Interesse für die preußischen Ostprovinzen.

Dort war in den zwanziger und dreißiger Jahren auf den großen Gütern ein Bedarf an Arbeitskräften entstanden als Ersatz für die abgelösten Frondienste der Bauern. Woher die freien Arbeiter, die Tagelöhner und das Gesinde kamen, ist bis jetzt noch nicht im einzelnen untersucht worden. Tatsächlich ist das Wachstum der Bevölkerung in einigen landwirtschaftlichen Kreisen in diesem Zeitraum nicht unerheblich der Zuwanderung von Arbeitern zuzuschreiben.

Einem Schreiben des sächsischen Geschäftsträgers in Berlin an den preußischen Außenminister vom 7. August 1832 ist zu entnehmen, daß das Königreich Sachsen bestrebt war, arbeitsuchende und besitzlose Einwohner in die östlichen preußischen Provinzen zu lenken. Der Geschäftsträger stellte folgende Fragen: "In welchen Gegenden und an welchen Orten der respektiven Staaten sächsische Auswanderer Unterkommen zu finden hoffen dürfen?, in welche Lage sie dort treten?, mit welchen Mitteln sie versehen sein müssen?, welche Fertigkeiten derselben besonders geeignet sind, um Erwerb hoffen zu dürfen?, welche Unterstützung und welchen sonstigen Vorschub sie von der Regierung zu erwarten haben? und welche Veranstaltungen vielleicht zu treffen wären, um den guten Erfolg solcher Auswanderungen zu sichern?" Die Auskünfte, die daraufhin das Ministerium des Innern für Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten auf Veranlassung des preußischen Außenministeriums von den Oberpräsidenten der Provinzen Ost- und Westpreußen, von Pommern, von Posen und von Brandenburg über die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten erbat, ergaben folgendes Bild. Der Oberpräsident der Provinz Posen meldete am 3. September 1832, daß es "nur auf die Einwanderung solcher Leute ankomme, die sich dem landwirtschaftlichen Gewerbe widmen." Er verwies auf die Möglichkeit, bäuerliche Grundstücke bzw. Büdner- und Häuslerstellen zu erwerben, legte aber besonderen Wert auf Arbeiter, die mit "größeren Pächtern und Gutsbesitzern mehrjährige Kontrakte" abschließen. Dazu bemerkte er: "Diese Klasse von Arbeitern wird in Folge der Ablösung der bäuerlichen Dienste hier sehr häufig gesucht und bezahlt."[25]

Der Oberpräsident von Brandenburg teilte am 7. September 1832 mit, daß bei den Gutsbesitzern "keine Geneigtheit vorhanden sei", einwandernde Arbeiter einzustellen.[26] In der Provinz Pommern waren laut Schreiben des Oberpräsidenten vom 19. Dezember 1832 "nur

23 Ebenda, 2.2.1. Nr. 15 695 (früher Rep. 89 B III, 97, 1) betr. Einwanderung auswärtiger und Auswanderung diesseitiger Untertanen, fol. 1.

24 Ebenda, fol. 9.

25 Ebenda, A.A.III., Rep. 1, Nr. 41, betr. die Bedingungen und Vorteile für die ins Preußische wandernden Ansiedler, besonders aus Sachsen, Württemberg, Baden, Großherzogtum Hessen (1832 - 1849), fol. 1 - 7. - Der Oberpräsident v. Flottwell bot für Arbeiter, die sich bei Pächtern und Gutsbesitzern verpflichten: "Wohnung mit Garten, dazu Verdienst nach Abzug der Miete 6 - 8 Sgr. pro Tag für den Mann, 3 - 6 Sgr. pro Tag für die Frau, 2 1/2 - 3 1/2 Sgr. pro Tag für jedes Kind.

26 Ebenda, fol. 8.

Leute mit Kapital erwünscht", die Grundstücke erwerben wollten.[27] Durch eine Umfrage ermittelte der Oberpräsident von Ost- und Westpreußen, daß die Gutsbesitzer bereit waren, sächsische Einwanderer auf ihren Gütern aufzunehmen, und zwar "187 Familien incl. 3 einzelne Mannspersonen vorwiegend als Arbeitsleute beim Ackerbau." Außerdem wies er im Schreiben vom 18. Dezember 1832 darauf hin: "Im Laufe dieses Jahres hat bereits die Regierung zu Erfurt den Regierungen dieser Provinz eine große Anzahl fleißiger Arbeiter-Familien, namentlich aus dem Eichsfelde zur Aufnahme und Unterbringung empfohlen."[28]

Auch zahlreiche Einwohner Württembergs zogen in die preußischen Ostprovinzen. Der preußische Geschäftsträger in Stuttgart berichtete am 4. Mai 1833 dem Außenministerium in Berlin: "Bei der jetzt sich wieder stark zeigenden Auswanderungslust, die so groß ist, daß ich seit dem Januar d. J. bereits über 1 200 Päße zu visieren gehabt habe, haben sich mehrere hiesige Untertanen bei mir gemeldet und mir den Wunsch zu erkennen gegeben, sich im Großherzogtum Posen niederlassen zu dürfen."[29] Die preußische Regierung stimmte solchen Einwanderungswünschen aus Sachsen, Württemberg und auch aus Hessen[30] zu, da vor allem der Oberpräsident von Flottwell in Posen daran interessiert war, mit Hilfe der "Einwanderungen in größerer Anzahl" aus anderen deutschen Staaten die polnische Bevölkerung zurückzudrängen.[31]

Diese Berichte und Korrespondenzen gewähren Einblick in den noch vorwiegend agrarischen Charakter der Wanderungen vom Westen nach dem Osten, deren Ausmaß und Bedeutung sich aus der Tatsache ergibt, daß die östlichen Provinzen Preußens in der Zeit von 1816 bis 1834 den größten Bevölkerungszugang zu verzeichnen haben. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungszunahme von 2,22 Prozent stand der Regierungsbezirk Gumbinnen an erster Stelle in Deutschland, an zweiter Stelle folgte der Regierungsbezirk Bromberg mit 2,09 Prozent, an dritter Stelle stand der Regierungsbezirk Köslin mit 2,00 Prozent. Für die gesamte Provinz Preußen (Ost- und Westpreußen) lag die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme in dieser Zeit bei 1,84 Prozent, während sie für das gesamte Königreich Preußen nur 1,26 Prozent betrug. Dagegen betrug die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme in der Rheinprovinz nur 1,27 Prozent, die Provinz Westfalen stand mit 1,07 Prozent erst an 53. Stelle. Das Königreich Württemberg nahm mit 0,59 Prozent durchschnittlicher jährlicher Bevölkerungszunahme nur den 76. Platz ein, mit nur 0,05 Prozent stand der Bezirk Osnabrück an letzter bzw. an 90. Stelle.[32]

Johann Gottfried Hoffmann, Professor für Staatswissenschaften an der Berliner Universität und Direktor des preußischen statistischen Büros, war keineswegs entgangen, daß Migrationen mehr und mehr Einfluß auf die Bevölkerungsbewegung erlangten und es sich hier um Vorgänge handelt, deren soziale Bedeutung beachtet werden muß. Er trat dafür ein, in der Statistik den Binnenwanderungen größere Aufmerksamkeit zu schenken, um einen genauen Überblick zu ermöglichen. In seinem Bericht vom 14. April 1829 an den preußischen Minister für auswärtige Angelegenheiten von Schuckmann äußerte er sich wie folgt über den Charakter und über die Bedeutung der Binnenwanderungen: "Den bei weitem größten und gewiß auch den bei weitem nützlichsten Zuwachs von Ausländern (das heißt auch von Angehörigen anderer deutscher Staaten - K. O.) erhält der preußische Staat, wie Ew. Excellenz niemals entgangen ist, nicht durch einziehende Kolonistenfamilien, sondern durch junge unverehelichte Leute, welche keineswegs in der erklärten Absicht ankommen, sich hier niederzulassen, sondern ausgezogen sind, um in Gesindediensten oder Tage- und Wochenlohn-Ver-

27 Ebenda, fol. 19 - 21.
28 Ebenda, fol. 14 - 18.
29 Ebenda, fol. 32.
30 Vgl. ebenda, fol. 61 f.
31 Ebenda, fol. 54 f.
32 Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reiches für das Jahr 1879, Juliheft, S. 64 - 66.

hältnissen als Gehülfen bei den mannigfaltigen Gewerben, einstweilig Unterhalt zu finden, und ihr Glück zu versuchen. Finden solche Leute anhaltend Erwerb, wohl gar eine Gelegenheit, sich in eine schon bestehende Nahrungsstelle einzuheiraten, oder eine neue zu gründen: so nehmen sie ihren festen Wohnsitz im Lande, und werden dadurch aus bloßen subditis temporariis ansäßige Untertanen."[33]

In dieser Einschätzung stellte Hoffmann die Wanderungen junger Arbeitsuchender, die vorwiegend aus Landgemeinden in die Stadt führten, als besonders wichtig in den Vordergrund. Er betrachtete diese Wanderungen bzw. Ein- und Auswanderungen im Rahmen einer Gemeinde oder eines Kreises - der Begriff Binnenwanderung war damals noch nicht gebräuchlich - vorwiegend als "Ortswechsel der Inländer" und nur zum Teil als Zu- und Abwanderungen von "Ausländern", das heißt, es handelte sich sowohl um Nah- wie auch um Fernwanderungen. Hoffmann fügte eine "Übersicht der Veränderungen in der Bevölkerung des Regierungsbezirks Düsseldorf während des Jahres 1828" bei und erklärte dazu, daß damit Düsseldorf beispielhaft zuverlässige Angaben über die Wanderungen geliefert habe, aber leider von den östlichen Provinzen keine Verzeichnisse über Ein- und Ausgewanderte vorlägen. Aus der Einteilung des Personenkreises der Zu- und Abwandernden in dem Düsseldorfer Verzeichnis ergibt sich vor allem die Mobilität der jüngeren Leute, eine Erscheinung, die zumindest für das Rheinland Ende der zwanziger Jahre als typisch bezeichnet werden kann. (Siehe Tabelle 1.)

Der Regierungsbezirk Düsseldorf, der sich in den folgenden Jahrzehnten zu einem wichtigen industriellen Zentrum entwickeln sollte, weist also 1828 erst einen geringen Wanderungsüberschuß auf. Am 6. Juli 1840 hat Hoffmann nochmals die preußische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß "das Übergewicht der von außen her Anziehenden über die nach außen hin Abziehenden" als Folge "der Fortschritte des Landbaues, der Gewerbsamkeit und des Wohlstandes" ständig größer werde, für die Entwicklung der Bevölkerungsverhältnisse im preußischen Staat mithin von außerordentlicher Bedeutung sei und namentlich in letzter Zeit den Städten zugute komme. Nach seinen Berechnungen war noch in den Jahren 1820 bis 1822 in Preußen ein Wanderungsverlust von 13 374 Personen zu verzeichnen. Von 1823 an konnte aber ein ständig zunehmender Überschuß in Preußen registriert werden. Er betrug[34]:

1823 - 1825	29 688 Personen
1826 - 1828	47 177 "
1829 - 1831	71 186 "
1832 - 1834	118 657 "

Der Wanderungsüberschuß wirkte sich im allgemeinen jedoch noch nicht auf ein erhebliches Anwachsen der städtischen Bevölkerung aus. Nur in 12 von 25 preußischen Regierungsbezirken war vom Dezember 1816 bis zum Dezember 1831 die Zunahme der Bevölkerung in städtischen Wohnsitzen etwas größer als in ländlichen Wohnsitzen, und zwar handelt es sich um folgende Regierungsbezirke:

33 DZA Merseburg, A.A.III, Rep. 1, Nr. 40 betr. die Nachweisung der Aus- und Einwanderungen vom Preußischen Staate, fol. 7.

34 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 794 (früher Rep. 89 E XVI 8) betr. Schreiben von Joh. Gottfried Hoffmann an Minister Graf v. Lottum betr. Bevölkerungsverhältnisse, fol. 3, fol. 12 - 15

Je 1 000 Personen hatten sich vom Dezember 1816 bis zum Dezember 1831 vermehrt auf:

Regierungsbezirk	in den Städten	auf dem platten Lande
Potsdam incl. Berlin	1 279	1 239
Frankfurt	1 221	1 184
Oppeln	1 396	1 390
Liegnitz	1 219	1 150
Magdeburg	1 243	1 187
Merseburg	1 320	1 189
Erfurt	1 268	1 141
Köln	1 347	1 181
Düsseldorf	1 335	1 127
Koblenz	1 335	1 249
Trier	1 365	1 294
Aachen	1 240	1 125

Die rheinischen Städte waren bereits Zuwanderungsgebiete, aber die westfälischen Städte der Regierungsbezirke Münster und Minden wiesen 1831 gegenüber 1816 eine Verminderung der Bevölkerung von 1 000 auf 994 respektive von 1 000 auf 909 auf.[35]

Unter allen deutschen Städten stand Berlin bereits in den Jahren von 1816 bis 1834 in bezug auf den Bevölkerungszugang an erster Stelle und in der Reihenfolge der deutschen Staaten und Landesteile nach ihrer durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungszunahme an siebenter Stelle mit 1,78 Prozent.[36] Berlin übte nach 1815 als wichtigstes politisches und ökonomisches Zentrum im zersplitterten Deutschland eine erhebliche Anziehungskraft aus. Die königliche Kabinettsorder vom 20. März 1816, die "jedem Soldaten, der in den Kriegen der Jahre 1813 bis 1815 gedient und Zeugnisse seines Wohlverhaltens aufzuweisen hatte, das Bürgerrecht der Stadt, in der er wohnen und sein Gewerbe treiben will" zubilligte, begünstigte außerordentlich die Zuwanderung mittelloser Handwerker und Arbeiter, regte aber auch den Zuzug aus den Dörfern der näheren und weiteren Umgebung an.[37] So hatte Berlin in den Jahren 1817 bis 1834 einen Wanderungsüberschuß von 50 260 Personen zu verzeichnen, während der Geburtenüberschuß nur 19 944 betrug. In dieser Zeit hatte der Regierungsbezirk Potsdam einen Geburtenüberschuß von 144 032. Einem Wanderungsüberschuß von 30 364 Personen in den Jahren 1817 bis 1822 und 1832 bis 1834 stand ein Wanderungsverlust von 11 471 Personen in den Jahren 1823 bis 1831 gegenüber, so daß die Bevölkerungsvermehrung durch Zuzug nur 18 893 Personen betrug. Aus dem Bezirk Potsdam gingen viele junge Leute nach Berlin.[38]

Von je 1 000 gezählten auswärts geborenen Personen, welche sich bis Ende 1830 in Berlin niedergelassen hatten, kamen bei den männlichen Personen aus den verschiedenen preußischen Provinzen 330,3 Promille (darunter 118,2 Promille aus dem Regierungsbezirk Potsdam, 33,9 Promille aus Schlesien, 50,4 Promille aus der Provinz Sachsen), 49,7 Promille aus den übrigen deutschen Staaten (10 Promille aus Mecklenburg, 12,1 Promille aus dem

35 Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preußischen Staats, hg. v. Königlichen Statistischen Bureau, 1. Jg. 1863, S. 110.
36 Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reiches für das Jahr 1879, Juliheft, S. 64.
37 DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 227 a, Nr. 34, Bd. 1, fol. 71.
38 Ortschafts-Statistik des Regierungsbezirks Potsdam mit der Stadt Berlin, bearb, v. Richard Boeckh, Berlin 1861, S. 33.

Königreich Sachsen), bei den weiblichen Personen aus den verschiedenen preußischen Provinzen 539,9 Promille (darunter 262,1 Promille aus dem Regierungsbezirk Potsdam, 42,3 Promille aus der Provinz Pommern, 29,8 Promille aus Schlesien, 70,6 Promille aus der Provinz Sachsen), 55,9 Promille aus den überigen deutschen Staaten (17,9 Promille aus Mecklenburg, 12,2 Promille aus dem Königreich Sachsen).[39]

Die Migrationen im Zeichen wachsender Not und der ersten Eisenbahnbauten in der Zeit von 1834 bis 1852

Die Notlage der Arbeiter, die durch Mißernten und Krise in den vierziger Jahren gewaltige Ausmaße annahm, beeinflußte erheblich die soziale und politische Entwicklung in dieser Periode. In einem Artikel "Der Pauperismus und dessen Bekämpfung durch eine bessere Regelung der Arbeitsverhältnisse" weist die "Deutsche Vierteljahrs-Schrift" 1844 darauf hin, daß "der Pauperismus" keine vorübergehende Erscheinung sei, sondern ein "rasch um sich greifendes Übel" und "der Notstand bei uns wie anderwärts in einer regelmäßigen Progression wächst." Der Artikel bringt zahlreiche Beispiele über das Elend in den Zentren der Spinnerei und Weberei, in Schlesien, im Erzgebirge, in Westfalen. Es fehlt auch nicht an Beispielen über Verarmung auf dem Lande, im Eifelgebirge, im Nassauischen, im Siegerland. Ferner sind konkrete Angaben über eine erhebliche Zunahme des Elends in Bayern, Baden und Württemberg zu finden. Ab- bzw. Auswanderung wird in vielen Fällen als einzige Lösung zur Sicherung der Existenz betrachtet.[40]

Die erste große gemeinsame Gewerbeerhebung in den Staaten des Deutschen Zollvereins, in Preußen, Bayern, Sachsen, Thüringen, Baden, Hessen-Darmstadt, Kurhessen und Nassau (Württemberg hatte keine Angaben geliefert, Braunschweig und Frankfurt a. M. nur unzulängliche), ergab, daß die Zahl von 4 104 403 ungelernter Handarbeiter, Tagelöhner und Gesinde aller Art bei weitem die Zahl aller übrigen in Fabriken, in Handwerksbetrieben, im Handel und in den verschiedenen Gewerben Beschäftigten einschließlich Meister, Kaufleute und Unternehmer übertraf, deren Zahl insgesamt 3 176 985 betrug. Allerdings erfaßte diese Gewerbe- und Berufszählung außer bei den Handarbeitern, den Tagelöhnern und dem Gesinde nicht die in der Landwirtschaft Beschäftigten.[41]

In Preußen hatte sich die Bevölkerung von 1816 bis 1846 von 100 auf 156,43 vermehrt, die Zahl der Handarbeiter jedoch von 100 auf 167, die Zahl der Fabrikarbeiter von 100 auf 243,04, die der Handwerksgehilfen und Lehrlinge von 100 auf 212,38, des Gesindes allerdings nur von 100 auf 117,37, so daß sich die Arbeiter überhaupt von 100 auf 157,87, also stärker als die Bevölkerung, vermehrt hatten.[42]

39 Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungs-Aufnahme vom 1. Dezember 1875 in der Stadt Berlin, bearb. v. Richard Böckh, H. 3, Berlin 1880, S. 49.

40 Deutsche Vierteljahrs-Schrift, H. 3/1844, S. 315 f.; Wiederabdruck in Die Eigentumslosen, a. a. O., S. 49 f.; vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, S. 236 f.

41 Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin, hg. v. F. W. C. Dieterici, 4. Jg. 1851, S. 300; Neuhaus, Georg, Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung im Zeitalter des Kapitalismus, in: Grundriß der Sozialökonomik, IX. Abteilung: Das soziale System des Kapitalismus, 1. Teil: Die gesellschaftliche Schichtung im Kapitalismus, Tübingen 1926, S. 368.

42 Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 1. Jg. 1849, S. 84.

Auf der Grundlage dieser Gewerbezählung von 1846 errechnete der Direktor des preußischen statistischen Büros, daß von den in Preußen 1848 wahlberechtigten männlichen Personen über 24 Jahre 68,92 Prozent zur Arbeiterklasse gerechnet werden müssen und ein kümmerliches Dasein fristen. Dreiviertel der Masse des Proletariats lebten in völlig ungesicherten Verhältnissen, als Tagelöhner von Gelegenheitsarbeit oder im Gesindedienst, und auch das restliche Viertel erfreute sich kaum einer ausreichenden und gesicherten Existenz.[43]

Das Land war nicht mehr in der Lage, weitere Tagelöhner aufzunehmen bzw. einer ständig wachsenden Zahl von Arbeitern Beschäftigung und Nahrung zu bieten, denn in zahlreichen Dorfgemeinden mangelte es bereits an Beschäftigung und Nahrung für den örtlichen natürlichen Bevölkerungszuwachs. So berichtete zum Beispiel das Regierungspräsidium in Erfurt am 11. Mai 1844, daß das Dorf Frauenwald im Kreis Schleusingen, das 1816 noch 416 Einwohner zählte, jetzt auf 713 Personen angewachsen sei und "nicht abzusehen" wäre, "wie aus denselben Erwerbsquellen jetzt eine fast doppelte Anzahl ihren Unterhalt finden soll." Das treffe übrigens für alle Walddörfer des gesamten Kreises Schleusingen zu, der 1816 noch 25 598 Einwohner zählte, jetzt aber bereits 35 520.[44]

Die Bemühungen der preußischen Regierungsbehörden, die brotlosen Einwohner der Landgemeinden des Regierungsbezirks Erfurt als Büdner oder Tagelöhner auf den großen Gütern in den östlichen Provinzen anzusiedeln, blieben erfolglos. 1833 waren noch aus dem Bezirk Erfurt (aus dem Eichsfeld) "einige Hundert Arbeiter-Familien nach den Provinzen Preußen und Posen" gezogen. Zwar wurden auch 1844 und 1845 den Bewohnern des Bezirks etwa 40 Tagelöhner- und Einliegerstellen bzw. einige Arbeitsmöglichkeiten auf den Gütern des Regierungsbezirks Bromberg nachgewiesen.[45] Doch der Landrat in Schleusingen mußte am 5. Juni 1845 dem Erfurter Regierungspräsidium mitteilen, daß bei den Einwohnern "keine Bereitschaft" bestehe, in die östlichen Provinzen zu ziehen, sondern "erwogen werde, auf verschiedene Eisenbahnbauten, u. a. zur Thüringischen Eisenbahn (bis zu 15 Sgr. täglich Verdienst) zu gehen."[46] Einem Bericht vom 15. Januar 1845 zufolge waren bereits viele Übersiedler der Jahre 1833 und 1834 aus den östlichen Provinzen zurückgekehrt, um sich ebenfalls Arbeit bei der Thüringischen Eisenbahn zu suchen.[47] Am 13. März 1845 zahlte der Landrat Reiseunterstützung an 15 Tagelöhner und Handwerker, wovon 12 zu den Festungsbauten nach Ulm und Rastatt zogen, 2 nach Elberfeld und einer nach Erfurt.[48] Auch die Bemühungen, arme schlesische Weberfamilien als Landarbeiter in die Ostprovinz Posen zu bringen, scheiterten.[49]

Wenn auch noch auf dem Lande, vor allem während der Erntezeit, für die Tagelöhner zeitweilig Arbeitsmöglichkeiten vorhanden waren, so war doch der Arbeitsverdienst nur gering und zudem bestanden äußerst schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen, so daß sich bereits Ende der dreißiger Jahre und schließlich in den vierziger Jahren bei der Masse der Tagelöhner und Arbeiter immer eindeutiger die Tendenz zeigte, die Landwirtschaft zu verlassen und zu den Chaussee- und Eisenbahnbauten zu ziehen. Die Landwirtschaft bot den mittellosen Arbeitern keine ausreichenden Existenzaussichten mehr. Eine "Kommission zur

43 Ebenda, 2. Jg. 1849, S. 32.
44 DZA Merseburg, Rep. 87, B Nr. 9314, betr. die Abhülfe des Notstandes in der Gemeinde Frauenwald im Kreise Schleusingen, sowie in den übrigen Gemeinden der sogenannten Walddörfer dieses Kreises, fol. 12 - 16.
45 Vgl. ebenda, fol. 28 - 31, fol. 56 - 67.
46 Ebenda, fol. 233.
47 Ebenda, fol. 88.
48 Vgl. ebenda, fol. 82 - 85.
49 Vgl. Ebenda, Rep. 120, Spec. D., Abt. I, Fach 2, Nr. 2 betr. die Übersiedlung schlesischer Weber-Familien in das Großherzogtum Posen 1844 - 51.

Erörterung der Ursachen des in der Provinz Preußen öfters wiederkehrenden Notstandes" stellte fest, daß der Mangel an Arbeitsverdienst bei den Landarbeitern, deren Zahl sich ständig erhöhe, die "vorzügliche Quelle des Notstandes" auf dem Lande sei. Es heißt hier weiter: "In Folge der neueren Agrar-Gesetzgebung hat sich die Zahl der auf Arbeitsverdienst angewiesenen Instleute, Eigenkäthner und Lossleute außerordentlich vermehrt. Die Existenz der ersteren, die kontraktlich zu bestimmten Arbeiten auf den Gütern gegen Tagelohn und Natural-Entschädigung verpflichtet sind, bietet eine genügende Sicherheit dar. Dagegen sind die beiden andern Klassen der ländlichen Bevölkerung, welche auf zufälligen Arbeitsverdienst angewiesen sind, der eigentliche Sitz des von Zeit zu Zeit hervortretenden Notstandes ... Während der 5 Monate, wo die landwirtschaftlichen Arbeiten ruhen, findet nur ein sehr geringer Teil dieser Volksklasse Gelegenheit zu einigem Arbeitsverdienst ..."[50]

Für den industriellen Aufschwung, der langsam nach der Gründung des Deutschen Zollvereins 1834, vor allem mit dem Eisenbahnbau in den vierziger Jahren einsetzte, war die Mobilität dieser ständig wachsenden Masse von Tagelöhnern und anderen armen Arbeitern eine unerläßliche Voraussetzung. Umfangreiche Chaussee- und Eisenbahnbauten, die für die erste Periode des industriellen Aufschwungs bzw. der industriellen Revolution in Deutschland charakteristisch sind, lösten eine erhebliche Arbeiterbinnenwanderung aus, die eingreifende soziale, gewerbliche und demographische Strukturveränderungen mit sich brachte. Die Arbeiterwanderungen zeigten sich mehr und mehr als ein maßgebender Faktor qualitativer Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen.

Der Ausbau des Chausseestraßennetzes, vor allem in den bisher vernachlässigten preußischen Ostprovinzen, aber auch an der Westgrenze, galt zunächst als Maßnahme zur Linderung der Arbeits- und Nahrungslosigkeit in den östlichen und westlichen Notstandsgebieten. Die Chausseebauten bildeten Zentren der Nahwanderungen, die die Landarbeiter, aber auch andere brotlose Arbeiter eines Bezirks anzogen. Für die Chausseebauten in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und Posen hatte die preußische Regierung seit dem Winter 1834 bis September 1835 eine Summe von 895 193 Taler 7 Silbergroschen bewilligt.[51] Da von dieser Summe ein Teil für Material verwendet werden mußte (Steine, Sand), reichte der Betrag kaum, um etwa 7 000 Arbeiter bei einem Tagelohn von 10 Silbergroschen ein Jahr lang zu beschäftigen. Zu den Chausseebauten zogen meist die Arbeiter bzw. Tagelöhner der umliegenden Ortschaften. Über die Chausseebauten im Regierungsbezirk Oppeln (Provinz Schlesien) heißt es in einem Bericht vom 2. April 1835 an den Chef der Verwaltung für Handel, Fabrikation und Bauwesen, dem Präsidenten der Hauptverwaltung der Staatsschulden in Berlin, Rother, daß bei Vorarbeiten für Chausseebauten seit Januar bis Ende März 1835 "täglich an 200 bis 250 Menschen aus den zunächst liegenden Ortschaften, zum Teil weibliche Arbeiter und Kinder beschäftigt" waren und nun für die Erdarbeiten "bis 350 Arbeiter angestellt werden sollten".[52] Der Andrang der Arbeiter zum Chausseebau in den sieben Kreisen des Regierungsbezirks war jedoch so stark, "daß ein großer Teil der Bewerber zurückgewiesen werden" mußte.[53]

50 Verhandlungen der Kommission zur Erörterung der Ursachen des in der Provinz Preußen öfters wiederkehrenden Notstandes mit der auf Grund dieser Verhandlungen ausgearbeiteten Denkschrift, Königsberg 1847, S. 18 f., in: DZA Merseburg, Rep. 120 A VIII 1, Nr. 2, betr. die Erörterung der Ursachen des in der Provinz Preußen öfters wiederkehrenden Notstandes, fol. 7 f.

51 DZA Merseburg, Rep. 93 B Nr. 3581 (früher Rep. 93 C. Abt. B, Nr. 951) betr. die zur Milderung des Notstandes in der Provinz Schlesien angeordneten Chausseebauten 1835/36, fol. 88.

52 Ebenda, fol. 30/31.

53 Ebenda, fol. 38, Zeitungsbericht der Regierung zu Oppeln für den Monat April 1835.

Aus dem Kreis Beuthen berichtete der Landrat am 18. Februar 1835, daß die Löhne beim Chausseebau "sehr heruntergedrückt und nicht prompt ausgezahlt werden, weshalb die Einwohner des hiesigen Kreises den Verdienst bei den Hütten und Bergwerken sowie in Polen vorziehen."[54] Diese Berichte gingen davon aus, daß unter den Arbeitern eine starke Mobilität herrschte, die ausgedehnte Nahwanderungen sogar über die Grenze in nahegelegene polnische Gebiete zur Folge hatte.

Aus dem Regierungsbezirk Aachen wird ebenfalls von Straßenbauten berichtet, die "eine Menge armer Tagelöhner und kleine Ackerer (Bauern - K. O.)" der näheren und weiteren Umgebung beschäftigten. In allen Berichten wird der Wunsch ausgesprochen, Mittel für weitere Straßenbauten zu bewilligen, um die Not der Tagelöhner "einigermaßen zu mildern".[55]

Die Quellenlage gestattet nicht, auf sämtliche Chausseebauten in Deutschland einzugehen. Doch die angeführten Beispiele lassen erkennen, daß der Ausbau des Chausseenetzes die Nahwanderungen zu einer allgemeinen Erscheinung machte. Eine Menge Tagelöhner, verarmter Bauern und Handwerker gerieten in ihren Sog. Allein in Preußen wurden von 1831 bis 1836 insgesamt 1 838 Kilometer Chausseen von diesen Arbeitern gebaut, bis 1848 weitere 3 220 Kilometer, so daß sich das preußische Chausseenetz von 6 794 Kilometer im Jahre 1831 auf 8 632 Kilometer im Jahre 1836 und auf 11 852 Kilometer im Jahre 1848 ausdehnte.[56]

Als 1836/1837 der Eisenbahnbau begann - der Arbeitskräftebedarf für die im Jahre 1835 gebaute 6 Kilometer lange Eisenbahnstrecke von Nürnberg nach Fürth war noch unerheblich -, konnte der zunehmende Arbeitskräftebedarf auf den Baustellen nicht mehr allein durch Nahwanderungen gedeckt werden. Die neuen Verdienst- und Existenzmöglichkeiten, die die zahlreichen Eisenbahnbaustellen boten, erweckten bei den brotlosen und notleidenden Arbeitern neue Hoffnungen und führten zur Migration einer Arbeitermasse, deren Zahl kaum genau ermittelt werden kann. Ein besonderes Merkmal der Arbeiterwanderungen zu den Eisenbahnbaustellen war, daß Nah- und Fernwanderungen einander ergänzten und große Arbeiter- bzw. Baukolonnen aus den verschiedensten Gegenden und unterschiedlichen Berufen zusammengestellt werden konnten.

Am 24. Mai 1836 gab eine der ersten größeren deutschen Eisenbahngesellschaften, die Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Kompagnie, öffentlich bekannt, daß im Bezirk Leipzig zum Aufschütten des Bahndammes "nicht nur Inländer, auf welche allerdings auch künftighin vorzugsweise Rücksicht zu nehmen sein wird, sondern auch Ausländer angenommen" werden. In einer als Flugblatt verbreiteten "Bekanntmachung" des Direktoriums der Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Kompagnie vom 7. Dezember 1836 wird "die Anstellung von 5 000 bis 6 000 Handarbeitern" bis Februar 1837 angekündigt.[57]

Kennzeichnend für diese Arbeiterwanderbewegung zu den Eisenbahnbaustellen ist ferner, daß sie den Zug landwirtschaftlicher Arbeiter aus den östlichen Provinzen nach dem Westen einleitet, überhaupt Knechte und Tagelöhner auf dem Lande dazu bringt, den Gesindedienst zu verlassen. In einem Memorandum "Über den Einfluß des Wegzuges der Eisenbahnarbeiter auf Religiosität, Kirchlichkeit, Familien- und Gemeinde-Wohl", das der Superintendent der Saganer Diözese in Schlesien am 22. Oktober 1842 dem Minister der Geistlichen- und Unter-

54 Ebenda, fol. 34.

55 Ebenda, Rep. 93 B. Nr. 3365 (früher Rep. 93 C, Abt. B. Nr. 1527) betr. den zur Abhelfung des Notstandes angeordneten kunstmäßigen Straßenbau im Regierungsbezirk Aachen 1830 - 1835, fol. 75; Rep. 93 B. Nr. 3366 (früher Rep. 93 C, Abt. B. Nr. 1528) 1835/1836, fol. 63, fol. 78.

56 Vgl. Meitzen, August, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preußischen Staates, Bd. 3, Berlin 1871, S. 221.

57 Staatsarchiv Leipzig, Amtshauptmannschaft Leipzig Nr. 7824, fol. 88, fol. 122.

richts-Angelegenheiten in Berlin sandte, wird darauf hingewiesen, daß sich der Trieb der jungen Leute, den drückenden Dienstverhältnissen zu entfliehen und Selbständigkeit zu erlangen, seit 1837 "durch die Eisenbahn mehre ... Ziehen nun bei der Vermehrung der Eisenbahnarbeiten noch mehrere Dienstboten und Tagelöhner weg, so ist zu fürchten, daß die Fortstellung der Feldarbeit an vielen Orten immer schwieriger, das Verlangen aber nach erhöhterem Lohn immer allgemeiner und reger wird."[58]

Auch aus Sachsen liegen Berichte vor, daß sich zu den Eisenbahnarbeiten stets eine beträchtliche Zahl von Landarbeitern und Knechten meldete, die vom Gesindedienst auf den Gütern freikommen wollten. Aufgrund von Beschwerden der Gutsbesitzer hatte die sächsische Regierung am 13. Mai 1846 eine Verordnung erlassen, derzufolge die Eisenbahngesellschaften diejenigen zurückweisen sollten, die den landwirtschaftlichen Gesindedienst "eigenmächtiger Weise" aufgaben. Die Verordnung hatte nicht den gewünschten Erfolg, da die Landarbeiter und Knechte kaum daran gehindert werden konnten, sich auf Eisenbahnbaustellen in anderen deutschen Staaten, namentlich in Preußen, als Erdarbeiter zu verdingen.[59]

Nur wenige Eisenbahngesellschaften haben Angaben über die Zahl der beschäftigten Arbeiter veröffentlicht. Doch schon aus den aufgefundenen Zahlenangaben geht hervor, daß die Eisenbahnbaustellen seit 1837 von Jahr zu Jahr mehr als die Brennpunkte der Binnenwanderung in Deutschland betrachtet werden müssen, als Sammelpunkt der verschiedenen Arbeiter aus nah und fern, die sich hier in großer Masse vereinigten, sich zu einer Klasse mit gemeinsamen sozialen Interessen formierten.

Die von der Direktion der Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Kompagnie in den Jahren 1837/1838 herausgegebenen monatlichen Nachweise über den Fortgang der Arbeiten an der Eisenbahnlinie enthalten die ersten Angaben über die Zahl der auf den Eisenbahnbaustellen beschäftigten Arbeiter. Hier wird deutlich, welche Arbeiterwanderbewegung bereits diese erste größere Eisenbahnlinie in Deutschland, die am 7. April 1839 den Betrieb aufnahm, auslöste. Laut den noch vorhandenen Exemplaren der monatlichen Nachweise waren auf den Baustellen der Leipzig-Dresdner Eisenbahn beschäftigt[60]:

im Juni 1837	insgesamt	5 022	Arbeiter, darunter	811	Ausländer
im Juli 1837	"	5 169	" "	1 011	"
im August 1837	"	5 276	" "	1 082	"
im Januar 1838	"	2 966	" "	304	"
im Februar 1838	"	2 571	" "	131	"
im März 1838	"	7 215	" "	1 565	"
im April 1838	"	7 726	" "	2 086	"
im Mai 1838	"	7 783	" "	1 680	"
im Juni 1838	"	7 644	" "	1 476	"
im Juli 1838	"	6 048	" "	1 103	"
im August 1838	"	5 478	" "	1 007	"
im Oktober 1838	"	3 652	" "	324	"
im November 1838	"	2 869	" "	207	"
im Dezember 1838	"	1 993	" "	37	"

58 DZA Merseburg, Rep. 76, III, Selt. 1, Abt. XIV, Nr. 71, fol. 5; vgl. auch Obermann, Karl, Zur Rolle der Eisenbahnarbeiter im Prozeß der Formierung der Arbeiterklasse in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 3, S. 129 f.

59 Staatsarchiv Dresden, Kreishauptmannschaft Dresden Nr. 1060, betr. die unruhigen Bewegungen ingleichen die Beaufsichtigung der Eisenbahnarbeiter 1844 - 1866, fol. 67 - 70.

60 Vierte General-Versammlung der Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie, Protokoll, Leipzig, 10. 4. 1838, S. 8 u. Beilage I, II u. III; Betriebsarchiv der Reichsbahndirek-

Ausländer hieß, daß der betreffende Arbeiter aus einem anderen deutschen Staat, zum Beispiel aus Preußen, Thüringen oder Bayern zugewandert war. Auf der Baustelle Machern/Bennewitz waren zum Beispiel im April 1838 von 1 033 Arbeitern über die Hälfte, nämlich 533 "Ausländer", auf der Baustelle Pristewitz von 617 Arbeitern 325 "Ausländer". In den Nachweisen wird jedoch nichts darüber gesagt, woher die sogenannten Ausländer kamen. Doch heißt es im Protokoll der "Vierten General-Versammlung der Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie" am 10. April 1838, daß sich unter den Beschäftigten "oft aus entfernten Gegenden herzugekommene Arbeiter" befanden.

Zur gleichen Zeit strömten Tausende von Arbeitern zur Berlin-Potsdamer Eisenbahn, der ersten Eisenbahnlinie in Preußen, die jedoch leider keine Angaben über die beschäftigten Arbeiter veröffentlichte. In einer Meldung vom 26. September 1838 aus Berlin heißt es jedoch: "Der Zudrang ist ungeheuer. Trotz der Fatalität, zwei Meilen fahren zu müssen, ehe man zur Bahn gelangt, drängen sich Tausende herbei, die größtenteils zurückgewiesen werden müssen. Jetzt arbeitet man mit der größten Anstrengung und selbst des Nachts, um bis Mitte Oktober die ganze Bahn zu vollenden."[61]

Im Sommer 1838, mit Beginn der Arbeiten an der Eisenbahnstrecke von Köln bis zur belgischen Grenze, bot sich den Arbeitern aus nah und fern eine weitere Möglichkeit. Spezialarbeiter für den vorgesehenen Tunnelbau, ein Steiger und drei Hauer aus dem Mansfeldischen sowie drei Ziegelmeister aus Belgien, waren schon Anfang 1838 angeworben worden. Weitere auswärtige Ziegeleiarbeiter, Bergarbeiter und Mechaniker aus Holland, Belgien, England, aber auch aus deutschen Staaten folgten im Herbst 1838 und im Frühjahr 1839. Auch für die Erdarbeiten strömten wiederum Tausende von Arbeitern herbei, die sonst möglicherweise ihr Glück in Belgien und Frankreich gesucht hätten.[62]

Aus einer Meldung vom 11. August 1838 geht hervor, daß auf dieser Bahnstrecke bereits 1 841 Personen beschäftigt waren, "darunter 1 668 Erdarbeiter und Tagelöhner, und diese Zahl wird nach der Ernte bedeutend vermehrt werden."[63] Tatsächlich setzte im Herbst ein starker Zustrom von Arbeitern vom Lande ein, so daß im November 1838 auf den Baustellen der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft insgesamt 4 140 Personen, darunter 3 576 Erdarbeiter, beschäftigt waren.[64] Die Mitteilungen über die beim Bau der Rheinischen Eisenbahn im Jahre 1839 Beschäftigten enthalten besonders genaue Angaben über die Arbeiter beim Tunnelbau. Im "Bericht über den Stand der Arbeiten beim Bau der Rheinischen Eisenbahn am Schluß des Monats März 1839" heißt es: "Königsdorfer Tunnel. Es waren bei der Ausmauerung 186 Arbeiter (Maurer und Handlanger) beschäftigt, die Zahl der Bergleute betrug 370 Mann.

Die Zahl der Arbeiter hat im Laufe des Monats März einen ansehnlichen Zuwachs erhalten, indem eine Anzahl geübter Bergleute aus dem Sächsischen Erzgebirge, welche den Oberauer Tunnel auf der Leipzig-Dresdner Bahn gebaut haben, samt ihrem Obersteiger in den Dienst der Gesellschaft getreten und beim Nirmer Tunnelbau angestellt worden ist.

tion Dresden, Nachweis über den Bau der Leipzig-Dresdner Eisenbahn im Monat Januar 1838, sowie im Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, Oktober, November, Dezember 1838.

61 Allgemeines Organ für Handel und Gewerbe, Köln, Nr. 119, 4. 10. 1838.

62 Vgl. Kumpmann, Karl, Die Entstehung der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft 1830 - 1844. Ein erster Beitrag zur Geschichte der Rheinischen Eisenbahn, Essen-Ruhr 1910, S. 183 = Veröffentlichungen des Archivs für Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsgeschichte (Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv in Köln), Bd. 1.

63 Allgemeines Organ für Handel und Gewerbe, Nr. 96, 11. 8. 1838.

64 Ebenda, Nr. 138, 17. 11. 1838.

Die Zahl der angestellten Arbeiter betrug überhaupt: 1 Obersteiger, 11 Steiger und Oberhauer, 14 Aufseher, 4 Unteraufseher und Wächter, 6 Schachtmeister, 275 Bergknappen, 149 Zimmerleute, 29 Schmiede, 105 Maurer, 2 054 Erdarbeiter, Handlanger, Haspelzieher usw. - Summa 2 648 Mann."[65] Die Gesamtzahl der beim Bau der Rheinischen Eisenbahn beschäftigten Arbeiter wird für die weiteren Monate des Jahres 1839 in runden Ziffern angegeben, und zwar für die Monate April und Mai je zirka 4 500 Mann, für die Monate Juni bis August je zirka 5 000 Mann und für die Monate September bis Dezember je zirka 6 000 Mann. Die Zahl der zum großen Teil aus Sachsen und aus dem Mansfeldischen kommenden Tunnelbaufacharbeiter betrug im Dezember 1839 beim Königsdorfer Tunnel 1 002 und beim Nirmer Tunnel 685.[66]

Die drei genannten größeren Eisenbahnbauten beschäftigten also 1838/1839 etwa 15 000 Arbeiter, das heißt beinahe doppelt soviel wie die gesamte Industrie im Großherzogtum Baden, die in dieser Zeit 9 281 Arbeiter in 294 Fabriken zählte.[67]

Auch zahlreiche kleinere Bahnlinien, die 1839 mit den Erdarbeiten begannen, zogen Tausende Arbeiter an. So meldete die Taunus-Eisenbahn, daß im April 1839 auf der Strecke zwischen Mainz und Wiesbaden 40 Maurer und 455 Erdarbeiter beschäftigt waren und noch weitere 500 bis 600 Arbeiter eingesetzt werden könnten.[68]

Die Berlin-Anhalter Eisenbahn beschäftigte im September 1839 insgesamt 3 737 Arbeiter beim Aufschütten des Bahndammes. Sie hatte aber einen noch weit höheren Arbeiterbedarf und teilte mit, daß "ungeachtet wiederholter Bekanntmachungen und Einladungen durch die Amtsblätter in den angrenzenden und entfernteren Regierungsbezirken keine größere Anzahl Arbeiter heranzuziehen war."[69] Ohne Tagelöhner, Landarbeiter, Knechte usw. aus den entferntesten Provinzen und Gegenden, namentlich aus Schlesien, konnten schon Ende 1839 die Eisenbahngesellschaften in Sachsen, in Brandenburg, im Rheinland kaum noch ihren Arbeitskräftebedarf decken. In einer Meldung über den Eisenbahnbau auf der Strecke Düsseldorf-Elberfeld im Rheinland vom November 1839 heißt es: "Im Ganzen waren außer Maurer und Steinsprenger an 1 400 schlesische Erdarbeiter beschäftigt, von denen ein Teil auch den Winter hindurch verbleiben wird, um die bedeutendsten Dammschüttungen ... zu vollenden."[70]

Die bis zum Ende des Jahres 1839 auf dem Gebiete der Staaten des Deutschen Bundes (Österreich blieb jedoch unberücksichtigt) fertiggestellten Eisenbahnstrecken in einer Länge von 241,9 Kilometer sind das Resultat der Arbeitsleistung eines in die Zehntausende gehenden Arbeiterheeres, dem Tagelöhner, Knechte, Maurer, Zimmerleute und andere Handwerker aus allen Teilen Deutschlands angehörten. In den vierziger Jahren erhöhte sich die Zahl der Eisenbahnbauten noch beträchtlich, so daß auch der Arbeitskräftebedarf um ein Vielfaches stieg. In den Jahren der Mißernten, der Preissteigerungen und der Absatzschwierigkeiten im Textilgewerbe, also der weiteren Verschlechterung der herkömmlichen Verdienst- und Existenzmöglichkeiten für Tausende und aber Tausende, waren die Eisenbahnbauten mehr denn je das Wanderungsziel der armen und brotlosen Arbeiter. Die von der Not geförderte Arbeitermigration erwies sich als ein wichtiger Faktor für den Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes, der eine unerläßliche Grundlage der Industrialisierung ist. Wenn die Eisenbahnen in den dreißiger Jahren Zehntausende Arbeiter beschäftigten, so läßt die in der im Anhang befindlichen Tabelle 2 nachgewiesene Entwicklung darauf schließen, daß die Zahl der

65 Ebenda, Nr. 48, 20. 4. 1839, Beilage, S. 203.
66 Ebenda, Nr. 9, 21. 1. 1840, Beilage, S. 37.
67 Ebenda, Nr. 125, 18. 10. 1838, S. 527.
68 Ebenda, Nr. 49, 23. 4. 1839; Nr. 57, 11. 5. 1839.
69 Ebenda, Nr. 127, 22. 10. 1839, S. 563.
70 Ebenda, Nr. 136, 12. 11. 1839, Beilage, S. 609.

bei den Eisenbahnbauten beschäftigten Arbeiter in den vierziger Jahren weit über die Hunderttausend hinausging. Die schlechte Ernte 1842 löste eine Krise in Deutschland aus, die bis zur Revolution von 1848 immer schärfere Formen annahm. Aber diese Krisenjahre müssen gleichzeitig als die Eisenbahnbaujahre gewertet werden, denen eine qualitative Veränderung in der Sozial- und Wirtschaftsstruktur zu verdanken ist. Die alten Gewerbe gingen zurück, und eine rege wirtschaftliche Tätigkeit war nur noch im Eisenbahnbau und in den Unternehmen zu verzeichnen, die mit dem Eisenbahnbau in Verbindung standen, das heißt in Ziegeleien, in Fabriken zur Herstellung von Eisenbahnschienen und beim Bau von Verbindungsstraßen. Diese Entwicklung bedingte eine Mobilität der Arbeiter. So wird in einem Polizeibericht an den preußischen Innenminister vom 8. September 1840 erklärt, daß das "Ein- und Auswandern von Künstlern, Handwerkern und anderen Arbeitern in den gegenseitigen deutschen Bundesstaaten" ohne Behinderung zum Wohle Preußens begünstigt werden müsse.[71]

Die Angaben über die Zahl der Arbeiter auf einigen Eisenbahnstrecken in den Jahren 1843 bis 1846 zeigen (siehe Tabelle 3), daß 1843 die Zahl der sogenannten Ausländer, also der aus anderen deutschen Staaten zugewanderten Arbeiter, auf der nördlichen Eisenbahnlinie außerordentlich hoch war, aber auch auf den sächsisch-schlesischen und bayerischen Eisenbahnstrecken stieg und selbst in den Herbst- und Wintermonaten die Bauarbeiten mit sogenannten ausländischen Arbeitern fortgesetzt wurden. 1846 sammelten sich auch auf den Baustellen der Thüringischen Eisenbahn Tausende notleidender Arbeiter, darunter namentlich auch Weber der benachbarten Staaten. Anfang Juni 1846 waren auf dieser Bahnstrecke 2 000 Maurer und 12 000 andere Arbeiter beschäftigt.[72]

Im Dezember 1846 wurde von der Pfälzischen Ludwigsbahn gemeldet, daß in den Orten Frankenstein, Weidenthal und Neidenfels "fünf größere Werk- und Menagehütten" errichtet worden seien, "um 500 bis 600 fremde Arbeiter den Winter über beherbergen zu können."[73]

Die Angst vor Störungen und Unruhen durch die "in großen Massen zusammengebrachten Eisenbahnarbeiter" beschäftigte die Behörden nicht wenig. So schrieb der Regierungspräsident in Stettin am 24. April 1844 an das Direktorium der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft: "Im Interesse der Eisenbahn-Gesellschaft ist eine Masse rohen, zur Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit geneigten Gesindels zusammen gezogen, und damit sind in demselben Interesse außergewöhnliche Vorkehrungsmaßregeln von Seiten der zur Handhabung der öffentlichen Ordnung berufenen Staatsbehörden notwendig geworden."[74] Eine Masse besitzloser Arbeiter, namentlich Tagelöhner, galt den Behörden stets als "Gesindel".

Klagen der Gutsbesitzer, daß der Landwirtschaft viele kräftige junge Arbeitskräfte entzogen worden seien, "zur Beschaffung von Arbeitskräften eine Erhöhung des Tagelohnes nötig" geworden sei und "viele Dominien ihre Dreschgärtner freilassen" mußten, veranlaßten 1843 den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, von den Regierungspräsidenten und Landräten genaue Angaben über die Zahl der Arbeiter anzufordern, die sich aus ihren Orten entfernt und zu den Eisenbahnbaustellen begeben hatten. Der Regierungspräsident von Breslau (Wrocław) meldete, daß genaue Zählungen bis zum Frühjahr 1843 nicht durchgeführt worden seien, jedoch aufgrund von Unterlagen die Zahl der Arbeiter, die sich seit etwa 1840 auf die

71 DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 615, Nr. 15 betr. die Berichte des p. Pfeiffers zu Essen über Angelegenheiten der höheren Polizei, 2 Blatt.

72 Allgemeines Organ für Handel und Gewerbe, Nr. 21, 9. 6. 1846, Wöchentliches Beiblatt S. 320.

73 Ebenda, Nr. 48, 24. 12. 1846, S. 703.

74 DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 258, Nr. 22 betr. die polizeiliche Beaufsichtigung der in großen Massen zusammengebrachten Eisenbahnarbeiter, vol. 1, (1844 - 46) fol. 15/16.

Eisenbahnbaustellen der Oberschlesischen, der Breslau-Freiburger, der Dresden-Leipziger und der Berlin-Frankfurter Eisenbahn begeben hatten, auf etwa 3 000 geschätzt werden könnte. Nach dem Bericht des Regierungspräsidiums in Liegnitz vom 15. Mai 1843 befanden sich 6 203 Einwohner dieses Bezirks auf den obengenannten Eisenbahnbaustellen. Aus den Kreisen Grünberg und Glogau würden jährlich etwa 1 500 Arbeiter abwandern.[75]

Zahlreiche Berichte der Behörden lassen aber auch die Motive und den Charakter der Migrationen erkennen. Aus solchen Berichten geht eindeutig hervor, daß zwischen Notlage und Mobilität ein enger Zusammenhang besteht. Die regelmäßigen Monatsberichte der preußischen Regierungspräsidenten an das Zivilkabinett in Berlin enthalten viele Hinweise auf die Bedeutung der Wanderungsvorgänge. Die Berichte aus den östlichen Regierungsbezirken Königsberg, Marienwerder, Liegnitz, Oppeln und Breslau (Wrocław) aus den Jahren 1845 bis 1847 lassen keinen Zweifel darüber, daß der Arbeitskräftebedarf der Landwirtschaft gesunken war und - wie es im Bericht der Regierung zu Königsberg vom Juli/August 1845 heißt - "eine Menge von Arbeitsleuten großer Bedrängnis ausgesetzt sein würde", wenn sie nicht "zu den öffentlichen Arbeitsstellen", zu den Eisenbahn-, Chaussee-, Wege- und Kanalbauten, abwanderten.[76] Auch die Regierung zu Marienwerder meldete im Sommer 1846: "Noch fortwährend strömt zu den Chausseearbeiten wie zu den Kanalbauten an der Brahe eine Menge dürftiger Familien, die durch diesen Erwerb ihr Leben zu fristen suchen." Nach diesen Berichten waren bei den Chausseebauten allein über 3 000 Arbeiter täglich beschäftigt.[77] Im Regierungsbezirk Liegnitz (Schlesien) war es die Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn, die "viele brotlose Individuen beschäftigte"; allein auf einer Verbindungsstraße im Kreise Hirschberg arbeiteten im Winter 1846 täglich 1 300 Menschen.[78]

Im Regierungsbezirk Oppeln (Schlesien) gewährte die Brieg-Neißer Eisenbahn 1847 an ihren "großartigen Erdarbeiten gegen 1 000 Menschen Beschäftigung."[79] An der Stargardt-Posener Eisenbahn waren 1847 bei den Erdarbeiten zahlreiche Schneider, Schuhmacher, Töpfer, Maurer, und zwar sowohl Meister wie Gesellen aus den kleinen Städten der Provinz beschäftigt.[80]

Die Regierung zu Potsdam bezeichnete 1844 "die fortdauernde und dem großen Ganzen so wohltätige Vermehrung der Eisenbahnen" als Hauptquelle des "Wohlstandes". Es wird aber gleichzeitig nicht übersehen, daß sich die Bevölkerungsvermehrung durch Zuwanderungen auf die Orte konzentriert, die durch die Eisenbahnen zu "Brennpunkten des Handels und des Verkehrs" geworden sind.[81]

Die Errichtung von Ziegeleien für den erhöhten Bedarf der Eisenbahnen ließ in den vierziger Jahren kleine Ackerdörfer des Zauch-Belzigschen Kreises zu größeren Ortschaften anwachsen. Zum Beispiel in Lehnin wohnten schließlich 1 500 Einwohner. Etwa 3 000 bis 4 000

75 Ebenda, Rep. 76, III. Sekt. 1, Abt. XIV, Nr. 71, vol. 1, fol. 42 - 60.
76 Ebenda, 2.2.1. Nr. 15 966, fol. 159, Zeitungsbericht der Regierung zu Königsberg für Juli/August 1845.
77 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 769, fol. 376, Zeitungsbericht der Regierung zu Marienwerder für März/April 1846; fol. 382 für Mai/Juni 1846.
78 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 533, fol. 134, Zeitungsbericht der Regierung zu Liegnitz für März/April 1844; fol. 291 für Januar/Februar 1846.
79 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 569, fol. 92 f., Zeitungsbericht der Regierung zu Oppeln für September/Oktober 1847.
80 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 145/1, fol. 111, Zeitungsbericht der Regierung zu Posen für März/April 1847.
81 Ebenda, 2.2.1. Nr. 15 842, fol. 78, Zeitungsbericht der Regierung zu Potsdam für Dezember 1843/Januar 1844; fol. 264 für Dezember 1844/Januar 1845.

auswärtige Tagelöhner waren in den Ortschaften Beelitz, Lehnin, Glindow, Michelsdorf, Netzen, Nahmitz und anderen als Ziegeleiarbeiter angesiedelt worden.[82]

Auch in den Regierungsbezirken Magdeburg, Merseburg und Erfurt spielte die Frage nach dem Verhältnis zwischen Abwanderung auf der einen und Zuwanderung auf der anderen Seite bzw. die Frage der Umsiedlung der Bevölkerung aus wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten in neue Zentren des Verkehrs und der industriellen Entwicklung eine besondere Rolle. Zu den Erdarbeiten, Deich- und Brückenbauten, die die Potsdam-Magdeburger, die Magdeburg-Wittenberger und die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn sowie die Eisenbahnstrecke nach Braunschweig erforderlich machten, traten noch die neuen Zichorien- und Rübenzuckerfabriken in Magdeburg und im Kreis Wanzleben, so daß im Sommer 1845 "ein Mangel an Arbeitern eingetreten" war, der nur durch die Zuwanderung von Arbeitern aus Schlesien, aus der Altmark und dem Eichsfeld im Bezirk Erfurt behoben werden konnte. Allein beim Deichbau im Kreis Osterburg waren im Mai 1846 gegen 400 Arbeiter aus den genannten Gebieten beschäftigt. In den altmärkischen Kreisen beschäftigte die Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn 1847 mehr als 1 000 Menschen. Der Arbeitskräftebedarf der Zichorien- und Rübenzuckerfabriken, die bereits im Januar 1844 im Stadtbezirk Magdeburg etwa 3 000 Arbeiter beschäftigten, stieg von Jahr zu Jahr, während die Tuchfabrikation in Aschersleben, Burg und Salzwedel ständig zurückging.[83]

Die Regierung des Bezirks Merseburg lobte im Januar 1846 den "sichtbar günstigen Einfluß" der Thüringischen Eisenbahn, da sie nicht nur den Arbeitern aus "der ärmeren Volksklasse" Verdienstmöglichkeiten biete, sondern auch den Arbeitskräftebedarf im Eisenwerk Lauchhammer erhöht habe. Im Laufe des Jahres 1846 lockten zudem neu errichtete Ziegeleien ebenfalls Tagelöhner an.[84]

Tausende von Einwohnern des Regierungsbezirks Erfurt mußten aus Not zu den Eisenbahnbaustellen ziehen. Die Thüringische Eisenbahn war ein beliebtes Ziel. Laut Meldung vom Mai 1846 waren die Arbeiter "aus den Kreisen Heiligenstadt und Worbis fortwährend genötigt, sich in entfernteren Gegenden Beschäftigung zu suchen." Die entlassenen Wollkämmer dieser und anderer Kreise strömten zu den Eisenbahnen. Im Maibericht der Regierung heißt es: "Wie groß das Bedürfnis ist, auswärts Nahrungserwerb aufzusuchen, ergibt sich beispielsweise daraus, daß für Einwohner des Kreises Heiligenstadt (Eichsfeld) allein bis zum 24. Mai d. J. schon über 2 000 Pässe ausgefertigt worden waren." Der gleiche Kreis gab vom 1. Januar bis 22. März 1846 2 103 Pässe an auswärts Arbeit suchende Einwohner aus.[85] 1 447 Personen hatten im Kreis Worbis in der Zeit vom 1. Januar bis zur letzten Märzwoche Wanderpässe erhalten.

Besondere Beachtung verdienen die Regierungsbezirke der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen. Mit den Zuwanderungen der vierziger Jahre, die sich als notwendig erwiesen, um den Arbeitskräftebedarf der Eisenbahnen zu decken, begann hier die Ausbildung indu-

82 Ebenda, 2.2.1. Nr. 15 843, fol. 367; ebenda, Rep. 120 A VIII 1, Nr. 3, vol. 2, fol. 71/72.

83 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 412, fol. 78, Zeitungsbericht der Regierung zu Magdeburg für Juni/Juli 1843; fol. 146 für Dezember 1843/Januar 1844; fol. 312 für August/September 1845; ebenda, 2.2.1. Nr. 16 413, fol. 46 f. für April/Mai 1846; fol. 191 für August/September 1847.

84 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 448, fol. 10, Zeitungsbericht der Regierung zu Merseburg für Dezember 1845/Januar 1846; fol. 246 für Juni/Juli 1847.

85 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16377, fol. 195, Zeitungsbericht der Regierung zu Erfurt für April/Mai 1845; fol. 212 für Juni/Juli 1845; fol. 236 für August/September 1845; ebenda, 2.2.1. Nr. 16 378, fol. 5 für Dezember 1845/Januar 1846; fol. 23/24 für Februar/März 1846; fol. 31 für April/Mai 1846, fol. 104 für Februar/März 1847.

industrieller Ballungszentren. Am Anfang der strukturellen Veränderungen in Westfalen, das in den vierziger Jahren noch als Notstandsgebiet galt, stand der Bau der Köln-Mindener Eisenbahn. Die Regierung des Regierungsbezirks Münster wußte 1843/1844 nur davon zu berichten, daß die Leinenfabrikation darniederlag, "hohe Preise der Lebensmittel und der steigende Mangel an Verdienst für die geringere Klasse" erheblich die Auswanderung nach Übersee begünstigten.[86] Doch nach dem Sommer 1844, als der Bau der Köln-Mindener Eisenbahn begonnen hatte, wurden ihre sich durch ganz Westfalen ziehenden Baustellen zum Hauptwanderziel der notleidenden Arbeiter aus allen Kreisen des Regierungsbezirks. "Im Kreise Beckum beschäftigte insbesondere der Ausbau der Köln-Mindener Eisenbahn über tausend Eingesessene des Kreises und der benachbarten Gegenden", so heißt es im "Zeitungsbericht für die Monate Februar und März 1846".[87] Das gleiche gilt für den westfälischen Regierungsbezirk Minden. Auch hier lebten die kleinen Bauern und die Heuerlinge auf dem Lande von der Garnspinnerei und der Leinenweberei. Von Januar bis März 1843 hatten allein im Kreis Höxter 540 von ihnen um "Reiselegetimationen nachgesucht", um "Erwerb in anderen Gegenden zu suchen", weil es wegen "der fortwährend gedrückten Verhältnisse des Garn- und Leinenhandels" an "Gelegenheit zu genügendem Erwerbe" mangelte. Es wurde damit gerechnet, daß im Sommer 1843 "nach altem Brauche mehrere Tausend Arbeiter nach Holland und Ostfriesland" zeitweilig auswanderten, "um dort bei Anstrengung und Entbehrung Lebensunterhalt für den Winter zu erübrigen." Von 1846 an fanden die "geringen Handarbeiter und die Gewerbetreibenden" diesen Erwerb auf den Baustellen der Köln-Mindener und Köln-Minden-Thüringischen Eisenbahn. Auf der Strecke zwischen Warburg und der Kurhessischen Grenze waren in den Monaten April und Mai 1849 aus der umliegenden Gegend 1 500 Menschen beschäftigt.[88]

Auch im Regierungsbezirk Arnsberg konnte im Sommer 1843 der Tagelohn "der ärmeren Klasse" selbst auf dem Lande "bei den ungewöhnlich hohen Brotpreisen kaum ... den nötigen Bedarf" sichern. Aber im Kreis Altena des Regierungsbezirks gaben im Sommer 1845 Eisenbahn- und Straßenbauten so "vielen Menschen Beschäftigung ..., daß für einen Lohn von 10 Silbergroschen auf dem Lande kaum noch Arbeiter zu haben" waren.[89] Im Regierungsbezirk kreuzten sich mehrere Eisenbahnlinien. Zudem war der Eisenbahnbau nicht selten mit Straßenbau verbunden, so daß sich die Erwerbsmöglichkeiten für die Arbeiter erheblich vermehrten und selbst im Krisenjahr 1847 berichtet werden konnte: "Eine beträchtliche Arbeiterzahl findet fortwährend an den Eisenbahnen Beschäftigung". Auf einer Baustelle arbeiteten den Berichten zufolge meist 700 bis 1 000 Menschen. Bei Hörde entstanden auch 1846 die ersten Eisenfabriken zur Fabrikation der Eisenbahnschienen, die in den folgenden Jahren eine zunehmende Zahl von Arbeitern anzogen und den industriellen Aufschwung des Regierungsbezirks begründeten.[90]

86 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 691 (früher Rep. 89 B X 1 - 28), Zeitungsberichte der Regierung zu Münster, fol. 4 für Januar 1843; fol. 15 für Februar 1843; fol. 80 für Januar/Februar 1844.

87 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 962, fol. 12.

88 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 657 (unfoliiert), Zeitungsbericht der Regierung zu Minden für Februar 1843, März 1843, August/September 1844, August/September 1846; August/September 1847; April/Mai 1849.

89 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 620, fol. 47/48, Zeitungsbericht der Regierung zu Arnsberg für Mai/Juni 1843; fol. 197 für Juli/August 1845.

90 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 621, fol. 9, Zeitungsbericht der Regierung zu Arnsberg für Dezember 1845/Januar 1846: 950 Arbeiter bei den Eisenbahnbauten in den Kreisen Hamm und Bochum; fol. 30 für April/Mai 1846, fol. 38 für Juni/Juli 1846, fol. 50 für Oktober/November 1846; fol. 67/68 für Februar/März 1847; fol. 82 für April/Mai 1947, fol. 101 für August/September 1847.

Eisenbahn- und Straßenbauten bildeten auch in den rheinischen Regierungsbezirken Schwerpunkte der Arbeitermigration. Von den Gewerben heißt es in den Berichten des Regierungspräsidiums zu Aachen 1843, daß sie "unter dem Drucke höchst ungünstiger Konjunkturen seufzen", während die "angegriffenen Arbeiten an der Eisenbahn und auf den in Ausbau begriffenen Straßen, sowie die in bedeutender Anzahl begonnenen Häuserbauten neben den Fabriken dem größten Teil der arbeitenden Klasse jetzt Gelegenheit zu Beschäftigung und Verdienst bieten." Allein beim Bau der Staatsstraße Malmedy-St. Vith und der Bezirksstraße St. Vith zur Luxemburger Grenze wurden durchschnittlich 1 800 Menschen beschäftigt, das heißt mehr als in den 54 Hütten- und Hammerwerken des Regierungsbezirks, in denen 1843 nur 1 411 Personen arbeiteten.[91] Auf die Straßen- und Eisenbahnbauten, namentlich auf die Baustellen der Aachen-Maastrichter und der Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn, konzentrierten sich in den folgenden Jahren die Arbeiternahwanderungen. Mit 300 Erdarbeitern begann im Sommer 1847 der Bau der Aachen-Maastrichter Eisenbahn, und bald war auf diesen Baustellen "eine Menge Tagelöhner ständig beschäftigt." In der Bevölkerungsstatistik fanden diese Wanderungsvorgänge zunächst nur einen geringen Niederschlag. Im Stadtkreis Aachen waren 1843 insgesamt 203 Personen mehr ein- als ausgewandert, 1846 jedoch 177 Personen mehr aus- als eingewandert, 1847 dagegen wieder 228 Personen mehr ein- als ausgewandert.[92]

Die Main-Weser Eisenbahn und die Straßenbauten zu den Eisenbahnstrecken bildeten 1846/1847 das Wanderungsziel der "ärmeren Klasse" des Regierungsbezirks Koblenz, namentlich des Kreises Wetzlar.[93]

In Ermangelung anderer Existenzmöglichkeiten waren auch im Regierungsbezirk Düsseldorf "Tagelöhner, Bauhandwerker, Bergleute und kleinere Ackerbauern" darauf angewiesen, sich den zahlreichen Eisenbahnbaustellen zuzuwenden. Etwa 500 Arbeiter der Prinz-Wilhelm Eisenbahn zogen am 8. April 1845 von der Baustelle Vohwinkel nach Langenberg bei Düsseldorf, um Lohnforderungen geltend zu machen.[94]

Neben der Prinz-Wilhelm Eisenbahn war es aber vor allem die Köln-Mindener Eisenbahn, die in den Jahren 1846/1847 auch Arbeiter aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf anzog und die den Eisenhütten des Regierungsbezirks Aufträge sicherte, während Baumwoll- und Seidenindustrie des Bezirks daniederlagen.[95] Im Regierungsbezirk Köln fanden Tagelöhner und andere Arbeiter, namentlich aus den armen Landgemeinden, nicht nur Beschäftigung auf den Eisenbahn- und Straßenbaustellen, sondern auch bei den Ziegeleien, die infolge der lebhaften Bautätigkeit (Bahnhöfe usw.) außerordentlich zugenommen hatten.[96] Neben zahlreichen aus allen Bezirken der Rheinprovinz kommenden Arbeitern beschäftigten diese Ziegeleien auch belgische Arbeiter, die, wie es in einem Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an den preußischen Innenminister vom 8. Juni 1845 heißt, "alljährlich in großen Scharen die Rheinprovinz" aufsuchten. Nach dem Bericht des Oberpräsidenten an den Innenminister vom 12. November 1845 betrug die Zahl der 1845 im Rheinland beschäftigten belgischen

91 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 187; fol. 62, Zeitungsbericht der Regierung zu Aachen für März 1843; fol. 85 für April 1843; fol. 158 für November 1843, fol. 163 f. für Dezember 1844/Januar 1845.

92 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 188, fol. 133, Zeitungsbericht der Regierung zu Aachen für April/Mai 1847; fol. 141 f. für Juni/Juli 1847; fol. 166, fol. 305 für Juni/Juli 1849.

93 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 268, fol. 309, Zeitungsbericht der Regierung zu Koblenz für Februar/März 1847.

94 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 225, fol. 176, Zeitungsbericht der Regierung zu Düsseldorf für Februar/März 1845; fol. 183 f. für April/Mai 1845.

95 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 626, fol. 158, Zeitungsbericht der Regierung zu Düsseldorf für Dezember 1847/Januar 1848.

96 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 304, fol. 48 - 50, Zeitungsbericht der Regierung zu Köln für April 1843.

Ziegeleiarbeiter 2 136, davon entfielen 1 284 auf die Ziegeleien im Regierungsbezirk Düsseldorf, 720 auf die Ziegeleien des Regierungsbezirks Köln und 132 auf die Ziegeleien des Regierungsbezirks Aachen.[97]

Wie schon beim Bau der Rheinischen Eisenbahn 1838/1839 die aus der Ferne, aus Sachsen, aus Belgien usw., kommenden Arbeiter eine wichtige Rolle spielten, so auch bei den Eisenbahnbauten der vierziger Jahre. Aus Belgien kamen nicht nur Ziegeleiarbeiter, sondern auch Eisenbahnarbeiter, und zwar waren diese auf den Eisenbahnbaustellen bis zur Fulda anzutreffen. In einem Schreiben des Mainzer Informations-Büros an den österreichischen Staatskanzler Metternich vom 22. Januar 1847 heißt es: "Wie mir aus Rothenburg a. d. Fulda gemeldet wird, welches übrigens der Regierung von Niederhessen angehört, sollen durch die Eisenbahnbauten mit den belgischen Ingenieurs allerhand fremde Menschen ins Land gekommen sein."[98]

Im Prozeß der Herausbildung neuer Schwerpunkte der industriellen Entwicklung führten schließlich sowohl die Nah- wie die Fernwanderungen zu dauernden Umsiedlungen. Mehr und mehr kehrten Arbeiter nach Beendigung der Arbeiten auf einer Baustelle nicht in ihre Heimat zurück, sondern wechselten zu einer anderen Baustelle über. Zudem gelang es im Rheinland, in der Provinz Westfalen, im Bezirk Magdeburg und andernorts einer ständig wachsenden Arbeiterzahl, eine neue Existenzmöglichkeit zu finden. Aus einer 1847 veröffentlichten Statistik über die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die von den eröffneten Eisenbahnlinien benötigt wurden, um den Fahrbetrieb und die Unterhaltung der Strecken zu sichern, ergibt sich, daß bei 24 ganz oder teilweise eröffneten deutschen Eisenbahnen mit einer Gesamtschienenlänge von 362 geographischen Meilen 6 750 Beamte und etwa 10 000 Tagelohnarbeiter angestellt waren. Da es sich um unvollständige Angaben handelte, lag die Arbeiterzahl wahrscheinlich noch höher. Pro Meile Eisenbahnstrecke wurden also 45 bis 47 Personen benötigt. Außerdem wurden in 20 Fabriken für den Bau von Eisenbahnwagen 3 797 Arbeiter beschäftigt.[99]

Wie schon in der Krise von 1846/1847 die Mobilität einer großen Arbeitermasse und ihre Beschäftigung beim Eisenbahnbau das Mittel war, über die größte Not hinwegzukommen, so waren es auch in der Revolution von 1848/1849 die Eisenbahn- und Straßenbauten, die zahlreiche notleidende Handwerker, Weber und andere Arbeiter veranlaßten, sich auf den neu errichteten Baustellen als Erdarbeiter zu verdingen. Solche Baustellen bedeuteten in den Jahren 1848/1849 und darüber hinaus noch 1850/1851 für einen hohen Prozentsatz der Arbeiter in Deutschland die einzige Existenzmöglichkeit. Der Arbeiter-Kongreß, der vom 23. August bis 3. September 1848 in Berlin tagte, erwähnte in seinen Beschlüssen zum ersten Mal die Eisenbahnarbeiter und legte ihnen nahe, sich zu vereinigen.[100]

Mit allen Mitteln wurde 1848 der Fortgang der Eisenbahnbauten begünstigt. Der Oberbürgermeister von Köln wandte sich am 28. März 1848 an die Direktion der Rheinischen Eisenbahngesellschaft mit der Bitte, "alle nur ausführbaren Arbeiten so schleunig wie möglich beginnen zu lassen, indem die Klagen über Mangel an Arbeit von Tag zu Tag immer lautbarer werden."[101]

97 Ebenda, Rep. 77, Tit. 423, Nr. 12 betr. die polizeiliche Beaufsichtigung der die Rheinprovinz besuchenden wallonischen Ziegelarbeiter 1845/1846 (nicht foliiert).

98 Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, Mainzer Informations-Büro Nr. 1013. - Es wurde befürchtet, daß diese Arbeiter sozialistische Ideen verbreiten.

99 Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, 1. Jg. 1847, S. 643 f., 922.

100 Vgl. Beschlüsse des Arbeiter-Kongresses, in: Obermann, Karl, Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland, Berlin 1970, S. 174.

101 Historisches Archiv der Stadt Köln, Abt. 400, VII 20 B 21, Fortführung der Rheinischen Eisenbahn bis in den Freihafen.

Die Regierung zu Aachen meldete im September 1848, daß "durchschnittlich wohl nur die Hälfte der bei industriellen Unternehmungen arbeitenden Bevölkerung als beschäftigt angenommen werden kann." Die Folge war, wie es im nächsten Bericht hieß, daß "eine Menge unverheirateter Fabrikarbeiter (darunter Bergarbeiter und Weber - K. O.) nach Frankreich, Belgien und ins Bergische (rechts des Rheins - K. O.)" abwanderte. Außerdem wurde 1849 auf Rechnung der Stadt Aachen "eine Menge Tagelöhner" mit Erdarbeiten auf der neuen Strekke der Aachen-Maastricht-Gladbacher Eisenbahn "ständig beschäftigt." Der Bau der beiden Eisenbahnen von Aachen nach Maastricht und von Aachen nach Düsseldorf zog auch 1850 noch zahlreiche Arbeiter sowohl aus den Städten wie aus den Dörfern der näheren und weiteren Umgebung an.[102] Auch aus anderen Regierungsbezirken liegen Meldungen vor, daß die schwere Krise von 1848 in den Gewerben den Prozeß der industriellen Umwälzung beschleunigte und die Wanderungsvorgänge mit sozialen und beruflichen Veränderungen verbunden waren. So wurde Ende des Jahres 1848 aus dem Regierungsbezirk Breslau (Wrocław) gemeldet, daß "die Handwerker bei der gegenwärtigen Störung des Verkehrs immer mehr und mehr verarmen" und "teilweise in die Klasse der gewöhnlichen Tagearbeiter treten".[103] Damit stimmen auch die Meldungen aus Westfalen überein; beschäftigungslose Arbeiter und Handwerker zogen 1848 im Regierungsbezirk Arnsberg als Tagelöhner zum Straßenbau. Als jedoch im Frühjahr 1849 der Bau der Thüringer Verbindungsbahn von Hamm aus begann, strömten beschäftigungslose Arbeiter aus den Kreisen Dortmund, Hagen, Altena und Iserlohn zu den Baustellen. Ende 1849 kam noch der Bau der Westfälischen Eisenbahn hinzu. Die in der Provinz Westfalen und im Rheinland 1849 begonnenen neuen Eisenbahnbauten hatten einen entscheidenden Anteil am Aufschwung der Hüttenindustrie, da größere Eisenbahnschienenbestellungen ebenfalls hier den Arbeitskräftebedarf erheblich erhöhten.[104]

Von 1848 bis einschließlich 1852 wurde das Eisenbahnnetz in der Provinz Westfalen um 163,1 Kilometer erweitert, das heißt von 182,6 Kilometer im Jahre 1847 auf 345,7 Kilometer im Jahre 1852; in der Rheinprovinz betrug die Erweiterung des Eisenbahnstreckennetzes im gleichen Zeitraum 152,8 Kilometer, das heißt von 267,2 Kilometer im Jahre 1847 auf 420,0 Kilometer im Jahre 1852, was auf einen erheblichen Schienen- und Arbeiterbedarf schließen läßt. Im gleichen Zeitraum, von 1848 bis 1852, hatte in Preußen nur noch die Provinz Posen eine starke Eisenbahnbautätigkeit zu verzeichnen, da durch diese Provinz die sogenannte Ostbahn von Berlin nach Königsberg führte, die zahlreichen Landarbeitern aus Posen und den übrigen Ostprovinzen Existenzmöglichkeiten bot. Von 86,8 Kilometer Länge im Jahre 1848 wurde das Eisenbahnnetz in dieser Provinz bis einschließlich 1852 auf 254,9 Kilometer erweitert, das heißt, die Arbeiten wurden 1848 begonnen, so daß die 254,9 Kilometer das Ergebnis der fünfjährigen Bautätigkeit waren.[105]

Über die Zahl der auf den Baustellen der neuen staatlich finanzierten Eisenbahnlinien beschäftigten Arbeiter aus nah und fern liegen die in Tabelle 4 aufgeführten Angaben vor.

102 DZA Merseburg, 2.2.1. Nr. 16 188, fol. 221, Zeitungsbericht der Regierung zu Aachen für August/September 1848; fol. 236 für Oktober/November 1848; fol. 305 für Juni/Juli 1849; fol. 396 für Juni/Juli 1850; fol. 418 für August/September 1850.

103 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 491, fol. 440, Zeitungsbericht der Regierung zu Breslau für November/Dezember 1848.

104 Ebenda, 2.2.1. Nr. 16 621, fol. 129, Zeitungsbericht der Regierung zu Arnsberg für April/Mai 1848; fol. 164 für Februar/März 1849; fol. 199 für August/September 1849; fol. 251 für August/September 1850.

105 Die historische Entwicklung des Deutschen und Deutsch-Österreichischen Eisenbahn-Netzes vom Jahre 1838 bis 1881, hg. v. Königlich Preußischen Statistischen Bureau, Berlin 1883, S. 171 = XII. Ergänzungsheft zur Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus.

Die Magdeburg-Wittenberger Eisenbahngesellschaft beschäftigte außerdem beim Bau einer Elbbrücke an 1 000 Arbeiter im August und September 1849 und 2 000 bis 3 000 Arbeiter im Laufe des Jahres 1850.[106]

Es ist durchaus nicht abwegig, anzunehmen, daß in Preußen an der Migration 1849 etwa 300 000 bis 500 000 der über 24 Jahre alten Männer beteiligt waren. Die Differenz zwischen der Summe der Männer, die im Augenblick der Volkszählung im Dezember 1849 über 24 Jahre alt waren (3 760 367), und der im Juli 1849 von 3 255 703 Wahlberechtigten beträgt 504 664. Auch wenn die Zahl der Wahlberechtigten von 1849 mit der Zahl der über 24 Jahre alten Männer nach der Volkszählung vom Dezember 1846 (3 661 992) verglichen wird, bleibt noch eine Differenz von 406 289. In einem Überblick über die Urwahlen von 1849 bis 1861 bezeichnet das preußische statistische Büro die Wählerlisten von 1849 als die "vollständigsten", die "vielleicht auch viele enthielten, welche genau genommen, nicht als wahlberechtigt anzuerkennen waren." Die Zahl der Wahlberechtigten 1849 entspricht zudem ungefähr der Zahl der Familienhäupter, die Ende 1846 3 141 728 betragen hat. Da sich unter den Wahlberechtigten auch 405 457, das sind 15,22 Prozent Unbemittelte bzw. Arbeiter befinden, die keine Steuer zahlten, kann es sich bei den nicht wahlberechtigten Männern nur um solche handeln, die keinen festen Wohnsitz hatten, das heißt noch keine sechs Monate an einem Ort ansässig waren oder Armenunterstützung empfingen oder nicht im Vollbesitz der bürgerlichen Rechte waren. Das Nichtvorhandensein eines festen Wohnsitzes wird wahrscheinlich bei wenigstens 300 000 Männern zutreffen.[107] Außerdem muß aber berücksichtigt werden, daß die Zahl der jungen Leute zwischen 16 und 24 Jahren ohne festen Wohnsitz noch bei weitem höher liegen dürfte. Das bedeutet aber, daß in den Staaten des Deutschen Bundes 1848/1849 etwa 1 Million Arbeiter ohne festen Wohnsitz bzw. an der Migration beteiligt waren, das heißt mindestens 25 Prozent der bei der Gewerbeerhebung 1846 gezählten Handarbeiter, Tagelöhner und Knechte aller Art.

Ebenso muß beachtet werden, daß die neuen Industrien, die sich in den dreißiger und vierziger Jahren vor allem auf dem Lande entwickelten und hauptsächlich mit Hilfe zugewanderter Landarbeiter und Tagelöhner ihren steigenden Arbeitskräftebedarf deckten, 1849 in Preußen bereits etwa 75 000 Arbeiter beschäftigten, und zwar in 5 521 Ziegeleien 24 634 Arbeiter; in 1 822 Kalkbrennereien 5 501 Arbeiter; bei 522 Teeröfen, davon nur 4 in Städten, 1 084 Arbeiter; in 116 Runkelrübenzuckerfabriken 15 055 Arbeiter; in 8 020 Bierbrauereien, davon 4 438 auf dem Lande, 13 087 Arbeiter; in 7 452 Branntweinbrennereien, davon 5 902 auf dem Lande, 15 429 Arbeiter, während im gleichen Jahr 1849 in den 720 Eisenwerken in Preußen erst 18 687 Arbeiter beschäftigt waren.[108]

Diese Zahlen deuten einen hohen Grad von Mobilität der Masse der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland an. Die Tabelle 5 über die Ein- und Auswanderungen bzw. Zu- und Abgänge, die in einer Anzahl von Ämtern und Gemeinden des Herzogtums Nassau 1848 zu verzeichnen waren - eine äußerst seltene Statistik -, bietet Einzelheiten darüber, wie sehr Nah- und Fernwanderungen als eine ständige, das Leben in allen Gemeinden beeinflussende Erscheinung gelten müssen. Einer Einwanderung von 127 Personen aus anderen Staaten, darunter 100 aus Staaten des Deutschen Bundes, stand eine Auswanderung von 262 Personen gegenüber, wovon etwa 100 in andere deutsche Staaten abwanderten, doch über 100 zogen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die bei Wiesbaden als Auswanderungsziel genannten deutschen Staaten wie Preußen, Sachsen, Hamburg und andere zeichneten sich dadurch aus, daß

106 DZA Merseburg, 2.2.1. Nr. 15 843, fol. 423, Zeitungsbericht der Regierung zu Potsdam für August/September 1849; fol. 533 für August/September 1850.

107 Vgl. Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin, a. a. O., 3. Jg. 1850, S. 84 f.; Zeitschrift des Kgl. Preußischen Statistischen Bureaus, 2. Jg. 1862, S. 92/93.

108 Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, hg. v. Otto Hübner, 1852, S. 34, 55.

hier bereits eine stärkere wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung sichtbar war als in Nassau.[109]

Die Migrationsvorgänge in der Periode 1834 bis 1852 waren wichtige Bestandteile bzw. Faktoren eines Industrialisierungsprozesses. Die Millionen der Notleidenden, der Tagelöhner in Stadt und Land, die von Gelegenheitsarbeit lebten, der armen und beschäftigungslosen Handwerker, wurden mehr und mehr in den Produktionsprozeß eingegliedert. Diese Tatsache kennzeichnet die Vorgänge und kann als hervorragendstes Merkmal des besonderen Charakters der Migration dieser Jahre bezeichnet werden. Die Migration führte mehr und mehr zu Umsiedlungen, die sich auf die Zentren der industriellen Entwicklung konzentrierten. Es begann die Herausbildung von Ballungszentren. Städte, die an wichtigen Knotenpunkten des Verkehrs und des Handels lagen, erhoben sich gegen Ende der vierziger Jahre zu industriellen Zentren, die sich in steigendem Maße durch Zuwanderungen vergrößerten. In seinem Bericht über den Bevölkerungsstand in Preußen vom 2. Juli 1847 erklärte der Direktor des statistischen Büros: "In Schlesien sind besonders die Regierungsbezirke Oppeln und Breslau, ebenso in den westlichen Teilen der Monarchie die Regierungsbezirke Magdeburg, Köln und Düsseldorf gestiegen. - Die Zahlen liefern den Beweis, das die Bevölkerungen am meisten steigen, wo große Städte, deren Verkehr im Aufschwung sich befindet, liegen, wie Berlin, Stettin, Elberfeld, Breslau, Köln dartun ..." Gleichzeitig wies er darauf hin, daß "die Einwandernden in den Preußischen Staat meist aus den umgebenden kleinen deutschen Staaten kommen, die Zuwanderung geschieht meist in die großen Städte. So zeigt Breslau eine nicht unbedeutende Vermehrung, vorzüglich aber Berlin. Seit 3 Jahren (1843 - 1846) sind in Berlin 45 311 Menschen mehr e i n - als ausgewandert, jährlich über 15 000."[110]

Aber auch kleine Landorte erhoben sich infolge Zuwanderung von nah und fern, namentlich von armen Landarbeitern, zu Industriestädten. Diese Herausbildung neuer Städte erfolgte auf der Grundlage der Umsiedlung von Landarbeitern in die Stadt und wurde zum Merkmal der Entwicklung von industriellen Ballungszentren in den fünfziger und sechziger Jahren. Die Stadt zeichnete sich nicht nur durch die Quantität ihrer Einwohner, sondern durch die sich hier entwickelnde neue Qualität der gesellschaftlichen Beziehungen aus. In der Denkschrift der Kommission zur Erörterung der Ursachen des in der Provinz Preußen öfters wiederkehrenden Notstandes 1847 wird die Herausbildung neuer Städte als Maßstab für soziale und wirtschaftliche Veränderungen gewertet, die dazu beitragen, die Not der Landarbeiter zu überwinden. So heißt es: "In Preußen (d. h. Ost- und Westpreußen) hat kein Ort des platten Landes zur Stadt sich erhoben, wie doch in Schlesien seit 1821 bei 5, in Sachsen bei 6, in Westfalen bei 2 und in der Rheinprovinz bei 31 geschehen ist."[111]

Zum ersten Mal war in Preußen im Dezember 1849 in den städtischen Wohnsitzen ein stärkeres Anwachsen der Bevölkerung zu verzeichnen als in den ländlichen Wohnsitzen; je 1 000 Personen im Jahre 1816 hatten sich in den städtischen Wohnsitzen auf 1 590 vermehrt, in den ländlichen jedoch nur auf 1 575. Noch gehörten aber die Regierungsbezirke Westfalens zu denjenigen, in denen sich die Bevölkerung in den ländlichen Wohnsitzen stärker vermehrte als in den städtischen. Das sollte sich erst in den fünfziger Jahren ändern.[112]

109 Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 211, Nr. 11 808, Übersichten über Rezeptionen, Demissionen, Ein- und Auswanderungen 1848/49. - Nach Markow, Alexis, a. a. O., S. 155, verloren Württemberg, Baden und Hessen von 1824 - 1885 etwa die Hälfte, bzw. Baden und Hessen über die Hälfte ihrer "natürlichen" Bevölkerungszunahme durch Mehrauswanderung.

110 DZA Merseburg, 2.2.1. Nr. 16 788 (früher Rep. 89 H XXI Nr. 41 vol. III), betr. die Feststellung des Bevölkerungsstandes und die Statistik überhaupt, fol. 98 - 105.

111 Ebenda, Rep. 120 A VIII, 1, Nr. 2, Verhandlungen der Kommission zur Erörterung der Ursachen des in der Provinz Preußen öfters wiederkehrenden Notstandes, mit der auf Grund dieser Verhandlungen ausgearbeiteten Denkschrift, Königsberg 1847, S. 17.

112 Vgl. Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preußischen Staats, hg. v. Königlichen

Die Eisenbahnen hatten in den vierziger Jahren die Grundlage für die Entwicklung der Schwerindustrie geschaffen; sie hatten aber auch die Arbeiter aus nah und fern herangezogen und konzentriert, die für die industrielle Entwicklung notwendig waren.

Die Migrationen im Zeichen der Herausbildung des rheinisch-westfälischen Ballungszentrums in der Zeit von 1852 bis 1867

Der gewaltige industrielle Aufschwung in der zweiten Phase der industriellen Revolution in Deutschland, namentlich die Entwicklung der Schwerindustrie, wurde in Preußen durch drei Gesetze vorbereitet:

1. das preußische Ablösungsgesetz vom 2. März 1850, das die Zahl der Landarbeiter und Bauern erhöhte, die neue Existenzmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft suchen mußten[113];

2. das Bergbau-Gesetz vom 12. Mai 1851, das den Bergbau in privaten Besitz überführte und

3. das Bergbau-Gesetz vom 18. Mai 1851, das die von den Bergbaubetrieben zu leistenden Abgaben (Steuern) um die Hälfte verminderte.[114]

Gleichzeitig setzte die Gründung von Aktiengesellschaften zur Ausbeutung und Verarbeitung der Bodenschätze ein. Neben den Eisenbahnen entwickelten sich zahlreiche Großunternehmen, die nunmehr das schnelle Tempo der Entwicklung bestimmten. Die Regierung zu Köln stellte in ihrem Bericht vom Januar 1853 die Tatsache in den Vordergrund, daß 1852 mit Hilfe "erheblicher Kapitalien", die "bisher ohne vollständige Verwendung" waren, größere Unternehmungen im Bergbau und Hüttenwesen geschaffen wurden, und von diesen Unternehmungen heißt es bereits im Bericht vom November 1853, daß sie ständig mehr Arbeiter anziehen und "der Andrang zu dieser Beschäftigung so groß ist, daß dem Ackerbau die Arbeitskräfte fühlbar entzogen werden." Allein im Kreis Euskirchen beschäftige der Bergbau 1853 "fortwährend 1 500 - 1 600 Arbeiter" und strebe an, "die Belegung der Gruben" weiter zu verstärken.[115]

Die Zahl der Fabriken, welche 50 und mehr Arbeiter beschäftigten, betrug 1855 in Preußen aber erst 603 mit insgesamt 119 871 Arbeitern. Davon entfiel etwa die Hälfte, das heißt 258 mit 59 862 Arbeitern, auf die Rheinprovinz. Der Regierungsbezirk Düsseldorf stand mit 132 Fabriken, die insgesamt 31 980 Arbeiter beschäftigten, an erster Stelle, es folgte der Regierungsbezirk Aachen mit 83 Fabriken und 18 354 Arbeitern. Der Regierungsbezirk Köln zählte 20 Fabriken dieser Größe mit 5 033 Arbeitern. Unter den preußischen Provinzen stand an zweiter Stelle Schlesien mit 76 Fabriken dieser Größenordnung, die insgesamt 20 879 Arbeiter beschäftigten. Es folgte die Provinz Brandenburg einschließlich der Stadt Berlin mit 95 Fabriken und 13 696 Arbeitern. Die Provinz Sachsen stand mit 73 Fabriken und 10 924 Arbeitern an vierter Stelle, und dann erst kam die Provinz Westfalen mit 67 Fabriken und 8 990 Arbeitern. In dieser Provinz stand bereits der Regierungsbezirk Arnsberg mit 48 Fabriken und 5 944 Arbeitern an erster Stelle. Eine Arbeiterkonzentration von über 1 000 Per-

statistischen Bureau, 1. Jg. 1863, S. 110.

113 Vgl. den Text des Ablösungsgesetzes in: Im Widerstreit um die Reichsgründung. Eine Quellensammlung zur Klassenauseinandersetzung in der deutschen Geschichte von 1849 bis 1871, hg. v. Ernst Engelberg, Berlin 1970, S. 20 - 23.

114 Joseph Hansen, Gustav von Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild 1815 - 1899, Bd. 1, Berlin 1906, S. 634.

115 DZA Merseburg, Rep. 120 A V 3 Nr. 7 Band 6, betr. die Zeitungsberichte der Regierung zu Köln, fol. 164 für Dezember 1852/Januar 1853; fol. 306 für Oktober/November 1853.

sonen lag aber erst bei sehr wenigen Fabriken vor, und zwar beschäftigten die sieben Eisengießereien und Maschinenbauanstalten in Berlin, darunter Borsig, insgesamt 2 729 Arbeiter, dazu kamen 1 164 Arbeiter in zwei Borsigschen Eisengießereien und fünf Borsigschen Hammer-, Eisen- und Blechwalzwerken in Alt-Moabit. Das Textilunternehmen Joh. Simons Erben in Elberfeld beschäftigte 2 196 Arbeiter, darunter 586 Kinder unter 14 Jahren. Im Regierungsbezirk Düsseldorf gab es außerdem noch drei größere Werke, und zwar in Viersen die Seidenweberei Friedrich Diergardt mit 2 453 Arbeitern, darunter 420 Kinder unter 14 Jahren, in Oberhausen die Eisen- und Maschinenfabrik von Jacobi, Haniel & Huyssens mit 1 171 Arbeitern und in Laar die Eisen- und Maschinenfabrik der Phoenix A. G. in Köln mit 1 190 Arbeitern.[116]

Eisenbahnbauten und daneben mehr und mehr die Bergwerke bildeten 1855 noch die hauptsächlichsten Schwerpunkte der Arbeitermigration, die Sammelpunkte der Arbeiter aus nah und fern, die neue Existenzmöglichkeiten suchten. Doch um diese Zeit beschleunigte sich das Tempo der schwerindustriellen Entwicklung in der Provinz Westfalen ganz erheblich. Eine Denkschrift der Regierung zu Arnsberg vom 22. November 1858 zur Bevölkerungsentwicklung in einigen neuen Industriestädten dieses westfälischen Regierungsbezirks, an den preußischen Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten von Bethmann-Hollweg gerichtet, beschäftigte sich mit der Frage, in welchem Maße "durch größere industrielle Etablissements die Anhäufung von Arbeitern verursacht" wird. Die Denkschrift ging davon aus, "daß durch diese Anhäufung von Arbeitern in den Ortschaften Bochum, Dortmund und Aplerbeck für Kirche und Schule wesentliche Notstände hervorgerufen seien." Es wird geltend gemacht, daß die "Anhäufung von Arbeitern ... aus den verschiedensten Gegenden ... in sittlicher Beziehung mehrfache Übelstände herbeigeführt habe." Laut Denkschrift war bei den Schulgemeinden folgende Steigerung der Mitgliederzahlen zu verzeichnen:

	Jahr	Mitglieder	Vermehrung in %
Stadt Bochum			
Zwei evangelische Schulgemeinden und eine katholische Schulgemeinde	1850	1 362	
	1858	3 105	122,7+
Stadt Dortmund			
Evangelische Schulgemeinde	1850	7 477	
	1858	12 120	63 2/5
Katholische Schulgemeinde	1850	2 776	
	1858	6 467	133
Parochie Aplerbeck			
bestehend aus 4 Dörfern Aplerbeck, Berghofen, Schüren, Sölde			
Schulgemeinde Aplerbeck	1850	250	
	1858	312	25
Schulgemeinde Schüren	1850	171	
	1858	348	104
Schulgemeinde Berghofen	1850	230	
	1858	339	47 3/8
Schulgemeinde Sölde: keine Vermehrung, sowohl 1850 wie 1858 = 153 Mitgl.			
Evangelische Bevölkerung in den genannten 4 Dörfern	1850	3 553	
	1858	5 800	63

+ Im Original fälschlicherweise 135 1/3 %.

116 Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preußischen Staat für das Jahr 1855, hg. v. statistischen Bureau zu Berlin, Berlin 1855, S. 258 f., 260 f., 289 f., 292 f., 308.

Die Vermehrung der Bevölkerung in Dortmund wird mit dem Bau der Köln-Mindener Eisenbahn in Verbindung gebracht und dazu festgestellt, daß "die Bevölkerung seit der im Jahre 1845 erfolgten Konzessionierung der Köln-Mindener Eisenbahn um mehr als 12 000 Seelen zugenommen" hat. Die Zahl der in Dortmund bei industriellen Unternehmungen, der Eisenbahn usw. Beschäftigten einschließlich ihrer Familienangehörigen wird mit 9 762 Personen angegeben, die jedoch nicht alle in der Stadt Dortmund selbst wohnten. Die Vermehrung der Dortmunder Bevölkerung betrug von 1850 bis 1858 etwa 10 000 Personen. Daraus ergibt sich, daß namentlich die seit 1850 gegründeten schwerindustriellen Großunternehmen bzw. Aktiengesellschaften in der Hauptsache auf zugewanderte Arbeiter angewiesen waren. Die Zahl von 3 981 Arbeiter verteilt sich laut Denkschrift auf die verschiedenen Unternehmen wie folgt:

Beschäftigte bei der Köln-Mindener Eisenbahn:

484	in der Maschinen-Werkstatt
240	in der Werkstatt für den Rheinbrücken-Oberbau
303	in der Wagen-Verwaltung
14	im Hauptmagazin
220	unter dem Eisenbahn-Inspektor Stanz
1 261	insgesamt

Beschäftigte bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn:

164	
1 425	insgesamt bei den Eisenbahnen

Beschäftigte bei Bergbau- und Hütten-Aktiengesellschaften:

579	bei der Paulinenhütte
620	bei der Dortmunder-Hütte
56	bei der Zeche Tremonia
110	bei der Zeche Westphalia
56	bei der Zeche Neu-Düsseldorf
1 421	insgesamt

Beschäftigte bei größeren Privat-Unternehmungen:

44	bei der Karlshütte
55	in Harkorts-Fabrik
24	in der Holzschneidemühle von W. Brüggmann & Sohn
27	in der Papierfabrik von H. Brügmann
8	in der Fabrik des Aug. von Hoevel et Comp.
16	in Kapperts-Fabrik
121	in Overbecks Seifenfabrik
8	in Schneidewinds jetzt Quadbecks Steinfabrik
480	in der Zeche Friedrich Wilhelm
254	in der Zeche Am Schwaben
30	in der Kesselfabrik von Lejeune et Radoux
68	in der Koksbrennerei von Jul. Wieschahn
1 135	insgesamt

Mithin waren 35,5 Prozent aller Arbeiter bei den Eisenbahnen, 35,5 Prozent in Bergbau- und Hütten-Aktiengesellschaften und 29 Prozent in größeren Privat-Unternehmungen beschäftigt. Da noch berücksichtigt werden muß, daß auch in Dortmund eine "stetige Vermehrung der Handwerker, insbesondere aller Bauhandwerker infolge der zahlreichen Neubauten" zu verzeichnen war, wird in der Denkschrift angenommen, daß die Zunahme der Bevöl-

kerung in den oben genannten Orten zu 75 Prozent der Arbeiterkonzentration in den größeren industriellen Unternehmungen zu verdanken ist. Das gilt auch namentlich für Bochum. Die Zahl der bei den zehn größten industriellen Unternehmungen in Bochum 1858 beschäftigten vornehmlich zugewanderten Arbeiter betrug 2 510, von denen 30,25 Prozent auf die Aktien-Gesellschaften fallen. Diese Zahl verteilt sich auf die verschiedenen Unternehmungen wie folgt:

Beschäftigte in den Aktien-Gesellschaften:

400 bei dem Bochumer Verein für Gußstahl-Fabrikation
300 bei der Zeche Carolinenglück
60 bei der Zeche Prinz von Preußen
760 insgesamt

Beschäftigte bei größeren Privat-Unternehmen:

900 bei der einer Kommanditgesellschaft gehörigen Zeche Präsident
370 bei der Zeche Hannibal
300 bei der Zeche Constantin
60 bei der Eisengießerei von Korte et Comp.
75 bei der Koksbrennerei von Ostermann et Comp.
28 bei der Dampfkesselfabrik von Moll et Comp.
17 bei der Drahtzieherei von Vernemenn
1750 insgesamt

In Aplerbeck, das sich schnell von einem Dorf zur Industriegemeinde entwickelte, waren 1858 beschäftigt:

98 Arbeiter bei dem Aplerbecker Aktien-Verein für Bergbau
173 Arbeiter bei der Eisenhütte Blücher, die ebenfalls einer Aktiengesellschaft gehörte.
271 Arbeiter

Dazu kam auch eine größere Zahl von Arbeitern auf den privaten Zechen Schürbank, Charlottenburg, Freier Vogel und Unverhofft. In den Gemeinden Schüren und Berghofen hatten sich auch zugewanderte Arbeiter angesiedelt, die im benachbarten Hörde beim Hörder Bergwerks- und Hütten-Verein arbeiteten.[117]

Den Anteil, den allein die Aktiengesellschaften an der Heranziehung und Anhäufung der Arbeiter bzw. der Zunahme der Bevölkerung hatten, wird für Dortmund mit zirka 42 Prozent einschließlich der Eisenbahnen und für Bochum und Aplerbeck mit 26,25 Prozent angegeben.

Die Denkschrift beabsichtigte in erster Linie, den engen Zusammenhang zwischen den neuen, seit 1845 bzw. 1850 gegründeten industriellen Unternehmungen und den Zuwanderungen bzw. der schnellen Bevölkerungszunahme nachzuweisen. Daher ließ sie alles unberücksichtigt, was die übrige Gewerbe- und Handelstätigkeit in den genannten Orten anbetrifft. Auf diese Weise werden die Relationen deutlich sichtbar, die dem schnellen Wachstum der westfälischen Industrie- und Arbeiterstädte zugrunde lagen und ihre soziale Struktur von Anfang an bestimmten. Im Regierungsbezirk Arnsberg betrug der Wanderungsüberschuß, der ausschließlich dem Wachstum der Industriestädte zugute kam, von 1853 bis 1858 insgesamt

117 DZA Merseburg, Rep. 76 III Sekt. I Abt. XIV, vol. 2, betr. die Überwachung der jährlich, besonders in den Sommermonaten sich aus ihrer Heimat entfernenden, bei Eisenbahnen und anderen großartigen Bauten und Anlagen Beschäftigung suchenden Arbeiter, sowie insbesondere deren Beaufsichtigung rücksichtlich ihres sittlichen, religiösen und kirchlichen Lebens, fol. 102 - 129.

25 374 Personen. Der Regierungsbezirk Düsseldorf hatte in diesem Zeitraum einen Wanderungsüberschuß von 33 648 Personen zu verzeichnen und übertraf damit alle Regierungsbezirke und selbst die Stadt Berlin, die in diesen Jahren einen Wanderungsüberschuß von 33 007 Personen hatte. Einen Teil ihres Wanderungsüberschusses verdankten die Regierungsbezirke Arnsberg und Düsseldorf den Wanderungsverlusten der Regierungsbezirke Münster und Minden von 6 348 respektive 38 551 Personen im gleichen Zeitraum. Die starke industrielle Entwicklung in den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf darf als Ursache dafür angesehen werden, daß der benachbarte Regierungsbezirk Minden, ein Bauern- und Weberbezirk, den größten Wanderungsverlust unter allen preußischen Regierungsbezirken in diesen Jahren aufzuweisen hatte.[118] Der Bevölkerungszuwachs in den hochindustriellen Kreisen Bochum, Dortmund, Hagen und Iserlohn des Regierungsbezirks Arnsberg betrug von 1849 bis 1867 insgesamt 71,35 Prozent, das heißt jährlich 3,96 Prozent. Im gleichen Zeitraum wuchs die Bevölkerung im Regierungsbezirk Minden nur um 2,48 Prozent, das heißt um 0,14 Prozent jährlich.[119]

Von den fünfziger Jahren an waren die im Zentrum der Berg- und Hüttenindustrie gelegenen westfälischen Städte die wichtigsten Migrationsschwerpunkte in Deutschland. Die Arbeiterwanderungen erreichten einen Höhepunkt und verursachten im Verlauf von knapp 50 Jahren in einer Anzahl Industrie- und Arbeiterstädte einen Bevölkerungszuwachs von 600 - fast 1 000 Prozent.

Bevölkerungszuwachs der westfälischen Städte[120]

Stadt/Gemeinde	Fläche in ha	1818	1858	1867	Wachstum 1818 - 1867 in %
Stadt Hamm	2 260	4 688	10 022	16 021	242
Stadt Dortmund	2 776	4 280	22 099	33 453	682
Stadt Hörde	311	1 136	6 868	9 738	757
Gemeinde Aplerbeck	1 034	562		3 276	483
Berghofen	523	360		2 581	617
Schüren	335	240		2 115	781
Stadt Bochum	622	2 107	8 797	15 000	612
Stadt Witten	879	1 610		12 313	665
Gelsenkirchen	263	505		5 030	896
Schalke	351	198		2 058	939
Hattingen	529	2 561	4 924	5 450	113

Die Eisenbahnen, die schon in den vierziger Jahren erheblich zum Wachstum der Städte beigetragen hatten, blieben auch weiterhin für die Migrationen ein wichtiger Faktor, der um so höher einzuschätzen ist, als das Tempo des Baues weiterer Bahnstrecken noch zunahm. Vor allen Dingen spielte der Bau von Eisenbahnen in den bisher vernachlässigten Agrargebieten im Formierungsprozeß der Arbeiterklasse eine große Rolle, da auf diese Weise in zunehmendem Maße Landarbeiter veranlaßt wurden, ihre Landgemeinden zu verlassen und die günstigeren besser bezahlten Existenzmöglichkeiten bei den Eisenbahnen wahrzunehmen. Als der Bau der Eisenbahn von Dresden nach Tharandt im Sommer 1853 beginnen sollte, richte-

118 Markow, Alexis, a. a. O., Tabelle S. 215 - 217.
119 Ebenda, S. 24 f.
120 Vgl. Knirim, Ewald, Die Verschiebungen der Volksdichte im engeren westfälischen Ruhrgebiet von 1818 bis 1925 und ihre geographischen Grundlagen, phil. Diss. Münster 1930, S. 28 f., Tabelle S. 56 f.; vgl. Florschütz, Albert, Die politischen und sozialen Zustände der Provinz Westfalen während der Jahre 1848 - 1858, Elberfeld 1861, S. 62.

ten 29 Gutsbesitzer am 22. August 1853 eine Eingabe an den sächsischen Innenminister, in welcher sie darauf aufmerksam machten, daß schon früher "viele männliche Dienstboten, welche als Knechte oder unter einem anderen Namen bei der Landwirtschaft dienten, Ursache suchten, aus den Diensten zu entkommen und Arbeit bei der Eisenbahn zu nehmen" und nunmehr zu erwarten sei, "daß die Landwirte in der Umgegend der vorgenannte Nachteil noch stärker trifft, da überhaupt die dienende Klasse von Jahr zu Jahr sich vermindert und die Arbeitskräfte immer weniger werden."[121] Die Mobilität erfaßte immer größere Kreise. Der Eisenbahnbau lockte beträchtliche Arbeitskraftreserven aus der Landwirtschaft heran; immer breitere Schichten der Landbevölkerung wurden in den Prozeß der gesellschaftlichen Umschichtung einbezogen. In einem Bericht des Konsistoriums der damaligen Provinz Posen vom 14. Juni 1854 wird darüber geklagt, daß von den 755 Erdarbeitern auf der im Bau befindlichen Eisenbahn von Posen nach Breslau selbst jene, die "in der Nähe der in Angriff genommenen Bahnstrecken zu Hause" sind, sonntags nicht ihre Heimatgemeinde "und ihre Kirche" (!) aufsuchen und in Anbetracht der Tatsache, daß auf diesen Strecken in nächster Zeit weitere 800 bis 900 Arbeiter benötigt würden, die Gefahr einer Entfremdung der Arbeiter von ihrer Heimatgemeinde "und ihrer Kirche" (!) nicht unterschätzt werden dürfe.[122] Doch die Lockerung der alten sozialen Beziehungen förderte die Entwicklung neuer Beziehungen und Bindungen im Formierungsprozeß der Arbeiterklasse.

Von 1858 an wurden erhebliche Arbeitermassen auf den Baustellen der Eisenbahnstrecken in der Provinz Ostpreußen konzentriert. Im Bericht an den preußischen Innenminister vom 3. Juni 1859 wird darauf hingewiesen, daß im Königsberger Landkreis auf zirka 4 Meilen Eisenbahnstrecke über 400 Eisenbahnarbeiter kommen. Weiter heißt es: "Im Wehlauer Kreis werden an der Eisenbahnstrecke gegenwärtig beschäftigt:

621 Erdarbeiter in 13 Schachten
171 Maurergesellen
49 Maurerlehrlinge
163 Handlanger
80 Arbeiter beim Bahnhof Wehlau
1084 Arbeiter".

Dazu wird festgestellt, daß es sich um "überwiegend fremde Eisenbahnarbeiter" handelt, die polizeilich beaufsichtigt werden müßten. Als im April 1864 der Bau der Ostpreußischen Südbahn begann, die sofort etwa 2 000 Arbeiter für die verschiedenen Baustellen benötigte, erklärte die Regierung zu Königsberg in einem Bericht an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe in Berlin am 24. April 1864: "Die dazu herangezogene bedeutende Anzahl Arbeiter besteht erfahrungsgemäß zum größten Teil aus Vagabonden". Der Bericht vom 28. Oktober 1864, der den Bau der Südbahn im Rastenburger Kreis betraf, bestätigte, daß "eine große Anzahl Arbeiter zusammengezogen" wurde, die "wie immer aus den verschiedenartigsten Subjekten bestehe."[123]

Auch aus der Provinz Pommern liegen Berichte über die "unruhigen" Eisenbahnarbeiter in den Jahren 1857 bis 1868 vor. Im Bericht vom 31. Juli 1861 über den Beginn der Arbeit an der Vorpommerschen Eisenbahn ist von einem "Zuströmen einer großen Menge von Arbeitern" die Rede, und im Bericht vom 20. Dezember 1861 heißt es: "Auf der Strecke von der Pommernsdorfer Anlage nach Lockwitz arbeiten gegenwärtig über 1 300 Arbeiter aus der

121 Staatsarchiv Dresden, Kreishauptmannschaft Dresden Nr. 1060, fol. 69 f.
122 DZA Merseburg, Rep. 76 III Sekt. I Abt. XIV, vol. 2, fol. 32 f.
123 Ebenda, Rep. 77, Tit. 245, Nr. 6, betr. die polizeiliche Beaufsichtigung der Arbeiter bei den Bauten der Eisenbahnen in der Provinz Preußen 1858 - 1869, fol. 36, 55 f., 68, 73, 102.

untersten Klasse der Bevölkerung." Später wird von über 2 000 Arbeitern auf zirka 8 Meilen Baustrecke im Kreise Cöslin berichtet.[124]

Auf den Baustellen der Schlesischen Gebirgsbahn waren einer Meldung aus Görlitz zufolge

1863	3 015	Arbeiter
1864	4 900	"
1865	3 000	"
1866	1 806	" beschäftigt.

In Westfalen war es die Eisenbahn von Altenbeken nach Holzminden, die 1861 bis 1863 zahlreiche Arbeiter anlockte[125], und zwar

1. Quartal	1863	2 024 Mann
2. "	1863	2 780 "
3. "	1863	3 159 "
4. "	1863	3 390 "

Beim Bau der Rhein-Nahe-Eisenbahn (Neunkirchen-Bingerbrück), der im Frühjahr 1857 begann, waren an den verschiedensten Punkten insgesamt 8 000 bis 10 000 Arbeiter beschäftigt. Der Landrat des Kreises Trier schrieb am 17. Mai 1859 an den Regierungspräsidenten: "Seitdem diese Bahn in Angriff genommen wurde, hat man kaum noch Bettler gesehen."[126]

Die Diffamierung der an den Wanderungen Beteiligten als "Vagabunden und Bettler" vermochte nichts an der Tatsache zu ändern, daß die Wanderungsprozesse zur wirtschaftlichen und sozialen Konsolidierung neuer gesellschaftlicher Beziehungen und Verhältnisse beitrugen.

Die Tatsache, daß sich das Eisenbahnnetz in den Staaten des Deutschen Bundes (außer Österreich) von 6 648,6 Kilometer im Jahre 1852 auf 12 149,5 Kilometer (Preußen allein 5 586 Kilometer) im Jahre 1862 und auf 15 793,2 Kilometer (Preußen allein 7 117 Kilometer) im Jahre 1867 verlängerte, erklärt zur Genüge den außerordentlichen Bedarf an Eisenbahnarbeitern in den fünfziger und sechziger Jahren, so daß es dringend notwendig war, neben Landarbeitern auch Personen heranzuziehen, die sich bisher als Obdachlose auf den Landstraßen durch Vagabundieren bzw. Betteln usw. ernährt hatten.[127] Die arbeitslosen Spinner, Weber und andere Handwerker sowie zahlreiche Tagelöhner der vierziger Jahre waren inzwischen von den neuen industriellen Unternehmungen erfaßt worden. Anfang 1868 veranlaßte ein starker Arbeitermangel in verschiedenen Berg- und Hüttendistrikten die Oberbergämter, Landarbeiter aus Ostpreußen für ihre Gruben anzuwerben. Das Oberbergamt Halle teilte am 10. Januar 1868 dem Ministerium für Handel und Gewerbe in Berlin mit, daß auf den Gruben ostpreußische Landarbeiter untergebracht werden könnten. Am 24. Januar 1868 trafen 275 ostpreußische Landarbeiter mit einem Extrazug im Oberbergamt Breslau (Wrocław) ein und wurden auf die verschiedenen Gruben verteilt. Nach einem Bericht an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe waren bis zum 4. Februar 1868 insgesamt 449 ost-

124 Ebenda, Rep. 77, Tit. 245, Nr. 8, betr. die polizeiliche Beaufsichtigung der Arbeiter bei den Bauten der Eisenbahnen in der Provinz Pommern, vol. 1, 1857 - 1876, fol. 72, 100, 125.

125 Ebenda, Rep. 169 C 19 vol. 2 Adhib. I b, fol. 106, 278.

126 Staatsarchiv Koblenz, Abt. 442 Nr. 6250, desgl. Hoppstädter, Kurt, Die Entstehung der saarländischen Eisenbahnen, Saarbrücken 1961, S. 68 = Veröffentlichungen des Instituts für Landeskunde des Saarlandes, Nr. 2.

127 Die historische Entwicklung des Deutschen und Deutsch-Österreichischen Eisenbahn-Netzes vom Jahre 1838 bis 1881, a. a. O., S. 171 - 173.

preußische Landarbeiter im Oberbergamt Breslau eingetroffen und auf vier verschiedene Werke verteilt worden. Im März fanden Verhandlungen wegen Übersiedlung der Familien statt.[128]

Ein ständig steigender Arbeiterbedarf lag aber vor allem im Oberbergamt Dortmund vor, der ebenfalls nur durch Anwerbung von Landarbeitern aus den östlichen Provinzen gedeckt werden konnte. Während auf den Gruben des Oberbergamtes 1850 nur 12 741 Arbeiter beschäftigt waren, stieg ihre Zahl bis 1868 auf 50 871.[129]

Aus alledem ergibt sich eindeutig, daß die Migrationen, die nach der Gründung des Deutschen Bundes 1815 ständig zunahmen, im gesellschaftlichen Umschichtungsprozeß eine große Rolle spielten. Die Mobilität der sogenannten unteren Schichten der Bevölkerung, der Arbeiter, zeigte sich als ein wichtiger Faktor der wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Entwicklung. Die Arbeiterwanderungen haben in erster Linie ihren Niederschlag in den Städten gefunden; sie haben erheblich die Bedeutung der Städte als entscheidende Zentren der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung erhöht. Im Ergebnis der Arbeiterwanderungen entstanden Ballungszentren an den Schwerpunkten des Verkehrs und der industriellen Entwicklung. In der Entwicklung der Städte bzw. der Ballungszentren widerspiegelt sich der gesellschaftliche Umschichtungsprozeß, widerspiegeln sich die engen Beziehungen zwischen der Migration und dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Die Wanderungsvorgänge, die zur Anhäufung von Arbeitern verschiedener Herkunft und Berufe bzw. zur Arbeiterkonzentration in den Städten und industriellen Ballungszentren führten, haben einen nachhaltigen Einfluß auf den Formierungsprozeß der Arbeiterklasse ausgeübt. So ergibt sich aus den vorliegenden statistischen Ermittlungen über die Einwohner einiger Städte (siehe Tabelle 6), daß ein hoher Prozentsatz der Zugezogenen aus den nahegelegenen Bezirken bzw. Provinzen kam. Die verarmte Bevölkerung des umliegenden Landes, die Tagelöhner, Knechte, Bauern und andere, die durch Mißernten oder Zersplitterung und Verkleinerung der Höfe kaum in der Lage waren, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sahen sich veranlaßt, in den Städten neue Existenzmöglichkeiten zu suchen. Sie bildeten mit den aus der Ferne Zuwandernden den Kern der sich formierenden Arbeiterklasse. Die Mobilität war also ein wichtiger Faktor im Prozeß der Strukturwandlungen und der Formierung der Arbeiterklasse.

128 DZA Merseburg, Rep. 121, Abt. A, Tit. 1, Sect. 6, Nr. 105, vol. 1, betr. die aus Anlaß des Notstandes erfolgte Beschäftigung ostpreußischer Arbeiter auf Berg- und Hüttenwerken, 1868, fol. 46, 58, 101, 151.

129 Reuss, M., Mittheilungen aus der Geschichte des Königl. Oberbergamtes zu Dortmund und des Niederrheinischen-Westfälischen Bergbaues, Berlin 1892, S. 78 f.

Tabelle 1

Übersicht über Zu- und Abwanderungen im Regierungsbezirk Düsseldorf 1828

Kreis	Knaben und Junggesellen	Männer und Witwer	Mädchen und Jungfrauen	Frauen und Witwen
Zuwanderungen				
Düsseldorf	1 268	204	706	183
Elberfeld	3 827	317	595	286
Solingen	383	135	262	109
Lennep	1 230	202	457	183
Duisburg	385	273	425	200
Rees	188	98	212	82
Neuß	774	63	581	64
Grevenbroich	339	89	273	83
Gladbach	608	69	342	58
Krefeld	1 240	123	540	104
Krempen	437	110	339	94
Geldern	746	214	704	181
Kleve	675	263	495	189
	12 100	2 160	5 931	1 816
Abwanderungen				
Düsseldorf	1 083	191	607	168
Elberfeld	3 093	224	522	183
Solingen	253	94	177	77
Lennep	1 109	182	362	163
Duisburg	476	221	374	133
Rees	203	74	162	41
Neuß	785	38	577	39
Grevenbroich	404	61	352	59
Gladbach	615	67	352	51
Krefeld	1 162	97	535	76
Kempen	333	87	288	71
Geldern	684	172	608	155
Kleve	604	153	439	121
	10 804	1 661	5 355	1 337

Zuwanderungen:
männlichen Geschlechts: 14 260
weiblichen Geschlechts: 7 747
22 007

Abwanderungen:
männlichen Geschlechts: 12 465
weiblichen Geschlechts: 6 692
19 157

Wanderungsüberschuß: 2 850

Quelle:
Deutsches Zentralarchiv, Historische Abt. II, Merseburg, A.A.III. Rep. 1, Nr. 40, fol. 15f.

Tabelle 2

Länge der Eisenbahnlinien in den Staaten des Deutschen Bundes außer Österreich (in km)

Jahr	1839	1840	1846	1847	1848	1852
Preußen	69,3	132,9	1 746,4	2150,7	2431,2	3176,1
Hessische und Nassauische Staaten	14,8	43,3	95,9	113,0	223,8	471,2
Bayern	30,9	67,9	242,4	341,2	459,2	711,2
Sächsische Staaten	115,1	126,9	337,7	443,8	539,1	663,1
Anhalt		44,2	91,9	91,9	91,9	91,9
Baden		18,5	257,9	293,9	309,0	315,0
Württemberg			37,1	93,1	122,3	250,1
Braunschweig	11,8	25,3	82,8	82,8	82,8	82,8
Hannover		3,0	111,2	357,6	357,6	357,6
Schleswig-Holstein			189,5	191,0	191,0	240,9
Mecklenburg			81,4	109,7	141,8	226,8
Hamburg			17,1	17,1	17,1	17,1
Bremen				6,4	6,4	6,4
Lübeck						9,6
Schaumburg-Lippe-Reuß				24,7	28,8	28,8
insgesamt:	241,9	462,0	3 291,3	4 316,9	5 002,0	6 648,6

Quelle:
Die historische Entwicklung des Deutschen und Deutsch-Österreichischen Eisenbahn-Netzes vom Jahre 1838 bis 1881, hg. v. Königlich Preußischen Statistischen Bureau, Berlin 1883, S. 171 - 173 = XII. Ergänzungsheft zur Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureau's.

Tabelle 3

Zahl der Arbeiter auf den Eisenbahnbaustellen in den Jahren 1841 bis 1848

Strecke bzw. Baustellen	Zeit	Zahl der Arbeiter	darunter "Ausländer"
Altona-Kieler Eisenbahn[+]			
8 Baustellen	Juni 1843	4 428	1 234
"	August 1843	3 871	1 578
Sächsisch-Bayerische Eisenbahn			
Leipzig-Altenburg[++]	November	2 701	964
7 Sektionen	1841	(1731 Königreich Sachsen	
44,5 km		u. Sachs.-Altenburg)	
Paditz-Zwickau[+++]	Oktober -	2 675	269
5 Sektionen	Dezember	(aus d. Kgr. Sachsen	
39,5 km	1843	642 Erzgebirgler	
		284 Vogtländer	
		782 übrige Sachsen	
		698 Sachsen-Altenburg)	
Paditz-Zwickau[x]	April - Mai	4 717	
s. o.	1844	(nicht aufgeteilt, doch Zusammensetzung wie 1843 wahrscheinlich)	
Leipzig-Zwickau[xx]	Oktober 1843	2 702	259
89,2 km	November 1843	2 742	267
	Dezember 1843	2 671	281
	Januar 1844	2 918	305
	Februar 1844	3 018	459
	März 1844	3 181	338
	April 1844	4 343	564
	Mai 1844	4 649	676
	Juni 1844	5 212	583
	Juli 1844	4 902	617
	August 1844	4 631	591
	September 1844	3 699	652
	Oktober 1844	3 233	627
	November 1844	2 766	451
	Dezember 1844	1 072	131
	Januar 1845	663	54
	Februar 1845	316	57
	März 1845	641	138
	April 1845	4 011	977
	Mai 1845	5 425	1 110
	Juni 1845	6 362	2 292
	Juli 1845	6 572	1 617
	August 1845	6 856	1 426
	September 1845	5 878	1 451
	Oktober 1845	5 038	1 062

Strecke bzw. Baustellen	Zeit	Zahl der Arbeiter	darunter "Ausländer"
	November 1845	5 045	830
	Dezember 1845	2 528	396
	Januar 1846	3 187	519
	Februar 1846	3 884	625
	März 1846	7 337	1 342
	April 1846	9 422	2 066
	Mai 1846	9 789	2 277
Sächsisch-Schlesische Eisenbahn			
Dresden-Bautzen-Görlitz[xxx]	September 1844	6 522	562
	Oktober 1844	8 826	792
106 km	November 1844	10 121	1 014
	Dezember 1844	5 431	352
	Januar 1845	4 770	214
	Februar 1845	4 175	222
	März 1845	2 170	115
	April 1845	9 168	500
	Mai 1845	9 637	1 250
	Juni 1845	10 938	617
	Juli 1845	9 811	643
	August 1845	9 453	525
	September 1845	7 705	500
	Oktober 1845	6 702	530
	November 1845	8 112	1 151
	Dezember 1845	6 736	1 244

Unter der Arbeiterzahl sind Maurer, Zimmerleute, Tagelöhner usw. begriffen.

Chemnitz-Riesaer Eisenbahn[o]

Länge insgesamt 66 km			
2 Baustellen	September 1845	3 216	344
	Oktober 1845	3 241	350
4 Baustellen	November 1845	3 746	283
	Dezember 1845	1 845	174
9 Baustellen	Januar 1846	1 898	124
	Februar 1846	2 173	195
	März 1846	6 127	722
	April 1846	8 790	1 238
	Mai 1846	9 604	1 365
	Juni 1846	9 447	1 254
	Juli 1846	8 748	1 215
	August 1846	9 355	1 316
	September 1846	9 196	1 355
	Oktober 1846	7 875	1 032
	November 1846	6 188	676
	Dezember 1846	3 588	327

Strecke bzw. Baustellen	Zeit	Zahl der Arbeiter	darunter "Ausländer"
	Januar 1847	2 240	231
	Februar 1847	2 020	244
	März 1847	3 079	427
	April 1847	5 874	792
7 Baustellen	Mai 1847	7 421	755
	Juni 1847	7 347	859
	Juli 1847	6 700	873
	August 1847	7 072	663
	September 1847	7 170	867
	Oktober 1847	6 987	844
	November 1847	7 129	905
	Dezember 1847	5 238	759
	Januar 1848	4 573	920
6 Baustellen	Februar 1848	6 035	1 131
4 Baustellen	März 1848	2 270	218
	April 1848	1 074	8
	Mai 1848	1 878	7
	Juni 1848	1 777	6
3 Baustellen	Juli 1848	1 560	4
	August 1848	913	3
	September 1848	337	3

+ Eisenbahn-Zeitung, Braunschweig, Nr. 4, 23. 7. 1843, S. 29; ebenda, Nr. 15, 8. 10. 1843, S. 120; Allgemeines Organ für Handel und Gewerbe, Köln, Nr. 37, 10. 10. 1843, S. 578.

++ Reden, Freiherr Friedrich Wilhelm v., Die Eisenbahnen Deutschlands. Statistisch-geschichtliche Darstellung ihrer Entstehung, ihres Verhältnisses zu der Staatsgewalt, sowie ihrer Verwaltungs- und Betriebs-Einrichtungen, Zweiter Abschnitt, Dritte Lieferung, Berlin/Posen/Bromberg 1845, S. 1540; Vaterländischer Geschichts- und Hauskalender, Altenburg 1842.

+++ Eisenbahn-Zeitung, Nr. 5, 4. 2. 1844, S. 40.

x Ebenda, Nr. 32, 11. 8. 1844, S. 255.

xx Reden, Freiherr Friedrich Wilhelm v., a. a. O., S. 1540; ebenda, Drittes Supplement, Berlin/Posen/Bromberg 1846, S. 184.

xxx Ebenda, S. 250.

o Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 108 a, Baurapporte der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn, fol. 9 - 322.

Tabelle 4

Zahl der Arbeiter auf den Eisenbahnbaustellen in den Jahren 1848 bis 1853

I. Westfälische Eisenbahn (Paderborn-Hamm bis zur Kurhessischen Grenze)+

Mai	1849	zwischen Warburg und Kurhessische Grenze 1 500 Arbeiter
	1851	durchschnittlich 7 500 "
	1852	die Durchschnittszahl der Arbeiter, Erdarbeiter, Maurer, Zimmerleute, Steinbrecher, Fuhrleute usw. wechselte im Laufe des Jahres zwischen 8 000 und 12 000 Mann
bis November	1853	"Zur Zeit des lebendigsten Arbeitsbetriebes belief sich die Zahl der beim Bau der Gebirgsabteilung (Warburg-Kurhessische Grenze) beschäftigten Arbeiter, einschließlich Maurer, Zimmerleute usw. zwischen 10 000 und 15 000 Mann."

II. Saarbrücker Eisenbahn++

Baubeginn März	1848,	anfangs 600 Arbeiter, darunter 450 Bergleute, im Laufe des Jahres erhöhte sich die Arbeiterzahl auf 1 500, darunter 300 aus Hüttenwerken, Glashütten und anderen Fabriken. Laut Bericht des Landrates vom 21. Dezember 1848 mußten "viele Bedürftige aus der Umgebung von Tholey und Merzig wegen des mehr denn hinreichenden Zudrangs von Tagelöhnern aus den Kreisen Ottweiler, Saarlouis und Saarbrükken zugewiesen werden."

III. Ostbahn (Berlin über Bromberg nach Königsberg)+++

26. Juni	1848	erster Transport von 203 Arbeitern aus Berlin zur Ostbahn-Baustelle Dragebusch.
14. Juli	1848	etwa 900 Berliner Arbeiter auf 6 Arbeitsstellen der Ostbahn, 250 wohnen in Schönlanke.
1850	u.a.	Strom- und Deichbauten an der Weichsel. Im Laufe des Jahres betrug die Zahl der Arbeiter vor der Ernte durchschnittlich 5 300, während der Ernte 3 400.
1851		Die Zahl der beim Bau beschäftigten Arbeiter war im Sommer bis auf 13 471 Mann gestiegen; bei den Brückenbauten waren unmittelbar durchschnittlich 1 640 Arbeiter in Tätigkeit.
1852		Die Zahl der auf allen Baulinien gleichzeitig beschäftigten Arbeiter stieg während des Sommers bis auf 12 967 Mann.

Quellen:

+ Deutsches Zentralarchiv, Historische Abt. II (im folgenden: DZA), Merseburg 2.2.1. Nr. 16 657 (unfoliiert), Zeitungsbericht der Regierung zu Minden für die Monate April/Mai 1849; ebenda, Rep. 169 C 19, Adhib. Ia, vol. 1, betr. die von dem Königlichen Handelsministerium über den Fortgang des Baues der Ostbahn, der Westfälischen und der Saarbrücker Eisenbahn erstatteten Berichts vom 10. April 1851 - 13. April 1861, fol. 32, 78, 112.

++ Hoppstädter, Kurt, Die Entstehung der saarländischen Eisenbahnen, Saarbrücken 1961, S. 89 = Veröffentlichungen des Instituts für Landeskunde des Saarlandes, Nr. 2.

+++ DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 240, Nr. 23 betr. die Entfernung unbeschäftigter Handwerker und Tagelöhner aus Berlin und deren Unterbringung bei öffentlichen Arbeiten in den Provinzen 1848/49, fol. 4 - 11; ebenda, Rep. 169 C 19, Adhib. Ia, vol. 1, fol. 2, 32, 65.

Tabelle 6

Statistische Ermittlungen über die Einwohner einiger Städte

Stadt Dortmund - Einwanderung in den Jahren 1865, und 1868 bis 1870

aus Rheinland und Westfalen:		13 413
aus anderen preußischen Provinzen:		
Ost- und Westpreußen	187	
Schlesien	547	
Pommern	138	
Posen	68	
Brandenburg	302	
Sachsen	548	
Schleswig-Holstein	104	
Hannover	504	2 398
aus anderen deutschen Staaten:		
Hessische u. nassauische Staaten	1 954	
Königreich Bayern	169	
Königreich Sachsen	266	
Württemberg	69	
Baden	50	
7 sächsische u. thüringische Kleinstaaten	371	
Mecklenburg	75	
Oldenburg	26	
Braunschweig	63	
Lippe und Waldeck	604	
Hansestädte Hamburg, Bremen, Lübeck	61	3 708
aus ausländischen Staaten:		
Holland	713	
Belgien	45	
Luxemburg	9	
Österreich	99	
verschiedene andere ausländ. Staaten	106	972
	insgesamt:	20 491

Quelle:
Degen, Kurt, Die Herkunft der Arbeiter in den Industrien Rheinland-Westfalens bis zur Gründerzeit, Phil. Diss. Bonn 1916, zit. nach Sonderabdruck aus Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift "Glückauf", Nr. 44 - 45/1915, S. 34

Stadt München

Von den am 1. Dezember 1871 in der Stadt ansässigen Einwohnern waren geboren in:

der Gemeinde München selbst			72 109	42,5 %
in den übrigen Verwaltungsdistrikten Bayerns				
Oberbayern	29 278	17,3 %		
Niederbayern	14 065	8,3 %		
Oberpfalz	13 194	7,8 %		
Pfalz	1 835	1,1 %		
Schwaben	12 909	7,6 %		
Franken	14 542	8,47 %	85 823	50,57 %
in anderen deutschen Staaten			6 838	4,0 %
dav. 2 196 in Württemberg				
und 2 133 in Preußen				
in ausländischen Staaten			4 877	2,9 %
dav. 3 031 in Österreich-Ungarn				
499 in der Schweiz				
279 in Rußland				
218 in Nordamerika				
Geburtsort unbekannt			46	0,03 %
		insgesamt:	169 693	100 %

Quelle:
Die Bayerische Bevölkerung nach der Gebürtigkeit, bearb. v. Georg Mayr, München 1876, S. 5 - 7 = Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, hg. v. Kgl. Statistischen Bureau, H. 32.

Stadtstaat Hamburg

Im Stadtstaate Hamburg waren von der 1871 gezählten Bevölkerung von 338 974 Personen 59 % in Hamburg selbst geboren, in anderen deutschen Staaten dagegen 130 195 - 38,3 %. Von diesen 130 195 Personen kamen 92 648 - 27,3 % der Gesamtbevölkerung aus Preußen, also nur 11 % aus den übrigen deutschen Staaten. Von den in Preußen geborenen Personen stammten 43 524 - 47 % aus dem nahe gelegenen Schleswig-Holstein und 30 945 - 33,4 % aus dem nahe gelegenen von Preußen annektierten früheren Königreich Hannover, 3 835 - 4,1 % aus der Provinz Brandenburg, 5 534 - 7,1 % aus den östlichen Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern und Schlesien und 3 483 - 3,8 % aus der Provinz Sachsen.

Quelle:
Brämer, K., Heimatsinn und Wandertrieb der Bevölkerung des preußischen Staats, in: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus. Red. Ernst Engel, 13. Jg. 1873, S. 344.

Stadt Berlin

Von den im Dezember 1864 in der Stadt ansässigen Einwohnern waren geboren in

der Stadtgemeinde selbst		302 348	49,78 %
in den preußischen Provinzen			
Brandenburg	121 855		
Schlesien	43 040		
Sachsen	41 480		
Pommern	24 839		
Posen	15 167		
Ost- und Westpreuß.	14 993		
Rheinland	4 805		
Westfalen	3 294		
Jade-Gebiet	26		
insgesamt in Preußen		269 499	44,38 %
in den übrigen deutschen Staaten		31 205	5,14 %
in den ausländischen Staaten		4 257	0,70 %
	insgesamt:	607 309	100 %

Quelle:
Berliner Stadt- und Gemeinde-Kalender und Statistisches Jahrbuch für 1867, 1. Jg., S. 251.

Tabelle 5

Übersicht der im Jahre 1848 in den Ämtern des Herzogtums Nassau aufgenommenen und entlassenen Bürger

Amt	Aufgenommen aus der Gemeinde selbst	aus anderen Gemeinden des Herzogtums	in andere Gemeinden des Herzogtums	Entlassen in andere Gemeinden des Herzogtums	in andere Staaten	
Hachenburg mit 42 Gemeinden	109	109	23 dav. 10 aus deutschen Bundesstaaten	109	26	dav. 11 in andere deutsche Bundesstaaten und 7 nach Amerika
Rüdesheim mit 14 Gemeinden	206	51	14 dav. 12 aus anderen deutschen Staaten	30	15	dav. 10 in andere deutsche Bundesstaaten und 1 nach Algier
Limburg mit 18 Gemeinden	144	69	10 aus anderen deutschen Staaten	50	37	davon 9 in andere deutsche Bundesstaaten und 7 nach Amerika
Königstein mit 25 Gemeinden	132	61	20 aus anderen deutschen Staaten	14	18	dav. 17 in andere deutsche Bundesstaaten, 1 in and. europ. Staat.
Hoechst	122	49	21 dav. 10 aus anderen deutschen Staaten	9	36	dav. 19 in andere deutsche Bundesstaaten
Herborn mit 41 Gemeinden	128	70	2 aus deutschen Staaten	49	83	dav. 7 in andere deutsche Bundesstaaten, 75 nach Amerika
Wiesbaden mit 13 Gemeinden	66	30	10 dav. 9 aus deutschen Staaten	12	15	dav. 3 in andere deutsche Bundesstaaten, 11 nach Amerika
Stadtgemeinde Wiesbaden	63	55	27 aus Preußen, Bayern, Baden, Frankfurt/M., Gr. Hessen, Holstein	19	32	nach Preußen, Coburg, Sachsen, Gr. Hessen, Frankfurt/M., Hamburg, Belgien, Frankreich, Algier, Amerika

Quelle:
Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 211, Nr. 11 808, Übersichten über Rezeptionen, Demissionen, Ein- und Auswanderungen 1848/49

WIRTSCHAFTSHISTORISCHE UND AGRARÖKONOMISCHE PREISAUFGABEN DER DEUTSCHEN AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN IM 18. JAHRHUNDERT

Überblick und Tendenzen

von Hans-Heinrich Müller

0. Einleitung
1. Die Bedeutung der Preisaufgaben
2. Der pädagogische Wert ...
3. ... und ihre "Gemeinnützigkeit"
4. Die Göttinger Akademie an erster Stelle bei der Verkündigung ökonomischer Preisaufgaben
5. Wirtschaftshistorische Preisaufgaben
6. Auch die "großen Ökonomen" beteiligten sich am akademischen Wettkampf
7. Die landwirtschaftlichen Preisaufgaben der Preußischen Akademie ...
8. ... und ihr Widerhall in der Öffentlichkeit
9. Wer waren die Preisbewerber?

0. Einleitung

Die Akademiegeschichtsschreibung der Vergangenheit, nur allzusehr gewohnt, auf den Bahnen der bürgerlichen Ideengeschichte, Geistesgeschichte, Geschichte der Philosophie, Literatur und reinen Naturwissenschaft zu schreiten, hat ökonomischen Fragen kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Zwar hat sie es niemals unterlassen, Leibniz' geniale Konzeption der Vereinigung von "theoriam cum praxi" zu erwähnen, aber man nenne ein Werk, wo auch nur im entferntesten eine Einflußnahme der Akademien auf das wirtschaftliche Leben näher ausgeführt wird. Durchforschen wir Harnacks gewiß nicht schlechte Geschichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften oder auch die Darstellungen der außerpreußischen Akademien und die zahllosen akademischen Festreden, Jubiläumsschriften und so manche andere. Nirgendwo finden wir eine Schilderung ökonomischer Zustände, von Verbindungen der Akademien zum praktischen Leben, vom Wechselspiel zwischen Wissenschaft und Produktion. Sie erwecken vielfach den Eindruck, als hätten sich die in den Akademien verkörperte Wissenschaft und die Ökonomie im 18. Jahrhundert gegenseitig ausgeschlossen. Dabei haben sich diese "distinguierten Gesellschaften", die eine mehr, die andere weniger, recht vielfältig mit ökonomischen Aufgaben und Problemen befaßt. Die Preußische Akademie der Wissenschaften hat allein von ungefähr 2 000 Sitzungen, die sie in der Zeit von 1746 bis 1806 abgehalten hat, etwa 350 praktisch-ökonomischen Problemen gewidmet. Viele "erlauchte Geister"

sind in die "niedrigen Regionen" des alltäglichen Lebens hinabgestiegen und haben sich Fragen der unmittelbaren materiellen Produktion angenommen. Der Bau von Küchenöfen, die Herstellung von Bausteinen, die Einsparung von Holz, die Gewinnung von Steinkohlen, Salz und Glas, die Konstruierung von Maschinen, die Verarbeitung einheimischer landwirtschaftlicher Rohstoffe, die Verbesserung der Nahrungsmittel und die Gründung von "Fabriken und Manufakturen" hat sie ebenso beansprucht wie die Ausarbeitung einer Unmenge ökonomischer Gutachten zu eingereichten produktionstechnischen Erfindungen, Verbesserungen und Entwürfen. Auf den regelmäßigen Akademiesitzungen wurden von den Akademiemitgliedern zahlreiche Fragen und Probleme aus Landwirtschaft und Gewerbe beraten. In den Vorträgen, vorgelesenen Abhandlungen und Debatten beschäftigten sich die Mitglieder der experimentalphilosophischen Klasse zum Beispiel mit allgemeinen Fragen der landwirtschaftlichen Entwicklung, mit Kartoffelanbau und Züchtung neuer Sorten, neu herausgegebenen landwirtschaftlichen Büchern, Verschiedenheit der Bodenarten, "Pflug- und Zugmaschinen", Verbesserungen von Baumpflanzungen, Wiesen- und Kleekulturen, Beinverletzungen des Rindviehes, Mais- und Zuckerrübenanbau, "Aufklärung im Feldbau", Koppelwirtschaft, Abbau der Domänenämter und anderen Dingen.[1]

Die Akademien waren also durchaus nicht der ökonomischen und sozialen Wirklichkeit entrückt, bewegten sich nicht nur auf den der Allgemeinheit unerreichbaren Ebenen der "wahren Wissenschaft", wie eine idealisierende Wissenschaftsgeschichte gern bereit war anzunehmen, sondern ihr Handeln war auch davon geprägt, "praktisch werden zu können". Doch verkennen wir nicht: Auf dem Wege vom Wollen zur Verwirklichung lagen beträchtliche Schwierigkeiten, gesellschaftliche Barrieren, bürokratische Hindernisse und Bevormundungen. Eine Akademie in einer feudalen Gesellschaftsordnung des 18. Jahrhunderts war eben auch von all den der Gesellschaft innewohnenden Widersprüchen und gegensätzlichen Tendenzen beherrscht ...

Aber belassen wir es bei diesen wenigen Andeutungen. Wir können es um so mehr dabei bewenden lassen, weil Probleme der Ökonomie, der gewerblichen Entwicklung, der praxisverbundenen Tätigkeit der Akademie Gegenstand einer größeren Untersuchung sein werden.[2]

1. Die Bedeutung der Preisaufgaben

Wenn von Akademien im 18. Jahrhundert die Rede ist, so sind davon auch nicht die Preisaufgaben zu trennen. Eminent groß war ihre Bedeutung. Ein Akademiestatut ohne Verpflichtung, jährlich Preisaufgaben auszuschreiben, war undenkbar, das widersprach der Aufgabenstellung und den Grundsätzen einer wissenschaftlichen Akademie. An ihren Preisaufgaben konnte man die Stellung der Akademien erkennen, ließ sich ihr wissenschaftlicher Ruf ablesen. Sie waren gleichsam der Gradmesser wissenschaftlicher Einsicht, erreichter Erkenntnisstufen, bewegender Probleme. Preisaufgaben übernahmen in einem gewissen Sinne die Funktion einer Wissenschaftsorganisation, sie haben auch das wissenschaftliche Leben sowohl an der Akademie wie auch in der Öffentlichkeit nachhaltig beeinflußt. Mit ihnen stellten sich die wissenschaftlichen Akademien des 18. Jahrhunderts der gesamten gelehrten Welt.

1 Vgl. Archiv der Deutschen Akademie der Wissenschaften (im folgenden: AAW) zu Berlin, Registres de l'Académie, Bd. 1 u. 2.

2 Vgl. Eichler, Helga, Die Bedeutung der Berliner Akademie der Wissenschaften für die Gewerbeentwicklung in Preußen 1740 - 1812 (Arbeitstitel und Konzeption); zu den landwirtschaftlichen Preisaufgaben vgl. Müller, Hans-Heinrich, Zu Problemen der Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft des 18. Jahrhunderts und ihre Widerspiegelung in den Preisschriften der Preußischen Akademie der Wissenschaften, ökonom. Habil.-Schr. Berlin 1970.

Die Preisaufgaben "bildeten ein wichtiges Kriterium für die wissenschaftliche Bedeutung der Akademie und für den Widerhall, den sie in der Öffentlichkeit gefunden hatten".[3]

Der Widerhall war um so größer und um so nachhaltiger - die wissenschaftliche Journalistik jener Zeit hat es immer wieder bewiesen -, wenn die Akademien die richtigen, die drängendsten, die aus der Entwicklung der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Entwicklung sich notwendigerweise ergebenden Fragestellungen, die den Standpunkt der Wissenschaft bezeichneten, herausgearbeitet hatten. Dabei wurde auch schon die höchst bemerkenswerte Erkenntnis gewonnen, "daß die Freiheit der Wissenschaft nicht eine Freiheit zur beliebigen Fragestellung meinen kann, sondern daß es darauf" ankam, "den Weg der wissenschaftlichen Entscheidung freizulegen".[4] Es ist offenkundig, daß die Ausarbeitung aktueller und richtungsweisender Fragestellungen nur von einem Gremium sach- und fachkundiger Wissenschaftler, wie sie in der Akademie vereinigt waren, geschehen und erfolgversprechend sein konnte. Die kollektive Weisheit der in die Akademie berufenen Wissenschaftler bot die sichere Gewähr, die aktuellsten wissenschaftlichen Fragen zu präzisieren. Zweifellos wurde aber auch den Akademien mit den Preisfragen ein Instrument in die Hand gegeben, die Wissenschaft in den das gesamte gesellschaftliche Leben reglementierenden feudalabsolutistischen Staaten kraft ihrer Autonomie, die sie trotz gewisser Einschränkungen besaßen, zu "planen", um einen modernen Ausdruck zu verwenden. War der Preußischen Akademie unter Friedrich II. jeder unmittelbare Einfluß auf die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung versagt, über die Preisfragen war sie in der Lage, entsprechende gesellschaftliche Tendenzen zu stimulieren, zu forcieren oder wichtige Maßnahmen anzuregen.

Adolf Harnack, dessen Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften immer noch unentbehrlich ist, hat die Preisaufgaben "als direktes und eigentliches Mittel, den Fortschritt der Wissenschaften im Großen zu befördern und in richtigen Bahnen zu halten", treffend umrissen, wenn er ausführt: "Ihre Bedeutung kann nicht hoch genug geschätzt werden. In einer Zeit, der die Kräfte und die Organisation für große wissenschaftliche Unternehmungen - mit Ausnahme astronomischer - noch fehlten, waren die Preisaufgaben, wie sie jährlich von den Akademien Europas verkündigt wurden, die Ziele des wissenschaftlichen Wetteifers und der Gradmesser für die Haltung und Einsicht der gelehrten Körperschaften. In diesen Aufgaben, die man mit Umsicht nach langen Beratungen auswählte, stellte sich fortschreitend der Gang der Wissenschaften selbst dar; denn in der Regel sah man von Spezialitäten ab und schrieb solche Themata aus, die eine vollkommene Einsicht in den Stand einer ganzen Disziplin und ihre Förderung an dem wichtigsten Punkte verlangten, oder die ein Fundamentalproblem enthielten. Die Preisaufgaben waren gleichsam der Hebel, mit denen Jahr um Jahr die verschiedenen Wissenschaften um eine Stufe gehoben werden sollten, und sie hatten daneben eine universale und verbindende Bedeutung. Sie richteten sich an die Gelehrten von ganz Europa und wurden überall in der wissenschaftlichen Welt bekannt. Mit der höchsten Spannung erwartete man sie, ja diese Spannung war fast größer bei der Ankündigung der Fragen als bei der Mitteilung der Antworten; denn in der Frage zeigte sich die Meisterschaft. Die Aufforderung richtete sich auch nicht an die Rekruten der Wissenschaft, sondern an die Führer, und diese folgten gern dem Ruf zum Wettkampf. Die ersten Denker und Gelehrten, ein Euler, Lagrange, d'Alembert, Condorcet, ein Kant, Rousseau und Herder sind in die Arena gestiegen ... Der Anteil der Zeitungen ist ein sicherer Beweis dafür, daß in allen Kulturländern Gelehrte und Literaten mit Interesse dieser Betätigung der Akademie folgten. Wirklich gibt es kaum eine Preisfrage, deren Spuren nicht im literarischen Verkehr hervorragender Männer des Zeitalters zu finden wären, ja diese Spuren sind so

3 Hammermeyer, Ludwig, Gründungs- und Frühgeschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Kallmünz Opf. 1959, S. 279.

4 Krauss, Werner, Studien zur deutschen und französischen Aufklärung, Berlin 1963, S. 48.

zahlreich, daß ihre vollständige Aufdeckung ein eigenes Werk erfordern würde. Die Beteiligung an dem Wettkampf war sehr bedeutend und legte der Akademie eine große Arbeitslast auf."[5]

Besser kann wohl die Bedeutung der Preisaufgaben nicht dargestellt werden. Gleichzeitig weist aber Harnack auch darauf hin, daß die starke Beteiligung bedeutender Gelehrter an den Preisaufgaben nicht nur in der Fragestellung und in den Preisen begründet lag, sondern auch in folgender Tatsache: "Der große Denker und Gelehrte war im 18. Jahrhundert noch ein Universalphilosoph; sein Geist sah eine Fülle von Problemen auf den verschiedenen Gebieten der Wissenschaften, die ihn mit gleicher Stärke reizten und lockten. Welches sollte er herausgreifen? Da kamen ihm die Akademien mit ihren Preisaufgaben zu Hilfe. Sie stellten ihm ein bestimmtes Thema, und er war eines allgemeinen Interesses sicher."[6]

Natürlich muß man hinzufügen, daß die materielle Seite der Preisaufgaben einen gewissen Einfluß ausübte, war doch das Einkommen vieler Gelehrter und Literaten recht kärglich und keineswegs gesichert, besonders in den feudal-absolutistischen Staaten Europas. Wo die Leibeigenschaft herrschte, wo die feudalen Produktionsverhältnisse, wie in Preußen und in Dutzenden deutscher Duodezfürstentümer, der Entwicklung unendlich viele Hindernisse in den Weg legten, da konnte sich auch die Wissenschaft nicht ungehindert entfalten. Es ist kaum ein Zufall, wenn Friedrich Wilhelm I., unter dessen Regentschaft das Militärische allen Vorrang im Leben des brandenburgisch-preußischen Staates besaß, die Wissenschaft als eine der sieben Todsünden betrachtete und die von seinem Vater gegründete Berliner Akademie dem Verfall preisgab. Auch unter dem von einer nationalistischen Geschichtswissenschaft verherrlichten "glorreichen Friedericus Rex", der, genauso wie sein Vater, den preußischen Absolutismus nur als militärischen Despotismus verstand, waren Kultur und Wissenschaft in elendem Zustande, ausgenommen "seine" Akademie, die nunmehr eine gewisse Sonderstellung aufwies. Ansehen und Aufstieg verdankte sie allerdings wohl mehr den hervorragenden, wissenschaftsbegeisterten und sehr häufig auch uneigennützigen Gelehrten und nicht so sehr der "großzügigen" Unterstützung des Königs. Materiell war die Akademie keineswegs glänzend ausgestattet. Viele Mitglieder und Bedienstete wurden unregelmäßig, ungenügend, mitunter sogar überhaupt nicht besoldet. Meinte doch Friedrich II. allen Ernstes, der Gelehrte müsse nicht nur die Freiheit und die Wahrheit, sondern auch die Armut lieben. Die Fabel von dem Pferde, "das faul wurde, als man es reichlich nährte", schwebte ihm stets vor, wenn es um die Finanzierung der Wissenschaft ging. Der Etat der Akademie war unzureichend, aber immerhin weit besser als der der preußischen Universitäten. So kläglich die Etats der Universitäten, so jammervoll waren die Besoldungen der Professoren. Wie mag es dann den unabhängigen oder freien Wissenschaftlern ergangen sein, wenn sie nicht die besondere Gunst des Monarchen genossen? Hatten nicht Lessing, Herder, Schiller und viele andere, die in der Epoche des feudalen Verfalls Deutschlands Hoffnungen verkörperten, sich mit großen Schwierigkeiten herumzuschlagen? So gesehen, lockten die 50 oder 100 Dukaten, die die Akademien für die beste Beantwortung einer Preisfrage auswarfen, die Gelehrten sehr; es waren beträchtliche Summen, geeignet, den kümmerlichen Haushalt wesentlich aufzubessern.

Es war sicherlich nicht nur der wissenschaftliche Reiz der Preisfragen der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse an der Académie des sciences, wenn sich Leonhard Euler an allen ihren Preisaufgaben beteiligte. Die 2 500 Livres für die beste Beantwortung mochte in ihm ebenso die Lust zur Bearbeitung des gestellten Themas geweckt haben. Und dank seiner genialen mathematischen Begabung war es ihm denn auch gelungen, insgesamt zwölf Preise aus Paris mit einem Werte von insgesamt 30 000 Livres, umgerechnet 8 000 Taler, da-

5 Harnack, Adolf, Geschichte der Königlich preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 1, Berlin 1900, S. 396.
6 Ebenda, S. 397

vonzutragen. Auch andere berühmte Gelehrte haben diese wirtschaftlich-wissenschaftliche Quelle tüchtig angezapft. So gelang es Lagrange zwölf, Daniel Bernoulli zehn, Jean Bernoulli vier und Johann Bernoulli zwei Preise zu gewinnen.[7] Herder konnte von der Preußischen Akademie drei und von der Bayerischen Akademie zwei Preisaufgaben für sich entscheiden. Selbst die stets um Geld verlegenen Adligen beteiligten sich an Preisfragen und verschmähten nicht die finanziellen Zuwendungen, die sich daraus ergaben. Als ein Graf von Schmettau eine ökonomische Preisfrage der Göttinger Akademie gewann, ließ er die Akademie in ziemlich unverblümter Weise wissen, daß ihm nicht so sehr an der dafür vorgesehenen Medaille, sondern viel mehr an dem Gegenwert von zwölf Dukaten liege.[8]

Zeigte sich in der Fragestellung die Meisterschaft der Akademien, wie Harnack bemerkt, so gaben andererseits die eingereichten Preisschriften ein zutreffendes Bild, einen Querschnitt von der herrschenden Weltanschauung. Bei der Prüfung der einzelnen Schriften empfing die Akademie ungezählte Anregungen, die für die weiteren Vorhaben der Akademie nicht ohne Wert sein mochten. Für die Nachwelt bilden die Preisschriften, um ein Wort von Krauss zu benutzen, "eine einzigartige Dokumentierung des geistigen Zustandes der Nation in einem bestimmten geschichtlichen Augenblick".[9]

2. Der pädagogische Wert ...

Die Preisaufgaben hatten auch eine große erzieherische Aufgabe. Viele Gebildete wurden durch die Preisaufgaben zur wissenschaftlichen Arbeit angeregt, der sie dann bis an ihr Lebensende treu ergeben blieben. Durch die Preisaufgaben wurden brachliegende und ungeahnte wissenschaftliche Potenzen erschlossen. Das beste Beispiel ist wohl Jean Jacque Rousseau. Seine Beantwortung der originellen Preisaufgabe der Akademie zu Dijon im Jahre 1750, ob Kunst und Wissenschaft dazu beigetragen hätten, die Sitten zu verbessern, die er verneinte, indem er eine überspitzte, an sich aber berechtigte Kritik an leerer Schönrederei übte und sein Ideal eines möglichst natürlichen und naturgemäßen Lebens gegenüberstellte, und der preisrichterliche Entscheid, der zu seinen Gunsten ausfiel, entschieden für immer seine literarisch-wissenschaftliche Laufbahn. In dieser wie auch in der drei Jahre später von der gleichen Akademie gekrönten Preisschrift Rousseaus über die Ursachen der Ungleichheit unter den Menschen, die mit hinreißender Beredsamkeit und loderndem Geist der Em-

7 Vgl. Spiess, Otto, Leonhard Euler. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des XVIII. Jahrhunderts, Frauenfeld/Leipzig 1929, S 110.

8 AAW Göttingen, Ökonomische Preisfragen, Scient. 195, 3, Bl. 28 f. - Wöldemar Friedrich Graf v. Schmettau hatte folgende Preisaufgabe gewonnen: "Welches sind die sichersten und nach der jetzigen Verfassung der deutschen Staaten die leichtesten und wohlfeilsten Mittel, die Heerstraßen wider Räubereien und anderer Gewalttätigkeiten zu sichern?"

9 Krauss, Werner, a. a. O., S. 49. - Die Preisschriften, die natürlich lesbar geschrieben sein mußten, wurden ohne Namensnennung und unter Verwendung eines meist lateinischen Kennwortes der Akademie eingereicht. Ein beiliegender versiegelter Umschlag, auf dessen äußerer sichtbarer Seite das für die Preisschrift gewählte Kennwort stand, enthielt den Namen und die Adresse des Preisschriftenautors. Die Akademie beurteilte also Schriften, deren Verfasser ihr völlig unbekannt waren. Geöffnet wurde nur der Umschlag des Siegers. Die übrigen Umschläge wurden in der Regel auf einer öffentlichen Sitzung verbrannt. Die nichtprämierten Schriften wie auch die gekrönte Schrift wurden in das Archiv überführt. Die Verbrennung der Zettel mit den Namen der nicht gekrönten Schriften, wie es das Akademiestatut festlegte, um die Objektivität der Akademien bei den wissenschaftlichen Wettkämpfen glaubhaft zu demonstrieren, bedauert der Historiker natürlich heute, weil ihm dadurch eine exakte soziologische Bestimmung der Verfasserschaft von geisteswissenschaftlichen und ökonomischen Abhandlungen sehr erschwert wird.

pörung geschrieben ist, finden wir bereits die Grundgedanken der "Neuen Heloise" und des "Contrat social", Gedanken, die von dem neuen Menschheitsglauben künden.

Den pädagogischen Nutzen der Preisaufgaben wurdigte eine Reihe von ausgezeichneten Gelehrten. Der Philosoph und Theologe Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher, ein bedeutender Vertreter der deutschen Romantik, der sich auch einen Namen um den fortschrittlichen Ausbau des preußischen Schulwesens erworben hatte und dieserhalb nach 1815 von der preußischen Reaktion verfolgt wurde, rühmte die akademischen Preisaufgaben, weil sie die Herausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses förderten.[10] Von den gleichen Gedanken war Albrecht von Haller, der Präsident der Göttinger Akademie, beseelt. Er empfand die akademischen Preisaufgaben als ein ausgezeichnetes Mittel, die geistigen und materiellen Kräfte der Menschen zu entfalten und "auch die Studierenden zur Aemulation zu bringen".[11] Auch Isaak Iselin bedarf hier der Erwähnung. Der seiner Zeit weitbekannte Basler Historiker und Anhänger des Quesnayschen Wirtschaftssystems, der Voltaires Auffassung vom Fortschritt der Geschichte nach Deutschland übertrug und die Weltgeschichte "als Prozeß des ökonomischen und geistigen Aufstieg des Bürgertums" begriff und daher folgerichtig die Feudalverfassung als die "barbarischste aller Gesetzgebungen" und die "meisten Edelleute", die "auf ihren Schlössern gleich Raubvögeln" sitzen[12], verurteilte, lobte die fortschrittsfördernde Rolle der Preisaufgaben. Auf den pädagogischen Nutzen, den sie gewähren, hinweisend, entwickelte er 1776 in den "Ephemeriden der Menschheit", einem Zentralorgan akademischer Bestrebungen, in dem fast alle Pläne, Preisaufgaben und Nachrichten der gelehrten Gesellschaften veröffentlicht wurden, unter anderem folgende Gedanken: "Nicht nur nützen sie mehr als 100 andere Ausgaben der Fürsten und Bürger. Sie bringen immer etwas Gutes und gewiß mehr Gutes hervor als die meisten anderen Mittel, durch welche man bisher die Emsigkeit in den meisten Staaten hat befördern wollen. Sie erzeugen Beispiele von Geschicklichkeit, von Fleiße und von Empfindsamkeit. Sie erwecken eine edle Nacheiferung und sie sind die besten Anlässe, den Bürgern Begriffe und Entschlüsse einzuflößen, auf die sie ohne sie nie oder sehr spät geraten wären."[13]

3. ... und ihre "Gemeinnützigkeit"

Die Sätze Iselins betonen schon nicht mehr allein die pädagogische Seite der Preisaufgaben, wie sie von vielen Gelehrten gesehen wurde, sondern sie kehren auch den Utilitarismus hervor, eine Lehre, mit der sich besonders fortschrittliche Beamte und Kameralisten, mitunter auch Minister, vor allem aber bürgerliche Ideologen verbündet hatten. Der Geist des "utilitaristischen Eudämonismus", der in feudalen Herrschaftsbereichen durchaus positive Züge trug und ein widerspruchsvolles 18. Jahrhundert kennzeichnete, war in der Tat bei manchen Fragestellungen und in nicht wenigen Preisschriften wiederzufinden. Man ging von Nützlichkeitserwägungen aus, die die Akademien mehr im gesellschaftlichen, die Preisschriftenautoren häufig im individuellen Sinne verstanden. Nicht wenige der letzteren propagierten utilitaristische Bestrebungen, hinter denen sich im Grunde privatkapitalistische Auf-

10 Vgl. Anrich, Ernst, Die Idee der deutschen Universität. Die fünf Grundschriften aus der Zeit ihrer Neubegründung durch klassischen Idealismus und romantischen Realismus, Darmstadt 1956, S. 237.

11 Zit. nach Joachim, Johannes, Die Anfänge der Königlichen Sozietät der Wissenschaften zu Göttingen, Berlin 1936, S. 37 = Abhandlungen der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, Philologisch-historische Klasse, 3. Folge, Nr. 19.

12 Iselin, Isaak, Über die Geschichte der Menschheit, 5. Aufl., Bd. 2, Basel 1786, S. 33, 262.

13 Zit. nach Hubrig, Hans, Die patriotischen Gesellschaften des 18. Jahrhunderts, in: Göttinger Studien zur Pädagogik, Bd. 36, Weinheim 1957, S. 196 Anm. 66.

fassungen verbargen, die zwar philosophisch begründet, jedoch mehr zur Verklausulierung der wahren Gedanken dienten. Sie übten damit vorsichtige oder weniger vorsichtige Kritik an den feudalen Ausbeutungsverhältnissen, etwa in der Art, wie sie ein Autor der Preisschrift über die Verbindung der Landwirtschaft mit der Naturlehre zum Ausdruck brachte, wenn er schreibt, daß es der gemeine Zweck sei, die Landwirtschaft zu heben. Gehoben könne sie nur werden, wenn die Grundsätze praktischer und systematischer Wissenschaften angewendet werden. "Eine praktische Wissenschaft ist eine Fertigkeit vermittelst richtiger Schlüsse eine Wahrheit aus der anderen herzuleiten und zur reellen Applikation zu bringen ... Gemäß handeln bedeutet: Die Impedimenta, welche in menschlicher Gewalt sind, aus dem Wege zu räumen und solche Mittel zu erwählen, welche der Existenz des Endzweckes proportionieret ..."[14]

Die utilitaristischen Erwägungen der Beamten und Bürger, die merkantilistischen, kameralistischen oder wirtschaftsprotektionistischen Gedankengängen verhaftet waren, äußerten sich darin, daß die Preisfragen zu Erfindungen und Verbesserungen im Gewerbe und in der Landwirtschaft anregen, zum allgemeinen Besten des Landes dienen sollten. Albrecht Christoph von Wullen, ein vermögender Unternehmer, der sein Geld in Bleiweiß-, Kattun-, Leder-, Tapeten-, Karten-, Spinnerei-, Leinen-, Drellweberei- und anderen Manufakturen angelegt, sich für die Einrichtung von "Industrieschulen auf dem Lande" eingesetzt und 1750 in Hannover ein sogenanntes Intelligenzcomptoir eingerichtet hatte, die "Hannoverschen Anzeigen von allerhand Sachen, deren Bekanntmachung dem gemeinen Wesen nötig und nützlich sind" herausgab und sein Unternehmen mit einer Preisstiftung verband, deren Fragen von der Göttinger Akademie der Wissenschaften gestellt und beurteilt worden waren, hielt "dafür, daß dem publico dadurch allemal Vorteil zuwächst, wenn geschickte Leute ermuntert werden, ihre Gedanken auf gemeinnützige Dinge zu verwenden".[15] Das war eine landläufige Auffassung, die fast in gleichem Wortlaut auch in zahlreichen bürgerlichen Zeitschriften wiederkehrte. In dem von dem Freiherrn von Bibra und L. G. Göckingk herausgegebenen fortschrittlichen und kämpferischen "Journal von und für Deutschland" wurden akademische Preisfragen immer wieder begrüßt; es erhoffte sich vor allem Preisaufgaben zur "Erörterung gemeinnütziger Gegenstände".[16] Wenn im gleichen Journal Sätze veröffentlicht werden, wie "die Kapitalisten, die doch für den Staat nötig sind als Reservequelle und Zeichen einer gesunden Industrie, als Zeichen des strebenden Unternehmertums" oder die "Kaufmannschaft, die Quelle eines blühenden Reichs", wie es auch für die Steuergleichheit aller Bürger eintritt und gegen den adligen Grundbesitz zu Felde zieht[17], so kann man sie durchaus mit den Forderungen nach Preisaufgaben utilitaristischer Prägung verknüpfen. Denn die Erörterung gemeinnütziger Gegenstände konnte doch nichts anderes bezwecken als die Bearbeitung ökonomischer Fragen, die Quellen produktiver Kräfte durch geschickte Leute, durch entschlußfreudige Bürger, sprich Kapitalisten, zum Fließen zu bringen. Regten Preisaufgaben zur Entwicklung der Produktivkräfte an, und sie haben tatsächlich die Entwicklung gefördert, so trugen sie zweifellos auch dazu bei, den Widerspruch zwischen vorwärtsdrängenden Produktivkräften und den herrschenden feudalen Produktionsverhältnissen zu vertiefen, die längst untergangsreife feudale Gesellschaftsordnung zu untergraben.

14 AAW Berlin, Preisschrift Naturlehre, 1769, Nr. 3, Bl. 3 ff.

15 AAW Göttingen, Ökonomische Preisfragen, Scient. 195, 1, Bl. 2.

16 Journal von und für Deutschland, Bd. VI, 1787, S. 581; Bd. VII, 1787, S. 215; Bd. IX, 1792, S. 980.

17 Vgl. Schultze, Johanna, Die Auseinandersetzung zwischen Adel und Bürgertum in den deutschen Zeitschriften der letzten drei Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts (1773 - 1806), phil. Diss. Berlin 1923 (Ms.), S. 145 ff.

4. Die Göttinger Akademie an erster Stelle bei der Verkündigung ökonomischer Preisaufgaben

Bei einer Preisverteilung im Jahre 1788 führte Staatsminister von Hertzberg, der Kurator der Preußischen Akademie der Wissenschaften, über die Aufgaben der Akademien aus: "Die Akademien sind besondere Gesellschaften von den gelehrtesten und aufgeklärtesten Männern, welche zusammentreten, um die Wissenschaften und Kenntnisse der Menschen mit vereinigten Kräften durch Nachdenken und Erfindungen zu dem möglichsten Grade der Vollkommenheit zu bringen, und der größeren Gesellschaft der Menschen mitzuteilen. Ihr vornehmster Endzweck muß freilich sein, daß sie sich vorzüglich mit den höheren Wissenschaften, der Geometrie, Astronomie, Philosophie und Physik, hiernächst auch mit der Moral, der Historie und anderen schönen Wissenschaften beschäftigen, und darin etwas Neues und Vorzügliches zu entdecken und bekannt zu machen suchen. Der Nutzen der Akademien aber wird wahrer und viel größer, wenn ihre Mitglieder nicht bei der bloßen Theorie stehen bleiben, sondern dieselbe auf eine praktische Art näher auf den Nutzen des Staats und der bürgerlichen Gesellschaft leiten und anwenden, und sie dadurch gemeinnützlich machen. Hierdurch hat sich vornehmlich die Königl. Schwedische Akademie der Wissenschaften, wie auch die Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen vor anderen ausgezeichnet und den allgemeinen Beifall erworben."[18]

Das von Hertzberg ausgesprochene Lob über die Göttinger Akademie war nicht unbegründet. Keine andere deutsche Akademie hat den Preisaufgaben aus dem Gebiet der Ökonomie solche große Bedeutung zugemessen wie die Göttinger. Allein das Verzeichnis der agrarökonomischen Preisfragen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts kündet recht eindrucksvoll von den Bemühungen dieser Akademie, die Landwirte und Wirtschaftspolitiker an die wichtigsten ökonomischen und praktischen Fragen der Zeit heranzuführen.[19] In den ersten Jahren ihres Bestehens hat die Göttinger Akademie sogar jährlich zweimal Preisfragen aus dem Gebiet der Ökonomie gestellt. Die Preisfragen waren natürlich unter dem Gesichtspunkt des unmittelbaren Nutzens für das eigene Land ausgewählt worden. Das spricht die Akademie auch aus: "Die Königliche Sozietät der Wissenschaften in Göttingen wirkt durch die jährlichen Preisfragen ganz unstreitig sehr viel Gutes. Unter diesen Aufgaben sind bekanntlich sogenannte ökonomische, welche mit besonderer Berücksichtigung unseres Vaterlandes gewählt werden."[20]

Die Berücksichtigung der ökonomischen Interessen des Landes zeigt sich ganz klar in der Anzahl der ausgeschriebenen Preisaufgaben. Von 1753 bis 1782 war das Gesamtverhältnis der Preisfragen aus der sogenannten nützlichen Wissenschaft zu denen aus der Geisteswissenschaft 56 zu 10, und in der Zeit von 1783 bis 1807 stammten vierzig Preisfragen aus der Ökonomie und acht aus der Medizin, denen 23 aus den übrigen Wissenschaften gegenüberstanden. Für Andreas Kraus, dem wir eine aufschlußreiche Arbeit über die Bedeutung der Geschichtswissenschaft an den Akademien verdanken, mutet ein solches Verhältnis, "wenn man auch in Rechnung stellt, daß die wissenschaftliche Ökonomie noch am wenigsten entwickelt war", "doch recht ungleich an", zumal von den genannten 23 Preisaufgaben aus den übrigen Wissenschaften "noch neun in das Gebiet der ebenfalls vorwiegend praktisch behandelten Mathematik" gehörten "und sieben ... die unmittelbare Physik" betrafen, während die "Historisch-philologische Klasse ... in dieser Zeit mit sieben Aufgaben vertreten" war. Darin erkannte er den utilitaristischen Charakter des 18. Jahrhunderts, der auf dem Gebiet

18 Hertzberg, Graf v., Vorrede in: Zwei Preisschriften über die von der Königl. Akademie der Wissenschaften zu Berlin aufgegebenen Frage: Von der Anwendbarkeit, dem Nutzen oder der Schädlichkeit der Koppelwirtschaft in der Mark Brandenburg, Berlin 1793, S. XXV.

19 Vgl. Anhang.

20 AAW Göttingen, Ökonomische Preisfragen, Scient. 180, 3.

der Preisfragen und Ökonomiepolitik nirgends so ausgeprägt wie in Göttingen gewesen sei. Kraus hat mit seiner Feststellung sicherlich kein negatives Urteil fällen wollen. Er charakterisierte tatsächlich nur die wahren Verhältnisse in Göttingen. Aber ein abwertender Zug kommt dennoch in dem "ungleichen Verhältnis" und in dem ausgeprägten Utilitarismus zum Ausdruck. Vielleicht hätte er es lieber gesehen, wenn die Geisteswissenschaften mehr zu ihrem Recht gekommen wären. Doch gerade weil die Göttinger Akademie der Ökonomie so großen Vorzug eingeräumt hat, bewies sie, wie sie die gesellschaftlichen, vor allem die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des neuen Zeitalters begriffen hatte. Entwicklung der Ökonomie und der Produktivkräfte waren ein dringendes Gebot der Zeit, wenn die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse verbessert werden sollten. Und ökonomische Preisaufgaben waren ein wichtiges Mittel, diesen Prozeß zu fördern, eine Einsicht, der auch Kraus nicht ganz entgangen ist, wenn er sich zu der Schlußfolgerung veranlaßt sieht, daß "der Nachdruck unbestritten auf den Gebieten (lag), die erwarten ließen, daß die ausgeworfenen Prämien mit Zins und Zinseszins zurückströmten".[21]

Fast alle Kreise haben sich an den Göttinger ökonomischen Preisfragen beteiligt - Professoren, Pfarrer, Offiziere, Ärzte, Gutsbesitzer. Auch Handwerker sandten ihre Arbeiten ein. Ein Schönfärber aus Bremen, Nicolaus Kulenkamp, errang dreimal den begehrten Preis der "très celebre Société royale des Sciences".[22]

Als Gutachter der ökonomischen Preisschriften waren solche bekannten Gelehrten tätig wie Johann B. Beckmann (1739 bis 1811), der an der Göttinger Universität Mineralogie, Landwirtschaft, Ökonomie, Technologie und Polizeiwissenschaften las. Er verfaßte 1769 die "Grundsätze der Teutschen Landwirtschaft", die gute Aufnahme unter den Landwirten fanden und als erstes modernes Lehrbuch der Landwirtschaft anzusehen sind. 1777 schrieb er die "Anleitung zur Technologie", in der er dem Begriff Technologie erst seine wahre Bedeutung, so wie wir ihn auch heute noch verstehen, gab. Er wurde damit zum Begründer der wissenschaftlichen Technologie. In der Zeit von 1770 bis 1801 veröffentlichte er die "Physikalisch-ökonomische Bibliothek" in 23 Bänden, die eine wahre Fundgrube für die Untersuchung der Produktivkräfte in jener Zeit ist. Johann Heinrich Gottlob von Justi hat viele ökonomische Preisschriften begutachtet und manchen Preis befürwortet und wohl auch durchgesetzt. In dem Reigen der Gutachter sind schließlich der von Lessing geschätzte Aufklärungsschriftsteller, hervorragende Epigrammatiker und Professor der Mathematik und Physik, Abraham Gotthelf Kästner (1719 bis 1800) zu nennen wie auch der bekannte Aphoristiker und Physikprofessor Georg Christoph Lichtenberg (1742 bis 1799).

Während an der Mannheimer oder Berliner Akademie die Preisaufgaben in der Regel von den Klassenmitgliedern, an der Münchener Akademie sogar nur von den Direktoren der Klassen formuliert wurden, griff die Göttinger Akademie, zumindest bei ökonomischen Preisfragen, auch auf Entwürfe zurück, die von Außenstehenden eingereicht worden waren.[23] So schlug beispielsweise ein gewisser Bollmann die Frage vor, "ob das Einweichen des Getreides in dazu dienliche Mischungen die Fruchtbarkeit desselben sehr befördere, und wie weit man den Dünger dabei ersparen könne?" Ein anderer wollte die Frage beantwortet haben: "Hat man nicht ein leichtes Mittel, Seile und Taue aus der gewöhnlichen Materie stärker und dauerhafter zu machen, als nach der gemeinen Art der Seiler?" oder "Welches ist der beste und unter freiem Himmel in Hitze und Regen dauerhafte Stein-Kütt?" Gerlach von Münchhausen, ein Schüler von Leibniz, mochte bei seinen dienstlichen Reisen durch das kurfürstlich-hannoveranische Land unsanft daran erinnert worden sein, daß es zweckmäßig wäre, eine

21 Kraus, Andreas, Vernunft und Geschichte. Die Bedeutung der deutschen Akademie für die Entwicklung der Geschichtswissenschaft im späten 18. Jahrhundert, Freiburg/Basel/Wien 1963, S. 242.

22 AAW Göttingen, Ökonomische Preisfragen, Scient. 196, vol. I, Fasz. 6 u. 14.

23 Ebenda, Scient. 195, 9, Bl. 42 ff.

Preisfrage über die Fuhrwerke anzuregen, die im Jahre 1769 dann auch verkündet wurde und insbesondere "die Verbesserung des Untergestells an einer Kutsche" zum Inhalt hatte.

5. Wirtschaftshistorische Preisaufgaben

Der Göttinger Akademie, die sich, wie auch die Universität, unter besonders günstigen Bedingungen entwickelte, weil sie durch die mit England in Personalunion verbundene hannoversche Regentschaft einen Abglanz jener Verhältnisse zu spüren bekam, die das weiterentwickelte englische Bürgertum sich bereits erkämpft hatte, gebührt auch das Verdienst, das Studium der Wirtschaftsgeschichte in Deutschland angeregt zu haben.

Im Jahre 1763 rief die Göttinger Akademie zur Beantwortung der Preisfrage auf: "Wie weit läßt sich der Handel der alten und mittleren Zeiten, über das Kaspische und Schwarze Meer, nach Europa erläutern?"[24] Sie fand jedoch keine zufriedenstellende Lösung. Man muß dabei bedenken, daß es in Deutschland noch überhaupt keine wirtschaftshistorische Tradition gab, so daß es verständlich ist, wenn die ersten wirtschaftshistorischen Preisschriften noch ungenügend in Inhalt und Form waren. 1770 folgte bereits eine Preisfrage, die auf die unmittelbare Förderung des Handels gerichtet war, und zwar: "Wie und in welcher Ordnung muß man verfahren, wenn man in einem zur Handlung wohlgelegenen Lande, wo die Einwohner diese gute Lage bisher sich nicht zu nutze gemacht haben, den Handel empor zu bringen suchen will?"[25] Sieben Jahre später wurde schon eine ganz stark merkantilistisch gefärbte Preisfrage dem Publikum vorgelegt: "Was für Folgen haben die Kreuzzüge für die Fabriken, die Manufakturen und die Handlung in Deutschland gehabt?"[26] Auch der Geschichte der Hanse galt die Aufmerksamkeit. Für 1794 unterbreitete man die Frage: "Es soll aus Stadtarchiven und Privatsammlungen, so wie aus gedruckten und handschriftlichen Nachrichten ausfindig gemacht und gezeigt werden: welche und wie große Vorteile König Georgs III. deutsche Staaten und ihrer Verbindung mit der Hanse gezogen haben".[27] Einen Meister in der Bearbeitung der für das Jahr 1807 gestellten wirtschaftshistorischen Preisfrage "Wie war die Beschaffenheit und der Umfang des Handels von Konstantinopel zur Zeit der Kreuzzüge, sowohl vor als nach der Eroberung durch die Franken?"[28] fand die Göttinger Akademie in Carl Dietrich Hüllmann, Professor der Geschichte zu Frankfurt an der Oder, später zu Königsberg, Heidelberg und Bonn. Die gekrönte Schrift wurde im Jahre 1808 in Frankfurt (Oder) unter dem Titel "Geschichte des Byzantinischen Handels bis zum Ende der Kreuzzüge" veröffentlicht. Sie war nach Kraus "trotz mäßigen Umfangs ein Meisterwerk, das erste Zeugnis jener Synthese von gelehrter Quellenforschung und geistvoller Durchdringung des Stoffes nach großen, allgemeinen Gesichtspunkten, der die pädagogischen Bemühungen der Akademien seit zwei Jahrzehnten zustrebten. Hüllmann benutzte alle erdenklichen Quellen: die antiken Geschichtsschreiber und Geographen von Herodot bis zu Ptolemäus und Prokop, die kaiserlichen Edikte von Theodosius bis zu Justinian, die deutschen Chroniken und Annalen, die Geschichtsschreiber der Kreuzzüge, zahlreiche italienische Quellen bis zu den Werken der Humanisten, einige byzantinische Geschichtsschreiber, Urkundensammlungen, Stadtchroniken, die von Schlözer edierten russischen Annalen, Zolltarife und Reisebeschreibungen. Quellenkritische Erörterungen fehlten, auch belegte er nicht mit kleinlicher Akribie, sondern faßte die Erscheinungen großzügig zusammen, doch nur so drang er durch die Stoffmassen hindurch zur Erkenntnis der treibenden Kräfte und der grundlegenden Züge. Hüllmann kam von der Pragmatik her, das ist unverkennbar; ihre Schlagworte wie Despotismus, Hierarchie,

24 Göttingsche Anzeigen von Gelehrten Sachen, 1763, S. 1115, 1766, S. 98.
25 Novi Commentarii Societas Regiae Gottingensis, Bd. 1, Göttingen 1771, S. XIV.
26 Göttingsche Anzeigen von Gelehrten Sachen, 1775, S. 1178.
27 Commentationes Societas Regiae Scientarium Gottingensis, Bd. 11, Göttingen 1793, S. X.
28 Ebenda, Bd. 16, 1808, S. XIV.

Schwärmerei der Klostergeistlichen, 'geistige Dämmerung' und ähnliches spielen ihre Rolle, aber mit einer Ausnahme wirken sie nie als auslösende Faktoren. Generalursachen herkömmlicher Art treten kaum in Erscheinung, die tatsächlichen Einschnitte katastrophenartigen Charakters werden nirgends überbewertet, der persönliche Einfluß der Fürsten, das bewußte Handeln der Regenten ... ist zurückgedrängt auf einen unscheinbaren Rest, erscheint nur noch als Eingriff der fiskalischem Denken verhafteten byzantinischen Behörden".[29] Hüllmann entwickelt in seiner Byzantinischen Handelsgeschichte auch erstaunliche kapitalistische Gedankengänge; er erweist sich als Anhänger der Lehren Adam Smith'. Vergleicht Hüllmann in der Einleitung die Handelsgeschichte mit der Naturwissenschaft, so bekennt er sich im Laufe seiner Untersuchungen zu den Auffassungen des von Smith vertretenen Liberalismus, der jede Einmischung des Staates in die Wirtschaftsangelegenheiten ausschließt. Wörtlich heißt es bei ihm: "Eingriffe der Regierung in den natürlichen Gang des Gewerbes sind immer (eine) Beleidigung", und an anderer Stelle rühmt er: "Wohlhabenheit, Völkerglück" sei das Ergebnis tätigen Bürgersinns.[30] Ein Jahr vor der Veröffentlichung seiner Handelsgeschichte gab er die "Geschichte der Domänen-Benutzung in Deutschland" heraus, die ebenfalls die Frucht einer ökonomischen Preisfrage der Göttinger Akademie war und dem Agrarhistoriker viele nützliche Hinweise vermittelt.

Der Beschäftigung mit wirtschaftshistorischen Themen der Vergangenheit lagen handfeste ökonomische Interessen zugrunde. Die absolutistische Wirtschaftspolitik in den verschiedenen deutschen Staaten hoffte, durch wirtschaftshistorische Preisfragen Anregungen und Mittel zu empfangen, wie die eigene Wirtschaft des Landes oder wie die kapitalistischen Unternehmen, die Manufakturen, entwickelt werden konnten, welche Hindernisse bei der Entwicklung der Produktivkräfte beiseite zu räumen waren. Solange jedoch die hemmenden feudalen Produktionsverhältnisse herrschten, waren viele Erkenntnisse, die in den Preisfragen und -schriften gewonnen wurden, nur ungenügend in die unmittelbare Praxis umzusetzen.

Schon in vielen Formulierungen der Preisfragen kamen die staatlichen Wünsche zum Ausdruck, etwa in der für das Jahr 1780 gestellten Göttinger Preisfrage: "Wie waren die Bergwerke bei den Alten eigentlich beschaffen und eingerichtet? und läßt sich nicht nach angestellter Vergleichung derselben mit den unsrigen, zum Vorteil des Bergbaus und der Hüttenwerke, irgend etwas von den Alten lernen?" In einem Kommentar wird dabei ausdrücklich hervorgehoben, daß die Sozietät der Wissenschaften hier keine kritischen und historischen Forschungen verlange, "als vielmehr Sacherläuterungen, aus denen dargetan werden kann, wie das alte Bergwesen eigentlich eingerichtet gewesen ist, was für Maschinen, Vorrichtungen, Erfindungen usw. gebraucht" worden sind.[31] Die Bayerische Akademie der Wissenschaften wünschte die Verwertung der "Naturprodukte" bearbeitet zu sehen und stellte 1803 die Frage: "Was sind in Bayern und der oberen Pfalz ... für Naturprodukte vorhanden, welche eine größere Aufmerksamkeit verdienten, als denselben bisher geschenkt worden ist? Und welche von diesen Produkten wären dazu geeignet, um mit der Bearbeitung und Vervollkommnung derselben mehrere Menschenhände fabrikmäßig beschäftigen zu können? Zugleich wünscht aber auch die Akademie, daß die theoretisch begründete Verfahrensart angegeben werde, wie selbe bearbeitet werden müssen, um ihnen als Kunstprodukt nicht bloß im In-, sondern auch im Auslande Absatz zu verschaffen?" Da die Preisfrage nicht beantwortet wurde, wiederholte sie die Frage nochmals für das Jahr 1807 und verdoppelte den Preis auf

29 Kraus, Andreas, a. a. O., S. 490 f.

30 Hüllmann, Carl Dietrich, Geschichte des Byzantinischen Handels bis zum Ende der Kreuzzüge, Frankfurt (Oder) 1808, S. 70; vgl. auch derselbe, Handelsgeschichte der Griechen, Bonn, 1839.

31 Hannoverisches Magazin, 17. Jg. 1780, Sp. 101.

100 Dukaten.[32] Eine ähnliche Preisfrage hatte bereits die Prager Akademie 1785 gestellt.[33] Ganz im Sinne der wirtschaftlichen Förderung des Landes lag auch die für das Jahr 1776 von der Münchener Akademie ausgeschriebene Aufgabe: "Welches sind die besten Mittel, das Wachstum des Holzes in Bayern überhaupt zu fördern? Welcher Boden ist für jede Gattung des Holzes der tauglichste? Und welche ist die vorteilhafteste Lage oder Stellung für die Samenbäume zum Holzanflug?"[34] Diese Frage leitet schon zur Forstökonomie über, die seit dem Erscheinen der "Grundsätze der Forstökonomie" von Moser im Jahre 1757 einen allmählichen Aufschwung nahm und zu Beginn des 19. Jahrhunderts sich aus der allgemeinen Kameralistik, deren forstwirtschaftliche Vertreter vor allem Kramer, Stahl, Jung, Trenk, Beckmann und die Adligen Wedell und Burgsdorf waren, löste und ihre Eigenständigkeit erhielt. Schließlich verlangte die Münchener Akademie für das Jahr 1806 "eine pragmatische Geschichte des bayerischen Handels, sowohl mit rohen Produkten als mit Fabrikaten, von den ältesten Zeiten angefangen bis auf die gegenwärtige Zeit mit Anführung der darüber von Zeit zu Zeit ergangenen Gesetze, landesherrlichen Verordnungen und Landesverträge und ihren vorteilhaften oder schädlichen Einfluß auf den Handel selbst oder mittelbar auf die Landesindustrie". Mit dem Preis von 50 Dukaten wurde der bekannte Historiker und Archivar Roman Zirngibl geehrt. Da die Akademie aber die Preisfrage auch aus unmittelbaren Handelskreisen beantwortet zu sehen wünschte, erneuerte sie die Aufgabe und verdoppelte die Preissumme.[35]

Nicht nur die Münchener oder Prager Akademie ahmte das wirtschaftshistorische Beispiel der Göttinger Akademie nach, auch die Erfurter Akademie, die kleinste aller deutschen Aka-

32 Westenrieder, Lorenz, Geschichte der baierischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 2, München 1808, S. 629; vgl. auch Koch-Sternfeld, Jos. Ernst Ritter v., Betrachtungen über die Geschichte, ihre Attribute, und ihren Zweck; als eine fürwärende Aufgabe der bayerischen Akademie der Wissenschaften vom Jahre 1759 bis zur Gegenwart, München 1841, S. 18 = Kgl. Bayer. Akademie zu München, Fest- und Gedächtnisreden 1832 - 1850.

33 Vgl. Kalousek, Joseph, Geschichte der Kön. Böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften samt einer kritischen Übersicht ihrer Publikationen aus dem Bereiche der Philosophie, Geschichte und Philologie, Prag 1884, S. 54 f. - Die Preisfrage für 1785 hieß: "Wie sind die rohen Produkte, die Böhmen erzeugt, in den verschiedenen Zeitaltern bearbeitet und benutzt worden? und welchen Fortgang haben Künste und Manufakturen, Fabriken und Handel von Zeit zu Zeit dabei gehabt? und was für Hindernisse stehen ihrer Aufnahme im Wege?" Eine Antwort war nicht eingegangen. 1787 setzte die Gesellschaft eine besondere Belohnung für die Bearbeitung der Frage aus: "Woher hat Böhmen in älteren Zeiten sein Kochsalz genommen? Sind die Nachrichten von den in Böhmen vorhanden sein sollenden Salzquellen begründet? und ist Hoffnung, daß es einst eigenes Kochsalz erzeugen könnte?" Die eingegangenen Schriften entsprachen nicht den Erwartungen. 1794 erhoffte man sich praktischen Nutzen aus der Beantwortung der Aufgabe: "Worin besteht der Unterschied zwischen Roheisen aus Hochöfen und geschmeidigem Eisen aus Frischherden, und nach welcher Methode läßt sich das letztere am besten und vorteilhaftesten aus dem ersten bereiten?"

34 Westenrieder, Lorenz, a. a. O., Bd. 1, München 1784, S. 461.

35 Koch-Sternfeld, Jos. Ernst Ritter v., a. a. O., S. 13. - Die Bayerische Akademie hat ihre Beschäftigung mit ökonomischen Aufgaben einmal folgendermaßen dargestellt: "Die churfürstliche Akademie der Wissenschaften hat ... seit ihrem Beginn immer zum praktischen Teil der Philosophie, welche mit der Gewerbsamkeit und Industrie und durch diese mit dem Wohlstande und Reichtum der Nation im engeren Verbande stehen, und worunter der Ackerbau allemal den ersten Rang behauptet, eine vorzügliche Aufmerksamkeit gewidmet, auch hiervon in ihren Werken die Beweise dargelegt" (Hauptstaatsarchiv München, Cod. germ., Nr. 3, Bl. 3).

demien, folgte Göttingen; sie war überhaupt die erste, die das Göttinger Beispiel aufgriff. Sie zeigte dadurch nicht nur Verständnis für die wirtschaftshistorische Forschung, deren Ergebnisse man für die kurmainzisch-erfurtische Wirtschaftspolitik nutzbar zu machen hoffte, sondern sie rangierte in dieser Hinsicht auch weit vor der berühmten Preußischen Akademie, die auf diesem Gebiete nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte.

Es war der kurmainzische Statthalter und Protektor der Erfurter Akademie, Dalberg (1744 bis 1817), der den Nutzen wirtschaftshistorischer Preisaufgaben hervorhob, wenn er schreibt, daß man "auf die Unbeständigkeit menschlicher Verhältnisse rechnen (muß), um der Landesindustrie nach veränderten Umständen bei Zeit eine neue Richtung zu geben".[36] Dalberg regte auch die erste wirtschaftshistorische Preisfrage an: "Welche sind in älteren Zeiten, d. i. in dem Zeitraum von Erbauung der Stadt bis in das 16. Jahrhundert, die merkwürdigsten Epochen der Erfurtischen Handlung?"[37] 1777 wird der wirschaftshistorische Zweck, den man sich von einer entsprechenden Preisfrage versprach, in der Fragestellung ganz offen ausgesprochen: Die Frage lautete: "Welches ist die Geschichte der Erfurtischen Industrie, besonders der Zünfte, wie sind diese nach und nach entstanden, haben sie den Handel befördert oder gehindert, und welche Zünfte sind dem Erfurtischen Staat die angemessensten?"[38] Schließlich gab die Erfurter Akademie auch noch eine Preisaufgabe auf, die nicht so sehr eine kritische Darstellung der Geschichte Erfurts sein sollte, sondern mit der man pädagogische Absichten verfolgte. Sie verlangte 1789 "Eine unparteiische, aus sicheren Quellen geschöpfte und nach einem zweckmäßigen Plane bearbeitete Geschichte und Statistik der Stadt Erfurt und ihres Gebietes, welche hauptsächlich zum Grunde des Unterrichts der vaterländischen Jugend in den Schulen gelegt werden, und zugleich als Lesebuch für den Bürger der mittleren und niederen Stände dienen könne."[39]

Auch in Erfurt waren die eingegangenen Preisschriften zu den wirtschaftshistorischen Preisfragen nur ungenügend bearbeitet worden. Die letztere wurde sogar für das folgende Jahr wiederholt und brachte dann auch einige befriedigende Ergebnisse. Die zweite mit ihrer starken utilitaristischen Tendenz blieb unbearbeitet; nur die erste wurde beantwortet, obwohl sie nicht den Ansprüchen genügte, die die Akademie erwartete. Dalberg hat dann selbst einen Entwurf für die Geschichte des Erfurter Handels ausgearbeitet, um Hinweise für die Bearbeitung der handelspolitischen Geschichte Erfurts zu geben. "Er machte aufmerksam auf den Reichtum des Erfurter Stadtarchivs mit seinen Korrespondenzbüchern, den Rechnungen, Preislisten und Verträgen; er betonte den Wert der Baugeschichte als methodisches Hilfsmittel für die Erkenntnisse der ehemaligen Bedeutung der Handelsstadt und regte die Durchforschung der Archive auswärtiger Handelsstädte an, um die Verbindungen der Erfurter Kaufleute zu erfahren. Die Bedeutung Erfurts im Mittelalter, die etwa der Nürnbergs, Augsburgs und Bremens gleichzustellen sei, erschloß er aus den Erfurter Bauten, aus der Lage der Stadt, die für einen Tauschplatz zwischen Ober- und Niederdeutschland besonders günstig war, und aus Erfurts Zusammenhang mit der Hanse zur Zeit der Städteblüte im Mittelalter, diesem 'Meisterstück der teutschen Staatskunst'. Den Niedergang Erfurts führte Dalberg zurück auf den Aufstieg Leipzigs als Mittelpunkt des aufkommenden Osthandels und auf die Einführung des Indigo, die den Waid, Erfurts wichtigste Handelsware, vom Markt verdrängte. Den großen Überblick ergänzte eine thematische Zusammenstellung der wichtigsten Probleme, die Feststellung der gehandelten Waren und der Handelswege, der Entstehung und Bedeutung der Stapelplätze, der Messen und der wechselnden Formen des Geleitrechts. Zu diesen Themen trug er selbst konkrete Einzelzüge bei; den Schluß bildeten Geleitstafeln aus dem

36 Acta Academiae Electoralis Moguntinae Scientiarum utilium, Bd. 5, Erfurt 1780, S. 82.
37 Ebenda, Bd. 3, Erfurt 1777, Praefatio.
38 Ebenda, Bd. 5, Praefatio.
39 Ebenda, Bd. 10, Erfurt 1790, Praefatio.

späten Mittelalter mit Anführung der einzelnen Angaben, eine Bußtafel und Privilegien für die Erfurter Messe."[40] Dalberg bietet hier einen weitgespannten Überblick; seine wirtschaftshistorischen Erkenntnisse, nicht zuletzt erworben durch seine Verwaltungstätigkeit in dem einstigen Wirtschaftszentrum Erfurt, befähigen ihn, das Wesentliche einer zu schreibenden Geschichte des Handels und der Wirtschaft der Stadt Erfurt zu erfassen. Ein gutes Dutzend Jahre später hat dann Dominikus, der Sekretär der Erfurter Akademie von 1804 bis 1817, auf der Grundlage des Dalbergischen Grundrisses eine ausgezeichnete wirtschaftshistorische Studie geliefert.[41]

Wenn die wirtschaftshistorischen Preisfragen der Göttinger, Erfurter, Münchener oder Prager Akademie in vielen Fällen nicht immer das Verständnis der Historiker fanden, weil ihnen solche Themen noch völlig ungewohnt erschienen und ihnen auch das notwendige politökonomische Denken abging - das im feudal-absolutistischen Deutschland, besser in den feudal-zersplitterten Territorien, und gemessen am kapitalistischen England gänzlich unentwickelt war -, um die wirtschaftlichen Zusammenhänge in Vergangenheit und Gegenwart richtig einschätzen zu können, so haben aber andererseits die Akademien doch in diesem Bereich schon einen bemerkenswerten Weitblick gezeigt. Indem die Akademien wirtschaftshistorische Fragestellungen aufwarfen und somit zum Studium der Wirtschaftsgeschichte anregten, kündete sich auch der "Einbruch der Moderne" in die deutsche Geschichtsschreibung an, der zwar im spätfeudalen Zeitalter nicht reibungslos vor sich ging, auf weitere Sicht aber kaum mehr zu verhindern war.

6. Auch die "großen Ökonomen" beteiligten sich am akademischen Wettkampf

Die ökonomischen Preisaufgaben, die hauptsächlich praktisch-wirtschaftliche Fragen lösen helfen sollten, waren natürlicherweise an die Praktiker gewandt. Johann Stephan Pütter (1725 bis 1807), der bedeutende Staatsrechtler des 18. Jahrhunderts, heftige Kritiker der feudalen Justiz und Mitglied der Göttinger Akademie, hob gerade diese Seite besonders hervor, als er erklärte: Die ökonomischen Preisschriften "selbst werden deutsch abgefaßt, soviel (als) möglich in einem deutlichen und nicht unangenehmen, doch auch nicht in gezwungen schönem Vortrage. Ihr übriges größtes Verdienst soll in Kürze und Erfahrungen, Richtigkeit und Brauchbarkeit bestehen. Hingegen wird alle Weitläufigkeit verbeten, sonderlich die, welche Belesenheit und Gelehrsamkeit zeigen soll. Man verlangt auch nicht Untersuchungen von den Ursachen der Erfahrungssätze, welche sogar durch Einmischung allerlei unerweislicher Hypothesen die Sozietät hindern könnten, den Preis zu erteilen, weil sie fürchten muß, daß andere ihr diese Hypothesen aufbürden, als hätte sie dieselben gebilligt. Man sucht bloß Vorteile zum Besten der Ökonomie, die geprüft und zuverlässig sind."[42]

Also nicht die Naturwissenschaftler und Vertreter der geisteswissenschaftlichen Disziplinen, sondern die Ökonomen, Gewerbetreibenden, Landwirte, Unternehmer und Beamte sollten aus den gemachten Erfahrungen berichten, Vorschläge für wirtschaftliche Verbesserungen einreichen, Anregungen für die staatliche Verwaltungsarbeit vermitteln. Nichtsdestoweniger sind auch die Großen unter den Ökonomen, soweit man im feudalen Deutschland überhaupt von Großen im Sinne der bürgerlichen Ökonomie sprechen kann, "in die Arena ge-

40 Kraus, Andreas, a. a. O., S. 485 f.; vgl. Erfurtische gelehrte Zeitungen, Jg. 1779, S. 553.

41 Vgl. Dominikus, Johann Jacob, Erfurt und das Erfurtische Gebiet nach geographischen, physischen, statistischen, politischen und geschichtlichen Verhältnissen, 2 Teile, Gotha 1793.

42 Pütter, Johann Stephan, Versuch einer academischen Gelehrten-Geschichte von der Georg-Augustus-Universität, Göttingen 1765, S. 262.

stiegen". Schubart vom Kleefelde, Schlettwein und Justi fühlten sich aufgerufen und haben sich mehr als einmal an dem akademischen Wettkampf beteiligt und reiche Früchte geerntet.

Schubart vom Kleefelde gewann die Berliner Preisfrage über den Futterbau und begründete damit seinen europäischen Ruhm. Zwei ökonomische Preisfragen der Göttinger Akademie entschied Johann August Schlettwein für sich. Schlettwein (1731 bis 1802) war bekanntlich der hervorragendste Vertreter des Physiokratismus in Deutschland, jener von Quesnay entwickelten Lehre, von der Braunreuther sagt, daß sie in Deutschland "der politökonomische Ausdruck der Sturm- und Drang-Bewegung" war.[43] Als wirtschaftspolitischer Berater des Markgrafen von Baden, nach Herder "der beste Fürst, der vielleicht in Deutschland lebt", versuchte er in den drei Dörfern Dietlingen, Bahlingen und Theningen die im feudalen Gewande auftretende kapitalistische physiokratische Lehre zu verwirklichen. Er forderte die Beseitigung der feudalen Hemmnisse, die Herstellung bäuerlicher Eigentumsrechte, damit sich die Produktivkräfte ungehindert entwickeln könnten, die Einführung des Klee- und Esparsettebaues, der Stallfütterung, die Abschaffung der Brache und die Zusammenlegung der Kleinbetriebe in vernünftige Bauernhöfe. Schlettwein, "einer der wenigen deutschen Politökonomen, die wir zu unserem deutschen Kulturerbe rechnen dürfen"[44], hat bereits viele der Forderungen, die er seit 1763 im Dienste des badischen Markgrafen durchzusetzen versuchte, in der Göttinger Preisschrift erhoben, die im Jahre vor seinem Amtsantritt als Kammer- und Polizeirat in Karlsruhe gekrönt wurde. Die Preisfrage, über die bereits physiokratischer Hauch ausgebreitet lag, lautete: "Ist es für die Vermehrung der Einwohner eines Landes vorteilhafter, die Gemeinheiten aufzuheben, und einem jeden, der daran teil hat, oder auch neuen Anbauern davon ein verhältnismäßiges Stück eigentümlich zu seinem alleinigen Gebrauch und Befriedigung einzuräumen? oder ist es vorzüglich, ja vielleicht der Hut und Weide halber notwendig, wenn die Gemeinheiten auf dem Fuße gelassen werden, wie sie jetzt sind?"[45]

Die Preisfrage, in der Schlettwein die Aufhebung der Gemeinheiten wärmstens befürwortete, widerspiegelte eine dringende Forderung aller fortschrittlichen Landwirte, antifeudalen Schriftsteller, reformfreudigen Beamten, die in der Zersplitterung des bäuerlichen und gutsherrlichen Landes, in der gegenseitigen Behütung der bäuerlichen und herrschaftlichen Weiden und in dem daraus resultierenden Flurzwang ein großes Hindernis für die Entwicklung der agraren Produktivkräfte erblickten. Die Forderung nach Aufhebung der Gemeinheiten, der Gemengelage und des Flurzwanges, die in der Göttinger Preisfrage recht deutlich anklingt, kehrte auch in vielen anderen Preisschriften, die zu anderen agrarökonomischen Themen eingereicht wurden, wieder, getragen von der Einsicht, daß die Aufhebung dieser produktionstechnischen Fesseln eine unerläßliche Voraussetzung für den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft sei.

Schlettwein, der die Mitglieder der Göttinger Akademie durch seine Preisschrift für sich zu gewinnen wußte, so daß sie ihm den ersten Preis zuerkannten, erhielt auch im folgenden Jahre, 1763, den ersten Preis für eine Aufgabe über die Verbesserung der Schafzucht, die genauso wie die vorherige die Tendenzen des landwirtschaftlichen Fortschrittes zum Ausdruck brachte. Die Schafhaltung, ein wesentliches Element der feudalen Wirtschaft im

43 Braunreuther, Kurt, Die Bedeutung der physiokratischen Bewegung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Ein geschichtlich-politökonomischer Beitrag zur Sturm-und-Drang-Zeit, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1954 (Ms.), S. 44.

44 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 10: Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien, Berlin 1960, S. 30.

45 Hannoverisches Magazin, 33. Stück, 1764, Sp. 513 ff.

System der Dreifelderwirtschaft und die Grundlage der feudalen Wollproduktion, erfreute sich seit dem Aufkommen des Physiokratismus besonderer Wertschätzung der Gutsbesitzer, vor allem aber der Landesfürsten; insbesondere mit der Verbreitung der Merinozucht, die die naturwissenschaftlich betriebene Schafhaltung einleitete, scheuten Gutsherren und Landesherren weder Kosten noch Mühe, um die einheimischen grobwolligen Schafrassen durch die begehrten spanischen Merinos zu verbessern.[46] War Schlettwein der bedeutendste Vertreter des deutschen Physiokratismus, so war Johann Gottlob Heinrich von Justi der herausragende Vertreter der deutschen Kameralistik, einer deutschen Besonderheit der politökonomischen Ideologie. Merkwürdig verlief sein Leben, voller Gegensätze waren seine verschiedenen Lebensbestrebungen. Er war ganz und gar ein Kind des an widerspruchsvollen Gestalten nicht armen 18. Jahrhunderts. Justi (1720 bis 1771) wirkte in Österreich, Hannover, Preußen und stand zeitweilig in dänischen Diensten. Geschickt und unstet wie er war, warf er sich auf Dutzende von Geschäften; er war ein "gelehrter Abenteurer", wie ihn der Berliner Aufklärer Nicolai nannte.[47] Er schriftstellerte viel, gab in Göttingen die "Göttingschen Polizeiamtsnachrichten" heraus, die er fast ausschließlich allein schrieb und die bald einen großen Abnehmerkreis fanden. An der Göttinger Universität las er Ökonomie, Kameral- und Finanzwissenschaften, auch Mineralogie, Handelsgeschichte und Polizeiwissenschaften. Als Polizeiwissenschaftler ist Justi in Deutschland und in Europa bekannt geworden. Zwar hat er die Polizeiwissenschaften systematisiert, aber als Lehre sind sie für die Entwicklung des bürgerlich-politökonomischen Denkens uninteressant. Doch kamen Justi einige Verdienste zu, als er der Ökonomie als selbständige Disziplin an den Universitäten eine Heimstatt zu verschaffen suchte; auch übte er ziemlich starke Kritik an den Mißständen in der feudalen Landwirtschaft im Interesse des Landesfürsten. Justi brachte wohl überhaupt die Lehre von der Landwirtschaft in eine etwas übersichtliche Ordnung und erwarb sich dadurch einen recht weitreichenden Einfluß im deutschen Sprachgebiet, ohne jedoch im Gegensatz zu dem späteren Beckmann die Landwirtschaft von der Kameralistik klar abzugrenzen. Auch bei der Beurteilung der gewerblichen Zustände sind die Bemerkungen Justis mitunter recht kritisch, und mancher von ihm unterbreitete Vorschlag diente ohne Zweifel der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung.[48] Ein so vielseitig und wissenschaftlich interessierter Mann war auch Mitglied verschiedener Akademien. Als Göttinger Akademiemitglied hat er zahlreiche ökonomische Preisaufgaben vorgeschlagen, und mit Sicherheit ist anzunehmen, daß einige seiner Entwürfe die Grundlage verkündeter Preisaufgaben abgaben.[49] Die von Schlettwein gewonnene Preisaufgabe über die Verbesserung der Schafzucht wurde zweifellos von Justi in ihren Grundzügen formuliert. Natürlich hat er sich auch selbst an Preisaufgaben beteiligt und dabei sein vielseitiges Talent unter Beweis gestellt.

Bereits 1747 konnte Justi den Preis der Berliner Akademie für seine Abhandlung über die Leibnizsche Monadenlehre, die die Akademie und die gebildete Welt in Aufruhr versetzt hatte[50], entgegennehmen. 1761 verlieh die Münchener Akademie Justi den ersten Preis für die von ihm eingereichte Preisschrift, deren Frage lautete: "Worin haben der fränkische Könige und der Herzogen in Bayern agilolfingischen Stammes wechselseitige Rechte und Verbindlichkeiten bestanden? und haben erste in Bayern einige Krongüter oder über herzogliche Kam-

46 Vgl. Jacobeit, Wolfgang, Schafhaltung und Schäfer in Zentraleuropa bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1961, S. 36.

47 Zit. nach Selle, Götz v., Die Georg-Augustus-Universität zu Göttingen 1737 - 1937, Göttingen 1937, S. 106.

48 Vgl. Justi, Johann Heinrich Gottlob v., Vollständige Abhandlung von denen Manufacturen und Fabricken, T. 1, Kopenhagen 1758, S. 42, 47, 85, 227.

49 Vgl. AAW Göttingen, Ökonomische Preisfragen, Scient. 195, 9, Bl. 10.

50 Vgl. dazu Harnack, Adolf, a. a. O., Bd. 1, S. 403 ff.; Spiess, Otto, a. a. O., S. 119; Dissertation qui a remporti le prix proposé l'Académie Royale des Sciences et Belles-Lettres sur le système des Monades avec les Pièce qui ont concouru, Berlin 1748.

mergüter ein Obereigentum gehabt?" Wie Kraus urteilt, war die prämierte Schrift zwar "kein Erzeugnis gelehrter Gründlichkeit, doch geschickt aus den bekannten Tatsachen zusammengefügt, klar im Aufbau und gewandt im Stil" und sie faszinierte "durch die in Bayern noch kaum geübte pragmatische Verknüpfung der Ereignisse".[51] Sie kam sehr genau den bayerischen Vorstellungen entgegen, und das trug ihm auch die Sympathie der Historischen Klasse ein. Im selben Jahr trug Justi auch noch den zu vergebenden ersten Preis der Philosophischen Klasse davon. Er hatte ihre große ökonomische Aufgabe aus dem Gebiet des Pflanzenbaues und der Düngerlehre bearbeitet. Die Preisaufgabe, die die Aufmerksamkeit Justis auf sich zog, hieß: "Was tragen die Pflanzen selbst zur Zubereitung ihres Nahrungssaftes bei? Und was ist hingegen bei dem ungleichen Wachstum der Verschiedenheit des Erdreiches zuzuschreiben? Lassen sich die verschiedene Güte desselben und bei dem schlechten Erdreich die mangelnden Stücke, besonders in Absicht auf den Ackerbau, durch chemische Versuche auf eine brauchbare Art bestimmen?"

In seiner Antwort geht Justi nicht so sehr auf die naturwissenschaftliche Fragestellung ein, sondern er nimmt die gesellschaftlichen Hemmnisse, die einem fruchtbaren Ackerbau im Wege stehen, aufs Korn. Von der Voraussetzung ausgehend, daß der "blühende Zustand der Landwirtschaft von überaus großer Wichtigkeit für die bürgerliche Gesellschaft" ist, der Grund, "worauf das gesamte Gebäude von der Wohlfahrt des Staates ruht", kritisiert er die Mängel der bestehenden feudalen Agrarverfassung: die Frondienste, die Bedrückung der Bauern, die Leibeigenschaft. "Die Mängel sind so groß und so unheilbar", daß man sie vernünftigerweise abschaffen muß. Er verweist dabei auf England, den einzigen Staat in Europa, "welcher seine Landwirtschaft in einen ziemlich hohen Grad der Vollkommenheit gesetzt hat; wenn das glückliche und reiche England jährlich für 8 bis 10 Millionen Reichstaler Getreide ausführt, und mithin alle Jahre um so viel reicher wird, so ist die Ursache lediglich darinnen zu suchen, daß wir von allen diesen Mängeln und Gebrechen in diesem glücklichen und weislich regierten Lande gar nichts erblicken ..." Erst wenn die erwähnten Mängel überwunden sind, die Leibeigenschaft also aufgehoben wird, können Ackerbau und Viehzucht verbessert und intensiviert werden.[52] Die Preisschrift mit ihren klaren Forderungen, treffenden Vergleichen und brauchbaren produktionstechnischen Anregungen, die auf eine solide naturwissenschaftliche Kenntnis schließen lassen, überzeugte die Münchener Akademie ungemein, so daß sie ziemlich einmütig das Siegerurteil fällte.[53]

Der gewiß nicht alltägliche Fall, daß Justi zwei Preise einer Akademie in einem Jahre gewann, hinterließ an der Berliner Akademie und in Hofkreisen einen nachhaltigen Eindruck. Mit diesen ungewöhnlichen Preisentscheidungen wurde eigentlich auch erst die Existenz der Münchener Akademie der Berliner Akademie so richtig bewußt. In den folgenden Jahren wurden zwischen beiden Akademien nützliche Verbindungen geknüpft und, angespornt durch das Beispiel von Justi, haben sich dann auch Berliner Gelehrte an Münchener Preisaufgaben versucht. Bereits ein Jahr nach dem Erfolg von Justi konnte sich Johann Albrecht Euler in die Siegerliste eintragen.[54]

Der Erfolg, den Justi in München verbuchen konnte, brachte ihm auch die Mitgliedschaft der Bayerischen Akademie ein. Im Jahre 1762 wurde er als auswärtiges Mitglied aufgenommen. Gestützt auf seine nunmehrige Mitgliedschaft, erhoffte er sich große Unterstützung von der Bayerischen Akademie für ein großangelegtes Gemeinschaftswerk nach dem Vorbild der von der Académie des sciences herausgegebenen "Description des arts et métiers". Dieses Unternehmen sollte, wie Justi dem Münchener Akademiesekretär, Kennedy, mitteilte, "dem

51 Kraus, Andreas, a. a. O., S. 274.
52 Abhandlungen der Churfürstlich-baierischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 4, T. 2, München 1767, S. 57, 58, 59, 60 ff., 89 f.
53 Vgl. Hammermeyer, Ludwig, a. a. O., S. 283.
54 Ebenda, S. 215.

Staat, insonderheit denen Manufaktures großen Nutzen verschaffen".[55] Die rege Mitarbeit, die Justi, dessen Freunde ihn "le Buffon des Allemands" nannten[56], in den ersten Jahren seiner Mitgliedschaft entfaltete, hat die Mitglieder der Bayerischen Akademie sehr beeindruckt. Der Direktor der Philosophischen Klasse, Osterwald, bot ihm im Jahre 1762 sogar eine leitende Stelle mit einem jährlichen Gehalt von 3 000 Talern an. Doch Justi lehnte das beachtliche Angebot ab. Friedrich II. hatte ihn als preußischen Berghauptmann gewonnen und als Oberaufseher aller königlichen Berg- und Eisenwerke eingesetzt und damit bessere Arbeitsmöglichkeiten versprochen. In dieser Eigenschaft hat Justi auch eine der ganz wenigen ökonomischen Preisaufgaben der Mannheimer Akademie bearbeitet und wiederum den ersten Preis erhalten für die Beantwortung der Frage: "Auf was vor eine leichtere und sowohl in Ansehung der Zeit als des Holzes weniger kostbare, durch die Erfahrung bewährte Art kann man aus den gewonnenen Kupfererzen Garkupfer erhalten?"[57]

Viele der eingereichten ökonomischen Preisschriften, die heute in München, Erfurt oder Berlin erhalten sind, erreichten natürlich bei weitem nicht immer das Niveau eines Schlettwein, Schubart oder Justi. Qualität und Quantität der Preisschriften hingen von dem Herkommen, der Bildung und dem Erfahrungsschatz der Bewerber ab. Aber fast immer enthielten sie wertvolle Anregungen, nützliche Hinweise, erhellten sie bestimmte Situationen des wirtschaftlichen und auch gesellschaftlichen Lebens. Johann Beckmann, einflußreiches Mitglied der Göttinger Akademie, hatte gerade diese Seiten im Sinn, wenn er bei der Beurteilung ökonomischer Preisschriften seine Akademie wissen läßt: "Ich sehe gar nicht ein, warum nicht ein Mann einen sehr guten Rat hier geben kann, der im übrigen im Ganzen eine sehr schlechte Schrift liefert."[58]

7. Die landwirtschaftlichen Preisaufgaben der Preußischen Akademie ...

Die Preisaufgaben, die Schlettwein, Schubart und auch Justi bearbeitet hatten, waren aus der Landwirtschaft genommen. Die Landwirtschaft war bekanntlich immer noch das Hauptgewerbe, und ihr Übergewicht in der feudalen Volkswirtschaft nahm naturgemäß auch auf das wissenschaftliche Leben der Akademien Einfluß. Davon war auch die Preußische Akademie der Wissenschaften, die größte und berühmteste in Deutschland, nicht unberührt. Seit den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts wurden auch eine Reihe naturwissenschaftlich-praktischer Preisaufgaben, insbesondere aus dem Bereich der Pflanzenernährung, ausgeschrieben. Wenn die Preisschriften auch noch keine befriedigenden Lösungen erbrachten, so gebührt aber der Preußischen Akademie doch das Verdienst, bereits seit den siebziger Jahren mit ihren Preisaufgaben die "Verwissenschaftlichung der Landwirtschaft" angestrebt oder unterstützt zu haben. Eine große Zahl von praktischen Landwirten hat diese Bestrebungen auch aufgegriffen oder ihnen zugestimmt. Besonders in den eingegangenen Preisschriften zu der für das Jahr 1769 ausgeschriebenen und wahrscheinlich von Gleditsch formulier-

55 Ebenda, S. 214.

56 Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 14, Leipzig 1881, S. 751. - Georges-Louis Leclerc, Comte de Buffon (1707 - 1788), Anhänger der französichen Aufklärung und des französischen Materialismus, Naturwissenschaftler und einer der bedeutendsten Schriftsteller des 18. Jh., seit 1739 Intendant des Jardin royal des plantes, schrieb die berühmte 36bändige "Allgemeine und spezielle Naturgeschichte", die eine klassische Zusammenfassung des naturhistorischen Wissens der Zeit darstellt und in viele Sprachen übersetzt wurde; er war ein Vorläufer der Darwinschen Entwicklungslehre.

57 Historia et Commentationes Academiae Electoralis Scientiarum et Elegantiorum Literarum Theodoro-Palatinae, Bd. 1, Mannheim 1776, S. 113.

58 AAW Göttingen, Ökonomische Preisfragen, Scient. 180, 3, Bl. 65.

ten Preisaufgabe "Über die Verbindung der Naturlehre mit der Landwirtschaft" wissen sich die Landwirte eins mit der Akademie, daß die Landwirtschaft ohne Wissenschaft, ohne Hebung des geistigen Niveaus der Bauern keine großen Fortschritte erzielen könne.

Auf diese Preisaufgabe, deren vollständiger Wortlaut ist: "Die Mittel zu bestimmen, die Naturlehre mit der Landwirtschaft in nähere Verbindung zu bringen als sie bisher gewesen und besonders den Einfluß der Naturlehre in die verschiedenen Teile der Landwirtschaft auf brauchbare Gründe zu bringen", haben die meisten Bewerber immer wieder geantwortet, daß es notwendig sei, die "Ökonomie mit der Mathematik", die "theoretischen Wissenschaften mit den praktischen" zu verbinden.[59] Mit Mathematik meinte man nicht so sehr die Wissenschaft der Zahlen, sondern exakte Bestimmung, vernünftige Behandlung des Ackerbaues, Anwendung der ratio; man benutzte sie in der ursprünglichen Bedeutung des griechischen Wortes mathema - des genauen Wissens. Dabei wurden auch schon gewisse dialektische Zusammenhänge gewonnen, wenn es zum Beispiel heißt: "Wer in (der) Wissenschaft Vergnügen findet, dem ist bekannt, daß alle Wahrheiten miteinander in Verbindung stehen und eine aus der anderen hergeleitet" wird.[60] Man gelangte zu der Einsicht, daß "eine jede gesittete Nation elend (ist), wenn die theoretischen Wahrheiten, besonders die Mathematik, zwar zu hohen Graden der Vollkommenheiten steigen, und doch zu wenig Gebrauch von ihnen gemacht (wird), die Künste zu verbessern, die öffentlichen Bedürfnisse zu erleichtern. Ein Land ist glücklich, wenn die Theoretiker samt den Ökonomen in beständiger Aktivität und Verbindung stehen und also auf alle Vorteile bedacht sind, die auf diesen Wissenschaften für jedes Gewerbe im Lande anbringlich sind".[61] Der Verfasser der letzten Sätze, der sich als Verteidiger der Wolffschen Philosophie wie auch als Kenner der Werke des "unsterblichen (Arthur) Young" ausgab, konstatierte auch sehr richtig, daß eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und die Verbindung von Naturwissenschaft und Landwirtschaft zu keinen großen Erfolgen führen könne, wenn nicht die feudalen Hindernisse beseitigt sind. Die Quelle der Rückständigkeit der preußischen Landwirtschaft, die besonders auf den Bauernwirtschaften anzutreffen sei, findet der Verfasser "in den Eigentumsherren der (Guts)wirtschaften, die ... einem unermüdlichen Trieb zum Despotismus" erlegen seien.[62]

Lag mit der Preisfrage nach der Verbindung der Landwirtschaft mit der Naturwissenschaft zweifellos das Bemühen der Akademie zugrunde, grundsätzliche, das heißt theoretische Fragen der qualitativen Entwicklung der agraren Produktivkräfte aufzuwerfen, um die Ansichten der Praktiker und Gelehrten zu erfahren, so griff die Akademie bei agrarökonomischen Preisaufgaben auf ganz bestimmte Prozesse in der Landwirtschaft zurück, die der Akademie für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte von Bedeutung zu sein schienen. Nach reichlicher Beratung der verschiedenen eingereichten Entwürfe hatte sie aus dem agrarökonomischen Bereich folgende Preisaufgaben verkündet:

Für 1783 Welche Futterkräuter sind für alle Bodenarten am vorteilhaftesten?

Für 1788 Die Möglichkeit der Einführung der ganzjährigen Stallfütterung.

Für 1792 Über die Anwendbarkeit, den Nutzen oder die Schädlichkeit der Koppelwirtschaft in der Mark Brandenburg.

Für 1800 Über die verschiedenen Arten des Düngers.

Nur vier Preisfragen aus der praktischen Landwirtschaft hat die Berliner Akademie gestellt. Es war eine geringe - und gemessen an der Zahl der Göttinger ökonomischen Preisaufgaben aus dem Gebiet der Landwirtschaft -, eine sehr geringe Anzahl. Doch man muß der Berliner

59 AAW Berlin, Preisschrift Naturlehre, 1769, Nr. 10; Nr. 9, § 8.
60 Ebenda, Nr. 5, Bl. 6.
61 Ebenda, Nr. 9, § 9, 10.
62 Ebenda.

Akademie, zumindest den Mitgliedern der Physikalischen Klasse, Gleditsch, Marggraf, Tempelhof, Meckel, Achard und anderen, bescheinigen, daß sie mit diesen vier Fragen drängende, aktuelle, wichtige Probleme der landwirtschaftlichen Produktion berührten. Die Preisfragen waren logisch begründet, eine Frage ergab sich aus der anderen, sie standen in unmittelbarem und wechselseitigem Zusammenhang. Sehen wir von den Produktionsverhältnissen einmal bewußt ab, so war in produktionstechnischer Hinsicht die eine Frage ohne die andere nicht zufriedenstellend lösbar. Sie waren Voraussetzung und Folge zugleich. Sie beinhalteten aus der landwirtschaftlichen Produktionssphäre wichtige produktionstechnische Notwendigkeiten, auf die es in jener Zeit ankam, wenngleich andere, ebenso wichtige produktionelle Fragen, wie zum Beispiel Fruchtwechselwirtschaft, Hack- und Ölfruchtanbau, von der Akademie nicht beachtet, nicht erkannt oder in den verkündeten Preisaufgaben nur ungenügend akzentuiert worden sind. Und vielfach können wir auch, wenn wir die Agrargeschichte des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts durchleuchten, feststellen, ohne jedoch einer Verallgemeinerung das Wort zu reden, daß in der Landwirtschaft die produktionstechnischen Veränderungen in jener Reihenfolge begannen, wie die Akademie ihre agrarökonomischen Preisaufgaben verkündete: Futterbau, Stallfütterung (Dunganfall), Übergang zu intensiveren Anbausystemen - und unabhängig von den Preisaufgaben. Denn wir müssen uns im klaren sein, daß die Preisaufgaben nur den fortschrittlichsten Teil der Landwirte angesprochen hatten. Viele gutsherrschaftliche Betriebe und Domänen, die begonnen hatten, ihre Wirtschaft neu zu gestalten, haben, ohne daß sie etwas von den Preisaufgaben wußten, im großen und ganzen den beschriebenen Ablauf der Produktionsveränderungen beschritten. Landwirte, die dem Fortschritt gegenüber aufgeschlossen waren und von den Preisaufgaben Kenntnis hatten, fanden sich entweder in der Richtigkeit ihres Vorgehens bestätigt oder sie begannen, im Sinne der akademischen Anregungen zu wirken.

Wenn wir die ökonomischen Preisaufgaben in ihrer Fragestellung genauer untersuchen, so erlauben sie wohl mit einiger Berechtigung die Aussage, daß sie die im Schoße der feudalen Gesellschaftsordnung sich entwickelnden neuen Produktivkräfte widerspiegelten. Es waren dabei Entwicklungen, die bereits weit über das Keimhafte hinausgewachsen waren. Die Akademien fixierten mit den Preisaufgaben sichtbare ökonomische Tendenzen, produktionstechnische Tendenzen. Die Akademien waren aber nicht nur "ökonomische Seismographen", soweit sie sich mit wirtschaftlichen Entwicklungen abgaben, sondern sie wiesen mit ihren ökonomischen Preisaufgaben auf bestimmte wünschenswerte Richtungen hin. Übten aber die Akademien nicht auch, gleichgültig, ob es ihnen bewußt war oder nicht, Kritik an dem feudalen Ackerbau, an der erstarrten Dreifelderwirtschaft, die dem Fortschritt hemmend entgegenwirkte, indem sie die Landnutzung nur innerhalb des von ihr gesteckten Rahmens zuließ, aber alle Abweichungen hiervon vereitelte, die immer wieder den fehlerhaften Kreislauf reproduzierte: geringe Erträge, schlecht gefüttertes Vieh, geringer Dunganfall, mangelhafte Düngung, geringe Erträge und so fort? Der Ausweg aus diesem circulus vitiosus, die Überwindung der überholten und den gesellschaftlichen Bedürfnissen nicht mehr entsprechenden Dreifelderwirtschaft konnte nur in einem verstärkten Futteranbau liegen, der eine Verbesserung der Viehfütterung und des Dunganfalls bewirkte und den Übergang zu intensiveren Ackerbausystemen ermöglichte.

Produktionstechnischen Problemen galten diese vier Preisaufgaben der Berliner Akademie. Die Akademie stand auf diesem Gebiet mit gewissen Einschränkungen auf der Höhe der Zeit. Aber man vermißte diejenigen Preisaufgaben, die erkennen ließen, daß gesellschaftliche und produktionstechnische Voraussetzungen erforderlich waren, wenn ein ungehinderter produktionstechnischer Fortschritt erreicht werden sollte. Man vermißte die agrarpolitischen Aufgaben, die zur Beseitigung der Hutungsrechte, zur Aufhebung des Flurzwanges aufriefen, die die Separation, die Verbesserung der bäuerlichen Verhältnisse, die Aufhebung der Leibeigenschaft anregten. Entscheidenden Fragen war die Akademie also ausgewichen. Hier war die Göttinger Akademie der Berliner voraus. Auch die Göttinger Akademie hatte zum Beispiel im Jahre 1780 und später Preisfragen aus dem Bereich des Pflanzenbaues, der Stall-

fütterung und Düngung verkündet. Sie hatte aber auch bereits im Jahre 1762 und 1772 zwei Preisaufgaben über die Gemeinheitsteilung und über die "Abfassung der Frondienste" ausgeschrieben. Beide Preisfragen zeugten von der Einsicht der Göttinger Akademie, daß die Beseitigung der Gemengelage, der Gemeinheiten und des Flurzwanges sowie die Aufhebung der bäuerlichen Frondienste unbedingte Voraussetzungen eines jeglichen produktionstechnischen Fortschrittes waren. Diese Einsicht ist um so bemerkenswerter, weil sie von einer anerkannten und offiziellen wissenschaftlichen Institution ausgesprochen worden war. Schlettwein und Westfeld, die beiden Preisträger der genannten Göttinger Aufgaben, haben in ihren Antworten jeder auf seine Weise überzeugend die Schädlichkeit der feudalen Wirtschaftsverfassung nachgewiesen.[63] Was die Berliner Akademie versäumte, nicht erkannte oder welche Gründe es auch immer gewesen sein mögen, die Preisschriftenbewerber haben es auf ihre Art gutgemacht. In ihren Antworten gingen sie auf die notwendigen Voraussetzungen ein, die zu erfüllen waren, ehe Klee, Stallfütterung und neue Fruchtfolgen eingeführt werden konnten.

8. ... und ihr Widerhall in der Öffentlichkeit

Die Berliner agrarökonomischen Preisaufgaben fanden im Vergleich zu ähnlichen Aufgaben der Erfurter, Göttinger und Münchener Akademie einen großen Widerhall in der Öffentlichkeit, insbesondere unter den praktischen Landwirten. Wenn Harnack bemerkt, daß die Zahl von 42 eingereichten Preisschriften zu der von Friedrich II. durchgesetzten Preisfrage vom Nutzen der Täuschung des Volkes einen Ausnahmefall dargestellt habe, weil kaum sonst mehr als jeweils ein Dutzend Schriften von der Akademie bearbeitet worden sind, so lag doch die Zahl der landwirtschaftlichen Preisschriften erheblich über dem Durchschnitt. Die von Johann Christoph von Wöllner angeregte und begründete Preisfrage über die Koppelwirtschaft fand allein über vierzig Bewerber. Wöllner bewies mit seiner Fragestellung, daß er ein recht akutes Problem aufgegriffen hatte, sonst hätte diese Preisaufgabe nicht so eine starke Resonanz in der Landwirtschaft gefunden. Die Frage über die ganzjährige Stallfütterung wurde von knapp vierzig Bewerbern beantwortet, während die Göttinger Akademie bei einer fast gleichlautenden Frage nur den Eingang von zwei oder drei Schriften verzeichnen konnte. Die Preisfrage über den Futterkräuteranbau wurde von etwa 25 Landwirten bearbeitet. Eine ähnliche Frage der Göttinger Akademie konnte nur drei Interessenten bewegen, sich der Bearbeitung der entsprechenden Aufgabe zu unterziehen. Aus diesen Zahlen läßt sich also der gute Ruf und die Anziehungskraft der Preußischen Akademie der Wissenschaften auch unter den Landwirten erkennen.

Wie die philosophischen und naturwissenschaftlichen Preisschriften gingen auch die agrarökonomischen Schriften aus ganz Deutschland und aus dem Ausland ein. Vor allem Frankreich hat verschiedene Preisschriften zu einzelnen Themen geliefert. Gaben die philosophischen Preisschriften einen wichtigen Aufschluß über den geistigen Zustand der Nation in einem bestimmten historischen Augenblick, so dokumentierten die agrarökonomischen Preisschriften bestimmte wirtschaftliche Strömungen in der Landwirtschaft zu einer bestimmten Zeit, widerspiegelten sie die ökonomischen Auffassungen geistig regsamer und strebsamer Landwirte.

63 Vgl. AAW Göttingen, Ökonomische Preisfragen, Scient. 196, vol. I u. II, 27; Westfeld, Christian Friedrich Gotthard, Über die Abstellung des Herrendienstes, Lemgo 1773. - In Westfelds Schrift kommen stark physiokratische Gedanken zum Ausdruck. Er fordert die Umwandlung der Frondienste in Geldleistungen. "Der Geist der alten deutschen Verfassung" sei überholt, weil er "nicht auf die Glückseligkeit eines großen Ganzen" gerichtet sei (ebenda, S. 61). In fortschrittlichen Zeitungen wurde die Abhandlung lobend hervorgehoben und die Fürsten zur Beherzigung der Grundsätze Westfelds angehalten (vgl. z. B. Der Teutsche Merkur, Bd. 6, 1774, S. 357).

Im allgemeinen bekannte sich die übergroße Mehrzahl der Preisbewerber, die fast durchweg nicht nur die Erfahrungen aus ihren eigenen Gütern, sondern auch die anderer Güter und oft ganzer Kreise berücksichtigten, zum ökonomischen Fortschritt. Die Verfasser beantworteten die von der Akademie gestellten Preisfragen fast immer im positiven Sinne. Nur sehr wenige Preisbewerber nahmen einen entgegengesetzten Standpunkt ein. Doch nicht nur der ökonomische Fortschritt wurde in den Preisschriften vertreten, sondern sie waren auch vielfach von antifeudalem Gedankengut durchdrungen, wie sie überhaupt die Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts reflektieren. So ergriff beispielsweise Schubart vom Kleefelde in seiner 1783 gekrönten und in neun Auflagen zusammen mit dem von ihm verfaßten berühmten Vorwort "Gutgemeinter Zuruf an alle Bauern, die Futtermangel leiden" veröffentlichten Preisschrift unmißverständlich Partei für die ausgebeutete Bauernschaft und stellte die feudalen Produktionsverhältnisse bereits bewußt in Frage. Die Preisschrift, die wesentlich zur Ausdehnung des Kleebaues im Normalackerbau sowohl auf den Gutsbetrieben als auch auf den bäuerlichen Wirtschaften beitrug, erfüllte eine wichtige Funktion im Klassenkampf. Die herrschende Klasse, insbesondere in Sachsen, war sich der Gefährlichkeit dieser Schrift auch bewußt. Sie warf Schubart vor, daß er durch "Zuruf" und Preisschrift "zur Unzufriedenheit mit der herrschenden Landesverfassung, ja zum Aufruhr wider die bestehende Ordnung aufgereizt" habe.[64] Es wäre daher auch untersuchenswert, ob Preisschrift und "Zuruf" einen nennenswerten Einfluß auf den sächsischen Bauernaufstand von 1790 ausgeübt haben.

9. Wer waren die Preisbewerber?

Fast drei Viertel der der Berliner Akademie eingereichten agrarökonomischen Preisschriften, wenn nicht noch mehr, stammten von Angehörigen des Bürgertums.[65] Ihr Anteil an der Entwicklung der agraren Produktivkräfte im grundherrschaftlichen Westen wie im gutsherrschaftlichen Osten Deutschlands seit der Mitte des 18. Jahrhunderts war recht beachtlich. Und wenn wir nun bei den ökonomischen Preisschriften ebenfalls das Vorherrschen des bürgerlichen Elements nachweisen können, so war das sicherlich kein zufälliger Parallelismus. Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte und Teilnahme an akademischen ökonomischen Preisaufgaben waren letztlich nur zwei Seiten ein und derselben Medaille. Was in der Landwirtschaft ausprobiert, experimentiert, entwickelt und für gut befunden wurde, hatte eben manchen bürgerlichen Landwirt bewogen, dies in einer Preisschrift niederzuschreiben. Die Akademie erhielt dadurch Kenntnis von seinen produktionstechnischen Fortschritten, der Landwirt hatte berechtigte Hoffnung auf Anerkennung durch die höchste wissenschaftliche Institution des Landes, auf einen begehrenswerten Preis und vielleicht auf literarischen Erfolg, wenn seine Schrift gedruckt in die Hände fortschrittlicher Landwirte gelangte. Auf diese Weise wurden fortschrittliche Erkenntnisse und Tatbestände verbreitet, konnten aufgeschlossene Landwirte unzählige Anregungen zur Verbesserung der eigenen Wirtschaft empfangen.

Von den bürgerlichen Preisschriftenautoren ist besonders der große Anteil der Pächter, das belebende kapitalistische Element der feudalen Landwirtschaft, zu nennen. Unter den Pächtern waren es wiederum die Domänenpächter, die eine reichliche Anzahl von Preisschriften eingesandt hatten. So offenbart auch das Preisschriftenwesen recht überzeugend die geistige und wirtschaftliche Regsamkeit der bürgerlichen Pächterklasse, wie es bereits in anderen Untersuchungen nachgewiesen werden konnte. Die Domänen- und Rittergutspächter, kapital-

64 Schmiedecke, Adolf, Johann Christian Schubart. Edler von Kleefeld. Ein bedeutender Förderer der Landwirtschaft und der Bauernbefreiung (Zeitz 1956), S. 32.

65 Vgl. die ausführlichere Darstellung der Preisschriften und die soziologische Bestimmung der Preisschriftenbewerber in Müller, Hans-Heinrich, a. a. O., S. 154 ff.

kräftig, unternehmungsfreudig, rechnend und berechnend, profitlustig, rationalistisch-kapitalistischen Anschauungen weitgehend zugänglich, waren in der Regel die Pioniere des landwirtschaftlichen Fortschritts, sie rangierten unter den Trägern des Fortschritts zweifellos an führender Stelle.

Auch protestantische Geistliche, die ihrer Herkunft nach zum Bürgertum zu rechnen sind, beteiligten sich am akademischen Wettbewerb. Die Preise für die beste Lösung der "Stallfütterung" und der "Verbindung der Landwirtschaft mit der Naturlehre" wurden zwei pommerschen Geistlichen zugesprochen. Die Geistlichen haben sich überhaupt recht lebhaft beteiligt. Unter den 38 gekrönten Arbeiten während Friedrichs II. Regierungszeit wurden zehn von ihnen verfaßt. Nach dem Tode Friedrichs II. ist der Prozentsatz protestantischer Geistlicher unter den von der Akademie Gekrönten noch größer gewesen.[66] Viele von den Geistlichen, insbesondere der Landgeistlichen, die durch den Besitz von Pfarräckern und Rentenbezug eine unmittelbare Beziehung zur Landwirtschaft besaßen, haben ja in der Aufklärungszeit des 18. Jahrhunderts eine nicht geringe Rolle gespielt. Geleitet von einer Lehre, die tätiges Christentum predigte, haben die Landgeistlichen durch Nutzbarmachung ihrer allgemeinen Bildung für die Verbreitung besserer ökonomischer Ansichten und durch eigenes Vorangehen in der zweckmäßigen Bewirtschaftung ihrer Pfarräcker ebenso für die materiellen Zustände der ihnen anvertrauten Gemeinden gesorgt wie auf religiösem Gebiet. "Dank ihrer Mittlerstellung zwischen Theorie und Praxis" haben "sie viele Neuerungen in den bäuerlichen Wirtschaften eingeführt".[67] Was im Norden Deutschlands die protestantischen Geistlichen, waren im Süden die Benediktiner, die hervorragenden Anteil an geisteswissenschaftlichen, aber auch an ökonomischen Preisaufgaben der Münchener oder Mannheimer Akademie nahmen.

Unter den eingegangenen Preisschriften der Preußischen Akademie waren, was wir ganz besonders hervorheben wollen, auch drei oder vier bäuerliche Schriften. Wie ein westfälischer Bauer in seiner Einleitung schreibt, "wird (es) vielleicht bei der Hohen Akademie der Wissenschaften eine seltene Erscheinung sein, wenn ein Bauer so verwegen ist, eine Preisfrage zu beantworten".[68] Zugegeben, bäuerliche Preisschriften sind im allgemeinen sehr gering an Zahl und "seltene Erscheinungen", um in der Lesart des westfälischen Bauern zu bleiben. Aber die Seltenheit oder Einmaligkeit sollte doch nicht so sehr als reine Zufälligkeit gewertet werden, sondern vielmehr als ein Ausdruck der bäuerlichen Bestrebungen zur Verbesserung der Landwirtschaft, die am Ende des 18. Jahrhunderts ein viel größeres Ausmaß erreicht hatten, als man bisher anzunehmen pflegte.

Bauern, die sich an Preisaufgaben beteiligten, waren ganz gewiß selbstbewußte Bauern; wenn sie ihre schriftlichen Ausarbeitungen zudem noch an eine der führenden Akademien, die glanzvolle Namen zierte, sandten, so besaßen sie zweifellos auch eine gehörige Portion Zivilcourage. Vertiefen wir uns in ihre Schriften, empfinden wir sofort, daß es keine Erzeugnisse gründlicher Gelehrsamkeit sind, es sind aber aufschlußreiche Zeugnisse bäuerlicher Betriebsamkeit und ländlichen Fühlens. Vor allem aber vermitteln sie uns einen unmittelbaren Anschauungsunterricht über die Verbesserung der bäuerlichen Produktion, was andere Quellengattungen nicht oder nur selten gewähren. Aus ihren Preisschriften können wir entnehmen, daß die Bauern neue Kulturen, wie Klee, Kartoffeln, Rüben und anderes anbauten, die Stallfütterung einführten und die Erträge steigerten; gleichzeitig bezeugen sie aber auch antifeudale Verhaltensweisen, wenn die Verfasser gegen feudale Abgaben zu Felde ziehen oder die

66 Vgl. Harnack, Adolf, a. a. O., Bd. 1, S. 399 f.

67 Schröder-Lembke, Gertrud, Die Einführung des Kleebaues in Deutschland vor dem Auftreten Schubarts von dem Kleefelde, Berlin 1954, S. 27 = Wissenschaftliche Abhandlungen, hg. v. d. Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin, Bd. 10.

68 AAW Berlin, I, 5 a 2, 1783, Nr. 3.

feudale Eigentumsordnung angreifen. Ihre Preisschriften sind daher auch Dokumente des Klassenkampfes.[69]

Wir stehen erst ganz am Anfang bei der Erforschung der ökonomischen Wirksamkeit der Akademien. Die vorliegende Studie kann daher auch gar nichts anderes sein als ein erster allgemeiner Überblick. Vieles bedarf noch einer eingehenden Untersuchung und der marxistischen Einschätzung. Ein weites Feld bietet sich dem marxistischen Wirtschafts- und Wissenschaftshistoriker und der Akademiegeschichtsschreibung an.

69 Ebenda, Nr. 15; 5 a 3, 1788, Nr. 16, 16 a.

Verzeichnis der landwirtschaftlichen (agrarökonomischen) Preisfragen

Akademie der Wissenschaften zu Göttingen

1753 Was gibt es in hiesigen königlichen deutschen Landen für Gewächse, deren Gebrauch zu den Manufakturen oder anderen menschlichen Bedürfnissen noch unbekannt ist?

1756 Vom Bau der Seeländischen Krappe und wie diese Pflanzen in den zunächst an der See liegenden Gegenden mit Nutzen gebaut werden können?

1757 Die Art und Weise, aus dem Waid eine dem Indigo nahekommende Farbe zuzubereiten?

1758 Kann man nicht gesundes und auf etliche Wochen haltbares Brot aus Kartoffeln backen? Kann man ein haltbares Mehl daraus bereiten?

1758 Ob das Einweichen des Getreides in dazu dienliche Mischungen die Fruchtbarkeit desselben sehr befördere und wieweit man den Dünger dabei ersparen könne?

1759 Ob ein künstliches durch Versuche bewährtes Mittel ausfindig zu machen sei, unsere Landwolle an Güte, Feine und Weichheit der spanischen oder wenigstens der englischen gleich zu machen?

1760 Die wahre Natur und Kur des Rostes im Getreide.

1761 Ob die Einteilung des Ackerbaues in gewisse Felder der Landwirtschaft zuträglich, oder ob vielmehr die englische Art des Ackerbaues, nach welcher jedermann erlaubt ist, seinen Acker jährlich nach seinem Gefallen zu nutzen und sogar mit einem lebendigen Zaun zu umgeben, vorzüglich sei?

1762 Ist es für die Vermehrung der Einwohner eines Landes vorteilhafter, die Gemeinheiten aufzuheben, und einem jeden, der daran teil hat, oder auch neuen Anbauern davon ein verhältnismäßiges Stück eigentümlich zu seinem alleinigen Gebrauch und Befriedigung einzuräumen? oder ist es vorzüglich, ja vielleicht der Hut und Weide halber notwendig, wenn die Gemeinheiten auf dem Fuße gelassen werden, wie sie jetzt sind?

1763 Eine Frage über die Verbesserung der Schafzucht.

1764 Eine Frage über die künstliche Bewässerung von Wiesen.

1765 Wie kann man die Bienenstöcke vor den schädlichen Raupen bewahren?

1766 Ist ein wirklicher Vorteil darin, mit den Arten des Getreides abzuwechseln, nämlich Roggen, Weizen und Gerste, als deren Bau und Natur dieselben Säfte zur Nahrung bedürfen?

1766 Ob sich keine gelbfärbende Materie finden lasse, die so beständig als Krapp und Waid wäre?

1769 Ist es, um Nahrung und Gewerbe in einem Staat blühend zu erhalten, unumgänglich nötig, daß die Einwohner in den Städten die städtischen Nahrungen, als Braugerechtigkeiten, Handlung, Künste, Handwerker, Manufakturen, Fabriken usf., für sich allein behalten und der Landmann daran keinen Anteil nehmen dürfe? Oder würde es, den Staat überhaupt betrachtet, unschädlich, ja vielleicht vorteilhaft sein, wenn benannte städtische Nahrungszweige auch auf dem Lande zu treiben, verstattet wäre: weil daselbst gemeiniglich die Lebensmittel, auch Handarbeit wohlfeiler als in den

Städten sind, folglich Getränke und die aus rohen Produkten verfertigten Waren um geringere Preise geliefert werden könnten? Müssen, im ersteren Falle, nicht die Städte von den Nahrungsarten des Landmanns, als Ackerbau, Viehzucht usf. ganz abstehen; den Landmann aber doch einige der notwendigen, insonderheit zur Wartung des Ackerbaues unentbehrliche Handwerker verstatten? Und wie würden alsdann die Nahrungsarten sowohl den städtischen Einwohnern als den Landleuten solchergestalt anzuweisen sein, daß die ihnen zukommenden Beschäftigungen auf die möglichst deutlichste Art bestimmt sind. Welche Arten der Nahrung endlich darf man ohne Nachteil beider in den Städten und auf dem Land verstatten? Dabei fragt sich doch: Ob man unter dem Namen der Städte auch die jenigen kleinen Örter mit verstehen müsse, welche zwar städtische Gerechtsame haben, dennoch aber sich vom Ackerbau vornehmlich nähren?

1771 Welches sind die Vorteile der einen und der anderen Art, das Feld zu bestellen, mit Ochsen oder mit Pferden und unter welchen Umständen und Bedingungen ist das eine vorteilhafter als das andere?

1772 Inwiefern und unter welchen Umständen die Anlegung beträchtlicher Kornmagazine dem Kornhandel und dem Lande überhaupt nachteilig oder nützlich oder gleichgültig sei? Wie diese Magazine mit den wenigsten Kosten anzulegen und zu erhalten, auch dergestalt zu verwalten sein, daß dem Lande daraus der meiste Nutzen zuwachse? Welche Folgen aus den öffentlichen Kornmagazinen in den Ländern, wo dergleichen befindlich sind, entstanden? und welche Folgen deren Mangel veranlasset habe?

1773 Ist es ratsam, in einem Lande die Frondienste abzuschaffen? und welches sind die vorteilhaftesten Mittel sowohl die Abschaffung einzurichten als den Unbequemlichkeiten, welche die Sache haben kann, und den Folgen davon zu begegnen?

1773 Ist die Theorie, daß man niemals Kornzuschläge machen, nie das Branntweinbrennen verbieten, sondern den Kornhandel und dessen Konsumtion in alle Wege unbeschränkt lassen müsse, auf die Churfürstlich-Braunschweig-Lüneburgischen Lande mit Nutzen anzuwenden?

1775 Da nach der gewöhnlichen Meinung der Rotz der Pferde eine ansteckende Krankheit sein soll, diese Behauptung aber von verschiedenen neueren Pferdeärzten gänzlich verneint worden, so wird aus unzweifelhaften Erfahrungen und Versuchen entweder die ältere oder die neuere Meinung auf eine überwiegende Art zu bestätigen sein.

1776 Was für Gewächse wachsen noch im Hannoverischen wild, welche besonders von dem Landmann ohne Verabsäumung seiner übrigen Geschäfte mit erheblichem Vorteil genutzt werden könnten und deswegen ihm bekannt gemacht zu werden verdienten?

1777 Wiederholung der Preisfrage vom Jahre 1775 über den Rotz der Pferde.

1778 Welches für den Landmann den gründlichsten Unterricht geben wird, wie er sich bei den verschiedenen Wetterschäden in Absicht seiner Getreidefelder zu allen Jahreszeiten zu verhalten habe?

1778 Der gründlichste, vollständigste und deutlichste Unterricht vom landwirtschaftlichen Handel oder Unterricht, wie die Landwirte bei dem Verkauf ihrer gewonnenen Produkte und beim Einkauf der zur Landwirtschaft nötigen Waren am vernünftigsten und vorteilhaftesten zu verfahren haben.

1779 Wiederholung der Preisfrage vom Vorjahre über den landwirtschaftlichen Handel.

1779 Eine genaue Beschreibung derjenigen Insekten, welche die Gewächse in den Treibhäusern und Mistbeeten (insonderheit auf den Melonenbeeten) heimsuchen und Anzeige derjenigen Mittel, welche sie, ohne Verletzung der Gewächse selbst, abhalten und vertilgen.

1780 Es soll gezeigt werden, welches Verhältnis zwischen den verschiedenen Teilen der Niedersächsischen Landwirtschaft (nämlich zwischen dem Pflanzenbau und der Viehzucht und den einzelnen Teilen von beiden) sowohl für den Staat als für die Landwirte das vorteilhafteste sei?

1781 Wiederholung der Preisfrage vom Vorjahre über das Verhältnis zwischen Pflanzenbau und Viehzucht.

1781 Welches sind die besten Mittel zur Einführung der Stallfütterung in Niedersachsen; sowohl diejenigen, welche die Polizei dazu gebrauchen kann als auch die, welche die Landwirte selbst anzuwenden haben?

1782 Da in Jahren, worin die Witterung dem Wunsch der Bienwärter gemäß ausfällt und sonst keine andere anscheinende Ursache eintritt, dennoch die Honigernte oft weit unter der Erwartung ist: ob sich hinlängliche Ursachen und Vorbedeutungszeichen davon anführen lassen? welche vermutlich in der Auflösung der Frage: woher der Honig entsteht, liege?

1783 Unter welchen Umständen kann es den niedersächsischen Landwirten vorteilhaft sein, ihre gewonnenen Produkte zu verarbeiten und welche Verarbeitungen sind sowohl in Absicht auf die Landwirte als auf das gemeine Beste die zuträglichsten?

1784 Würde es den Landwirten in Niedersachsen vorteilhaft sein, ihre Getreidefelder einzuschließen oder zu befriedigen?

1785 Welches sind die kräftigsten Mittel, die Gewinnung der Küchengewächse, vornehmlich auf den Dörfern, zu verbessern?

1786 Da die Reinlichkeit in den Haushaltungen der Landleute einen großen Einfluß auf ihre Gesundheit, Munterkeit und Sitten hat, so wünscht man die besten Mittel zu wissen, wodurch auf den Dörfern in Niedersachsen eine der Lebensart der Landleute gemäße Reinlichkeit eingeführt werden könne?

1786 Da die mehrsten Dörfer eine unbequeme, unsichere - viele auch eine ungesunde Einrichtung haben, welche sich bei abgebrannten Dörfern verbessern ließe, so wünscht man 1) Den besten Plan zu wissen, wonach solche wieder aufgebaut werden könnten 2) Die Mittel, solchen Plan auszuführen: wobei aber nicht die Bauart der einzelnen Häuser und Höfe, als vielmehr die Anordnung und Einrichtungen des ganzen Dorfes überhaupt gemeint ist.

1787 Wie können die Fleischtaxen in Städten am sichersten bestimmt werden? oder durch welche Verfügungen kann der billigste Preis des Fleisches bewirkt werden?

1788 Ist es ratsam, bei einem hohen Preise des Getreides das Branntweinbrennen in einem Lande zu verbieten?

1789 Ist es vorteilhafter, das Bier von den von der Obrigkeit angenommenen Bedienten in öffentlichen Brauhäusern nach einer vorgeschriebenen Weise oder von einzelnen Bürgern in ihren Häusern brauen zu lassen, so wie das Brotbacken dem Bäcker überlassen ist?

1790 Unter welchen Umständen und auf welche Weise kann ein Regent Gelder, die er in seinem Land gegen niedrige Zinsen haben kann, mit sicherem Gewinn an Urbarmachung wüster Gegenden oder Anlegung neuer Dörfer verwenden?

1793 Ist ein wahrer Schaden für den Staat zu besorgen, wenn die willkürliche Verkleinerung der Bauernhöfe (jedoch bei gleichförmiger Verteilung der darauf haftenden Abgaben und Pflichten) ohne Einschränkung erlaubt wird?

1794 Kann auch bei der niedersächsischen Landwirtschaft das Getreide zu Ersparung der Scheunen in Feimen gelegt werden und wie können die dabei vorkommenden Schwierigkeiten am besten gehoben werden?

1795 Wie ist das Rechnungswesen bei großen Landwirtschaften am besten dergestalt einzurichten, daß man nicht etwa nur den Ertrag des ganzen Guts, sondern auch den gänzlichen Aufwand und die sämtlichen mittelbaren und unmittelbaren Einnahmen, also den reinen Ertrag eines jeden Produkts oder Artikels des Pflanzenbaues und der Viehzucht mit Leichtigkeit und Zuverlässigkeit ersehen könne, so wie dieses bei den mannigfaltigen Artikeln der Handlung durch die doppelte Buchhaltung möglich wird?

1799 Hat die Inokulation der Pocken bei den Schafen wahren Nutzen, sichert sie wider die Ansteckung und was für Regeln sind alsdann dabei zu beobachten? Die Societät wünscht, daß die Beantwortung durch zuverlässige Erfahrungen bestätigt werde.

1800 Durch welche Mittel kann der Gartenbau oder die Gewinnung der Gartengewächse auf den Dörfern am kräftigsten befördert werden?

1803 Welches sind die besten Mittel, die schädlichen Würmer und Insekten von Fischteichen abzuhalten und sie aus denselben zu vertreiben?

1803 Würde die Kultur des türkischen Weizens (Zea mays) bei der niedersächsischen Landwirtschaft im Großen anzuraten sein? Warum wird diese Frucht noch zu wenig genutzt? Wie würde sich ihre Nutzung gegen unsere jetzt gebräuchlichen Getreidearten verhalten?

1804 Die beste Beschreibung und Charakteristik derjenigen Arten und Abarten des Kohls (Brassicae Linnei), welche in Europa gebaut werden, nebst ihren Namen in den verschiedenen europäischen Sprachen.

1805 Die beste Geschichte der Benutzung der Domänengüter in Deutschland von den älteren Zeiten bis auf die neuesten.

1806 Von den Wirkungen des verschiedenen Futters auf das Fleisch, das Fett, die Milch, die Häute, die Wolle der Tiere, welche in der deutschen Landwirtschaft gezogen werden.

1807 Welche Wirkungen haben die verschiedenen Arten des Düngers bei einerlei Land auf die Eigenschaften der darauf gezogenen Pflanzen?

1808 Die vorteilhafteste Einrichtung eines großen landwirtschaftlichen Hofes, sowohl in Absicht der Lage desselben gegen die darin gehörigen Ländereien, als auch vornehmlich in Absicht der besten Anordnungen und Stellung der landwirtschaftlichen Gebäude.

1808 Welches sind die sichersten und schnellsten Mittel, einen durch Krieg ruinierten Staat, dessen Wohlstand ehemals mehr auf Landwirtschaft als Fabriken und Handlung begründet war, wieder aufzuhelfen?

1809 Wie kann dasjenige, was die dienstpflichtigen Bauern für die ihnen erlassenen Fronen ihren Gutsherren ersetzen müssen, am richtigsten und billigsten bestimmt und verteilt werden?

1810 Welche Wirkungen auf die Beschaffenheit und Menge des Honigs und Wachses hat man bisher von der Verschiedenheit der Pflanzen, des Klimas und der Witterung sicher bemerkt?

1810 Wie kann das Medizinalwesen für Flecken und Dörfer oder für das platte Land am besten eingerichtet werden?

1811 Wie können die Brauereien in Niedersachsen dergestalt verbessert werden, daß die Biere den englischen gleicher werden?

1811 Welches sind die sichersten Mittel, den Rübsamen (Brassicae napus silvestris und Brassicae campestris) auf den Äckern wider die schädlichen Insekten zu sichern?

Kurpfälzische Akademie der Wissenschaften zu Mannheim

1765 Wo findet sich wohl in der Kurpfalz diejenige Mergelerde, womit man anderswo gewisse Felder oder Äcker zu verbessern oder zu düngen pflegt. Auf welchen Äckern kann diese Erde am nützlichsten gebraucht werden?

1765 Ist die Bienenzucht in der Kurpfalz besser als bisher geschehen einzuführen? Was ist derselben besonders zuträglich und nützlich? Was ist ihr zuwider und hinderlich?

Kurbayerische Akademie der Wissenschaften zu München

1760/1 Was tragen die Pflanzen selbst zur Zubereitung ihres Nahrungssaftes bei? Und was ist hingegen bei dem ungleichen Wachstum der Verschiedenheit des Erdreiches zuzuschreiben? Lassen sich die verschiedene Güte desselben, und bei schlechtem Erdreich die mangelnden Stücke, besonders in Absicht auf den Ackerbau, durch chemische Versuche auf eine brauchbare Art bestimmen?

1762/3 Was ist die Ursache des periodischen Ab- und Zunehmens der unterirdischen Gewässer, welche der gemeine Mann in Bayern Hüdeln zu nennen pflegt? Rühren die Moräste oder moosartigen Gründe und der Wachstum des Torfs von dieser Gattung Ebbe und Flut her? Wie sind dergleichen Moräste in jeder Lage am leichtesten, sichersten und mit den wenigsten Unkosten auszutrocknen und am besten zu tüchtigen Feld- und Wiesengründen zu bringen?

1763/4 Die Frage des Vorjahres wurde wiederholt.

1764/5 Ist es nach Gründen, die aus der Naturlehre hergeleitet werden müssen, möglich, die hierländische gemeine Wolle durch eine Art der Zubereitung der englischen, wo nicht allerdings gleich, doch an Güte und Feine sehr nahe zu bringen, und, wenn es möglich, wie muß diese Zubereitung mit allen Umständen geschehen?

1767/8 Ist der bayerische Hopfen dem böhmischen an Güte gleich? In wem besteht allenfalls ihr Unterschied? Wie muß der inländische Hopfen von der Pflanze an bis zu seinem Gebrauch im Bierbrauen behandelt werden, daß er dem böhmischen in allem oder doch wenigstens in den Haupteigenschaften gleich komme?

1768/9 Ob, und was für Mittel gibt es, die Hochgewitter zu zerteilen und eine Gegend vor Schauer und Hagel zu bewahren?

1776 Welches sind die besten Mittel, das Wachstum des Holzes in Bayern überhaupt zu fördern? Welcher Boden ist für jede Gattung des Holzes der tauglichste? Und welche ist die vorteilhafteste Lage oder Stellung für die Samenbäume zum Holzanflug?

1785/7 Was für eine Wirkung hat das Abfeuern des Geschützes auf Wetterwolken? Was lehrt in Rücksicht auf die verschiedenen Lagen die Erfahrung? Ist es als Mittel gegen die Wetter- und Hagelschäden einzuführen? Oder als den eigenen oder als den nachbarlichen Fluren gefährlich zu verbieten?

1803/5 Was sind in Bayern und der oberen Pfalz oder auch in den übrigen dermaligen kurfürstlichen Staaten für Naturprodukte vorhanden, welche eine größere Aufmerksam-

keit verdienten als denselben bisher geschenkt worden ist? Und welche von diesen Produkten wären dazu geeignet, um mit der Bearbeitung und der Vervollkommnung derselben mehrere Menschenhände fabrikmäßig beschäftigen zu können? Zugleich wünscht aber auch die Akademie, daß die theoretisch begründete Verfahrensart angegeben werde, wie selbe bearbeitet werden müssen, um ihnen als Kunstprodukt nicht bloß im In-, sondern auch im Auslande Absatz zu verschaffen.

1807 Letzte Frage wurde wiederholt mit dem Zusatz, a) daß die Akademie zufrieden sei, wenn die Beantwortung der Frage auch nur in Ansehung der Produkte einer einzigen Provinz oder auch selbst nur in Rücksicht eines einzigen wichtigen Gegenstandes zweckmäßig und erschöpfend geschieht, b) daß sie auch bereit sei, eine, das Ganze erschöpfende Preisschrift mit einer doppelten Preismedaille zu hundert Dukaten zu belohnen.

Kurfürstlich Mainzische Akademie nützlicher Wissenschaften zu Erfurt

1762 Wie verbessert man die Öle von inländischen Sämereien, daß solche zum Genusse und zum Gebrauche der Menschen schmackhafter und dienlicher sind?

1777 Ist der Gips für hiesige Gegenden ein nützliches Düngungsmittel?

1777 In welchem Maße ist es möglich, den Waid durch besondere Bereitung an Güte und Farbe dergestalt zu erhöhen, daß man in Zukunft weniger Indigo braucht, als bisher allenthalben geschehen?

1777 Wie und wo die Holzanpflanzungen in dem Erfurtischen Staate, auch außer den Waldungen, am schicklichsten, leichtesten und geschwindesten zu befördern seien?

1779 Welches sind außer den bekannten und bereits üblichen, nämlich dem Esparsette (hedysarum onobrychis), dem Schnecken- oder Stotternheimer Klee (Luzerne, medicago satira) und dem spanischen Klee (trifolium pratense), die besten Futterkräuter, die im Erfurtischen Gebiete besonders auf kahlen Kalkbergen und mergelsteinigen Äckern am vorteilhaftesten anzubringen und zu benutzen sind?

1793 Wie ist dem hiesigen so sehr einreißenden Holzmangel vorzubeugen?

1794 Die Frage vom Vorjahr wurde wiederholt.

1799 1. Sind alle in den Obstverzeichnissen stehende, so zahlreiche und verschiedene Fruchtbäume, welche man gewöhnlich das französische Obst nennt, lauter Spielarten der Natur, die nur durch die Kunst, d. i. durch das Pfropfen und Inoculieren und nicht durch den Samen fortgepflanzt werden können?
2. Gibt es außer dem Pirus communis und Pirus malus Linn, dem gemeinen wilden Birnen- und Apfelbaum, keine Stamm- oder Mutterbäume mehr, die sich ohne die künstlichen Methoden des Einäugelns und Pfropfens aus dem Samen erziehen lassen? Wie heißen diese Stammbäume, wenn solche bestehen, und wo sind sie zu Hause?
3. Hat man in Deutschland oder anderswo Versuche gemacht und ist es ganz erwiesen worden, daß, wenn man z. B. 1a Calville Blanche, Reinette d'or etc oder von den guten Birngattungen die Kerne einsammelt, sie ausstreut, Stämme und Früchte erzieht, diese letzteren an Güte abnehmen und ihre Formen ändern, und wenn man von diesen letzteren abermals Keime sät, und so stufenweise fortfährt, man in der absteigenden Linie am Ende wieder den wilden Apfel erhalte?
4. Wie lange ist es schon, daß man das Pfropfen und Inoculieren im Pflanzenreiche anwendet? Welches sind die ältesten Schriftsteller, die hiervon mit einiger Bestimmtheit Meldung tun?

5. Kannte man schon vor der Anwendung des Inoculierens und des Pfropfens die besseren Obstfrüchte und hat man vielleicht diese künstlichen Methoden nur deswegen angewendet, um dadurch diese delikaten Obstarten, weil sie nicht durch den Samen fortzupflanzen waren, auf diese Weise zu vervielfältigen?

6. Wie lange kennt man schon diese sogenannten französischen Obstarten? Welcher Schriftsteller erwähnt ihrer zuerst?

7. Wenn diese Früchte nicht von jeher gewesen waren, sondern durch Menschenfleiß entstanden, wie und auf welche Art ist dieses geschehen?

8. Wie konnten diese künstlichen Methoden, das Zweigen und Inoculieren, auf die Hervorbringung so vieler der besseren Obstarten wie unserer Väter angewendet worden sein?

9. Hatte uns vielleicht die Natur durch ihre geheimen Wege und schon ehe der Mensch Hand anlegte, noch außer ihren Stamm- und Mutterbäumen, die sich unverändert durch den Samen erhalten und fortpflanzen lassen, mit einigen solcher Varitäten und schmackhaften Früchten beschenkt, von welchen dann unsere Urväter den Samen ausgestreut und noch mehrere und bessere Früchte erhalten haben?

10. Duhamel Physiques des arbres, Part. Fol. 3 p. 295 ist der Meinung, daß die so verschiedenen Obstvaritäten durch wechselseitige Befruchtung und Mischung des Samenstaubes entstanden sind. Hat man diese Meinung allgemein angenommen und welche ältere und neuere gute Schriftsteller erwähnen diesen Umstand?

11. Sind aber wirklich alle diese vortrefflichen Früchte durch Menschenfleiß hervorgebracht worden und ist diese Kunst nicht verlorengegangen, so muß ja auch dieser Teil der Kultur, worauf man soviel verwendet, in unserem Jahrhundert gewonnen haben. Welche Früchte sind daher in demselben als neu und zuvor nicht existierend bekannt geworden?

1800 Wiederholung der Fragen von 1799.

Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin

1769 Die Mittel zu bestimmen, die Naturlehre mit der Landwirtschaft in nähere Verbindung zu bringen als sie bisher gewesen und besonders den Einfluß der Naturlehre in die verschiedenen Teile der Landwirtschaft auf brauchbare Gründe zu bringen.

1783 1) Welche Futterkräuter sind überhaupt zum trockenen oder frischen Gebrauche von einem jeden Grundstück die vorteilhaftesten und besten, sie mögen in Grasung, Blatt- oder Wurzelwerk und kleineren Kräutern bestehen?

2) Welche sind darunter ihrer gesunden und nahrhaften Eigenschaften halber am leichtesten und häufigsten, auch bald mit wirklichem Nutzen zu erziehen?

3) Welche Bestellungsarten und Unterschiede müssen dabei in Acht genommen werden?

1788 1) Ob die so vorteilhafte Stall- und Kleefütterung des Rindviehes, der Schafe und Pferde mit Aufhebung der natürlichen Wiesentrift und der Weide überall eingeführt werden könne oder nicht?

2) Durch welche Erfahrungen und Gründe würde man im ersteren Falle erweisen, daß, wenn dieses überall geschehen sollte, alle Landgüter dadurch, auch ohne Nachteil der übrigen Bedürfnisse des Staates, am höchsten genutzt würden?

3) Welche Erfahrungen und Folgen könnten den vorigen noch entgegengesetzt werden?

1792 1) Unter welchen Umständen ist die Koppelwirtschaft überhaupt betrachtet, einem Staate nützlich oder schädlich?

2) Kann die Mark Brandenburg bei ihren größtenteils hohen, leichten und zum natürlichen Graswuchs wenig geschickten Feldern die Koppelwirtschaft dennoch mit Vorteil einführen?

3) Worin kann der Nutzen davon für den Privateigentümer und für den Staat bestehen? und

4) Ist das Vorgeben gegründet, daß die Einführung der Koppelwirtschaft der Bevölkerung in der Mark Brandenburg schädlich sei?

1800 Was für anderweitige Materien gibt es, welche bei dem Ackerbau in Ermangelung des gewöhnlichen Düngers dessen Stelle vertreten und mit gleichen wesentlichen Nutzen zur Beförderung der Vegetation angewendet werden können?

DIE REFLEXION DER ARBEITERBEWEGUNG IN DER REGIERUNGSPRESSE VOR DEM ERSTEN WELTKRIEG

Eine vornehmlich quantitative Analyse (Böhmen und Mähren)

von Erika Behm/Jürgen Kuczynski

Wie vorsichtig hatten wir in unserer ersten Studie dieser Art, die Ungarn betraf[1], formuliert und abschließend gesagt:

"Selbstverständlich gelten diese Schlußfolgerungen vorläufig nur für Ungarn. Weitere, international vergleichende Untersuchungen werden uns zeigen, ob diese Forschungsergebnisse eine allgemeinere Bedeutung haben bzw. ihre Aussagen zu modifizieren sind."

Als wir dann Deutschland[2] auf Grund der Streikberichterstattung im Berliner "Vorwärts" und in der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" untersuchten, stellten wir mit ein wenig staunender und deshalb nur um so größerer Freude fest, daß die Untersuchungsmodelle, die wir für Ungarn, das heißt für die Streikberichterstattung in der Budapester "Volksstimme" und im "Pester Lloyd" konstruiert hatten, auch für Deutschland zu verwenden waren. Die Zahl der von der Arbeiterpresse gemeldeten Streiks im Lande war auch hier weit größer als die im Regierungsorgan genannten. Was die Streiks im Ausland betrifft, so berichtete das Regierungsorgan auch in Deutschland im allgemeinen weit ausführlicher als die Arbeiterpresse. Es gab jedoch inländische Streiks, an denen auch die herrschende Klasse Deutschlands, genau wie die Ungarns, ein besonderes Interesse hatte und denen sie viel Raum widmete.

III. Böhmen und Mähren

Zu Beginn unserer Untersuchung der Presse in Böhmen und Mähren, bzw. der "Tschechischen Lande", wie die fortschrittlichen Kräfte damals (1913) sie auch nannten, sagten wir uns: Wenn die Modelle für so verschiedene gesellschaftliche Einheiten wie das relativ stark agrarische, von den Österreichern in Abhängigkeit gehaltene Ungarn und für das Deutsche Reich gleichzeitig zu verwenden sind, dann haben sie sicherlich ihre Gültigkeit auch für die ebenfalls von den Österreichern in Abhängigkeit gehaltenen "Tschechischen Lande". Und so gingen wir auch an die Untersuchung der "Bohemia", des Organs der österreichischen Verwaltung in Prag, und des Reichenberger "Vorwärts" heran.

Die erste Überraschung, die wir erlebten, gab uns der "Vorwärts". Dieser war eines der besten Organe der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Sein junger verantwortlicher Redakteur Karl Kreibisch war später ein hervorragender Funktionär der Kommunistischen

1 Vgl. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4.
2 Vgl. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 3.

Partei der Tschechoslowakei. Die politische Linie des "Vorwärts" war, im Gegensatz zu seinem Berliner Bruderorgan, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges klar marxistisch, weswegen auch der Reichenberger "Vorwärts" im Kriege (ab 29. Juli 1914) verboten war. Seine politische Berichterstattung, insbesondere auch über die Kongresse der internationalen Arbeiterparteien, war ausgezeichnet. Jedoch - obgleich er eine spezielle Sparte für Arbeiterkämpfe hatte, beschäftigte er sich kaum mit Streiks, so daß die Berichterstattung über Streiks in Böhmen und Mähren (und erst recht für Österreich als Ganzes) im "Vorwärts" nicht besser war als in der "Bohemia". Ganz offenbar überließ der "Vorwärts" die Streikberichterstattung im großen und ganzen den Gewerkschaftsblättern.

Eine zweite Überraschung, anderer Art jedoch, brachte unsere Suche nach Streiks von besonderem Interesse für die herrschende Klasse. Wir hatten solche in Ungarn gefunden - Streiks der Rauchfangkehrer (Schornsteinfeger) und Apothekergehilfen, deren Unternehmer ja nicht große Kapitalisten waren und die das "Konsumleben" der herrschenden Klasse "ärgerlich störten" -, wir hatten sie für Deutschland gefunden - Streiks der Werft- und Hafenarbeiter, von besonderer Bedeutung für die herrschende Klasse, die ihre imperialistische Zukunft "auf dem Wasser" sieht. Auch für die "Tschechischen Lande" gab es einen "Streiktyp" von besonderem Interesse für die herrschende Klasse - keine Streiks von Arbeitern, auch keine von Angestellten, sondern Streiks von "Nationalitäten" an Universitäten und anderen Hochschulen, Streiks für tschechische Fakultäten in Böhmen und Mähren oder auch für italienische in Dalmatien. Eine Art von Streik, die in den meisten imperialistischen Ländern damals unbekannt war. Eine Streikart, die die Arbeiterbewegung im allgemeinen weder kannte noch anerkannte, weshalb sie (auch der Reichenberger "Vorwärts") damals, wenn überhaupt, dann nur als eine Kuriosität über sie berichtete.

Schließlich machten wir bei unserer Untersuchung in Prag - reichlich verspätet! - die "Entdeckung", daß es eine Art von Streiks gibt, die die herrschende Klasse und insbesondere ihre Presse stets auf das intensivste erregt: Streiks von Zeitungssetzern und -druckern (auch Streiks, die die Papierzufuhr oder die Verteilung der Zeitungen behindern). Hier haben wir eine Art von Streiks, die in jedem Lande von der Presse der herrschenden Klasse sorgfältig registriert und verfolgt wird.

Die allgemein geringe Zahl von Streikmeldungen und die daraus sich ergebenden Besonderheiten veranlaßten uns, den schon zuvor gemachten drei Modellkonstruktionen noch eine vierte hinzuzufügen.

Untersuchen wir nun die Entwicklung für Böhmen und Mähren im einzelnen auf Grund von: "Vorwärts" (R = Reichenberg) und "Bohemia" - sowie im Vergleich für Ungarn: "Volksstimme" und "Pester Lloyd" - und für Deutschland: "Vorwärts" (B = Berlin) und "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (NAZ).

Zunächst geben wir eine Übersicht über die "nationalen" Streik- und Aussperrungsmeldungen, das heißt für unser Untersuchungsgebiet Meldungen für das "Österreichische Staatsgebiet", im folgenden abgekürzt Österreich genannt. (Siehe statistische Übersicht 1)

Wenn wir in unserer Deutschland-Studie schrieben:

"Es zeigt sich, wie erwartet, daß das Regierungsorgan praktisch keine Berichterstattung über Streiks und Aussperrungen hat, ob es sich um Ungarn mit seinem zum Beispiel auf dem Kulturgebiet relativ liberalen 'Pester Lloyd' oder um Deutschland und die durch und durch reaktionäre 'NAZ' handelt",

dann müssen wir für Böhmen und Mähren feststellen, daß die Zahl der Meldungen im Organ der Sozialdemokraten sowie im Regierungsorgan in dem hier untersuchten Modell fast gleich ist.

Statistische Übersicht 1

Gemeldete Streiks und Aussperrungen+

Zeitung	Januar 1914		Februar 1914	
	Streiks	Aussperrungen	Streiks	Aussperrungen
"Volksstimme"	8	6	12	5
"Pester Lloyd"	1	2	-	1
"Vorwärts" (B)	15	6	11	8
"NAZ"	4	-	2	-
"Vorwärts" (R)	3++	2	1	1
"Bohemia"	2	1	2	-

+ Es handelt sich in diesem Modell stets nur um die erste Meldung über einen Streik oder eine Aussperrung in den Monaten Januar und Februar 1914.

++ In einzelnen Meldungen über den Buchdruckerstreik ist mehrmals von Streik und Aussperrung die Rede. Wir haben solche Meldungen jedoch jeweils nur einmal und als Streik gezählt.

Im Januar meldete der "Vorwärts" (R) 5 Streiks und Aussperrungen, die "Bohemia" 3, im Februar waren es 2 in jeder der beiden Zeitungen. Davon entfielen auf Böhmen und Mähren insgesamt 9 Meldungen.

Leider besitzen wir keine amtlichen Gesamtstatistiken für einzelne Monate, wohl aber für Jahreszeiten, das heißt zum Beispiel für den Winter im Jahre 1914, das heißt für Januar, Februar und Dezember 1914 insgesamt. Da im Dezember 1914 wegen des Krieges praktisch nicht gestreikt wurde, können wir die amtlichen Zahlen für diese drei Monate mit denen für Januar und Februar identifizieren. Es ergibt sich dann:

Streiks im Januar und Februar 1914

"Vorwärts" (R)	4
"Bohemia"	4
Amtlich+	40

+ Vgl. Die Arbeitseinstellungen und Aussperrungen in Österreich während des Jahres 1914, hg. v. K. K. Arbeitsstatistischem Amte im Handelsministerium, Wien 1916.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß von den 40 Streiks nur 16 auf Böhmen und Mähren entfielen, muß die Streikberichterstattung in "Vorwärts" (R) und "Bohemia" ganz kümmerlich erscheinen.

Betrachten wir nun, wie in den vorangegangenen beiden Studien, unser zweites Modell, das eine Übersicht aller Streik- und Aussperrungsmeldungen (auch wenn mehrere Meldungen den gleichen Streik oder die gleiche Aussperrung betreffen) enthält, und sich nicht auf Meldungen aus Österreich beschränkt, sondern auch solche aus der ganzen Welt ("international") wiedergibt.

Statistische Übersicht 2

Streik- und Aussperrungsmeldungen in den beiden ersten Monaten des Jahres 1914

Januar

Zeitung	Streiks		Aussperrungen	
	National	International	National	International
"Volksstimme"	10	16	8	1
"Pester Lloyd"	16	128	5	-
"Vorwärts" (B)	22^{+}	50^{++}	6^{+o}	2^{++}
"NAZ"	4^{+}	114^{++}	-	1^{++}
"Vorwärts" (R)	62	23	3	1
"Bohemia"	26^{oo}	21	1	1

\+ Dazu 4 Meldungen von Zuzugssperren, 28 von Betriebssperren und 7 Meldungen von drohenden Streiks und Aussperrungen im "Vorwärts" (B) und nicht eine einzige entsprechende Meldung in der "NAZ". - Meldungen von Zuzugs- bzw. Betriebssperren wurden als solche nur dann gezählt, wenn sie nicht im Zusammenhang mit Streik- bzw. Aussperrungsmeldungen veröffentlicht wurden.

++ Dazu 6 Meldungen von drohenden Streiks und Aussperrungen im "Vorwärts" (B) und 9 entsprechende Meldungen in der "NAZ".

o Die an verschiedenen Orten stattgefundene und in einer Meldung gegebene Aussperrung der Granitarbeiter Sachsens wurde, wie stets in unseren Streik- und Aussperrungsstatistiken, als eine Aussperrungsmeldung gezählt.

oo Dazu 1 drohender Streik.

Februar

Zeitung	Streiks		Aussperrungen	
	National	International	National	International
"Volksstimme"	16	3	5	-
"Pester Lloyd"	-	37	1	-
"Vorwärts" (B)	24^{+o}	34^{++}	13^{+}	3^{++}
"NAZ"	2^{+}	39^{++}	-	-
"Vorwärts" (R)	25	6^{oo}	2	$-^{oo}$
"Bohemia"	12	6	-	$-^{oo}$

\+ Dazu 4 Zuzugssperren, 20 Betriebssperren und 12 Meldungen von drohenden Streiks und Aussperrungen im "Vorwärts" (B) und nicht eine einzige entsprechende Meldung in der "NAZ".

++ Dazu 4 Meldungen von drohenden Streiks und Aussperrungen im "Vorwärts" (B) und 2 in der "NAZ".

o Die "Differenzen" im Schneidergewerbe in etwa 60 deutschen Städten wurden als eine Streikmeldung gezählt.

oo Und 1 Meldung von einem drohenden Streik im "Vorwärts" (R) sowie je eine Meldung von einer drohenden Aussperrung im "Vorwärts" (R) und in der "Bohemia".

Untersuchen wir zuerst die Zahlen, die Österreich betreffen:

Während wir an Hand des ersten Modells feststellten, daß die Zahl der nationalen Meldungen im Organ der Sozialdemokraten sowie im Regierungsorgan fast gleich ist, zeigt uns das

zweite Modell, welches alle, nicht nur die erste Streik- oder Aussperrungsmeldung erfaßt, daß der "Vorwärts" (R) mehr als doppelt soviel nationale Meldungen brachte als die "Bohemia". Sehen wir uns dazu noch folgende Analyse an:

Österreichische Streik- und Aussperrungsmeldungen

Januar 1914	"Vorwärts" (R)	"Bohemia"
Insgesamt	65	27
Davon:		
Buchdruckerstreik	61	21
Andere Streiks und Aussperrungen	4	6
Darunter:		
Streik der Hörer an der Wiener Exportakademie	-	5

Februar 1914	"Vorwärts" (R)	"Bohemia"
Insgesamt	27	12
Davon:		
Buchdruckerstreik	27	10
Andere Streiks und Aussperrungen	-	2
Darunter:		
Streik der Hörer an der Wiener Exportakademie	-	2

Der "Vorwärts" (R) berichtet also gegenüber der "Bohemia" fast dreimal so oft über den Buchdruckerstreik. Schließen wir den Streik der Buchdrucker sowie der Hörer an der Wiener Exportakademie aus, dann brachte der "Vorwärts" (R) im Januar 4 Meldungen gegenüber nur 1 Meldung in der "Bohemia", im Februar dagegen haben beide Zeitungen keine einzige andere nationale Meldung.

Wenden wir uns nun den internationalen Meldungen in diesem Modell zu. Wenn wir in der Deutschland-Studie schrieben:

"Die Übersicht zeigt die - nach unserer Ungarn-Studie schon nicht mehr so überraschende - Tatsache, daß das Regierungsorgan, das so kümmerlich über nationale Streiks berichtet, über Streiks außerhalb Deutschlands weit mehr Meldungen hat als das Organ der Arbeiterbewegung",

dann müssen wir für die Presse der "Tschechischen Lande" sagen, daß die Zahl der internationalen Meldungen im Januar und Februar 1914 in beiden Organen fast gleich ist. Und wenn wir weiter feststellten:

"... das Organ der Bourgeoisie ist vor allem an Streiks außerhalb des Landes interessiert",

kann man das für die "Bohemia" nicht voll übernehmen, wie die nachstehende Gegenüberstellung zeigt:

Nationale und internationale Streik- und Aussperrungsmeldungen

Januar und Februar 1914

"Vorwärts" (R) Meldungen insgesamt	darunter internationale	"Bohemia" Meldungen insgesamt	darunter internationale
122	30 = 25 %	67	28 = 42 %

58 Prozent aller Meldungen in der "Bohemia" betreffen das Inland, jedoch berichtet der "Vorwärts" (R) mit 75 Prozent natürlich immer noch häufiger als das Regierungsorgan über nationale Streiks und Aussperrungen.

Untersuchen wir an dieser Stelle auch noch die Berichterstattung beider Zeitungen über Südafrika. In unserer Deutschland-Studie hieß es dazu:

"Und wenn wir in unserer Ungarn-Studie schreiben: 'Insbesondere konnte der «Pester Lloyd» offenbar gar nicht genug Meldungen über den Generalstreik im fernen Südafrika bringen. Von den 165 nichtungarischen Streikmeldungen entfallen allein 100 auf den Streik in Südafrika. Sie hatten in den Augen des «Pester Lloyd» ungefährliches Sensationsinteresse. Das gilt im allgemeinen auch für die anderen Auslandsstreikmeldungen, wenn bei einigen auch politisches Interesse in den Vordergrund rückt - insbesondere bei Streikmeldungen aus Rußland.

Vielleicht spielt auch die Tatsache eine Rolle, daß die Eigentümer des «Pester Lloyd» den Redakteuren in mancher Beziehung eine relativ liberale Haltung erlaubten - zum Beispiel hinsichtlich ausländischer Streiks im Gegensatz zu Streiks in Ungarn.' -

dann beobachten wir bei der 'NAZ' eher ein noch größeres Interesse für den Generalstreik in Südafrika, ohne daß von einer 'liberalen Haltung' in irgendeiner Richtung bei der 'NAZ' die Rede sein kann.

Während im 'Pester Lloyd' von 165 Streikmeldungen außerhalb Ungarns 100 auf den Streik in Südafrika kamen, waren es bei der 'NAZ' von 153 Streikmeldungen 105."

In unserer dritten Untersuchung wandelt sich nun das Bild, da die "Bohemia" einmal weit weniger internationale Meldungen bringt als die bereits untersuchten Regierungsorgane in Ungarn und Deutschland und da das Arbeiterorgan, der "Vorwärts" (R), im Januar und Februar 1914 mehr Meldungen über den Streik in Südafrika bringt als die "Bohemia":

Der "Vorwärts" (R) veröffentlicht insgesamt 30 internationale Streikmeldungen, davon entfallen 21 auf Südafrika, die "Bohemia" hat 28 solcher Meldungen und davon nur 13 über Südafrika.

Kommen wir nun zum dritten Problemkreis, für den wir auch ein Modell konstruiert haben: zur Frage der Streiks von besonderem Interesse für die herrschende Klasse eines bestimmten Landes.

Statistische Übersicht 3

Inlandsmeldungen über Streiks und Aussperrungen

Ungarn, Juni 1914

	"Volksstimme"	"Pester Lloyd"
Insgesamt	25	18
Davon:		
Streik der Apothekergehilfen	5	17
Andere Streiks und Aussperrungen	20	1

Deutschland, August 1913

	"Vorwärts" (B)	"NAZ"
Insgesamt	99	35
Davon:		
Streik der Werftarbeiter	39+	30
Andere Streiks und Aussperrungen	60	5

Österreich, November 1913

	"Vorwärts" (R)	"Bohemia"
Insgesamt	1	30
Davon:		
Streik an Hochschulen	-	28
Andere Streiks und Aussperrungen	1	2

+ Darunter 2 Hafenarbeiterstreiks

Für jedes Land ist hier der Monat gezählt, in dem ein Streik von besonderem Interesse für die herrschende Klasse stattfand. Und in jedem Land ist die Zahl der Meldungen gerade für diesen Streik im Vergleich zu anderen im Regierungsorgan überwältigend groß, während das Arbeiterorgan über andere Streiks viel mehr berichtet - mit Ausnahme des "Vorwärts" (R), der ja überhaupt kaum Streikberichte hat.

Die Rolle der Streiks von speziellem "Regierungsinteresse" verdeutlicht noch einmal die folgende Tabelle:

Streiks von besonderem Interesse für die herrschende Klasse des betreffenden Landes in Prozent der Gesamtstreik- bzw. Aussperrungsmeldungen

Land	Regierungsorgan in %	Arbeiterorgan in %
Ungarn	94	20
Deutschland	86	39
Österreich	93	0

Das Resultat dieser Übersicht ist doch recht frappierend!

Eine Besonderheit ergibt sich daraus, daß, wie schon bemerkt, beide Organe in Böhmen und Mähren so wenige Streiknachrichten bringen. Ihr Charakter wird sogleich deutlich, wenn wir die folgende Übersicht betrachten.

Statistische Übersicht 4

Inlandsmeldungen über Streiks im Juni und Juli 1914

Juni 1914	"Vorwärts" (R)	"Bohemia"
Insgesamt	4	4
Davon:		
Erste Meldungen im Juni	4	3
Weitere Meldungen	-	1

Juli 1914	"Vorwärts" (R)	"Bohemia"
Insgesamt	7	2
Davon:		
Erste Meldungen im Juli	4	2
Weitere Meldungen	3	-

Im Juni haben zwar beide Zeitungen dieselbe Gesamtzahl der Meldungen, berichten jedoch über ganz verschiedene Streiks. Im Juli dagegen hat der "Vorwärts" (R) doppelt soviel erste Streikmeldungen und berichtet auch über die beiden Streiks, die die "Bohemia" im Juli meldete.

Während die Juli-Übersicht einen inneren Sinn hat: man kann sagen: das Arbeiterorgan berichtet über mehr Streiks als das Regierungsorgan, entbehrt die Juni-Übersicht jeden inneren Sinnes, da von einer größeren Anzahl von Streiks jede der beiden Zeitungen sich, natürlich nicht ohne Motive, aber ohne tieferen sozialen Sinn, je vier aussucht. Sehen wir uns die vier Streikmeldungen im einzelnen an:

Juni-Streikmeldungen

"Vorwärts" (R)	"Bohemia"
1. Schneidergehilfen in Klagenfurt+	1. Erdwachsgrubenarbeiter in Boryslaw+
2. Kaolin- und Keramikarbeiter in Pomeisl	2. Färberei- und Appreturarbeiter in Asch
3. Schleifer in Josefsthal	3. Handschuhmacher in Asch
4. Bauarbeiter in Schluckenau	4. Zweite Meldung zum Handschuhmacherstreik in Asch

+ Außerhalb Böhmens und Mährens.

Keiner der Streiks hatte größere österreichische oder böhmisch-mährische Bedeutung; die Auswahl der Streiks zeigt kein ausgesprochenes Klasseninteresse. Das Modell hat keine "echte" Struktur, es ist ein Willkür-Modell.

Die Untersuchung für die "Tschechischen Lande", das heißt für Böhmen und Mähren, hat nach den Analysen für Ungarn und Deutschland eine Reihe neuer Gesichtspunkte vermittelt. Sie hat gezeigt, daß wir doch noch weiter von allgemeinen Schlußfolgerungen für die "Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg" entfernt sind, als man am Abschluß der Untersuchung von Deutschland, die so erstaunliche Ähnlichkeit der Resultate für Ungarn und Deutschland brachte, vermeinen mochte. Die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen ist darum ganz offensichtlich.

Nachbemerkung

Wir hatten für Ungarn einen Anhang mit den einzelnen Streik- und Aussperrungsmeldungen gegeben, da die Streikberichterstattung der Arbeiterpresse relativ gut war und da die amtliche Statistik schlecht war.

Wir hatten für Deutschland keinen Anhang gegeben, obgleich die Streikberichterstattung des "Vorwärts" gut war, da die Statistik der Gewerkschaften wie auch die amtliche Statistik sehr gut war und leicht zugänglich ist.

Wir geben für Böhmen und Mähren keinen Anhang, da die Berichterstattung über Streiks von Arbeitern ganz kümmerlich und die leicht zugängliche amtliche Statistik relativ gut war.

DIE ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT UNTER DEN BEDINGUNGEN DER INDUSTRIELLEN REVOLUTION UND DER WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN REVOLUTION IM KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS

II. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der VR Ungarn vom 7. bis 10. September 1971 in Quedlinburg

Nachdem auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und dem Historischen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften zu Budapest über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wirtschaftshistorischen Forschung bereits im Jahre 1969 in Budapest das erste wirtschaftshistorische Kolloquium über Fragen der Industriellen Revolution durchgeführt wurde, fand vom 7. bis 10. September 1971 in Quedlinburg das zweite Kolloquium statt. Es stand unter dem wissenschaftlichen Thema: "Die Entwicklung der Landwirtschaft unter den Bedingungen der Industriellen Revolution und der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus und Sozialismus". Zu dieser Tagung waren aus der VR Ungarn zehn Wirtschafts- und Agrarhistoriker unter Leitung von Akademiemitglied Z. P. Pach, Direktor des Historischen Instituts der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, gekommen. Aus der DDR nahmen dreizehn Vertreter des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften unter Leitung von Professor W. Jonas sowie einige Gäste von den Universitäten Berlin, Leipzig, Rostock, der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin und des Zentralinstituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin teil. Es wurden zwei Hauptreferate und einige Kurzreferate gehalten. Die Referate lagen den Teilnehmern schon vor dem Kolloquium schriftlich vor, so daß sich die Referenten auf wenige Erläuterungen zu wichtigen Problemen beschränken konnten. Dadurch verblieb der Diskussion außerordentlich viel Zeit, die auch in sehr anregender und lebhafter Weise genutzt wurde. Das Kolloquium fand in sechs Sessionen statt, jeweils geleitet von W. Jonas (Berlin), I. Berend (Budapest), Z. P. Pach (Budapest), R. Berthold (Berlin), J. Puskás (Budapest) und L. Zumpe (Berlin).

Der erste Tag der Beratung, der der Entwicklung der Landwirtschaft in der Periode der Industriellen Revolution, insbesondere den Wechselwirkungen zwischen Landwirtschaft und Industrie unter Berücksichtigung regionaler Vergleiche, gewidmet war, wurde mit dem Beitrag von J. Puskás (Budapest) "Die Entwicklungstendenzen der landwirtschaftlichen Produktion in Ungarn von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg (Einige Bemerkungen zu den allgemeinen und regionalen Aspekten der Entwicklung der Landwirtschaft in der ersten Etappe der Industrialisierung)" eröffnet.[1] Anschließend referierten G. Moll (Rostock) über "Kapitalistische Bauernbefreiung und Industrielle Revolution (Zur Rolle des 'Loskaufs')" und I. Orosz (Debrecen) über "Arbeitskraftnachfrage und -angebot im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts". In der Nachmittagssitzung folgten zum Hauptthema noch die Beiträge von R. Berthold (Berlin) "Bemerkungen zu den Wechselbeziehungen zwischen der Industriellen Revolution und der kapitalistischen Intensivierung der Feldwirtschaft in Deutschland im 19. Jahrhundert" und von T. Kolossa (Budapest) "Der Zusammenhang einiger Fragen der Betriebsstruktur und der Produktion in der Landwirtschaft Ungarns und Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts".

1 Die Haupt- und Kurzreferate sowie die wichtigsten Diskussionsbeiträge werden in diesem und weiteren Bänden des Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte veröffentlicht.

Die Diskussion entzündete sich an einer Vielzahl von in den Beiträgen aufgeworfenen Fragen und Problemen. Ein lebhafter Meinungsstreit entspann sich um das Problem der Intensivierung in der Landwirtschaft, wobei Fragen der Produktivität der Arbeit und des Kapitals, der Intensität, der Ökonomie der Zeit und andere ausführlich erörtert wurden. Die Vielschichtigkeit des Begriffes Intensivierung, insbesondere seine Anwendung in der Landwirtschaft, machte zugleich deutlich, daß das Problem der Intensivierung und die Begriffsbildung noch einer gründlichen Klärung bedürfen. Einen regen Gedankenaustausch gab es über die Stellung der Landwirtschaft im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß. Dabei wurde ausführlich über die Landwirtschaft als Akkumulationsquelle beim Aufbau der Industrie wie auch über die Bedeutung der Industrie für eine intensivere Landwirtschaft diskutiert. Von besonderem Interesse waren Fragen der Preise und der Preispolitik, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Kapitalakkumulation und Intensivierung in der Landwirtschaft. Großen Widerhall fand bei den Teilnehmern die Problematik des "preußischen Weges in der Landwirtschaft" im Zusammenhang mit der Industrialisierung. Herrschte im allgemeinen Übereinstimmung darüber, daß die Art und Weise der Lösung der Agrarfrage im 19. Jahrhundert die Industrialisierung entsprechend beeinflußte, so gab es aber über die spezifischen Seiten des Inhalts des "preußischen Weges" sehr lebhafte Debatten. Es wurde von vielen ungarischen Kollegen auf die im Gegensatz zu Preußen recht erheblich abweichende bäuerliche Besitzstruktur in Osteuropa verwiesen, die bei der weiteren Erforschung des "preußischen Weges" zweifellos beachtet werden muß. Die Diskussion bestätigte damit erneut die Feststellung Lenins, daß es aufgrund der verschiedenen historischen Bedingungen auch verschiedene Varianten des "preußischen Weges" gibt, wenngleich im Grundsätzlichen stets verbindende Gemeinsamkeiten vorhanden sind. In diesem Zusammenhang wurde das Problem der Verwendung von Ablösungsgeldern in der "industriellen Sphäre" der Landwirtschaft aufgeworfen. Daraus ergab sich auch eine sehr anregende Diskussion über die sogenannte landwirtschaftliche Nebenindustrie, die zweifellos in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung noch oft unterschätzt wird.

Der zweite Sitzungstag behandelte die gleichen Probleme unter den Bedingungen sozialistischer und kapitalistischer Produktionsverhältnisse der Gegenwart unter Einschluß der Problematik der wissenschaftlich-technischen Revolution. V. Klemm (Berlin) eröffnete mit dem Referat "Zur Widerspiegelung der wissenschaftlich-technischen Revolution in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR (1962/63 bis 1970)". Es folgten die Beiträge von S. Orban (Budapest) "Einige Probleme des Rückgangs der Agrarbevölkerung in der Epoche der sozialistischen Umgestaltung in Ungarn" und von H. Fruck/O. Dräger (beide Berlin) "Zur Entwicklung der Landwirtschaft in den Mitgliedsländern des RGW".

In der anschließenden Diskussion wurde das Problem der historischen Zäsur in der Entwicklung der Landwirtschaft der DDR aufgeworfen. Der Hauptreferent führt eine Reihe von Merkmalen an, die ihn bestimmt haben, für den Übergang zur neuen Etappe die Zeit von 1962/63 als maßgeblich anzusehen. Lebhafte Meinungsäußerungen gab es über die Zweckmäßigkeit von Größtbetrieben und zu Problemen der agrarischen Kooperationen, vor allem lösten die interessanten Erscheinungen der Entwicklung in der sozialistischen Landwirtschaft eine ausführliche Diskussion um die optimale Betriebsgröße aus. Im Anschluß an die Ausführungen von S. Orban wurde die Frage nach der Arbeitskräftesituation in der Landwirtschaft der DDR gestellt, und es wurde auf die Unterschiede zur Entwicklung in der VR Ungarn hingewiesen. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß die Landwirtschaft immer noch ein beträchtliches Reservoir für die Bereitstellung von Arbeitskräften für die Industrialisierung bildet. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Berechnung des Anteils der Landwirtschaft am Nationaleinkommen, die deutlich machte, daß das Verhältnis der Statistiken in laufenden Preisen, der Weltmarktpreise und der Kosten Berücksichtigung finden muß. Eine wesentliche Rolle in der Diskussion spielte die schwierige Problematik der gegenseitigen Finanzierung von Industrie und Landwirtschaft während der verschiedenen Etappen des sozialistischen Aufbaus sowie die Frage, welche Formen eine optimale Entwicklung gewährleisten könnten. Es

wurde auf die Ursachen der in jüngster Zeit besonders raschen Entwicklung der bulgarischen Landwirtschaft hingewiesen, wo der Agrarexport früh eine wesentliche Rolle spielte. Zum zweiten Problemkomplex dieses Tages, der vor allem vergleichende Betrachtungen der Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft, insbesondere in Westeuropa, umfaßte, sprachen zunächst M. Szuhay (Budapest) zum Thema "Die Wirkung der staatlichen Interventionspolitik in Ungarn auf die landwirtschaftliche Produktion in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts" und G. Müller (Leipzig) über die "Entwicklung der Landwirtschaft in Westeuropa unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution". In den Diskussionen wurde festgestellt, daß sich die Subventionierung der Landwirtschaft nicht notwendigerweise im Einkommen der Bauern widerspiegelt. Einen lebhaften Meinungsstreit entfachte die Frage nach der Stellung der Bauern in der monopolistischen Integrationskette und die damit zusammenhängende Problematik der Bündnispolitik. Ferner diskutierten die Tagungsteilnehmer, wie weit sich der Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Landwirtschaft anwenden lasse bzw. über den erreichten Grad dieser Umwälzung.

Der dritte Sitzungstag des Kolloquiums war der Diskussion von Problemen der vergleichenden Betrachtung der Auswirkungen der industriellen und der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Entwicklung der Landwirtschaft vorbehalten. Das Bemühen, eine Reihe theoretischer Grundfragen der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen zu klären, hatte jedoch schon am zweiten Sitzungstag dazu geführt, eine derartige vergleichende Betrachtung in die Diskussion mit einzubeziehen. Auf die ursprünglich vorgesehene Diskussionsgrundlage durch J. Kuczynski (Berlin) wurde deshalb auf dessen eigenen Wunsch verzichtet und die Diskussion, an den zweiten Tag anknüpfend, mit den Kurzreferaten der ungarischen Kollegen E. Niederhauser und P. Gunst (beide Budapest) fortgesetzt. E. Niederhauser sprach "Zur Typologie der Agrarstruktur Osteuropas". Er unternahm den Versuch, ausgehend von der Sozialstruktur, eine Reihe von typischen Entwicklungen der Agrarstruktur in den osteuropäischen Ländern herauszuarbeiten. Die Diskussion zu dieser Problematik machte deutlich, daß die Forschung künftig in eine Fülle von Details noch einzudringen hat. In diesem Zusammenhang wurden auch die interessanten Forschungsergebnisse von F.-W. Henning[2] erwähnt. P. Gunst referierte über die "Entwicklungstendenzen der Ernteerträge in der ungarischen Landwirtschaft zwischen 1869 und 1969 (mit internationalem Vergleich)". Dieser Beitrag und ein Vortrag von J. Kuczynski über Probleme der Produktivitätsberechnung in der Landwirtschaft lösten eine umfangreiche Diskussion über die methodologisch-statistischen Grundlagen und den Aussagewert langer statistischer Reihen und ihrer internationalen Vergleichbarkeit aus. J. Kuczynski zeigte am Beispiel einiger Berechnungen, wie stark voneinander abweichend die Zuwachsrate der Hektarerträge und der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft nach 1950 verlaufen kann, ein Phänomen, das in dieser Prägnanz für die vorangehenden hundert Jahre nicht festzustellen ist. Darüber hinaus warf er am Beispiel auf amerikanischen Statistiken beruhender Berechnungen die interessante Frage auf, wieweit es erforderlich ist, neben der traditionellen Berechnung der Produktivität nach Wirtschaftszweigen solche Berechnungen nach neuen Gruppierungsprinzipien durchzuführen; Gruppierungsprinzipien, die vor allem die immer stärker werdende Integration der verschiedenen Wirtschaftszweige berücksichtigten.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß das zweite wirtschaftshistorische Kolloquium erfolgreich verlaufen ist. Die glückliche Mischung von theoretischen, methodologischen und faktologischen Fragen und Problemen und deren sowohl historisch als auch regional vergleichende Betrachtung belebten und befruchteten immer wieder die Diskussion; sie vermittelte

2 Vgl. Henning, Friedrich-Wilhelm, Die Bestimmungsfaktoren der bäuerlichen Einkommen im 18. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 1, S. 165 - 183; derselbe, Dienste und Abgaben der Bauern im 18. Jahrhundert, Stuttgart 1969.

zugleich die Erkenntnis, daß die wichtige Forschungsproblematik der Wechselbeziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrialisierung künftig einer stärkeren Zusammenschau der bisher vorliegenden Forschungsergebnisse wie aber auch einer eingehenderen Erforschung vieler wichtiger Detailfragen bedarf. Indem das Kolloquium dazu beitrug, an die Wirtschafts- und Agrarhistoriker neue Fragen zu richten, erfüllte es damit einen äußerst wichtigen Auftrag. Das Kolloquium war aber auch ein erneuter eindrucksvoller Beweis dafür, daß der internationale Gedanken- und Meinungsaustausch der Wissenschaftler - in unserem Fall zwischen den Wirtschaftshistorikern der DDR und der VR Ungarn -, das gegenseitige Aufnehmen der neuen Forschungsergebnisse und die Kenntnisnahme regionaler Besonderheiten die Forschung ungemein bereichern.

Die auch in den folgenden Bänden erscheinenden Referate und Diskussionsbeiträge werden die ganze Lebendigkeit widerspiegeln, mit der um zahlreiche Probleme so fruchtbar gerungen und gestritten wurde.

Wolfgang Jonas/Hans-Heinrich Müller/Manfred Nussbaum

DIE ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTION IN UNGARN VON DER ZWEITEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS BIS ZUM ERSTEN WELTKRIEG

Einige Bemerkungen zu den allgemeinen und regionalen Aspekten der Entwicklung der Landwirtschaft in der ersten Etappe der Industrialisierung

von Julianna Puskás

0. Einleitung

1. Über die Gestaltung des Volumens der Ackerbauproduktion

2. Der Trend der Produktion der einzelnen Kulturpflanzen und die Struktur der Ackerbauproduktion (siehe Tabelle 4)

3. Die Faktoren des quantitativen Ansteigens des Pflanzenbaus (siehe Tabelle 5)

4. Die Entwicklung der Viehzucht

5. Zur Frage des Niveaus der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion

6. Über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion

0. Einleitung

Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Modells der Industrialisierung der Entwicklungsländer sind unter den Volkswirtschaftlern die Fragen der Landwirtschaft heute am meisten umstritten. Es gibt sehr unterschiedliche Ansichten darüber, welche Rolle die Landwirtschaft am Anfang und im Verlauf der Industrialisierung spielt, welche Entwicklungsmöglichkeiten sie haben kann. Einige meinen, die Landwirtschaft könne nicht nur die Grundlage, sondern auch der führende Sektor des modernen Wirtschaftswachstums sein. Als Quelle der zur Industrialisierung erforderlichen Kapitalakkumulation, als die Industrialisierung bestimmender Faktor, berge die Landwirtschaft große Möglichkeiten in sich. Deshalb müsse der Landwirtschaft und ihrer Hebung auf ein entsprechendes Niveau entscheidende Aufmerksamkeit gewidmet werden; ohne bedeutenden Anstieg ihrer Produktion, ohne technische Modernisierung der Landwirtschaft könne auch die Industrialisierung keine wirksamen Ergebnisse erzielen.

Andere halten die Rolle und die Möglichkeiten der Landwirtschaft bei der Industrialisierung für ziemlich begrenzt - wenn sie deren Bedeutung auch anerkennen. Die Landwirtschaft könne nur in der Anfangsperiode der Industrialisierung die Quelle der Kapitalakkumulation sein und könne in erster Linie durch die Sicherung der für die Industrie erforderlichen Arbeitskräfte auf längere Sicht an der Industrialisierung des Landes teilnehmen. Die grundlegende Umwandlung, das systematische Anwachsen der Landwirtschaft selbst, könne erst von einer höheren Stufe der Industrialisierung erwartet bzw. erhofft werden.

Die Vertreter der verschiedenen Standpunkte berufen sich zur Untermauerung ihrer Ansichten vor allem auf die geschichtlichen Erfahrungen der westlichen Länder, auf jene Länder also, in denen die industrielle Revolution bereits im vorigen Jahrhundert vor sich gegangen ist. In der Volkswirtschafts- und in der Geschichtsliteratur können wir aber sehr verschiedenen Urteilen über den Zerfall der traditionellen Landwirtschaft, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozeß ihrer Modernisierung, über ihre Rolle in der Industrialisierung, auch in bezug auf die westlichen Länder, begegnen. Über die "industriellen Verhältnisse" der englischen industriellen Revolution gehen die Meinungen bei weitem nicht so sehr auseinander wie über die englische Agrarumgestaltung, die "Agrarrevolution". Die Vielzahl und Verschiedenheit der Standpunkte und Meinungen kann mit verschiedenen Gründen erklärt werden. Allgemein bekannt sind die der Erforschung der Landwirtschaft eigenen Schwierigkeiten, die sich bei der Untersuchung jeder Periode zeigen, besonders aber bei jenen geschichtlichen Epochen, bei denen die Quellen lückenhaft sind und bei denen die quantitativen Messungen der Entwicklung nur auf annähernden Schätzungen oder nachträglichen Berechnungen beruhen können. Die Schwierigkeiten bei der Bewertung der Entwicklung werden noch dadurch erhöht, daß die Kennziffern der landwirtschaftlichen Entwicklung viel eigenartigere Formen annehmen können als die der industriellen. Die Möglichkeiten und Faktoren der Entwicklung der Landwirtschaft sind stärker und direkter determiniert, sowohl durch wirtschaftliche, soziale, politische Wirkungen und geschichtliche Antezedenzien wie auch von geographischen, natürlichen, lokalen Gegebenheiten. Demzufolge können Tempo und Richtung der Entwicklung, die Bewegung der Landwirtschaft, ihr Rahmen sowie ihre Rolle im Verlauf der Industrialisierung selbst im Falle einzelner Länder schwer in ein allgemeines Modell gefaßt werden, ohne daß die wirkliche geschichtliche Komplexität der Landwirtschaft verarmte.

Dennoch erweitert die Anwendung volkswirtschaftlicher Methoden in wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungen die Möglichkeiten, die allgemeinen und die besonderen Entwicklungscharakteristika der Landwirtschaft genauer als bisher zu erfassen, jedoch nur dann, wenn diese Methoden mit den traditionellen geschichtlichen Forschungsmethoden einhergehen und dabei auch jene Quellengruppen beachten, welche mit den "rein volkswirtschaftlichen Methoden" nicht erschlossen werden können. Mit der gemeinsamen Anwendung von volkswirtschaftlichen und geschichtlichen Methoden gelang es den ungarischen Wirtschaftshistorikern, einige Fragen der Wirtschaftsgeschichtsschreibung in neuester Zeit - vor allem was die kapitalistische Ära betrifft - in einem neuen Licht zu betrachten und auch einige solcher Probleme in den Kreis ihrer Forschungen einzubeziehen, die früher nur mit den traditionellen geschichtlichen Methoden untersucht wurden und keine Ergebnisse erbrachten, die sich als "real" erwiesen hätten.

In den Vordergrund der Forschung gelangten immer mehr die Beurteilung einzelner Fragen des wirtschaftlichen Gesamtprozesses und die Probleme des Wirtschaftswachstums; nicht zuletzt auch deshalb, weil wir in unseren früheren geschichtlichen Untersuchungen die Produktionsverhältnisse, die gesellschaftlichen Probleme ziemlich einseitig, losgelöst vom gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß untersucht haben. Heute findet das grundlegende Prinzip des Marxismus über die Untrennbarkeit, den dialektischen Zusammenhang zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften stärkere Beachtung. Es handelt sich also darum, eine Lücke zu schließen, praktisch gesehen darum, daß wir - um im Verständnis des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses als Ganzes weiterzukommen - unsere Forschungen auch auf die heute mit quantitativen Analysen besser durchzuführenden Untersuchungen der Produktion, des Wirtschaftswachstums ausdehnen müssen. Bezüglich der Landwirtschaft wissen wir zum Beispiel ziemlich viel über die Schichtung der Leibeigenen, über ihre juridisch verschiedenen Typen, über die sozialen Beziehungen beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, über den Kampf der Bauern um den Boden, über die agrarsozialen Bewegungen. Hingegen wissen wir wenig darüber, auf welcher Produktionsgrundlage, auf welchem wirtschaftlichen Niveau und hauptsächlich im Rahmen was für einer wirtschaftlichen Entwicklung dies alles vor sich gegangen ist.

Einige Probleme der landwirtschaftlichen Entwicklung in Ungarn von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg will ich in meinem Referat unter besonderer Beachtung der landwirtschaftlichen Produktion behandeln. In erster Linie durch quantitative Untersuchungen, aber auch auf sonstige Geschichtsquellen gestützt, versuche ich, die Entwicklungstendenzen der landwirtschaftlichen Produktion, ihr Tempo, ihre strukturelle Gestaltung und das Niveau ihrer Entwicklung darzustellen. Soweit möglich, geschieht das im Vergleich mit anderen Ländern; und aufgrund der hieraus gezogenen Folgerungen skizziere ich einige allgemeine und spezielle Züge der Entwicklung unserer Landwirtschaft im ersten Abschnitt der Industrialisierung.

1. Über die Gestaltung des Volumens der Ackerbauproduktion

Die Untersuchung des Anwachsens der wirtschaftlichen Entwicklung beginnen wir mit der Untersuchung des Volumenwachstums des Sozialprodukts. Die im Laufe der Zeit veränderte Zusammensetzung des Sozialprodukts als Produktenagglomerat verzeichnet unmittelbar die Veränderungen, die in der Produktion wie im Konsum eintreten. Infolgedessen kann die Volumenveränderung des Sozialprodukts als Grundlage zur Messung der wirtschaftlichen Entwicklung akzeptiert werden. Dabei muß aber vor Augen gehalten werden, daß das Ansteigen des Sozialprodukts nicht immer die tatsächliche Rate der wirtschaftlichen Entwicklung genau widerspiegelt. Dies bezieht sich besonders auf die Landwirtschaft, wenn zum Beispiel im Falle ungewohnt günstiger Witterungsverhältnisse durch das Ansteigen des Sozialprodukts der Anschein einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung erweckt wird. Nur im Rahmen längerer Zeitreihen werden kurzfristig wirkende, zufällige, große Schwankungen ausgemerzt und zeigt sich die tatsächliche Richtung, die Differenzierung, Struktur, die Veränderungen der wirtschaftlichen Entwicklung und auch die durchschnittliche Entwicklungsrate.

Für die Analyse einer längeren chronologischen Reihe über die Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion in Ungarn bietet sich eine günstige Quellenlage.[1] In Ungarn begannen nämlich bereits 1869 die jährlichen systematischen statistischen Datenaufnahmen. Gesamtertrag, Anbaugebiet und durchschnittlicher Ernteertrag von zwanzig Pflanzen können über einen Zeitraum von 45 Jahren zusammengestellt werden. Tatsächlich handelt es sich sogar um die ganze Ackerbauproduktion, denn in den gesammelten Daten fehlen nur einige Pflanzen von geringer oder nur lokaler Bedeutung. Die aus diesen Daten zusammenstellbaren Zeitreihen sind besonders wichtig, weil sie sich auf jene geschichtliche Periode beziehen, die von der neueren ungarischen wirtschaftsgeschichtlichen Literatur als Einsetzen des modernen Wirtschaftswachstums, das heißt als der erste Abschnitt der industriellen Revolution betrachtet wird.

Eine Analyse der Zeitreihen zeigt, daß sich in Ungarn das Volumen der Ackerbauproduktion in den Jahren 1869 bis 1913 - der Durchschnitt der Jahre 1909/13 = 100 - fast verdreifacht hat (siehe Tabelle 1). Die Trendwerte unserer Reihe zeigen eine durchschnittliche jährliche Entwicklungsrate von 2,58 Prozent. Wenn wir die Zunahme aus dem Durchschnitt der ersten und letzten fünf Jahre der ursprünglichen Zeitreihe berechnen, erhalten wir eine fast gleiche Rate, 2,48 Prozent. In der von uns gebildeten ausgeglichenen Trendlinie verbergen sich gro-

1 Die Berechnungen erfolgten auf der Basis der Angaben in Statisztikai Evkönyvek (Statistisches Jahrbuch), Bd. 1 - 45, 1869 - 1913. - Angaben über Deutschland sind berechnet nach Hoffmann, Walther G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965; Bittermann, Eberhard, die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland 1800 - 1950, Jena 1965 = Kühn-Archiv, Bd. 70, H. 1; Die Angaben über England basieren auf der amtlichen englischen Statistik, die Angaben über Frankreich auf Fontain, J. C., Le produit de l'agriculture francaise de 1700 á 1958, Tab. 109.

ße Schwankungen in der Entwicklung der Produktion. Das beweist das Ausschlagen des Pendels in beide Richtungen (plus oder minus). Die Streuung der Abweichungen, der Deviationen, beträgt, auf das Ganze bezogen, 14,34 Prozent. Die Daten der einzelnen Perioden unseres Zeitabschnitts (siehe Tabelle 2) - der aufeinandergelegten Abschnitte von zehn Jahren - sowie die Bewegungsrichtungen der mit siebenjähriger beweglicher Durchschnittsberechnung angefertigten Trenddiagramme zeigen drei Perioden der Entwicklung der Produktion. Die erste von etwa 1870 bis ungefähr um 1885 sticht mit ihrer sehr steilen Trendlinie und ihrer hohen durchschnittlichen Entwicklungsrate hervor. Sie beträgt in den Jahren 1870 bis 1880 4,59 Prozent, von 1875 bis 1885 aber 6,10 Prozent. Von der zweiten Hälfte der achtziger Jahre an beginnt sie sich zu verlangsamen und erreicht in der zweiten Periode, die wir mit den Jahren 1890 bis 1895 und 1900 bis 1905 ansetzen können, ihren Tiefpunkt; sie sinkt auf fast die Hälfte des für die ganze Epoche charakteristischen Durchschnitts; in der dritten Periode, deren Anfang mit dem Jahr 1905 angesetzt werden kann, beginnt die Rate wieder zu wachsen, wenn sie auch die Höhe des Zeitabschnitts insgesamt nicht erreicht. Die großen Schwankungen, die sich auch in kürzeren Perioden im Volumen der Produktion der einzelnen Jahre zeigen, widerspiegeln anschaulich die direkte Abhängigkeit der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion von den Witterungsverhältnissen.

Wie können wir nun die durchschnittliche Entwicklungsrate der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion aufgrund dieser Kennziffern bewerten? War sie hoch, mittelmäßig oder niedrig? Stieg sie gleichmäßig oder mit großen Pendelausschlägen an? Um auf diese Fragen eine auch nur annähernd richtige Antwort zu erhalten, müssen wir diese Kennziffern mit denen anderer Länder vergleichen. Der Vergleich kann auf zwei Arten erfolgen. Erstens kann man die gleichen qualitativen Entwicklungsabschnitte vergleichen, die sich in den einzelnen Ländern zu verschiedenen Zeiten abgespielt haben, zweitens kann man die Bewegung, das Entwicklungstempo der Landwirtschaft anderer Länder in diesem Zeitabschnitt, also in den Jahren 1870 bis 1913, untersuchen.

Die zuerst genannte Methode stößt auf die Schwierigkeit, daß in anderen europäischen Ländern für den Beginn der modernen landwirtschaftlichen Entwicklung keine solch zeitgenössischen, detaillierten statistischen Quellen über die Gestaltung der Produktion zur Verfügung stehen wie in Ungarn. Die Landwirtschaft der westlichen Länder hat diesen Abschnitt des Wachstums bereits zu einer Zeit beendet, als sich die systematischen statistischen Datensammlungen noch nicht eingebürgert hatten. So kann sich ein Vergleich nur auf partielle Daten und auf jene nachträglichen volkswirtschaftlichen Berechnungen stützen, die in vielen Fällen nur aufgrund großzügiger Schätzungen angefertigt wurden. Trotz dieser Mängel genügen vielleicht die erreichbaren Angaben, um auf ihrer Grundlage die Hauptcharakteristika und -unterschiede in großen Zügen skizzieren zu können.

Aufgrund der Untersuchung des Wachstums der landwirtschaftlichen Produktion, gegebenenfalls der Ackerbauproduktion, mehrerer europäischer Länder und ihrer durchschnittlichen Entwicklungsrate (siehe Tabelle 3) können wir den Schluß ziehen, daß die durchschnittliche Entwicklungsrate der Ackerbauproduktion Ungarns im ersten Abschnitt der Industrialisierung im Verhältnis zu Europa als hoch bezeichnet werden kann. Die Getreideproduktion Englands stieg im 18. Jahrhundert insgesamt um 45 Prozent an. Von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, dem Abschnitt der Beschleunigung des Wachstums, bis zum Ende des Jahrhunderts stieg das Volumen der Produktion um 28 Prozent an (durchschnittliche Entwicklungsrate 0,62 Prozent). Und in der Periode der englischen industriellen Revolution, in den Jahren 1780 bis 1820, zur Zeit des raschesten Produktionswachstums, stieg sie in vierzig Jahren um 56 Prozent (durchschnittliche jährliche Entwicklungsrate 1,17 Prozent). Die durchschnittliche Entwicklungsrate des Ackerbaus Frankreichs begann in den zwanziger bis dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts zu wachsen und erreichte ihren Höhepunkt in der Periode der französischen industriellen Revolution mit einer durchschnittlichen Entwicklungsrate von 1,5 Prozent. Die Ackerbauproduktion Deutschlands begann in den dreißiger Jahren

des 19. Jahrhunderts mit einer mittleren Entwicklungsrate und zeigt bis um 1870 eine höhere Rate (zumindest soweit wir aufgrund der Zeitreihen Bittermanns und Hoffmanns folgern konnten) als in England und Frankreich, sie ist aber immer noch niedriger als in Ungarn.

Eine annähernd hohe durchschnittliche Entwicklungsrate der Ackerbauproduktion wurde in den skandinavischen Staaten und in Japan ausgewiesen. In Japan begann die Umgestaltung und Entwicklung der Landwirtschaft sowie die sich darauf stützende Industrialisierung ebenfalls spät, in den Jahren um 1870.

Wenn wir untersuchen, welche durchschnittliche Entwicklungsrate sich in anderen europäischen Ländern in der Periode von 1870 bis 1913 zeigt, so kann festgestellt werden, daß im Durchschnitt der Epoche die Entwicklungsrate der Ackerbauproduktion jener Länder, die bereits früher den Weg der modernen Entwicklung beschritten haben, niedriger ist, als sie es zur Zeit ihrer industriellen Revolutionen war. Bei dieser Art des Vergleichs fällt bezüglich der quantitativen Gestaltung der gesamten Ackerbauproduktion die hohe Entwicklungsrate Ungarns noch mehr ins Auge.

Die Entwicklung in Etappen, der Wechsel von Etappen der Beschleunigung und solchen der Verlangsamung, ist für sämtliche Länder charakteristisch. Ähnliche Abweichungen vom Durchschnitt wie in Ungarn können aber in den einzelnen Abschnitten weder in den identischen Perioden der Entwicklung - die ungemein enge Basis des Vergleichs macht eine Beurteilung jedoch ziemlich ungewiß - noch im gegebenen Zeitabschnitt gefunden werden. Der im sich beschleunigenden Abschnitt der Entwicklung hervorstechend steile trendartige Anstieg in Ungarn ist als Besonderheit zu betrachten. Die Ursachen dafür müssen offenbar in den konkreten sozialhistorischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Ungarns gesucht werden. Im Zeitabschnitt von 1870 bis 1913 erscheint die durch Krisen verursachte zyklische Bewegung in den entwickelteren Ländern klarer, eindeutiger. In Ungarn haben in dieser zyklischen Bewegung, besonders in den Formen der Überwindung derselben, auch schon die eigenartigen ungarischen Umstände mitgespielt. Die Beschleunigung der Entwicklungsrate des Gesamtvolumens stammt in den übrigen europäischen Ländern in dieser Epoche schon ausschließlich aus dem Ansteigen der Hektarerträge. In Ungarn spielt auch die Ausdehnung des Anbaugebietes mit, während das Entwicklungstempo der Produktivität - zumindest Deutschland gegenüber - spürbar zurückbleibt.

Aus der bisherigen Analyse des Produktionsvolumens geht als ziemlich allgemeine Gesetzmäßigkeit hervor, daß in jenen Ländern, die den Weg des modernen Wirtschaftswachstums später betreten haben, die anfängliche Beschleunigung der landwirtschaftlichen Produktion stärker war als in jenen Ländern, in denen die Entwicklung früher eingesetzt hat. Vielleicht besteht auch für die Entwicklung der Landwirtschaft die in bezug auf die Industrie betonte Gesetzmäßigkeit der ungleichmäßigen Entwicklung, wenn auch freilich mit sehr vielen Besonderheiten. Jene Produktions- und technischen Ergebnisse, die die später startenden Länder von den entwickelteren Ländern ganz oder teilweise übernehmen konnten, haben den Anfangsabschnitt des Produktionsanstiegs der Landwirtschaft jedenfalls begünstigt.

2. Der Trend der Produktion der einzelnen Kulturpflanzen und die Struktur der Ackerbauproduktion (siehe Tabelle 4)

In den 45 Jahren hat sich - gegenüber der durchschnittlichen Entwicklungsrate der pflanzlichen Gesamtproduktion - die Produktion der einzelnen Pflanzengruppen und Pflanzen sehr differenziert gestaltet. Die Trends der Produktion zeigen Raten von + 7,5 Prozent bis −3,5 Prozent. Aufgrund der allgemeinen Entwicklungsraten des Produktionsvolumens können drei größere Gruppen von Pflanzenarten gebildet werden. In die erste Gruppe gehören jene, deren Produktion dem Entwicklungsdurchschnitt der Gesamtproduktion am nächsten steht. In Ungarn gehört ein Teil der traditionellen Pflanzenkulturen und Getreidearten hierher. Die

zweite Gruppe bilden jene Pflanzen, deren Produktion hinter dem Entwicklungsdurchschnitt der Gesamtproduktion zurückbleibt, Stagnation oder Verfall aufweist. Das waren einzelne Industriepflanzen, wie Raps und Tabak, die mit der bäuerlichen Hausindustrie verbundene Leinen- und Hanfproduktion. Den größten Rückgang zeigen die primitiveren Getreidearten, wie die Arten des Spelt und des Gemenges. Schließlich hat die Produktion der dritten Gruppe von Pflanzen bedeutend rascher zugenommen als die durchschnittliche Entwicklungsrate. Das waren die Hackfrüchte und die Feldfutterarten.

Die voneinander abweichenden Trends der Produktion und die Variationen der durchschnittlichen Entwicklungsraten sind nicht zufällig. Sie widerspiegeln die Umgestaltung der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion, und zwar den Übergang von dem einfachen oder engeren Rahmen der mittelalterlichen Bewirtschaftung zu einer modernisierteren, differenzierteren Bewirtschaftung. Am stärksten wuchs nämlich ohne Ausnahme die Produktion sogenannter "neuer Pflanzen". Ihre Entwicklungsrate übertraf das Doppelte des Durchschnitts. Es ist ziemlich bekannt, daß mit dem Erscheinen und der Verbreitung dieser Pflanzen die Anfangsepoche der Modernisierung der Landwirtschaft in Europa charakterisiert werden kann. In Ganz Europa haben diese Pflanzen den Rahmen der für das Mittelalter charakteristischen Felderwirtschaft gesprengt. Ihr Anbau legte die Basis für die moderne Fruchtfolge, die freie Wirtschaftsführung. Die neuen Pflanzen verbesserten auch die Bodenfruchtbarkeit und machten das Ruhen des Bodens in Form von Brache überflüssig. Solcherart förderten sie nicht nur die bessere Ausnutzung der Anbaufläche, sondern schufen auch günstige Bedingungen für den Anbau anderer Pflanzen. Die entscheidende Wirkung ihrer Verbreitung ist die höhere, organischere Verbindung der beiden Hauptproduktionszweige der Landwirtschaft, des Pflanzenbaus und der Viehzucht, die Vorbereitung eines strukturellen Wechsels zwischen Ackerbau und Viehzucht. In Ungarn erschienen die neuen Pflanzen - wenn auch vereinzelt - schon seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewannen jedoch in beachtenswerterem Maße nur die Kartoffel und vor allem der Mais an Terrain. Die Zuckerrübe, die Futterrübe und hauptsächlich das Halmfutter erfuhren aber im Laufe der von uns untersuchten Epoche immerhin eine solche Verbreitung, daß sie volkswirtschaftliche Bedeutung erlangten. Nach unserer Meinung - die sich auf vereinzelte statistische Daten und hauptsächlich beschreibende Quellen stützt - ist die Dynamik der Expansion der neuen Pflanzen in Ungarn gleichfalls beachtenswert. Ihre Adaption erfolgte in den entwickelteren westlichen Ländern bedeutend früher, jedoch in langsamerem Tempo.

Die Abweichungen von der durchschnittlichen Entwicklungsrate bei einzelnen Pflanzengruppen und Pflanzen zeigen mehr oder minder auch die Gestaltung und Modifikation der Struktur der pflanzlichen Produktion an. Die unmittelbare Kennziffer der Struktur der pflanzlichen Produktion ist das Anbauflächenverhältnis. In dem von uns untersuchten Zeitraum bewegt sie sich in zwei Richtungen. Die eine ist die Erweiterung der Anbaufläche und in entsprechendem Verhältnis auch die Erweiterung der Anbaufläche der einzelnen Pflanzen. Die andere ist die Veränderung der inneren Proportionen, die Umgestaltung des Anbauflächenverhältnisses. Letztere wird bis zu einem gewissen Maße von der Erweiterung der Anbaufläche verdeckt. In Verbindung mit dem Anbauflächenverhältnis möchte ich das Problem aufwerfen, ob wir in der ungarischen Pflanzenproduktion das einseitige Übergewicht der Brotfrüchte begründet als Eigenart betonen können. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahrzehnt vor dem ersten Weltkrieg wurde in der europäischen Landwirtschaft die Anbaufläche für Brotgetreide nur in England in raschem Tempo zurückgedrängt und hatte gegenüber anderen Pflanzen einen geringeren Anteil. In anderen europäischen Ländern haben die strukturellen Veränderungen den Getreideanteil weniger betroffen, und bis zum ersten Weltkrieg war der Getreideanteil an der Anbaufläche in Österreich, ja sogar in Deutschland höher als in Ungarn. In Ungarn stechen nicht das Getreide, sondern der Weizen mit seinem hohen Anteil hervor, bei den übrigen Getreidearten, vor allem bei Roggen und Futtergetreide ist der Anteil in Ungarn dagegen besonders klein. Um diese auf eine engere Futterbasis hinweisende Kennziffer zu bewerten, muß hingegen noch die Frage geklärt werden, inwie-

fern in Ungarn auch im Verhältnis zu den übrigen europäischen Ländern der herausragende Anteil der Maisproduktion dies kompensiert hat. All das haben wir nur erwähnt, um die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Betonung der einseitigen Anbaustruktur nicht die charakteristischste Kennziffer zum Beweis der Einseitigkeit der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion ist.

Noch weniger zeigt sich der übermäßig betonte hohe Anteil der Getreidearten, wenn wir zur Analyse der Produktionsstruktur auch die Kennziffer in Betracht ziehen, die den wertmäßigen Anteil der einzelnen Pflanzen und Pflanzengruppen am Wert der gesamten Ackerbauproduktion anzeigt. Meines Erachtens ist diese Kennziffer direkter und unmittelbarer als das Anbauflächenverhältnis selbst. Es darf nämlich nicht außer acht gelassen werden, daß die neuen Pflanzen produktiver sind als die Getreidearten, daß ihr Ertrag pro Hektar auch das Mehrfache des Ertrages der traditionellen Pflanzenkulturen betragen kann. So betrug zum Beispiel der Anteil des Brotgetreides im Jahre 1869 noch 50,98 Prozent vom Gesamtwert der Ackerbauproduktion, 1913 hingegen nur mehr 37,25 Prozent. Der Anteil der Hackfrüchte und Futterpflanzen stieg hingegen im selben Zeitraum von 27,34 Prozent auf 43,58 Prozent. Die Werte der anderen Nichtgetreidefrüchte hinzugerechnet, entwickelte sich die Struktur unseres Ackerbaus so, daß sich der Schwerpunkt nunmehr auf letztere verlegt hat.

3. Die Faktoren des quantitativen Ansteigens des Pflanzenbaus (siehe Tabelle 5)

Bei der Verdreifachung der pflanzlichen Produktion Ungarns in der Periode 1869 bis 1913 spielen zwei Faktoren eine unmittelbare Rolle. Einesteils wurde die Anbaufläche erweitert, anderenteils erhöhten sich die Hektarerträge, das heißt, die Flächenleistung nahm zu. Die Erweiterung der Anbaufläche beruhte ebenfalls auf zwei Quellen: erstens auf der Erweiterung des Ackerlandes durch Hochwasserschutz, Rodungen, Umbruch von Weiden und Flußregulierungen. Die trendmäßige durchschnittliche Entwicklungsrate der Erweiterung des Ackerlandes betrug 0,4 Prozent. Und aufgrund des Basisindexes von 1909/13 = 100 gerechnet, stieg es von 72,5 Prozent im Jahre 1869 auf 101,3 Prozent im Jahre 1913. Zweitens erweiterten auch die in der Nutzung des Ackerlandes eingetretenen Änderungen die Anbaufläche. Die Felderwirtschaft trat sukzessive in den Hintergrund; dadurch und durch die freie Fruchtfolge, das Vordringen neuer Pflanzen, durch die Differenzierung des Pflanzenbaus im allgemeinen wurden die früher brachgelassenen Flächen in zunehmendem Tempo der Bebauung unterzogen.

Beide Methoden der Anbauflächenerweiterung bedeuten den extensiven Weg der Produktionssteigerung. In den einzelnen Perioden unserer Epoche haben die erwähnten beiden Quellen der Anbauflächenerweiterung verschiedene Bedeutung. Sowohl in der Erweiterung des Ackerlandes selbst wie in der Abnahme der Brache zeigt sich in der ersten Periode unserer Epoche bis ungefähr 1885 sowie nach der Jahrhundertwende etwa von 1905 an eine größere Bewegung. Die anfängliche höhere durchschnittliche Rate der Ausdehnung des Ackerlandes ist die letzte große Welle der Erweiterung der Saatfläche in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Über die früheren Jahrzehnte haben wir - mangels entsprechender Daten - keine detaillierten Berechnungen angestellt, doch scheint sowohl nach beschreibenden Quellen wie nach den einzelnen Qualitätsdaten sich das Ackerland in den Jahren von 1850 bis 1860 im größten Maße ausgedehnt zu haben.

Unsere Aufmerksamkeit wurde früher durch die Zunahme der Anbaufläche, die extensive Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion stärker in Anspruch genommen, dem Ansteigen der Bodenproduktivität nur eine untergeordnete Rolle zugebilligt. Im Zuge der Analyse unserer statistischen Zahlenreihen haben die Unterschiede der durchschnittlichen Entwicklungsraten des Gesamtertrages, der Feldfläche und der Hektarerträge auch schon die unterschiedliche Rolle der beiden Faktoren angezeigt. Wir suchten also eine Antwort auf die

Frage, wie groß die Wirkung ist, die die Ausdehnung der Anbaufläche und das Ansteigen der Erträge pro Hektar auf das mengenmäßige Ansteigen der Produktion hatte, ferner wie die strukturelle Änderung der Produktion mitgewirkt habe. Unsere Berechnungen zeigen, daß, wenn jeweils nur einer der drei Faktoren wirkt und die Wirkung der anderen jeweils ausgeschaltet wurde, in der Zeit von 1869/1873 bis 1909/1913 die Ertragssteigerung etwa doppelt so großen Einfluß auf die Steigerung der Gesamtproduktion ausübte wie die Erweiterung der Anbaufläche, die wiederum eine fast neunmal größere Wirkung hatte als die Strukturveränderungen. In den kürzeren Perioden zeigen die einzelnen Faktoren keine so großen Abweichungen. Ein Zug ist jedoch allen Perioden gemeinsam: Das Ansteigen der Bodenproduktivität hatte auf den Zuwachs der Ertragsmengen einen größeren Einfluß als die Erweiterung der Anbaufläche.

Wenn wir also die extensive Entwicklung der Produktion so interpretieren, daß die Flächenerweiterung den primären Faktor beim Ansteigen der Ertragsmenge bildet und bei der intensiven Entwicklung die Zunahme der Flächenproduktivität der primäre Faktor des Anstiegs ist, können wir bezüglich unserer ganzen Periode nicht mehr die extensive Richtung des Ansteigens der Produktion betonen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wir wollen damit nicht sagen, daß die Entwicklung der ungarischen Agrarproduktion im untersuchten Zeitabschnitt durch intensive Bewirtschaftung charakterisiert war: wir betonen die Rolle der intensiven Faktoren, um zu beweisen, daß beim Produktionsanstieg neben der Kennziffer, die eine Entwicklung in extensiver Richtung anzeigt, auf den ersten Platz schon die Faktoren gelangt sind, die eine auf Intensität gerichtete Entwicklung tragen. Natürlich ist es eine ganz andere Frage, welches Niveau diese intensiven Faktoren haben und welche tatsächlichen Ergebnisse sie erbrachten. Unseres Erachtens kann auch die Entwicklung zur Intensität mehrere Phasen haben, deren genauere Umschreibung ebenfalls die Aufgabe weiterer Forschungen ist. Sie wären um so wichtiger, weil die Ergebnisse unserer Berechnungen die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die extensiv und die intensiv verlaufenden Abschnitte des Produktionsanstieges sich nicht auf einmal und nicht scharf in den bestimmten geschichtlichen Perioden voneinander absondern. Im mengenmäßigen Anstieg der Produktion hat die Verbesserung der Erträge seit der Zeit - in Ungarn jedenfalls auch schon von den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts an - eine Rolle gespielt, als sich das Bestreben nach Steigerung der Produktion primär in der Erweiterung des Anbaugebietes zeigte. Aller Wahrscheinlichkeit nach war im Zuwachs der Ertragsmengen in den fünfziger und sechziger Jahren die Flächenerweiterung nicht nur der erste, sondern auch der entscheidende Faktor. In ihrer Wirksamkeit wechselten die beiden Faktoren bereits zu Beginn der siebziger Jahre die Plätze. Unsere Epoche ist den fünfziger und sechziger Jahren gegenüber also ein neuer Entwicklungsabschnitt, man könnte auch sagen eine Übergangsphase zu jenem Abschnitt der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, wo der quantitative Anstieg der Produktion unmittelbar nur mehr von einem Faktor gestaltet wird: vom Ansteigen der Flächenproduktivität. Ein bedeutender Teil der europäischen Länder ist bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bei dieser Entwicklungsphase angelangt, Ungarn bis ans Ende der behandelten Epoche aber nicht, ja in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts war beim Ansteigen der Gesamtproduktion die Wirkung der extensiven gegenüber den intensiven Faktoren sogar stärker als in den früheren Jahrzehnten.

Sehr unterschiedlich war auch der Anteil der beiden Faktoren an der Steigerung der Ertragsmenge bei einzelnen Pflanzen und Pflanzengruppen. Im Rahmen unserer Studie wollen wir im Zusammenhang damit nur soviel erwähnen, daß der Produktionsanstieg der neuen Pflanzen vor allem durch Flächenerweiterung erfolgte. Bei jenen Pflanzen aber, deren Produktion in unserer Epoche bereits stagnierte oder zurückging, nahm die Anbaufläche ab. Doch hat sich bei allen der Ernteertrag erhöht.

Die Flächenproduktivität wird - wie bekannt - ebenfalls von zwei Faktoren unmittelbar gestaltet: von der Wirksamkeit des investierten Kapitals und dem Ansteigen der Arbeitsproduk-

tivität. In Wirklichkeit sind die Produktivität der lebendigen Arbeit und die Wirksamkeit der Benutzung der vergegenständlichte Arbeit verkörpernden Produktionsmittel voneinander nicht zu trennen.

Die Gestaltung des lebenden und toten Inventars der Landwirtschaft kann mehr oder minder genau verfolgt werden, wenn man sich auf die statistischen Daten der Jahre 1870 und 1895 stützt. Es kann festgestellt werden, daß die Landwirtschaft Ungarns in der untersuchten Epoche den ersten Abschnitt der Anwendung moderner Technik erreicht hat.

Der Aufschwung der landwirtschaftliche Geräte erzeugenden Industrie Ungarns hat es von den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts an ermöglicht, daß die früher in Heimarbeit oder durch Kleingewerbetreibende des Dorfes hergestellten primitiven Geräte durch moderne, verbesserte, fabrikmäßig hergestellte in den Hintergrund gedrängt wurden. Neben den neuen, wirksameren Handgeräten und den mit Zugtieren bespannten Arbeitsgeräten begannen - wenn auch vereinzelt und in erster Linie auf dem Großgrundbesitz - die landwirtschaftlichen Maschinen Fuß zu fassen. Mit Ausnahme der Sämaschinen bewegte sich die Verbreitung landwirtschaftlicher Maschinen jedoch bis zum Ende der behandelten Epoche in engem Rahmen. Die Wende auf dem Gebiet der Arbeitsgeräte bildet - und das muß betont werden - der relativ rasche Ersatz der mittelalterlichen primitiven Handwerkzeuge durch moderne Bodenbearbeitungsgeräte. Auch die Ethnographie betrachtet diesen Zeitabschnitt als die große Periode des Werkzeugwechsels. In der Bodenbearbeitung brachte die rasche Verbreitung eiserner Pflüge neueren Typs die revolutionäre Änderung. Das Zurückweichen der mittelalterlichen Pflugtypen ging nicht nur damit einher, daß an Stelle des früheren, sechs Zugochsen und Menschen beschäftigenden Pflügens dieses nunmehr von zwei Pferden und einem Menschen verrichtet werden konnte, sondern auch damit, daß das Kratzen an der Oberfläche des Bodens von einem tieferen Umbruch abgelöst wurde, wodurch sich die Produktivität des Bodens sprunghaft erhöhte. Mit relativ geringer Kapitalinvestition konnte die landwirtschaftliche Produktion durch den Gebrauch verbesserter Arbeitsgeräte in kurzer Zeit von ihrem mittelalterlichen Niveau einen großen Schritt vorwärts machen. Mit diesem Schritt nach vorn, der Verbreitung bodenbearbeitender Werkzeuge neueren, moderneren Typs, kann der besonders steile Trend des Ansteigens der Ernteerträge, das rasche durchschnittliche Entwicklungstempo in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts erklärt werden.

Die Anwendung von neuen Bodenbearbeitungsgeräten besserer Qualität bezweckte noch nicht in erster Linie das Ersetzen lebendiger Arbeit, sondern die Steigerung der Produktivität. Eher hatte noch die Verbreitung der Dreschmaschinen die Aufgabe, lebendige Arbeit zu ersetzen. Zwischen dem Freiwerden von Arbeitskräften durch das Verdrängen des primitiven Austretens des Getreides und des Handdrusches sowie der Verbreitung des Hackfrüchteanbaus ist ein unmittelbarer Zusammenhang zu beobachten. Die rasche Verbreitung des maschinellen Drusches zeigt der Umstand, daß, während im Jahre 1870 noch 2 464 Dreschmaschinen gezählt wurden, ihre Zahl 1895 bereits 9 509 betrug. Neben der Verkürzung des Arbeitsprozesses hat der maschinelle Drusch durch Verminderung des Kornverlustes mittelbar das Ansteigen der Flächenproduktivität ebenfalls bedeutend gefördert.

Die Menge der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte hat während der ganzen untersuchten Epoche durchschnittlich mit einer Entwicklungsrate von 0,06 Prozent zugenommen. Ihre absolute Zahl stieg bis 1900 an, und nur ihr Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nahm infolge der Industrialisierung relativ ab. In den Jahren von 1900 bis 1910 zeigt sich jedoch auch schon ein absoluter Rückgang. Doch muß bemerkt werden, daß unsere Daten bezüglich der Agrarbevölkerung, besonders was die landwirtschaftlich Beschäftigten betrifft, nicht ganz genau sind. Für die Jahre von 1870 bis 1880 können wir uns auf annähernde Schätzungen stützen. Die in der Landwirtschaft Beschäftigten bilden überall - nicht nur in Ungarn - die am unsichersten begrenzte Gruppe der statistischen Erhebungen.

Zur Ermittlung des pro Kopf entfallenden Produktionswertes des Ackerbaus haben wir die bisher bekannten, sich auf die landwirtschaftlich Erwerbstätigen beziehenden Daten als Grundlage genommen und den durchschnittlichen Produktionswert der der Volkszählung am nächsten gelegenen drei Jahre mit ihrer Zahl dividiert. Der auf einen Werktätigen in der Landwirtschaft entfallende Produktionswert ist in den Jahren von 1870 bis 1910 auf 159 Prozent angestiegen, die jährliche Zuwachsrate betrug 2,4 Prozent. Sie wuchs in den Jahren von 1870 bis 1900 am raschesten. Sie verlangsamte sich sehr und stagnierte fast 1890 bis 1900, um 1900 bis 1910 wieder zu wachsen. Dennoch erreichte das durchschnittliche Zuwachstempo des pro Kopf entfallenden Produktionswertes nicht das für die ganze Epoche errechnete durchschnittliche Zuwachstempo. Im selben Zeitabschnitt hat sich in bezug auf die Gesamtbevölkerung der Wert der Ackerbauproduktion pro Kopf mit einer durchschnittlichen Entwicklungsrate von 1,75 Prozent um 99,64 Prozent erhöht. Das Ansteigen der Akkerbauproduktion Ungarns hat also auch das Ansteigen der Gesamtbevölkerung in der gesamten Epoche bemerkenswert überstiegen.

4. Die Entwicklung der Viehzucht

Im anderen Hauptzweig der landwirtschaftlichen Produktion, in der Viehzucht, hat die mengenmäßige Entwicklung des Bestandes bei weitem kein solches Tempo erreicht wie die Gesamtproduktion des Ackerbaus. In den Jahren von 1870 bis 1911 haben sich die Entwicklungsraten nach der Stückzahl bei den einzelnen Tierarten folgendermaßen gestaltet: Sie haben jährlich bei Rindvieh um 0,73 Prozent, bei Pferden um 0,13 Prozent, bei Schafen um 1,5 Prozent abgenommen, während der Schweinebestand eine Zuwachsrate von jährlich 1,3 Prozent zeigt.

In der Viehzucht Ungarns sind aber gerade im untersuchten Zeitabschnitt jene strukturellen Verschiebungen, Qualitätsverbesserungen vor sich gegangen, die durch die Kennziffern der quantitativen Veränderungen nicht genügend wahrnehmbar werden. Seit 1880, noch mehr seit 1900, hat sich der Charakter der Viehhaltung wesentlich geändert. Der Zweck der Hornviehhaltung bestand außer in der Produktion von Zugtieren und Fleisch auch in der Produktion von Milch und tierischen Produkten allgemein. Infolgedessen änderte sich nicht nur die Art und Weise der Produktion, auch die gezüchteten Arten wechselten. Die Daten der in den Jahren 1888, 1895 und 1911 vorgenommenen Viehzählungen zeigen einen raschen Austausch von Rinderarten an. In kaum zwei Jahrzehnten wurden die auf extensiver Haltung basierenden ausdauernden, aber einen geringeren Ertrag bringenden Arten durch anspruchsvollere, sich aber rascher entwickelnde, einen größeren Ertrag erbringende westeuropäische Arten abgelöst.

Die Umgestaltung der Viehhaltung wurde durch die Erweiterung des Warenmarktes, das Ansteigen und die Veränderung des Konsums der städtischen Bevölkerung angeregt. Von den achtziger und neunziger Jahren an kann in ganz Europa im städtischen Konsum eine Verschiebung vom Getreide zum Genuß tierischer Produkte bemerkt werden. In Ungarn hat nicht nur der spontane Prozeß der Anpassung an den Markt für den raschen Wechsel der gezüchteten Arten gesorgt. Er wurde durch den Übergang von der extensiven auf die intensive Haltung bzw. auch durch staatliche Maßnahmen, durch Bestimmung von Zuchtkreisen amtlich bezeichneter und bewilligter Arten angeregt. Dieser solcherart erfolgte rasche Artenaustausch hat in der Entwicklung der Viehhaltung Ungarns neben positiven Ergebnissen auch manches Negativum mit sich gebracht. Teilweise hat der Mangel der zur Züchtung westlicher Arten notwendigen Wirtschaftsbedingungen und Zuchterfahrungen zu einem Verkümmern der neuen Arten, ja auch zu ihrem Zugrundegehen geführt.

Auf jeden Fall ist durch die in der Viehhaltung eingetretene Wende - die mittelbar bereits die im Pflanzenbau eingetretene strukturelle Änderung, besonders das dynamische Entwicklungstempo des Feldfutterbaus angezeigt haben - im Laufe der behandelten Epoche zwischen

den beiden Produktionszweigen nicht nur eine engere Verbindung zustande gekommen, sondern in den Jahren nach 1910 stieg die Bedeutung der Viehhaltung in unserer Landwirtschaft. Zur Zeit kann die im Verhältnis der beiden Produktionszweige eingetretene Verschiebung noch nicht genau gemessen und mengenmäßig ausgedrückt werden. Aufgrund der bisher bekannten Kennziffern kann - bei Betonung der Verschiebung - gesagt werden, daß in Ungarn die strukturelle Änderung der beiden Produktionszweige nicht eine solche Stufe erreicht hat, daß sich der Schwerpunkt der Bewirtschaftung auf die Viehhaltung verlegt hätte.

Zukünftig vorzunehmende Berechnungen und Forschungen werden auch die Frage beantworten können, wie die erwähnten Änderungen - das andere Verhältnis der einzelnen Vieharten und die qualitativen Verbesserungen allgemein - unsere Viehhaltung tatsächlich gestaltet und in welchem Maße sie ihren Ertrag quantitativ erhöht haben. Einstweilen können wir nur partielle Kennziffern publizieren. Das Gewicht unseres Rinderbestandes wurde 1895 auf 16,2 Millionen Doppelzentner, 1911 auf 20,3 Millionen Doppelzentner geschätzt; die Zuwachsrate betrug 1,47 Prozent. Im selben Zeitabschnitt erhöhte sich der Milchertrag von 1 645 Millionen auf 2 746 Millionen Liter, hier betrug die Entwicklungsrate 3,25 Prozent.

Wenn auch nur indirekt, zeigen doch auch die Daten des Viehhandels die quantitative Entwicklung des Viehbestandes und den Anstieg seiner Produktion an. Daraus können von Beginn des 19. Jahrhunderts bis etwa 1920 drei Phasen der Gestaltung unserer Viehhaltung rekonstruiert werden. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts haben im Export tierischer Produkte Lebendvieh, Wolle und Rohhäute noch als relativ bedeutender Posten neben den Pflanzenprodukten fungiert. In den Jahren von 1868 bis 1873 stand im Jahresdurchschnitt einem Export von 38 648 Stück Rindvieh ein Import von 73 319 Stück gegenüber. Der bedeutende Importüberschuß zeigt, daß Ungarn von 1860 bis 1870 auf die Einfuhr von Rindern angewiesen war.

Seit etwa 1880 konnte Ungarn in erster Linie infolge Verringerung des Imports sukzessive einen Exportüberschuß erzielen, und besonders seit der Jahrhundertwende nahm die Menge, besonders aber der Wert des exportierten Viehs bedeutend zu. (Der Netto-Exportüberschuß an Lebendvieh stieg um jährlich 0,02 Prozent, sein Wert aber um 2,56 Prozent.) Die veränderte Zuchtrichtung zeigt in der Ausfuhr am unmittelbarsten der Umstand, daß die Ausfuhr tierischer Produkte in bemerkenswert raschem Tempo angestiegen ist. Die durchschnittliche Entwicklungsrate betrug bezüglich der ausgeführten Menge 8,65 Prozent, bezüglich des Wertes 4,72 Prozent. Diese ungemein hohe durchschnittliche Entwicklungsrate des Handelsverkehrs an tierischen Produkten kann, wenn auch nicht als eine dem Ansteigen des Ertrages unserer Viehhaltung adäquate - weil in den Verkehr der Warenproduktion offenbar auch ein Teil der früher in der Familie konsumierten Produkte einbezogen wurde -, so doch als eine solche Kennziffer betrachtet werden, die auch auf ein beachtenswertes Ansteigen der Viehhaltung hinweist.

Die Periode des Übergangs von der extensiven zur intensiven Viehhaltung ist in den westlichen Ländern chronologisch bedeutend früher und in einer längeren geschichtlichen Periode abgelaufen. In dieser Periode zeigen sich die Veränderungen auch in den westlichen Ländern vor allem in qualitativen Verbesserungen, im Ansteigen des Ertrags, und die mengenmäßige Zunahme des Bestandes ist nicht so augenfällig. In England hat die große Verbesserung der Haustierhaltung schon im 17. Jahrhundert begonnen und schob sich im 18. Jahrhundert in den Vordergrund. Der Rinderbestand wurde am Ende des 17. Jahrhunderts auf 4,5 Millionen, 1779 auf 3,5 Millionen und 1832 auf 5,2 Millionen geschätzt. In derselben Zeitspanne wird jedoch viel über den Artenwechsel, die Gewichtszunahme und die qualitativen Veränderungen geschrieben. In Deutschland richteten - nach den Daten Bittermanns - die Napoleonischen Kriege im Rinderbestand große Verheerungen an. Es gelang aber bald, die Schäden gutzumachen, und der Rinderbestand nahm seit 1830 mengenmäßig stufenweise zu. Er betrug im Jahre 1840 13,1 Millionen, 1873 15,777 Millionen und 1913 schon 20,994 Millionen Stück. Es scheint, daß in Deutschland die Qualitätsänderungen mit der Zunahme der

Anzahl besser gepaart waren als in Ungarn, obwohl in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland die qualitative Verbesserung des Bestandes, die Zunahme von Gewicht und Ertrag augenfälliger sind. Wir haben also kein genügendes und eindeutiges Beweismaterial, daß in mehr oder minder gleichem Zeitabschnitt der Entwicklung die Viehhaltung anderer europäischer Länder die quantitative und qualitative Steigerung in viel rascherem Tempo verwirklicht hätte als die ungarische Landwirtschaft. Eine andere Frage ist, daß in der Periode von 1870 bis 1913 die Landwirtschaft eines guten Teils der europäischen Länder sich bereits in jener Entwicklungsphase befand, in der sich der Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Produktion auf die Viehhaltung verschoben hatte und in bezug auf die Rinderhaltung über die qualitative Verbesserung hinaus auch die quantitative Zunahme schon in bedeutend rascherem Tempo vor sich ging als in Ungarn.

5. Zur Frage des Niveaus der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion

In unseren bisherigen Ausführungen waren wir bestrebt, das Entwicklungstempo der landwirtschaftlichen Produktion darzustellen, in erster Linie die "Geschwindigkeit" des Fortschreitens aufgrund der entsprechenden Kennziffern der einzelnen Pflanzenarten. Diese Kennziffern zeigen im allgemeinen die Raschheit der Veränderungen und die Dynamik der Entwicklung an. Das ist zwar eine wichtige Kennziffer der Entwicklung der Produktion - doch nur eine. Auch die die Entwicklung absolut ausdrückenden Kennziffern dürfen nicht außer acht gelassen werden, denn nur aus diesen können wir erfahren, auf welchem Niveau die Entwicklung vor sich ging und auf welches Niveau sie die Landwirtschaft tatsächlich emporhob.

Wenn wir die das erreichte Niveau der landwirtschaftlichen Produktion anzeigenden Kennziffern der entwickelteren Länder mit jenen Ungarns vergleichen, so ist unser starkes Zurückbleiben, unser geringeres Entwicklungsniveau augenfällig. Hier lassen wir die detaillierten Zahlendaten beiseite und erwähnen nur einige augenfällige Unterschiede. Im Durchschnitt der Jahre 1909/1913 betrugen die Hektarerträge in Deutschland bei einzelnen Produkten fast das Doppelte, im Durchschnitt lagen sie um 30 bis 35 Prozent höher als in Ungarn. Wesentlich geringer sind die ungarischen Hektarerträge auch gegenüber den westlichen Provinzen der Monarchie, besonders gegenüber den böhmischen Ländern. Während bei uns auf einem Hektar nur 12,23 Doppelzentner Weizen produziert wurden, bei Roggen 11,87 Doppelzentner, bei Gerste 13,58 Doppelzentner, bei Hafer 11,50 Doppelzentner, bei Kartoffeln 80 Doppelzentner, betrug in den böhmischen Ländern der Durchschnittsertrag an Weizen 17,74 Doppelzentner, an Roggen 16,28 Doppelzentner, an Gerste 18,78 Doppelzentner, an Hafer 15,28 Doppelzentner, an Kartoffeln 93,72 Doppelzentner pro Hektar.

Ein wesentlich größeres Gewicht und einen größeren Ertrag hatten auch die Viehbestände dieser Länder aufzuweisen, gar nicht davon zu sprechen, daß die Zunahme ihres Viehbesatzes und dessen quantitative Zunahme eine entwickeltere Phase der Viehhaltung bedeuteten.

Das niedrigere Produktionsniveau hing unmittelbar mit der Phasenverschiebung zusammen. Die Modernisierung der ungarischen Landwirtschaft ging in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von einem niedrigeren Niveau aus, als es die europäischen Länder im Zeitabschnitt ihrer Agrarrevolution hatten.

Der Übergang von der traditionellen zur moderneren Bewirtschaftung hat sich in Westeuropa im allgemeinen auf einen längeren Zeitraum erstreckt. In England haben die quantitative und qualitative Verbesserung der Produktion, die weite Verbreitung neuer Pflanzen, die Beseitigung der Felderwirtschaft, die Einführung moderner Fruchtfolgen, der Wechsel in den Vieharten bereits im 16. bis 17. Jahrhundert die Grundlagen für die sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entfaltende Agrarrevolution geschaffen. Neben dem Bevölkerungszu-

wachs die die Entwicklung des Marktes anspornenden Kräfte in der der industriellen Revolution vorangehenden Periode der kleinen Warenproduktion und der Manufaktur fördernd auf die Verbesserung der Bewirtschaftung. Die durchschnittlichen Erträge des Ackerbaus haben sich in England bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in Deutschland am Anfang des 19. Jahrhunderts auf jenem Niveau bewegt, das Ungarn erst um 1860 erreicht hatte; Deutschland konnte bereits in den sechziger Jahren ungefähr solche Ernteerträge aufweisen, die Ungarn selbst mit seiner raschen Entwicklung erst um 1910 erreichte. Das Durchschnittsgewicht der Rinder wurde zum Beispiel in Deutschland bereits im Jahre 1800 auf 200 bis 250 Kilogramm geschätzt, in Ungarn erst am Ende des 19. Jahrhunderts. In der auf die Jahrhundertwende folgenden neuen Konjunktur konnte die Landwirtschaft der entwikkelteren Länder die Ackerbauproduktion schon durch Steigerung der Flächenproduktivität, durch weitere Kapitalinvestitionen (Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, Mineraldünger), vorwärtstreiben, wozu Ungarns Landwirtschaft nicht fähig war. Die Phasenverschiebung, das rasche Tempo der Entwicklung, ihre großen Schwankungen, dann das Stocken bzw. das nur sehr langsame Vorwärtskommen der Bodenproduktivität in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts standen mit jenen allgemeinen und besonderen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Umständen in Zusammenhang, unter denen der Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion Ungarns, die Agrarumgestaltung, die "Agrarrevolution" ihren Ausgang nahmen.

6. Über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion

Im allgemeinen hängt der wirtschaftliche Zuwachs und darunter der Produktionszuwachs mit all jenen historischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, Wirkungsfaktoren zusammen, in deren Rahmen er vor sich geht. Innerhalb dieses Referates können wir nicht den Versuch unternehmen, sämtliche Wirkungen und Zusammenhänge darzustellen oder auch nur anzudeuten. Wir verweisen nur auf einige solche Chararkteristika und unmittelbarer wirkende Bedingungen, die - während sie teils eine Erklärung für den von uns skizzierten Weg der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion geben - auch einige allgemeine und regionale Züge der Entwicklung der europäischen Landwirtschaft im Zeitalter der industriellen Revolution anzeigen.

Es ist allgemein bekannt, daß die industriellen Revolutionen, der Prozeß der Industrialisierung in Westeuropa, einen großen Anstoß zum Ausscheiden der Landwirtschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten aus der traditionellen Bewirtschaftung gegeben haben.

Die Grundlage für das moderne Wirtschaftswachstum entstand auch in Westeuropa in der Landwirtschaft, der landwirtschaftliche Produktenüberschuß ermöglichte den Beginn der industriellen Entwicklung. Die zunehmende Stadtbevölkerung wurde aus der sich entwickelnden landwirtschaftlichen Produktion mit Lebensmitteln versorgt, die sich erweiternde Industrie aber mit Rohstoffen. Ja, auch unter englischen Verhältnissen hat die landwirtschaftliche Produktion - wenn auch nur in einer kurzen geschichtlichen Periode - zur Akkumulation, auch durch Ausfuhr, beigetragen. Außer dem Wollexport hat England in einigen Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts, im Anfangsabschnitt des Ansteigens der landwirtschaftlichen Produktion, auch Getreide nach Flandern ausgeführt. Es konnte aber trotz der raschen technischen Entwicklung der Landwirtschaft auf diesem Gebiet die zunehmenden Ansprüche der Industrie nicht befriedigen. In der Periode der industriellen Revolutionen waren die westeuropäischen Länder - vor allem England - in steigendem Maße auf die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte angewiesen. Der Bedarf an Agrarprodukten stieg in solchem Maße an, daß die expansive Industrie äußere Agrarbezirke benötigte. Die aus der westeuropäischen industriellen Entwicklung hervorgegangene gestiegene Nachfrage nach Agrarprodukten hat zu verschiedenen Zeiten und mit verschiedener Intensität als anspornender bzw. induzierender Faktor auf die Entwicklung der ostmitteleuropäischen Landwirtschaft eingewirkt. Die industrielle Re-

volution Englands schuf in erster Linie den landwirtschaftlichen Produkten Deutschlands und Polens - Getreide und Wolle - einen eigenen Exportmarkt. Ungarn, das praktisch über keine maritimen Transportmöglichkeiten verfügte, konnte in den europäischen Agrarmarkt bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nur zufällig und in sehr engem Rahmen eindringen.

Teils die Naturgegebenheiten der westlichen Provinzen der Monarchie, teils ihr aus der nur gebietsweisen Industrialisierung folgender Bedarf an Agrarprodukten hatten nur die westlichen Teile des Landes in den Markt einbezogen. Auch der innere Warenverkehr hatte eine auffallend enge Basis. Infolge des mittelalterlichen Handwerkscharakters der Industrie Ungarns und des totalen Fehlens des Manufakturzeitalters zeigte die präindustrielle landwirtschaftliche Gesellschaft selbst in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ein solches Bild, wie es nicht nur in Deutschland und Polen, sondern auch in den zentral gelegenen Provinzen Rußlands nicht zu finden war.

Nach den nur kurz gestreiften ungünstigen allgemeinen historischen Vorbedingungen - Mangel einer Vorbereitungsperiode der landwirtschaftlichen Umgestaltung - traten um die Mitte des 19. Jahrhunderts fast plötzlich bzw. innerhalb eines sehr kurzen Zeitabschnittes solche anspornenden, die Entwicklung "vorwärtstreibenden" Faktoren auf, die für das Ansteigen der landwirtschaftlichen Produktion eine besonders günstige Lage geschaffen haben. Die Welle der Industrialisierung, die industrielle Revolution, nahm seit 1830/1840 in den uns näherliegenden Gebieten, in den westlichen Provinzen der Monarchie und auch in Deutschland, einen Aufschwung. Das hatte zur Folge, daß Ungarn das unmittelbarste äußere Agrargebiet der westlichen Industriebezirke wurde.

Die Liquidierung der feudalen Produktionsverhältnisse im Jahre 1848 hat die Produktionsfreudigkeit sowohl bei den Großgrundbesitzern als auch bei den Bauern kraftvoll in Schwung gebracht. Die wichtigste Wende brachte daneben der Ausbau des Eisenbahnnetzes. Durch die Eisenbahnlinien kam Ungarn auf einmal näher an die bis dahin sehr weit entfernten westlichen Märkte heran. Und dies geschah in einer Zeit, als die infolge der industriellen Revolution angestiegene Nachfrage nach Agrarprodukten, besonders nach Getreide, die Preise ansteigen ließ und so für den Absatz günstige konjunkturelle Umstände schuf. Der warenproduzierende Großgrundbesitz konnte sich rascher und relativ reibungsloser in den äußeren Markt einfügen als der bäuerliche Kleinbesitz. Mit Flächenerweiterungen durch das Aufbrechen von Wiesen trachtete auch ein Teil der Bauernwirtschaften, die Getreidekonjunktur auszunutzen. Für eine Erweiterung der Getreideproduktion, besonders der Weizenproduktion, verfügte Ungarn auch über günstige natürliche Bedingungen.

Die die Entwicklung vorantreibenden Faktoren haben den mittelalterlichen Rahmen der ungarischen Landwirtschaft gesprengt, sie betrat jedoch den Weg des wirtschaftlichen Anstiegs mit sehr niedrigem Produktionsniveau und mit einer aus dem Feudalismus ererbten Sozialstruktur. Der Umstand, daß Ungarn sich auf eine "Indikation von außen" als zurückgebliebene Agrargesellschaft mit landwirtschaftlichem Export in den europäischen warenproduzierenden Markt eingegliedert hatte, brachte auch weitere Besonderheiten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung mit sich. Diese Besonderheiten fanden insgesamt darin ihren Ausdruck, daß im modernen wirtschaftlichen Wachstum der Landwirtschaft in Ungarn eine einzigartige entscheidende Rolle zufiel, die nicht nur gegenüber den westeuropäischen Ländern, sondern auch gegenüber den mitteleuropäischen Ländern, wie Deutschland bzw. Preußen, einzigartig ist.

Das hängt zweifellos eng damit zusammen, daß Ungarn zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörte. Für die sich in den westlichen Provinzen der Monarchie entfaltende industrielle Revolution war Ungarn als *innerer Agrarbezirk* der Lieferant für Lebensmittel, vor allem für Getreide, und zugleich der Absatzmarkt für Industrieartikel. Infolge seiner Eigenschaft als Agrarbezirk regten seine marktwirtschaftlichen Beziehungen zu den Industriebezirken zur Steigerung der *landwirtschaftlichen* Produktion an und verbrei-

terten nicht unmittelbar den Rahmen der Industrialisierung. Das aus der landwirtschaftlichen Warenproduktion und dem Agrarexport akkumulierte Kapital entwickelte dann eine eigenartige Form der Industrialisierung, die sich - mit primärer Entwicklung der Nahrungsmittelindustrie - unmittelbar an die landwirtschaftliche Produktion anlehnte.

Die Entwicklung der heimischen Industrie hat von etwa 1880 an das "take off", den Beginn der industriellen Revolution, angezeigt. Der späte Beginn der ungarischen Industrialisierung, innerhalb der Industrie der Mangel an vorbereitenden Perioden, brachte es mit sich, daß sie trotz der relativ raschen Entwicklung bis etwa 1910 kein solches Maß erreichen konnte, das den landwirtschaftlichen Charakter der Wirtschaft und der Gesellschaft grundlegend hätte wandeln können. Der Anteil der Agrarbevölkerung innerhalb der Gesamtbevölkerung betrug im Jahre 1870 74 bis 75 Prozent, 1910 aber noch immer 64 Prozent. In den europäischen Ländern haben die industriellen Revolutionen überall entscheidende strukturelle Veränderungen sowohl bezüglich der nationalen Gesamtproduktion wie der Bevölkerung gebracht. Wenn auch in den einzelnen Ländern in verschiedenem Verhältnis, so wurde doch überall die Industrieproduktion zum Hauptsektor der Produktion, die nicht im Agrarsektor Beschäftigten zur Hauptgruppe der Gesamtbevölkerung. (In England betrug der Anteil der Landwirtschaft an der nationalen Gesamtproduktion im Jahre 1770 nur 45 Prozent - vor der eigentlichen industriellen Revolution -, im Jahre 1801 32 Prozent, 1841 22 Prozent. Auch in Frankreich, das ja das Beispiel eines westlichen kleinbäuerlichen Landes bildet, ergab die Landwirtschaft in den Jahren von 1825 bis 1835 50 Prozent, 1872 bis 1882 42 Prozent des Nationaleinkommens. In Deutschland trug die Landwirtschaft in den Jahren 1860/1869 mit 32 Prozent, 1903/1914 aber nur mehr mit 18 Prozent zum Nationaleinkommen bei (aufgrund der Berechnungen von Kuznets.)

Zwischen dem nunmehrigen Übergewicht der Industrie, dem Maß der strukturellen Verschiebungen in der Bevölkerung und dem Niveau der landwirtschaftlichen Produktion zeigt sich ein unmittelbarer Zusammenhang. In den in der Industrialisierung am weitesten fortgeschrittenen Ländern ging die Landwirtschaft auf dem Weg der technischen Entwicklung und der Produktivität am weitesten voran. Ja, die landwirtschaftliche Produktion hat sich derart als Funktion der Ansprüche der Binnenindustrie herausgebildet, daß sie in England - dessen Landwirtschaft an der Spitze der landwirtschaftlichen Entwicklung des Kontinents stand - in der Periode von 1870 bis 1913 schon keine weitere Entwicklung aufweist. Die englische Landwirtschaft hat - die Möglichkeiten des gegebenen Niveaus der Technik ausschöpfend - weitere Kapitalinvestitionen nicht mehr angeregt.

Mit der Entfaltung der industriellen Revolution hat die landwirtschaftliche Produktion ein solches Niveau erreicht, daß in ihrem weiteren Anstieg nur mehr die intensiven Faktoren eine Rolle spielen.

In Ungarn fand diese strukturelle Veränderung in Industrie und Landwirtschaft nicht statt; weder seine Landwirtschaft noch seine Industrie konnten jenen Weg durchlaufen, den andere Länder in fünfzig bis hundert Jahren zurückgelegt haben. Das Niveau der landwirtschaftlichen Produktion ist deshalb nicht höher angestiegen, und die die Intensivierung begünstigenden Faktoren haben deshalb keine solchen Wirkungen erreichen können, daß sie die Flächenproduktivität auf ein höheres Niveau hätten heben können.

Die strukturelle Umgestaltung der Bevölkerung und als deren Folge das Niveau der landwirtschaftlichen Produktion haben als Faktoren für das Ansteigen der ungarischen Produktion - bis ans Ende unserer Epoche - nicht gezeigt, daß in Ungarn die industrielle Revolution und die damit einhergehenden Agrarumgestaltungen sich ganz entwickelt hätten. Der erste Weltkrieg hat die Entwicklung unterbrochen und danach, von den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts an, veränderten sich das Territorium sowie seine wirtschaftlichen und Marktbedingungen. Die durch die industrielle Revolution zustande gekommenen gesellschaftlichen und strukturellen Veränderungen - auch diese nur in bescheі-

denerem Maße - sind nur auf einem relativ kleinen Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie, und zwar in ihren westlichen Provinzen, eingetreten. Die ganze Monarchie in Betracht gezogen, haben die Auswirkungen der Industrialisierung das wirtschaftliche Leben entscheidend verändert. Die Fragen der Entwicklung der ungarischen Landwirtschaft hängen letztlich eng mit den Fragen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Landes zusammen, was freilich nicht bedeutet, daß sich innerhalb der Landwirtschaft nicht Faktoren gezeigt hätten, die die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Gesellschaft behinderten. Ich erwähne nur die augenfälligen ungarischen Eigenheiten der Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebe: die Agrarüberbevölkerung, die außerordentlich große Zahl der Zwergbesitzer, der Besitzlosen auch nach osteuropäischen Verhältnissen. Und wenn wir früher sagten, daß der Großgrundbesitz für die Entfaltung der Warenproduktion einen günstigeren Rahmen abgab, müssen wir auch darauf hinweisen, daß dagegen auf mehr als der Hälfte des Ackerlandes die Bewirtschaftung auf Zwergbetrieben erfolgte, die zur Reproduktion der Bodenfruchtbarkeit für ergänzende Kapitalinvestitionen überhaupt, zu erweiterter Reproduktion und für den Konsum von Industrieartikeln unvorteilhaft waren.

Aufgrund der vorliegenden Untersuchung möchte ich einige allgemeine und regionale Züge der landwirtschaftlichen Produktion, der Entwicklung der Landwirtschaft im ersten Abschnitt der Industrialisierung, also zur Zeit der industriellen Revolution, im folgenden zusammenfassen.

Die Vorbereitung der Industrialisierung, der moderne wirtschaftliche Zuwachs, gingen in ganz Europa von der Landwirtschaft aus. Das Heraustreten der Landwirtschaft aus dem mittelalterlichen sozialen und wirtschaftlichen Rahmen war die Vorbedingung für den Anlauf der Industrialisierung. Die Entfaltung der industriellen Revolution wiederum hat in solcher Weise auf die Landwirtschaft der gegebenen Länder zurückgewirkt, daß, während sie die Landwirtschaft und die Wirtschaft insgesamt in eine warenproduzierende verwandelte, sie den Anteil der Landwirtschaft an der nationalen Gesamtproduktion und an der Bevölkerung so zurückdrängt, daß er geringer wird als der der Industrieproduktion. Die Landwirtschaft wurde zu einem der Industrie dienenden Volkswirtschaftszweig, und Rate und Richtung ihrer weiteren Entwicklung wurden durch die von der Industrie an sie gestellten Ansprüche gestaltet.

Die Landwirtschaft hat zur Industrialisierung durch ihren Produktenüberschuß, durch Lieferung von Lebensmitteln und Rohmaterial, durch Kapitalakkumulation, Arbeitskraft und den Konsum von Industrieartikeln beigetragen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben befähigten sie die grundlegende gesellschaftliche Veränderung, die Herausbildung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, in bezug auf die Wirtschaft, die systematische Steigerung der Produktion durch den technischen Fortschritt. Die quantitative und qualitative Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hingen mit der Verbreitung der neuen Pflanzen, mit der Differenzierung der Produktion und ihrer strukturellen Änderung zusammen. Die Dreifelderwirtschaft wurde von der Fruchtwechselwirtschaft abgelöst, zwischen den beiden Hauptzweigen der Produktion entstand eine engere Verbindung, die Viehhaltung wurde intensiver, ihre Produktivität nahm zu. Wir sehen folgende hauptsächliche Phasen der Entwicklung der Landwirtschaft: Im ersten Abschnitt der Produktionssteigerung hatte die Ackerbauproduktion ein größeres Gewicht, der Hauptfaktor des Zuwachses war die Erweiterung der Ackerfläche. Im zweiten Abschnitt, der mit dem Einsetzen der industriellen Revolution zusammenfiel, gerieten neben den extensiven Faktoren der Produktionssteigerung die intensiven Faktoren in den Vordergrund, die Wende in der Viehhaltung trat ein, und im dritten Abschnitt, der sich schon der Entfaltung der industriellen Revolution anschließt, wird dann die Steigerung der Flächenproduktivität zum ausschließlichen Faktor der Steigerung der Produktion.

Die Rolle der Landwirtschaft in der Industrialisierung und der allgemeine Weg ihrer Entwicklung zeigen Variationen, je nachdem, nach welchen geschichtlichen Antezedenzien und wann, unter welchen geschichtlichen Umständen, das moderne wirtschaftliche Wachstum und die industrielle Revolution im gegebenen Lande begonnen haben. Auf eine Analyse dieser Unterschiede können wir nicht eingehen, wir verweisen nur auf einige charakteristische regionale Abweichungen.

In Westeuropa hat die Landwirtschaft in einer der industriellen Revolution vorangehenden, relativ langen geschichtlichen Periode die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Charakteristika der traditionellen Landwirtschaft abgestreift. Auf diesen Gebieten hat das Manufakturzeitalter der Industrie die Warenproduktion erweitert, aber daneben auch die Struktur der Gesellschaft modifiziert. In England hatte die landwirtschaftliche Bevölkerung zum Beispiel bereits zu Beginn der industriellen Revolution einen geringeren Anteil an der Gesamtbevölkerung als die nichtlandwirtschaftliche. In Frankreich und anderen Gebieten Westeuropas war zwar der Anteil der Agrarbevölkerung noch am größten, doch auch der Anteil der nichtlandwirtschaftlichen Sektoren war bereits beim Einsetzen der industriellen Revolutionen beachtenswert. In der unmittelbaren Vorbereitung und hauptsächlich in der Finanzierung der industriellen Revolutionen kam der landwirtschaftlichen Kapitalakkumulation aber keine entscheidende oder auch nur bedeutende Rolle mehr zu. Im Verlauf der industriellen Revolutionen wurde die Landwirtschaft trotz ihres produktionstechnischen Fortschritts in den westlichen Ländern - besonders in England - rasch in den Hintergrund gedrängt.

In Ostmitteleuropa hat die Landwirtschaft aus starrerer, gebundenerer feudaler Sozialstruktur, nach ungünstigeren Vorbereitungsabschnitten den Weg des modernen wirtschaftlichen Zuwachses beschritten.

Die feudalen Eigentumsformen haben sich in diesen Ländern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im allgemeinen durch Reformen, fast ohne die früheren Besitzstrukturen zu verändern, in bürgerliches Eigentum verwandelt. In den mittel- und osteuropäischen Ländern spielte die Landwirtschaft eine entscheidende Rolle, nicht nur in der Vorbereitungsphase, sondern auch in der industriellen Revolution selbst, und zwar bei deren Finanzierung. Das Anwachsen der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse war eine primäre Quelle der Kapitalakkumulation auch während der Entfaltung der industriellen Revolution. Den großen Impuls für den Anstieg der landwirtschaftlichen Warenproduktion gaben die gewachsenen agrarischen Bedürfnisse der westeuropäischen Länder. Der nach dem Westen orientierte Agrarexport bildete das Fundament der Vorbedingungen für die industrielle Revolution in den ost- und mitteleuropäischen Ländern im allgemeinen. Die systematische Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion dieser Länder begann in relativ viel schnellerem Tempo als in den westeuropäischen Ländern. Die relativ große Geschwindigkeit des allgemeinen Entwicklungstempos erklärt sich jedoch nur zum Teil aus dem späteren Beginn und dem relativ primitiven Ausgangsniveau. Eine bedeutende Rolle spielten dabei neben den Bedürfnissen der westeuropäischen Industrie die von der entwickelteren westeuropäischen Landwirtschaft übernommenen Produktionserfahrungen und technischen Erkenntnisse. Außer den historischen Vorbedingungen und den Unterschieden in den inneren sozialökonomischen Gegebenheiten wurde das unterschiedliche Entwicklungsniveau der Landwirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Ländern nicht zuletzt dadurch bedingt, wann sich die einzelnen Länder in den Rahmen der westeuropäischen industrialisierten Länder einfügten. Deutschland war diese Möglichkeit zuerst geboten (Seetransport), und da auch die inneren sozialökonomischen Vorbedingungen für die Industrialisierung in Deutschland zuerst heranreiften, was auch durch den frühen Agrarexport gefördert wurde, entfaltete sich die industrielle Revolution innerhalb Mittel- und Osteuropas in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg nur in Deutschland in solchem Maße, daß sowohl in der wirtschaftlichen wie auch in der sozialen Sphäre die entscheidende Wendung eintrat, das heißt, der industrielle Sektor das Übergewicht erhielt und aus dem früheren Agrarexportland ein Agrarimportland wurde. Damit in unmittelbarem Zusammenhang

geriet auch die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft in jene Phase, wo jene intensiven Faktoren, welche die Hebung der Produktivität (weitere Kapitalanlagen, Mechanisierung, Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, Mineraldünger, Fachkenntnisse usw.) erforderten und auch möglich machten, zur ausschließlichen Quelle der weiteren Vergrößerung der Produktion wurden.

Ungarn zeigt in dem untersuchten Zeitabschnitt den Beginn der Industrialisierung, der industriellen Revolution, welche in noch größerer Proportion durch die Landwirtschaft, durch den landwirtschaftlichen Export, finanziert wurde als in Deutschland. Bis zum ersten Weltkrieg entfaltete sich jedoch die industrielle Revolution in Ungarn nicht in solchem Maße, daß sie den grundlegenden Agrarcharakter des Landes hätte wandeln können. Auch das Niveau der landwirtschaftlichen Produktion Ungarns war im Durchschnitt dieser fünfundvierzig Jahre trotz der auffallend hohen durchschnittlichen Wachstumsraten wesentlich niedriger, nicht nur als jenes der westeuropäischen Länder, sondern auch als das Deutschlands.

Tabelle 1

Indexreihen der Produktion in Ungarn von 1869 bis 1913. Gesamte Pflanzenproduktion und nach Pflanzengruppen differenziert (Preise von 1909/1913 = 100)

Jahre	Gesamt-produktion	Brot-getreide	Futter-getreide	Hülsen-früchte	Hack-früchte	Handels-pflanzen	Futter-pflanzen
1869	34	44	37	100	24	62	16
1870	40	51	47	111	28	82	16
1871	33	39	51	100	17	80	18
1872	34	36	49	100	24	92	17
1873	27	28	42	63	16	87	14
1874	33	46	51	78	14	42	14
1875	35	38	30	85	35	74	14
1876	36	37	48	89	31	80	17
1877	42	56	50	85	26	79	18
1878	62	78	73	139	46	120	20
1879	37	37	44	111	31	99	24
1880	56	55	76	104	50	112	26
1881	54	63	60	125	43	123	30
1882	73	89	85	117	57	113	30
1883	57	64	61	134	50	105	33
1884	62	74	70	199	48	110	39
1885	67	76	74	152	57	103	37
1886	58	69	62	133	45	100	38
1887	70	97	79	127	41	99	39
1888	70	88	68	161	52	111	45
1889	59	63	53	155	57	101	45
1890	73	97	72	144	48	111	48
1891	79	87	81	192	71	101	60
1892	77	92	77	179	63	99	56
1893	87	104	88	112	73	112	54
1894	73	95	85	134	44	99	57
1895	86	99	81	124	74	93	74
1896	84	96	86	113	72	89	66
1897	59	55	62	98	59	81	61
1898	78	83	87	117	71	91	64
1899	81	92	91	107	67	88	64
1900	81	89	80	113	77	89	68
1901	76	80	75	114	75	87	63
1902	88	108	92	96	65	93	72
1903	92	102	97	118	80	113	81
1904	67	88	72	61	42	80	55
1905	85	101	90	94	64	96	75
1906	107	122	101	113	94	112	93
1907	85	77	91	113	90	105	82
1908	87	96	81	98	81	101	78
1909	89	76	105	112	95	104	95
1910	102	107	79	106	104	112	106
1911	98	109	104	89	83	95	93
1912	106	109	95	105	108	101	100
1913	97	115	87	106	106	84	104

Tabelle 1a

Indexreihen der Ackerbauproduktion Ungarns, hauptsächliche Pflanzen (1909/1913 = 100)

Jahre	Weizen	Roggen	Mais	Kartoffeln	Zucker-rüben	Futter-rüben	Klee, Luzerne
1869	34	77	30	20	5	5	12
1870	40	83	37	17	8	7	12
1871	29	77	21	16	6	6	13
1872	28	63	31	17	7	7	13
1873	25	37	21	12	4	4	12
1874	38	70	13	22	8	8	12
1875	31	60	48	20	7	6	14
1876	33	51	39	24	8	9	18
1877	49	77	33	23	9	8	19
1878	69	105	54	45	15	23	21
1879	33	49	40	22	14	11	24
1880	50	70	60	43	19	26	25
1881	57	81	49	42	17	24	30
1882	84	102	65	59	19	32	28
1883	57	81	53	60	20	30	30
1884	68	87	55	46	19	32	36
1885	72	84	66	54	17	36	34
1886	65	76	51	46	17	30	35
1887	93	104	45	45	14	35	36
1888	86	85	58	52	22	41	41
1889	59	74	62	56	31	50	43
1890	94	101	54	41	27	39	46
1891	89	75	88	43	36	57	55
1892	91	94	70	56	37	51	51
1893	101	113	82	65	43	59	46
1894	90	110	41	56	41	44	47
1895	101	91	86	63	35	55	72
1896	95	98	78	71	42	64	61
1897	52	70	61	62	40	58	58
1898	82	88	75	76	42	62	60
1899	90	97	69	74	45	62	64
1900	90	82	75	92	55	69	68
1901	79	84	75	88	53	67	61
1902	109	101	62	79	55	71	69
1903	103	97	80	92	58	77	80
1904	88	90	35	61	44	48	55
1905	106	104	56	93	53	63	73
1906	126	106	96	99	74	91	92
1907	77	81	92	99	66	81	80
1908	97	93	86	77	57	80	80
1909	72	92	96	102	72	100	95
1910	108	102	111	98	80	100	112
1911	112	98	81	90	82	88	91
1912	111	105	104	110	133	116	98
1913	97	103	107	99	133	95	105

Tabelle 2

Durchschnittliches Zuwachstempo der Ackerbauproduktion in Ungarn (in übergreifenden zehnjährigen Perioden, in zwei Subabschnitten und in der ganzen Periode)

Jahre	Gesamtproduktion zu Preisen von 1909/13	Anbaugebiet	Ertrag pro ha zu Preisen von 1909/13
	durchschnittliches Zuwachstempo in %		
1870 - 1880	4,59	1,42	3,14
1875 - 1885	6,10	0,61	5,46
1880 - 1890	2,39	0,80	1,56
1885 - 1895	2,12	0,84	1,26
1890 - 1900	1,22	0,82	0,40
1895 - 1905	1,15	0,64	0,45
1900 - 1910	1,75	0,70	1,02
1905 - 1912	2,26	0,72	1,59
1905 - 1913	2,11	0,51	1,62
1870 - 1893	3,55	1,14	2,37
1893 - 1912	1,26	0,61	0,64
1869 - 1913	2,52	bebautes Gebiet 0,82	1,62
		Ackerland 0,47	

Tabelle 3

Die landwirtschaftliche Produktion Frankreichs 1803 - 1913. Gesamtproduktion zu Preisen von 1905/1914 (in Millionen Franc)

Jahr	Gesamte Pflanzenproduktion	Zuwachs in %	jährliche Zuwachsrate	Tierische Produkte insgesamt	Zuwachs in %	jährliche Zuwachsrate	Gesamte landwirtschaftl. Produktion	Zuwachs in %	jährliche Zuwachsrate
1803 - 1812	6 163	-	-	1 862	-	-	8 025	-	-
1815 - 1824	5 522	-	-	1 926	3,4	0,28	7 448	-	-
1825 - 1834	6 301	14,1	1,33	2 123	10,2	0,98	8 424	13,1	1,24
1835 - 1844	7 160	13,6	1,29	2 603	22,6	2,06	9 763	15,9	1,49
1845 - 1854	8 312	16,1	1,50	2 851	9,5	0,91	11 163	14,3	1,34
1855 - 1864	9 427	13,4	1,27	3 227	13,1	1,24	12 654	13,9	1,25
1865 - 1874	10 297	9,2	0,88	3 517	8,9	0,85	13 814	9,1	0,87
1875 - 1884	10 378	0,8	0,08	3 804	8,1	0,78	14 182	2,6	0,26
1885 - 1894	10 169	- 2,0	- 0,20	4 430	16,4	1,53	14 599	2,9	0,29
1895 - 1904	11 449	12,6	1,19	4 536	2,3	0,23	15 985	9,4	0,90
1905 - 1914	12 786	11,7	1,11	5 332	17,5	1,62	18 118	13,3	1,25

Tabelle 3 a

Der Anstieg der Getreideproduktion Englands in den Jahren 1700 - 1820
Corn output 1 000

Jahr	Gesamtproduktion	Zuwachs in %	jährliche Zuwachsrate
1700	14 770		
1710	15 355		
1720	15 547		
1730	15 248		
1740	15 395		
1750	16 468	45	
1760	16 961		
1770	17 353		
1780	18 563		
1790	19 871		
1800	21 102	59	1,17
1810	24 431		
1820	27 873		

Tabelle 3 b

Jährliche Zuwachsraten in der Periode 1869 - 1913 in einigen europäischen Ländern
(Gesamtproduktion in natürlichen Einheiten)

Pflanzen	Gesamtertrag				Durchschnittliche Erträge			
	Ungarn	Deutschland	England	Irland	Ungarn	Deutschland	England	Irland
Weizen	2,65	1,54	- 0,91	- 3,37	1,40	1,31	0,05	1,14
Roggen	0,92	1,59	-	-	1,40	1,39	-	-
Gerste	1,98	1,05	- 1,10	- 0,43	1,41	1,12	0,02	0,50
Hafer	1,91	1,88	0,23	0,24	1,83	1,38	0,19	0.84
Kartoffeln	4,70	2,24	0,48	0,05	2,68	1,44	0,26	1,38
Zuckerrüben	6,75	5,06	-	-	1,37	-	-	-
Futterrüben	6,68	-	- 0,75	0,53	2,28	-	0,48	1,00

Tabelle 3 c

Gestaltung der Erträge pro Hektar (durchschnittliche Zuwachsraten in Ungarn und in Deutschland in sich überschneidenden Perioden, in Subabschnitten und in der ganzen Periode)

Jahre	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Kartoffeln	
	Ungarn	Deutschl.	Ungarn	Deutschl.	Ungarn	Deutschl.	Ungarn	Deutschl.	Ungarn	Deutschl.
1870 - 1880	3,39	1,97	1,15	0,97	2,30	1,84	3,32	2,47	7,82	0,89
1875 - 1885	5,61	1,43	5,09	0,29	3,85	2,42	5,23	1,88	9,47	2,01
1880 - 1890	1,89	0,99	1,19	0,99	0,25	- 0,22	0,44	1,14	0,46	0,99
1885 - 1895	0,72	0,98	1,34	1,66	1,20	0,93	2,42	- 0,03	1,14	1,45
1890 - 1900	- 0,22	2,05	0,91	2,28	1,48	1,04	2,91	1,64	3,17	3,26
1895 - 1905	0,29	1,62	0,39	1,80	0,99	1,40	0,42	1,31	1,75	1,54
1900 - 1910	0,43	1,01	0,75	2,05	0,65	0,87	- 0,41	1,74	0,20	0,42
1905 - 1912	1,39	1,93	0,85	2,43	1,92	2,05	0,93	1,58	- 0,07	0,21
1905 - 1913	0,90	-	1,00	-	1,90	-	1,36	-	0,02	-
1869 - 1893	2,53	1,02	1,43	0,75	1,65	0,92	2,54	0,99	3,98	1,10
1893 - 1912	0,30	1,42	0,58	1,61	1,12	1,50	0,65	2,14	1,39	0,95

Tabelle 3d

Die jährlichen durchschnittlichen Zuwachsraten der Produktion bei einzelnen Pflanzen in Ungarn und Deutschland 1870 - 1913

Jahre	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Kartoffeln	
	Ungarn	Deutschl.	Ungarn	Deutschl.	Ungarn	Deutschl.	Ungarn	Deutschl.	Ungarn	Deutschl.
1870 - 1880	5,54	2,91	0,23	1,21	3,96	1,53	4,39	2,47	9,12	2,17
1875 - 1885	7,26	2,19	3,88	0,12	0,45	3,12	4,70	2,05	9,62	2,96
1880 - 1890	3,65	1,78	0,57	0,80	0,74	0,13	0,19	1,57	1,59	1,58
1885 - 1895	2,10	1,27	1,10	1,83	1,40	0,30	1,67	0,82	2,33	2,14
1890 - 1900	0,72	2,46	0,50	2,72	1,56	0,76	2,48	2,04	5,08	3,89
1895 - 1905	1,20	1,07	0,07	2,17	1,20	1,50	1,21	1,85	3,46	2,75
1900 - 1910	1,05	1,41	0,80	2,43	1,33	0,14	0,46	1,98	1,60	0,60
1905 - 1913	1,04	2,63	0,94	2,88	2,67	1,67	1,66	2,18	1,67	0,49
1869 - 1893	4,50	1,78	0,86	0,71	2,68	1,12	2,76	1,32	5,19	2,04
1883 - 1913	0,64	1,29	0,28	1,87	1,46	1,35	1,16	2,54	3,04	1,51

Tabelle 4

Jährliche Zuwachsraten in Ungarn 1869 - 1913

Pflanzengruppen	Gesamtproduktion Durchschnitt	Bebautes Gebiet jährlich	Erträge/ha Zuwachs in %
I. Brotgetreide	2,08	0,53	1,53
II. Futtergetreide	1,85	0,19	1,63
III. Hülsenfrüchte	- 0,7	- 0,10	0,85
IV. Hackfrüchte	3,62	1,35	1,95
V. Industriepflanzen	0,34	0,16	1,93
VI. Halmfutter	6,32	4,18	1,05
Gesamtproduktion des Ackerlandes	2,52	0,82	1,62

Tabelle 4 a

Gestaltung des Anbaus einzelner Pflanzen in Ungarn (jährliche Entwicklungsraten in den Jahren 1869 - 1913; aus Trendwerten berechnet)

	Gesamtproduktion	Anbaufläche	Ertrag/ha
I. Dynamisch um sich greifende Pflanzen			
Klee, Luzerne, Esparsette	7,97	5,14	0,99
Wickengemisch	7,61	3,68	1,04
Zuckerrüben	6,75	5,19	1,37
Futterrüben	6,68	4,64	2,28
Kartoffeln	4,70	1,26	2,68
II. Die allgemeine Entwicklung annähernde Tempi			
Mais	2,75	1,11	1,52
Weizen	2,65	1,21	1,40
Gerste	1,98	0,49	1,41
Hafer	1,91	0,04	1,83
Roggen	0,92	- 0,52	1,40
III. Langsames Tempo			
Leinsamen	1,18	0,13	0,26
Hanfsamen	0,57	- 0,54	0,15
Wickensamen	0,86	0,25	0,69
Tabak	0,86	- 0,73	1,36
IV. Verdrängte Pflanzen			
Buchweizen	- 3,85	- 6,02	1,44
Hirse	- 2,76	- 2,94	0,82
Halbfrucht	- 2,80	- 5,42	1,29
Spelt	- 4,80	- 5,63	0,25
Raps	- 3,23	- 4,35	1,05

Tabelle 5

Zuwachsraten des Gesamtertrages der einzelnen Pflanzengruppen, in übergreifenden zehnjährigen Perioden, in Subabschnitten und in der ganzen Periode in Ungarn (aus Trendwerten berechnet)

Jahre	Brot-getreide	Futter-getreide	Hülsen-früchte	Hack-früchte	Handels-pflanzen	Futter-pflanzen	Gesamt-produktion
1870 - 1880	3,67	4,11	1,06	6,70	4,22	4,66	4,59
1875 - 1885	6,26	4,51	5,64	6,96	3,64	8,92	6,11
1880 - 1890	2,86	0,41	3,56	2,47	- 0,08	6,83	2,39
1885 - 1895	1,71	1,49	- 0,02	2,95	- 0,09	5,25	2,12
1890 - 1900	0,53	1,91	- 0,41	2,04	- 0,16	2,59	1,23
1895 - 1905	0,88	1,14	- 0,31	1,42	- 0,62	2,14	1,15
1900 - 1910	0,95	0,87	- 0,08	2,86	1,39	3,60	1,75
1905 - 1912	0,96	2,14	- 0,10	4,21	- 0,11	3,60	2,29
1905 - 1913	- 0,02	3,03	- 0,18	4,55	- 0,23	3,84	2,12
1870 - 1893	3,33	2,65	1,97	4,59	1,31	5,74	3,55
1893 - 1912	0,49	1,26	- 0,31	2,25	- 0,04	2,62	1,26

Tabelle 5 a

Zuwachsraten der Erträge pro ha in den einzelnen Pflanzengruppen, in übergreifenden zehnjährigen Perioden, Subabschnitten und im ganzen Zeitraum in Ungarn (1869 - 1913 zu Preisen von 1909/13; aus dem Trend berechnet)

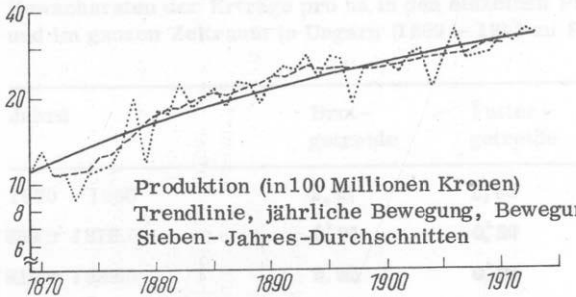
Jahre	Brot-getreide	Futter-getreide	Hülsen-früchte	Hack-früchte	Handels-Pflanzen	Futter-pflanzen	Gesamt-produktion
1870 - 1880	2,91	2,83	1,78	4,41	2,04	1,58	3,13
1875 - 1885	5,75	4,56	4,94	6,28	2,59	4,31	5,46
1880 - 1890	2,01	0,39	1,74	1,45	2,02	1,75	1,56
1885 - 1895	0,99	1,81	0,75	1,34	2,62	0,65	1,26
1890 - 1900	0,13	2,15	- 0,07	0,12	1,42	- 0,05	0,40
1895 - 1905	0,42	0,71	- 0,02	0,50	2,35	- 0,03	0,46
1900 - 1910	0,54	0,16	- 0,04	2,18	1,67	0,89	1,03
1905 - 1912	1,28	1,47	1,33	2,57	- 0,03	1,36	1,59
1905 - 1913	0,87	1,66	2,32	3,09	- 0,03	1,72	1,62
1870 - 1893	2,43	2,11	1,69	2,81	1,86	1,62	2,37
1893 - 1912	0,42	0,90	- 0,05	1,03	1,22	0,14	0,64

Tabelle 5 b

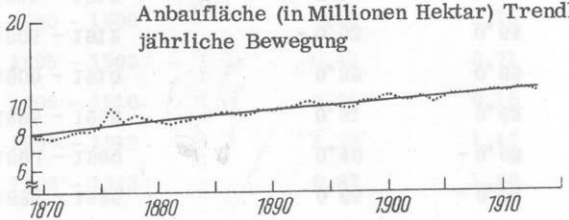
Gestaltung des Anbaugebietes der einzelnen Pflanzengruppen in Ungarn (durchschnittliche Zuwachsraten, übergreifende zehnjährige Perioden, in Subabschnitten und im ganzen Zeitraum 1869 - 1913)

Jahre	Brot-getreide	Futter-getreide	Hülsen-früchte	Hack-früchte	Handels-pflanzen	Futter-pflanzen	Gesamt-gebiet
1870 - 1880	0,73	1,31	- 0,08	2,50	2,24	2,99	1,42
1875 - 1885	0,44	- 0,01	0,60	0,80	0,99	0,45	0,61
1880 - 1890	0,83	- 0,01	1,56	0,98	- 0,28	0,50	0,81
1885 - 1895	0,65	- 0,04	- 0,10	1,60	- 0,35	4,49	0,84
1890 - 1900	0,40	- 0,03	- 0,39	1,96	- 0,30	3,06	0,83
1895 - 1905	0,51	0,43	- 0,18	0,78	- 0,18	2,36	0,68
1900 - 1910	0,39	0,69	- 0,04	0,64	- 0,03	2,67	0,71
1905 - 1912	- 0,03	0,64	- 0,28	1,77	- 0,09	2,25	0,72
1905 - 1913	- 0,10	1,38	- 0,40	1,60	- 0,20	2,12	0,51
1870 - 1893	0,87	0,54	0,25	1,74	- 0,05	4,03	1,14
1893 - 1912	0,07	0,34	- 0,26	1,21	- 0,17	2,48	0,62

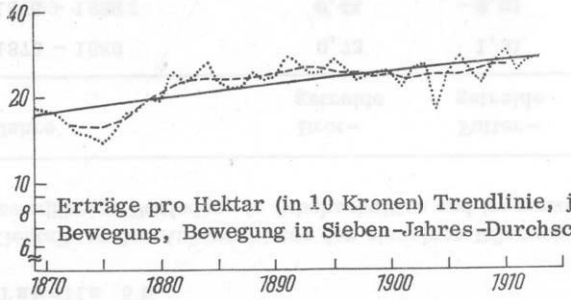
Die Entwicklung der Agrarproduktion in Ungarn 1870 - 1910



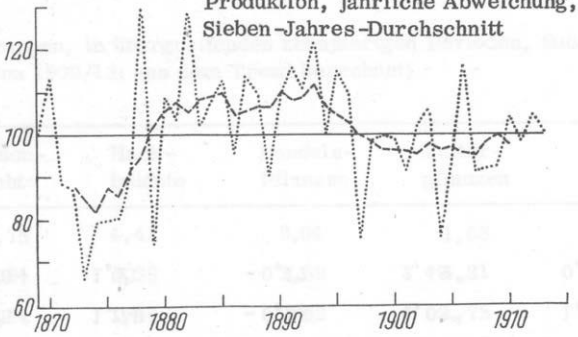
Produktion (in 100 Millionen Kronen) Trendlinie, jährliche Bewegung, Bewegung in Sieben-Jahres-Durchschnitten



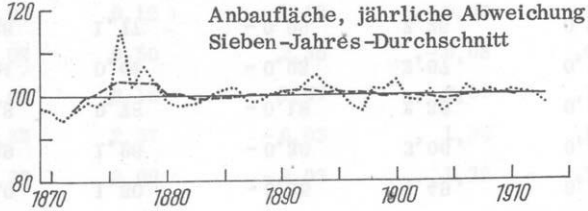
Anbaufläche (in Millionen Hektar) Trendlinie, jährliche Bewegung



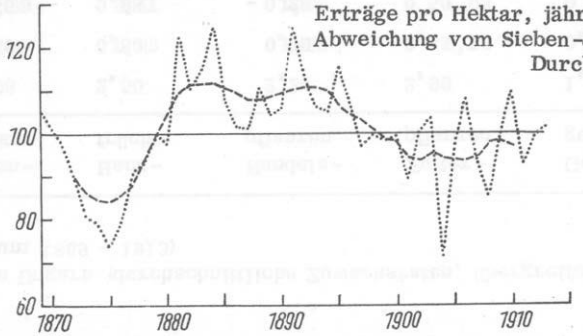
Erträge pro Hektar (in 10 Kronen) Trendlinie, jährliche Bewegung, Bewegung in Sieben-Jahres-Durchschnitten



Produktion, jährliche Abweichung, Abweichung vom Sieben-Jahres-Durchschnitt



Anbaufläche, jährliche Abweichung, Abweichung vom Sieben-Jahres-Durchschnitt



Erträge pro Hektar, jährliche Abweichung, Abweichung vom Sieben-Jahres-Durchschnitt

BEMERKUNGEN ZU DEN WECHSELBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER INDUSTRIELLEN REVOLUTION UND DER KAPITALISTISCHEN INTENSIVIERUNG DER FELDWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND IM 19. JAHRHUNDERT

von Rudolf Berthold

Das 19. Jahrhundert brachte in der Geschichte der deutschen Landwirtschaft eine völlig neue Erscheinung, den kapitalistischen Intensivierungsprozeß.

Der Intensivierungsprozeß ist ein Vorgang im Bereich der Produktivkräfte, der jedoch dem gesamten Volkswirtschaftszweig Landwirtschaft seinen Stempel aufdrückt. Andererseits verläuft der Intensivierungsprozeß in Abhängigkeit von der jeweiligen Produktionsweise. Wir unterscheiden die kapitalistische von der sozialistischen Intensivierung. Kompliziert ist die Einschätzung der Intensivierung im Feudalismus. Die Landwirtschaft des Feudalismus wurde vorwiegend extensiv betrieben. Die Veränderungen im Bereich der Produktivkräfte und der Produktionsorganisation seit ungefähr dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts laufen eindeutig auf die kapitalistische Produktionsweise hinaus und können daher historisch nur als die Vorbereitungsetappe des kapitalistischen Intensivierungsprozesses aufgefaßt werden.

Da es in der Geschichte der Produktivkräfte und bei der historischen Einordnung ökonomischer Prozesse immer sehr schwierig ist, eindeutige Zäsuren zu finden, läßt sich das Ende der Vorbereitungsetappe der kapitalistischen Intensivierung auch nur annähernd bestimmen. Auf jeden Fall liegt das Ende der Vorbereitungsetappe im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts, wobei sich meiner Ansicht nach das Jahr 1830 besser als Endjahreszahl als 1800 eignet. Ab 1830 werden die Veränderungen gewichtiger.

Es ist kein Zufall, daß in Deutschland die Vorbereitungsetappe der industriellen Revolution, die wir von zirka 1750 bis zirka 1830 ansehen, mit der Vorbereitung der kapitalistischen Intensivierung der Landwirtschaft zusammenfällt. In dieser Etappe gelangten in der Landwirtschaft intensivere Formen der Bodennutzung zur Anwendung, die sich in England schon weitgehend durchgesetzt hatten. Eine breite Anwendung war in Deutschland noch nicht möglich, weil die feudale Bindung des Bodens und der Produzenten (Flurzwang, Feudaleigentum und Feudalrente) ein ernsthaftes Hindernis darstellte. Da der volkswirtschaftliche Bedarf gegenüber der Landwirtschaft bereits in der Vorbereitungsetappe der industriellen Revolution schneller als bisher anstieg, mußten die feudalen Produktionsverhältnisse beseitigt werden, um eine freiere Entwicklung der Produktivkräfte zu ermöglichen.

In der Vorbereitungsetappe wurde daher bereits begonnen, in dem die Wirtschaft bestimmenden Bereich Landwirtschaft die feudalen Produktionsverhältnisse abzubauen. Der Abbau erfaßte auch das Gewerbe. Gleichzeitig erfolgte sehr schleppend der Aufbau der ökonomischen Basis des Kapitalismus. Nach 1830 setzte eine neue Etappe ein, die bis in die sechziger Jahre dauerte. In dieser Zeit wurde stärker als vorher die feudale Produktionsweise beseitigt und der Aufbau der ökonomischen Basis des Kapitalismus durchgeführt und abgeschlossen. Es entstand die in einzelne Zweige gegliederte Volkswirtschaft des Kapitalismus, deren wichtigster Zweig die Industrie wurde, die fortan die sozialökonomische Struktur der Gesellschaft bestimmte. Außerdem begann jetzt das Gesetz der proportionalen Entwicklung der Volkswirt-

schaft in völlig neuer Form zu wirken (Abhängigkeit der einzelnen Zweige vom Gesamtsystem der Volkswirtschaft).

Nach 1830 nahm die Entwicklung der Produktivkräfte einen schnelleren Aufschwung. Im Zuge der industriellen Revolution setzte sich das Fabriksystem durch, das den früheren Manufakturen weit überlegen war. In Handel und Verkehr gab es ebenfalls wesentliche Fortschritte. Der Aufbau eines deutschen Eisenbahnnetzes, der Ausbau der Landstraßen und des Wasserstraßennetzes gehören ebenso hierzu wie die Herausbildung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes.

Für die Entwicklung der Landwirtschaft hatte das nachhaltige Folgen. Nicht nur, daß sich auch für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ein nationaler Markt herausbildete, der die Grundlage für den sich entfaltenden kapitalistischen Konkurrenzkampf wurde und die Intensivierung der Produktion beschleunigte, es entstanden gleichzeitig die Bedingungen für den Massentransport von pflanzlichen Grundnahrungsmitteln auf dem Landwege, wodurch erst eine bessere Versorgung der Gebiete ohne natürliche Wasserstraßen ermöglicht wurde. Die industrielle Revolution hatte aber auch weitgehende Auswirkungen auf die Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur. Die Bevölkerung nahm im 19. Jahrhundert rascher als im 18. Jahrhundert zu. Von rund 22 Millionen im Jahre 1800 stieg sie auf 68 Millionen im Jahre 1914. Innerhalb eines guten Jahrhunderts verdreifachte sich die Bevölkerung, wobei die stärkste Zunahme zwischen 1870 und 1914 lag (von 41 auf 68 Millionen). Die Bevölkerungszunahme war von einer Veränderung in der Siedlungsstruktur begleitet. Im Zuge der Industrialisierung wuchs vor allem die Einwohnerzahl der neuen und alten Industriezentren rasch an. Durch den Urbanisierungsprozeß veränderte sich das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung. In der Zeit von 1882 bis 1907 ist der Anteil der ländlichen Bevölkerung von 42,5 auf 28,6 Prozent zurückgegangen. Es entstanden die großen Verbraucherzentren.

Obwohl die Landwirtschaft die Produktion erheblich steigerte, mußten ab 1873 kontinuierlich Roggen, Gerste ab 1867, Hafer ab 1872, Weizen ab 1873 und Fleisch gegen Ende des Jahrhunderts eingeführt werden. Deutschland war bis 1873 aus einem Agrarexport- zu einem Agrarimportland geworden. Der Übergang vom Agrarstaat zum Agrar-Industriestaat wurde im wesentlichen in den fünfziger und sechziger Jahren, das heißt in der Endphase der industriellen Revolution vollzogen.

Die industrielle Revolution und die Veränderungen im Bevölkerungssektor bestimmten die volkswirtschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft nach 1830 auf neue Weise. Es nahm nicht nur der Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen absolut außerordentlich zu, auch die Bedarfsstruktur war erheblichen Veränderungen unterworfen. Die entstehende Industrie hatte einen viel größeren Bedarf an Rohstoffen aus der Landwirtschaft als das frühere Handwerk und die Manufakturen.

Die Aufgabe, neue volkswirtschaftliche Anforderungen zu erfüllen, war nicht nur von der deutschen Landwirtschaft nach 1830 zu lösen. Sie stand vor allen Staaten, die den Weg vom Agrar- zum Industriestaat gingen.

In dem Land mit dem stärksten Anstieg der industriellen Produktion im 19. Jahrhundert, in den USA, ging man bei der Lösung der genannten Aufgabe den gleichen Weg wie in der Industrie: Es wurden neue Betriebe eingerichtet. Von 1860 bis 1910 stieg die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von zirka 2 Millionen auf rund 6 Millionen an. Gleichzeitig wuchs die landwirtschaftliche Nutzfläche von 119 Millionen Hektar auf 356 Millionen Hektar an. Da dieser Boden fast kostenlos zu erhalten war, war die aufstrebende amerikanische Landwirtschaft für längere Zeit nicht durch die kapitalistische Grundrente und Bodenzersplitterung in ihrer Entwicklung gehemmt.

Darin ist eine der Hauptursachen für die Überlegenheit der dortigen Landwirtschaft im internationalen Konkurrenzkampf zu sehen.

In den wesentlich dichter besiedelten europäischen Ländern, und auch in Deutschland, konnten nur noch sehr wenig neue landwirtschaftliche Betriebe eingerichtet werden. Für eine Extension der landwirtschaftlichen Produktion fehlte in der Regel unbebauter Boden. Durch den Urbanisierungsprozeß und den Bau von industriellen Unternehmen und Eisenbahnen wurde in zunehmendem Maße landwirtschaftlich genutzte Fläche benutzt.

Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion mußte in Deutschland im wesentlichen auf der vorhandenen Bodenfläche erreicht werden. Auf der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche mußte mehr lebendige und vergegenständlichte Arbeit eingesetzt werden, um höhere Erträge zu erzielen. Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion verlangte deshalb mehr Kapital. Der Kapitalbesitz pro Bodeneinheit erhöhte sich. Darin ist eines der wesentlichen Merkmale des kapitalistischen Intensivierungsprozesses in der Landwirtschaft zu sehen.

Für den erfolgreichen Verlauf der kapitalistischen Intensivierung der Landwirtschaft nach 1830 war es notwendig, die traditionelle Organisation der Nutzung der Dorffluren rascher als bisher zu beseitigen, wobei es um die Aufhebung von gemeinwirtschaftlichen Formen der Bodennutzung und um die Gemengelage der Parzellen (Landanteile eines Betriebes in den einzelnen Teilen der Dorffeldmark) ging.

Das Vorbild für die Flurbereinigung des 19. Jahrhunderts war England, wo bereits frühzeitig die Gemeindeländereien aufgeteilt worden waren und man die Parzellen der landwirtschaftlichen Betriebe zu größeren Einheiten arrondiert hatte. In Deutschland begann die Aufteilung der Gemeindeländereien auf der Grundlage der Gesetze, die die Einzelstaaten zwischen 1811 und 1832 erließen. Die Aufteilung der Wälder ging schnell voran. Die Aufteilung der Weiden und die Aufhebung der Beweidung der Brachfelder, deren Nutzung tief in die landwirtschaftliche Betriebsweise eingriff, zog sich über Jahrzehnte hin.

Mit Nachdruck wurde die Flurbereinigung weitergeführt, als in den fünfziger und sechziger Jahren die Einzelstaaten neue Gesetze zur Landeskultur erließen. Das Aufeinandertreffen der deutschen Getreidewirtschaft und der internationalen Konkurrenz zwang zu einem größeren Tempo in der Intensivierung der Feldwirtschaft. Vor allem wurde jetzt die Überwindung der Zersplitterung der Dorfflur in Hunderte und Tausende von Parzellen nicht mehr in das Ermessen der Betriebsinhaber gestellt. Zwar dauerte die Arrondierung einige Jahrzehnte und konnte unter den Bedingungen des Kapitalismus auch nicht ihr Ziel erreichen, aber sie beschleunigte trotz aller Einschränkungen den Intensivierungsprozeß.

Für den erfolgreichen Verlauf des kapitalistischen Intensivierungsprozesses war noch ein weiterer Faktor von entscheidender Bedeutung: der wissenschaftliche Vorlauf. Bereits in der Vorbereitungsetappe der kapitalistischen Intensivierung waren die Agrarwissenschaften als selbständige Wissenschaftsdisziplin entstanden. A. D. Thaer hatte als erster Wissenschaftler in Deutschland die kapitalistische Landwirtschaft in ihren Grundzügen in seinem von 1809 bis 1812 erschienenen vierbändigen Werk "Grundsätze der rationellen Landwirtschaft" beschrieben. Vom kapitalistischen Standpunkt untersuchte er das landwirtschaftliche Wissen seiner Zeit und schätzte es nach seiner Verwertbarkeit im Betrieb ein. Das war neu und gleichzeitig progressiv, weil es der kapitalistischen Agrarökonomie zum Durchbruch verhalf.

In den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts ist eine deutliche Hinwendung der Agrarwissenschaften zur Chemie zu erkennen. Damit beginnt jene fruchtbare Wechselwirkung zwischen Grundlagenwissenschaften und angewandten Naturwissenschaften, die die wissenschaftliche Basis des raschen Aufschwunges der landwirtschaftlichen Produktivkräfte vor allem nach 1870 werden sollte.

Den entscheidenden Durchbruch erzielte Justus von Liebig 1840 mit seiner Schrift ("Die Chemie und ihre Anwendung auf Agrikultur und Physiologie", der 1842 die "Tierchemie", 1855

die "Grundsätze der Agrikulturchemie" und 1856 die "Theorie und Praxis der Landwirtschaft" folgten. Es entstand die Agrikulturchemie als neue Disziplin der Agrarwissenschaften.

Die Agrikulturchemie befaßte sich mit der Ernährung und Düngung der Nutzpflanzen und mit der Ernährung der Nutztiere. Das hatte erhebliche Bedeutung für die Intensivierung und Produktionssteigerung der Landwirtschaft. Die von Liebig und anderen Agrikulturchemikern ausgearbeitete Mineralstofftheorie verschaffte neue wissenschaftliche Kenntnisse zu einem Zeitpunkt, als es noch einigermaßen ausreichend wirtschaftseigene Düngemittel gab. Aber die Widersprüche in der Düngemittelversorgung waren für den kritisch denkenden Wissenschaftler bereits damals erkennbar. Einerseits waren die wirtschaftseigenen Düngemittel nur begrenzt steigerbar (ihre Steigerungsrate war geringer als der anwachsende Nährstoffbedarf im Zuge der Intensivierung), und andererseits litten Betriebe mit niedrigem Grünlandanteil bereits unter Düngermangel. Die generelle Steigerung der Bodenfruchtbarkeit hing in absehbarer Zeit von der Zufuhr mineralischer Düngemittel ab. Damit war in der entscheidenden Frage der kapitalistischen Intensivierung der Landwirtschaft ein ausreichender wissenschaftlicher Vorlauf erzielt.

Der wissenschaftliche Vorlauf und die Flurbereinigung begünstigten die kapitalistische Intensivierung der Feldwirtschaft, die eng verbunden war mit dem Anbau neuer Kulturpflanzen. Von den neu angebauten Kulturpflanzen sind vom agrartechnischen Standpunkt zwei Gruppen von besonderer Bedeutung, die Hackfrüchte (Kartoffeln und Rüben) und die Futterkräuter (Klee, Luzerne und Esparsette). Beide Gruppen nutzten durch ihre im Gegensatz zum Getreide längeren Wurzeln die bislang in den tieferen Bodenschichten lagernden Nährstoffe erstmalig aus. Sie verbesserten die chemische, physikalische und biologische Struktur des Akkerlandes, indem sie die ewige Getreidekette durchbrachen. Die bei Kartoffeln und Rüben notwendigen Pflegearbeiten, vor allem das Hacken, erwiesen sich für die Unkrautbekämpfung günstiger als die vorher üblichen drei bis vier Pflugfurchen auf dem Brachfelde.

Der Anbau der neuen Kulturpflanzen wirkte sich vorteilhaft für den folgenden Getreidebau aus, dessen Erträge stiegen. Eine ähnlich günstige Rolle, wie sie die Hackfrüchte und die Futterkräuter als Vorfrucht spielten, hatte auch der im Zuge der Intensivierung zunehmende Anbau von Ölfrüchten. Winterraps und Winterrübsen wurden in das frisch gedüngte Feld gesät. Da sie einen erhöhten Nährstoffbedarf haben, vertragen sie das zeitweilige Überangebot besser als das nachfolgende Getreide. Das nachfolgende Getreide fand nährstoffmäßig günstigere Voraussetzungen vor, neigte nicht so sehr zum Lagern, wodurch die Ernteverluste gesenkt werden konnten.

Die neuen Kulturpflanzen wurden auf dem Teil des Ackerlandes angebaut, der während der extensiven Landwirtschaft eine Vegetationsperiode lang aus agrotechnischen Notwendigkeiten brach lag. Die Bebauung des Brachfeldes begann bereits in der Vorbereitungsetappe der kapitalistischen Intensivierung der Feldwirtschaft. Sie war schon damals eine echte Intensivierung des Ackerbaus, da auf diese Weise die Gesamtleistung des Ackerlandes anstieg.

Die Bebauung des Brachfeldes durchbrach die ewige Getreidekette und führte zur verbesserten Dreifelderwirtschaft. In der verbesserten Dreifelderwirtschaft war das Prizip des Fruchtwechsels bereits angewandt, aber noch nicht konsequent. Es folgte noch immer auf das Wintergetreide das Sommergetreide. Erst als dieses starre Schema verlassen wurde und die Rotation nach dem Nährstoffbedarf der Nutzpflanzen erfolgte, war an die Stelle der verbesserten Dreifelderwirtschaft der Fruchtwechsel getreten. Der Fruchtwechsel wurde zur zweckmäßigsten Form der Bodennutzung in Deutschland. Er wurde zum Hauptmerkmal intensiver Feldwirtschaft und setzte sich ungefähr zwischen 1830 und 1870 durch.

Im Rahmen der Intensivierung der Feldwirtschaft spielte nach 1830 die Zuckerrübe eine hervorragende Rolle. Durch Züchtungen auf der Grundlage der weißen schlesischen Rübe war es

gelungen, einen Prototyp für den Zuckerrübenanbau zu bekommen, der Aussicht hatte, erfolgreich in Konkurrenz mit dem Rohrzucker treten zu können.

Der Zuckerrübenanbau und die Zuckerfabrikation wurden außerordentlich schnell erweitert. Deutschland war an der Jahrhundertwende der größte Zuckerproduzent und produzierte 1913/14 bereits 30,2 Prozent des Rübenzuckers in der Welt.

Über die Vergrößerung der Anbaufläche wirkte die Zuckerrübe nachhaltig auf den gesamten landwirtschaftlichen Betrieb ein. Ein Hektar Zuckerrüben brachte von allen Nutzpflanzen den höchsten Nährstoffertrag. Der Landwirtschaft brachte er doppelten Nutzen. Allein die Abfälle hatten in Stärkewerteinheiten mehr Nährstoff für das Vieh als das Futter von einer guten Wiese. Der Zucker war faktisch ein zusätzlicher Gewinn. Außerdem konnten die Viehbestände durch den höheren Futteranfall vergrößert werden.

Die Zuckerrübe verlangte eine tiefere und gründlichere Bodenbearbeitung und eine reichlichere Düngung, die durch die erhöhten Viehbestände auch möglich war. Der Rübenanbau hinterließ den Boden in einem günstigen nährstoffmäßigen Zustand. Das war von großem Vorteil für den nachfolgenden Weizen. Die Weizenerträge stiegen, und der Anbau nahm zu.

Die Zuckerrübe war eine ausgesprochen arbeitsintensive Nutzpflanze, durch deren Anbau die Arbeitsspitzen erheblich anstiegen. Da zur gleichen Zeit die Industrialisierung laufend Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abzog, wurde der Einsatz von Maschinen zu einer wichtigen ökonomischen Frage. Die für die Landwirtschaft benötigten Maschinen wurden nur sehr selten in Deutschland hergestellt, sondern vorwiegend in England, dem damaligen Musterland intensiver Landwirtschaft, gekauft. Schon in den sechziger Jahren wurden englische Dampfpflüge in den Zuckerrüben anbauenden Großbetrieben eingesetzt. Damit zeichnete sich bereits das Nahen einer neuen Etappe in der kapitalistischen Intensivierung ab, der Etappe der Mechanisierung.

Die Zuckerrübe wurde auch als erste Feldfrucht züchterisch bearbeitet und dadurch der Zukkergehalt kontinuierlich gesteigert. Um die Wende zum 19. Jahrhundert betrug der Zuckergehalt nur 2 bis 3 Prozent. Er stieg bis 1870 auf 8,5 Prozent an. Die Entstehung der wissenschaftlichen Pflanzenzüchtung ist eng mit dem Zuckerrübenanbau verbunden und schuf genauso wie die Agrikulturchemie den wissenschaftlichen Vorlauf für den kapitalistischen Intensivierungsprozeß.

Die Zuckerrübenverarbeitung erlaubte auch eine bessere Auslastung der Arbeitskräfte und brachte damit den Agrarkapitalisten zusätzliche Profite. Während der sogenannten arbeitsarmen Zeit im Winter konnten die Landarbeiter in den Zuckerfabriken beschäftigt werden (November bis Januar). Um diese Vorteile voll auszunutzen, errichteten die Gutsbesitzer meist in Gemeinschaft auf den Dörfern oder in Landstädten ihre eigenen Zuckerfabriken.

Im Zuge der Intensivierung der Feldwirtschaft wurden auch viele Weiden und sonstige Grünflächen umgebrochen und ackerbaulich genutzt. Nach Schätzungen veränderte sich das Grünland - Ackerverhältnis von 1 : 1,57 um 1800 auf 1 : 2,44 im Jahre 1878. Durch die Bebauung von Grünland erhöhte sich die Bruttoproduktion der Landwirtschaft ebenfalls.

Von 1800 bis 1883 stieg die Bruttoproduktion des Ackerlandes von 12,8 Millionen Tonnen Getreideeinheiten auf 36 Millionen Tonnen. Der Hauptzuwachs lag in dem Zeitabschnitt nach 1830.

Höhere Leistungen in der Feldwirtschaft kamen auch der Viehwirtschaft zugute, dem zweitwichtigsten Produktionszweig der deutschen Landwirtschaft. Der Kartoffel- und Feldfutteranbau, die Abfälle aus der Zuckerrübenproduktion und den technischen Nebengewerben vergrößerten die Futterbasis der Nutztiere erheblich. Es konnten nicht nur mehr Tiere gehalten werden, sondern sie wurden auch besser gefüttert. Da die größere Futterbasis die Umstellung auf die Sommerstallhaltung begünstigte, nahm die anfallende Dungmenge noch zusätz-

lich zu. Auf diese Weise produzierte die Landwirtschaft den erhöhten Nährstoffbedarf für die Feldwirtschaft vorerst im wesentlichen noch selbst. Der Nährstoffhaushalt des Ackerbodens konnte günstiger gestaltet werden, und die Bodenfruchtbarkeit wurde erhöht. Damit schließt sich der organische Kreislauf des Landwirtschaftsbetriebes auf biologischer Basis.

Die Intensivierung der Feldwirtschaft nach 1830 wurde im wesentlichen mit den im Prinzip bekannten Maschinen und Geräten erreicht. Bis zum Beginn der siebziger Jahre wurden überwiegend solche Geräte und Transportmittel verwandt, die auf dem Dorfe von verschiedenen Handwerkern in gemeinsamer Arbeit angefertigt wurden. Entsprechend den Fortschritten in der Industrie wurden diese Geräte verbessert und in wachsenden Stückzahlen hergestellt. Als Antriebskraft hierfür dienten weiterhin die wirtschaftseigenen Zugtiere.

Zu den Geräten, die bereits in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts verbessert wurden, gehören die Pflüge. Die intensivere Bodenbewirtschaftung, vor allem der Hackfruchtbau, verlangte leistungsfähigere Modelle, wie sie bereits aus Ganzeisen in England und Flandern im Einsatz waren. Agrarkapitalisten kauften sich derartige Pflüge, die sie von den Dorfhandwerkern nachbauen ließen. Ihre Verbreitung war gering, beeinflußte aber wiederum den herkömmlichen Pflugbau, der nur die stark beanspruchten Teile aus Eisen anfertigte.

Erste Veränderungen in der Landtechnik bahnten sich erst nach 1850 an. Auf der Londoner Weltausstellung 1851 waren amerikanische Mähmaschinen und Mähbinder ausgestellt, die in Verbindung mit dem etwas späteren englischen Dampfpflug eine Umwälzung in der Landtechnik einleiteten. Die Nachrichten über den Einsatz solcher Maschinen in deutschen Großbetrieben sind sehr vereinzelt, was auf ihre seltene Anwendung schließen läßt.

Die Entwicklung der Landtechnik in der ersten Etappe der kapitalistischen Intensivierung der Landwirtschaft, die zirka 1830 begann und zu Beginn der siebziger Jahre endete, hat ein schon mehrfach angedeutetes Phänomen nur noch deutlicher werden lassen. Die Intensivierung der Feldwirtschaft wurde in dieser Etappe im wesentlichen durch den Volkswirtschaftszweig Landwirtschaft selbst getragen. Von seiten der industriellen Revolution und durch das Bevölkerungswachstum kam über das Wirken der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus der Anstoß und die Zielrichtung für den Fortschritt, aber die für die intensiv erweiterte Reproduktion benötigten Produktionsmittel stellte die Landwirtschaft überwiegend allein her. Der Grad der volkswirtschaftlichen Verflechtung zwischen den beiden entscheidenden Zweigen der Volkswirtschaft war also während der industriellen Revolution noch gering.

Gegen Ende der industriellen Revolution bahnten sich jedoch neue Möglichkeiten für die erweiterte Durchführung der kapitalistischen Intensivierung an, die auch ihrer zweiten Etappe die bestimmenden Züge geben sollten. Durch die industrielle Revolution wurden die technischen und materiellen Voraussetzungen einer eigenen Landmaschinenindustrie geschaffen. In den fünfziger Jahren mußte Rudolf Sack seine von ihm konstruierten Pflüge noch in England bauen lassen, 1863 konnte er eine eigene Pflugfabrik eröffnen, die bis 1883 bereits 100 000 Pflüge herstellte. In den fünfziger und sechziger Jahren entstanden noch weitere Landmaschinenfabriken, die mit der von Sack die entscheidenden Unternehmen der jungen deutschen Landmaschinenindustrie wurden.

Nach 1850 entstand auch die Düngemittelindustrie. 1855 wurde die erste Fabrik für Superphosphat gegründet. Im Jahre 1861 begann in Staßfurt aus den Abraumsalzen des Salzbergbaus die industrielle Gewinnung von Kali. Kali wurde zu einem begehrten mineralischen Düngemittel. Am Ende unserer Periode, 1872, produzierten schon 18 Fabriken. Mit dem Aufbau der Superphosphat- und Kaliindustrie setzte die massenhafte Anwendung der sogenannten "künstlichen" Düngemittel ein, für deren Herstellung auch die industrielle Revolution die technischen Voraussetzungen geschaffen hatte.

Der Aufbau der Landmaschinenindustrie und des für die Landwirtschaft produzierenden Teiles der chemischen Industrie schufen die technischen Voraussetzungen für die Verwirklichung des agrarwissenschaftlichen Vorlaufs und leiteten über die Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft die zweite Etappe der kapitalistischen Intensivierung ein. In dieser Etappe sollten die außerhalb der Landwirtschaft produzierten Produktionsmittel immer mehr zum fortschrittsbestimmenden Faktor werden. Die Analyse dieser Vorgänge ist nicht mehr Aufgabe meines Referates. Aber eines soll zum Schluß noch gesagt werden. In der ersten Etappe der kapitalistischen Intensivierung der Landwirtschaft konnten die Mittelbauern ihre Wirtschaft trotz der hohen Ablösungsgebühren verbessern, da es hier um Produktionsmittel ging, die in der Landwirtschaft selbst erzeugt wurden. In der zweiten Etappe blieben die Bauernwirtschaften hinter den Großbetrieben zurück, da die Anschaffung der neuen Produktionsmittel, vor allem der Maschinen, die Wirtschaftskraft der Kleinbetriebe überstieg. Das produktionstechnische Zurückbleiben verstärkte den sozialökonomischen Differenzierungsprozeß auf dem Lande enorm und führte zu einer weiteren Verelendung der Kleinbauern und von Teilen der Mittelbauern.

KAPITALISTISCHE BAUERNBEFREIUNG UND INDUSTRIELLE REVOLUTION

Zur Rolle des "Loskaufs"

von Georg Moll

Die Entwicklung der Landwirtschaft in der Periode der industriellen Revolution (einschließlich ihres Vorbereitungsstadiums) wird in Deutschland durch einen für die volle Durchsetzung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung gleichermaßen notwendigen Prozeß charakterisiert: die Überwindung der feudalen und die Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Dabei handelt es sich um alles andere als eine zufällige Parallelität zweier gesellschaftlicher Prozesse: Industrielle Revolution und kapitalistische Agrarrevolution sind wechselseitig miteinander verknüpft.

Doch trotz der Vielzahl bürgerlicher Veröffentlichungen und der verstärkten Hinwendung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der DDR zur Problematik der Entwicklung des Kapitalismus in der deutschen Landwirtschaft[1] ist dieser Zusammenhang noch ungenügend erforscht.

Die Dialektik von bürgerlicher Umwälzung und industrieller Revolution, wie sie Mottek in seiner Wirtschaftsgeschichte Deutschlands darlegt, ist nicht voll zu erfassen, solange nicht die mit der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft verbundenen Probleme konkreter in die Analyse der Geschichte des kapitalistischen Gesellschafts s y s t e m s einzubeziehen sind.

Wenn der Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Produktionsweise in der deutschen Landwirtschaft weitreichende, alle Bereiche der Gesellschaft erfassende Auswirkungen zeitigte, so betrafen diese doch primär die ökonomische Entwicklung.

Die industrielle Revolution setzt die Akkumulation von Geldfonds ebenso voraus wie die Existenz eines entsprechenden Potentials freier, das heißt nicht mehr feudal gebundener Arbeitskräfte, deren Umwandlung in konstantes fixes bzw. in variables Kapital sie erfordert und erzwingt. Mottek nennt, neben anderen Fakten, als "entscheidende Ursache" für die verhältnismäßig lange Dauer des Vorbereitungsstadiums (1784 bis 1833) der industriellen Revolution in Deutschland "die Verspätung und Verlangsamung der bürgerlichen Revolution, die qualvoll langsam und erst am Anfang des 19. Jahrhunderts wirklich beginnende Beseitigung der feudalen Produktionsverhältnisse auf dem Lande und der mittelalterlichen Gewerbeverfassung in den Städten"[2] - und Kuczynski plädiert, ausgehend von diesen Momenten, gar da-

1 Heitz, Gerhard/Haack, Hanna u. a., Forschungen zur Agrargeschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderband 1970: Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970, S. 128 ff.

2 Mottek, Hans, Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: Mottek, Hans/Blumberg, Horst u. a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 19.

für, "den Ausdruck preußisch auch für den Weg der Industriellen Revolution in Deutschland und anderswo im Osten Europas zu verwenden"[3].

Wenn Mottek dann aber feststellen kann: "Trotz einer qualvoll langsamen Entwicklung waren doch in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre allmählich die Voraussetzungen für den Durchbruch zum industriellen Kapitalismus geschaffen"[4], so hängt das - neben den anderen von Mottek herausgearbeiteten Faktoren - in hohem Maße mit den Wirkungen der kapitalistischen Bauernbefreiung zusammen.

Unsere Untersuchungen bestätigen aus der Sicht der Agrargeschichte die von Mottek formulierte Erkenntnis, daß seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts weder ein Kapitalmangel noch ein genereller Arbeitskräftemangel bestanden hat.[5] Das Arbeitskräftepotential wurde eben in der zu Ende gehenden Vorbereitungsperiode der industriellen Revolution in Deutschland in starkem Maße gespeist durch aus der Leibeigenschaft entlassene Dorfbewohner, und es erhielt während der eigentlichen industriellen Revolution (1834 bis 1873) ständig Zustrom auch durch Menschen, die im Zuge der kapitalistischen Bauernbefreiung von den Produktionsmitteln getrennt worden waren. Nicht nur, daß es zu diesem Zeitpunkt keinen Arbeitskräftemangel mehr gab - seit den zwanziger Jahren existierte in Deutschland eine agrarische Überschußbevölkerung von beträchtlichem Ausmaß, doch ihre Umwandlung in außerlandwirtschaftliche Lohnarbeiter erfolgte aus verschiedenen Gründen zunächst außerhalb der eigentlichen Industrie, nämlich im Eisenbahnbau.[6]

In welchem Maße im Prozeß der Ablösung der feudalen Lasten durch die Bauern bei den einstigen Feudalherren der Landwirtschaft entspringende Geldfonds angehäuft worden sind, wird durch die Arbeiten von Meitzen[7] und Winkel[8], Gross[9], Harnisch[10] und Moll[11] gewissermaßen en gros wie en détail belegt.

Spätestens hier wird deutlich, daß wir uns nicht damit begnügen können, den Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Landwirtschaft an sich zu konstatieren, sondern daß der Modus dieses Übergangs sein spezifisches Gewicht im Rahmen der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt.

Wir müssen uns hier, ohne die Ursachen darlegen zu können, darauf beschränken festzustellen: Die Entwicklung des Kapitalismus in der deutschen Landwirtschaft vollzog sich nicht

3 Kuczynski, Jürgen, Zur Geschichte und Geschichtsschreibung der Industriellen Revolution, in: Kuczynski, Jürgen, Studien zur Geschichte des Kapitalismus, Berlin 1957, S. 22.
4 Mottek, Hans, a. a. O., S. 26.
5 Ebenda, S. 26 ff.
6 Ebenda, S. 28, 33.
7 Meitzen, August, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preussischen Staates, Bd. 1, Berlin 1868.
8 Winkel, Harald, Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland. Höhe und Verwendung bei Standes- und Grundherren, Stuttgart 1968 = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 19.
9 Gross, Reiner, Die bürgerliche Agrarreform in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Untersuchung zum Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in der Landwirtschaft, Weimar 1968.
10 Harnisch, Hartmut, Die Herrschaft Boitzenburg. Untersuchungen zur Entwicklung der sozialökonomischen Struktur ländlicher Gebiete in der Mark Brandenburg vom 14. bis zum 19. Jahrhundert, Weimar 1968.
11 Moll, Georg, Die kapitalistische Bauernbefreiung im Klosteramt Dobbertin (Mecklenburg). Zum "preußischen Weg" der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, Rostock 1968.

auf dem Boden einer revolutionären Überwindung des Feudalismus, sondern auf der Grundlage der Anpassung der Feudalherren an die unvermeidliche kapitalistische Entwicklung, auf dem Wege der Reform der feudalen Produktionsverhältnisse, dessen Prototyp Lenin in der kapitalistischen Agrarentwicklung Preußens erblickte und als "preußischen Weg"[12] charakterisierte.

Die Bauern mußten die Allianz der Bourgeoisie mit ihrem natürlichsten Feind, den feudalen Machthabern, teuer bezahlen - ihr Schicksal hieß "Loskauf".[13] Ohne Vollständigkeit erreichen zu können, seien einige Ziffern angeführt, die eine Vorstellung davon vermitteln, wie teuer die Bauern die Befreiung aus der feudalen Abhängigkeit zu stehen kam:

- Bis zum Jahre 1865 zahlten die preußischen Bauern als Kapitalabzahlung reichlich 38 Millionen Taler; den Gesamtwert der von den Privat- und Domänenbauern in Preußen geleisteten "Entschädigungen" aller Art hat Meitzen, bei Annahme einer zwanzigfachen Kapitalisierung, auf ein Abfindungskapital von nicht weniger als 213 861 035 Taler veranschlagt![14]

- Im Rahmen der allgemeinen Vererbpachtung im Domanium von Mecklenburg-Schwerin (zwischen 1867 und 1877) zahlten die bäuerlichen Erbpächter an Erbstandsgeldern und Kaufgeldern für Gebäude, Hofwehr, Saaten und Bestellung rund 16,2 Millionen Mark.[15]

- Die mecklenburgische Ritterschaft erzielte allein aus der Vererbpachtung in den Dörfern des Klosteramts Dobbertin im Zeitraum zwischen 1833/34 und 1869/70 eine Nettoeinnahme in Höhe von rund 115 000 Talern.[16] In beide Summen sind die jährlichen Erbpachtzahlungen nicht eingeschlossen!

- Die Bauern im Königreich Sachsen mußten für mehr als 85 Millionen Mark aufkommen, die sich die Rittergutsbesitzer durch die Landrentenbank auszahlen ließen.[17]

- In Baden wurden allein im Rahmen der Zehntablösung bis zum Jahre 1857 mehr als 40 Millionen Gulden Kapital abgelöst. Die badischen Bauern haben von dieser Summe, da der Staat ein Fünftel zahlte, ungefähr 30 bis 31 Millionen Gulden aufbringen[18] bzw. bei privaten Gläubigern leihen müssen[19].

- In Württemberg wurden den "Berechtigten" ausgezahlt: für die Ablösung der Beden rund 1,5 Millionen Gulden und für die Ablösung der Fronen rund 4 Millionen Gulden[20], für die Ablösung der Gefälle und der Zehnten rund 68 Millionen Gulden - davon zirka 29 Millionen an den Staat.[21]

- Im Herzogtum Nassau beliefen sich die Ablösungsgelder auf rund 9 Millionen Gulden.[22]

12 Lenin, W. I., Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907, in: Werke, Bd. 13, Berlin 1963, S. 235 ff.
13 Engels, Friedrich, Zur Geschichte der preußischen Bauern, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 246.
14 Meitzen, August, a. a. O., S. 432 ff.
15 Balck, C. W. A., Die Vererbpachtung der Domanial-Bauern in Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 1894, S. 35 f.
16 Moll, Georg, a. a. O., S. 127.
17 Gross, Reiner, a. a. O., S. 141.
18 Kopp, Adolf, Zehntwesen und Zehntablösung in Baden, Freiburg 1899, S. 51 f.
19 Kohler, Adolf, Die Bauernbefreiung und Grundentlastung in Baden, phil. Diss. Freiburg 1958, S. 122.
20 Knapp, Theodor, Die Bauernentlastung, in: Theodor Knapp, Neue Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des württembergischen Bauernstandes, Bd. 1, Tübingen 1919, S. 171 f.
21 Ebenda, S. 181 f.
22 Winkel, Harald, Die Ablösung der Grundlasten im Herzogtum Nassau im 19. Jahrhundert,

Die Auswirkungen des "Loskaufs" werden im Lichte dieser Zahlen kaum zu unterschätzen sein.

Es liegt auf der Hand, in welchem Maße sich die bäuerliche Wirtschaft, auf diesem Kapital aufbauend, hätte entwickeln und welche Rolle eine solche Landwirtschaft im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft hätte spielen können.

Diese gewaltigen Geldfonds wurden der bäuerlichen Wirtschaft entzogen. Wohin flossen sie?

Das ist eine der zentralen Fragen der deutschen Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts, die der Agrarhistoriker allein nicht zu beantworten vermag. Bislang ist ihr nicht systematisch nachgegangen worden, es können also gegenwärtig nur Ansätze einer Antwort formuliert werden.

Freilich soll die Potenz der Ablösungsgelder für die Finanzierung der kapitalistischen Industrie auch nicht überbewertet werden, denn die Hauptquelle für die Umwandlung in industrielles Kapital bildete objektiv das Handelskapital.

Die Verlangsamung und Verzögerung der industriellen Revolution in Deutschland war eben nicht durch den Mangel an Geldfonds bedingt - der entscheidende Punkt war in dieser Hinsicht die Umwandlung in industrielles Kapital. Hier wurde die Aktiengesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts "zum entscheidenden Instrument bei der Zentralisierung überschüssiger Geldfonds, bei der Verwandlung großer Teile des Handelskapitals in industrielles Kapital".[23] An der Gründung von Aktiengesellschaften waren zwar auch Großgrundbesitzer beteiligt; wie eine von Horst Blumberg für die in den fünfziger Jahren in Preußen konzessionierten Aktiengesellschaften erarbeitete Übersicht[24] zeigt, nahm sich der Anteil jedoch recht bescheiden aus. Er konzentriert sich neben der Zuckerindustrie vor allem auf Bergbau und Hüttenwesen.

Ohne also die Möglichkeiten zu überschätzen, die die Ablösungsgelder für die kapitalistische Industrie hätten spielen können, ist ihr volkswirtschaftlicher Stellenwert dennoch nicht in Frage zu stellen. Diese verallgemeinernde Feststellung ist regional deutlich zu differenzieren: Im ritterschaftlichen Ostelbien, das heißt in den preußischen Provinzen und in beiden Mecklenburg, stand bekanntlich die finanzielle "Entschädigung" der feudalen Machthaber durch die (Privat-) Bauern nicht so im Vordergrund wie in Westelbien oder zwischen Saale und Elbe. Hier spielte demgegenüber die Abtretung bäuerlichen Landes als unmittelbarer Bestandteil der Reform selbst eine dominierende Rolle - was nicht ausschließt, daß die "indirekten" Auswirkungen[25] in die gleiche Richtung gingen.

Die vergleichsweise geringeren finanziellen Resultate der kapitalistischen Bauernbefreiung dienten auf den ostelbischen Gütern vor allem der Umwandlung der Eigenwirtschaft in eine moderne Junkerwirtschaft.

Anders verlief die Entwicklung in Mittel-, West- und Süddeutschland. Hier, wo die Eigenwirtschaft des Herrn, genauer: der Großbetrieb (als Eigenwirtschaft bzw. Pachthof) insge-

in: Vierteljahrsschriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 52, 1965, S. 42 ff.; derselbe, Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland, a. a. O., S. 55 ff.

23 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1964, S. 127.

24 Blumberg, Horst, Die Finanzierung der Neugründungen und Erweiterungen von Industriebetrieben in Form von Aktiengesellschaften während der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Deutschland, am Beispiel der preußischen Verhältnisse erläutert, in: Mottek, Hans/Blumberg, Horst u. a., a. a. O., S. 196.

25 Goltz, Joachim von der, Auswirkungen der Stein-Hardenbergschen Agrarreformen im Laufe des 19. Jahrhunderts, math.-nat. Diss. Göttingen 1936, S. 52 ff.

samt, eine untergeordnete Rolle spielte, stand - und das ist natürlich kein Zufall - der eigentliche "Loskauf" im Vordergrund. Das heißt, der Gewinn der Herren bestand, wie exemplarisch belegt wurde, in hohen finanziellen Einnahmen.

Aus der faktenreichen bürgerlichen Untersuchung von Harald Winkel über die Höhe und Verwendung der Ablösungsgelder in Standes- und Grundherrschaften West- und Süddeutschlands wissen wir, daß diese die Ablösungsgelder mit wenigen Ausnahmen vor Ende des 19. Jahrhunderts nicht in industriellen Unternehmen anlegten.[26] Die Umwandlung der durch den "Verkauf" feudaler Privilegien akkumulierten Geldfonds in industrielles Kapital wurde durch außerökonomische Einflüsse in Gestalt eines überkommenen anachronistischen feudalen Standesbewußtseins und diesem entsprechenden Rechtsvorschriften, wie des Fideikommiß, behindert, "die als einzig statthafte endgültige Wiederanlage nur den Erwerb von Grund und Boden anerkannten".[27]

In der Tat erfolgte die "Wiederanlage" beträchtlicher Summen zum Zweck des "Erwerbs von Grund und Boden". Die Voraussetzung dafür boten die Ablösungsgelder in doppelter Hinsicht. Ein Teil der Bauern nämlich, die sich das bürgerliche Eigentum an dem von ihnen bislang gegen Entrichtung der feudalen Rente genutzten Grund und Boden hatten erkaufen müssen, war dabei von den einstigen Feudalherren so ausgepowert worden, daß sie ihr Eigentum früher oder später ganz oder teilweise wieder an diese veräußern mußten, um es dann - unter Umständen - als Pächter gegen Zahlung der kapitalistischen Grundrente (und darüber) an den Großgrundeigentümer wiederum nutzen zu dürfen.

Dieser Kreislauf stellt sich dem christdemokratischen Verfasser einer Freiburger Dissertation über die Grundentlastung in Baden (1958), Kohler, wie folgt dar: "An Grund und Boden war ... ein nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zustandegekommenes Angebot vorhanden. Durch die Aufbringung der gesetzlich gebotenen Ablösungskapitalien waren zweifellos viele Bauern verschuldet und mußten zur Entschuldung Parzellen abstoßen oder gar ihren Hof verkaufen. Von einem ungesetzlichen Bauernlegen kann also keine Rede sein."[28] Diese Betrachtungsweise Kohlers ist sicherlich nicht zuletzt durch "marktwirtschaftliche Gesichtspunkte" aus der bundesdeutschen Gegenwart geprägt, die - heute ungleich stärker noch als im Jahre 1958 - im agrarischen Bereich durch "Abstoß" einzelner Parzellen und Verkauf ganzer Bauernhöfe charakterisiert wird. Diese Entwicklung steht unbestreitbar in vollem Einklang mit den Gesetzen der kapitalistischen Marktwirtschaft - sie ist gesetzmäßig. So gesehen, befindet sich der bürgerliche Interpret aus der Zeit des Spätkapitalismus im Kern durchaus in Übereinstimmung mit der Einschätzung Lenins über die Auswirkungen des "preußischen Weges". Nur eben heißt es in der Lesart der Apologeten der kapitalistischen Marktwirtschaft in wohlabgewogener Formulierung, von einem ungesetzlichen Bauernlegen könne keine Rede sein.

Kohler selbst führt einige Beispiele an:

Allein die Standesherrschaft Fürstenberg erweiterte ihren Grundbesitz in den Hauptjahren der Durchführung der Ablösungsgesetze um mehr als 10 000 Hektar oder 43 Prozent.[29] Auch die großherzogliche Domänenverwaltung beteiligte sich an diesem Aufkauf bäuerlichen Landes; einen Höhepunkt bildete hier das Jahr 1839: Neben einem Rittergut wurden nicht weniger als 42 Bauernhöfe in das Domänenärar überführt![30] Und schließlich war auch die Kirche an dieser Grunderwerbspolitik beteiligt, die hier zu beachtlichen Pachtmehreinnahmen führ-

26 Winkel, Harald, Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland, a. a. O., S. 62 ff., 160.
27 Ebenda, S. 151.
28 Kohler, Adolf, a. a. O., S. 130.
29 Ebenda, S. 136.
30 Ebenda, S. 140.

te.[31] Man kann Winkel nur zustimmen, wenn er schlußfolgert, diese Grunderwerbspolitik erinnere "an den Vorgang des Bauernlegens in den ostelbischen Gebieten".[32] Das heißt nicht, daß es keine Unterschiede in der kapitalistischen Agrarentwicklung östlich und westlich der Elbe gebe. Doch unter dem Aspekt der Anlage bzw. Verwertung des "Preises" für den "Loskauf" der Bauern aus feudaler Abhängigkeit reduzieren sie sich letztlich darauf, wie die Großgrundeigentümer ihr bürgerliches Eigentum an Grund und Boden nutzen: ob im Großbetrieb (als Eigenwirtschaft bzw. Pachthof) oder ob sie es über die von bäuerlichen Besitzern (richtig: Nutzern) zu zahlende Pacht realisieren.

Hier bestehen selbstverständlich enge Beziehungen zur Agrarverfassung der Vor-Reformzeit, die entweder durch vorwiegend grundherrschaftliche oder durch überwiegend gutsherrschaftliche Verhältnisse gekennzeichnet ist.

Die Nachfrage nach Grund und Boden überstieg das "nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zustandegekommene Angebot" jedoch bei weitem. Aus diesem Grunde entschlossen sich die kapitalkräftigen Ablösungsgewinnler zur Anlage in Staatsschuldverschreibungen.[33]

Berthold weist in diesem Zusammenhang nachdrücklich darauf hin, daß die Bevorzugung von Staatsobligationen gegenüber der Anlage in kapitalistischen Industrieunternehmen seitens des Adels vor allem politisch motiviert ist: "Der Adel war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts enger mit dem damaligen Staat als seinem Sachverwalter verbunden als mit der Bourgeoisie ... und der von ihr betriebenen Industrie".[34]

Hinsichtlich der Verwendung der Ablösungsgewinne nennt Winkel schließlich neben den Staatsobligationen als bevorzugte Anlagesphäre den Eisenbahnbau, der hohe Dividenden abzuwerfen versprach.[35] Er vermutet, daß unter anderem aus den großen Ablösungssummen des großherzoglich-badischen Domänen- und Forstärars "auch für den badischen Staatseisenbahnbau größere Summen abgezweigt worden" sind.[36]

In diesem Zusammenhang ist auf die Rolle der Territorialstaaten im Ablösungsgeschäft hinzuweisen. Einmal - so in Baden, in Bayern und in Hessen-Darmstadt - beteiligte sich die Staatskasse an der "Entschädigung" der Feudalherren, das heißt, die Gesamtheit der Steuerpflichtigen mußte diese mitfinanzieren. Zum anderen kassierten die Landesherren für die Ablösung der feudalen Verpflichtungen der jeweiligen Domanialbauern beträchtliche Summen - es sei nur an Mecklenburg-Schwerin und Württemberg erinnert; die Verwendung dieser Geldfonds ist bislang nicht untersucht worden.

Kehren wir zum Ausgangspunkt zurück.

Der nichtrevolutionäre Weg des Übergangs zum Kapitalismus in der deutschen Landwirtschaft zwang die Bauern zum "Loskauf" aus der feudalen Abhängigkeit.

Den Verzicht der Bourgeoisie auf die revolutionäre Beseitigung des Feudalismus hatten zunächst und vor allem die Bauern zu bezahlen. Die Folgen sind bekannt. Nicht zuletzt die bäu-

31 Ebenda, S. 143.
32 Winkel, Harald, Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland, a. a. O., S. 152.
33 Ebenda, S. 157 ff.
34 Berthold, Rudolf/Harnisch, Hartmut/Müller, Hans-Heinrich, Der preußische Weg der Landwirtschaft und neuere westdeutsche Forschungen. Betrachtungen und Gedanken zu ... Harald Winkel, Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 282.
35 Winkel, Harald, Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland, a. a. O., S. 157 f.
36 Ebenda, S. 54.

erliche Verschuldung, speziell in Gestalt des Hypothekarsystems, führte zu einer über die jeder bürgerlichen Umwälzung objektiv gesetzten Schranken hinausgehenden Begrenzung des historischen Fortschritts, den selbst die kapitalistische Bauernbefreiung vom "preußischen" Typus darstellt.

Doch die Auswirkungen des "Loskaufs" betreffen nicht allein die Bauern und nicht einmal nur die Landwirtschaft, sondern - und hier schließt sich der Kreis - sie sind unter anderem auch ein wesentlicher Faktor für die Verlangsamung und Verzögerung der industriellen Revolution in Deutschland.

DIE ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT IN WESTEUROPA UNTER DEN BEDINGUNGEN DER WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN REVOLUTION

von Gerhard Müller

Infolge der Ausbeutung der Bauernschaft durch die Kapitalisten in Industrie und Handel, der zersplitterten Produktion in der Landwirtschaft, des Kapitalmangels und der Armut der Bauern blieb die Agrarwirtschaft in ihrer technischen und ökonomischen Entwicklung weit hinter der Industrie zurück. Während sich in der industriellen Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts in der Industrie der Übergang von der handwerklichen Manufaktur zum kapitalistischen Fabriksystem, von der Handarbeit zur Maschinenarbeit, vollzog, blieb in der Landwirtschaft der kapitalistischen Länder bis zum zweiten Weltkrieg die Handarbeit und die Arbeit mit Zugtieren vorherrschend. So gab es zum Beispiel im kapitalistischen Deutschland im Jahre 1939 bei 3,9 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben nur 39 059 Ackerschlepper, das heißt, im Durchschnitt besaß nur 1 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt einen Traktor.[1]

Nach dem zweiten Weltkrieg setzt auch in der Landwirtschaft Westeuropas der Prozeß der Industrialisierung ein. Damit wurde der Übergang vom Manufakturstadium zum Maschinenstadium in der Landwirtschaft eingeleitet. Gleichzeitig beginnen sich jedoch auch Tendenzen durchzusetzen, die gegenwärtig in anderen Wirtschaftszweigen für die wissenschaftlich-technische Revolution symptomatisch sind. Im Ergebnis dieses Prozesses verwandelt sich die Landwirtschaft in einen industrieähnlichen Wirtschaftszweig und nähert sich im Charakter der Produktion immer mehr der Industrie. Da sich in der Landwirtschaft sowohl Prozesse der industriellen Revolution vollziehen und gleichzeitig sich auch die wissenschaftlich-technische Revolution durchzusetzen beginnt, ist zunächst ein relativ rasches Wachstum der Produktion und der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft zu verzeichnen.

Die wissenschaftlich-technische Revolution in der Landwirtschaft umfaßt die Automatisierung und Teilautomatisierung einzelner Zweige der Produktion, die Chemiesierung sowie die Anwendung der Erkenntnisse der modernen Wissenschaft, vor allem der Biologie, Physiologie und Chemie in der Agrarerzeugung. Die Zahl der Traktoren, Mähdrescher, Melkmaschinen und anderer Mechanisierungsmittel nahm in raschem Tempo zu. (Vergleiche Tabelle 1 und 2 im Anhang.) Eine neue Stufe erreichte ebenfalls die Chemisierung in der Landwirtschaft. Gegenüber der Vorkriegszeit vervielfachte sich der Düngemittelverbrauch, und damit im Zusammenhang stiegen die Hektarerträge rasch an. (Vergleiche Tabelle 3 im Anhang.) Schädlingsbekämpfungsmittel (Herbizide und Insektizide) werden in immer größerem Umfang angewandt, und der Anteil des industriell hergestellten Mischfutters erhöht sich rasch.

Die Automatisierung als wichtigstes Merkmal der wissenschaftlich-technischen Revolution beginnt sich auch in der Landwirtschaft durchzusetzen. Dabei kann man gegenwärtig in der Regel erst von einer Teilautomatisierung bestimmter Prozesse in der Viehwirtschaft (Ge-

1 Wirtschaft und Statistik, Berlin H. 3/1941, S 54; ebenda, H. 23/1941, S. 428.

flügelwirtschaft, Schweinemast und Milchwirtschaft) und einzelner Prozesse in der Feldwirtschaft (automatische Pflüge, automatische Pflückmaschinen in der Gemüsewirtschaft, automatische Erntemaschinen) sprechen. In einzelnen kapitalistischen Großbetrieben in der Landwirtschaft erfolgt die Leitung der Produktion mit Hilfe von Computern.

Die wissenschaftlich-technische Revolution in der Landwirtschaft wird in starkem Maße von der Entwicklung moderner Maschinen, von Automaten und neuer chemischer Produkte durch die Industrie bestimmt. Die Industrie spielt die entscheidende Rolle bei der Industrialisierung der Landwirtschaft. Im Prozeß der Industrialisierung der Landwirtschaft entwikkeln sich engere Beziehungen zwischen der Agrarwirtschaft und den anderen Wirtschaftszweigen.

Im Jahre 1967 machten die industriellen Vorleistungen für die Landwirtschaft der EWG-Länder 33,6 Prozent des Produktionswertes in der Landwirtschaft aus.[2] Sie stiegen von 1950 bis 1967 in der BRD von 29,8 Prozent auf 42,4 Prozent, in Frankreich von 18,8 Prozent auf 32 Prozent, in den Niederlanden von 32,4 Prozent auf 46,8 Prozent, in Belgien von 33 Prozent auf 40,8 Prozent und in Italien von 13,1 Prozent auf 22 Prozent des Produktionswertes der Landwirtschaft.[3] In der BRD haben sich die Ausgaben der Landwirtschaft für sächliche Betriebsmittel von 3,58 Milliarden DM im Wirtschaftsjahr 1948/49 auf 16,69 Milliarden DM im Jahr 1966/67 erhöht.[4] Das Wachstum der Vorleistungen ist ein wesentlicher Bestandteil der Integration der Landwirtschaft in die Volkswirtschaft.

Unter den konkreten ökonomischen und politischen Herrschaftsbedingungen in Westeuropa bedeutet diese wachsende Integration der Landwirtschaft in die Volkswirtschaft im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution die zunehmende Abhängigkeit der Bauern von den Monopolen in Industrie, Handel und Bankwesen.

Der Grad der Konzentration der Produktion und des Kapitals sowie die Vergesellschaftung des Produktionsprozesses weisen zwischen Landwirtschaft und Industrie in Westeuropa wesentliche Unterschiede auf. Während in der Landwirtschaft nach wie vor die einfache Warenproduktion und kleine kapitalistische Betriebe die Agrarstruktur bestimmen, herrschen in der Industrie die Monopole und großkapitalistische Betriebe vor.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Landwirtschaft ist der Grad der Konzentration und der Vergesellschaftung in den Zweigen, die mit der Agrarproduktion unmittelbar verbunden sind (Landwirtschaftliche Produktionsmittelindustrie, Be- und Verarbeitungsbetriebe landwirtschaftlicher Erzeugnisse). In diesen Zweigen ist der Konzentrationsprozeß in den letzten Jahren in besonders raschem Tempo vor sich gegangen. Es herrschen vor allem folgende Monopole (1968)[5]:

Unilever (Großbritannien/Niederlande)	5,5 Milliarden Dollar Umsatz 312 000 Beschäftigte
Nestlé (Schweiz)	1,9 Milliarden Dollar Umsatz, 90 000 Beschäftigte
Badische Anilin- und Sodafabrik (BRD)	1,4 Milliarden Dollar Umsatz, 72 000 Beschäftigte

2 Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der BRD 1970, Hamburg/(West-)Berlin 1970, S. 315.
3 Agrarstatistik, Brüssel, H. 4/1965, S. 18, 20, 22, 24, 26; Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der BRD 1970, a. a. O., S. 315
4 Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der BRD 1963, Hamburg/(West-)Berlin 1964, S. 150; ebenda 1968, Hamburg/(West-)Berlin 1968, S. 141.
5 Berichte des DWI, Berlin, H. 8/1970, S. 34 f.

Associated British Foods (Großbritannien)	1,2 Milliarden Dollar Umsatz, 107 000 Beschäftigte
Unigate (Großbritannien)	776 Millionen Dollar Umsatz, 39 000 Beschäftigte
Volvo (Schweden)	747 Millionen Dollar Umsatz, 26 000 Beschäftigte
Ranks Hovis McDougall (Großbritannien)	744 Millionen Dollar Umsatz, 58 000 Beschäftigte.

Schon gegenwärtig geht von diesen Monopolen ein starker Druck auf die Landwirtschaft aus, der sich durch die weitere Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen wird.

Charakteristisch für den Konzentrationsprozeß in der Industrie in der Gegenwart und der nächsten Zukunft ist die ungeheure Zunahme der Zahl der Fusionen, vor allem die Fusion zwischen großen Monopolen, die verstärkte Herausbildung von internationalen Monopolen und die Entstehung von Konglomeraten.[6]

Neben diesen Riesenbetrieben und Vereinigungen werden in der Industrie nach wie vor Betriebe mittlerer Größe und auch kleine Betriebe existieren, die auf bestimmte Erzeugnisse spezialisiert sind, Reparaturdienste leisten und als Zulieferer fungieren.[7] Diese Betriebe befinden sich jedoch in vielfältiger Form in Abhängigkeit von den großen Monopolen.

Der unterschiedliche Stand der Konzentration und der Vergesellschaftung in Industrie und Landwirtschaft sowie die verstärkte Herrschaft der Monopole sind auch die Grundlage für die sich verschärfende Ausbeutung der Bauernschaft durch das Monopolkapital, für das rasche Tempo des Ruinierungsprozesses der westeuropäischen Bauern und eine Ursache für die tiefe Strukturkrise, in der sich die Landwirtschaft befindet.

Auf der Grundlage des Widerspruchs zwischen Monopolen und Bauernschaft, des sozialen Hauptwiderspruchs in der Landwirtschaft Westeuropas, haben sich im Zusammenhang mit der beginnenden wissenschaftlich-technischen Revolution die sozialen Widersprüche verschärft. Die wichtigsten Erscheinungsformen des Widerspruchs zwischen Monopolen und Bauern unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution sind:

- die Ausbeutung durch die Monopole,
- das wachsende Tempo der Ruinierung der Bauernschaft und der sich langsamer vollziehende kapitalistische Konzentrationsprozeß,
- der Widerspruch zwischen wissenschaftlich-technischer Revolution und Betriebsgrößenstruktur.

Die zunehmende Verflechtung der Landwirtschaft mit den übrigen Zweigen der Volkswirtschaft führt in Westeuropa zur verstärkten Ausbeutung der Bauern durch die Monopole. Be-

6 In der Nahrungsgüterwirtschaft Westeuropas haben ab 1. 1. 1970 Unilever und Nestlé in der BRD, in Österreich und Italien ihre Unternehmen auf dem Gebiet der wachstumsstärksten Erzeugnisse, Tiefkühlkost und Speiseeis, fusioniert und damit über 50 % des Marktanteils dieser Produktion in den drei Ländern in ihren Händen konzentriert. (Deutsche Bauernzeitung, Köln, 20. 11. 1969.)

7 Otraslevaja Koncentracija proizvodstva v stranach kapitala (Die Konzentration der Produktion bei den einzelnen Industriezweigen in den Ländern des Kapitals), in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, Moskau, Nr. 2/1970, S. 147 ff.

reits Marx wies darauf hin, daß die Ausbeutung der Arbeiter und Bauern "sich nur der Form nach unterscheidet. Der Exploiteur ist derselbe: das Kapital".[8]

Die wichtigsten Formen der Ausbeutung der westeuropäischen Bauernschaft durch das Monopolkapital sind: die Preisschere, die Handels- und Verarbeitungsspannen und die Zinsen für die Kredite. In der BRD haben von 1949 bis 1970 die Monopole aus der Bauernschaft über die Preisschere rund 60 Milliarden DM, über die Spannen rund 49 Milliarden DM und über die Zinsen rund 15 Milliarden DM herausgeschlagen.[9]

Die verstärkte Ausbeutung der Bauernschaft durch das Monopolkapital im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution vertieft objektiv die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter und Bauern und ist eine wichtige Grundlage für die Bündnispolitik und den gemeinsamen Kampf gegen die Herrschaft der Monopole.

Im Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Revolution und der bauernfeindlichen Agrarpolitik der imperialistischen Regierungen und der EG-Kommission hat sich das Tempo des Ruinierungsprozesses in den westeuropäischen Ländern beschleunigt. Unter Ruinierung verstehen wir den Prozeß der Zerstörung der Existenzgrundlagen der Bauern als selbständiger Warenproduzenten im Ergebnis der bauernfeindlichen Agrarpolitik des imperialistischen Regimes und der Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Landwirtschaft auf kapitalistische Weise. Die Ruinierung der Bauern ist ein langwieriger Prozeß, der verschiedene Phasen durchläuft: wachsende Labilität des bäuerlichen Betriebes (niedrige Einkommen, Überarbeit, schlechte soziale Verhältnisse), Abwanderung der Arbeitskräfte, wachsende Arbeitsbelastung, Übermechanisierung, zunehmende Verschuldung des Betriebes, Aufnahme einer Nebenarbeit und schließlich die endgültige Aufgabe der Bauernwirtschaft. Die Endphase des Ruinierungsprozesses ist die Proletarisierung der Bauern.[10] Allein von 1960 bis 1967 ist in den EWG-Ländern die Zahl der bäuerlichen Betriebe um 892 000 zurückgegangen.[11] In der BRD hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1949 bis 1970 um 695 800 vermindert.[12] Der Ruinierungsprozeß erfaßt schrittweise immer größere Betriebe. Während in der BRD sich die Zahl der Betriebe unter 20 Hektar verminderte, ging in Frankreich die Zahl der Betriebe unter 50 Hektar zurück, und in Italien sank die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in allen Größenklassen. Die im Vergleich zu anderen Berufsgruppen schlechteren Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrzahl der Bauern und das hohe Tempo des Ruinierungsprozesses waren mit der Zuspitzung der sozialen Widersprüche in der westeuropäischen Landwirtschaft verbunden, führten zum Aufschwung der bäuerlichen Kampfbewegung in Westeuropa (zum Beispiel Demonstrationen in Brüssel, Bonn, Schleswig-Holstein Anfang 1971) und schufen objektiv günstigere Voraussetzungen für die Herstellung eines festen Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft. Sie zwangen gleichzeitig die imperialistischen Regierungen und die EG-Kommission im Interesse der Erhaltung der Macht des Imperialismus, diese sozialen Konflikte zu steuern und "auf Teilreformen einzugehen, um die Massen möglichst unter ihrer ideologischen und politischen Kontrolle zu halten."[13]

8 Marx, Karl, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1964, S. 84.

9 Berechnet nach den Grünen Berichten der Regierung der BRD.

10 Vgl. dazu Lenin, W. I., Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 65.

11 Agrarbericht der Bundesregierung 1971. Materialband, S. 22 = Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/1800.

12 Ebenda, S. 15.

13 Breshnew, L. I., Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU, Berlin 1971, S. 21.

Trotz des raschen Tempos des Ruinierungsprozesses entspricht der kapitalistische Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft Westeuropas in keiner Weise den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die kleinbetriebliche Agrarstruktur herrscht in allen kontinentaleuropäischen kapitalistischen Ländern immer noch vor. Diese Betriebsgrößenstruktur gerät jedoch immer mehr in Widerspruch zur Industrialisierung der Landwirtschaft und hat zu einer tiefen Strukturkrise in der westeuropäischen Agrarwirtschaft geführt. Das kommt unter anderem in der widersprüchlichen Entwicklung der Arbeitsproduktivität zum Ausdruck. In dem Maße, wie die wissenschaftlich-technische Revolution die Landwirtschaft erfaßt, ist hier das Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität zunächst höher als in der Industrie. Auf die Möglichkeit und Notwendigkeit dieses rascheren Wachstumstempos der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft hat bereits Marx hingewiesen.[14] Wir haben es hier mit einer besonderen Form der Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus zu tun. Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft erhöht sich zeitweilig rascher als in der Industrie, da die Landwirtschaft in relativ kurzer Zeit die Periode der Industrialisierung durchläuft und sich gleichzeitig bestimmte Elemente der wissenschaftlich-technischen Revolution durchzusetzen beginnen. Dabei kann sich die Landwirtschaft auf den technischen Fortschritt in anderen Zweigen der Wirtschaft und die Erkenntnisse der Wissenschaft stützen. Unter den Bedingungen des Kapitalismus umfaßt diese Periode jedoch nur einen relativ kurzen Zeitraum. Die Bruttoproduktivität in der Landwirtschaft der BRD (Produktion der lebendigen und vergegenständlichten Arbeit) stieg nur in der Zeit von 1950/1951 bis 1960/1961, während sie dann stagnierte und nur noch die Produktivität der lebendigen Arbeit zunahm.[15]

Die Widersprüche werden auch bei der Mechanisierung der Landwirtschaft besonders sichtbar. (Vergleiche Tabelle 1.) Wir stellen eine partielle Übermechanisierung in allen europäischen kapitalistischen Ländern fest, die zu einer niedrigen und ständig sinkenden Auslastung der Produktionskapazitäten, zu einer starken finanziellen Belastung der bäuerlichen Betriebe geführt und wesentlich zu der hohen Verschuldung der Landwirtschaft beigetragen hat. In der BRD lag 1968 die durchschnittliche Jahresleistung eines Schleppers bei 430 Stunden. Das entspricht einer Kapazitätsauslastung von etwa 40 Prozent.[16] Die durchschnittliche Kampagneleistung eines Mähdreschers lag 1965 bei 23 Hektar.[17] Nach Angaben von Meinhold und Hollmann liegt sogar noch in der Betriebsgröße von 50 bis 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, die nur ein geringer Bruchteil der Betriebe in Westeuropa erreicht, die Auslastung eines Mähdreschers bei 30 Prozent, des Kartoffelsammelroders bei 20 Prozent und des Rübensammelroders bei 28 Prozent.[18]

Selbst nach Angaben bürgerlicher Agrarökonomen sind beim gegenwärtigen Stand der Technik folgende Mindestgrößen für die einzelnen Produktionsrichtungen notwendig, um die entsprechenden Maschinen auszulasten:

14 Vgl. Marx, Karl, Herr Rodbertus. Abschweifung, Neue Theorie der Grundrente, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 103 f.

15 Rechtziegler, Emil, Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus, in: DWI-Forschungshefte, Berlin, H. 4/1969, S. 8 f.

16 Hrubesch, Paul, Zur Kapazitätsauslastung der Ackerschlepper in der westdeutschen Landwirtschaft, in: Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung, Westberlin, H. 1/1969. - Als Vergleich sei angeführt, daß die Jahresleistung eines Traktors in der DDR bei 1170 Stunden lag.

17 In der DDR lag die Kampagneleistung eines Mähdreschers im gleichen Jahr bei 103 ha. (Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin 1966, S. 271, 274.)

18 Meinhold, K./Hollmann, P., Die größeren Betriebe im innerlandwirtschaftlichen Wettbewerb, in: Agrarwirtschaft, Hannover, H. 5/1967, S. 145 ff.

- Mähdrescher — 50 Hektar
- Vorratsroder für Hackfrüchte — 20 Hektar
- Fischgrätenmelkstand und Milchtank — 40 Kühe
- vollautomatische Fütterung in der Schweinemast — 400 Schweine
- vollautomatisierter und vollklimatisierter Stall — 4 000 Legehennen bzw. 40 000 Masthähnchen.[19]

Dabei muß man in Rechnung stellen, daß sich die wissenschaftlich-technische Revolution in der westeuropäischen Landwirtschaft erst am Anfang ihrer Entwicklung befindet. Die kapitalistische Agrarstruktur, vor allem die Betriebsgrößenstruktur, wird immer mehr zu einem ernsten Hemmnis für die wissenschaftlich-technische Revolution in der Landwirtschaft. Sie hemmt den Fortschritt der Produktivkräfte, der genau wie in der Industrie große Produktionseinheiten erforderlich macht. Infolge der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus im Weltmaßstab ist das imperialistische System gezwungen, den Prozeß der Konzentration zu beschleunigen. Der Schweizer bürgerliche Ökonom Edgar Salin sagte dazu: "Nur durch Konzentration kann die freie Wirtschaft des Westens die ihr gebotenen Chancen wahrnehmen und zugleich den Beweis erbringen, daß sie ebenso leistungsfähig ist, wie die wachsende Planwirtschaft des Ostens."[20]

In Westeuropa werden sich in nächster Zeit folgende Formen des kapitalistischen Konzentrationsprozesses in der Landwirtschaft entwickeln:

- die Konzentration der Produktion und des Kapitals in landwirtschaftlichen Großbetrieben,
- der Aufbau von großen kapitalistischen Veredlungsbetrieben, die flächenunabhängig produzieren,
- die vertikale monopolkapitalistische Kooperation ("vertikale Integration"),
- die horizontale monopolkapitalistische Kooperation,
- die demokratischen Produktionszusammenschlüsse der Bauern.

In den nächsten Jahrzehnten wird die Zahl der landwirtschaftlichen Großbetriebe in Westeuropa zweifellos zunehmen, jedoch ist nicht damit zu rechnen, daß die Agrarstruktur durch große kapitalistische Landwirtschaftsbetriebe bestimmt wird. Der Konzentrations- und Vergesellschaftungsgrad in der Landwirtschaft Westeuropas wird auch in den nächsten Jahrzehnten bedeutend niedriger sein als in der Industrie und auch in anderen Wirtschaftszweigen. Vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft sind die kapitalistischen landwirtschaftlichen Betriebe in der Regel Kleinbetriebe und nur selten mittlere Betriebe. Während zum Beispiel in der Industrie Großbetriebe in der Regel mehr als 500 Arbeitskräfte beschäftigen, haben nur wenige kapitalistische Betriebe in der westeuropäischen Landwirtschaft mehr als 50 Beschäftigte. Diese Differenz dürfte in der nächsten Zeit noch größer werden, da in der Industrie die Konzentration der Produktion und des Kapitals mit der Konzentration von Arbeitskräften verbunden ist, während in der Landwirtschaft die Zahl der Arbeitskräfte insgesamt und in der Regel auch pro Betrieb zurückgeht.

In den kapitalistischen Veredlungsbetrieben, die in der Regel bodenunabhängig wirtschaften und mit hochmechanisierten und automatisierten Produktionsverfahren Eier produzieren

19 Dobert, Heinz, Landwirtschaft nach Maß, Hildesheim 1966, S. 17.
20 Salin, Edgar, Soziologische Aspekte der Konzentration, in: Die Zeit, Hamburg, 7. 10. 1960.

sowie Broiler und Schweine mästen, setzt sich die wissenschaftlich-technische Revolution auf Teilgebieten im Interesse des Profits relativ rasch durch (Automatisierung in der Legehennenhaltung, der Broilerhaltung und zum Teil in der Schweine- und Kälbermast). Die Zahl und der Marktanteil dieser Betriebe werden in Westeuropa in den nächsten Jahren zunehmen, wobei jedoch nicht damit zu rechnen ist, daß die tierische Produktion ausschließlich oder auch nur vorwiegend aus diesen Betrieben kommt. Die landwirtschaftliche Großproduktion setzt sich in diesen Betrieben auf der Grundlage der Spezialisierung auf die Eierproduktion, die Broiler-, Schweine- und Kälbermast und teilweise auch der Milcherzeugung durch. Die Produktionseinheiten, die sich in solchen kapitalistischen Veredlungsbetrieben herausbilden, entsprechen oft der optimalen Betriebsgröße.

Die vertikale monopolkapitalistische Kooperation (vertikale Integration) in der Landwirtschaft und der Nahrungsgüterwirtschaft führt in der Tendenz zur Herausbildung von vertikalen Monopolen, die vom Großkapital der Verarbeitungsindustrie, der Produktionsmittelindustrie, des Handels und der Banken beherrscht werden. Die vertikale Monopolisierung wird in der Landwirtschaft gegenwärtig vor allem mit Hilfe von Verträgen durchgesetzt, die die Bauern mit den Lieferanten für Futtermittel, der Jungtiere, der landwirtschaftlichen Produktionsmittel, mit den Verarbeitungsbetrieben oder dem Großhandel abschließen und die häufig durch Abkommen oder die Finanzierung ergänzt werden. Die Monopole bestimmen dabei die Menge, die Qualität und die Preise der zu liefernden landwirtschaftlichen Produkte, sie legen fest, welche Schädlingsbekämpfungsmittel, Desinfektionsmittel, Düngemittel usw. angewendet werden müssen, wie die Stalleinrichtung auszusehen hat usw. Die vertraglichen Festlegungen sind von Fall zu Fall unterschiedlich, jedoch gibt es eine eindeutige Tendenz zur immer stärkeren Reglementierung der Arbeit des Bauern innerhalb seines landwirtschaftlichen Betriebes. Die Bauern verwandeln sich in diesem Prozeß aus einfachen Warenproduzenten oder kleinen kapitalistischen Produzenten in De-facto-Lohnarbeiter. Durch die vertikale monopolkapitalistische Kooperation werden bestimmte Seiten der Überlegenheit der Großproduktion über die Kleinproduktion in der Landwirtschaft im Interesse des Monopolkapitals genutzt. Durch die Arbeitsteilung, Spezialisierung und planmäßige Kooperation zwischen den verschiedenen Stufen des Produktionsprozesses sowie der Vermarktung bilden sich einige Seiten der Großproduktion in der Landwirtschaft heraus. Eine nähere Betrachtung zeigt jedoch, daß es sich in der Regel im unmittelbaren Produktionsprozeß nach wie vor um Kleinproduktion in isoliert arbeitenden Betrieben handelt, die durch Verträge in Produktion und Vermarktung miteinander verbunden sind. Unter günstigen Umständen können die Produktionseinheiten durch ihre Kombination den objektiven Erfordernissen der landwirtschaftlichen Großproduktion entsprechen. Die Ergebnisse dieser Form des kapitalistischen Konzentrationsprozesses dienen in erster Linie den Monopolen, entschärfen zunächst den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und verlagern ihn auf eine neue Ebene.

Die vertikale monopolkapitalistische Kooperation wird einer der hauptsächlichen Wege zur Milderung der Strukturkrise in der Landwirtschaft Westeuropas im nächsten Jahrzehnt werden. Obwohl sie in Westeuropa gegenwärtig noch weit geringer entwickelt ist als in den USA, umfaßt sie in der BRD schätzungsweise 25 Prozent der pflanzlichen und 39 Prozent der tierischen Produktion.[21] Sie ist mit der weiteren sozialen Degradation, der verschärften Ruinierung der Bauernschaft und der vertieften Monopolherrschaft über die Landwirtschaft verbunden. Die Bauern können sich dagegen nur zur Wehr setzen, wenn sie im Rahmen des Kampfes um eine antiimperialistische Demokratie die bäuerlich-demokratische vertikale Kooperation entwickeln und in enger Verbindung mit den bäuerlich-demokratischen Produktionszusammenschlüssen zur Erhaltung ihrer Existenz nutzen.

21 Rechtziegler, Emil, Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus, a. a. O., S. 87.

Die horizontale monopolkapitalistische Kooperation ist der Zusammenschluß landwirtschaftlicher Betriebe unter starkem Einfluß von Industriemonopolen, dem Bankkapital, dem imperialistischen Staat oder unter dem Kommando von großen Agrarkapitalisten. Die landwirtschaftliche Großproduktion wird hier geschaffen, indem die Produktionskapazitäten vieler Bauern schrittweise vereinigt werden und große kapitalistische Kollektivbetriebe entstehen. Im Frühjahr 1970 gab es in der BRD rund 45 000 Zusammenschlüsse in verschiedenen Formen, davon 880 Maschinenringe mit etwa 42 000 Mitgliedsbetrieben, etwa 37 894 Maschinengemeinschaften in ihren verschiedenen Formen, 174 Erzeugergemeinschaften[22], 333 Zusammenschlüsse von rund 10 000 Landwirtschaftsbetrieben auf Teilgebieten der Produktion und 10 Vollfusionen.[23] Über den sozialen Status dieser Zusammenschlüsse, ob horizontale monopolkapitalistische Kooperation oder bäuerlich-demokratische Produktionszusammenschlüsse, entscheiden ihre soziale Zusammensetzung, ihre ökonomischen Beziehungen zu anderen Betrieben, der Stand der Durchsetzung demokratischer Verhältnisse oder von Verhältnissen der Herrschaft und Unterordnung innerhalb der Gemeinschaften. Der Charakter der horizontalen Kooperation ist also abhängig vom Klassenkampf zwischen Monopolen und Bauern und ein Ergebnis dieses Klassenkampfes selbst.

In der horizontalen monopolkapitalistischen Kooperation sowie in ihren Vorformen (Erzeugerringe, Erzeugergemeinschaften, Maschinenringe) werden nur bestimmte Seiten der landwirtschaftlichen Großproduktion genutzt. Bisher ist die überwiegende Mehrzahl der Konzentrationsformen von den optimalen Produktionsgrößen weit entfernt und entspricht in keiner Weise den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß schrittweise größere kapitalistische Kollektivbetriebe entstehen werden, um dadurch den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der Landwirtschaft auf kapitalistische Weise zu entschärfen.

Die westeuropäischen Bauern können diesen Versuchen des Monopolkapitals, die Probleme in seinem Interesse zu lösen, nur begegnen, indem sie im Rahmen des antiimperialistischen Kampfes ihre bäuerlich-demokratischen Produktionszusammenschlüsse entwickeln und das Bündnis mit der Arbeiterklasse festigen.

In den nächsten Jahren wird zweifellos auf Teilgebieten eine Anpassung der Produktionsstruktur an die Erfordernisse des Standes der Produktivkräfte, der kapitalistischen einzelbetrieblichen Agrarstruktur an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution, erfolgen, ohne daß natürlich der Grundwiderspruch zwischen den Produktivkräften und den bestehenden Produktionsverhältnissen eine Milderung erfährt. Der Hauptweg dazu führt nicht über den Aufbau von kapitalistischen Großbetrieben in klassischer Form und auch nicht über die Errichtung von kapitalistischen Veredlungsbetrieben, sondern über die Entwicklung der horizontalen und vertikalen monopolkapitalistischen Kooperation. Dieser Weg führt zur völligen und direkten Unterordnung der Bauernschaft unter die Herrschaft der Monopole und zu einer Annäherung der Masse der Bauern (De-facto-Lohnarbeiter) an das Proletariat. Das wirft völlig neue Probleme für die Bündnispolitik der Arbeiterklasse auf und schafft wichtige objektive Voraussetzungen für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Bauern gegen den Imperialismus.

Die Industrialisierung in der Landwirtschaft erfordert sozialistische Produktionsverhältnisse, die sozialistische Großproduktion auch in der Agrarwirtschaft. Der Zusammenschluß der Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften schafft wichtige agrarstruk-

22 Agra Europe, Bonn/Paris/London/Rom, Nr. 51 u./52/1970, Dokumentation, S. 3, 9, 14.

23 Agrarbericht der Bundesregierung 1971, Bonn, den 12. 2. 1971, S. 66 = Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/1800; Agrarbericht der Bundesregierung 1971, Materialband, a. a. O., S. 358.

turelle Voraussetzungen, um die wissenschaftlich-technische Revolution in der Landwirtschaft zum Wohle der Bauern und der ganzen Gesellschaft zu bewältigen. Die sozialistischen Staaten bemühen sich, die Größe der Produktionseinheiten in erster Linie durch die verschiedenen Formen der Kooperationsbeziehungen zwischen den sozialistischen landwirtschaftlichen Betrieben den wachsenden Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution anzupassen und so die Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ständig neu herzustellen und die wissenschaftlich-technische Revolution zu bewältigen.

Tabelle 1

Schlepper, Mähdrescher und Melkmaschinen in der Landwirtschaft der EWG-Länder 1950, 1962 und 1967[1]

Gliederung	Jahr	BRD	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien[2]	Luxemburg[2]	EWG[3]
A Schlepper[4]								
Bestand	1950	139 493	142 000	56 941	19 792	8 059	1 332	368 000
	1962	999 218	890 000	304 893	76 000	52 506	6 732	2 329 000
	1967	1 257 036	1 155 000	509 234	108 100	77 470	7 765	3 114 605
je 1 000 ha LN[5]	1950	9,8	4,0	2,8	8,4	4,5	9,2	4,9
	1962	70,3	26,0	14,7	32,8	30,8	48,6	31,8
	1967	91,2	34,4	26,1	48,0	47,0	57,3	44,0
je 1 000 ha Ackerland[6]	1950	16,6	6,9	4,4	19,5	8,3	16,4	8,4
	1962	119,1	5,6	23,7	77,4	59,4	91,8	54,6
	1967	159,5	63,9	35,3	122,7	89,6	116,0	70,7
B Mähdrescher								
Bestand	1950	149[9]	4 972	.	1 204	611	7	.
	1962	89 000	75 476	6 988	4 275[7]	4 083	854	181 000
	1967	145 000	135 000	15 066	.	7 199	1 650	.
je 10 000 ha Getreidefläche[8]	1950	0,3	5,9	.	24,3	11,5	1,3	.
	1962	182,2	92,9	13,8	84,3	79,2	175,7	91,9
C Melkmaschinen[10]								
Bestand	1950	5 596[9]	40 000	.	3 835	10 880	1 635	.
	1962	380 000	142 900	.	51 107	37 341	4 923[7]	.
	1967	460 000	230 359	.	81 849	49 032	5 012	.
je 1 000 Milchkühe[11]	1950	1,0	5,2	.	2,5	11,6	29,5	.
	1962	64,2	14,2	.	33,1	35,5	82,7	.
	1967	78,4	25,2	.	45,7	47,2	84,9	.

1 Stand am Jahresende, falls nicht anders vermerkt.
2 Für 1962: Stand im Mai.
3 Abgerundete Zahlen.
4 Ohne Einachsschlepper.
5 Bestellte landwirtschaftliche Nutzfläche.
6 Einschließlich Gartenland.
7 Schätzungen des statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften.
8 Ohne Mais und Reis.
9 Stand Mai 1949.
10 Für BRD: Betriebe mit Melkmaschinenanlagen; für Frankreich: Anzahl der Melkmaschinen; für die Benelux-Länder: Anzahl der Melkmaschinen.
11 Bezogen auf den Bestand an Milchkühen im Monatsdurchschnitt des betreffenden Jahres.

Quelle:
Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1963, hg. v. Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, S. 318; für 1967: Faustzahlen für die Landwirtschaft, Hiltrup (Westf.) 1969, S. 27.

Tabelle 2

Schlepperbestand in der BRD 1935/1938 bis 1969

Jahr	Schlepperbestand
1935/38 (Durchschnittswert)	20 000[1]
1939	30 265[2, 3]
1950	139 493[5]
1962	999 218[5]
1969/70	1 340 000[6]
je 1 000 ha LN	
1935/38 (Durchschnittswert)	1,4[4]
1939	2,0[4]
1950	9,8[5]
1962	70,3[5]
1969/70	97,0[6]
je 1 000 ha Ackerland	
1935/38 (Durchschnittswert)	2,3[4]
1939	3,2[4]
1950	16,6[5]
1962	119,1[5]
1969/70	178,0[6]

1 Nach einer Schätzung des Instituts Völkenrode (nur BRD).
2 Landwirtschaftliche Betriebszählung 1939 (nur betriebseigene Schlepper einschließlich Motormäher und Kleinfräsen).
3 Statistisches Handbuch Landwirtschaft und Ernährung der BRD 1956, Hamburg/Berlin 1956, S. 38.
4 Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der BRD 1953, S. 167, 169.
5 Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der BRD 1963, S. 318.
6 Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der BRD 1970, S. 57, 72 f.

Tabelle 3

Entwicklung des Düngemittelverbrauchs in den EWG-Ländern
(kg Reinnährstoff je ha LN)

	Vorkriegszeit	1950/51	1967/68
Stickstoffdünger			
BRD	19,8	25,7	68,9
Frankreich	6,4	7,9	34,6
Italien	5,3	7,5	24,6
Niederlande	41,9	66,4	152,2
Belgien	29,3	42,1	94,9
Luxemburg	18,7	23,6	58,1
EWG	10,4	14,0	43,7
Phosphatdünger			
BRD	25,7	29,6	58,5
Frankreich	12,4	13,3	45,7
Italien	12,4	14,9	23,8
Niederlande	44,5	51,2	45,8
Belgien	32,3	43,6	85,9
Luxemburg	31,8	32,6	52,9
EWG	16,6	19,0	43,1
Kalidünger			
BRD	37,6	46,7	81,2
Frankreich	8,4	11,7	34,5
Italien	0,7	1,2	9,1
Niederlande	51,3	66,2	56,4
Belgien	27,8	82,6	101,7
Luxemburg	8,1	26,4	51,5
EWG	13,8	19,1	38,9

Quelle:
Agrarstatistik, Brüssel, H. 3/1964, S. 43 ff.; Faustzahlen für die Landwirtschaft, Hiltrup (Westf.) 1969, S. 28.

Diskussionen

ÜBER DIE ROLLE DES "LOSKAUFS"

Zum Beitrag von G. Moll

von S. P. Pach

Der Vortrag von Dr. Moll ist für den ungarischen Historiker von besonderem Interesse, nicht zuletzt deshalb, weil in Ungarn das Problem der Ablösungsgelder nicht in einem ähnlichen Sinne vorhanden ist.

Obwohl die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, wie bekannt, auch in Ungarn auf dem sogenannten preußischen Wege verlief und an dieser grundlegenden Richtung des Entwicklungsprozesses nicht einmal die Revolution von 1848/1849 etwas ändern konnte, legte die ungarische Gesetzgebung gerade im März 1848 das Prinzip der staatlichen Entschädigung der adligen Gutsherren fest, das nach der Niederlage der Revolution und des Freiheitskampfes auch von der neoabsolutistischen Regierung aufrechterhalten wurde.

Ich will bei dieser Gelegenheit nicht die lehrreiche Geschichte der staatlichen Entschädigung in Ungarn erzählen, sondern möchte nur auf den nicht unwesentlichen Unterschied hinweisen, der zwischen der ebenfalls kapitalistisch, im Grunde genommen, sogar preußisch gearteten Bauernbefreiung Ungarns und der Deutschlands zweifellos vorhanden ist. Die Geldsummen, die der Staat den einstigen ungarischen Feudalherren als Ablösungsgelder zahlte (diese Entschädigung wurde freilich durch Staatssteuern, letzten Endes also ebenfalls durch die Steuerpflichtigen finanziert), erreichten, obwohl sie nicht unterschätzt werden dürfen, dennoch keine solche Größenordnung wie in Deutschland.

Unter anderem ist der Vortrag von Dr. Moll aber gerade in bezug auf diesen Unterschied für uns so lehrreich und interessant: durch die Ziffern, die er hinsichtlich der Höhe der Ablösungsgelder anführt, durch die Angaben, die beweisen, wie teuer die deutschen Bauern die Befreiung bezahlen mußten, wie groß die Summen waren, die die einstigen Feudalherren auf diese Weise einheimsen konnten.

Unter diesen Umständen scheint es berechtigt zu sein, die Frage, wohin diese gewaltigen Geldfonds in Deutschland geflossen sind, als eine der zentralen Fragen der deutschen Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts zu bezeichnen.

Was die Antwort anbelangt, so weist Dr. Moll auf verschiedene Kanäle der Verwendung bzw. Anlegung dieser Gelder hin. Erstens erfolgte eine "Wiederanlage" beträchtlicher Summen zum Zwecke "des Erwerbs von Grund und Boden", also zum Ankauf von Liegenschaften der verelendeten Bauern. Zweitens entschlossen sich die kapitalkräftigen Ablösungsgewinnler zur Anlage in Staatsobligationen. Und drittens zeigte sich der Eisenbahnbau als eine bevorzugte Anlagesphäre, die hohe Dividenden abzuwerfen versprach. Aus alledem geht hervor, daß die Ablösungsgelder mit wenigen Ausnahmen vor Ende des 19. Jahrhunderts nicht in industrielle Unternehmen geflossen sind. Deshalb kann man sagen - und das ist die frappante Schlußfolgerung von Dr. Moll -, daß die Auswirkungen des Loskaufs nicht allein die Bauern und die Landwirtschaft, sondern auch die Industrie beeinflußten: Sie waren ein wesentlicher Faktor für die Verzögerung der industriellen Revolution.

Das alles ist freilich richtig und überzeugend. Es ergibt sich aber die Frage: Sollten wir nicht auch mit einer vierten, genauer gesagt, mit einer vierten und fünften Anlagesphäre rechnen, und zwar mit Investitionen direkt oder indirekt innerhalb der Landwirtschaft, zum Beispiel in agrikulturellen Unternehmen, bzw. in Bodenkreditanstalten und Hypothekarinstituten, die in erster Linie eben die Finanzierung der Landwirtschaft zum Ziele hatten?

Ist es nicht ein bißchen einseitig, kehren wir nicht nur die feudalen Züge des deutschen Großgrundbesitzers des 19. Jahrhunderts hervor, wenn wir ausschließlich daran denken, daß er seine Ablösungskapitalien im Ankauf von Grund und Boden angelegt hätte, was bekanntlich keine Anlage im kapitalistischen Sinne des Wortes bedeutet? Sollten wir nicht auch daran denken, daß er auch tatsächlich kapitalistische Investitionen durchgeführt hat, und zwar (und das ist aus zahlreichen Gründen durchaus verständlich) nicht in industriellen, sondern in landwirtschaftlichen Unternehmen, entweder direkt, wo eine umfangreiche gutsherrliche Eigenwirtschaft vorhanden war, oder indirekt durch Vermittlung des Hypothekarsystems, wo die eigenwirtschaftlichen Vorbedingungen gegeben waren. Dr. Moll spricht nur davon, daß sich der Anteil der Großgrundbesitzer an der Gründung von industriellen Aktiengesellschaften recht bescheiden ausnahm. Gilt das aber auch für ihren Anteil an der Gründung von Bankgesellschaften und Bodenkreditinstitutionen? Gilt das auch für das (ganze) Hypothekarsystem, dessen wunderbar schnelle Verbreitung und außerordentlich große Rolle auf dem europäischen Kontinent und nicht zuletzt für Deutschland von Lenin betont wurde?

Mit anderen Worten, kann man nicht in einem Teil des fraglichen Geldfonds eine der Quellen der Finanzierung der kapitalistischen Entwicklung in der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert erblicken? Kann man darin nicht auch einen Faktor des kapitalistischen Intensivierungsprozesses der Feldwirtschaft suchen und finden, der von Professor Berthold so interessant geschildert wird?

Das ist selbstverständlich keine Feststellung, sondern nur eine bescheidene Fragestellung, die Dr. Moll bzw. Professor Berthold gewiß bestätigen oder widerlegen können.

Im Vortragsmanuskript von Professor Berthold lesen wir nämlich: "Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion mußte in Deutschland im wesentlichen auf der vorhandenen Bodenfläche erreicht werden. Auf der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche mußte mehr lebendige und vergegenständlichte Arbeit eingesetzt werden. Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion verlangte deshalb mehr Kapital. Der Kapitalbesitz pro Bodeneinheit erhöhte sich." Es erhebt sich hier die Frage: Woher stammten diese Kapitalien, die in der Landwirtschaft investiert wurden? Woher kamen die Kapitalien, die zum Intensivierungsprozeß beigetragen haben?

Das ist freilich nicht mehr bloß die Frage nach der Verwendung der Ablösungsgelder. Das ist schon die allgemeine Frage nach der Finanzierung der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert überhaupt. Und diese Frage gehört meiner Meinung nach auch zu den zentralen Problemen der deutschen Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhhunderts, um so mehr, als die Entwicklung des Kapitalismus in der deutschen Landwirtschaft, obwohl sie nicht auf dem Boden einer revolutionären Überwindung des Feudalismus, sondern auf der Grundlage der Anpassung der Feudalherren an die unvermeidliche kapitalistische Umgestaltung voranging, dennoch eine so hohe Stufe des kapitalistischen Intensivierungsprozesses im 19. Jahrhundert erreicht hat.

Literaturkritik

DREI WIRTSCHAFTSHISTORISCHE STUDIEN ÜBER INDIEN

Trends of Socio-Economic Change in India 1871 - 1961. Proceedings of a Seminar, hg. v. M. K. Chaudhuri

Indian Institute of Advanced Study, Simla 1969,
811 Seiten, Preis: Rs. 80 oder $ 30

V. B. Singh, Indian Economy, yesterday and today

2d. enlarged ed. People's Publishing House, Delhi, Ahmedabad, Bombay 1970,
182 Seiten, Preis: Rs. 18

P. Saha, Emigration of Indian Labour (1834 - 1900)

People's Publishing House, Delhi, Ahmedabad, Bombay 1970,
180 Seiten, Preis: Rs. 20

von Jürgen Kuczynski

Wie schön, sagt man sich beim Erhalt des erstgenannten Werkes, daß wir jetzt auch für Indien ein großes wissenschaftliches Werk mit langen Reihen für gesellschaftlich wichtige Entwicklungsprozesse besitzen! Nicht daß die Aufstellung von Statistiken über lange Zeiträume in Indien in der Vergangenheit ganz vernachlässigt worden wäre! Schon während des ersten Weltkrieges veröffentlichte K. L. Datta seinen hervorragenden mehrbändigen Report on the Enquiry into the Prices in India, der längere Reihen für Preise und Löhne gab und der auch mir als Basis für die Berechnung der ersten langen Reihen über die Entwicklung von Nominallöhnen und Reallöhnen in Indien für die Jahre von 1880 bis 1940 diente.

Erstaunlicherweise enthält der vorliegende Band keine langen Lohnreihen, obgleich doch seit meinen Studien K. Mukerji seine als Versuch ganz großartigen Statistiken für die Zeit seit 1857, also viel weiter als ich zurückgehend, in der von V. B. Singh herausgegebenen Economic History of India: 1857 - 1956 veröffentlicht hat. Überhaupt muß man feststellen, daß der Band zwar eine ganze Reihe weit zurückgehender Statistiken enthält, aber kaum Neues; sein Schwergewicht liegt in der Interpretation.

Ein Musterbeispiel für die interpretative Behandlung, wie sie in diesem Werk praktiziert wird, ist M. Mukherjee's Studie Longterm Changes in the National Income of India since 1871. Der Autor hat die wichtigste vorhandene Literatur, beginnend mit der berühmten Studie von Dadabhai Naoroji "Poverty and Un-British Rule in India" (London 1871), benutzt und interpretiert sie rein statistisch-objektivistisch, so als ob es sich um eine Arbeit für ein Seminar von Max Weber handelt, oder so wie ein Mann vom Mond, der unfähig ist, irgendwelch irdische Gefühle, irgendein Verständnis für die sozial-ökonomische Bedeutung von Prozessen aufzubringen, es tun würde - und das für eine wissenschaftliche Veranstaltung, deren Thema "socio-economic change" ist!

Der Ton für das ganze Unternehmen des Seminars wurde in der einführenden Rede von Nirmal Kumar Bose angegeben. Er beschäftigt sich mit den verschiedenen Produktionsweisen,

die es heute gleichzeitig in Indien gibt, untersucht sie hinsichtlich ihres Beitrages zum sozialen Fortschritt, stellt erhebliche Spannungen zwischen ihnen fest - und findet das Ganze, insbesondere die Spannungen, "of fascinating interest" (S. 9), von faszinierendem Interesse!

Natürlich enthalten die einzelnen Studien viel nützliches Material und manche klugen Gedanken. Die Kenntnis der Wissenschaftler dessen, was man die westliche bürgerliche wissenschaftliche Literatur der letzten hundert Jahre nennt, insbesondere der amerikanischen Literatur der letzten zwanzig Jahre, ist im allgemeinen sehr gut (siehe auch die am Ende der einzelnen Beiträge zusammengestellte Literatur) - während die marxistische Literatur ihnen praktisch unbekannt ist; R. P. Dutts fundamentale Studien werden, obwohl sie doch englisch geschrieben sind, kein einziges Mal erwähnt.

Wie ganz anders geartet sind doch die beiden anderen hier zu besprechenden Bücher!

Singhs Buch entstand aus Vorlesungen an der Warschauer Universität im Jahre 1959; die erste englische Ausgabe kam 1964 in Indien heraus - zuvor schon war eine polnische Ausgabe der Vorlesungen erschienen, die auch gekürzt von der Humboldt-Universität bei Gelegenheit ihrer 150-Jahr-Feier herausgebracht wurde. Die neue zweite Auflage stellt zum Teil eine Revision, zum Teil eine Erweiterung der ersten indischen Ausgabe dar. Der historische Teil - vom 18. Jahrhundert bis zum Ende der britischen Herrschaft am 15. August 1947 reichend - umfaßt rund sechzig Seiten, die Zeit seit 1947 wird auf rund siebzig Seiten abgehandelt; dazu kommt ein Dokumentenanhang für die Zeit seit 1947 von zirka dreißig Seiten.

Singh schreibt wirklich mit Herz und Hirn, kennt indische, allgemein marxistische und westliche bürgerliche Literatur, die er klug verarbeitet. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist er ein Mitglied des Department of Economics an der Universität von Lucknow und seit seiner Gründung Herausgeber des Indian Journal of Labour Economics.

Als Sozialist fordert er in diesem Buch Maßnahmen, die Indien zum Sozialismus führen. Kritisch betrachtet er die bisherigen Planerfahrungen Indiens und fordert ein stärkeres Wachstum des staatlichen Sektors in der Wirtschaft wie auch eine radikale Landreform. Dabei ist er sich völlig klar darüber, daß wirklicher Fortschritt nur in härtestem Klassenkampf gemacht werden kann.

Panchanan Saha ist vor kurzem durch eine Biographie von Shapurji Saklatvala, dem großen indischen Kommunisten, der Abgeordneter des House of Commons in London wurde, bekannt geworden.

Das hier angezeigte Buch nennt er den "bescheidenen Versuch der Darstellung einer systematischen Studie der Auswanderung gebundener (indentured) indischer Arbeiter nach den britischen Zuckerkolonien - British Guiana (jetzt Guyana), Trinidad, Jamaica und Mauritius - nach der Abschaffung der Sklaverei im Jahre 1834, mit besonderer Herausarbeitung der sozio-ökonomischen Faktoren in den Rekrutierungsgebieten" (Vorbemerkung). Eric Hobsbawm schreibt mit Recht in einem Vorwort: "Dr. Sahas Buch wird von großem Interesse für die Erforscher der Entwicklung des Weltkapitalismus sein, insbesondere für die vergleichende Untersuchung von Wanderungen."

Saha hat eine Fülle von Material gesammelt, wann immer möglich, auch eine Quantifizierung versucht und eine parteiliche und kompetente Darstellung in sechs Kapiteln gegeben: Kolonialer Hintergrund - Faktoren, die zur Auswanderung führten - System der Rekrutierung - Lage der Auswanderer - Regierungspolitik - Schlußfolgerungen. Sechs Anhänge geben wertvolles zusätzliches Material, zum Beispiel über Lohnkosten bei der Zuckerproduktion. Überraschend für den Nichtspezialisten auf diesem Gebiet ist die Tatsache, daß um die Mitte des 19. Jahrhunderts gebundene Arbeit aus Indien viel billiger war als die aus China,

so daß die Ausbeutung sich mehr und mehr auf indische Arbeit konzentrierte. Das wurde später anders, wie sich in der Geschichte einer anderen Zuckerinsel, Kuba, zeigt, in die eine relativ größere Zahl von chinesischen Arbeitern "eingeführt" wurde.

Beide Bücher, das von Singh wie das von Saha, sollten von unseren Indologen und Wirtschaftshistorikern gelesen werden.

DIE BAUERN IM KAPITALISMUS

Bemerkungen zu der Studie von

Jan Šołta, Die Bauern der Lausitz. Eine Untersuchung des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft im Kapitalismus = Schriftenreihe des Instituts für sorbische Volksforschung in Bautzen bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 36

VEB Domowina-Verlag, Bautzen 1968, 272 Seiten, 1 Karte, Preis: 49 M

von Wolfgang Jacobeit/Hainer Plaul

Die vorliegende Studie - hervorgegangen aus der Habilschrift des Verfassers - ist einem Problemkreis gewidmet, der in der marxistischen agrarhistorischen Literatur bisher noch ungenügende Beachtung erfahren hat, die ihm entsprechend seiner Relevanz für die ökonomische, soziale und politische Geschichte der deutschen Bauernschaft ohne Zweifel gebührt. Am Beispiel der Lausitz - und damit wird zugleich ein wertvoller Beitrag zur sorbischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts geleistet - wird untersucht, wie sich unter den Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft vom Ende des "Preußischen Weges" (sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts) bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges (1939) der Prozeß der Klassendifferenzierung der Bauernschaft in diesem Gebiet vollzogen hat.

Über dieses agrar*historische* Anliegen hinaus stellt die Studie aber auch bewußt einen aktuellen agrar*politischen* Bezug her. Abgesehen davon, daß schon allein die Problemstellung diesen Bezug einschließt und daß die innerhalb des untersuchten Zeitraums festgestellte Tendenz dieses Differenzierungsprozesses auch - soweit es sich um kapitalistische Verhältnisse handelt - gewisse prognostische Aussagen zuläßt, so manifestiert sich der gesellschaftspolitische Aspekt besonders darin, daß der Verfasser die "Problematik des Differenzierungsprozesses" bis in die westdeutsche Gegenwart hinein verfolgt und sich - außer mit Riehl, Sombart und David - explizit auch mit westdeutschen bürgerlichen Ideologen (Baade, v. Blanckenburg, Niehaus, Ipsen) kritisch auseinandersetzt. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da die westdeutschen Bauern, insbesondere die Kleinbauern, beginnen, verstärkt Widerstand zu leisten gegen die vom Monopolkapital betriebene Vernichtung ihrer Eigenständigkeit, kommt historischen Analysen dieser Art mit aktuellem politischem Bezug große Bedeutung zu. Allerdings wäre es nach Ansicht der Rezensenten für die ideologische Auseinandersetzung fruchtbarer gewesen, wenn der Verfasser diesen Teil seiner Ausführungen nicht in einer "Voruntersuchung" vorangestellt, sondern auf der sicheren Grundlage seiner Untersuchungsergebnisse - vielleicht in Form eines "Ausblicks" - der Analyse nachgeordnet hätte. So nimmt er doch zum Teil vorweg, was sich eigentlich als Schlußfolgerung darstellt und was als solche formuliert, und zwar unter Einschluß der von ihm gewonnenen Resultate, an Überzeugungskraft gewonnen hätte.

Die historische Analyse des Differenzierungsprozesses beginnt Šołta mit einer Betrachtung über Verlauf und "Ausgang des 'Preußischen Weges' der bürgerlichen Agrarrevolution", also des geschichtlichen Vorfeldes seines eigentlichen Untersuchungszeitraumes. Auf der

Grundlage agrarstatistischen Materials, das allerdings - schon durch die Zugehörigkeit des Untersuchungsgebietes einesteils zu Sachsen und andernteils zu Preußen - "uneinheitlich" ist (S. 52)[1], kann nachgewiesen werden, daß sich am Ende dieser Entwicklung auch auf dem Territorium der Lausitz "eine neue, den bürgerlichen Voraussetzungen entsprechende Agrarstruktur herausgebildet" hat (S. 53). In den einzelnen Kreisen zwar unterschiedlich, zeigt sich doch bereits in diesem Stadium im Ansatz jene soziale Schichtung der Bauernschaft, die sich dann im folgenden Zeitraum sichtbar durchsetzt. Auch diese folgende Phase des Differenzierungsprozesses, seine "Weiterentwicklung bis zum ersten Weltkrieg", wird vor allem unter Benutzung statistischen Materials verfolgt. Aber während die Situation vor und um 1860 an Hand statistischer Daten über das Verhältnis der spannfähigen und nichtspannfähigen Ackernahrungen bzw. nach den Ergebnissen der Viehzählungen beurteilt wird, erfolgt die Untersuchung des Differenzierungsprozesses nach 1860 auf der Grundlage der Resultate der landwirtschaftlichen Betriebszählungen. In methodischer Hinsicht liegt demnach die Tatsache vor, daß für die Analyse des bäuerlichen Differenzierungsprozesses vom Beginn des Eindringens des Kapitalismus in die lausitzische Landwirtschaft bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges auf Grund der Quellenlage also keine einheitliche statistische Unterlage benutzt werden konnte. Das hat notwendig zur Folge, daß ein direkter Vergleich zwischen den Aussagen der Statistiken von 1859/1860 und der Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1882 wegen "der völlig unterschiedlichen Erhebungsmethoden sehr schwierig und das Ergebnis unzuverlässig sein" würde (S. 53). Šolta verwendet deshalb die Resultate der statistischen Erhebungen aus der Zeit vor 1870 nur als Grundlagenmaterial für die Untersuchung des "Fortgangs der Dinge", eben der "Weiterentwicklung" (S. 53). Dadurch wird die im Verlauf des "Preußischen Weges" entstandene Situation von ihm in der Tat als Ausgangsbasis, als historisches Vorfeld seiner eigentlichen Analyse und nicht als Fixpunkt innerhalb einer Entwicklungslinie bestimmt.

Als Ergebnis seiner Untersuchung des Differenzierungsprozesses bis 1914 gelangt Šolta zu einer Klassifizierung der Agrarproduzenten, die eindeutig beweist, daß es im Kapitalismus den Bauern schlechthin nicht mehr gibt, sondern daß für die Bauernschaft jetzt eine starke soziale Schichtung charakteristisch ist. Nach Ansicht des Verfassers sind im Gebiet der Lausitz für den genannten Zeitraum - allerdings in Modifizierung der Klassifikation von Lenin und Kautsky - folgende sechs dörfliche Sozialschichten vertreten: Halbproletarische Wirtschaftler, die sich bereits außerhalb der Bauernschaft befinden (Stellenbesitzer bis zu 2 Hektar, ohne oder höchstens ein bis zwei Rinder je Wirtschaft, weniger als 60 Mark Grundsteuerreinertrag, ein Mann verdingt sich als Lohnarbeiter, Familie besorgt die Landwirtschaft); Kleinbauern (Stellenbesitzer zwischen 2 und 5 Hektar, drei oder vier Rinder je Wirtschaft, Grundsteuerreinertrag 60 bis 90 Mark, Mann wirtschaftet mit Familienangehörigen ohne Lohnarbeiter, nur gelegentliche Arbeit außerhalb der eigenen Stelle); Mittelbauern (Stellenbesitzer zwischen 5 und 10 Hektar und darüber, fünf bis sechs Rinder je Wirtschaft, Grundsteuerreinertrag 90 bis 150 Mark, Mann wirtschaftet mit Familienangehörigen, zum Teil auch mit fremden Arbeitskräften)[2]; Großbauern (10 bis 20 Hektar Bodenbesitz und - regional verschieden - darüber, sieben bis zehn Rinder je Wirtschaft, 150 bis 300 Mark Grundsteuerreinertrag, ständige fremde Arbeitskräfte, wobei sie an Zahl die mitarbeitenden Familienangehörigen nicht übertreffen); bäuerliche Gutsbesitzer oder mittlere Agrarkapitalisten, die sich ebenfalls - zumindest "mit einem Fuß" - bereits außerhalb der Bauernschaft befinden (bis zu 100 Hektar Bodenbesitz, elf bis fünfzig Rinder je Wirtschaft, über 300 Mark Grundsteuerreinertrag, ständige fremde Arbeitskräfte, wobei diese an Zahl die mitarbeitenden Familienangehörigen beträchtlich übertref-

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

2 Šolta faßt die Masse der Mittel- und Kleinbauern unter dem Begriff der werktätigen Bauern zusammen.

fen, der Landwirt wird mehr und mehr zum Betriebsleiter), und große kapitalistische Gutsbesitzer (über 100 Hektar Bodenbesitz, mehr als fünfzig Rinder, Grundsteuerreinertrag über 1 500 Mark).[3]

Über diese Feststellung hinaus vermag der Verfasser auch Aussagen über die Entwicklungstendenz der einzelnen bäuerlichen Kategorien zu treffen sowie über die Faktoren, durch die Richtung und Tempo ihrer Entwicklung bestimmt wurden. Sehr wesentlich für den Verlauf des bäuerlichen Differenzierungsprozesses war vor allem der Unterschied zwischen dem allgemeinen ökonomischen Fortschritt einerseits und der erheblichen Rückständigkeit der Landwirtschaft andererseits, der allerdings nach 1900 teilweise beschleunigt abgebaut wurde. Auch waren Grad und Umfang dieser Rückständigkeit im Untersuchungsgebiet nicht einheitlich. Während die nördliche Oberlausitz (Hoyerswerda-Rothenburg) und die Niederlausitz zu den wirtschaftlich noch beträchtlich zurückgebliebenen Gegenden gehörten, waren die südliche Oberlausitz und die Region Görlitz-Lauban ökonomisch schon bedeutend vorangekommen (S. 55). Bodengüte, Stand der Industrialisierung, Marktbeziehungen und Parzellierung des Grundbesitzes durch Verkauf oder Verpachtung waren weitere entscheidende Einflußfaktoren. Auf die Existenz der "halbproletarischen Wirtschafter" wirkte der Fortschritt des landwirtschaftlichen Kapitalismus im allgemeinen zersetzend, allerdings je nach dem ökonomischen Entwicklungsniveau mit unterschiedlicher Intensität. Während ihre Zahl in den wirtschaftlich rückständigeren Landesteilen (Niederlausitz und Hoyerswerda-Rothenburg) nur langsam zurückging - begründet im Fehlen sozialer Ausweichmöglichkeiten (zum Beispiel Industrie) sowie durch die Chance, insbesondere in der Niederlausitz, durch Kauf oder mehr noch durch Pachtung von Parzellen aus großbäuerlichem Grundbesitz ihren Bodenanteil etwas zu vermehren -, war in den ökonomisch progressiveren Gebieten dagegen eine starke Abnahme dieser Stellenbesitzer (Absinken ins Proletariat) zu verzeichnen. Hier wirkte sich vor allem der Fortschritt in der gesamtwirtschaftlichen Situation aus.

Der gleichen Tendenz - aus gleicher Ursache - waren in den ökonomisch besser gestellten Gegenden auch die Kleinbauern unterworfen, während ihre Zahl in den wirtschaftlich zurückgebliebeneren Regionen, eben durch die gegebene Möglichkeit des Bodenerwerbs durch Kauf oder Pachtung, noch anstieg. Allerdings handelte es sich dabei in der Regel um Hauptbetriebe mit Nebenerwerb und um reine Nebenerwerbswirtschaften.

Die Zahl der Mittelbauern stieg im allgemeinen an; bezeichnenderweise war die Zuwachsrate in den ökonomisch fortgeschritteneren Gebieten jedoch nur gering, was darauf hindeutet, "daß der allmähliche Fortschritt des kapitalistischen Systems das Aufwärtsstreben der mittleren Bauernwirtschaften mehr und mehr aufhielt" (S. 97 f).

In der Struktur der lausitzischen Großbauern vollzogen sich im Untersuchungszeitraum nur geringe Veränderungen, während die Gruppe der bäuerlichen Gutsbesitzer immer stärker zur Kategorie der kapitalistisch wirtschaftenden Großlandwirte (Junker) hintendierte.

Die Zahl der großen kapitalistischen Gutsbesitzer blieb in den wirtschaftlich vorangekommenen Gebieten konstant, im Gegensatz zu den rückständigeren Regionen Niederlausitz und nördliche Oberlausitz mit ihren schlechten bis sehr schlechten Böden, wo diese Gruppe in größerem Maße zur Parzellenverpachtung - und damit zur Erzielung überhöhter Grundrenten - übergegangen war.

3 Lenin und Kautsky teilen die bäuerlichen Schichten ein in: bis 2 ha - Halbproletarier, 2 bis 5 ha - Kleinbauern, 5 bis 20 ha - Mittelbauern, 20 bis 100 ha - Großbauern. Während Šolta die Unterteilung von 5 bis 10 und 10 bis 20 ha gut begründet, scheint uns allerdings die statistische und methodische Beweisführung der nächstfolgenden Gruppen nicht ausreichend zu sein.

In der nächstfolgenden Etappe der agrarischen Entwicklung "Vom ersten bis zum zweiten Weltkrieg" schritt der Differenzierungsprozeß der Bauernschaft weiter voran. Zwar bildeten sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit gewisse Gegentendenzen heraus - insbesondere ging die Verschuldung der Landwirte zurück, erfuhren Elemente der bäuerlichen Naturalwirtschaft eine Neubelebung, nahm die Zahl der Klein- und armen Mittelbauern zu, vor allem in den ökonomisch rückständigeren Gebietsteilen -, doch war ihre Wirkung nicht von Dauer: Um die Mitte der zwanziger Jahre waren diese Gegentendenzen bereits wieder weitestgehend aufgehoben. Stärker als je zuvor setzte jetzt die Proletarisierung der Kleinbauern ein, während die gut situierten Mittelbauern und die Großbauern ihre Positionen ausbauen und festigen konnten.

Unter den Bedingungen des Kapitalismus - so darf wohl als Ergebnis der vorliegenden Studie zusammengefaßt werden - durchläuft die bäuerliche Klasse eine Entwicklung, die in ihrer Tendenz dem entspricht, was Lenin gelegentlich treffend als "Entbauerung" bezeichnete. Der Differenzierungsprozeß der Bauernschaft im Kapitalismus ist seinem Wesen nach ein Polarisierungsprozeß, der allerdings über diese Klasse selbst hinausgreift und aufgeht im allgemeinen Polarisierungsprozeß, wie er sich in der kapitalistischen Gesellschaftsformation überhaupt vollzieht. Damit bestätigt sich, was Marx und Engels im Kommunistischen Manifest vorausgesagt hatten: "Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat".[4] Während auf der einen Seite die halbbäuerlichen Wirtschafter, die Kleinbauern und die armen Mittelbauern immer mehr ins Proletariat absinken, steigen auf der anderen Seite die reichen Mittelbauern und die Großbauern zunehmend in die außerhalb der Bauernschaft stehende soziale Kategorie der großen Agrarkapitalisten (Junker) auf.

Šolta hat dieses Ergebnis, wie schon bemerkt, in erster Linie auf Grund eines umfangreichen statistischen Materials gewonnen, das er vor allem ausführlich in einem gesonderten Anhang zum ersten Kapitel seiner Arbeit ausbreitet. Die kritische Verarbeitung dieses Materials - es handelt sich in der Hauptsache um die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählungen von 1882, 1895, 1907, 1925, 1933 und 1939 - führt ihn zugleich zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Agrarstatistik und ihren bürgerlichen und revisionistischen Interpreten, die - da sie die besitzmäßige Betriebsflächengröße als Kriterium für eine Klassifizierung der dörflich-bäuerlichen Sozialschichten und für die Bestimmung der Entwicklungstendenzen dieser Schichten unter kapitalistischen Bedingungen überbewerten - den zunehmenden Konzentrationsprozeß in der kapitalistischen Landwirtschaft, der ja die Grundlage für den Differenzierungsprozeß der Bauernschaft bildet und der sich allerdings - wie Šolta nachweisen kann - nicht in erster Linie in einer Konzentration des Bodenbesitzes, sondern in einer Konzentration des Kapitals und der Produktion manifestiert, beharrlich in Abrede stellen. Demgegenüber weist der Verfasser, der sich dabei auf die theoretisch-methodischen Ergebnisse aus den entsprechenden Untersuchungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus stützt, gerade auch auf solche Kriterien und Einflußfaktoren hin wie Verschuldung durch Technisierung der landwirtschaftlichen Produktion, Anteil der Lohnarbeit bzw. der außerhalb der Landwirtschaft liegenden Verdienstmöglichkeiten, eigentlicher Hauptberuf, insbesondere der Kleinstellenbesitzer usw., die Aufschluß geben können über jene anderen und in der Regel primären Erscheinungsformen des Konzentrationsprozesses in der kapitalistischen Landwirtschaft. Also nur durch Anwendung einer allseitigen, komplexen Methode und durch Berücksichtigung einer Vielzahl von Faktoren und Kriterien - und dies darf wohl mit Recht als ein wichtiges methodologisches Ergebnis der vorliegenden Studie herausgestellt werden - können über den tatsächlichen Verlauf des Entwicklungsprozesses der Landwirtschaft unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise wissenschaftlich zuverlässige Aussagen gewonnen werden.

4 Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 463.

Letzteres wird vom Verfasser besonders anschaulich im zweiten Kapitel "Das Bautzen-Kamenser Land" demonstriert, wo er - vornehmlich am Beispiel des Gutsdorfes Radibor und der rittergutsfreien Gemeinden Crostwitz und Höflein, sämtlich im ökonomisch besser gestellten Nordwestteil der sächsischen Oberlausitz gelegen - die "Ablösung und Strukturveränderung bis 1860", "Agrarstruktur, Verschuldung und Differenzierung von 1860 bis 1914" und die "Lage der Bauern im Zeitabschnitt von 1914 bis 1939" untersucht. Wir können hier weder auf die Fülle der für den Differenzierungsprozeß der Bauernschaft in diesem Gebiet typischen und wichtigen Einzelheiten eingehen, noch versuchen, eine entsprechende Auswahl zu treffen. Es sei jedoch betont, daß nach Ansicht der Rezensenten dieser Teil der Studie an Aussagekraft sicherlich nicht unbeträchtlich gewonnen hätte, wenn der Verfasser zum Vergleich zwei oder drei Ortschaften aus der wirtschaftlich rückständigeren Niederlausitz oder aus dem Hoyerswerda-Rothenburger Land herangezogen hätte.

Mit Nachdruck möchten aber die Rezensenten noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der das methodologische Prinzip der Allseitigkeit und Komplexität, wie es der Verfasser verstanden wissen will, hier besonders deutlich werden läßt. Šołta geht es nämlich nicht nur um die Anwendung komplexer Methoden innerhalb des Gegenstandsbereichs seiner eigenen Disziplin - der Wirtschaftsgeschichte -, sondern mehrseitige Betrachtungsweise bedeutet für ihn auch Einbeziehung von Forschungsergebnissen aus anderen Einzelwissenschaften.

So wird von ihm unter anderem auch die Schöne Literatur (Erwin Strittmatter, Jurij Brězan, Wilhelm von Polenz, Oskar Maria Graf, Jakub Bart-Ćišinski) in diesem Zusammenhang berücksichtigt. Aber literarische Gestaltungen komplizierter gesellschaftlicher Prozesse als "zusätzliche Quelle beim Erfassen der Wirklichkeit" (S. 223) heranzuziehen, erfordert ein quellenkritisches Herangehen, das auch der Spezifik des Belletristischen gerecht werden muß. Eine bloße Darlegung des Inhalts unter Hinzufügung zahlreicher Zitate, wie es der Verfasser unternimmt, genügt in diesem Fall freilich nicht. Hier müssen vor allem Faktoren und Methoden berücksichtigt und angewandt werden, wie sie speziell von der Literaturgeschichte und der Literaturtheorie erschlossen und entwickelt worden sind.

Von den Disziplinen, deren Forschungsergebnisse nach Ansicht des Verfassers in Untersuchungen über den bäuerlichen Differenzierungsprozeß einzubeziehen sind, wird von ihm ausdrücklich die Ethnographie, das heißt im engeren Sinne die Volkskunde, genannt, deren Bedeutung für den hier behandelten Problemkomplex er selbst durch die Aufnahme von Zeugnissen über Kultur und Lebensweise der von ihm untersuchten dörflich-bäuerlichen Sozialschichten, insbesondere in dem Abschnitt "Von der Lebensweise der Bauern und ihres Gesindes" (S. 193 - 197), deutlich macht. Die Volkskunde ihrerseits erfährt durch Šołtas Arbeit wertvolle neue Anregungen, indem sie auf den durch die Differenzierung verursachten allgemeinen Umschichtungsprozeß der bäuerlichen Bevölkerung hingewiesen wird, der in das ganze Sozialgefüge des Dorfes einschneidend eingreift, neue Beziehungen zwischen den einzelnen Schichten entstehen läßt, die wiederum andere Verhaltensweisen und Leitbilder bedingen, überkommene traditionelle Vorstellungen umfunktionieren oder ablösen und zu einer völligen Veränderung der Lebensverhältnisse führen. Die Kenntnis dieser für die Volkskunde relevanten Erscheinungen und Zusammenhänge vermag schließlich auch, die politischen Konsequenzen dieses Umschichtungsprozesses, wie sie Šołta in dem Abschnitt "Von der politischen Differenzierung der Bauernschaft" (S. 203 - 205) darlegt, besser verständlich zu machen. Damit wird zugleich ein weiteres Mal die Bedeutung volkskundlicher Forschung als wichtiges Bindeglied zwischen Wirtschaftsgeschichte und politischer Geschichte unterstrichen, wie das übrigens - zumindest im Ansatz - auch in vielen Arbeiten politischer Historiker geschieht.[5] Wenn auch eine gezielte volkskundliche Untersuchung die Absicht des

5 Vgl. z. B. Bleiber, Helmut, Zwischen Reform und Revolution. Lage und Kämpfe der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Vormärz 1840 - 1847, Berlin 1966; siehe dazu die Rezension von Hainer Plaul in: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde, Bd. 14, T. 1, 1968, S. 166 f.

Verfassers, nämlich damit zu "einer wirksameren und vertieften Darstellung der Geschichte" (S. 223) zu kommen, wie er sie durch seine agrarhistorischen Forschungen gewonnen hat, noch mehr hätte unterstützen können, so muß der Volkskundler doch dankbar sein, daß es Šolta gut verstanden hat, die Fruchtbarkeit volkskundlicher Fragestellung für historische Themen schlechthin zu erweisen. Damit wird gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer künftig verstärkt zu führenden Kooperation zwischen Geschichtswissenschaft (speziell Wirtschaftsgeschichte und politische Geschichte) und Volkskunde zum Nutzen dieser Disziplinen hingewiesen, und nicht unerwähnt sei gerade in diesem Zusammenhang das Wort von Friedrich Engels über die Bedeutung von Schilderungen und Untersuchungen über die Lebensverhältnisse der sozialen Klassen und Schichten, aus denen man oft mehr lernen könne, als "von allen berufsmäßigen Historikern, Ökonomen und Statistikern ... zusammengenommen".[6]

Šoltas Buch ist vom Untersuchungsgegenstand wie von der Methode her ein wesentlicher Beitrag zur Geschichte der Bauernschaft im Kapitalismus, dem man einige Schwächen ohne weiteres nachsehen wird. Es zeigt erneut die Fruchtbarkeit einer allseitigen, komplexen Betrachtungsweise, die freilich erst durch eine sinnvolle interdisziplinäre Zusammenarbeit voll nutzbar gemacht werden kann.

6 Engels, Friedrich, Brief an Margaret Harknes, April 1888, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 37, Berlin 1967, S. 44.

INDUSTRIEGESCHICHTLICHE THEMEN DER REIHE "BEITRÄGE ZUR HEIMATGESCHICHTE VON KARL-MARX-STADT"

von Ernst Barth

Als am 28. August 1970 der Direktor des Stadtarchivs von Karl-Marx-Stadt, Rudolph Strauß, die Ehrendoktorwürde der Karl-Marx-Universität zu Leipzig erhielt, wurde damit nicht nur seine mehr als zwanzigjährige Tätigkeit als Archivar geehrt; Rudolph Strauß war in dieser Zeit darüber hinaus als Historiker, insbesondere auf dem Gebiet der örtlichen Arbeiterbewegung, mit bedeutenden publizistischen Leistungen hervorgetreten.[1] Nicht zuletzt konnte Strauß als verantwortlicher Redakteur und in vielen Fällen auch als Autor seit Beginn des Jahres 1952 der Öffentlichkeit nicht weniger als bisher 17 Hefte der Reihe "Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt" vorlegen.[2]

Obwohl eine Würdigung dieser nicht alltäglichen publizistischen Leistung in mehr oder weniger summarischer Form bereits zu verschiedenen Malen erfolgte[3], verdient meines Erachtens die Mehrzahl der bisher in dieser Reihe erschienenen Beiträge speziell wirtschafts- bzw. industriegeschichtlichen Charakters eine mehr als regional- bzw. lokalgeschichtliche Aufmerksamkeit.

Der Rahmen der bisher in der Reihe "Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt" veröffentlichten Aufsätze ist an sich recht weit gespannt, doch heben sich dabei bestimmte Teilgebiete deutlich hervor. Bei einem Überblick über die bisher in dieser Reihe behandelten Fragen spannt sich der Bogen von Aufsätzen über Ereignisse aus der Zeit der Gründung der Stadt[4], von Darstellungen zur Geschichte von Chemnitz in der Zeit der frühbürgerlichen Revolution, wobei der Montanwissenschaftler und Humanist Dr. Georgius Agricola im Mit-

1 Für sein Hauptwerk, "Die Lage und die Bewegung der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts", Berlin 1960, wurde Rudolph Strauß mit der Leibniz-Medaille ausgezeichnet.

2 Die beiden ersten Hefte dieser Reihe sind noch unter der Bezeichnung "Beiträge zur Heimatgeschichte von Chemnitz" erschienen; das bisher letzte Heft (Nr. 17) erschien 1969.

3 Vgl. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderband 1970, S. 243, 324 Anm. 66; Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 1, Leipzig/Dresden 1965, S. 19; Mohr, Hubert/Hühns, Erik, Einführung in die Heimatgeschichte. Berlin 1959, S. 45, sowie Einschätzungen einzelner Hefte, in: Sächsische Heimatblätter (im folgenden: SHbl), H. 5/1960, S. 320; H. 3/1962, S 197 f; H. 4/1963, S. 388; H. 5/1968, S. 241; Der Heimatfreund für das Erzgebirge, H. 7/1967, S. 137 f.; H. 3/1968, S. 50 f.; H. 2/1969, S. 33 f.; H. 6/1970, S. 127 - 129.

4 Vgl. dazu die folgenden Arbeiten in: Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt (im folgenden: BHg), H. 12, Karl-Marx-Stadt 1965, Vogt, Heinz-Joachim/Mechelk, Harald, Ereignisse der Stadtkernforschung; Leipoldt, Johannes, Geschichtliche Leitlinien der Besiedlung des mittleren Erzgebirges; derselbe, Die Entstehung von Chemnitz (seit 1953 Karl-Marx-Stadt).

telpunkt steht und auch Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte behandelt werden[5], bis zu Aufsätzen speziell kunstgeschichtlichen Charakters[6] sowie Darstellungen von Teilbereichen der Lokalgeschichtsforschung, die über längere Zeitabschnitte hinwegführen[7]. Dabei wurden in vielen Fällen Bestände des Stadtarchivs von Karl-Marx-Stadt sowie auch andere Archivalien benutzt und ausgewertet.[8] Die Entwicklung der mittelsächsischen Industriemetropole, ihre Fortschritte beim wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau kurz vor der Gründung der DDR spiegelt die "Chronologische Übersicht: Chemnitz im Jahre 1948"[9] wider. Einem dringenden Bedürfnis kam auch die Veröffentlichung einer Bibliographie zur Geschichte von Karl-Marx-Stadt nach.[10]

Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Akzente setzten unter anderem eine Anzahl der bisher erschienenen Aufsätze dieser Reihe, die sich mit Fragen der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung befaßten. Dies ist zum Beispiel der Fall beim Heft 3, das die "Chemnitzer Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengestz" zum Gegenstand hat.[11]

Zu den Beiträgen über die Entwicklung von Chemnitz vor seinem Eintritt in die Zeit des Industriekapitalismus, die auch wirtschafts- und sozialgeschichtliche Fragen behandeln, gehören der Aufsatz von Johannes Leipold über "Fluranalytische Untersuchungen zur sozialökonomischen Entwicklung im alten Chemnitz"[12] sowie einige Arbeiten in Heft 4 über "Das Wirtschaftsleben in Chemnitz zur Zeit des Dr. Georgius Agricola"[13]. Es handelt sich bei den Arbeiten in diesem Heft insbesondere um die Aufsätze von Arno Kunze über "Die Ent-

5 Vgl. BHg, H. 4 - 6, Karl-Marx-Stadt 1955, die anläßlich des 400. Todestages des Dr. Georgius Agricola herausgegeben wurden, sowie weitere Arbeiten von Weigel, Max, Vergleichende Übersichten der Häuser und ihrer Besitzer innerhalb des Mauerrings von Chemnitz in den Jahren 1466 bis 1577, Karl-Marx-Stadt 1965 = BHg, H. 12; Kraus, Aribert, Zur Bedeutung Georgius Agricolas für die Geschichte der Technik, Karl-Marx-Stadt 1967 = BHg, H. 15; Strauß, Rudolph, Wo wohnte Georgius Agricola in Chemnitz? Karl-Marx-Stadt 1969 = BHg, H. 17.

6 Müller, Josef, Die Kunst der Zeit des Dr. Georgius Agricola, Karl-Marx-Stadt 1955, S. 89 - 96 = BHg, H. 6.

7 Derselbe, Zur Geschichte der Herrschaft und Burg Rabenstein, Karl-Marx-Stadt 1961 = BHg, H. 9.

8 Vgl. dazu auch Strauß, Rudolph, Die Herausbildung der kommunalen Selbstverwaltung in der Stadt Chemnitz, hg. v. Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt 1970.

9 Müller, Gerhard/Strauß, Rudolph, Chronologische Übersicht: Chemnitz im Jahre 1948, Karl-Marx-Stadt 1959 = BHg, H. 8.

10 Barth, Ernst, Auswahlbibliographie der Jahre 1945 bis 1967 zur Geschichte von Karl-Marx-Stadt (bis 10. Mai 1953: Chemnitz), Karl-Marx-Stadt 1968 = BHg, H. 16. - Diese Bibliographie soll für die nächsten Jahre fortgeführt werden.

11 Strauß, Rudolph/Finsterbusch, Kurt, Die Chemnitzer Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz, Berlin 1954 = BHg, H. 3. - Zur Veranschaulichung seien noch folgende Arbeiten genannt: Stöbe, Herbert, Der große Streik der Chemnitzer Metallarbeiter zur Durchsetzung des Zehnstundentages im Jahre 1871, Karl-Marx-Stadt 1962 = BHg, H. 10; Strauß, Rudolph, Der Polizeidirektor berichtet - Ein Polizeibericht über die Arbeiterbewegung in Chemnitz am Vorabend des ersten Weltkrieges, Karl-Marx-Stadt 1962 = BHg, H. 11; derselbe, Die Gründung der SED in Chemnitz - Eine Dokumentation, Karl-Marx-Stadt 1966 = BHg, H. 14; derselbe, Die Lebensverhältnisse der Chemnitzer Arbeiter gegen Ende des 19. Jahrhunderts, Karl-Marx-Stadt 1967, S. 7 - 88 = BHg, H. 15; Barth, Ernst, Wahlergebnisse aus den Jahren 1924 bis 1933 als Spiegelbild der politischen Haltung des damaligen Chemnitzer Bürgertums, Karl-Marx-Stadt 1969, S. 29 - 37 = BHg, H. 17.

12 BHg, H. 17, a. a. O., S. 39 - 55.

13 BHg, H. 4, Karl-Marx-Stadt 1955.

wicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse in Chemnitz in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der Einflüsse des oberdeutschen Handelskapitals"[14], von Erich Wild über "Chemnitz und seine weitere Umgebung in der sächsischen Wirtschaftsgeschichte des 16. Jahrhunderts auf Grund der Geleitsrechnungen"[15] und von Karl Steinmüller über die "Chemnitzer Familie Neefe und ihre Beziehungen zur Zwickauer Tuchmacherei - Ein Beitrag zur Geschichte des Fernhandels im 16. Jahrhundert."[16]

Eine Darstellung wesentlicher Seiten der sozialökonomischen Entwicklung von Chemnitz und seiner Umgebung in der Zeit der Herrschaft des Kaufmannskapitals und des Manufakturwesens liegt darüber hinaus von Arno Kunze unter dem Titel "Der Frühkapitalismus in Chemnitz" als Heft 7 dieser Reihe vor.[17] Diese Arbeit ist das Ergebnis von Forschungen, die die Entwicklung der Produktivkräfte im Bereich der westsächsischen bzw. der Chemnitzer Textilproduktion im 15. und 16. Jahrhundert zum Gegenstand haben.[18] In Verbindung mit Arbeiten desselben Verfassers über die Tätigkeit des Nürnberger Handelskapitals im östlichen Mitteldeutschland und die Entwicklung der westsächsischen Textilproduktion in der Zeit der frühbürgerlichen Revolution[19] kann die als Heft 7 veröffentlichte Arbeit von Kunze als ein nicht zu unterschätzender Beitrag auch zur deutschen Textilgeschichtsforschung und -schreibung angesehen werden. Bei der Fülle seiner Detailkenntnisse, die auf eine immense Kleinarbeit schließen läßt, ist es zu bedauern, daß eine beabsichtigte ausführliche Fortsetzung dieser Darstellung bis zum Beginn der industriellen Revolution in Chemnitz durch den Verfasser bisher unterblieben ist.

Die Zeit der industriellen Revolution und ihrer unmittelbaren Vorbereitung sowie die darauffolgenden Etappen in bezug auf das ehemalige Chemnitz behandeln eine Reihe weiterer "Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt". Auf diese Arbeiten soll wegen ihres in besonderem Maße industriegeschichtlichen Charakters hier ausführlicher eingegangen werden, zumal diese Beiträge vielfach auch die Entwicklung bestimmter Produktivkräfte in ihre Darstellung einbeziehen. An der Spitze dieser Gruppe von Beiträgen steht die Arbeit von Arno Kunze zum Thema "Vom Frühkapitalismus zur industriellen Revolution".[20] Kunze befaßt sich hier mit der Entwicklung von Produktivkräften auf dem Territorium von Chemnitz im Zeitraum von 1630 bis 1815 und berücksichtigt dabei auch wichtige Aspekte der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise. Der Verfasser legt auf der Grundlage eines eingehenden Quellenstudiums erste Forschungsergebnisse über den von ihm gewählten Gegenstand vor.[21] Im Anschluß an seine Darstellung von Grundzügen der wirtschaftlichen Entwicklung von Chemnitz in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges und des wirtschaftlichen Aufbaus in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende arbeitet Kunze Entwicklungslinien der einheimischen Textilproduktion heraus, die zur Baumwollmanufaktur und zur Kattundruckerei führten, wobei er auch die Entwicklung des Chemnitzer Bleichwesens, die "Steigerung der Web- und Mustertechnik"[22] sowie die Herausbildung der Kattunweberei in seine Untersu-

14 Ebenda, S. 19 - 47.
15 Ebenda, S. 49 - 75.
16 Ebenda, S. 77 - 112.
17 BHg, H. 7, Karl-Marx-Stadt 1958.
18 Vgl. das Vorwort des Verfassers, in: ebenda, S. 4 f.
19 Vgl. hierzu die Literaturangaben, in: ebenda.
20 Kunze, Arno, Vom Frühkapitalismus zur industriellen Revolution, Karl-Marx-Stadt 1965, S. 7 - 51 = BHg, H. 13.
21 Der Verfasser betont in seiner Einleitung ausdrücklich, daß es sich hier lediglich um "Teilergebnisse von Forschungen" handelt, deren "Gesamtergebnisse ... in Kürze in einer größeren Darstellung veröffentlicht" werden. (Vgl. ebenda, S. 7.)
22 Ebenda, S. 18 ff.

chung mit einbezieht. Nach Kunze wird im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts mit dem "Ausbau des Kattundruckes" der "Höhepunkt der Manufakturperiode in Chemnitz" erreicht, wobei "die Konzentration von Kapital, von Arbeitskräften der verschiedensten Fachrichtungen und von Betriebsanlagen in den ausgedehnten Druckereien ... in enger Wechselwirkung mit der Massierung von Lohnarbeitern in der Kattunweberei als der breiten Basis der Druckmanufaktur" steht.[23]

In den Mittelpunkt seiner Arbeit stellt der Verfasser den "Übergang zur Baumwollmaschinenspinnerei"[24] auf dem Gebiet des ehemaligen Chemnitz als wesentlichen Bestandteil der industriellen Revolution, wobei Kunze im einzelnen die Entwicklung "Vom Handrat zur Spinnmaschine"[25], die Bedeutung der Leistungen einheimischer "'mechanici' als Wegbereiter der englischen Spinnmaschinen im Chemnitzer Textilgebiet"[26] und die Einrichtung von "englischen" Spinnfabriken im Gebiet von Chemnitz im Zusammenhang mit dem Aufstellen von Water- und Mulespinnmaschinen in den Jahren um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert untersucht.[27] Den Abschluß dieses Teiles seiner Arbeit bildet eine Darstellung der Einrichtung und von Produktionsergebnissen der "englischen Spinnfabrik" in Harthau bei Chemnitz.[28]

Ein Vorzug dieser Arbeit von Kunze besteht meines Erachtens darin, daß er im Zusammenhang mit der Darstellung der Herausbildung der Chemnitzer Baumwollmaschinenspinnerei auch auf Elemente der Veränderung der sozialökonomischen Struktur im Chemnitzer Gebiet eingeht[29]; diese Veränderung war von überregionaler Bedeutung, haben sich doch gerade in diesem Territorium auf der Grundlage der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte Anfänge des deutschen Industrieproletariats herausgebildet. Kunze, ein ausgezeichneter Kenner auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Textilproduktion, hat sich gewiß um eine auf marxistisch-leninistischer Grundlage fußende, wissenschaftlich exakte Darstellung der von ihm erforschten und bearbeiteten Vorgänge und Zusammenhänge bemüht. Bei Berücksichtigung der Forschungsergebnisse jüngerer namhafter Publikationen der marxistischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung hätte seine Arbeit jedoch zweifellos ein stärkeres methodologisches Profil erhalten können.[30]

Als ein sehr instruktives Beispiel industrie- und darüber hinaus auch sozialgeschichtlicher Forschung auf dem Gebiet des ehemaligen Chemnitz kann die Quellensammlung von Rudolph Strauß angesehen werden, mit der im Jahre 1952 die Beiträge dieser Reihe eingeleitet wurden, die "Quellen zur Lage der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (mit 3 Plänen und 17 Bildern)".[31] Diese Arbeit befaßt sich vorwiegend mit der sozialen Lage der Arbeiter in den im damaligen Chemnitz vorherrschenden Industriezweigen. Der Verfasser gewährt in der Hauptsache einen Einblick in die seinerzeitige soziale Lage der

23 Ebenda, S. 38.
24 Ebenda, S 23 ff.
25 Ebenda.
26 Ebenda, S. 26 f. - Kunze betont, im Gegensatz zur herkömmlichen Darstellung innerhalb der älteren Wirtschaftsliteratur, in erster Linie den Beitrag der einheimischen Handwerker Frey, Irmscher, Pfaff, Forkel u. a.
27 Ebenda, S. 27 ff.
28 Ebenda, S. 29 ff. - Harthau ist jetzt einer der industriereichen Vororte von Karl-Marx-Stadt.
29 Vgl. den Abschnitt "Teure Lebensmittel, sehr niedrige Löhne, fortschreitende Proletarisierung", in: ebenda, S. 34 ff.
30 Vgl. zu dieser Feststellung insbesondere ebenda, S. 40 ff. - Die wichtige Arbeit von Blumberg, Horst, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, erschien allerdings ebenfalls erst 1965, so daß sie von Kunze hier kaum berücksichtigt werden konnte.
31 BHg, H. 1, Chemnitz 1952.

Chemnitzer Textil- und Metallarbeiter. Dabei stellt er den Einkommen der Arbeiter die Profite der Chemnitzer Unternehmer gegenüber. Er berichtet von der "Rechtlosigkeit und Abhängigkeit der Arbeiter in Spinnereien und Kattundruckereien"[32] und gibt Hinweise auf das Existenzminimum Chemnitzer Arbeiter. Er veröffentlicht Lohnauszüge von Kattundruckern der Textilfirma Becker & Schraps[33] und führt Beispiele von Löhnen Chemnitzer Arbeiterinnen an, die in Spinnereien beschäftigt waren.[34] In seine Darstellung fügen sich ein Zeitungsbericht über die um sich greifende "Erwerbslosigkeit" als "eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung"[35] als auch Angaben über die Ausbeutung von Arbeiterkindern[36] organisch ein.

Ein Vergleich mit dem Hauptwerk desselben Verfassers[37], zu dem diese Quellensammlung lediglich eine Art Vorstudie bildet, verweist jedoch auf die Grenzen einer derartigen Quellenedition mit vorwiegend statistischem Material, das zum Teil Tageszeitungen sowie aussagekräftigen Ratsakten des Karl-Marx-Städter Stadtarchivs entnommen ist, auch wenn die einzelnen Angaben nach bestimmten sachlichen Gesichtspunkten geordnet und unter Wahrung wissenschaftlich exakter Maßstäbe ausgewählt und aufbereitet worden sind. Der Verfasser macht in seinen kurzen, orientierenden Erläuterungen hierzu geltend, daß dabei "ein abgerundetes Bild von der Lage der Chemnitzer Arbeiter in dieser Periode, ein wahrheitsgetreues Bild, weder in Schönfärberei noch in Schwarzmalerei" entsteht.[38] Dem ist, wenn man bei diesem Beitrag vor allem lokalgeschichtliche Maßstäbe anlegt, zuzustimmen. Ein anderes, meines Erachtens nicht unwichtiges Kriterium besteht aber auch darin, daß mit einer solchen Sammlung insbesondere in die Hand des Lehrers ein der Veranschaulichung bestimmter historischer Vorgänge und Erscheinungen dienendes Werk gelangen soll, das ihm bei seiner Arbeit im Geschichtsunterricht ausgezeichnete Hilfe leisten kann.

In einem später erschienenen Heft bringt Rudolph Strauß - und zwar nunmehr auf breiterer archivalischer Grundlage und in Tabellenform - eine Reihe von Aufstellungen über "Allerlei Löhne und Preise in Chemnitz zwischen 1823 und 1850".[39] Die hier gemachten Angaben ergänzen die von demselben Verfasser im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962 bis 1965 veröffentlichten Lohn- und Preistabellen.[40] Die in Heft 17 als "Dokumentation"[41] bezeichnete Studie von Strauß erfaßt unter anderem Stücklöhne von Kattundruckern und Webermeistern, Akkordlöhne von Zimmerern und Maurern, Wochenlöhne von Metallarbeitern sowie Frauenlöhne. Daneben geben Tabellen Einblicke in die Preise für Lebensmittel, Kleidung und Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens und in die Höhe der Mieten. Nicht vergessen wurden dabei auch scheinbar am Rande liegende Einzelheiten, wie zum Beispiel einige Preise für "Gegenstände zur 'notdürftigen Bekleidung' von Arrestanten 1831"[42] oder Angaben über eine "Beschaffung für die Militär-Hauptwache 1848"[43]. Diese Angaben - auch der

32 Ebenda, S. 30 f.
33 Ebenda, S. 39.
34 Ebenda, S. 60.
35 Ebenda, S. 48.
36 Ebenda, S. 65 ff.
37 Vgl. Anm. 1 der vorliegenden bibliographischen Übersicht.
38 BHg, H. 1, a. a. O., S. 9.
39 BHg, H. 17, a. a. O., S. 67 - 92.
40 Es handelt sich um Chemnitzer Löhne und Preise für verschiedene Warengattungen aus der Zeit zwischen 1770 und 1850. Vgl. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. 4; 1963, T. 1 - 4; 1964, T. 1 u. 4; 1965, T. 1.
41 Diese Dokumentation und die im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte veröffentlichten Materialien wurden aus archivalischen Unterlagen des Stadtarchivs Karl-Marx-Stadt erarbeitet. (Vgl. BHg, H. 17, a. a. O., S. 67.)
42 Ebenda, S. 86 f.
43 Ebenda, S. 91.

Einzelheiten! - runden aber das Bild und können als eine Veranschaulichung der sozialen Lage bestimmter Teile der werktätigen Bevölkerung eines sich herausbildenden deutschen Industriezentrums in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts angesehen werden. Sie vertiefen das Verständnis für die Auswirkungen der kapitalistischen Akkumulation auf das sich gerade entwickelnde industrielle Proletariat und können als Beispiel für dessen sich immer mehr durchsetzende Verelendung gelten.

Vorwiegend in das zweite Drittel des 19. Jahrhunderts führt auf dem Gebiet der Verkehrsgeschichte von Chemnitz das Heft 2 dieser Reihe, das dem Thema "Hundert Jahre Eisenbahn in Chemnitz" gewidmet ist.[44] Anlaß für die Erarbeitung und Herausgabe dieses Heftes war die Wiederkehr des hundertsten Jahrestages der Eröffnung der ersten nach Chemnitz führenden Eisenbahnlinie am 1. September 1952. Im Mittelpunkt der Erörterungen des Verfassers - es ist wiederum Rudolph Strauß - steht unter anderem die Baugeschichte der ersten Chemnitzer Eisenbahn. Eine Verbindung zunächst mit dem Elbhafen Riesa war für das aufstrebende Industriezentrum Chemnitz lebensnotwendig geworden, um seine Transport- und Verkehrsbeziehungen entscheidend zu verbessern. Jedoch lasteten erst einmal "10 Jahre Vorbereitung und Kampf um die Baugenehmigung" mit den sächsischen Behörden auf dem Projekt; zusätzliche sieben Jahre währte dann der "Eisenbahnbau mit Hindernissen"[45], die sowohl technischer als auch finanzieller Natur und in einem zeitweisen Mangel an geeigneten Arbeitskräften[46] zu suchen waren, ehe diese Strecke, die mit Baukosten in Höhe von 7 Millionen Talern damals "zu den teuersten Strecken Deutschlands" gehörte[47], eröffnet werden konnte. Der weitere wirtschaftliche Aufstieg von Chemnitz als einem sich herausbildenden Zentrum der Maschinenbau- und der Textilindustrie ist eng mit dem wachsenden und sich immer mehr ausbreitenden Eisenbahnverkehr verbunden. Die Linienführung wurde nun planmäßig ausgeweitet; es dauerte jedoch noch rund ein halbes Jahrhundert, bis das für den Raum von Chemnitz charakteristische enge Eisenbahnnetz vollendet war.[48]

Der wachsende Eisenbahnverkehr steht aber auch im Zusammenhang mit der immer stärkeren Konkurrenz der kapitalistischen Unternehmer untereinander, den der Verfasser in einem weiteren Abschnitt in den Mittelpunkt seiner Darstellung rückt. Veranschaulicht wird zum Beispiel im Abschnitt "Grundstücksspekulation und Konkurrenzkampf"[49] die in der sächsischen Industriegeschichte wegen ihrer Heftigkeit als "Eisenbahnkrieg" bezeichnete Auseinandersetzung zweier führender Chemnitzer Maschinenbauunternehmer, der Industriellen Hartmann und Schönherr, um den Anschluß ihrer Fabrikgleise an das sächsische Eisenbahnnetz.

Es versteht sich für Strauß als einem marxistischen Historiker und ausgezeichneten Kenner der örtlichen Arbeiterbewegung beinahe von selbst, daß er der Rolle der Chemnitzer Arbeiterklasse beim Bau der Eisenbahn und den im Zuge der sozialen und politischen Entwicklung daraus erwachsenden Folgeerscheinungen den gebührenden breiten Raum widmet.[50] Dabei vermittelt er mitunter recht interessante Einzelheiten. So wurden im Krisenjahr 1848, als im Chemnitzer Industriegebiet eine "riesige Arbeitslosigkeit" herrschte und "die Stimmung der hungernden Massen immer bedrohlicher wurde", an die Tausend Erwerbslose an der Eisenbahnstrecke zwischen Waldheim und Chemnitz "als Notstandsarbeiter" eingestellt, weil

44 Strauß, Rudolph, Hundert Jahre Eisenbahn in Chemnitz, Chemnitz 1952 = BHg, H. 2.
45 Vgl. ebenda (ohne Seitenangaben), Abschnitt II,1 bzw. II,2.
46 Ebenda.
47 Ebenda.
48 Ebenda, bes. Abschnitt III,1. Mit Zwickau, das für die Chemnitzer Industrie wegen seines Steinkohlenbergbaus wichtig war, wurde die nächste Eisenbahnverbindung - 1858 - aufgenommen. 1866 folgte die Verbindung mit dem wichtigsten Zentrum seines erzgebirgischen Hinterlandes, mit Annaberg.
49 Vgl. ebenda, Abschnitt III,3.
50 Vgl. ebenda, Abschnitt III,6 ("Eisenbahn und Arbeiterklasse").

die sächsische Regierung und die Leitung der Eisenbahngesellschaft als Vertreter der herrschenden Klassen "gefährliche Unruhen" befürchteten.[51] Insgesamt gesehen kann diese Arbeit von Strauß als eine glückliche Verbindung der Darstellung von wesentlichen Elementen der Verkehrs- und Industriegeschichte mit der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung angesehen werden, deren zahlreiche Querverbindungen sich zwar im regionalen Rahmen halten, aber Schlüsse von mehr als lokaler Bedeutung erlauben.

Den bisher erläuterten Einzeluntersuchungen über Vorgänge und Entwicklungstendenzen von bestimmten Fragen und Komplexen in den einzelnen Zeitabschnitten steht die Arbeit von Ernst Barth über "Die Entwicklung von Karl-Marx-Stadt zur Industriemetropole - Aus zwei Jahrhunderten Karl-Marx-Städter Wirtschaftsgeschichte" gegenüber.[52] Dieser Beitrag ist erwachsen aus einem längeren Aufsatz in den "Sächsischen Heimatblättern" mit dem Titel "Grundzüge einer Wirtschaftsgeschichte von Karl-Marx-Stadt"[53], einem Gesamtüberblick in gedrängter Kürze seit der Gründung von Chemnitz. Die in der Karl-Marx-Städter heimatgeschichtlichen Reihe publizierte Arbeit stellt dagegen einen ersten Versuch dar, die Schwerpunkte der industriellen Entwicklung von Chemnitz bzw. Karl-Marx-Stadt bis in die Gegenwart zu erfassen, auf marxistischer Grundlage in ihren größeren Zusammenhängen darzustellen[54] und dabei namentlich auch ihren Beziehungen zur industriegeschichtlichen Entwicklung im nationalen Rahmen nachzugehen.

Die Darstellung stützt sich in erster Linie auf die Entwicklung der Chemnitzer Maschinenbauindustrie, wobei Angaben über die Geschichte einiger der profiliertesten Betriebe dieser Branche, wie zum Beispiel der Firma Richard Hartmann bzw. der Sächsischen Maschinenfabrik[55], zugleich bis zu einem gewissen Grade stellvertretend für andere, etwa gleichartige Betriebe dieser Branche, in den Vordergrund der Betrachtung gestellt werden. In zweiter Linie wird der Textilindustrie und anderen im ehemaligen Chemnitz beheimateten Industriezweigen, wie dem Fahrzeugbau, vor allem im Zusammenhang mit der Darstellung des Konzentrationsprozesses der Produktion und dem der Zentralisation des Kapitals innerhalb der Industriestadt Chemnitz, Aufmerksamkeit geschenkt. In den Mittelpunkt sind dabei bestimmte Seiten der quantitativen und qualitativen Entwicklung der Aktiengesellschaften von Chemnitz gestellt worden, wobei 1909, 1922 und 1929 als Stichjahre gewählt wurden[56], um Vergleichsmöglichkeiten aus verschiedenen historischen Etappen - hier des Vorkriegsimperialismus, der Inflation und des Übergangs der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zur Weltwirtschaftskrise - zu gewinnen. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf die "Entwicklung von Karl-Marx-Stadt zur sozialistischen Industriestadt".[57]

Der Verfasser stützt sich in seiner Darstellung nicht zuletzt deshalb stark auf die Entwicklung der einheimischen Maschinenindustrie, weil das Spezifische gerade der industriellen

51 Vgl. ebenda, Abschnitt II, 2.
52 Veröffentlicht in BHg, H. 13, S. 53 - 87.
53 SHbl, H. 3/1963, S. 197 - 208.
54 Die Arbeit ist im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Dissertationsschrift des Verfassers entstanden: Barth, Ernst, Zur technisch-organisatorischen und ökonomischen Entwicklung der deutschen Maschinenbauindustrie in der Zeit des Hinüberwachsens des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Monopolkapitalismus (1870 - 1914), wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1968 (Ms.).
55 Der Verfasser hat über die historische Entwicklung verschiedener Chemnitzer Maschinenbaubetriebe Einzeldarstellungen veröffentlicht. (Vgl. BHg, H. 16, a. a. O., unter Nr. 111 - 113.) Die bisher letzte Arbeit ist erschienen in: SHbl, H. 1/1971, S. 28 - 33 ("Aus der Entwicklung eines Schwerpunktbetriebes des deutschen Webstuhlbaues").
56 Vgl. die Tabellen in: BHg, H. 13, a. a. O., S. 65, 70, 72 f. - Die Tabellen wurden auf der Grundlage von Veröffentlichungen des Bankhauses Bayer & Heinze erarbeitet.
57 Ebenda, S. 76 ff.

Entwicklung von Chemnitz im Aufbau leistungsfähiger Betriebe dieses Industriezweiges beruhte, der hier auf der Grundlage eines weitverzweigten Textilgewerbes und im Zusammenhang mit einer sich herausbildenden Textilindustrie entstanden ist. In der Gegenwart - seit der Herausbildung der Grundlagen des Sozialismus und beim Aufbau einer sozialistischen Volkswirtschaft - ist diesem wichtigsten Zweig der industriellen Entwicklung von Chemnitz bzw. Karl-Marx-Stadt wiederum die größte Bedeutung beigemessen worden.[58]

Eine wertvolle und auch notwendige Ergänzung der Karl-Marx-Städter heimatgeschichtlichen Reihe bilden Arbeiten, die - mit deutlichem industriegeschichtlichen Akzent im lokalen bzw. regionalen Rahmen - sich mit der Entwicklung in der Zeit nach 1945 beschäftigen. So behandelt Hans-Joachim Schröter auf der Grundlage vorwiegend statistischen Materials "Die Entwicklung der Wirtschaft im Bezirk Karl-Marx-Stadt - Ein Beitrag zum 20. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik".[59]

Der Verfasser stellt die Entwicklung der Jahre von 1952 bis 1967 in den Mittelpunkt.[60] Dabei erweist sich das von ihm benutzte statistische Material - es sind insbesondere statistische Jahrbücher und Jahresberichte[61] - als aussagekräftig genug bei der Veranschaulichung interessanter und wichtiger Fakten. Dies gilt unter anderem für kommentierte tabellarische Übersichten zur Entwicklung der industriellen Bruttoproduktion im Bezirk Karl-Marx-Stadt, zur Entwicklung der Bruttoproduktion ausgewählter Industriezweige und Industrieerzeugnisse sowie des Handwerks im Bezirk Karl-Marx-Stadt, zu den Veränderungen der landwirtschaftlichen Nutzflächen nach Eigentumsformen und zur weiteren Durchsetzung der Mechanisierung in der sozialistischen Land- und Forstwirtschaft sowie zur Entwicklung der Anzahl der Beschäftigten im Bezirk Karl-Marx-Stadt unter besonderer Berücksichtigung der weiblichen Beschäftigten. Derartige statistische Angaben sind geeignet, eine konkrete Vorstellung von den Erfolgen zu vermitteln, wie sie nach der Durchsetzung der antifaschistisch-demokratischen Revolution bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus und dem beginnenden umfassenden Aufbau des Sozialismus auf ökonomischem, speziell industriellem, darüber hinaus gesamtgesellschaftlichem Gebiet innerhalb des Bezirks Karl-Marx-Stadt erzielt wurden. Sie hätten allerdings noch an Aussagewert gewonnen, wenn sie in Form vergleichender Betrachtungen stärker mit der Gesamtentwicklung der Deutschen Demokratischen Republik verbunden worden wären.

Eine weitere, für das Heft 18 dieser Reihe vorgesehene Arbeit desselben Verfassers untersucht die "Entwicklung des Exports der Industrie von Karl-Marx-Stadt" und ist zugleich als "Beitrag zum 25. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus" gedacht.

Auf viele der in diesem bibliographischen Überblick eingeschätzten Arbeiten der Reihe "Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt" wird sich eine in Aussicht genommene geschlossene Industriegeschichte von Chemnitz bzw. Karl-Marx-Stadt stützen können, bei der die Entwicklung der industriellen Produktivkräfte, besonders auf dem Gebiet der Maschinenbauindustrie, besondere Aufmerksamkeit finden soll. Da seit etwa 1800 die Herausbildung ihrer wesentlichen ökonomischen und sozialen Elemente einsetzt, ist vorgesehen, die Darstellung der Geschichte der Industriestadt Chemnitz hier beginnen zu lassen. Als Nahziel und weitere Vorarbeit einer derartigen Darstellung könnte die Zusammenstellung einer wirtschaftsgeschichtlichen Zeittafel ähnlich der, wie sie von Wutzmer für die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands erarbeitet wurde, dienen.[62]

58 Vgl. dazu die Ausführungen von Otto Grotewohl bei der Umbenennung von Chemnitz in Karl-Marx-Stadt i. J. 1953, auszugsweise abgedruckt in: ebenda, S. 77.
59 BHg. H. 17, a. a. O., S. 5 - 27.
60 Vgl. Schröter, Joachim, Die Entwicklung der Wirtschaft in Karl-Marx-Stadt, in: SHbl, H. 5/1969, S. 206 - 211.
61 Ebenda, S. 27 (Literaturverzeichnis).
62 Wutzmer, Heinz, Zeittafel zur Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Berlin 1960.

Ungeachtet dieser weiterreichenden Pläne Karl-Marx-Städter Historiker verdienen die Arbeiten der Reihe "Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt" in ihrer Mehrzahl schon jetzt auch über ihre unmittelbaren regionalen Grenzen hinaus stärkere Beachtung. Dies gilt in erster Linie für die Industrie- und darüber hinaus Wirtschaftsgeschichtsschreibung der Deutschen Demokratischen Republik. Aber auch im internationalen Maßstab dürften sie durchaus wertvolle Informationen, vor allem Vergleichswerte, bieten.

DIE LANDWIRTSCHAFT IN DER FRÜHZEIT

Bemerkungen zu

Herbert Jankuhn, Vor- und Frühgeschichte vom Neolithikum bis zur Völkerwanderungszeit. Mit Beiträgen von Harald Jankuhn, Eberhard May und Ulrich Willerding = Deutsche Agrargeschichte, hg. v. Günther Franz, Bd. 1.

Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1969, 300 Seiten, 83 Abbildungen und 16 Bildtafeln, Preis: 46 DM

von Bruno Krüger

Die letzten Jahre sind auch in der westdeutschen Ur- und Frühgeschichtsforschung durch eine Zunahme der Behandlung und Darstellung größerer zusammenhängender Themenkomplexe im Sinne von Gesamtdarstellungen charakterisiert. Die politische Geschichte bzw. der politisch-kulturelle Aspekt war im Rahmen des seit über hundert Jahren eingeführten Dreiperiodensystems - Steinzeit, Bronzezeit, Eisenzeit - ein vorrangiges Anliegen der Forschung und ist es im wesentlichen auch geblieben.

Mit dem ersten Band der Agrargeschichte Deutschlands wird von Jankuhn und seinen Mitautoren nun ein Werk vorgelegt, das - geht man vom Buchtitel aus - die landwirtschaftliche Entwicklung auf dem späteren deutschen Gebiet vom Neolithikum bis zur Völkerwanderungszeit als Darstellungsgegenstand behandelt. Bei der großen gesellschaftsbestimmenden Bedeutung der materiellen Basis ist die Behandlung ihres damaligen Kernstückes, die landwirtschaftliche Produktion, eine notwendige und demzufolge auch sehr zu begrüßende Aufgabe.

Die Autoren haben mit der Darstellung des Stoffes eine nicht leicht zu meisternde Arbeit übernommen, in der über große zeitliche Räume hinweg die wirtschaftlichen Erscheinungsformen, ihre Zusammenhänge, ihre Entwicklung und ihre Bedeutung für den kulturellen und sozialen Fortschritt und schließlich für die politische Entwicklung untersucht, gewertet und dargestellt werden müssen. Dies um so mehr, als forschungsbedingt archäologisches Quellenmaterial, wenngleich zeitlich in unterschiedlicher Menge, im ganzen jedoch immer noch ungenügend für diese Thematik zur Verfügung steht.

Über weite Passagen mußte Jankuhn deshalb, wenn es um die spezifischen Quellen für die landwirtschaftliche Produktion ging, zwar nicht resignieren, aber doch auf den allgemeinen schlechten Forschungsstand hinweisen. Natürlich war es dem Fachspezialisten bekannt, daß zur Geschichte der Produktivkräfte im allgemeinen und zur landwirtschaftlichen Produktion im besonderen bisher wenig und auch nicht zielstrebig geforscht wurde. Diese Arbeit gibt zwar erstmalig im Zusammenhang eine gute Quellenübersicht, weist aber andererseits deshalb auch nachdrücklich auf die nach wie vor unbefriedigende Quellenlage zum Hauptproduktionszweig des ur- und frühgeschichtlichen Menschen hin. Der Autor war sich dieser Sachlage bewußt, denn nur so kann sein Hinweis auf die sogenannte dritte Schwierigkeit verstanden werden, die sich im Fehlen aller Vorarbeiten bemerkbar macht (S. 10 f.).+

+ Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Mit der Arbeit war "kein erschöpfendes Handbuch geplant, sondern ein allgemeiner, wenn auch verhältnismäßig umfangreicher Überblick angestrebt" (S. 5). Ihr erster Teil befaßt sich mit der sogenannten vorgeschichtlichen Zeit, das heißt vom Beginn des Ackerbaues im Neolithikum bis zur vorrömischen Eisenzeit in Nord- und Mitteleuropa. Der zweite Teil behandelt den frühgeschichtlichen Abschnitt mit den drei Schwerpunktdarstellungen "Kelten, Römer und Germanen". Im dritten Teil, der als Anhang ausgewiesen ist, sind spezielle Abhandlungen über "Ursprung und Entwicklung der Kulturpflanzen in vor- und frühgeschichtlicher Zeit" von Willerding, über "Ursprung und Entwicklung der frühen Haustiere" von May und über "Sprachzeugnisse zur frühesten Geschichte der Landwirtschaft" von Jankuhn angefügt. Ein umfangreiches Autoren- und Sachregister schließt sich diesen Darstellungen an.

Dem Titel der Buchreihe entsprechend erwartet der Leser eine Darstellung der Entwicklung der Landwirtschaft auf deutschem Gebiet. Da die regionale und ethnische Abgrenzung und Übereinstimmung mit dem Begriff "deutsch" in ur- und frühgeschichtlicher Zeit aber auf Schwierigkeiten stößt, hat sich der Hauptautor entschlossen, vornehmlich das westliche Mitteleuropa zu behandeln, so daß einerseits über den angekündigten Rahmen hinaus, andererseits aber auch auf Kosten der deutschen Agrargeschichte geschrieben wurde. So erklärt sich dann auch das häufige Ausgreifen, insbesondere bei der Darstellung der älteren Entwicklungsabschnitte, auf Fundobjekte außerhalb des deutschen Gebietes. Andererseits konnte dadurch die schwache Quellenbasis für das eigentliche deutsche Gebiet überbrückt werden. So ist kritisch zu vermerken, daß hier im Gegensatz zum Titel der Buchreihe "Deutsche Agrargeschichte" keine deutsche Agrargeschichte zur Darstellung gekommen ist. Aber auch auf den speziellen agrarhistorischen Aspekt bezogen, bleibt die Arbeit nicht auf das im Reihentitel genannte Thema beschränkt. Die gleichwertige Mitbehandlung der handwerklichen Produktion, des Handels, des Verkehrs und der sozialökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren verleiht ihr eine gesamtwirtschaftsbezogene Ausrichtung. Natürlich ist der Hauptträger der sozialökonomischen Basis die landwirtschaftliche Produktion, in deren Rahmen sich vor Herausbildung der zweiten gesellschaftlichen Arbeitsteilung auch die handwerkliche Tätigkeit vollzog und der Handel betrieben wurde. Insgesamt wird damit die wirtschaftliche Basis überhaupt charakterisiert, so daß im vorliegenden Falle eher von einer Wirtschafts- als von einer Agrargeschichte gesprochen werden müßte. So begrüßenswert diese inhaltliche Erweiterung ist, so bleibt trotzdem die Forderung nach einer ausführlichen Geschichte der landwirtschaftlichen Produktion nach wie vor bestehen. Wieweit sie bereits von der gegenwärtigen Quellenlage her geschrieben werden kann, mag zunächst dahingestellt bleiben.

Die Vielzahl der zusammengetragenen Fakten läßt ein Eingehen auf Einzelfragen kaum zu. Es kann auch nicht das Anliegen der Rezension sein, die Vollständigkeit des Materials zu erörtern. Jankuhn hat sich hier zweifelsohne ein Verdienst erworben, an dem keine Abstriche zu machen sind. Trotzdem bleibt zu fragen, warum solche Arbeiten wie "Die Haustiere der mitteldeutschen Bandkeramiker" von H.-H. Müller (Schriften der Sektion für Vor- und Frühgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 17, 1964), "Die sozialökonomischen Verhältnisse bei den Stämmen der Leubinger Kultur in Mitteldeutschland" von K.-H. Otto (Ethnographisch-Archäologische Forschungen, Bd. 3, 1955) und H. Motteks "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" nicht erwähnt und damit wohl auch nicht ausgewertet wurden.

Mit der Behandlung der wichtigsten Faktoren des gesellschaftlichen Lebens, das heißt mit der Behandlung der allgemeinen Wirtschaftsbasis in den verschiedensten Entwicklungsabschnitten einerseits und der gleichzeitigen Darstellung der sozialökonomischen Verhältnisse andererseits, hat Jankuhn zwar auf Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Gesellschaft hingewiesen, diese aber leider nicht in ihrer Wechselwirkung dargestellt; hier liegt eine wesentliche Schwäche dieses Werkes. Den Grund für diesen Mangel sieht Jankuhn im Fehlen schriftlicher Quellen. Demjenigen, dem in der Regel nur die archäologischen Quellen zur Verfügung stehen, bleibt der "Einblick in sehr viele Gebiete, die dem Historiker offenlie-

gen", versagt. Das "Zusammenspiel von politischer Geschichte und Wirtschaft, für das sich in vorgeschichtlicher Zeit überhaupt keine Anhaltspunkte ergeben" (S. 10), bleibt verschlossen. Mit dieser Prämisse wird die Archäologie nicht voll als historische Wissenschaft akzeptiert, mit ihr können die Produktionsverhältnisse auch nicht analysiert und dargestellt werden.

So kann die spezialisierte Tätigkeit bestimmter Arbeitskollektive im Neolithikum außerhalb der landwirtschaftlichen Produktion (S. 41) sehr wohl in das Bild der neolithischen Wirtschaft passen, wenn berücksichtigt wird, daß seit dem Übergang zu Ackerbau und Viehzucht die Erzeugung eines gesellschaftlichen Mehrproduktes möglich war, das eine spezialisierte Tätigkeit außerhalb der landwirtschaftlichen Produktion erlaubte. Nicht "über diese technische Entwicklung hinaus" (S. 68), sondern als Folge der weiterentwickelten Produktivkräfte und dem damit verbundenen Anstieg in der materiellen Produktion entwickelte sich die soziale Differenzierung, die zur Herausbildung des Adels und der Adelsaristokratie führte.

Von besonderer Bedeutung für den Fortschritt der Produktivkräfte war der Übergang zur Eisenverhüttung und Eisenverarbeitung. Im letzten Jahrtausend v. u. Z. gewinnt dadurch der Süden Mitteleuropas tatsächlich ein spürbares wirtschaftliches, politisches und auch gesellschaftliches Übergewicht gegenüber dem Norden. Diese Überlegenheit war sicher nicht natürlich, hier ist dem Autor zuzustimmen. Sie war aber auch keine spezifische Leistung des Keltentums, hier ist der Rezensent anderer Meinung. Sie war aus der Gesamtsituation der Entwicklung der Produktivkräfte in diesen Gebieten historisch bedingt, wobei zu berücksichtigen ist, welchen Einfluß der im ganzen fortgeschrittenere Mittelmeerraum auf diese Entwicklung gehabt hat.

Diese mehr auf die Darlegung der Erscheinungsformen ausgerichtete Arbeit läßt demzufolge hinsichtlich der gesellschaftsverändernden Prozesse, die das Wesen derselben berücksichtigen, Fragen offen. So wertvoll zum Beispiel die Ausführungen auf den Seiten 84 bis 90 zum Metall und zur handwerklichen Produktion im südlichen Mitteleuropa sind, ohne eine Bezugnahme zur gesamtgesellschaftlichen Situation können diese Fakten, von ihrer historischen Bedeutung her gesehen, weder erklärt, bewertet noch für den Leser historisch verständlich gemacht werden.

Inwieweit zum Beispiel die bäuerliche Produktion bei den Germanen von dieser Entwicklung profitiert hat, ist nach wie vor ein Forschungsproblem. Die Erweiterung der Eisentechnologie wirkte sich aber auch bei ihnen durch eine Verbesserung der Produktionsinstrumente für die landwirtschaftliche Produktion aus. Neben der intensiveren Bearbeitung der Böden war damit eine längere Seßhaftigkeit der Siedler an bestimmten Siedlungsplätzen möglich und auch damit verbunden. Die Steigerung der Produktion, die dadurch bedingte Erzeugung eines ständigen gesellschaftlichen Mehrproduktes, der längere Aufenthalt an bestimmten Siedlungsorten sind etwa seit Beginn unserer Zeitrechnung wesentliche Voraussetzungen für die Änderung des Kernstückes der Produktionsverhältnisse, der Eigentumsverhältnisse.

Bei der Behandlung der römischen Landwirtschaft in der Germania Romana werden zwar ebenfalls und anerkennenswerterweise zahlreiche Einzelfakten zusammengetragen und dargestellt, ohne daß dabei zum Beispiel auch auf die besondere Bedeutung des Überganges zum Kolonat in diesen Gebieten eingegangen wird.

Der Wert des ersten Bandes der Agrargeschichte Deutschlands liegt also, wie bereits angedeutet, vorrangig in der beispielhaften Zusammenfassung zahlreicher Fakten zu diesem Thema, die aus einem umfangreichen Literaturstudium resultieren. Der interessierte Leser wird hier viele Anregungen für die eigene Arbeit finden. Es ist dem Autor jedoch nicht gelungen, über die Darstellung der Erscheinungsformen der sozialökonomischen Verhältnisse hinaus die dialektische Wechselwirkung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen deutlich zu machen.

Die Beiträge der Mitautoren, die vom Inhalt her mit zum Hauptbestandteil des Werkes gehören, sind als Appendix den Ausführungen Jankuhns angeschlossen worden. Während sich Jankuhn noch stärker bemüht hat, dem späteren deutschen Gebiet in seinen Ausführungen gerecht zu werden, stehen sowohl bei Willerding als auch bei May, die von der Sache her über die Hauptbestandteile der Landwirtschaft geschrieben haben, gesamteuropäische Gesichtspunkte im Vordergrund. Es ist möglich, daß sich von dieser Seite her die sehr ausführlichen methodischen Darlegungen erklären, auf die besonders Willerding Wert legt. So interessant sie für den wirtschaftlich interessierten Historiker auch sein mögen, hätte man in diesem Falle nicht nur auf sie verzichten können, sondern vielmehr verzichten sollen. Stärker noch als im Hauptbeitrag kommt hier der Charakter der Faktenanreihung zum Ausdruck. Aber auch Ausführungen wie "seit Beginn der Römerzeit drangen stärker behörnte Schafe nach Norden vor" (S. 243), im "Anschluß an die Römerzeit verschwanden die großen Rinder wieder weitgehend" (S. 249), bis "zur Latène-Zeit, stellenweise bis zum Mittelalter, nahm dann die Größe der Hausschweine bemerkenswert ab" (S. 251) oder in "der Römerzeit stieg durch die Importe der Römer die Widerristhöhe auf ca. 155 cm an, daneben gab es kleine Pferde bis in die Neuzeit hinein" (S. 254) sind ohne nähere Beweisführungen zu sehr als reine Feststellungen anzusehen, an deren Richtigkeit der Rezensent nicht zweifeln möchte, die aber doch näherer Erläuterungen bedurft hätten.

Diese zusätzlichen Beiträge der Naturwissenschaftler und des Sprachwissenschaftlers hätten an Aussagekraft gewonnen, wenn sie stärker als das dem äußeren Bilde nach geschehen ist, auf die Ausführungen des Hauptautoren bezogen worden wären. Der Leser wird so nur im begrenzten Umfang die inhaltlichen und sachlichen Zusammenhänge der Beiträge zueinander herstellen können.

Betriebsgeschichte

DER VIII. PARTEITAG DER SED GIBT AUCH DER BETRIEBSGESCHICHTSSCHREIBUNG NEUE IMPULSE

von Hans Radandt

Dieser Parteitag hat - wie auch die vorangegangenen - kritisch festgestellt, wie die vorgegebenen Zielstellungen in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und in der Volkswirtschaft im Berichtszeitraum unter Führung der Partei der Arbeiterklasse in der DDR erfüllt worden sind und für den bereits angelaufenen Fünfjahrplan neue hohe Ziele gesetzt. In der Entschließung des VIII. Parteitages wird festgestellt: "Das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen ist die Grundlage ihrer schöpferischen Aktivität. Es stetig zu erhöhen ist der Hauptinhalt des Wirkens der Partei. Bewährte und neue Formen der Agitation und Propaganda sowie der verstärkte Einsatz von Anschauungsmitteln sollten dazu beitragen, die Partei- und Massenpropaganda lebendig und einprägsam zu gestalten."[1] Eine der Formen von Agitation und Propaganda, die geeignet ist, diese Forderungen zu erfüllen, ist die Betriebsgeschichte. Sie kann diesen Aufgaben aber nur genügen mit einer von den Realitäten ausgehenden wissenschaftlichen Arbeitsweise in engem Zusammenwirken der marxistisch-leninistischen Gesellschaftwissenschaften, die die Aufgabe haben, "einen wirksamen Beitrag zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und zur Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus zu leisten."[2] Das bedeutet, daß sich in Zukunft mehr wissenschaftliche Kräfte aus den Betrieben in Zusammenarbeit mit Gesellschaftswissenschaftlern aus den Forschungseinrichtungen unserer Republik und unter ihrer Anleitung der Betriebsgeschichtserforschung widmen müssen.

Überall in unseren Betrieben wird eine Verwissenschaftlichung der Arbeitsprozesse verlangt. Nur in der Betriebsgeschichtsschreibung glaubt man in manchen Betrieben noch mit geschichtsbegeisterter und agitationsfreudiger Handwerkelei auszukommen. Betriebsgeschichtsschreibung darf aber nicht als lästige - eventuell sogar die Planerfüllung störende - Nebenaufgabe im Betrieb angesehen werden, deren einzige angenehme Frucht es vielleicht wäre, auch ein Bändchen zur Geschichte des eigenen Betriebes vorweisen zu können. Auch der gekonnte Stil eines Betriebszeitungsredakteurs oder die phantasievolle Begabung eines Schriftstellers vermögen einem aus mehr oder weniger zufällig entstandener Materialsammlung handwerklich geschriebenen Manuskript - selbst wenn die Konzeption vorher noch so sorgfältig beraten wurde - vielleicht ein angenehmes Äußeres, aber keine Wissenschaftlichkeit zu verleihen. Nichts gegen Reportagen, Novellen und ähnliche durch Schriftsteller und Journalisten die Geschichte eines Betriebes nachgestaltende Veröffentlichungen. Auf diesem Gebiet sind hervorragende Arbeiten erschienen, die auf ihre Weise ihrem Auftrag zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft durchaus gerecht geworden sind und die wir auch in Zukunft nicht missen möchten. Was die darstellende Form angeht, haben solche Veröffentlichungen in einer Weise für die Entwicklung der Betriebsgeschichtsarbeit mit Pate gestan-

1 Entschließung des VIII. Parteitages der SED zum Bericht des Zentralkomitees, in: Neues Deutschland (im folgenden: ND), Nr. 169, 21. 6. 1971, Republik-Ausgabe, S. 5.
2 Ebenda, S. 4.

den[3] und können auch weiterhin für sie in ihrer gestalterischen Kunst, den Weg zum Verstand der Menschen auch über das Herz zu gewinnen, aber auch nur hierin, Vorbild sein.

Aber die ureigenste Aufgabe der Betriebsgeschichte muß geprägt sein durch "die wachsende Bedeutung der theoretisch-ideologischen Arbeit der Partei bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und im Kampf gegen den Imperialismus."[4] Um diese Arbeit auf ein höheres Niveau zu heben, stellte der VIII. Parteitag Aufgaben, die auch für die Betriebsgeschichtsschreibung bindend und richtungweisend sind: "Auf der Grundlage der bewährten Prinzipien und der Methodologie des Marxismus-Leninismus sind vor allem die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft verstärkt zu erforschen. Dazu gehören vor allem das weitere Wachstum der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, die Aufgaben und Funktionen des sozialistischen Staates, die planmäßige und proportionale Entwicklung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, die Wege zur Vervollkommnung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie Fragen des geistig-kulturellen Lebens in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Große Aufmerksamkeit ist jenen Problemen zu widmen, die mit der weiteren Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft, insbesondere der ökonomischen Integration mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern verbunden sind."[5]

Gewiß sind diese Aufgaben so umfassend formuliert - sie mußten allgemeingültig gestellt werden -, daß mancher sich zunächst fragen mag, ob die Darstellung der Geschichte eines einzelnen Betriebes ihnen gerecht werden kann. Welche große Bedeutung eine Betriebsgeschichte bei der Durchführung dieser Aufgabenstellung - in der Auswirkung des Erforschten - haben kann, zeigt sich im Diskussionsbeitrag von Helga Schulze, Meisterin im Kabelwerk Berlin-Köpenick: "Wenn wir in der täglichen Arbeit die sozialistische Demokratie, unsere sozialistische Volksherrschaft für jeden Kollegen so erlebbar und greifbar machen, daß er sie als seine eigene Sache empfindet und danach handelt, gibt es auch keine unüberwindbaren Schwierigkeiten, dann kommen wir gut voran."[6]

In diesen Worten zeigt sich nicht nur, welche große Rolle eine gute Betriebsgeschichte in der täglichen Arbeit im Betrieb zu spielen vermag, sie bergen gewissermaßen auch die Forderungen, die vom Parteitag gestellten Aufgaben nicht nur als große, die gesamte Partei, den ganzen Staat und die Volkswirtschaft betreffende, sondern als fest im Arbeiten, Leben und Lernen der Menschen in den Betrieben verwurzelte und ihnen mit tausendfältigen Beziehungen verbundene Geschichtsprozesse zu sehen. Sicher sind Untersuchungen über die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, über Aufgaben und Funktionen des Staates usw. in der Gesamtschau außerordentlich wichtig. Sie sind - auch darüber gibt es keinen Zweifel - bedeutender für unsere Gesamtentwicklung als Betriebsgeschichten. Aber für die Entwicklung der Menschen im einzelnen Betrieb ist es auch wichtig zu wissen, wie hat sich in unserer Arbeitsstelle die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei entfaltet, wie gestaltete sich der Prozeß der Demokratisierung in unserem unmittelbaren Lebensraum, in dessen Verlauf die Kollegen wichtige Aufgaben und Funktionen im Staat übernahmen, welchen Anteil hatten wir in unserem Betrieb, an der planmäßigen proportionalen Entwicklung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, wie trugen wir zur Vervollkommnung der Planung und Leitung bei, wie wuchs die Verbindung zwischen der Produktion und dem geistig-kulturellen Leben durch unseren Beitrag, und welchen Anteil haben wir und unser Be-

3 Vgl. Radandt, Hans, Der Stand der Geschichte der Fabriken und Werke in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 2, S. 158; derselbe, Maxim Gorki und die Betriebsgeschichtsschreibung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: ebenda 1967, T. 3, S. 11 - 26.

4 Entschließung ..., a. a. O., S. 5.

5 Ebenda.

6 ND, Nr. 165, 17. 6. 1971, Republik-Ausgabe, S. 10.

trieb an der Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft, insbesondere an der ökonomischen Integration mit der Sowjetunion.

Eine gute Betriebsgeschichte, die sich auf gründliche Untersuchungen dieser historischen Prozesse stützt, wird nicht nur dazu beitragen, das sozialistische Bewußtsein der Kollegen des Betriebes zu erhöhen, den Stolz auf den eigenen Betrieb zu entwickeln, der im Kampf um die Senkung der Fluktuation eine große Rolle spielt, sondern sie wird auch geeignet sein, mit ihren zahlreichen, aus dem Leben gegriffenen und Geschichte gewordenen Beispielen jene unbedingt notwendigen wissenschaftlichen Arbeiten zu bereichern und zu befruchten, welche die gestellten Einzelthemen im großen Zusammenhang unseres Staates zu erforschen haben.

Bei der gesamten Erforschung und Darstellung einer Betriebsgeschichte muß unbedingt darauf geachtet werden, daß es nicht in erster Linie darauf ankommt, die großartige technisch Entwicklung, die Herausbildung einzelner Technologien und die Entfaltung des Produktionsprozesses zu zeigen, sondern vorrangig darauf, die Entwicklung der Menschen in ihren Leistungen im gemeinsamen Arbeiten, Leben und Lernen im Betrieb, ihrem gemeinsamen ideologischen, ökonomischen und kulturellen Wachsen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und beim Überwinden von Schwierigkeiten als Gestalter der Geschichte zu untersuchen und darzustellen.

Denken wir dabei an die Worte von Heinz Debbert, Parteisekretär im Stahl- und Walzwerk Brandenburg: "Ich sage das auch deshalb, weil es bei uns immer noch Leiter gibt, die im Plan nur die Prozente sehen und nicht begreifen, daß hinter jedem Prozent der Arbeiter mit seinen Sorgen und seinem Schweiß steht."[7] Und auch an den Satz von Johanna Töpfer, Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB und Mitglied des ZK der SED: "Niemand hat aber das Recht, unser Verfassungsprinzip 'Arbeite mit, plane mit, regiere mit!' in so gröblicher Weise zu entstellen, als ob nur die physische Arbeitskraft zähle, nicht aber das Wort und die Initiative des Arbeiters."[8]

Vielfach wird noch die Entwicklung von Technik, Technologie und Produktion im Betrieb in den Betriebsgeschichten von der Entwicklung der Menschen mehr oder weniger unabhängig dargestellt. Manchmal werden auch einzelne Brigaden und ihre Leistungen besonders in der sozialistischen Rationalisierung und in der Planerfüllung erwähnt, oft aber erscheinen diese nur in besonderen Kapiteln, die dem Wettbewerb und dem Neuererwesen gewidmet sind. Indem dann noch gesonderte Kapitel für die führende Rolle der Betriebsparteiorganisation, die Leitungstätigkeit, die Frauenarbeit und die Kultur gebildet werden, ist alles äußerlich ordentlich in Schubfächern untergebracht und damit die Geschichte nicht in ihrer tatsächlichen Entwicklung dargestellt worden. Der Mensch im Betrieb lebt nicht aufrechenbar soundsoviel Stunden am Tag für die Produktion, für die Kultur, als Frau, als Neuerer usw. Die führende Rolle der Partei und die Leitungstätigkeit sind ohne den ständigen wechselseitigen Kontakt mit dem Betriebsleben und -erleben der Menschen in ihrer ganzen Vielfalt undenkbar. Diesen Prozeß in seiner Einheit zu erfassen, unterstreicht die Notwendigkeit des wissenschaftlichen Herangehens an die Betriebsgeschichtsschreibung, die untersuchen und darstellen soll, wie die Menschen im Betrieb unter Führung der Partei gewachsen sind, wie sie aus ihren Reihen heraus sozialistische Persönlichkeiten entwickelt haben. Erich Honecker, Erster Sekretär des ZK der SED betonte im Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag: "Sozialistische Persönlichkeiten entwickeln sich in ihren Arbeitskollektiven, im Ringen um höchste Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb, beim Lernen, im Sport und bei der Aneignung der Schätze der Kultur, bei der Teilnahme an der Leitung und Planung unse-

7 Ebenda, Nr. 166, 18. 6. 1971, Republik-Ausgabe, S. 5.
8 Ebenda.

rer Gesellschaft auf allen Gebieten. Nachhaltigen Einfluß übt die ideologische Arbeit auf die Entwicklung der Menschen aus."[9]

Diese Sätze sind gleichsam ein Auftrag an die Betriebsgeschichtsschreibung, denn wo könnte dies besser, gründlicher, beweiskräftiger untersucht und nachgewiesen werden als an der unmittelbaren Basis, im Betrieb.

Im Anschluß an diese Sätze stellte Erich Honecker fest, daß in der Diskussion vor dem VIII. Parteitag anschaulich sichtbar wurde, "wie sich die Wesenszüge der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft deutlicher ausprägen. Arbeiter der Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow warfen bekanntlich die Frage auf: 'Unser aller Eigentum, nutzen wir es schon richtig?' Genossenschaftsbauern stellten die Frage, ob es in der LPG schon stimmt, wenn das Geld stimmt. An diesen Fragen entzündete sich ein Meinungsaustausch, dessen Teilnehmer zeigten, daß ihr Interesse und Verständnis weit über die persönlichen Angelegenheiten und die Probleme des eigenen Arbeitsplatzes hinausreichen und zunehmend von der Verantwortung für das Ganze, den Betrieb, die Volkswirtschaft und die sozialistische Gesellschaft bestimmt werden."[10]

Solche Diskussionen und Diskussionserfolge gibt es viele in den Betrieben. In ihnen und in den darauffolgenden Taten kommt der wichtigste Teil der mühevollen Kleinarbeit von Partei und Gewerkschaft in den Betrieben zum Ausdruck. Ingeborg Luft, Anlagenfahrerin im Kombinat "Otto Grotewohl", Böhlen, sagte in ihrem Diskussionsbeitrag: "In unserer Parteiorganisation wurde darüber Klarheit geschaffen, daß trotz aller neuen Maschinen, Anlagen und Geräte die politisch-ideologische Arbeit mit unseren Menschen, die die Anlagen aufbauen, betreiben und beherrschen müssen, das Wichtigste ist und bleibt."[11]

In vielen Diskussionsbeiträgen des VIII. Parteitages wurde vom Ringen um ideologische Klarheit im Zusammenhang mit vorwärtsdrängenden Schritten in der Produktion gesprochen. So sagte Karl Selbmann, Former in der Gießerei "Rudolf Harlaß", Karl-Marx-Stadt, zu den heißen Diskussionen um die Ausschußsenkung in seinem Betrieb: "Manche Auseinandersetzungen waren so hart wie unser Guß. Und immer wieder sind es unsere Arbeiter selbst, die als geistige Wegbereiter auftreten und beispielhaft vorangehen."[12] Werner Krolikowski, Erster Sekretär der Bezirksleitung Dresden, berichtete von den Anstrengungen der Bezirksparteiorganisation "um das für die Intensivierung der Produktion erforderliche Umdenken, darunter auch die ideologische Bereitschaft zur mehrschichtigen Auslastung der Maschinen und Anlagen zu erreichen."[13] Gudrun Schumann, Leiterin der kooperativen Kartoffelproduktion Banzkow-Plate erklärte, wie in ihren zusammenarbeitenden LPGs an die Lösung der Probleme herangegangen wurde. "Nachdem wir uns theoretisch Vorstellungen über unsere Entwicklung erarbeitet hatten, begann die breite Aussprache in den Parteiorganisationen, Genossenschaften, örtlichen Volksvertretungen und unzähligen Einzelaussprachen mit Spezialisten und älteren erfahrenen Genossenschaftsbauern. Unter Führung unserer Grundorganisation rangen wir immer wieder darum, wirklich jeden einzelnen einzubeziehen. Es war eine enorme Arbeit, um das Denken in den LPG-Grenzen zu überwinden."[14]

Vielfach ist schon auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, wichtige Argumente ideologischer Diskussionen in die Betriebsgeschichte mit einfließen zu lassen, den Diskussionsverlauf und die Auswirkungen auf die Menschen und damit auf die Produktion des Betriebes in

9 Ebenda, Nr. 164, 16. 6. 1971, Berliner Ausgabe, S. 7.
10 Ebenda.
11 Ebenda, Nr. 166, 18. 6. 1971, Republik-Ausgabe, S. 3.
12 Ebenda, Nr. 165, 17. 6. 1971, Republik-Ausgabe, S. 8.
13 Ebenda, S. 9.
14 Ebenda, Nr. 166, 18. 6. 1971, Republik-Ausgabe, S. 7.

ihrer historischen Bedeutung zu werten.[15] Dieser ungeheuer wichtige Bestandteil einer Betriebsgeschichte wird leider immer noch nicht genügend gewürdigt. Damit aber berauben sich die Betriebshistoriker selbst einer wichtigen Möglichkeit, die führende Rolle der Betriebsparteiorganisation beim Wachsen der Menschen in den Betrieben lebensnah darzustellen. Dabei genügt es nicht zu schreiben, daß es in dieser oder jener Frage Diskussionen gegeben hat und "alles geklärt" wurde, ohne den Prozeß der Auseinandersetzungen und seine Wirkung auf die Menschen zu zeigen. So kann das in schlechten Berichten stehen, aber so spielt es sich im Leben nie ab. Jeder Mensch hat eine Meinung, von deren Richtigkeit er überzeugt ist. Da wir unsere Menschen nicht dazu erzogen haben und sie auch nicht dazu erziehen wollen, ihre Meinungen sprunghaft von einem Tag zum anderen zu wechseln, ist es manchmal ein sehr hartes Stück Arbeit, Anhänger einer falschen Meinung von deren Unrichtigkeit zu überzeugen. In den Betrieben aber geht es oft darum, die Unrichtigkeit vieler verschiedener falscher Meinungen, die nicht nur einzelne, sondern eine ganze Reihe von Anhängern haben, in geduldiger Überzeugungsarbeit klar zu machen. Das bedarf einer beharrlichen Aufklärungsarbeit, die unter Führung der Betriebsparteileitung von vielen fleißigen Parteimitgliedern und Gewerkschaftlern geleistet wird. Diese immer wieder von Erfolg gekrönte Arbeit, die sich dann in großartigen Produktionserfolgen ausdrückt, geht oft in den Betriebsgeschichten in ein oder zwei Sätzen unter, während wir vom ideologischen Wachsen der Menschen fast nichts erfahren. Wohl aber werden oft Produktionserfolge und Planübererfüllungen so beschrieben, als hätten die Menschen - sowohl die, die überzeugten, als auch die, die sich überzeugen ließen - keinen Anteil daran, obwohl doch gerade in ihrem Bewußtsein ein viel entscheidenderer, länger andauernder Erfolg als in der beschriebenen Phase der Produktion erzielt worden ist.

In den Betrieben geht es immer wieder darum, sozialistische Überzeugungen zu schaffen, gesellschaftliches Bewußtsein auf der Basis des Marxismus-Leninismus zu vermitteln. Das ist ein komplizierter, vielgestaltiger Prozeß, der nicht verflacht dargestellt werden darf. Gerade durch eine umsichtige, vielseitige Darstellung dieses Prozesses hilft die Betriebsgeschichtsschreibung, diesen zu fördern.

Komme niemand und sage, Betriebe wären nicht dazu da, Bewußtsein zu produzieren, sondern den Plan zu erfüllen. Das eine ist ohne das andere nicht möglich. Gewiß, die Planerfüllung ist meßbar und in gewisser Weise drückt sie auch den Bewußtseinsstand der Menschen eines Betriebes aus. Das sollte uns aber nicht verleiten, automatisch mit jedem erfüllten Plan einen höheren Bewußtseinsstand festzustellen. Die verschiedensten Anhaltspunkte aufzuspüren, Merkmale zu begründen, wie und woran gestiegenes Bewußtsein feststellbar - nicht meßbar! - ist, gerade das ist eine Aufgabe der Betriebsgeschichtsforscher. Zweifellos manifestiert es sich zum Beispiel in schöpferischer Initiative, die aber in vielen Betriebsgeschichten nur in den Kapiteln über Wettbewerbe und Neuererwesen eine Rolle spielt. Schöpferische Initiative aber zeigt sich überall, in der ideologischen Diskussion, in der Leitungstätigkeit und nicht zuletzt auch in der Verbindung von ökonomischen und kulturellen Leistungen, in einem guten Brigadeleben im Alltag der Produktion. Sie sollte in den Betriebsgeschichten viel mehr gewürdigt werden.

In vielen Betrieben regt sich die schöpferische Initiative in bezug auf die Kooperation mit anderen Betrieben im weitesten Sinne, wie viele Diskussionsredner des VIII. Parteitag unter

15 Vgl. Radandt, Hans, Der Stand der Geschichte der Fabriken und Werke in der Deutschen Demokratischen Republik, a. a. O., S. 195 ff.; Radandt, Irmgard, Wie muß sich in einer Betriebsgeschichte die führende Rolle der Partei widerspiegeln? In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 1, S. 165 ff.; Puchert, Berthold, Kampf um den Aufbau des Sozialismus, in: ebenda 1964, T. 2/3, S 474 ff.; Berthold, Rudolf, Modell einer agraren Betriebsgeschichte, in: ebenda 1968, T. 2, S. 295 ff.; Radandt, Hans, Vom Wachsen der Menschen in den Betrieben, in: ebenda 1969, T. 4, S 181 ff.

Beweis stellten. So wies zum Beispiel Friedrich Clermont, Vorsitzender des Kooperationsrates und Leiter der Kooperation Pflanzenproduktion Dedelow, darauf hin, "daß sich beim Übergang zur industriellen Produktion die sozialistische Gemeinschaftsarbeit im Rahmen der Kooperation nicht allein auf das Zusammenwirken der LPG und Volksgüter beschränken sollte. Unsere Erfahrungen besagen vielmehr, daß hierzu auch die kooperative Zusammenarbeit aller derjenigen im Rahmen der vertikalen Kooperation gehört, die an der Produktion, der Verarbeitung und schließlich dem Verkauf der Produkte an die Bevölkerung beteiligt sind."[16] Helga Weist, Meisterin im Braunkohlenwerk Senftenberg, lenkte die Aufmerksamkeit auf die Zusammenarbeit mit den Zulieferbetrieben und die Hilfe der Betriebe des Kreises Senftenberg, wobei sie betonte: "Gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern haben wir ein Beispiel gegeben, wie sozialistischer Wille und ideologische Auseinandersetzung große materielle Reserven freisetzen."[17]

Guido Quaas, Werkdirektor des Chemiefaserwerkes Guben, sagte: "Unter Führung der Partei haben wir begonnen, die Zusammenarbeit zwischen Rohstoff- und Finalproduzenten auf ein neues, höheres Niveau zu stellen. Mit dem Textilkombinat Cottbus haben wir vor mehr als zwei Jahren die Forschung aufeinander abgestimmt. Diese Notwendigkeit besteht deshalb, weil die besten Ergebnisse dann erreicht werden, wenn der wissenschaftliche Vorlauf von der Grundlagenforschung im Chemiefaserwerk bis zum Finalprodukt durchgängig straff koordiniert wird."[18]

Auf diese Entwicklung der kooperativen Zusammenarbeit der Betriebe sollte die Betriebsgeschichtsschreibung künftig auch achten. Nicht etwa, daß langatmige Schilderungen der ökonomischen, technischen oder wissenschaftlichen Zusammenarbeit gegeben werden sollten. Auch hier muß wieder der Mensch im Mittelpunkt stehen: Wie entwickelte sich der Gedanke der Kooperation im Betrieb, welche Diskussionen gab es, welche schöpferischen Ideen wiesen Wege voran, wie wurden die Menschen der potentiellen Kooperationspartner gegebenenfalls überzeugt?

Besondere Erwähnung fand die Freundschaft zwischen der DDR und der Sowjetunion sowohl in der Eröffnungsansprache von Walter Ulbricht, in dem von Erich Honecker gegebenen Bericht, der Begrüßungsansprache von Leonid Iljitsch Breshnew, in dem von Willi Stoph gegebenen Bericht zur Direktive des neuen Fünfjahrplanes als auch in vielen Diskussionsreden. In den Betriebsgeschichten werden dieser Freundschaft besonders herzliche Worte gewidmet. Dabei wird oft von der ökonomischen Integration beider Länder und von direkten wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Betriebe ausgegangen. So erwähnte zum Beispiel Friedrich Clermont in seinem Diskussionsbeitrag, "daß der hervorragende sowjetische Traktor K 700 bei uns revolutionierend in der industriemäßigen Pflanzenproduktion gewirkt hat."[19] Oder wie Inge Ihlow, Brigadier im Starkstromanlagenbau "Otto Buchwitz", Dresden, erklärte: "Unser Kollektiv weiß, daß die Aufträge für die Sowjetunion besonders bedeutungsvoll sind, nicht nur weil wir viele lebenswichtige Erzeugnisse dafür einführen, sondern weil es einfach unsere Klassenpflicht ist, den Sozialismus stark und unüberwindlich zu machen und wir damit unserer Verantwortung für die Stärkung des Kampf- und Bruderbundes mit der KPdSU gerecht werden."[20]

Begrüßenswert ist es, wenn in den Betriebsgeschichten solche direkten Beziehungen zur Sowjetunion in ihrer Entwicklung dargelegt werden, ebenso wenn die Tätigkeit der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft im Betrieb dargestellt wird. Aber die wirtschaftlichen

16 ND, Nr. 165, 17. 6. 1971, Republik-Ausgabe, S. 8.
17 Ebenda, S. 9.
18 Ebenda, Nr. 168, 20. 6. 1971, Republik-Ausgabe, S. 8.
19 Ebenda, Nr. 165, 17. 6. 1971, Republik-Ausgabe, S. 8.
20 Ebenda, Nr. 166, 18. 6. 1971, Republik-Ausgabe, S 7.

Beziehungen und die Tätigkeit der DSF werden bei aller Wärme der Worte oft zu sachlich dargestellt. Sie existieren jedoch nicht außerhalb der arbeitenden, lebenden und lernenden Menschen. Hier wäre es gut, nicht nur an einer bestimmten Stelle der Betriebsgeschichte diese Freundschaft zu erwähnen, sondern Entwicklung und Stand der zutiefst menschlichen Beziehungen zur Sowjetunion im historischen Entwicklungsprozeß immer wieder sichtbar werden zu lassen.

Der VIII. Parteitag lehrte uns, nie zu vergessen, daß der Mensch im Mittelpunkt des Aufbaus des Sozialismus steht als Gestalter und Nutznießer der Geschichte. Bemühen wir uns, diese Lehre bei der Erarbeitung von Betriebsgeschichten zu beherzigen.

Quellen und Materialien

QUELLENNACHWEISE DES STAATSARCHIVS SCHWERIN ZUR GESCHICHTE DER DEMOKRATISCHEN BODENREFORM IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

von Siegfried Kuntsche

Aus Anlaß des 25. Jahrestages der demokratischen Bodenreform hat das Staatsarchiv Schwerin den zuständigen geschichtswissenschaftlichen Forschungsstellen archivalische Quellennachweise für die erste Phase der Bauernbefreiung in Mecklenburg-Vorpommern übergeben. Sie sollen der weiteren und intensiveren Erforschung der revolutionären Umgestaltung der Landwirtschaft auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik dienen. Die in drei Bänden vorliegenden Quellennachweise sind dazu bestimmt und geeignet, die Auswertung der umfangreichen dokumentarischen Überlieferung zur Geschichte der demokratischen Bodenreform, soweit sie in die vom Staatsarchiv Schwerin verwahrten Bestände eingegangen ist, zu erleichtern. Die Geschichte der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern verdient als ganz und gar nicht unbedeutender regionaler Teilprozeß der antifaschistisch-demokratischen Revolution auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik ein aufmerksames Interesse der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften.

Die demokratische Bodenreform zählt zu den grundlegenden Entwicklungsprozessen, die sich im Rahmen dieser Revolution vollzogen haben. Die Bodenreform hob den landwirtschaftlichen Besitz der aktiven Faschisten und Kriegsverbrecher auf. Sie vernichtete die ökonomische Macht der Großagrarier, die als Klassenverbündete des Monopolkapitals wesentlich die Aggressivität und Brutalität des deutschen Militarismus mitgeprägt hatten. Sie eröffnete der Demokratie einen Weg auf das Dorf. Sie gab dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft eine stabile Grundlage. Sie machte die werktätige Bauernschaft zur dominierenden sozialen Schicht auf dem Lande. Sie schuf notwendige Grundlagen für den Wiederaufbau der Landwirtschaft.

Die demokratische Bodenreform erwies sich somit als eine jener entscheidenden antiimperialistischen Umgestaltungen, die zugleich wichtige Voraussetzungen für die spätere Bildung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und den Übergang zur sozialistischen Revolution schufen. Mit diesem Grundcharakter war die Bodenreform, die bis dahin größte revolutionäre Massenbewegung der demokratischen Landbevölkerung, der erste bedeutende Schritt auf dem Wege zur endgültigen Bauernbefreiung, zum sozialistischen Dorf.

In Mecklenburg besaß die Bodenreform ein besonderes Gewicht für den antifaschistisch-demokratischen Umwälzungsprozeß. Als Folge einer eigentümlichen regionalen Entwicklung hatte der seiner Entstehung nach spätfeudale Großgrundbesitz größere und zugleich gewichtigere Positionen bewahren können als in anderen ostelbischen Territorien. Wenngleich sich auch dort die feudalen Gutsherren im Zuge des sogenannten preußischen Entwicklungsweges des Kapitalismus in der Landwirtschaft zu Agrarkapitalisten entwickelt hatten, trug doch keines der übrigen Verwaltungsgebiete der sowjetischen Besatzungszone 1945 in so ausgeprägtem Maße den Charakter einer Domäne des Großgrundbesitzes. Bei der Bodenreform unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern immerhin 54 Prozent der Gesamtfläche bzw. 46 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes einer Umverteilung, wobei sich der Boden-

reformfonds zu 85 Prozent aus Flächen der Landgüter und Domänen zusammensetzte. Mecklenburg-Vorpommern stand damit hinsichtlich der absoluten Größe des Gutsareals an erster Stelle und besaß zugleich mit nahezu einem Drittel den relativ größten Anteil am Gesamtbodenfonds der Bodenreform in der DDR.

Der bedeutsame Platz der Bodenreform in Mecklenburg erklärt sich schließlich auch aus jenem Umstand, daß in diesem industriell unterentwickelten Lande die seit der Jahrhundertwende einsetzende Verlagerung des ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisses innerhalb der herrschenden Klasse vom Großgrundbesitz zum Monopolkapital nicht so stark wie in Deutschland insgesamt in Erscheinung trat, wenngleich Mecklenburg in den zwanziger und vor allem dreißiger Jahren immer weniger ein Sonderdasein zu bewahren vermochte.

Die mit der Bodenreform erbrachte geschichtliche Leistung wiegt um so schwerer, als in Mecklenburg vergleichsweise zu Sachsen-Anhalt oder Thüringen größere Schwierigkeiten überwunden werden mußten. Das ergab sich einmal daraus, daß der faschistische Raubkrieg und seine unmittelbaren Folgen die Landwirtschaft in Brandenburg und Mecklenburg schwerer getroffen hatten und hing aber auch mit der zahlenmäßigen Schwäche der Arbeiterklasse und einer ungünstigen Schichtung sowie mit dem relativ kleinen Kaderbestand der KPD bei Inangriffnahme der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen zusammen.

Die revolutionäre Umgestaltung der Agrarverhältnisse sowie die rechtliche Sicherung und ökonomische Festigung der Bodenreform haben die Organe der Landesverwaltung bzw. Landesregierung Mecklenburg vor vielfältige, komplizierte Aufgaben gestellt, wie die Quellennachweise erkennen lassen.

Der Erfolg der demokratischen Massenbewegung auf dem Lande hing in entscheidendem Maße von der Qualität der Führung und Steuerung des Umwälzungsprozesses ab. Entsprechend der politischen Führungsfunktion der KPD- bzw. SED-Landesleitung, die ihren archivalischen Niederschlag in dem heute vom Bezirksparteiarchiv bei der SED-Bezirksleitung Schwerin betreuten Schriftgut gefunden hat, oblag dem demokratischen Verwaltungsapparat die Organisation des vielgestaltigen Prozesses der Agrarreform, die Lenkung der revolutionären Aktivität der werktätigen Dorfbevölkerung, wie sie vor allem in der Tätigkeit der Gemeindekommissionen für Bodenreform hervortrat.

In allen Ländern der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurde der Apparat zur Durchsetzung der Agrarumwälzung durch die jeweils der KPD bzw. SED angehörenden 1. Vizepräsidenten der Landesverwaltungen bzw. Innenminister gelenkt, die eine Schlüsselstellung bei der staatlichen Leitung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen innehatten. Diese Personen standen den Landeskommissionen für Bodenreform vor, deren Beschlüsse von keinem anderen Verwaltungsorgan und selbst nicht von den Landtagen aufgehoben werden konnten, und hatten in den für die Durchführung der Agrarreform entscheidenden Jahren einen bestimmenden Einfluß auf die Geschäftsführung der Sekretariate der Landesbodenkommissionen.

Während der gesamten Periode der antifaschistisch-demokratischen Revolution nahmen die Aufgaben der Durchführung, rechtlichen Sicherung und ökonomischen Festigung der Bodenreform einen hervorragenden Platz im Tätigkeitsfeld der Landesregierung ein. Infolge ihrer Komplexität hatten sich beinahe alle Verwaltungszweige und nahezu jedes Organ der Landesregierung mit diesen Aufgaben zu befassen, wie aus den Quellennachweisen ersichtlich ist. In den verschiedenen Etappen der demokratischen Agrarentwicklung traten naturgemäß unterschiedliche Aufgaben in den Vordergrund.

Die archivalischen Quellennachweise haben den vielgestaltigen Prozeß der demokratischen Agrarumwälzung zum Gegenstand und beziehen sich mithin auch auf die rechtliche Sicherung und wirtschaftliche Festigung der Bodenreform. Sie spiegeln jedoch nicht alle Seiten der an-

tifaschistisch-demokratischen Agrarpolitik und schon gar nicht die gesamte Entwicklung der Landwirtschaft wider.

Die zeitliche Begrenzung der Quellennachweise ergibt sich einmal aus dem Zeitpunkt, zu dem die Vorbereitungsarbeiten für die Bodenreform aufgenommen wurden. Andererseits setzte die 2. Parteikonferenz der SED eine Zäsur. Ihre Beschlüsse markieren den Beginn des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus und leiten damit zur sozialistischen Phase der Bauernbefreiung über, wenngleich gewisse Aufgaben der wirtschaftlichen Festigung der Bodenreform wie zum Beispiel der Abschluß des Neubauern-Bauprogramms über diese Zeitgrenze hinausgingen. Die im Spezialinventar erfaßten Quellen sind zwischen August 1945 und Juli 1952 entstanden, also in der Zeit der Tätigkeit der Landesverwaltung bzw. Landesregierung Mecklenburg.

Die Quellennachweise erfassen die bei den staatlichen Organen auf Landesebene erwachsenen Aktenbestände, sofern sie bereits in das Staatsarchiv gelangt und inzwischen erschlossen worden sind.[1] Hinzu treten Akten einiger Institutionen, die ihre Existenzberechtigung zwar mit dem Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung verloren, jedoch noch eine gewisse Zeit weiterexistierten und eine spezifische Quellenüberlieferung zur Bodenreform hervorgebracht haben. In den 2 021 Positionen der Quellennachweise sind zirka 2 500 Akteneinheiten erfaßt.

Auf die Akten der Kreisebene mußte verzichtet werden. Die vor allem aus der Tätigkeit der Kreiskommissionen für Bodenreform und ihrer Sekretariate erwachsene Überlieferung würde die im Spezialinventar erfaßten Archivalien gut ergänzen, insbesondere durch eine Vielzahl lokalgebundener Quellen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß infolge des Fehlens einer Mittelinstanz zwischen der Kreis- und der höheren Verwaltungsebene in Mecklenburg die Überlieferung auf Landesebene vielgestaltiger als etwa im Lande Brandenburg ist. Eine spätere Ergänzung der Quellennachweise um die Bestände der Landratsämter bzw. der Räte der Kreise dürfte wünschenswert sein. Auch an eine nachträgliche Erfassung der Karten der Bodenreformvermessung und der vom Staatsarchiv endarchivisch betreuten Akten der VdgB wäre zu denken.

Die Abfolge der Bestände im Spezialinventar richtet sich mit einer Ausnahme nach der Tektonik des Staatsarchivs Schwerin. Die Akten des obersten Leitungsorgans bei der Bodenreform, des Sekretariats der Landeskommission für Bodenreform, sind an erster Stelle plaziert worden, weil sie als Kerndokumentation zur Geschichte der demokratischen Bodenreform in der Regel den Ausgangspunkt des Quellenstudiums bilden werden.

Den Quellennachweisen für den Einzelbestand sind institutions- und bestandsgeschichtliche Informationen und auch einige quellenkundliche Bemerkungen vorangestellt. Sie führen in die Entwicklungs- und Funktionsgeschichte der Institution ein und erläutern die Entstehungszusammenhänge der für den einzelnen Bestandsbildner spezifischen Quellenüberlieferung zur Geschichte der demokratischen Bodenreform.

Des weiteren haben hier einige Bemerkungen zur Gliederung der Bestände, zu den Überlieferungsverhältnissen sowie zum mengenmäßigen Umfang der Bestände ihren Platz. Am Schluß der Einführungen werden Benutzungshilfsmittel wie Findbücher und Findkarteien angegeben und solche Publikationen angeführt, die sich auf die Quellenüberlieferung und Geschichte der Institution beziehen.

1 Ein Überblick über diese Quellen liegt bereits in der Literatur vor: Siegfried Kuntsche, Archivalische Quellen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform. Die Bestände der Landesregierung Mecklenburg im Staatsarchiv Schwerin, in: Archivmitteilungen, 6/1965, S. 204 ff.

Die Quellennachweise sollen die Benutzung der Findbücher und Findkarteien weitestgehend entbehrlich machen. Sie setzen sich zum Ziel, alle wesentlichen Quellen zur Geschichte der Bodenreform zu erfassen, unabhängig davon, ob der Aktentitel bereits einen auf die Bodenreform bezogenen Akteninhalt ausweist oder nicht. Die Erschließungsintensität richtet sich nach dem Informationswert der Quelle. Bei aussagearmen Akteneinheiten und auch bei gleichförmigem Schriftgut wurde eine summarische, auf die gesamte Aktengruppe zielende Verzeichnung angewandt. In der Mehrzahl der Fälle fungiert jedoch die einzelne Akteneinheit als Grundelement der Quellennachweise.

Im Ergebnis einer Intensiverschließung der Quellen zur demokratischen Bodenreform sind die meisten Aktentitel durch einen spezifischen Enthältvermerk ergänzt worden. Bei Akteneinheiten mit einem auf die Bodenreform bezogenen Aktentitel wurden die Vorgänge mit einem besonders hohen Informationsgehalt auswahlsweise in einem Enthältvermerk ausgewiesen. In den Fällen, in denen der Aktentitel keinen direkten Bezug auf die Bodenreform hat, soll der Enthältvermerk die Gesamtheit der in der Verzeichnungseinheit enthaltenen wesentlichen Quellen zur Bodenreform wiedergeben.

Grundelement eines jeden Enthältvermerks ist der Betreff des Aktenvorgangs. Bei besonders informativen Schriftstücken ist eine Einzelverzeichnung unter Kennzeichnung der Schriftstückart, des Korrespondenzpartners und gegebenenfalls auch des genetischen Stadiums sowie der Überlieferungsform erfolgt.

Die Quellennachweise sind, sofern Angaben über die Laufzeit der Akten dies nicht überflüssig machen, mit einer Datumsangabe versehen. Im Regelfall werden Monat und Jahr angegeben, bei der Verzeichnung einzelner Schriftstücke das volle Datum. Ortsnamen werden in der gegenwärtig gültigen amtlichen Schreibweise aufgeführt. Bei ländlichen Orten ist die Kreiszugehörigkeit nach dem Stande von Ende 1946 angegeben. Eine Ausnahme machen dabei nur die in den fünfziger Jahren entstandenen Vorgänge, die sich auf Orte in dem erst 1950 bei Auflösung des Kreises Randow entstandenen Kreis Pasewalk beziehen.

Bei Orten gleichen Namens innerhalb eines Kreises soll eine genaue Lagebezeichnung die Identifizierung ermöglichen. Die Verzeichnungselemente der Quellennachweise - Akteneinheiten bzw. Aktengruppen - sind fortlaufend numeriert.

Die formale Anordnung der Verzeichnungsangaben ist aus dem Beispiel zu ersehen. Als Kopfleiste erscheint auf jedem Blatt die Bestandsbezeichnung. Unterhalb des Aktentitels bzw. der Bezeichnung der Aktengruppe haben links die Signatur der Akteneinheit bzw. Aktengruppe, das heißt die Verzeichnungsnummer der Akteneinheit bzw. Akteneinheiten im Bestand, und rechts die Laufzeit der Akte bzw. die Angabe über den zeitlichen Umfang der Akteneinheiten der Aktengruppe ihren Platz. Im Falle der Gruppenverzeichnung tritt zwischen beide Angaben eine Angabe über die Zahl der Bände. Unterhalb dieser Zeile ist der Enthältvermerk zu suchen.

Eine dem Spezialinventar vorangestellte detaillierte Übersicht über die Gliederung der Quellennachweise soll die Benutzung erleichtern. Die Quellennachweise werden überdies durch ein geographisches Register erschlossen. Das Register erfaßt alle Orts- und Kreisangaben der Aktentitel und Enthältvermerke. Es versteht sich, daß dabei nur verhältnismäßig wenige Ortsbezüge der Quellenüberlieferung Berücksichtigung gefunden haben. Mit Hilfe des Kreisverzeichnisses wird der ortsgeschichtlich interessierte Forscher allerdings zu einer Vielzahl weiterer lokalbezogener Quellen hinfinden, zumal Wert darauf gelegt wurde, möglichst viele Kreisangaben in die Enthältvermerke einzuarbeiten.

Es ist beabsichtigt, die Quellennachweise zu einem späteren Zeitpunkt auch durch ein Sachregister zu erschließen.

Probeseite aus den

Quellennachweisen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern

Ministerium des Innern

893 Monatliche Zusammenkünfte der Landräte und Kreistagsvorsitzenden der westlichen Kreise

Nr. 258 1948 - 1950

Enthält: 28. Sept. 1948: Überhöhte, für die Kleinbauern nicht tragbare Gebühren der Maschinenhöfe der VdgB; Schriftwechsel betr. Gebühren für Drusch- und Pflugarbeiten für Neubauern. - 18. Mai 1949: Stimmergebnisse in den Neubauerndörfern bei den Wahlen zum Deutschen Volkskongreß. - 2./3. Juni 1950: Situation im Bodenreformbau. - 9. Aug. 1950: Einzug der in den Dörfern verstreuten Kunstgegenstände aus den ehemaligen Herrenhäusern.

894 Monatliche Zusammenkünfte und Arbeitsbesprechungen der Landräte und Oberbürgermeister

Nr. 259 1948 - 1950

Enthält: Kaufgeldzahlungen gesellschaftlicher Nutzer von Bodenreformland, insbesondere Aufhebung einer irreführenden Rundverfügung des Finanzministeriums, 1948.

Bodenreformangelegenheiten

895 Erarbeitung des Gesetzeswerkes, insbesondere der Verordnung zur Durchführung der Bodenreform im Land Mecklenburg-Vorpommern

Nr. 310 1945 - 1949

Enthält: Protokoll der Sitzung des Bodenreform-Ausschusses des Antifablocks am 3. Sept. 1945. - Entwurf der Bodenreform-Verordnung sowie der 1. Ausführungsbestimmung zur Verordnung über die Bodenreform. - Entwurf der Liste der von der Aufteilung auszunehmenden Güter. - Telegrafische Anweisung der Landeskommission für Bodenreform vom 27. Sept. 1945 betr. Bestimmung der Landesgüter und Unterbindung von Sabotageakten. - Rundschreiben der Landeskommission für Bodenreform vom 29. September 1945 betr. Ernennung von Treuhändern und Entfernung der ehemaligen Besitzer zwecks Unterbindung von Sabotageakten. - Anweisung der Landeskommission für Bodenreform vom 29. Sept. 1945 zur Ausweisung aller enteigneten Besitzer aus den Gutsdörfern. -

Ballhaus, Jolanda, Dr. phil., Geschäftsführender Oberassistent, Bereich Allgemeine Geschichte, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.

Behm, Erika, Wissenschaftlich-technische Assistentin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Barth, Ernst, Dr. rer. oec., Lektor, Pädagogisches Institut "Ernst Schneller", Zwickau.

Berthold, Rudolf, Prof. Dr.phil. habil., Leiter der Abteilung Agrare Produktivkräfte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Dillwitz, Sigrid, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent, Sektion Geschichte, Universität Rostock.

Graf, Dieter, Dr. rer. oec., Verantwortlicher Lektor, Lektorat Wirtschaftswissenschaften, Akademie-Verlag, Berlin.

Jacobeit, Wolfgang, Prof. Dr.phil.habil., Abteilungsleiter, Wissenschaftsbereich Kulturgeschichte/Volkskunde, Zentralinstitut für Geschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Jonas, Wolfgang, Prof. Dr. rer. oec.habil., Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Krüger, Bruno, Dr. sc. phil., Abteilungsleiter, Bereich Ur- und Frühgeschichte, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Kuntsche, Siegfried, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Staatsarchiv Schwerin.

Moll, Georg, Dr. phil., Dozent, Sektion Geschichte, Universität Rostock.

Müller, Gerhard, Prof. Dr. rer. oec.habil., Bereichsleiter, Franz-Mehring-Institut/Institut für internationale Studien, Karl-Marx-Universität Leipzig.

Müller, Hans-Heinrich, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Nussbaum, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Obermann, Karl, Dr. phil. habil., Professor em., Berlin.

Pach, S. P., Dr., Professor mit Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte, Karl-Marx-Universität der Wirtschaftswissenschaften, Budapest.

Plaul, Hainer, Dipl. ethn., Wissenschaftlicher Assistent, Wissenschaftsbereich Kulturgeschichte/Volkskunde, Zentralinstitut für Geschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Puskás, Julianna, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Geschichte, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest.

Radandt, Hans, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abteilung Betriebsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Tihanyi, János, Dr. phil., Direktor, Chemolimpex, Budapest.

Thal, Peter, Dr. sc. oec., Ordentlicher Professor für Geschichte der Politischen Ökonomie, Lehrgruppe Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Sektion Wirtschaftswissenschaft, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Über die Wirtschaftsgeschichte der DDR. Zum 20. Jahrestag der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

W. Falk/H. Müller/K. Reißig

Die historische Bedeutung der II. Parteikonferenz der SED. Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR - Bestandteil des revolutionären Weltprozesses

G. Kohlmey

DDR und RGW

W. Szewczyk

Probleme der Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse unter Führung der SED in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR (1955/1956 bis 1961/1962)

V. Klemm

Zwanzig Jahre sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR

H. Winzer

Zur führenden Rolle der Parteiorganisation bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihre Darstellung in der agraren Betriebsgeschichtsschreibung

H. Seifert

Die Bedeutung der II. Parteikonferenz der SED für die Aneignung, Anwendung und Entwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der DDR

E. Rehbein/R. Keil/P. Kirchberg/J. Schmädicke/H. Wehner

Zur verkehrspolitischen Entwicklung der DDR

J. Roesler

Die Rolle der Planung und Leitung bei der Umgestaltung der privaten Industrie und des Handwerks in der Übergangsperiode

H.-J. Nagel

Die Einbeziehung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung in die sozialistische Planwirtschaft und ihre Entwicklung beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik

G. Neumann

Das Chemieprogramm der DDR

E. Fiedler

Die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft - Leitbild imperialistischer Propaganda und Politik gegen die sozialistische Planwirtschaft der DDR bis zur Mitte der sechziger Jahre

E. Strohbach

Zwanzig Jahre demographische Entwicklung in der DDR

H. Radandt

Zur Darstellung des sozialistischen Aufbaus in Betriebsgeschichten

Berichtigung:

In der Überschrift des Beitrages von Wolfgang Eggert in Band IV/1971 muß das letzte Wort statt "Frankreich" "Frankenreich" lauten.